

Stand: 22.10.2024 21:14:02

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/412

"Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 (Haushaltsgesetz 2024/2025 - HG 2024/2025)"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/412 vom 19.02.2024
2. Plenarprotokoll Nr. 12 vom 27.02.2024
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2057 des HA vom 08.04.2024
4. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2072 des HA vom 08.04.2024
5. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2055 des HA vom 08.04.2024
6. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2052 des HA vom 10.04.2024
7. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2063 des HA vom 10.04.2024
8. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2056 des HA vom 11.04.2024
9. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2066 des HA vom 11.04.2024
10. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2071 des HA vom 15.04.2024
11. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2067 des HA vom 16.04.2024
12. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2068 des HA vom 16.04.2024
13. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2053 des HA vom 18.04.2024
14. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2061 des HA vom 18.04.2024
15. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2070 des HA vom 18.04.2024
16. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2054 des HA vom 22.04.2024
17. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2059 des HA vom 23.04.2024
18. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2069 des HA vom 24.04.2024
19. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2166 des HA vom 16.05.2024
20. Beschluss des Plenums 19/2281 vom 04.06.2024
21. Beschluss des Plenums 19/2283 vom 04.06.2024
22. Beschluss des Plenums 19/2285 vom 04.06.2024
23. Beschluss des Plenums 19/2287 vom 04.06.2024
24. Beschluss des Plenums 19/2289 vom 04.06.2024
25. Plenarprotokoll Nr. 19 vom 04.06.2024 (EPL 1)
26. Plenarprotokoll Nr. 19 vom 04.06.2024 (EPL 11)
27. Plenarprotokoll Nr. 19 vom 04.06.2024 (EPL 2)
28. Plenarprotokoll Nr. 19 vom 04.06.2024 (EPL 4)
29. Plenarprotokoll Nr. 19 vom 04.06.2024 (EPL 14)
30. Beschluss des Plenums 19/2316 vom 05.06.2024
31. Beschluss des Plenums 19/2318 vom 05.06.2024
32. Beschluss des Plenums 19/2320 vom 05.06.2024
33. Beschluss des Plenums 19/2322 vom 05.06.2024
34. Beschluss des Plenums 19/2324 vom 05.06.2024
35. Beschluss des Plenums 19/2326 vom 05.06.2024
36. Beschluss des Plenums 19/2328 vom 05.06.2024
37. Beschluss des Plenums 19/2331 vom 05.06.2024
38. Plenarprotokoll Nr. 20 vom 05.06.2024 (EPL 7)

39. Plenarprotokoll Nr. 20 vom 05.06.2024 (EPL 8)
40. Plenarprotokoll Nr. 20 vom 05.06.2024 (EPL 10)
41. Plenarprotokoll Nr. 20 vom 05.06.2024 (EPL 3)
42. Plenarprotokoll Nr. 20 vom 05.06.2024 (EPL 5)
43. Plenarprotokoll Nr. 20 vom 05.06.2024 (EPL 15)
44. Plenarprotokoll Nr. 20 vom 05.06.2024 (EPL 9)
45. Plenarprotokoll Nr. 20 vom 05.06.2024 (EPL 12)
46. Beschluss des Plenums 19/2345 vom 06.06.2024
47. Beschluss des Plenums 19/2347 vom 06.06.2024
48. Beschluss des Plenums 19/2354 vom 06.06.2024
49. Beschluss des Plenums 19/2173 vom 06.06.2024
50. Plenarprotokoll Nr. 21 vom 06.06.2024
51. Plenarprotokoll Nr. 21 vom 06.06.2024 (EPL 16)
52. Plenarprotokoll Nr. 21 vom 06.06.2024 (EPL 13)
53. Gesetz- und Verordnungsblatt vom 28.06.2024



## Gesetzentwurf

der Staatsregierung

über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2024 und 2025  
(Haushaltsgesetz 2024/2025 – HG 2024/2025)

[Entwurf des Haushaltsgesetzes 2024/2025](#)

[Einzelplan 01 \(Landtag\)](#)

[Einzelplan 02 \(Ministerpräsident und Staatskanzlei\)](#)

[Einzelplan 03 \(Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration\)](#)

[Einzelplan 04 \(Staatsministerium der Justiz\)](#)

[Einzelplan 05 \(Staatsministerium für Unterricht und Kultus\)](#)

[Einzelplan 06 \(Staatsministerium der Finanzen und für Heimat\)](#)

[Einzelplan 07 \(Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie\)](#)

[Einzelplan 08 \(Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus\)](#)

[Einzelplan 09 \(Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr\)](#)

[Einzelplan 10 \(Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales\)](#)

[Einzelplan 11 \(Bayerischer Oberster Rechnungshof\)](#)

[Einzelplan 12 \(Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz\)](#)

[Einzelplan 13 \(Allgemeine Finanzverwaltung\)](#)

[Einzelplan 14 \(Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention\)](#)

[Einzelplan 15 \(Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst\)](#)

[Einzelplan 16 \(Staatsministerium für Digitales\)](#)

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Staatsminister Albert Füracker

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Andreas Jurca

Abg. Josef Zellmeier

Abg. Claudia Köhler

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Volkmar Halbleib

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Patrick Grossmann

Abg. Andreas Winhart

Abg. Tim Pargent

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Maximilian Böttl

**Präsidentin Ilse Aigner:** Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf die **Tagesordnungspunkte 2 a und 2 b:**

**Gesetzentwurf der Staatsregierung**

**zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz**

**(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2024) (Drs. 19/411)**

**- Erste Lesung -**

und

**Gesetzentwurf der Staatsregierung**

**über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2024 und 2025**

**(Haushaltsgesetz 2024/2025 - HG 2024/2025) (Drs. 19/412)**

**- Erste Lesung -**

Das Wort hat der Staatsminister Albert Füracker.

**Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat):** Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, Kolleginnen und Kollegen! Immer dann, wenn wir schwierige Entscheidungen zu treffen haben, sehnen wir uns danach zu wissen, was hinterher das richtige Urteil wäre – so wie es in der Geschichte immer ist. Haushaltsplanung geht halt, wie vieles im Leben, nur vorwärts.

Was wird in den Geschichtsbüchern über die letzten Jahre – 2021, 2022, 2023 – stehen? – Einige Worte werden dort ganz oft auftauchen: Krise, COVID, Ukraine, Probleme mit bezahlbarer Energie, wirtschaftliche Destabilisierung in Deutschland.

Was könnte dort über die Haushaltspolitik des Freistaats Bayern stehen? – Trotz Krisen solide geplant; korrekter Vollzug; Verfassungsvorgaben stets eingehalten; Investitionen als stärkste Waffen gegen die Krisen; Bayern wurde stabil durch alle Krisen geführt; die Haushalte waren gut geplant und vollzogen.

Das heißt, wir konnten von den Menschen und der Wirtschaft viel Krise fernhalten. Meine Damen und Herren, Bayern kann Krisenmanagement. Wir haben das in den letzten Jahren gut bewiesen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das wäre aber zu wenig. Unser Gestaltungsanspruch wurde zu keiner Zeit aufgegeben: Investition zur Krisenbewältigung, Investition zur Gestaltung – das ist die Überschrift auch über diesem Haushalt.

Warum sage ich das? – Ich musste mir in den letzten Jahren hier ja oft anhören, wie bald der Untergang Bayerns insbesondere dadurch hervorgerufen wird, dass unser Haushalt zu spät kommt. Ich glaube, wir haben hier im vorigen Jahr bei den Energiehilfen eine Stunde über den Untergang Bayerns diskutiert, weil alles zu spät kam. Der Hauptvorwurf als ein alljährliches Ritual mir gegenüber war immer: Es ist alles zu spät.

Fakt ist: Es wurden stets gute Lösungen gefunden. Wir kehren so schnell wie möglich zur Normalität zurück. Der Doppelhaushalt 2024/2025 sorgt zwei Jahre für Stabilität. Das Thema, es sei etwas zu spät, wird jedenfalls 2025 sicher keine Rolle mehr spielen.

Meine Damen und Herren, wir stellen Normalität her. Erstens ist sichtbar: Wir machen wieder einen Doppelhaushalt. Zweitens. Wir wickeln den Sonderfonds Corona-Pandemie ab. Drittens. Wir lösen den BayernFonds auf. Viertens. Wir wickeln die Energie-Härtefallhilfe ab.

Wir planen die Rückkehr zur Haushaltsnormalität trotz weiterhin multipler Krisen und obwohl es auch in dieser Situation schwierig ist zu planen. Wir trauen uns wieder einen Doppelhaushalt zu. Wir überholen damit auch alle Kritiker, die uns wieder erklären, was für 2024 zu spät wäre. Wir planen auch das Jahr 2025 mit. Da muss man in Berlin zuerst einmal nachlegen, meine Damen und Herren. Wir machen hier Haus-

haltspolitik im Einvernehmen: rasch, zügig, zukunftsorientiert und ohne riesige Debatten. Ich bin mal gespannt, wie die Freunde von der Ampel das im Bund hinbekommen.

Wir haben dort im Übrigen stets unsere Unterstützung angeboten: bei den Fragen der Verfassungsmäßigkeit der vergangenen Haushalte; bei den Fragen zur Schuldenbremse; bei den Fragen, wie man Wachstum organisiert. Wir haben dazu unglaublich viele Vorschläge – Steuervorschläge und all die Dinge – eingebracht. Alleine darüber könnte man stundenlang sprechen. Es ist alles abgelehnt worden. Die Ampel möchte lieber im eigenen Saft schmoren.

Im Übrigen stimmt es ja: Die Bayerische Verfassung sieht vor, dass man den Haushalt grundsätzlich vor Beginn eines Rechnungsjahres verabschiedet. Die Verfassung ist aber etwas klüger als viele Schreier. Die Verfassung regelt ohne großes Trara auch den Fall, dass das mal nicht geht. Die Verfassung erkennt an, dass eine spätere Verabschiedung einmal unvermeidbar sein kann. Dort steht ganz lapidar: "Wird der Staatshaushalt im Landtag nicht rechtzeitig verabschiedet, so führt die Staatsregierung den Haushalt zunächst nach dem Haushaltsplan des Vorjahres weiter."

Das steht dort. Dass man hier ständig nichts anderes als die Debatte führt, wann etwas zu früh oder zu spät ist, ist deswegen so interessant, weil ich hier insbesondere von den GRÜNEN jährlich zum Verfassungsbruch aufgefordert werde. Jährlich werde ich dazu aufgefordert, endlich die Schuldenbremse nicht einzuhalten, endlich Schulden zu machen und gegen die Bayerische Verfassung zu verstoßen. Diejenigen, die mich ständig dazu auffordern, gegen die Verfassung zu verstoßen, erklären mir, dass es der Untergang des bayerischen Landes wäre, wenn Haushalte zu spät eingebracht werden, meine Damen und Herren. Das ist schon bemerkenswert.

Wir haben trotz der Herausforderungen in den Krisenjahren natürlich auch für diesen Fall vorgesorgt. Wir haben den Doppelhaushalt sofort nach der Landtagswahl und nach den Koalitionsverhandlungen begonnen. Die Koalitionsverhandlungen in Bayern

dauerten übrigens die Rekordzeit von 18 Tagen. Ich weiß nicht, ob es so etwas irgendwo anders auch gibt.

(Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Das war sicher für niemanden, der politisch gut und klug beobachtet, eine Überraschung. Es ist hier der Regelfall, dass der Haushalt nach Landtagswahlen im Herbst etwas später kommt; wir haben das sofort nach dem Koalitionsvertrag gemacht. Vorläufige Haushaltsführung ist etwas, was nicht neu und nicht schwierig ist; alle Probleme sind gelöst.

Ich möchte auch Folgendes sagen: Der weitere Verlauf liegt in der Hand des Landtages. Es gibt keinen Stillstand. Die Hysterie der Opposition ist auch in diesem Jahr völlig unnötig. Die Verwaltung funktioniert. Der Dienstbetrieb läuft wie gewohnt auf Hochtouren. Die Auszahlungen gesetzlicher Leistungen erfolgen. Laufende Förderprogramme werden fortgesetzt, und für spezielle Probleme werden immer Lösungen gefunden. Nicht die GRÜNEN finden die Lösungen, sondern die Staatsregierung. Deswegen sage ich Ihnen: Lieber eine vorläufige Haushaltsführung in Bayern als eine Dauer-Ampel-Haushaltschaos-Situation in Berlin, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir sollten uns nichts vormachen. Haushaltsplanung bleibt kompliziert. Mein Ziel ist es nicht, einfach Zufall durch Irrtum zu ersetzen, sondern wir müssen qualifiziert planen, bestmöglich planen und alles zum Wohle der Menschen umsetzen.

Meine Damen und Herren, dieser Haushaltsplan ist leider von etwas geprägt, auf das ich nur wenig Einfluss habe. Die Situation in Deutschland ist geprägt von fehlenden Einnahmen. Warum? – Weil die deutsche Wirtschaft im Jahr 2023 geschrumpft ist, nämlich minus 0,3 % gegenüber 2022. Der Ausblick für 2024 ist dramatisch. Die Konjunkturerwartungen trüben sich. Der Bundeswirtschaftsminister bezeichnet die Lage in

Deutschland als "dramatisch schlecht". Meine Damen und Herren, das ist ein Zitat. Der Bundesfinanzminister bezeichnet die Lage in Deutschland als "peinlich und in sozialer Hinsicht gefährlich". Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch das ist ein Zitat.

Dieselbe Bundesregierung, die noch im Oktober 2023, also vor wenigen Monaten, prognostiziert hatte, wir würden im Jahr 2024 ein Wirtschaftswachstum von 1,3 % bekommen, geht jetzt von einem Wirtschaftswachstum von 0,2 % aus.

Es gab einmal einen Bundestagsabgeordneten, der hat im Deutschen Bundestag eine rote Laterne auf das Rednerpult gestellt. Sein Name ist Ernst Hinsken. Meine Damen und Herren, wenn jemand diese rote Laterne dabei hätte, könnte er sie wieder hinstellen. Wir haben in wirtschaftlicher Hinsicht die rote Laterne – bei IWF und bei OECD. Die Bundesrepublik Deutschland belegt beim Wirtschaftswachstum den vorletzten Platz. Die zuständigen Bundesminister erklären, die Lage ist "dramatisch schlecht", die Lage sei "peinlich und in sozialer Hinsicht gefährlich". Meine Damen und Herren, die zuständigen Bundesminister sollten schleunigst etwas tun, damit die Lage in unserem Land wieder besser wird.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Thomas Huber (CSU): Bravo!)

Diese verfehlte Wirtschaftspolitik der Ampel macht uns in der EU zum Problemfall. Die Steuerprognosen sind schlecht. Die Mai-Steuerschätzung wird kein Spaß werden. Ich mache mir große Sorgen. Wir haben immer noch die alten Herausforderungen: Krieg in der Ukraine, Konflikt im Nahen Osten, Fluchtgeschehen, Migration, Inflation, Zinsen usw.

Meine Damen und Herren, die Unternehmensinvestitionen in Deutschland sind mittlerweile rückläufig. Welch ein Alarmsignal! Wir haben für den Haushalt jenseits der Investitionen, die wir gegen Krisen tätigen, zusätzliche Herausforderungen – Investitionen gegen Krisen. Dennoch gibt es weitere Herausforderungen.

Zur Personalkostensituation: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich danke den Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Bayern – denen in den Verwaltungen, bei den Sicherheitsbehörden, in den Schulen und Hochschulen, überall an den Gerichten, in den Finanzämtern und an den Stellen, die ich jetzt nicht explizit nenne. Ihnen allen sei ausdrücklich gedankt. Ich weiß, dass der öffentliche Dienst in Bayern eine Grundlage dafür schafft, dass unser Staatswesen so funktioniert, wie es funktioniert, nämlich hervorragend und in einer Weise, um die uns andere Länder beneiden. Deswegen gilt mein ausdrücklicher herzlicher Dank allen Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Freistaates Bayern.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der AfD)

Aber natürlich kann ich nicht verschweigen, dass uns dieser Tarifabschluss massiv fordert. Ja, es sind im Doppelhaushalt 4,25 Milliarden Euro mehr für das Bestandspersonal eingeplant. Ja, die Alimentation setzen wir verfassungsmäßig um. Wir beginnen mit den Verbesserungen unter dem Stichwort "Besoldung nach A 13 für alle" und Folgeforderungen überall. Wir beginnen mit der Tilgung von Schulden. Wir nehmen keine neuen Schulden auf.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in Berlin nimmt man zur Deckung des Haushalts 2024 sage und schreibe 39 Milliarden Euro neue Schulden auf. Warum muss ich mir dann von Angehörigen der Ampel-Parteien in Bayern überhaupt anhören, dass Haushaltspolitik bei uns auch nur irgendwo Schwächen haben könnte? Das ist mir ein Rätsel. Wir in Bayern nehmen keine neuen Schulden auf. Für unsere Bürgerinnen und Bürger machen leider die in Berlin die 39 Milliarden Euro Schulden. Pro Kopf heruntergerechnet bedeutet das auch ein Desaster für die Bürgerinnen und Bürger in Bayern. Wir wirtschaften in Bayern haushaltspolitisch solide.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Mit welcher Leidenschaft bin ich jedes Jahr aufgefordert worden, insbesondere von den GRÜNEN, doch endlich mehr Schulden aufzunehmen: "Schulden muss man ma-

chen!" Das große Konzept für die Zukunft sei, Schulden zu machen. Wir hatten in Bayern einen Kreditrahmen von 20 Milliarden Euro zur Bewältigung der COVID-Herausforderungen. Zum Schluss haben wir davon nur 10,2 Milliarden Euro ausgeschöpft. Ich gebe zu: Ich bin manchmal ein bisschen kleinlich; denn mein Ziel ist es eben nicht, neue Schulden aufzunehmen, sondern ich bin für so wenig neue Schulden wie möglich.

Wir steigen in die Tilgung ein. Der bayerische Haushalt war immer transparent, und zwar auch während der schwierigen Zeiten der letzten Jahre. Das Bundesverfassungsgericht hat klare Leitplanken gezogen. Meine Damen und Herren, anders als im Bund und in anderen Ländern mussten wir nicht eilig einen Nachtragshaushalt nachschieben. Wir mussten keine verfassungswidrigen Sondervermögen korrigieren. Wir mussten auch keine zugesagten Mittel streichen, wie das in Berlin an der Tagesordnung ist. Deswegen möchte ich die Belehrungen, die ich jedes Jahr bekomme, für diese Fragen schon einmal vorläufig nach dem, was ich gestern gelesen habe, zurückweisen. Bei uns wird solide und transparent gewirtschaftet. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Menschen können sich auf das verlassen, was wir beschließen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich sage auch in aller Ehrlichkeit: Ich habe es langsam satt. In diesem Land beschäftigen sich mittlerweile offensichtlich viele Experten mit der Frage: Wie kann man die Schuldenbremse verfassungskonform oder auch nicht verfassungskonform umgehen? Wie kann man endlich wieder Schulden machen, damit man alle Probleme lösen kann? Ich kann diese Diskussion nicht mehr ertragen. Ich wünsche mir vielmehr, dass sich die Experten im Land Gedanken machen, was wir tun müssen, damit wieder mehr Steuern erwirtschaftet werden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist doch die entscheidende Frage.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Nicht die Tatsache, dass es eine Schuldenbremse gibt, macht uns Schwierigkeiten, sondern die Tatsache, dass uns die Wirtschaft leider in der Weise wie vorher beschrieben in den letzten Monaten große Sorgen bereitet und die Lage auch nicht rasch wieder besser wird.

Die Schuldenbremse zwingt uns dazu, Prioritäten zu setzen; aber in Notlagen können wir auch Probleme lösen. Meine Damen und Herren, Schuldenbremsen verhindern auch Zinslasten. Auch das möchte ich hier einmal thematisieren. Denen, die immer schuldenverliebt dazu auffordern, neue Schulden aufzunehmen, um Probleme zu lösen und Fonds aufzusetzen, sage ich: Schulden kosten Geld. Sie haben sicher schon mal gehört hat: Es gibt Zinsen. Schulden führen zu Zinsverpflichtungen. Selbst dann, wenn das Schuldenmachen erlaubt wäre, blieben die Zinsen, meine Damen und Herren. Deshalb halten wir selbstverständlich auch in den Jahren 2024 und 2025 die Schuldenbremse wieder ein – mehr noch: Wir machen keine neuen Schulden.

Das ist ganz interessant: In Berlin nimmt man 39 Milliarden Euro neue Schulden auf, und zwar im Rahmen der Regeln der Schuldenbremse! Vielleicht ist verfassungsmäßig und juristisch alles korrekt; aber den Leuten zu erklären, man halte sich an eine Schuldenbremse, baue jedoch gleichzeitig 39 Milliarden Euro neue Schulden auf, ist, meine Damen und Herren, politisch mindestens eine Farce. Wir nehmen in Bayern keine neuen Schulden auf.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Zinsen im Bundeshaushalt werden natürlich zum Bumerang. Sie müssen auch bezahlt werden, wenn die Regierung vernünftigerweise mal wieder wechselt. Deswegen sage ich: Ich teile die Sehnsucht nach neuen Schulden nicht.

Die GRÜNEN und der DGB haben mich dieser Tage wieder dazu aufgefordert, endlich wieder neue Schulden aufzunehmen. Wir investieren, und wir haben uns selbst eine Ausgabendisziplin auferlegt, die alle Ressorts und die Staatskanzlei erbringen. Der Konsolidierungsbeitrag im Doppelhaushalt beträgt jährlich 571 Millionen plus weitere

Gegenfinanzierungen in Höhe von 137 Millionen Euro. Wir konsolidieren selbst um 1,28 Milliarden Euro im Doppelhaushalt. Deshalb wird auch nichts "ausgeplündert".

Ich habe gestern etwas Interessantes gelesen: Wir würden die Rücklage "ausplündern". Wie schnell kann man nur Folgendes vergessen: Im letzten Jahr hatten wir eine Rücklagenentnahme von 3,5 Milliarden Euro. Dann wurde mir erklärt: Jetzt ist die Rücklage leer, jetzt ist sie ausgeplündert. Das ist immer die Meinung, die Rücklage würde nur ausgeplündert. Auf die Idee, dass da auch mal wieder etwas reinkommen kann, kommt nicht jeder, der hier Haushaltspolitik macht. Voriges Jahr haben wir 3,5 Milliarden entnommen, in diesem Jahr sind es 2,4 Milliarden und nächstes Jahr 2,6 Milliarden. Meine Damen und Herren, hier wird nicht ausgeplündert, sondern wir führen die Rücklagenentnahme deutlich um mehr als eine Milliarde Euro pro Jahr im Vergleich zum letzten Jahr zurück. Warum machen wir das? – Weil wir es verantworten können.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Weil nichts mehr drin ist!)

– Frau Köhler, wenn nichts mehr drin wäre, könnte man auch nichts entnehmen. Dass Sie das nach all den Jahren Haushaltspolitik noch immer nicht durchdrungen haben, macht mir zwar Sorgen, macht aber das Problem nicht automatisch kleiner oder größer.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Warum machen wir das? – Weil wir weiter investieren wollen. Das ist der einzige Grund.

Die Eckdaten dieses Doppelhaushaltes lauten: 149 Milliarden Euro für die nächsten zwei Jahre. Jetzt kommt die entscheidende Zahl: 22,4 Milliarden Euro davon sind Investitionen. Die Investitionsquote beträgt 15 %. Jetzt noch mal ein haushälterischer Exkurs: Die Rücklagenentnahme und die Investitionsquote sind gleichsam kommunizierende Röhren. Wir haben 15 % Investitionsquote, ist gleich 22,4 Milliarden Euro.

Nordrhein-Westfalen, ein Land, das man durchaus mit uns vergleichen kann, hat eine Investitionsquote von 11 %. Hätten wir in Bayern eine Investitionsquote von 11 %, meine Damen und Herren, würden wir 16,4 Milliarden Euro investieren und nicht 22,4 Milliarden. Wir würden also bei derselben Investitionsquote wie Nordrhein-Westfalen im Doppelhaushalt 6 Milliarden Euro weniger investieren. Wer jetzt gut mitgerechnet hat, der erkennt: 5 Milliarden Euro entnehmen wir aus der Rücklage, damit wir die 6 Milliarden Euro investieren können, die in Nordrhein-Westfalen nicht investiert werden. Ich stehe zu dieser Rücklagenentnahme, weil sie ausschließlich dazu dient, dass wir in Bayern mit Investitionen Krisenbewältigung und Zukunftsgestaltung betreiben können. Würden wir uns genauso verhalten wie Nordrhein-Westfalen, bräuchte ich keinen Euro aus der Rücklage zu entnehmen, und ich hätte noch eine Milliarde Euro zusätzlich erwirtschaftet. Seien Sie doch froh, dass wir in Bayern in der Lage sind, ohne Schulden zu investieren und unser Land voranzubringen! Das ist doch die entscheidende Botschaft.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Gestern habe ich gelesen, wir würden Tafelsilber verkaufen. Meine Damen und Herren, wer aus der Rücklagenentnahme ausschließlich für Investitionen auf höchstem Niveau folgert, wir würden Tafelsilber verkaufen, der irrt sich. Investitionen in Höhe von 22,4 Milliarden Euro sind kein Verkauf von Tafelsilber, sondern wir kaufen mit diesen Investitionen Tafelsilber in Bayern, meine lieben Freunde. Darauf können wir wirklich stolz sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Fakten bleiben: Wir machen keine großen Einsparaktionen wie Berlin, wir belasten niemand einseitig wie Berlin. Um 39 Milliarden Euro Schuldenlast, die man offensichtlich benötigt, teilweise zu refinanzieren, war die jüngste Idee, man könnte doch von den Bauern 450 Millionen Euro einbehalten. Das Stichwort heißt Agrardiesel.

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Hört, hört!)

Man sollte dem Bundesfinanzminister eigentlich mal einen Taschenrechner schicken, wenn er solche Rechnungen anstellt – 39 Milliarden Euro minus 450 Millionen Euro –, damit er mal auf die Idee kommt, dass so etwas schwierig ist. Bauernopfer wie in Berlin, meine Damen und Herren, brauchen wir in Bayern nicht zu machen. Das Berliner Bauernopfer ist schädlich für die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir organisieren Rekordausgaben für unsere Kommunen: 11,4 Milliarden Euro kommunaler Finanzausgleich, 4,44 Milliarden Euro Schlüsselzuweisungen – ein Zuwachs von 4,1 % –, Hochbau: 1,07 Milliarden Euro – so viel wie nie –, die Krankenhausfinanzierung ist bedarfsgerecht, mit den Kommunen konsentiert: 800 Millionen Euro.

Meine Damen und Herren, wir haben für die Kommunen nicht nur den kommunalen Finanzausgleich im Haushalt. Die gesamten Ausgaben in unserem Haushalt, die in allen Bereichen den Kommunen zugutekommen, betragen 2024 gut 21,25 Milliarden Euro – mehr denn je. Über 29 % des gesamten bayerischen Haushalts gehen auf unterschiedlichsten Wegen an die Kommunen. Ja, es könnte noch mehr sein; selbstverständlich könnten die Kommunen noch mehr brauchen, ich auch, meine Damen und Herren. Die Kommunen haben große Herausforderungen, der Staat auch. Wir müssen darauf achten, dass diese Schicksalsgemeinschaft zusammenbleibt. Wir unterstützen die Kommunen, wo es geht.

Gestern musste ich lesen, wir würden zum Beispiel bei der Freibadförderung nur noch 10 Millionen Euro geben. Jemand mit haushaltspolitischer Erfahrung sollte immer zusammenzählen, was im Jahr ausgegeben wird und was verplant werden kann: 10 Millionen Euro in Geld plus 20 Millionen Euro Verpflichtungsermächtigung sind 30 Millionen Euro. Ich schreibe doch kein Geld in den Haushalt, das 2024 gar nicht gebraucht wird, weil gar nicht so viel abfließt, weil es gar nicht so viele Baumaßnahmen gibt. Dafür gibt es Verpflichtungsermächtigungen im Haushalt. Deswegen haben wir zur Unterstützung der Bäder nicht weniger Geld im Haushalt, sondern sogar mehr. Das ist

die Realität. Ich bitte, wenigstens keine Unwahrheiten zu verbreiten, wenn schon ständig ritualisiert auf unseren Haushaltsplanungen herumgeritten wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der größte Posten ist die Bildung mit 52 Milliarden Euro: 4.100 Stellen für die Schule, A 13 als Einstiegsamt, 300 Millionen Euro für mobile Endgeräte und, und, und.

370 neue Stellen gibt es für Wissenschaft und Kunst. Der Freistaat Bayern zählt übrigens 404.000 Studentinnen und Studenten, so viele wie nie. Der Anteil der Erstsemester steigt weiter. Wir haben einen bundesweit einmaligen Aufwuchs an unseren Hochschulen. Der Haushalt umfasst rund 14 Milliarden Euro. Zusätzliche Mittel gibt es für Technologietransferzentren, für die Uniklinika, den Medizincampus Niederbayern, die Highmed Agenda, die Hightech Agenda – 1,1 Milliarden Euro: 900 Millionen bei der Wissenschaft, 200 Millionen bei der Wirtschaft. Sogar für Kunst und Kultur gibt es 50 Millionen Euro mehr: für Denkmalpflege, nichtstaatliche Theater, für die freie Kunstszene, für die Digitalisierungsoffensive in diesem Bereich.

Wir bleiben ein Familienland. Wir fördern Kindertageseinrichtungen. Überall gibt es mehr: Betriebskostenzuschüsse an die Kitas: weit über 2,5 Milliarden, Beitragszuschuss Kita: 550 Millionen Euro, Krippengeld: 50 Millionen Euro. In diesem Doppelhaushalt, meine Damen und Herren, stehen rund 6,9 Milliarden Euro Ausgaben des Freistaates Bayern zur Unterstützung der Kinderbetreuungseinrichtungen oder der Eltern zur Betreuung ihrer Kinder plus 1,5 Milliarden Euro Familiengeld. Das gibt es nur in Bayern. 6,9 Milliarden Euro plus 1,5 Milliarden Euro – jeder kann sich das selber ausrechnen – sind eine Ansage, eine Zusage an die bayerischen Familien. Sicherlich beneiden uns Familien in allen anderen Bundesländern darum. Wir machen das, wir setzen das um, es ist zugesagt. Wir helfen jungen Leuten bei der Herausforderung, ihre Familien gut zu führen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Thomas Huber (CSU):  
Bravo!)

Für die Technologieförderung gibt es 330 Millionen Euro, 600 Millionen Euro für gemeinsam finanzierte Forschungseinrichtungen, 168 Millionen Euro für IPCEI-Projekte für Mikroelektronik, Wasserstoff, Batterien.

Innere Sicherheit und Recht: Polizei: 640 Stellen, Justiz: 350 Stellen. Wir sind das sicherste Land. Darauf sind wir stolz. Das Polizeibudget bringt das zum Ausdruck. 14,7 % mehr in 2024, alleine 1,12 Milliarden Euro im Doppelhaushalt für das Polizeibudget. 430 Millionen Euro für Digitalfunk. Rettungsdienst: 2023 55 Millionen Euro, 2024 101 Millionen, 2025 90 Millionen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man sich diese Steigerungen betrachtet, muss man doch wirklich sagen: Seien wir froh und stolz darauf, dass wir in Bayern uns das noch leisten können.

Die Unterbringung von Asylsuchenden fordert uns massiv. Natürlich sind wir auch hier das kommunalfreundlichste Land. Ich nenne hier die Zahl: im Doppelhaushalt 5,2 Milliarden für den gesamten Bereich Zuwanderung und Asyl. Ich bin ständig ermahnt worden, wir müssten das gesamte Geld vom Bund weitergeben. Es ist fast schon grotesk, wenn man sich die Zahlen anschaut: 5,2 Milliarden Euro im Doppelhaushalt für Zuwanderung und für Asyl, für die Herausforderungen, die wir in unserem Land haben. Wissen Sie, wie viel wir vom Bund erwarten? – Per annum 277 Millionen Euro. Diesen Betrag kann jeder gut mit zwei multiplizieren. Und da diskutiere ich und muss mich manchmal dafür rechtfertigen, dass wir angeblich irgendwo 38 Millionen Euro nicht weitergeben. Das ist geradezu ein Witz! Wir geben ein Mehrfaches und ein X-Faches dessen aus für eine Aufgabe, für die uns eigentlich der Bund das Geld geben müsste. Er enthält es uns aber vor.

Verkehr und Wohnen: Die Schnapsidee des Bundes, das sogenannte Deutschlandticket, wird bei uns finanziert. Wir benötigen 1,3 Milliarden Euro, Gelder von Bund und

Land im Doppelhaushalt, damit die Menschen das sogenannte 49-Euro-Ticket erwerben können bei einer Infrastruktur, die leider ausgebaut werden müsste. Ich sage das als Finanzminister unter dem Aspekt "Investition". Stellen Sie sich mal vor, wir hätten in Bayern im Jahr 635 Millionen Euro zur Verfügung, um Investitionen in die Bahninfrastruktur vorzunehmen, und das fünfmal – das sind über 3 Milliarden Euro –, und dann das Ticket zu sponsern für eine Infrastruktur, die optimal ist. Ich will es nicht weiter kommentieren. Jedenfalls betragen allein die Landesmittel pro Jahr 317 Millionen Euro. Und das Bekenntnis des Bundes zu einer tragfähigen Weiterfinanzierung fehlt bisher jedenfalls.

Unser Eigentum verlottert nicht: 1,1 Milliarden Euro geben wir für die Staatsstraßen. Die Wohnungsbaumilliarde wurde gestern diskreditiert. Ich habe mir die Zahlen geben lassen: Für Wohnungsbau in Bayern werden 2024 im Haushalt 1,1 Milliarden Euro ausgegeben, 2025 1,2 Milliarden Euro. Wer es nicht glaubt, dem kann man es vorrechnen. Im Übrigen kommen dazu noch die Bayern-Darlehen, welche durch das Bayerische Zinsverbilligungsprogramm weitere Investitionen in Höhe von 250 Millionen Euro im Doppelhaushalt erzeugen.

Auch im Bereich Gesundheit und Pflege wird all das, was zugesagt wurde, finanziert. Die Ausgaben für Prävention und Gesundheitsschutz werden deutlich erhöht. 40 Millionen Euro gibt es für die Digitalisierung, 25 Millionen für das Förderprogramm zur Unterstützung kleiner Krankenhäuser. Auch bei der Förderung von Tagespflegeplätzen und Pflegeheimen kommt es zu einer Steigerung der Mittel auf mittlerweile 144 Millionen Euro. Wir kürzen auch nicht bei den Schwächsten: 890 Millionen Euro Landespflegegeld. Meine Damen und Herren, die Sportförderung gehört auch zur Gesundheit. 2023 standen dafür 82 Millionen Euro zur Verfügung, 2024 und 2025 stehen dafür pro Jahr durchschnittlich 108 Millionen Euro zur Verfügung, also eine deutliche Erhöhung.

Wir digitalisieren Bayern weiter: 480 Millionen Euro sind für die Glasfaser vorgesehen. Das Förderprogramm wurde wirklich entbürokratisiert. Wenn dieser Haushalt vollzo-

gen ist, haben wir knapp 3 Milliarden Euro an bayerischen Steuergeldern für den Glasfaserausbau gegeben, eine Aufgabe, für die wir überhaupt nicht zuständig sind. Zuständig ist die Telekommunikationswirtschaft und selbstverständlich der Bund. Wir haben es trotzdem getan, zusammen mit den Kommunen. Jeden Tag wird versucht, diese großartige Leistung schlechtzureden. Es ist der erfolgreichste Infrastrukturausbau der letzten Jahre und Jahrzehnte. Und wir machen weiter mit der Glasfaser für alle. Die Kommunen, die das Förderprogramm in Anspruch nehmen, bekommen auch ihr Geld, jedenfalls das bayerische. Beim Bundesgeld schaut es etwas schwieriger aus. Da kommt viel weniger, als wir bräuchten. Die Kofinanzierung ist gesichert. Wir machen weiter.

Wir digitalisieren die Staatsverwaltung mit allein fast 400 Millionen Euro für den IT-Betrieb, die Infrastruktur der Steuerverwaltung und die BayernLabs. 26 Millionen Euro für die Unterstützung der Kommunen beim Online-Zugangsgesetz. Wir finanzieren 50 % der kommunalen BayernPackages, der EfA-Leistungen. All das habe ich selber mit den kommunalen Spitzenverbänden verhandelt, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das muss jetzt nur noch vollzogen werden. Dann ist auch hier alles, was finanziell notwendig ist, mit diesem Haushalt längst abgebildet.

Wir stehen zu den Bauern. Da kenne ich mich aus. Da brauche ich keine langen Vorträge zu halten. Der Bundesfinanzminister steht in Berlin vor zehntausend Bauern und erklärt denen, er ist auch ein Landwirt, weil er schon mal einen Pferdestall ausgemistet hat.

(Heiterkeit bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der AfD)

Manchmal rate ich ihm, dass er vielleicht den Saustall ausmisten soll, den er in Berlin teilweise verursacht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der AfD)

Deswegen gibt es bei uns nicht nur Demogeschrei, sondern auch Hilfen für die Bauern: KULAP, Investitionsförderung, Tierwohlförderung, Einstieg in den Zukunftsvertrag Landwirtschaft. Was geht leider zurück? – Die GAK-Mittel des Bundes. Wir helfen, wo es geht. Wir halten auch bei der Dorferneuerung, so gut es irgendwie möglich ist, mit bayerischen Mitteln dagegen. Alles kann man nicht ersetzen. Der Bund spart beim ländlichen Raum – wir geben 1,9 Milliarden Euro pro Jahr in den Landwirtschaftsetat.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Beim Umwelt- und Verbraucherschutz gibt es einen deutlichen Aufwuchs. Die Klimaausgaben habe ich mir mal angeschaut: Jährlich geben wir weit mehr als 1 Milliarde Euro alleine für Klimamaßnahmen über alle Ressorts verteilt.

Meine Damen und Herren, wir gestalten in diesen schwierigsten Zeiten Zukunft. Unsere Antwort ist: Investition. Wir bleiben umsichtig und vorausschauend. Wir wollen künftigen Generationen nicht unsere Lasten, sondern kluge und gute Fundamente vererben. Wir wollen eine solide, zukunftsorientierte Haushaltspolitik fortsetzen.

Ich sage Ihnen zum Schluss: Wir wären sogar noch viel stärker. Aber wir müssen 9,1 Milliarden Euro pro Jahr bezahlen, Stichwort Finanzkraftausgleich. Ich will das nochmals sagen: 18 Milliarden Euro im Doppelhaushalt fehlen hier mindestens. Dann höre ich wieder: Ihr müsst solidarisch sein. – 3,4 Milliarden Euro hat der Freistaat Bayern in Jahrzehnten aus diesem Länderfinanzausgleich, wie er damals hieß, erhalten. 3,4 Milliarden Euro nicht per annum, sondern in Summe! Seit wir Zahlerland sind, haben wir bis zu diesem Haushaltjahr, in dem wir uns befinden, nun sage und schreibe 117 Milliarden Euro bezahlt. Ich kann nur noch auf eine baldige Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts hoffen.

Aber ich habe eine Vision, die ich Ihnen abschließend schildern möchte: Müssten wir nur 50 % weniger bezahlen, hätten wir also 9 Milliarden Euro mehr im Doppelhaushalt, die wir ausgeben könnten, dann wären das zweimal die durch die Tarifsteigerung erhöhten Personalkosten. Wir könnten fast die kompletten Kosten im Doppelhaushalt für

die Migration bezahlen. 40 % aller Investitionen im Doppelhaushalt könnten wir damit bezahlen. Knapp 80 % des kommunalen Finanzausgleichs allein für das Jahr 2024 könnten wir damit bezahlen bei einer Reduktion der Zahlungen um nur 50 %. Wir würden dann immer noch 9 Milliarden Euro Finanzkraftausgleich bezahlen. – Nein, wir sind nicht unsolidarisch, sondern nur darüber traurig, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich sage das all denen, die finden, wir sollten noch mehr investieren. Das werden wir jetzt dann ja hören: Da könnten wir noch etwas brauchen, hier könnten wir noch etwas brauchen, hier habt ihr noch etwas vergessen. Gleichzeitig könnten wir bestimmt noch mehr tilgen und bestimmt noch viel mehr Ideen entwickeln. – Ich weiß das alles. Ich habe auch viele Ideen. Aber wir müssen auch im wahrsten Sinne des Wortes "haushalten". Wir verwalten öffentliche Gelder. Ich bedanke mich bei all denen, die das Geld erwirtschaften: bei den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, meine Damen und Herren. Sie sind es nämlich, die uns die Möglichkeit geben, Politik zu machen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der AfD)

Zwar sind deswegen nicht alle Wünsche zu stemmen, aber wir haben Rekordsummen in allen Bereichen. Wir sparen nicht ein – wir helfen. Wir investieren und wir kommunizieren ehrlich, auch am heutigen Tag. Die ehrliche Kommunikation ist, dass das ein Premiumhaushalt ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, und dass wir weiter "Triple A" bleiben werden. Wir sind "Triple A"-geratet. Das sagen andere über uns, nicht wir über uns. Wenn diejenigen, die heute das schlechtreden wollen, was wir uns in Bayern erarbeitet haben, recht bekämen, meine Damen und Herren, dann würde es bald so ausschauen wie in Berlin. Dann hätten wir nicht "Triple A", sondern "Triple Z" oder irgendwas.

(Heiterkeit bei der CSU)

Das ist die Wahrheit. – Insofern sage ich Danke, dass wir gemeinsam Verantwortung für Bayern übernehmen. Ich lade Sie ein zu einer guten Diskussion in den Ausschüs-

sen. Ich freue mich jetzt schon, dass wir ab sofort in den nächsten Monaten mit viel Geschwindigkeit dafür sorgen werden, dass die Haushaltsjahre 2024 und 2025 mit einem Premiumhaushalt gut finanziert werden können. – Ganz herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die Gesamtredezeit der Fraktionen in der sich jetzt anschließenden Debatte beträgt nach Vereinbarung im Ältestenrat 111 Minuten und verteilt sich auf die Fraktionen wie folgt: CSU 34 Minuten, FREIE WÄHLER 21 Minuten, AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils 20 Minuten und SPD 16 Minuten.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Andreas Jurca von der AfD.

(Beifall bei der AfD)

**Andreas Jurca (AfD):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kollegen! Wir besprechen heute den mit reichlicher Verspätung eingegangenen Entwurf des Doppelhaushaltes 2024/2025. Wir haben in den vergangenen Monaten immer wieder darauf hingewiesen, dass der Entwurf viel zu spät kommt. Nun befinden wir uns bis in den Juni hinein in der vorläufigen Haushaltsführung. Ein solches Vorgehen kritisieren wir als Rechtsstaatspartei natürlich.

Dass es aber überhaupt möglich ist, einen Staat ohne gültigen, beschlossenen Haushalt am Laufen zu halten, verdanken wir den Bürgern des Freistaates; die wertschaffenden Bürger halten das Land am Laufen – nicht wegen, sondern trotz der Staatsregierung.

(Beifall bei der AfD)

Daher an dieser Stelle, bevor wir uns dem eigentlichen Thema widmen, ein herzliches Danke an all jene, die sich täglich zur Arbeit mühen, um all das hier zu bezahlen. Vielen Dank!

(Beifall bei der AfD)

Der Haushalt sieht für das Haushaltsjahr 2024 ein formales Ausgabevolumen von 73,5 Milliarden Euro und für das Jahr 2025 ein formales Ausgabevolumen von 76,3 Milliarden Euro vor. Dass diese Wahnsinnssummen erst einmal erarbeitet werden müssen, gerät im Asyl- und Bürgergeldparadies Bayern oft in Vergessenheit. Doch die bayerischen Leistungsträger erinnern sich jeden Monat bitter daran, wenn sie sehen, wie wenig Netto vom Brutto ihnen der Staat übrig lässt. Wenn die CSU großspurig von einem Premiumhaushalt spricht, vergisst sie ganz offenkundig, dass der Bürger gerne weniger Premium für den Staat und mehr Premium bei sich zu Hause hätte.

(Beifall bei der AfD)

Sprechen wir über die Asylkosten. Was in Bayern aus dem Staatshaushalt an Asyilleistungen gezahlt wird, ist niemandem mehr vermittelbar. Schon seit Jahren zahlt Bayern im Durchschnitt 2,5 Milliarden Euro für Asyl- und Integrationsleistungen für Menschen, die nach deutschem Recht und auch nach EU-Recht nicht einmal in Deutschland sein dürften.

In diesem Doppelhaushalt sind mehr als 5,2 Milliarden Euro nur für Asylforderer eingeplant – 2,7 Milliarden Euro davon 2024 und mehr als 2,5 Milliarden Euro 2025. Dieses Geld wird ausschließlich für die Illegalen verwendet, und das ist nur der Beitrag Bayerns. Von diesen Asylforderern werden laut BAMF regelmäßig weniger als 1 % als tatsächlich Asylberechtigte anerkannt. Stellen Sie sich einmal vor, über wie viele verschiedene Stellen ein bayerischer Arbeitnehmer belastet wird, um diesen Wahnsinn zu bezahlen.

Aus dem Bundeshaushalt fließen jährlich mehr als 25 Milliarden Euro für Asyl und Migration; der Freistaat zahlt nochmals 2,7 Milliarden Euro für Asyl und Integration. Das Bürgergeld und die Leistungen aus der Krankenversicherung sind da noch nicht einmal eingerechnet. Hinzu kommt der massive Verlust an Lebensqualität durch die exorbitante Kriminalität auffälliger Einwanderergruppen. Dieser Verlust lässt sich in Zahlen gar nicht ausdrücken. Dass kein Ende in Sicht ist, zeigen die 330.000 Asylanträge allein im letzten Jahr. Die Frage ist nicht, ob das auf Dauer finanzierbar ist; die Frage ist, warum wir jemals auch nur einen einzigen Euro für die Illegalen ausgegeben haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Ich möchte bei dieser Gelegenheit aber auch ganz klar betonen: Wir als AfD haben uns niemals gegen jene Ausländer ausgesprochen, die auf legalem Weg in unser Land gekommen sind, für ihren Unterhalt selbst aufkommen, die Kultur respektieren und die Gesetze achten.

(Beifall bei der AfD)

Aber sprechen wir auch ein wenig über die Energiepolitik. Die wirtschaftliche Entwicklung in Bayern und in Deutschland ist nicht zuletzt auf die desaströse Klimapolitik zurückzuführen. Dass die Ampel-Politik unverantwortlich und chaotisch ist, ist jedem Beobachter klar. Anstatt zur Kernkraft zurückzukehren, wird jetzt auf Bundesebene von Habeck über die zuvor dämonisierte CO<sub>2</sub>-Speicherung referiert. Die GRÜNEN sind planlos – das wissen wir. Wir hier in Bayern betreiben aber das Gleiche. In seiner Erklärung zum Klimaland Bayern hat Ministerpräsident Söder versprochen, bis zum Jahr 2040 rund 22 Milliarden Euro aus dem Staatshaushalt für das Klima auszugeben. Der Bayer darf nun 40 % mehr für Energie ausgeben als noch vor Corona. Er darf keine Kernkraft haben, aber mit seinem Geld das Klima retten. Die Altparteien in Bund und Land haben verschiedene politische Ziele. Ein gutes Leben für den Steuerzahler ist nirgends Priorität, außer bei der AfD.

Zu den Schulden des Freistaates. Durch die Maßnahmen der Bundes- und der Staatsregierung in der Corona-Pandemie sind die Schulden in Bayern auf über 36 Milliarden Euro angestiegen. Hätten wir als AfD-Fraktion nicht gegen den Haushalt 2020 geklagt, wären es noch viele Milliarden mehr. Trotzdem stehen wir jetzt vor einem Berg von Schulden, der die zukünftigen Generationen belasten wird.

Die Schuldentilgung für die Corona-Kredite sollte ab 2024 pro Jahr mindestens eine Milliarde Euro betragen – so wurde es 2020 im Zweiten Nachtragshaushalt beschlossen. Mittlerweile kann davon keine Rede mehr sein. Tatsächlich tilgt die Staatsregierung pro Jahr nur 50 Millionen Euro des 36-Milliarden-Euro-Schuldenbergs. Als Finanzminister hatte Ministerpräsident Söder noch das Ziel "Bayern schuldenfrei 2030" ausgegeben. Wer kann sich eigentlich noch daran erinnern? Man hatte geprahlt, dass durch die Änderung des Länderfinanzausgleichs so viel Geld frei wird, dass man zusätzlich mehrere Milliarden Euro pro Jahr tilgen kann und den Freistaat so bis 2030 schuldenfrei bekommen würde. Tatsächlich ist es aber so, dass der neue Länderfinanzausgleich Bayern so viel Geld aus der Tasche zieht, dass die CSU, die den Finanzausgleich ausgehandelt und den Bayern als Triumph verkauft hat, dagegen klagt. Und die Schuldenfreiheit? – Schon vor der Corona-Pandemie wurde die Schuldentilgung zurückgefahren, unter anderem um die Hightech Agenda und die Asylausgaben zu finanzieren.

Durch die Corona-Pandemie haben sich die Schulden so rasant entwickelt, dass wir mit der vorgeschlagenen Geschwindigkeit bis zum Ende des Jahrhunderts noch nicht schuldenfrei sind. Die Staatsregierung legt einen Finanzplan vor, bei dem in diesem und im nächsten Jahr nur 50 Millionen Euro Schulden getilgt werden sollen; ab 2026 sollen es dann 500 Millionen Euro sein. Doch in dieser Geschwindigkeit dauert die Rückzahlung der Corona-Kredite 20 Jahre, der Schulden im allgemeinen Haushalt 40 weitere Jahre und der Schulden der BayernLB nochmals 14 Jahre.

Weiter zum Schuldendienst. Die Zinsausgaben für die Schulden des Freistaates steigen laut Finanzplan der Staatsregierung immer weiter an. Schon 2026 überschreiten

sie den Betrag von einer Milliarde Euro. Im Jahr 2027 sollen es bereits 1,2 Milliarden Euro sein. Die Staatsregierung schreibt über den vorgelegten Haushalt, er sei solide, nachhaltig und generationengerecht. Doch wo ist die Generationengerechtigkeit für die Leute, die jetzt ihre Ausbildung machen, die jetzt ihre Familie gründen und in Zukunft auch noch einen gewissen Lebensstandard genießen möchten?

Zum "Triple A"-Rating habe ich mich jetzt nicht vorbereitet; ich möchte aber doch gerne auf den Herrn Finanzminister antworten. Ich weiß nicht, welchen Wert wir diesem "Triple A"-Rating zumessen sollten; denn wir haben doch damals in der Finanzkrise 2008 gesehen, was die Finanzprodukte, die von den Rating-Agenturen auch ein "Triple A" bekommen haben, ausgelöst haben. Herr Finanzminister, was das betrifft, würde ich mich an Ihrer Stelle zurückhalten.

Meine Damen und Herren, der Haushaltsentwurf beinhaltet viele Baustellen, auf die wir im Rahmen der Haushaltsdebatten noch ausgiebig eingehen werden. – Damit bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Kollege Josef Zellmeier.

(Beifall bei der CSU)

**Josef Zellmeier (CSU):** Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Unser Finanzminister Albert Füracker hat es in seiner Einbringungsrede bereits gesagt: Wir haben einige Jahre der Krisenbewältigung hinter uns. Das ist uns in Bayern hervorragend gelungen. Wir haben in dieser Zeit aber immer auch gestaltet und tun dies jetzt weiter – und zwar mit dem Haushalt 2024/2025, der wieder ganz klare Zeichen für die Zukunft setzt. Dies ist uns auch wichtig.

An dieser Stelle möchte ich unserem Finanzminister Albert Füracker und der gesamten Staatsregierung für die hervorragende Planung, für den Entwurf, der vorgelegt

wurde, Danke sagen, aber auch Danke sagen für den konsequenten Haushaltsvollzug, der uns immer wieder neue Spielräume schafft.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zu Beginn noch ein Hinweis, weil die Opposition beklagt, dass der Haushalt spät kommt, für manche zu spät. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir schaffen alle Dinge, die wir schaffen wollen, ohne Probleme. Wir haben Ihnen allen, auch Ihnen von der Opposition, die Möglichkeit gegeben, bei diesem Haushalt mitzugestalten. Das ist der erste Doppelhaushalt nach den Corona-Jahren. Was würden Sie denn sagen, wenn wir das alles im Eilverfahren kurz nach der Wahl vorbereitet und schnell durchgezogen hätten? – Das wäre doch nicht der richtige Weg. Sie wollen mitbestimmen – das ist auch uns wichtig –, wobei wir Ihre Vorschläge, wie auch in der Vergangenheit, mangels Gegenfinanzierung vermutlich zwar zur Kenntnis nehmen, aber nicht annehmen werden.

Wenn Sie zurückschauen: Nach Landtagswahlen hatten wir in der Vergangenheit immer wieder Haushalte, die später eingebracht worden sind. So wurde der Doppelhaushalt 2019/2020 am 13. März 2019 und der Nachtrag 2014 am 26. März 2014 behandelt. Wenn man zurückschaut, findet man ähnliche Beispiele. Das ist also ein Sturm im Wasserglas und Aufregung um nichts.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Finanzminister hat bereits auf das gute Rating hingewiesen, auch wenn das dem Kollegen von der AfD nicht gefällt. International ist die Finanzpolitik Bayerns angesehen. Wir werden wegen unseres soliden Schuldenmanagements überall anerkannt. Wir werden für die starke bayerische Wirtschaft, in der wir die richtigen Wegzeichen setzen, und für die rechtlichen Rahmenbedingungen gelobt, vor allem für die Planungssicherheit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eines der großen Probleme, die wir in Berlin momentan spüren, ist: Die Wirtschaft, die Menschen sind verunsichert, weil man nicht planen

kann, weil rechtliche Vorgaben geändert und Förderprogramme gekürzt werden, weil Auflagen gestaltet werden, die den Menschen und der Wirtschaft nicht zuträglich sind.

Für uns ist Solidität wichtig. "Das ist manchmal etwas langweilig", werden einige sagen. Aber wir sind keine Hasardeure. Wir wollen einen soliden Haushalt. Wir wollen die Schuldenbremse einhalten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Schuldenbremse ist das Markenzeichen der CSU, unsere Erfindung, von uns propagiert, von uns durchgesetzt und – vor allem – von uns konsequent eingehalten.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich darf schon jetzt darauf hinweisen: Wir werden den Haushalt in einem scharfen Ritt im Haushaltsausschuss beraten, drei Wochen am Stück. Das war in früheren Zeiten deutlich länger. Wir werden alles tun, damit wir den Haushalt schnellstmöglich beraten, und Ihnen bis dahin die Zeit geben, um Änderungsanträge einzureichen.

Die Rahmenbedingungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind schwierig. Wir hatten bei der Steuerschätzung im Oktober 2023 schlechtere Zahlen als im Mai 2023. Das war in der Vergangenheit nicht so. Wir hatten viele Jahre, in denen die Steuerschätzungen besser ausgefallen sind und in denen wir dann beim Jahresabschluss gesehen haben, dass die Einnahmen noch besser ausgefallen sind als die Steuerschätzung. Das macht es uns nicht leicht. Aber obwohl die Bundesregierung bei ihren Schätzungen danebengelegt hat, werden wir es wieder schaffen, wenn auch mit einer Rücklagenentnahme, diesen Haushalt ohne Neuverschuldung zu gestalten. Ich bin auch davon überzeugt, dass wir es beim Vollzug schaffen, die Rücklage weitestgehend zu schonen.

Wir haben schwierige Rahmenbedingungen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die politische Unsicherheit, die von Berlin ausgeht, führt dazu, dass die Stimmung, die Verunsicherung in Deutschland so ist wie beim Brexit in Großbritannien. Stellen Sie sich das mal vor, wie beim Brexit in Großbritannien! Wenn man die Unternehmer, die Menschen befragt, dann stellt man eine ähnliche Verunsicherungsrate fest.

Die Belastungen für die Industrie, die Steigerung der Energiekosten, die Mauterhöhung, die CO<sub>2</sub>-Steuer – überall Auflagen erhöht und Förderungen gekürzt. Das macht auch uns in Bayern zu schaffen.

Unser Finanzminister hat den Bundestagsabgeordneten Ernst Hinsken genannt, der damals in Berlin die rote Laterne an Kanzler Schröder überreicht hat. Das war übrigens damals mein Bundestagsabgeordneter. Die rote Laterne ist heute im Museum und zeigt auf, welche schwierigen Zeiten das waren. Nun kann man über Kanzler Schröder – ich bin kein Freund von ihm – denken, was man will. Aber er hat zumindest reagiert und agiert. Das tut die Ampel in Berlin nicht. Sie verwaltet das Chaos, und das in schlechter Art und Weise. Damit müssen wir zurechtkommen.

Ich nenne die hohen Kosten für Migration: fast 2 Milliarden Euro. In Berlin wird nicht gehandelt. Ich nenne die Inflation. Ich nenne den Länderfinanzausgleich, heute schon andiskutiert: 9,1 Milliarden. Mehr als die Hälfte des Länderfinanzausgleichs geht auf Kosten Bayerns. Kann das bei 15 % der Einwohner sein? – Deshalb klagen wir auch. Die Klage ist eingereicht. Ich denke, wir haben gute Chancen zu gewinnen. Obwohl Bayern solidarisch ist, wollen wir, dass der Länderfinanzausgleich so ausfällt, dass auch wir selbst Spielräume haben. Es kann nicht sein, dass soziale Leistungen in anderen Ländern bezahlt werden, die wir uns in Bayern nicht leisten, nur weil der Länderfinanzausgleich nicht mehr gerecht ist.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Schwierige Rahmenbedingungen sind auch die Besoldungserhöhungen, die unseren Beschäftigten zustehen. Ich will das ausdrücklich sagen. Die hohe Inflation macht das notwendig. Wir haben hervorragende Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst, die eine hervorragende Arbeit leisten. Wir bezahlen sie deutschlandweit am besten. Das wollen wir auch weiter tun. Aber auch das macht es uns nicht einfacher.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vergleichen wir einmal den Bundeshaushalt, die Haushalte anderer Länder mit dem bayerischen Haushaltsentwurf. Der Bundeshaus-

halt hat ein Volumen von 477 Milliarden Euro, gut sechsmal das Volumen von Bayern. Gleichzeitig hat der Bund eine Zinslast von 7,9 %; das sind 37,7 Milliarden Euro. Knapp 40 Milliarden Euro – ich glaube, es sind 39 Milliarden Euro – werden vom Bund unter Ausreizung aller rechtlichen Möglichkeiten aufgenommen. Das heißt, der Bund nimmt Schulden auf, um Zinsen zu bezahlen. Das ist doch die falsche Entwicklung. Wir in Bayern haben 1 % Zinsbelastung. Wir in Bayern brauchen keine Schulden. Wir wollen auch keine Schulden machen, um Zinsen zu bezahlen, weil das die künftigen Generationen belastet.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir planen realistisch auf der Grundlage der Steuerschätzung. Wir machen auch nicht das, was der Bund gemacht hat. Wir machen eine globale Minderausgabe. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Bund rechnet mit globalen Mehreinnahmen. Das ist ein Taschenspielertrick, wie ich es noch nicht erlebt habe, und das bei einer schlechten konjunkturellen Prognose. So kann das nur schiefgehen. Das tun wir in Bayern nicht. Wir haben den Haushalt geräuschlos aufgestellt und werden ihn auch gut vollziehen.

Vergleich mit anderen Ländern: Die Investitionsquote – das ist gesagt worden – liegt in Bayern bei 15 %. Die anderen großen Flächenländer Baden-Württemberg und NRW haben nur 10 %. Das bedeutet Einbußen bei der Infrastruktur, bei der Technologie und bei der Forschung. Wir setzen auf Hightech und nicht auf Abbau, wie es andere Bundesländer tun.

Wir haben die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung, im Vergleich mit den westlichen Flächenländern nur ein Drittel.

Solidität ist unser Markenzeichen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deshalb stehen wir auch zur Schuldenbremse: kein Aufweichen für Investitionen, kein Aussetzen, kein Umgehen, kein Tricksen. Das Ifo-Institut bestätigt den ökonomischen Sinn einer Schuldenbremse. Länder mit Schuldenregeln – hören Sie gut zu! – haben durchschnittlich 0,5 % mehr Wirtschaftswachstum als andere Länder. Das heißt, Schulden-

machen bringt auf Dauer nichts, es schadet. Länder mit Schuldenbremse sparen Zinsen, nämlich 1,5 %, und weisen geringere Ausfallrisiken auf.

Generationengerechtigkeit ist nicht nur im Umwelt- und Naturschutz wichtig, sondern auch in finanzieller Hinsicht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Haushaltssperre, Wiederbesetzungssperre, globale Minderausgabe – das alles sind Dinge, die nicht sexy sind. Es gab einmal einen Regierenden Bürgermeister, der gesagt hat: Wir sind arm, aber sexy. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, schauen Sie sich doch einmal die Wanderungsbilanz von Restdeutschland nach Bayern an! Wohlstand macht sexy. "Schönheit vergeht, Tagwerk besteht", hat man in der Landwirtschaft früher gesagt. So ähnlich ist es auch hier – der erste Schein mag trügen –: Wohlstand macht wirklich sexy. Deshalb haben wir einen hohen Zuzug. Das freut uns natürlich, weil die Menschen mit ihrem Verhalten anerkennen, dass es uns in Bayern besser geht und dass Maßnahmen wie die Wiederbesetzungssperre und die globale Minderausgabe zwar sperrig klingen, aber doch der richtige Weg sind.

Wir investieren in Bildung, Hochschule und Schule. Es gibt viele neue Stellen – das ist bereits genannt worden –, nämlich über 4.000. Wir erhöhen die Eingangsbesoldung bei den Grund- und Mittelschullehrern. Wir bauen die Ganztagsangebote aus. Gerade im Bereich Bildung und Forschung investieren wir viel. Hier haben wir auch die besten Noten, die besten Werte bei allen Bildungstests. Wir verstärken jetzt noch im Bereich Deutsch und Mathematik, was besonders wichtig ist.

Wir haben so viele Erstsemester wie noch nie an den Hochschulen und auch hier einen hohen Anteil aus dem Ausland. Auch das zeigt, dass wir attraktiv sind. Die Ausgaben für Wissenschaft und Kunst sind die letzten 14 Jahre um fast 80 % gestiegen; sie machen fast ein Zehntel des Haushaltsvolumens aus. Wir bauen eine neue TU in Nürnberg. Die Hightech Agenda mit 550 Millionen Euro pro Jahr ist ein Markenzeichen Bayerns.

Und wir leben sicher. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sicherheit ist auch ein Markenzeichen; denn das bedeutet, dass Investoren, dass Menschen, die zu uns kommen, wissen: In Bayern brauche ich keinen privaten Sicherheitsdienst, in Bayern lebe ich sicher. Wir haben die niedrigste Kriminalitätsrate und die höchste Aufklärungsquote. Wir haben neue Stellen für die Polizei und für die Justiz vorgesehen. Die Ausgaben für die Polizei wachsen überdurchschnittlich: Um 14,7 % erhöht sich das Polizeibudget gegenüber 2023.

Aber es gibt auch Geld für Soziales: 3,4 Milliarden Euro für die Kitas, über eine Dreiviertelmilliarde für das Familiengeld und fast eine halbe Milliarde für das Landespflegegeld. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen: Obwohl wir sparsam wirtschaften, obwohl wir investieren, obwohl wir die richtigen Schwerpunkte setzen, tun wir auch viel im Bereich Soziales; denn auch die schwächeren Menschen sind uns wichtig.

Wenn wir vom Haushalt reden, reden wir in der Regel von der Ausgabenseite. Ich will aber auch die Einnahmenseite zum Schluss noch einmal beleuchten. Denn uns ist wichtig, dass die Leistungsträger gestärkt werden, dass diejenigen, die Steuern zahlen, die jeden Tag fleißig arbeiten gehen, gestärkt werden. Nur so kommt man weiter. Mit der Erhöhung von Belastungen, mit neuen Vorschriften, mit neuen Auflagen gewinnt man die Zukunft nicht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir brauchen deshalb die Menschen, die mitarbeiten, und Ihnen, den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, danke ich für die großartige Leistung, die dazu beiträgt, dass wir in Bayern leistungsfähig sind. Da kann ich nur sagen: Danke, liebe Mitbürger, dass Sie immer fleißig arbeiten, dass Sie fleißig das Ihre tun; denn ohne Sie geht es nicht. Darauf basiert unser ganzer Staat.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Claudia Köhler.

**Claudia Köhler (GRÜNE):** Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ende Februar kommt dann in Bayern doch noch ein Haushaltsplan ins Parlament, ein Plan für das bereits laufende Jahr. Die Verabschiedung ist erst für Juni geplant. Ja, da haben Sie recht, dafür haben Sie wahrlich die rote Laterne verdient. Zeigen Sie uns ein Land, das den Haushalt noch später verabschiedet!

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Alle Projekte, die neu am Start sind, liegen solange auf Eis. Alle neuen Stellen, alle neuen Mittel, alle neuen Förderpauschalen gibt es heuer erst in der zweiten Hälfte des Jahres. Das ist ein Negativrekord der letzten 20 Jahre und eine kalte Kürzung für die Kommunen sowie die Träger von staatlichen Aufgaben.

Aber jetzt ist der Entwurf da, und er zeigt eines: Ministerpräsident Söder kürzt an Bayerns Zukunft. Er gibt 149 Milliarden Euro aus und geht doch weiterhin kein Thema ambitioniert an. Windkraft, Geothermie, Schulessen, Ganztage, Wohnungsbau, Klimaschutz: nichts!

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Wenn es dann eng wird, kommt immer das gleiche Gejammer, wie ja auch gerade eben: Der Bund soll es richten. Und das tut er.

(Lachen und Widerspruch bei Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Die Bundesmittel bleiben nämlich auf sehr hohem Niveau. Die Bundesmittel für Bayern bleiben auf sehr hohem Niveau. Das hilft den Kommunen in Bayern und gibt Planungssicherheit.

(Thomas Huber (CSU): Planungssicherheit?)

Ein Beispiel ist die Wohnraumförderung. Die Wohnraumförderung des Bundes für Bayern steigt schneller als die bayerischen Eigenmittel. Für das schnell rausgehauene Ziel, 10.000 Wohnungen bis 2025, sind im letzten Jahr von allen drei Wohnungsbau-gesellschaften unter 300 Wohnungen gebaut worden. Im Koalitionsvertrag – Sie haben es auch erwähnt – haben Sie von der Wohnbaumilliarde gesprochen. Im Haus-halt finden wir nur die Hälfte; denn die andere Hälfte kommt ja auch aus Bundesmit-teln.

(Staatsminister Albert Füracker: Sind das keine bayerischen Mittel?)

Wir hatten in den letzten Jahren konjunkturell gute Zeiten. Da hätten Sie sinnvoll in-vestieren müssen, Strukturen für die Zukunft schaffen müssen. Das fehlt uns jetzt in allen Bereichen: Gesundheit, Pflege, Kinderbetreuung, öffentlicher Nahverkehr, Was-serschutz, Artenschutz, Energiewende. – Die Liste ist sehr lang.

Apropos Energiewende. Ich fand die Mittel für Geothermie, 7,5 Millionen Euro für ganz Bayern für ein ganzes Jahr, immer mickrig, und ich fand, dass sie den Kommunen nicht helfen. Aber diese Staatsregierung hat es geschafft, auch noch diese wenigen Mittel zu kürzen: 5 Millionen Euro gibt es jetzt. Noch mal 2,5 Millionen Euro weniger, obwohl die Kandidaten von FREIEN WÄHLERN und CSU auf sämtlichen Podien im Wahlkampf versprochen haben, dass die Mittel für Geothermie erhöht werden, dass jetzt die Bürgschaften kommen und dass man für dieses enorme Potenzial etwas tun muss. – Das Versprechen wurde gebrochen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Großmächtig hat der Ministerpräsident vor der Landtagswahl auch den Wassercent angekündigt: Um die Kostbarkeit des Trinkwassers zu unterstreichen und um das Trinkwasser noch besser zu schützen, führen wir den zweckgebundenen Wassercent ein. – Das steht sogar im Koalitionsvertrag. – Wir haben den Wassercent in diesem Haushalt nicht gefunden. Dabei wäre es richtig wichtig, mehr für den Trinkwasser-

schutz, für das Wassersparen, für die Wasserversorgung unserer Obst-, Wein- und Gemüsebauern zu tun.

(Widerspruch des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Noch ein paar Beispiele für gebrochene Wahlversprechen: Ja, die erwähnte Schwimmbadförderung: 20 Millionen Euro pro Jahr waren versprochen, und jetzt stehen 10 Millionen im Haushalt.

(Widerspruch des Abgeordneten Thomas Huber (CSU))

Der Minister sagt dann: Ich habe die Verpflichtungsermächtigung dazugezählt. – Das war nicht das Versprechen. Es wurde gebrochen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Es gibt wieder kein Gehörlosengeld. Statt Erhöhung gibt es eine Kürzung der Mittel bei den Sing- und Musikschulen. Das Versprechen wurde gebrochen.

Aber es gibt mehr Geld für Straßenbau, 1,1 Milliarden Euro, so viel wie nie. Das ist wirklich anachronistisch, und das merken die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land. Lassen Sie lieber den Zug fahren, und zwar pünktlich, dann sparen die Familien richtig Geld und brauchen gar kein neues Zweitauto für Ihre neuen Straßen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD – Thomas Huber (CSU):  
Bitte an die Deutsche Bahn adressieren!)

Der Bauunterhalt bleibt auch auf niedrigem Niveau. Für Hochbaumaßnahmen gibt es weniger Geld als im letzten Jahr. Das heißt aber im Umkehrschluss: Der Sanierungsstau in Bayern wird weiter ansteigen.

Die Rücklage von 6 Milliarden Euro wird für den Doppelhaushalt geplündert.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Geplündert?)

– Ja, und Sie haben ja gesagt, dass wir auch mehr eingenommen haben. Das ist auch schon weg. Das ist auch schon verplant.

Was ich am bemerkenswertesten finde: Bei der Pressekonferenz hat der Ministerpräsident gesagt, dass die Rücklage für die Personalausgaben draufgegangen ist. – Ja, wem ist denn das bitte eingefallen? Wovon zahlen Sie die Personalausgaben denn dann nächstes Jahr, wenn Sie das heuer aus der Rücklage nehmen?

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Bei all den Kürzungen mit dem Rasenmäher, mit der verschönernden Bezeichnung "globale Minderausgabe", wundert es mich dann doch, dass es für Mondmissionen aus Bayern – wörtlich: Mondmissionen aus Bayern – bis zu 100 Millionen Euro geben soll. Wer bitte ist in Bayern für diese Mondmissionen im Wirtschaftshaushalt zuständig? – Doch wohl nicht Herr Aiwanger. Der schafft es nämlich nicht einmal bis zu einer Max-Planck-Sitzung oder ins Plenum.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Da waren Sie gar nicht eingeladen!)

Es reicht eben nicht, dreimal hintereinander korrekt "Wasserstoff" aussprechen zu können.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

100 Millionen Euro für Wasserstoff bringen nichts, wenn wir nicht den Strom dafür haben. Energiepolitisch ist das völlig daneben.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ja, und wer hat die Kernkraftwerke abgeschaltet? Unverantwortliche Politik betreiben Sie! – Katharina Schulze (GRÜNE): Immer dasselbe!)

– Die haben nicht den Strom für den Wasserstoff gebracht. Darum muss sich endlich der Energieminister von Bayern kümmern.

(Ruth Müller (SPD): Genau! – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Um die Kernkraftwerke?)

Ein wirklich starkes Stück ist heuer – jawohl, wenn Sie hier schon reinrufen –, dass Sie, Abgeordnete von CSU und FREIEN WÄHLERN, sich in diesem schwierigen Haushalt, in diesen schwierigen Zeiten, 100 Millionen Euro Fraktionsreserve für Mini-projekte in Ihren Stimmkreisen genehmigen und reservieren.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sie haben keine Ahnung! – Ruth Müller (SPD): Das ist ein großer Schluck aus der Pulle!)

5 Millionen Euro für Geothermie und 100 Millionen Euro Fraktionsreserve! Das ist im Übrigen Ihre einzige Beteiligung an diesem Haushaltsentwurf. Andere Anträge kommen während der Beratung überhaupt nicht von Ihnen. Das Parlament ist für CSU und FREIE WÄHLER nur eine Formalie. Meine Damen und Herren, das Parlament ist aber keine Formalie. Deswegen ist es verantwortungslos, jetzt schon, bevor die Beratungen zum Haushalt überhaupt angefangen haben, Schecks zu übergeben, nur damit die CSU schneller in der Presse ist als die FREIEN WÄHLER und umgekehrt. Mit solchen Spielchen innerhalb der Koalition schwächen Sie die Demokratie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber an manchen Stellen freuen wir uns auch – das will ich natürlich nicht unerwähnt lassen –: Die Ausgaben für den Katastrophenschutz wurden gemäß unseren Anträgen erhöht, es gibt eine Stelle mehr pro Regierung – jetzt fehlt nur noch die von uns vorgeschlagene Taskforce –, mehr Geld aus der Feuerschutzsteuer für Feuerwehrhäuser – das hat jahrelang unser stellvertretender Fraktionsvorsitzender Johannes Becher beantragt, endlich ist es da –, mehr Stellen für den Gesundheitsdienst an Landratsämtern – das war unser Antrag –, endlich mehr Stellen für die berufliche Anerkennung ausländischer Qualifikationen – das war auch ein grüner Antrag –, mehr Geld für Verwaltungskräfte an Gymnasien – das war unser Antrag –, und die Berufseinstiegsbegleitung ist endlich verstetigt. Unser gemeinsamer Kampf dafür hat sich gelohnt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt muss noch endlich, und zwar schnell, eine Zwischenlösung für die Mittel für die Ganztagsbetreuung her, und zwar für mehr Geld für eine Erhöhung der Pauschalen, um jetzt Personal anzuwerben. Ich erinnere an unseren Dringlichkeitsantrag von letzter Woche; denn auch wenn der Haushalt in Bayern heuer so spät, erst im Juni, kommt: Jetzt werden die Gruppen für die Ganztagsbetreuung für September geplant. Vergessen Sie nicht: Eine verlässliche Betreuung ist auch ein enormer Wirtschaftsfaktor, weil die jungen Eltern in den Unternehmen gebraucht werden und sich auf die Betreuung verlassen können müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zuschüsse zur Erfüllung staatlicher sozialer Aufgaben müssen für die Träger überhaupt steigen, weil Löhne und Preise auch gestiegen sind. Was braucht es noch? – Es braucht endlich richtig Geld für das Programm "Green HospitalPLUS" in Bayern, und zwar nicht nur zum Verleihen von Urkunden, sondern zur richtigen Umrüstung von Krankenhäusern. Das wird dann auch wieder Energiekosten sparen. Ich kann jetzt schon ankündigen, dass wir GRÜNE weiter an einem gesunden, regionalen, gemeinsamen Schulesen für alle Kinder in Bayern festhalten werden; denn feste Abnahmemengen stärken auch unsere heimische Landwirtschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir werden Vorschläge zum Wohnen und zur Bildung auf den Tisch legen. Das sind harte Wirtschaftsfaktoren, die entscheiden werden, ob wir im Wettbewerb bestehen oder abgehängt werden. Bitte überprüfen Sie endlich die Vielzahl der Förderprogramme auf ihre Wirksamkeit hin – für unsere Kommunen, für die Menschen, für den Klimaschutz, für die Bildung unserer Kinder – und bitte auch auf ihre Durchführbarkeit hin; denn immer wieder sind die gleichen Programme im Haushalt, die dann kaum abgerufen werden.

Sie geben so gern Geld aus, aber diesmal müssen Sie alles zusammenkratzen: Ausgabereise, globale Minderausgabe, sogar das Geld aus dem Verkauf der E.on-Anteile von 2004 wird jetzt, 20 Jahre später, für die Stammstrecke eingebracht. Sie haben wohl selber gemerkt, dass es eng wird; aber wenn es schon an das Eingemachte geht, wenn man schon, wie Sie, Tafelsilber und Teile des Grundstocks verhökert, dann muss man damit wenigstens vernünftig in die Zukunft investieren. Sie ahnen es wahrscheinlich: Ich bin nicht begeistert von dem Entwurf.

(Michael Hofmann (CSU): Das bricht mir jetzt das Herz!)

Er ist kleinlich, nicht zielführend und zukunftsblind, und das, obwohl die Steuereinnahmen im Freistaat Bayern gestiegen sind. Trotzdem möchte ich Ihnen eine konstruktive Zusammenarbeit in den nächsten Wochen der Haushaltsberatungen anbieten, anders als es die Opposition im Bund tut. Sinnvollen Vorschlägen werden wir GRÜNE zustimmen. Für alles andere werden wir, auch anders als die CSU-Opposition im Bund, Änderungsanträge vorschlagen; denn als Demokratinnen und Demokraten können wir die Dinge nur gemeinsam lösen. Für Lösungen rufe ich ganz besonders die beiden Regierungsfraktionen CSU und FREIE WÄHLER dazu auf, nicht nur unsere Anträge zu lesen, sondern sich auch selbst aktiv zu beteiligen, über Ihre 100 Millionen Euro Spielgeld hinaus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie, wir alle hier, im Haushaltsausschuss und im Parlament, sollten seriöse Treuhänder des Geldes der Menschen in Bayern sein. Deshalb: Setzen Sie sich an den Tisch. Beschäftigen Sie sich ernsthaft mit den Anträgen der demokratischen Opposition. Lesen Sie nicht nur einen Zettel vor, den Ihnen das Ministerium aufgeschrieben hat. Bitte bringen Sie auch eigene Nachbesserungen ein. Die Menschen in Bayern erwarten von uns allen kein Abnicken, sondern ein ernsthaftes Ringen um die besten Lösungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist der Kollege Bernhard Pohl für die FREIEN WÄHLER.

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Köhler, jetzt sind Sie doch schon ein paar Jahre dabei, deshalb wundert es mich schon, dass Sie hier immer diese surrealen Veranstaltungen abliefern. Das hat doch, wie Sie genau wissen, mit der Realität nichts zu tun.

Sie sagen, wir würden an der Erstellung des Haushalts nicht mitwirken. Wie oft soll ich Ihnen das noch erklären, wie das läuft? – Es gibt 12 Monate bzw. beim Doppelhaushalt 24 Monate intensiven Kontakt aller Fraktionskollegen, insbesondere der Haushaltspolitiker. Wir bringen uns unterjährig ein. Es gibt eine Kabinettsklausur in St. Quirin. An der sind die beiden Haushaltssprecher, die Fraktionsvorsitzenden und die Parlamentarischen Geschäftsführer beteiligt. Da wird intensiv um den Haushalt gerungen, und jetzt tun Sie so, als ob Sie das nicht wüssten. Wenn Sie es immer noch nicht wissen, dann wissen Sie es jedenfalls für das nächste Mal, und bitte merken Sie es sich so lange. Sie sind nicht Bundeskanzler. Da dürfte das Erinnerungsvermögen noch etwas besser sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben von Frau Köhler gehört, wie sie einen Zukunftshaushalt aufstellen würde. Ich habe jetzt tatsächlich mitgeschrieben. Das mache ich selten; aber da finden sich folgende Stichworte – das sind die Kernpunkte Ihres Zukunftshaushaltes –: Ganztag, Schulessen,

(Claudia Köhler (GRÜNE): Ja!)

Geothermie, Windkraft,

(Claudia Köhler (GRÜNE): Ja!)

Wassercent, Zug statt Straße,

(Claudia Köhler (GRÜNE): Ja!)

Schwimmbadförderung, Gehörlosengeld.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wissen Sie, man lernt es eigentlich schon in der Grundschule, dass man zunächst einmal Geld einnehmen muss, bevor man es ausgeben und verteilen kann; aber die GRÜNEN-Logik in der Haushaltspolitik funktioniert offensichtlich etwas anders: Ihr gebt Geld aus und hofft, dass dann von irgendwoher ein Geldsegen kommt, und wenn er nicht kommt, dann belastet ihr die Steuerzahler. Dafür pickt ihr euch die Gruppe heraus, die euch vermeintlich am wenigsten wählt, nämlich die Landwirte, und sagt: So, und mit den Landwirten werden wir jetzt ein Exempel statuieren. Da gleichen wir dann den Haushalt aus. – Das geht mathematisch nicht. Das geht gesellschaftspolitisch nicht. Das ist blanker Unsinn.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Das stimmt doch gar nicht!)

Das ist Haushaltspolitik aus grüner Feder.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Haushaltspolitik muss anders laufen. Das Erste – das ist auch eine psychologische Frage – ist der Dank an diejenigen und der Respekt vor denjenigen, die das Geld für uns erwirtschaften, nämlich die Steuerzahler, die Unternehmer, die Arbeitnehmer und auch diejenigen, die es erwirtschaftet haben, nämlich die Rentner.

Dann kann ich gleich mal an Ihre Adresse ein Signal senden: Die Ihnen nahestehenden Aktivisten von Fridays for Future tun das genaue Gegenteil. Statt Respekt vor denen zu haben, die ihnen ein sorgenfreies Leben ermöglichen, sagen sie: "Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut". Damit meinen sie ihre Großeltern, die

mit ihrer Hände Arbeit dazu beigetragen haben, dass unser Staat so hervorragend dasteht. Das ist schäbig. Das ist unanständig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Distanzieren Sie sich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Claudia Köhler (GRÜNE): Gibt es auch was zum Haushalt?)

Die Grundlage eines funktionierenden Haushalts sind die Einnahmen. Der Grund, warum wir in der Tat diesmal etwas härter ringen mussten, ist, dass die Bundespolitik uns Knüppel zwischen die Beine wirft, weil die Bundespolitik auf ganzer Linie versagt, weil wir in ein wirtschaftliches Desaster hineingeraten.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Der Finanzminister hat ja den Bundeswirtschaftsminister zitiert, der wenigstens kein Erkenntnisdefizit, aber leider ein Umsetzungsdefizit hat. Habeck hat gesagt: So kann es wirtschaftspolitisch nicht mehr weitergehen. – Ich sage, Erkenntnis ja. Aber die Konsequenz ist: Ändern Sie es, oder treten Sie zurück, eines von beidem.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Welche Signale muss man in die Gesellschaft senden? – Das erste Signal muss Achtung und Respekt vor den Steuerzahlern sein. Ihr diffamiert nur die sogenannten Reichen. Ich habe mich ja gewundert – aber das wird Kollege Pargent wahrscheinlich noch bringen –, wo denn in der Rede die zusätzlichen Betriebsprüfer bleiben, die die unehrlichen Steuerzahler aufspüren sollen, die es in Bayern angeblich so häufig gibt. Ich bin gespannt, Herr Pargent. Wahrscheinlich wird uns das heute noch blühen.

Ich mache mal weiter. Das nächste Signal: Sie predigen ernsthaft Konsumverzicht. Sie haben es heute wieder getan. Sie haben gesagt, die Leute sollen mit der Bahn fahren, dann sparen sie sich das Zweitauto.

(Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Haben Sie eigentlich realisiert, dass die bayerische Wirtschaft und unser Wohlstand ganz maßgeblich von der Automobilindustrie abhängig sind?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE) und Claudia Köhler (GRÜNE))

Sie haben natürlich nicht begriffen, dass auch der Kauf eines Zweitwagens – übrigens auch der Kauf eines von Ihnen diffamierten SUV, der vielleicht etwas teurer als ein Kleinwagen ist – dazu beiträgt, dass unsere Wirtschaft wächst und stabil ist.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Jetzt sagen Sie doch mal was zum Haushalt!)

Aber das sind alles Dinge, die an Ihnen vorbeigehen. Deswegen heißt grüne Politik in Berlin Wohlstandsverlust. Gott sei Dank haben wir in Bayern eine vernünftige Regierung aus CSU und FREIEN WÄHLERN, die hier einen Riegel vorschiebt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Lachen bei der AfD – Zuruf: Zum Haushalt!)

Wie muss es richtig laufen? – Richtig laufen, das bedeutet: Stärkung der Leistungsträger. Wer viel leistet, muss mehr haben. Das heißt aber auch, dass wir diejenigen, die überproportional viel leisten, etwa durch Überstunden, steuerlich besserstellen und sie nicht bestrafen. Das heißt: ein flexibles Arbeitsrecht, damit sie auch rechtmäßig mehr Stunden leisten können. Das heißt: Politik für die Leistungsträger und nicht Erhöhung von Transferleistungen wie dem Bürgergeld. Das ist genau das falsche Signal: Ihr kriegt mehr, weil ihr nichts leistet. – Diejenigen, die mehr leisten, beispielsweise die Landwirte, sollen dafür bezahlen. So geht es nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir haben in Bayern anders als in Berlin solide Staatsfinanzen.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Wir müssen nicht vom Bundesverfassungsgericht korrigiert werden. Dann müssen in Nachtsitzungen irgendwelche abenteuerlichen Konstrukte erfunden werden,

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

damit man einigermaßen zurande kommt. Wir haben solide Staatsfinanzen. Ja, Frau Kollegin Köhler, durch Ihre Politik in Berlin sind wir dazu gezwungen, in die Rücklagen zu greifen. Aber wir haben wenigstens welche, weil wir in den vergangenen Jahren sauber und solide gewirtschaftet haben. Hierfür dem Finanzminister und den Regierungsfractionen einen herzlichen Dank!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ja, wir unterstützen auch unsere Kommunen. Die Kommunen sind nämlich diejenigen, die das umzusetzen haben, was wir hier beschließen, was wir uns hier ausdenken. Als wir 2008 in den Bayerischen Landtag gekommen sind, haben wir gesagt: Wir müssen die Kommunalfinanzen stärken. – Das ist passiert in diesen 15 Jahren. Wir haben damals gesagt: Wir wollen 15 % am allgemeinen Steuerverbund haben. Damals waren es noch 12,5 %. Jetzt haben wir 12,85 %. Die anderen 2,15 % haben wir dafür draufgesattelt, dass die Kommunen keine Gewerbesteuerumlage mehr zahlen müssen. Also faktisch, per saldo sind es 15 %. Wir haben Wort gehalten. Deswegen können sich die Kommunen auch erneut über Rekordzuweisungen freuen.

Trotzdem sage ich: Auch die Kommunen leiden unter Ihrer Misswirtschaft im Bund, unter Ihrer Deindustrialisierungspolitik, die hoffentlich 2025 ein Ende haben wird, damit dieses Land nicht gänzlich gegen die Wand fährt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ja, wir tun in Bayern eine ganze Menge dafür, dass wir zukunftsfähig sind und zukunftsfähig bleiben. 15 % Investitionsquote – was bedeutet denn das? Wir investieren in unsere drei Kern- und Zukunftsaufgaben: Bildung, Wirtschaft, Wissenschaft. Da investieren wir besonders viel, zielgerichtet und gut. Ich nenne ein paar wichtige Beispiele.

Über 4.000 neue Lehrerstellen – das bedeutet: Wir geben denjenigen, die ins Leben starten, gleich das richtige Signal mit. Wir haben natürlich nicht nur einheimische Kinder, wir haben auch Kinder aus anderen Ländern. Deswegen haben wir im Bereich der Integration, im Bereich der Sprachförderung ganz besondere Schwerpunkte gesetzt, und das sehr erfolgreich. Bayern ist in Deutschland Integrationsland Nummer eins, ob Sie das hören wollen oder nicht.

Gerade diejenigen, die besonders laut schreien, wenn es darum geht, dass möglichst viele Menschen von außen zu uns kommen, machen es am schlechtesten. Ich bin gespannt, wie lange Berlin braucht, um hier eine einigermaßen funktionierende Gesellschaft hinzubekommen.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Ich sage Ihnen auch, Frau Kollegin Köhler: Zuwanderung kann sehr bereichernd sein – das sehe ich so –, aber nur, wenn sie richtig gemacht ist. Ansonsten wird sie zu einem gesellschaftlichen Problemfall. Dort, wo Sie mitregieren, ist sie ein Problemfall. Das kann ich Ihnen leider nicht ersparen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe der Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE) und Claudia Köhler (GRÜNE))

Wir investieren über eine Milliarde Euro in die Hightech Agenda. Da kann es eine Partei rechts außen geben, die immer noch nicht begriffen hat, dass Investitionen in die Hightech Agenda selbstverständlich Investitionen in die Zukunft unseres Landes sind. Da sind auch Investitionen in den Klimaschutz dabei. Ich sage auch ganz deutlich:

(Zurufe von der AfD: Ah!)

Bei manchen Ausgaben, die wir für das Klima tätigen, müssen wir uns überlegen, ob das "nice to have" ist, ob das wirklich der hier richtige Wirkungsgrad ist. Aber zu hundert Prozent richtig investiert ist das Geld in den technischen Klimaschutz, in Forschung und Entwicklung. Das bringt uns weltweit voran. Denn eines ist auch klar: Der Kontinent, der vom Klimawandel am härtesten getroffen werden wird, wird Afrika sein. Wenn wir hier zusehen und nichts tun, dann werden wir ein Migrationsproblem bekommen, das mit dem jetzigen nicht ansatzweise vergleichbar ist. Da möchte ich dann tatsächlich mal die Lösungen von rechts außen hören, wie Sie das dann in den Griff bekommen wollen. Ich kann mir jedenfalls nicht vorstellen, dass man einen Kontinent, der auf dem Weg zu 4 Milliarden Menschen ist, hier einfach mal außen vor lässt und sagt: Ich lebe in meiner Blase Deutschland. Ich lebe in meiner Blase Europa.

(Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

Das heißt aber auch, dass wir unsere Anstrengungen für die Lösung unserer Zukunftsfragen – dazu gehört der Klimaschutz – auf dem Sektor Forschung und Entwicklung noch verstärken müssen. Wir in Bayern sind dran, wir in Bayern tun das. Leider Gottes kann man das nicht für ganz Deutschland in gleichem Maße sagen.

Wir investieren in den Verkehr. Natürlich investieren wir in den Verkehr, weil wir FREIE WÄHLER gleichwertige Lebensverhältnisse herstellen wollen. Dies ist eines der wichtigsten Themen, die wir zur Steigerung der Attraktivität und Leistungsfähigkeit unseres Landes bewegen können. Darauf bin ich sehr stolz. Dies ist das Markenzeichen der FREIEN WÄHLER. Seit wir im Landtag sind, wird dies vorangebracht. Als wir in den Landtag kamen, gab es noch andere wie Erwin Huber, der die Metropolenpolitik des Freistaats verkörpert hat und zum Thema Breitband – –

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Harald Schwartz (CSU))

– Selbstverständlich, Herr Kollege Schwartz, waren Sie damals noch nicht dabei, sondern sind erst später dazugekommen. Aber ich sage Ihnen auch zum Thema Breitband, das sich der Finanzminister sehr zu Recht auf seine Fahnen schreibt – hier hat er eine Menge getan –, als Erwin Huber die Verantwortung hatte, gab es dafür 19 Millionen Euro. Dies hat sich deutlich geändert. Daran sieht man,

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

wie diese Koalition an einem Strang zieht. Herr Kollege Schuberl kann ja nachher noch eine Zwischenbemerkung einbringen, aber gerade Sie sollten das anerkennen. Sie kommen aus dem Landkreis Freyung-Grafenau,

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

und dies ist einer der Landkreise, die in besonderem Maße davon profitieren, dass sich Bayern jetzt in der Fläche stark aufstellt.

Wir werden in Technologietransferzentren investieren. In der Vergangenheit haben wir bereits für eine dezentrale Hochschulstruktur in Bayern gesorgt. Es gibt nicht nur eine oder zwei Leuchtturmuniversitäten, sondern Bayern ist hier in der Fläche stark, und das zahlt sich selbstverständlich aus.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Jahrzehntelange CSU-Politik!)

Wir werden auch stärker in den Bereich Medizin und Krankenhäuser investieren. Im Koalitionsvertrag haben wir die Krankenhausmilliarde. Davon haben wir jetzt 850 Millionen Euro im Haushalt.

(Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

Ich denke, dies ist ein starker Aufschlag in Zeiten, in denen sich die GRÜNEN im Bund ernsthaft damit befassen, Cannabis zu legalisieren. – Wahrscheinlich wollen sie so die Krankenhäuser vollkriegen, vielleicht ist das auch eine Form der Krankenhausinvestiti-

on im ländlichen Raum, auch wenn es vielleicht anders gemeint ist. Das ist jedenfalls eine falsche Schwerpunktsetzung!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir investieren nicht in Cannabis, wir investieren in den Zusammenhalt der Gesellschaft, das Ehrenamt, die Kultur und den Sport. Wir haben die Vereinspauschale verdoppelt und verstetigen dies Jahr für Jahr. Wir geben in diesem Doppelhaushalt über 200 Millionen Euro für den Sport aus. Wir wissen, welche unschätzbare Leistungen in den Sportvereinen, Musikkapellen und ehrenamtlichen Strukturen erbracht werden. Ich sage auch, es ist gut, dass wir mit Gabi Schmidt eine Ehrenamtsbeauftragte haben, die sich darum kümmert, uns hier gut repräsentiert und das Gesicht des Freistaats auf dieser Ebene ist.

Wir haben uns aber auch bei den harten Fakten gut eingebracht. Das Thema Wohnungsbau und BayernHeim nimmt Fahrt auf. Zugegebenermaßen war dies in der Vergangenheit ein Sorgenkind, aber jetzt kommt die Lokomotive in Fahrt.

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Müller (SPD))

Wir investieren in den Wohnungsbau vor Ort; denn – auch das ist klar – bezahlbare Wohnungen sind die soziale Herausforderung der Gegenwart. Wir stellen uns dieser. Der Bund hätte ganz andere Möglichkeiten, aber er tut das genaue Gegenteil. Er verteuert das Bauen durch teilweise nicht nachvollziehbare Umweltauflagen, durch komplizierte Bürokratie und durch die Aufforderung "Finger weg vom Neubau!".

(Ruth Müller (SPD): Das könntet ihr doch alles selbst regeln!)

Wir führen ja immer wieder einmal, Herr Kollege Hartmann, die Diskussion über den Flächenverbrauch. Diese kann und muss man auf hohem Niveau führen, aber hier muss man im Zweifel die richtigen Prioritäten setzen. Wenn wir bezahlbaren Wohnraum haben wollen, muss man auch einmal

(Ruth Müller (SPD): Bauen!)

neue Gewerbe- und Wohngebiete ausweisen, um dann bauen zu können oder Bautätigkeit zu ermöglichen.

Wir stehen zur Landwirtschaft und zum Zukunftsvertrag. Bei der Dorferneuerung hat uns der Bund wieder einmal einen Streich gespielt, aber auch hier werden wir uns stark einbringen, über das KULAP und vieles andere mehr. Wir werden versuchen, hier zu entbürokratisieren, soweit dies auf bayerischer Ebene möglich ist; denn wir sehen unsere Landwirtschaft und die heimische Nahrungsmittelproduktion als genauso wichtig an wie ein gesundes Klima. Wenn Sie nichts zu essen und zu trinken haben, werden Sie auf dieser Erde keine Freude haben, wenn Sie überhaupt überleben. Wir stehen zur Landwirtschaft und bringen das in diesem Haushalt auch zum Ausdruck.

Last, but not least lassen Sie mich noch einen besonderen Dank an die Polizei, die Justiz und alle anderen Sicherheitskräfte aussprechen. Auch diese erhalten in diesem Haushalt einen Zuwachs. Wenn ich hier wieder in Richtung Bund blicke, wobei dies nicht nur die Ampel, sondern auch die Vorgängerregierungen betrifft, stelle ich fest: Wir sind für die innere Sicherheit zuständig, und bei uns läuft es. Der Bund ist für die äußere Sicherheit zuständig. Er hat jetzt in einer Verzweiflungsaktion 100 Milliarden Euro Sondervermögen für die Bundeswehr zusammengekratzt, die man zuvor kaputt gespart hat. Die 100 Milliarden Euro sind aber noch nicht ansatzweise ausgegeben. Es wäre schön, wenn der Bund wenigstens nicht nur ein Erkenntnisdefizit, sondern auch ein Vollzugsdefizit beseitigen würde.

Wir sind in Bayern voll handlungsfähig. Der Haushalt, der jetzt eingebracht wurde, wird in den nächsten Wochen intensiv beraten. Ich finde, er ist ausgewogen. Er ist gelungen und wird unsere Zustimmung erhalten.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU sowie des Staatsministers Dr. Florian Herrmann)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Andreas Jurca vor.

**Andreas Jurca (AfD):** Werter Herr Kollege Pohl, Sie hatten ja bezüglich der Massmigration nach Lösungen von rechts außen verlangt. Ich fühle mich geographisch, aber nicht politisch angesprochen. Aus Ihrer Sicht sitze ich ja rechts außen. Ich möchte einen Lösungsvorschlag unterbreiten, den wir seit Jahren bringen, nämlich, sich einfach an geltendes Recht zu halten. Beispielsweise steht in Artikel 16a Absatz 2 des Grundgesetzes, dass politisch Verfolgte kein Asylrecht genießen, wenn sie über Drittstaaten oder Mitgliedstaaten der Europäischen Union einwandern. Das Recht gibt dies also her. Das ist unser Lösungsansatz. Die Frage ist nur, warum Sie und Ihr Koalitionspartner das niemals umgesetzt haben.

(Zuruf: EU-Recht!)

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Herr Kollege Jurca, haben Sie schon einmal von der Genfer Flüchtlingskonvention gehört? – Wenn nein, empfehle ich die Lektüre. Es gibt nicht nur Asylbewerber, es gibt auch Flüchtlinge. Derzeit haben wir deutlich mehr Flüchtlinge als Asylbewerber.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist Herr Kollege Volkmar Halbleib.

**Volkmar Halbleib (SPD):** Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Herr Staatsminister! Ich bin zu lange in diesem Parlament sowie in der Finanz- und Haushaltspolitik tätig, als dass wir nicht anerkennen würden, dass im Entwurf für den Doppelhaushalt 2024/2025 viele Punkte enthalten sind, die wir teilen, unterstützen und mittragen wollen, und viele Punkte, die auf den Weg gebracht wurden. Heute geht es aber auch darum, sich den Entwurf einmal kritischer anzusehen, weil wir genau diesen gemein-

samen kritischen Blick – sonst würden die Haushaltsberatungen keinen Sinn ergeben – als Parlament brauchen.

Hier bin ich jetzt bei dem Begriff, den man verwenden kann und den ich in 15 Jahren Parlament schon so oft gehört habe, des "Premiumhaushalts". Ich finde, dass man bei diesem Haushalt einmal genau hinter dieses Etikett blicken muss.

Erstens. Dies ist – dagegen habe ich heute keinen Widerspruch gehört – der am spätesten aufgestellte Staatshaushalt, den wir in den letzten Jahren und Jahrzehnten hatten. Im Juni dieses Jahres werden wir diesen Doppelhaushalt beschließen. So spät waren wir noch nie dran. Dies hat auch Konsequenzen und Probleme zur Folge.

Zweitens. Die Trägerinnen und Träger draußen müssen am längsten auf angekündigte Verbesserungen warten. Auch das ist ein Kennzeichen dieses Doppelhaushalts. Er ist außerdem durch einen maximalen Griff in die Rücklagen gekennzeichnet, wobei wir anerkennen: Auch diese Rücklagen mussten erst einmal geschaffen werden. Tatsächlich bleibt dadurch aber nur noch eine geringe Summe für die kommenden Haushaltsjahre. Auch mit diesem Thema müssen wir uns auseinandersetzen.

Herr Finanzminister, leider ist dies auch ein Doppelhaushalt der Widersprüche: Auf der einen Seite werden Verbesserungen abgebildet, auf der anderen Seite gibt es massive Vorgaben des Finanzministers zu Minderausgaben und haushaltsgesetzlichen Sperren, die sich in diesem Doppelhaushalt insgesamt auf 3 Milliarden Euro summieren. Diese Themen müssen wir einmal in den Blick nehmen. Herr Finanzminister, Sie haben heute das Wort "transparent" verwendet. Dieser Doppelhaushalt bleibt in der Frage, wo gekürzt werden muss, intransparent. Sie sagen eben nicht, wo gekürzt werden muss. Sie ordnen die Kürzungen nur Ressorts zu, sagen aber nicht, wo genau sie erfolgen sollen.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen handelt es sich hier in dreifacher Hinsicht um einen Schaufensterhaushalt. Das ist gar nicht so böse gemeint, wie Sie mir das unterstellen. Zuerst wurde etwas ins Schaufenster gestellt und schön beleuchtet. Schauen wir dahinter, hat das Produkt mehrere Facetten. Sie locken die Bürgerinnen und Bürger sowie die Trägerinnen und Träger mit Verbesserungen an, und wenn sie ins Geschäft gehen, sagen Sie: Ich weiß, dass Sie das Produkt dringend brauchen, aber kommen Sie in fünf Monaten wieder; denn erst dann ist dieses Produkt zu verkaufen. Das ist das Problem, wenn im Januar Leistungen angekündigt werden, die frühestens im Juni umgesetzt werden können.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen den Kunden ehrlicherweise sagen: Ihr kauft das Produkt zu einem durchaus günstigen Preis; denn wir haben uns ins Zeug gelegt. Aber ihr müsst den Preis an anderer Stelle doppelt bezahlen. Sagen Sie den Menschen die Wahrheit. Das ist bei diesem Haushalt leider nicht der Fall.

Wir haben hier einen Haushalt, bei dem nach unserer Überzeugung an den falschen Stellen gekürzt und an den richtigen Stellen zu wenig Initiative und Verantwortung gezeigt wird. Reden wir doch einmal Tacheles: Ein bayerischer Staatshaushalt sollte stocksolide sein. Das beginnt mit der Einhaltung der Regeln, die wir uns selbst gegeben haben: Wir sollten einen Staatshaushalt rechtzeitig vorlegen, damit wir rechtzeitig darüber beraten können. Gegen diese Regel wurde diesmal massiv verstoßen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie haben für diesen Haushalt fünfmal so lange gebraucht wie die viel gescholtene Ampel.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Dafür ist er verfassungssicher!)

Da wurde schon kritisiert, dass dieser Haushalt ausnahmsweise im Februar vorgelegt wird. Diejenigen, die das kritisiert haben, haben nicht erkannt, dass wir in Bayern erst

im Juni einen beschlossenen Haushalt bekommen. Das sind die Widersprüche zwischen dem Zeigefinger und den drei Fingern, die zurück zeigen, zur eigenen Verantwortung.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Unser Haushalt ist verfassungsgemäß, Herr Kollege!)

– Na ja, der Haushalt 2022 war nach unserer festen Überzeugung nicht verfassungsgemäß, weil dafür der Haushaltsentwurf maßgeblich ist.

(Widerspruch bei der CSU)

– Wir müssen uns nicht streiten. Aber es ist offenkundig, dass auch Sie sich nicht korrekt an die Regelungen gehalten haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich bin Herrn Kollegen Zellmeier dafür dankbar, dass er deutlich gemacht hat, dass die Haushaltsaufstellung künftig früher erfolgen soll. Sie haben in der letzten Woche im Haushaltsausschuss im Prinzip die Bayerische Haushaltsordnung zur Abstimmung gestellt. Dabei haben die Kollegen der CSU und der FREIEN WÄHLER gegen den Text der Bayerischen Haushaltsordnung gestimmt. So viel zum Thema "Bekenntnis zu einer soliden Finanzierung und zu soliden, rechtzeitig vorgelegten Haushalten". Daraus müssen wir lernen. Es muss das letzte Mal sein, dass wir so spät dran sind.

Die späten Haushaltsberatungen haben auch nachhaltige Konsequenzen. Wir brauchen Wirtschaftsanschübe, halten aber neue Investitionen zurück, bis der Haushalt beschlossen ist. Das ist nicht richtig, und das ist nicht gut. Das wissen Sie auch. Wir müssen die Akteure in Bayern stärker unterstützen und dürfen ihnen nicht sagen: Ihr müsst bis zum Juni warten, bis ihr Sicherheit habt. Genau die Sicherheit und Verlässlichkeit, die Sie von Berlin erwarten, müssen Sie auch selbst bieten. Hier zeigen drei Finger auf Sie selbst zurück. Sie schaffen diese Verlässlichkeit nicht rechtzeitig, sondern erst ein halbes Jahr nach Beginn des Haushaltsjahres. Das ist nicht gut.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sehen wir uns noch einmal die Eckdaten des Haushalts an. Herr Finanzminister, Sie haben einen Haushaltsentwurf mit 5.200 Seiten vorgelegt. Ich weiß, dass das keine einfache Aufgabe ist. Vor dieser Leistung habe ich Respekt. Das schützt Sie natürlich nicht vor Auseinandersetzungen um die Inhalte. Die Haushaltspolitik steht vor schwierigen Aufgaben; denn wenn die Rücklagen aufgebraucht sind und nicht – dafür spricht im Augenblick nicht allzu viel – wieder gefüllt werden, dann werden wir in den Haushalten der Jahre 2026 und 2027 ein gravierendes Problem bekommen. Das wissen Sie auch; denn Sie haben das bei der Finanzplanung deutlich gemacht.

Eines ist noch nicht deutlich geworden: Ich spreche von den Kürzungen, die Sie mit diesem Haushalt verbinden. Das sind die sogenannten globalen Minderausgaben und die haushaltsgesetzlichen Sperrungen. Beide zusammen summieren sich in diesen beiden Haushaltsjahren auf etwa 3 Milliarden Euro.

(Staatsminister Albert Füracker: Das ist nichts Neues!)

– Das mag sein; aber das macht es nicht besser. Sie kürzen bei der Wissenschaft, der Forschung und der Kunst, die Herr Kollege Pohl gerade noch so hervorgehoben hat, in diesem Doppelhaushalt rund 500 Millionen Euro. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Das ist absurd!)

– Nein, das ist nicht absurd. Schauen Sie in den Haushaltsplan. Sie kürzen beim Einzelplan 07 über 400 Millionen Euro, obwohl wir für die bayerische Wirtschaft und für die Energiewende jeden Impuls brauchen können. Selbst bei den Themen "Bauen und Verkehr", für die wir ebenfalls Investitionen brauchen, kürzen Sie mit diesem Etat die Mittel um etwa 270 Millionen Euro. Selbst der Bildungshaushalt, den Sie so gelobt haben, wird nicht von Kürzungen verschont. Sie belaufen sich auf immerhin 300 Millionen Euro. Sie haben erklärt, dass keine Kürzungen vorgenommen würden. Diese Kür-

zungen kommen aber. Nur sagt der Finanzminister nicht transparent, wo und wie gekürzt wird. Das ist der Unterschied zu einer ehrlichen und transparenten Haushaltspolitik, die wir eigentlich von Ihnen erwartet hätten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich will Ihnen sagen, was das in der Konsequenz bedeutet: Die Haushaltssteigerung für das Haushaltsjahr 2024 gegenüber dem Haushaltsjahr 2023 beträgt etwas über 2 Milliarden Euro. Nehme ich die Kürzungen, die Sie für das gleiche Haushaltsjahr vorgeben, dann bleibt von diesem Anstieg nur noch etwa ein Drittel übrig. Zwei Drittel gehen sofort in die Kürzungen. Sie stellen also auf der einen Seite über den Haushaltsentwurf Geld zur Verfügung, nehmen aber auf der anderen Seite zwei Drittel dieses Geldes gleich wieder weg. Das ist die finanzpolitische Logik dieses Haushalts. Das kann nicht sein. Das ist keine überzeugende Haushaltspolitik.

(Beifall bei der SPD)

Das nächste Stichwort, auf das Sie und mehrere Redner eingegangen sind, ist die Investitionsquote. Sie haben erklärt, dass NRW nur eine Investitionsquote von 11 % habe. Da müssen wir etwas genauer hinschauen. Ich nenne Ihnen einmal die Zahlen aus Bayern: Im Jahr 2018 lag die Investitionsquote in Bayern bei 11,1 %, im Jahr 2019 bei 11,8 %, und im Jahr 2020 in der Planung bei 11 %. Das ist genau das Niveau, auf dem sich NRW bewegt. Jetzt haben Sie in den Haushalt eine Investitionsquote geschrieben, die niedriger als die ist, die Sie in die Finanzplanung geschrieben haben. Schauen wir in die vergangenen Haushaltsjahre, was wir ab und zu tun sollten, dann stellen wir fest, dass Sie in den letzten Jahren, abgesehen von einem einzigen Jahr, die Zielmarke Ihrer Investitionsquote immer deutlich unterschritten haben.

Im Jahr 2022 lagen Sie um fette 3 Prozentpunkte und im Jahr 2021 um 2,5 Prozentpunkte unter der Zielmarke.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Klar, das lag an Corona!)

– Sie haben schon vorher das Ziel deutlich gerissen. – Herr Finanzminister, damit kommen wir zum Faktencheck: Die Investitionsquote hängt insbesondere an den Baumaßnahmen. Sehen Sie einmal in Ihre eigene Funktionsübersicht. Sie wissen, wo Sie sie finden. Sie haben ja auch einen Stab hinter sich. Im Haushalt 2024 sind die staatlichen Baumaßnahmen gegenüber dem Haushalt des Jahres 2023 um 2,1 % zurückgegangen und nicht gestiegen. Wenn wir genau hinschauen beim Staatlichen Hochbau, weil das die Quintessenz der Investitionsquote ist, dann sehen wir: Dieser Etat sinkt im Jahr 2024 gegenüber 2023 um 100 Millionen Euro und damit um 8 %. Herr Minister, das ist nicht nur eine Stagnation, sondern das ist tatsächlich ein Rückschritt, obwohl doch Aufwuchs versprochen worden ist. Das widerspricht Ihren Darstellungen. Ich bitte Sie, da noch einmal in sich zu gehen. Dieser Haushaltsentwurf ist kein Investitionshaushalt, zumindest nicht bei den Baumaßnahmen oder im Staatlichen Hochbau, da dort Rückgänge zu verzeichnen sind. Das ist in diesem Fall die haushaltspolitische Wahrheit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Kommen wir nun noch mal zum Wohnungsbau. Man kann einerseits über die Ampelkoalition schimpfen und andererseits gerne Geschenke bzw. Geldzahlungen vom Bund entgegennehmen. So passiert es nämlich bei der Wohnungsbauförderung.

(Widerspruch bei der CSU)

Natürlich machen Sie das. Der Bund gibt mehr Geld nach Bayern. Die Steigerungen in der Wohnungsbauförderung gehen auf die Steigerung durch den Bund zurück. Der Freistaat dagegen bleibt und stagniert und gibt keine einzige Million Euro mehr in die Wohnungsbauförderung, im Gegensatz zum Bund.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Es ist wirklich unredlich, sich dann hinzustellen und mit dem Finger auf die Ampel zu zeigen. Da bitte ich Sie, dass Sie auf die drei Finger achten, die beim Fingerzeig nach

Berlin zu Ihnen deuten. Machen Sie endlich mehr für die Wohnbauförderung im Freistaat Bayern.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich komme nun zu den Krankenhausinvestitionen, um wichtige Punkte anzusprechen. Natürlich sind wir froh und dankbar, dass wir bei den Krankenhausinvestitionen endlich nach oben kommen. Wir müssten eigentlich in diesem Doppelhaushalt schon die Milliarde erreichen. Es sind 800 Millionen. Aber wenn man genauer hinschaut, dann sieht man, dass die Hälfte der Steigerung von den bayerischen Kommunen finanziert wird. Die Krankenhausmilliarde der Staatsregierung ist eine Krankenhausmilliarde, die in großem Umfang von der kommunalen Familie getragen wird. Das stellt im Augenblick eine zusätzliche Belastung der ohnehin stark belasteten Haushalte dar.

(Widerspruch bei der CSU)

Wenn man sich schon für eine Krankenhausmilliarde feiern lässt, dann erwarte ich zumindest, dass der Freistaat Bayern selbst in die Finanzierung geht und eine echte Krankenhausmilliarde auf den Tisch legt. Diese soll tatsächlich durch den Freistaat finanziert sein. Er sollte nicht die ohnehin stark belasteten Kommunen zur Mitfinanzierung heranziehen. Zumindest im Haushaltsjahr 2024 bezahlen die Kommunen für die Krankenhausinfrastruktur mehr als der Freistaat Bayern. So kann es nicht laufen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ehrlich gesagt kann ich auch nicht verstehen, warum in zentralen Feldern gekürzt wird. Das mögen vielleicht im Verhältnis zum Gesamthaushalt kleinere Beträge sein, aber beim ÖPNV, bei den ergänzenden Maßnahmen, wird von 80 auf 70 Millionen zurückgeführt. Ich weiß nur, dass wir in den Kommunen, und zwar überall in Bayern, um einen dringend notwendigen Aufwuchs bei der Finanzierung des ÖPNV streiten. Es handelt sich in diesem Fall nicht nur um eine Stagnation, sondern um eine faktische Kürzung, eine Mittelkürzung.

Ich verstehe auch nicht, warum wir im Rahmen der Energiewende die Verstärkungsmittel für energetische Maßnahmen bei staatlichen Gebäuden – das ist genau das, was der Freistaat in seinem eigenen Bereich tun kann; hier kann er auch für die Bürgerinnen und Bürger Vorbild sein – im Einzelplan 09 von 25 auf 14 Millionen Euro kürzen. Warum ist das so? Ist das ein Zeichen dafür, dass man sich engagiert um die Energiewende in den eigenen Bereichen kümmert? – Nein.

Auch die Strukturförderung bzw. Wirtschaftsförderung wird uns noch Sorgen machen, vielleicht weniger im Jahr 2024, aber dafür im Jahr 2025. Da geht es auch um EU-Finanzierungen. Im Jahr 2025 sind 60 Millionen Euro weniger an Struktur- und Wirtschaftsförderung ausgewiesen als im Haushaltsjahr 2023. Wir brauchen dringend einen Aufwuchs. Das werden wir auch in den Haushaltsberatungen noch thematisieren.

Ich könnte viele andere Kürzungen wie bei der Hospizarbeit oder den Tierheimen ansprechen, möchte aber noch ein paar Punkte zur kommunalen Familie sagen. Der Städtebau wird gekürzt, die Schwimmbadförderung wird gekürzt, da können Sie mit den Verpflichtungsermächtigungen hin- und herjonglieren, wie Sie wollen. Auch das Sonderprogramm "Stadt und Land" beim Radverkehr wird gekürzt, und das Kommunalinvestitionsprogramm für finanzschwache Kommunen wird gekürzt und heruntergefahren.

Herr Pannermayr vom Bayerischen Städtetag bringt es auf den Punkt: Für die vielfältigen Problemlagen der bayerischen Kommunen bringe der kommunale Finanzausgleich leider zu wenig Unterstützung.

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Herr Kollege, Ihre Redezeit ist beendet.

**Volkmar Halbleib (SPD):** Deswegen werden wir darum kämpfen, diese Punkte in den Haushaltsberatungen zu vertiefen.

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Herr Kollege, Ihre Redezeit!

**Volkmar Halbleib (SPD):** Ja, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und beim Präsidenten für seine Geduld.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Der nächste Redner ist der Kollege Patrick Grossmann für die CSU-Fraktion.

**Patrick Grossmann (CSU):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Ich stehe heute vor der besonderen Aufgabe, als ehemaliger Kommunalpolitiker für den Freistaat Bayern zum kommunalen Finanzausgleich zu sprechen. Dass das Ergebnis nicht überall Begeisterungstürme hervorruft, das ist in Zeiten sinkender Steuereinnahmen verständlich. Dieser Finanzausgleich ist auch das Ergebnis einer problematischen Entwicklung des Standortes Deutschland. Das habe nicht ich gesagt, sondern das sagt der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Uwe Brandl. Die Tatsache, dass die Finanzausstattung für viele Kommunen nicht auskömmlich ist, liegt vor allem an den drastisch steigenden Soziallasten durch die hohe Zuwanderung in die Sozialsysteme, die ihren Ursprung überwiegend in der Bundesgesetzgebung hat.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen brauchen wir eine grundlegende Reform der Sozialsysteme sowie eine grundsätzliche Wende in der Migrationspolitik. Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen haben wir in den Verhandlungen ein sehr gutes Ergebnis erzielt. Das bisherige Rekordergebnis aus dem Vorjahr wird noch mal um 1,9 % übertroffen. Die bayerischen Kommunen erhalten insgesamt 11,4 Milliarden Euro. Das sorgt für Stabilität und Planungssicherheit durch den Freistaat, entgegen den Unsicherheiten beim Bund, der in der letzten Zeit oftmals über Nacht Förderprogramme zusammengestrichen hat. Das waren auch Förderprogramme für Kommunen wie zum Beispiel die Breitbandförderung.

Für den Freistaat Bayern sind leistungsstarke und finanziell gut ausgestattete Kommunen von elementarer Bedeutung. Lieber Kollege Pohl, das war auch schon bisher der Fall.

(Heiterkeit des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Im Staatshaushalt liegt immer ein Schwerpunkt auf den Kommunen; denn insgesamt circa 20 Milliarden Euro des Staatshaushaltes fließen über das FAG und andere Leistungen wie die Breitbandförderung an die Kommunen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN, bei bayerischen Kofinanzierungen sind immer auch bayerische Steuergelder enthalten. Das muss man berücksichtigen. Die höhere Mittelausstattung der Kommunen im Finanzausgleich ist vor allem deshalb gerechtfertigt, weil die Gemeinden in Bayern mit knapp 23 % im Vergleich zu allen anderen Flächenländern in Westdeutschland – dort sind es durchschnittlich 11,7 % – eine deutlich höhere Investitionsquote haben. Die bayerischen Kommunen investieren damit auf Rekordniveau und sind mit der Unterstützung des Freistaates Bayern der größte öffentliche Investor. Gerade in der derzeitigen wirtschaftlichen Situation setzen wir, und zwar auch mit der eigenen Investitionsquote im Staatshaushalt von 15 %, die richtigen Anreize für die Wirtschaft. Lieber Kollege Halbleib, man darf aber Planzahlen nicht mit echten Zahlen, nicht Äpfel mit Birnen vergleichen.

Die Schlüsselzuweisungen sind der bedeutendste Teil des kommunalen Finanzausgleichs. Sie steigen um über 4 % auf 4,44 Milliarden Euro und erreichen damit einen neuen Höchststand. Die Schlüsselzuweisungen bleiben damit als zentrales Ausgleichsinstrument eine zuverlässige Finanzquelle für die bayerischen Kommunen. Dies ist besonders für die schwächeren Kommunen ein wichtiges Signal. Denn neben der Aufstockung der Kommunalfinanzen ist es das Ziel des Finanzausgleichs, eine angemessene Steuerverteilung unter den kommunalen Ebenen sicherzustellen.

Aufgrund des hohen Investitionsbedarfs insbesondere bei Schulen und Kindertageseinrichtungen wurden die Mittel für den kommunalen Hochbau um 70 Millionen Euro

auf einen neuen Höchststand von rund 1,07 Milliarden Euro erhöht. Damit schieben wir Investitionen in Schulen und Kitas an und leisten einen erheblichen Beitrag zur Stabilisierung der Baukonjunktur.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

In unserem Gesundheitssystem wird bei der Krankenhausfinanzierung mit einem Plus von rund 156 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr ein Schwerpunkt auf die bedarfsgerechte Finanzierung gelegt.

(Ruth Müller (SPD): Bedarfsgerecht?)

Mit einem Rekordbetrag von 800 Millionen Euro stellen wir das notwendige Geld für Investitionen in unsere bayerischen Krankenhäuser bereit, wobei durch die Regelungen – Herr Halbleib, das war in der Krankenhausfinanzierung schon immer so – der hälftige Anteil über die Krankenhausumlage von den Landkreisen kommt. Ich sage dafür auch ein herzliches Vergelts Gott.

Damit können wichtige Investitionen in unsere Kliniken angestoßen werden. Somit gilt auch für dieses Jahr: Es gibt keinen Investitionsstau bei bayerischen Krankenhausbauprojekten.

(Ruth Müller (SPD): Das ist doch fern der Realität! Da müssen Sie mal in die kommunalen Haushalte schauen!)

Alle notwendigen Vorhaben werden zeitnah

(Ruth Müller (SPD): Zu spät!)

in das Krankenhausprogramm aufgenommen und bedarfsgerecht gefördert.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen von der SPD und von den GRÜNEN, wir erledigen unsere Hausaufgaben bei der Krankenhausfinanzierung. Der Bund und allen voran unser Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach ist dringend aufgefordert, seiner

Verantwortung für die medizinische Versorgung unserer Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Legen Sie endlich eine ausgewogene Krankenhausreform vor, statt Drogen freizugeben! Wir lehnen den Kahlschlag bei den Krankenhäusern im ländlichen Raum ab.

Die Mittel für die Investitionspauschale werden dieses Jahr auf dem hohen Niveau von 446 Millionen Euro fortgeführt. Der Demografiezuschlag wird verbessert, um Kommunen mit zurückgehender Bevölkerung noch stärker zu unterstützen. Zur zielgenauen Unterstützung von finanzschwachen Gemeinden stehen im Jahr 2024 100 Millionen Euro für die Bedarfszuweisungen und für die Stabilitätshilfen zur Verfügung.

Die Landratsämter erhalten für die Erfüllung ihrer staatlichen Aufgaben dieses Jahr außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs insgesamt 71 zusätzliche Stellen. Das ist also ungefähr eine Stelle pro Landratsamt. Bis zum Jahr 2028 werden insgesamt 532 zusätzliche Stellen geschaffen.

Die Zuweisungen an die Bezirke werden dieses Jahr um 10 Millionen Euro auf 716 Millionen Euro erhöht. Damit werden die Finanzen der Bezirke gestärkt und die Umlagezahler entlastet.

Der Freistaat und die Kommunen bringen gemeinsam die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen weiter beschleunigt voran. Unter der Federführung des Staatsministeriums des Innern wird derzeit die Verbesserung der staatlichen Fördersystematik geprüft.

Der Freistaat beteiligt sich dieses Jahr mit einer Pauschale in Höhe von 50 Euro pro Fall und Tag an den Kosten für volljährig gewordene unbegleitete Flüchtlinge. In diesem Jahr stehen hierfür insgesamt 10 Millionen Euro zur Verfügung.

Dennoch gilt: Die ausbleibende Unterstützung durch den Bund – beispielsweise bei einer auskömmlichen Betriebskostenfinanzierung der Krankenhäuser oder im Asyl- und Ausländerwesen – kann nicht allein vom Freistaat aufgefangen werden, liebe Kolleginnen und Kollegen. Der Bund muss endlich seiner Verantwortung nachkommen, Länder und Kommunen hier finanziell angemessen zu unterstützen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ja, man kann sagen: Es war nicht mehr drin. Aber weshalb? – Das habe ich bereits ausgeführt. Trotzdem gilt: Auch in schwierigen Zeiten funktioniert die verlässliche Zusammenarbeit zwischen Freistaat Bayern und unseren Kommunen. Dafür ein herzliches Vergelts Gott.

Ich sage aber gerade deshalb auch: Starke und leistungsfähige Kommunen brauchen langfristig eine solide finanzielle Basis; denn trotz der Unterstützung durch den Freistaat steigen die Sozialausgaben drastisch. Der Freistaat stellt mit seinem starken kommunalen Finanzausgleich sicher, dass die bayerischen Kommunen ihre Aufgaben erfüllen und kraftvoll in die Zukunft investieren können. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Nächster Redner ist der Abgeordnete Andreas Winhart.

(Beifall bei der AfD)

**Andreas Winhart (AfD):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Welches Fazit können wir bei diesem Haushaltsentwurf ziehen? – Man muss ganz klar sagen: Die fetten Jahre sind auch hier in Bayern vorbei. Das liegt natürlich an der gesamtwirtschaftlichen Situation, aber auch an vielem, was in der Vergangenheit schiefgelaufen ist, meine Damen und Herren.

Ich bin eigentlich ganz froh, dass wir heute eine Diskussion führen konnten, in der bislang das Wort "Flugtaxi" nicht vorgekommen ist, sondern in der es jetzt wirklich ums Eingemachte geht. Wir können uns jetzt wieder darauf konzentrieren, was für den Bürger gut und was nicht gut für ihn ist.

Ich freue mich, dass der Herr Zellmeier vorhin gesagt hat, dass die Opposition mitgestalten soll. Ich bin gespannt, wie viele AfD-Anträge von der Regierungskoalition wirklich angenommen werden. Wir waren ja während der letzten Jahre deutlich fleißiger als andere Oppositionsparteien und werden das auch dieses Jahr sein. Machen Sie sich da keine Hoffnungen. Wir werden den Finger aber auch ganz knallhart in die Wunde legen, meine Damen und Herren.

Wir haben von der Frau Köhler gehört, dass Berlin alles richtig macht. Meine Damen und Herren, das ist nicht richtig. Aus unserer Sicht ist Berlin nicht das Vorbild. Berlin ist nicht die Lösung. Berlin zeigt, wie man es nicht macht.

Ganz klar: Wir können uns heutzutage weitere Belastungen wie den Wassercent oder irgendwelche anderen derartigen Experimente einfach nicht mehr erlauben. Wir brauchen Entlastungen statt Belastungen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Ansonsten war bei den GRÜNEN nicht viel Neues dabei, auch nicht beim Herrn Pohl von den FREIEN WÄHLERN. Er beklagt sich, dass sich die Klimakleber festkleben. Er hat uns auch ein bisschen was über Afrika erzählt. Das ehrt ihn sehr. Er macht dann aber gleichzeitig mit und lobt den bayerischen technischen Klimaschutz.

Meine Damen und Herren, es wird den FREIEN WÄHLERN nicht weiterhelfen, wenn sie sich dem grünen Getöse anschließen und versuchen, diese Ideologie auch auf bürgerlicher Seite weiterzutragen. Die Bürger, vor allem auch in Altötting, entscheiden sich eben gegen diese modernen Windkraftanlagen, gegen das, was die FREI-

EN WÄHLER als modern und zukunftsfähig zu verkaufen versuchen. Meine Damen und Herren, Sie sind hier auf dem falschen Weg. Kehren Sie um.

Meine Damen und Herren, wir können gleich mit den Krankenhäusern und den Krankenhausinvestitionen weitermachen. Es ist gut und wichtig, dass wir unsere Krankenhäuser modernisieren. Sie haben vorher auch – – Wo ist eigentlich der Kollege Pohl? Ist er schon wieder weg? – Oh, hat er es nicht so lange ausgehalten.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Der tut sich die Rede nicht an!)

– Er hört sich die Rede nicht an. Hätte er aber mal machen sollen,

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Er tut Sie sich nicht an!)

weil er dann noch etwas hätte mitnehmen können. Er weiß anscheinend nicht, dass unsere Krankenhäuser nicht an den Investitionen kranken. Sie kranken an den Belastungen aus Berlin, sie kranken an der Krankenhausreform. Es trifft nämlich unsere Kommunen.

Wenn Sie von den FREIEN WÄHLERN so stolz darauf sind, dass Sie unsere bayerischen Kommunen in den letzten Jahren angeblich so entlastet haben, dann müssen wir jetzt aber feststellen, dass den Kommunen unter dem Strich nicht viel geblieben ist. Es sind keine Reserven geblieben, und die Defizite der bayerischen öffentlichen Krankenhäuser müssen jetzt von den Landkreisen ausgeglichen werden. Viele schaffen das fast nicht mehr. Viele Kliniken stehen vor der Pleite, meine Damen und Herren. Man muss einfach sehen, dass da viele Gelder anderswo investiert wurden. Rücklagen hat man nicht geschaffen.

Wir lassen uns von den FREIEN WÄHLERN bezüglich kommunaler Finanzen sicherlich nichts mehr beibringen. Sie haben an dem Punkt vollkommen versagt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Der Vollständigkeit halber: Der Kollege Halbleib von der SPD hat auch gesprochen. – Wissen Sie, da war auch nicht viel Neues dabei. Ich muss ganz ehrlich sagen, ich kann dieses Wehklagen von der SPD nicht mehr hören. Es ist nicht mehr auszuhalten.

Es ist mit diesem verspäteten Haushalt eigentlich ganz einfach, das betrifft auch die Kollegin Köhler: Sie hätten die Chance gehabt, unserem Dringlichkeitsantrag im Ausschuss bereits im Januar zuzustimmen. Dann hätte man das Ganze mehrere Wochen früher gehabt.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Sie haben es nicht getan. Sie haben sich die Blöße gegeben, unsere Forderung nach früherer Zuleitung des Haushalts abzulehnen. Gleichzeitig haben Sie selbst einen Antrag so verspätet eingereicht, dass die Zuleitung des Haushaltsentwurfs an den Landtag vorher erfolgt ist. Ganz ehrlich: Peinlicher geht's nicht. Wenn es Ihnen nur darum geht, der AfD nicht recht geben zu müssen, dann machen Sie lieber gar nichts als solche Verfehlungen, wie Sie sie sich in den letzten Wochen geleistet haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Der Finanzminister hat den Haushaltsentwurf vorgelegt. Es gibt einen Punkt, in dem ich ihm zustimme: Wir müssen mehr Geld erwirtschaften. Das Geld, das wir aus unserem Budget verteilen und ausgeben wollen, muss erwirtschaftet werden. Meine Damen und Herren, das ist vollkommen richtig. Es bringt aber nichts, nur mehr Subventionen im Glauben daran zu verteilen, dass sie dann schon irgendwie wirken werden. Nein, wir müssen von dieser massiven Steuerlast runter.

Herr Füracker, jetzt frage ich Sie: Welche Steuern oder Belastungen für Unternehmer, Selbstständige, Handwerker oder Landwirte wurden denn in Bayern gesenkt? Welche wollen Sie denn reduzieren?

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Es ist ja nicht viel möglich.

(Staatsminister Albert Füracker: Der Bundestag ist für die Steuergesetze zuständig!)

– Das ist richtig, ja. Sie haben aber auch die Möglichkeit, sich für Veränderungen in Berlin über den Bundesrat starkzumachen. Auch das ist in dem Fall nicht geschehen.

(Michael Hofmann (CSU): Das haben wir doch gemacht! Sie kennen doch die Anträge im Haushaltsausschuss!)

– Natürlich kenne ich die Regeln. Herr Hofmann, beruhigen Sie sich! Meine Worte tun natürlich weh. Das ist vollkommen klar.

(Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Ich kann Ihnen noch etwas sagen. Wir schauen jetzt einfach mal in den Haushaltsentwurf hinein. Dann sehen wir, dass die Zinslasten in den nächsten Jahren massiv steigen werden. Woran liegt das? – Man hat die Anleihen zu kurzfristig ausgegeben. Man hat Geld damals falsch investiert. Meine Damen und Herren, jetzt fehlt der finanzielle Spielraum. Wir hätten das anders gemacht.

Insgesamt muss man klar konstatieren: Bayern hat zu hohe Schulden. Wir wollen, dass diese Schulden auch getilgt werden. Diese Schuldentilgung gehen Sie nicht energisch genug an. Herr Hofmann, das mag jetzt bitter sein für Sie; aber das ist einfach die Wahrheit:

(Michael Hofmann (CSU): Ganz bestimmt nicht, wenn es von Ihnen kommt!)

Das, was Sie nicht an Schulden tilgen, belastet in den nächsten Jahren durch Zinsen unseren Haushalt, und was insgesamt noch da ist, belastet ganze Generationen.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Und Ihre Politik unsere Gesellschaft!)

– Herr Kollege, vielleicht können Sie mal etwas zum Thema beibringen.

Wir werden hier nicht nur die Wunschliste vortragen, wie das andere Fraktionen tun, nein, wir werden auch klar aufzeigen, wo Steuergelder eingespart werden können. Deshalb gehen wir jetzt in medias res. Wir haben uns das mal angeschaut.

Meine Damen und Herren, die Staatskanzlei gibt im nächsten und übernächsten Jahr für Orden und Ehrenzeichen deutlich mehr Geld aus: nicht mehr nur 621.000, sondern 686.000 Euro.

(Unruhe)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Ein bisschen mehr Ruhe, bitte!

**Andreas Winhart (AfD):** Gleichzeitig haben wir Kürzungen bei der Traditionspflege, beispielsweise bei den Gebirgsschützen von 540.000 auf 50.000 Euro runter. Eine Erhöhung gibt es dagegen beim Personal des Verfassungsschutzes: Bei ihm verzeichnet man einen Zuwachs von 574 auf 616 Stellen. In Euro ist das eine Erhöhung von 62,6 Millionen auf 68,6 Millionen Euro. Ich glaube, der Kollege Pohl würde das Geld lieber für Maßnahmen gegen Klimakleber und andere Irre ausgeben. Man kann fast vermuten, wofür das Geld hier investiert wird, nämlich dafür, die Opposition zu bespitzeln, meine Damen und Herren.

(Michael Hofmann (CSU): Das betrifft gleichermaßen den Linksextremismus als auch den Rechtsextremismus!)

Ich fahre mit dem Einzelplan 08, Landwirtschaft, fort. Meine Damen und Herren, unsere Dirndl-Ministerin gibt für Öffentlichkeitsarbeit mehr aus, nämlich nicht mehr nur 250.000, sondern 300.000 Euro. Unsere Landwirte, für die Sie sich angeblich so einsetzen, wird sicherlich interessieren, dass die KULAP-Gelder für das Jahr 2024 gegenüber dem Jahr 2023 gekürzt werden, nämlich von 186 Millionen auf 177 Millionen Euro. Sie sparen folglich bei der Landwirtschaft.

Ich fahre mit dem Einzelplan 09, Bau, fort. Die Städtebauförderung wird von 337 Millionen auf 316 Millionen bzw. 312 Millionen Euro gekürzt. Die Gelder für die zweite

Stammstrecke werden dagegen erhöht. Wir hatten aus gutem Grund in der 18. Wahlperiode auch einen Untersuchungsausschuss dazu. Die Gelder für die zweite Stammstrecke steigen von 43 Millionen Euro auf 127,5 Millionen Euro bzw. 123 Millionen Euro.

(Johannes Becher (GRÜNE): Sie sind doch für die zweite Stammstrecke!)

Dann haben wir das Thema Straßenbau. Es wird damit geprahlt, dass man die Ausgaben von 450 Millionen auf 500 Millionen Euro erhöht. Die Regierenden setzen aber wie auch die GRÜNEN mehr auf die Schiene. Die Ausgaben steigen von 1,7 Milliarden auf 2,1 Milliarden Euro. Gleichzeitig spart man bei den Familien am Baukindergeld: Die Ausgaben dafür sinken von 37,5 Millionen auf 20 Millionen Euro.

Ich fahre mit dem Wohlstandsverlust in Bayern fort. Ich gehe in den Bereich des Gesundheitsministeriums. Dort finden wir das Landesamt für Pflege, das einen ordentlichen Personalaufwuchs hat. Auch dort wiehert der Amtsschimmel: Die Ausgaben steigen von 11,8 Millionen auf 13,7 Millionen bzw. 14,6 Millionen Euro. Wir haben vorhin davon gesprochen, dass wir die Bürgerinnen und Bürger entlasten wollen, dass wir die Wirtschaft von Gebühren entlasten wollen. Herr Hofmann, bitte passen Sie jetzt gut auf. Wir haben im Gesundheitsministerium beispielsweise Einnahmen aus den Tätigkeiten der Ethik-Kommission bezüglich Arzneimitteln und Medizinprodukten. Dort steigern sich die Einnahmen auf 896.000 Euro.

Ich fahre fort im Bereich Gesundheit. Kur- und Heilbäder leiden auch unter Kürzungen.

(Michael Hofmann (CSU): Rhetorisch "sehr ausgefeilt", muss man sagen!)

Ich fahre mit der Cannabisprävention fort. Man hat beschlossen, für die bayernweite Cannabisprävention 15 Stellen zu schaffen. Dann haben wir noch die Vereinigung der Pflegenden in Bayern, zu der wir demnächst eine Anhörung durchführen, wie sinnvoll diese Vereinigung überhaupt ist. Trotzdem geben wir 1,7 Millionen Euro jährlich für sie aus bzw. im – –

(Johannes Becher (GRÜNE): Sie lesen einfach den Haushaltsplan vor! – Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

– Herr Schuberl, wir kritisieren das, weil das Ihre Vereinigung der Pflegenden ist, die Ihnen angeblich so wichtig ist. Mit uns hätte es das nicht gegeben, weil wir längst gesagt haben: Wir wollen diese Vereinigung der Pflegenden abschaffen. 1,7 Millionen Euro hätten wir dem bayerischen Steuerzahler erspart.

(Michael Hofmann (CSU): Das ist eine ziemlich emotionslose Vorlesestunde, die Sie hier halten! Ein Glück, dass das aufgeschrieben wird!)

Ein letztes Highlight habe ich noch: Im zukunftssträchtigen Digitalministerium der FREIEN WÄHLER sinkt der Gesamtetat; dennoch werden 21 Millionen Euro für das Ministerium und zweimal 49 Millionen Euro für den IT-Beauftragten ausgegeben. Der IT-Beauftragte bekommt mehr Geld als das gesamte Ministerium.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, hier ist einiges an Murks drin. Wir werden das in den nächsten Wochen konstruktiv korrigieren.

(Beifall bei der AfD – Lachen bei der CSU)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Der nächste Redner ist der Kollege Tim Pargent für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Tim Pargent (GRÜNE):** Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte meine gesamte verbliebene Redezeit den Kommunal финанzen widmen, und zwar nicht nur weil ich aus Oberfranken komme und wir dort hin und wieder in der einen oder anderen Kommune Probleme haben, sondern weil ich es für das ganze Land für wichtig erachte, dass unsere Kommunen handlungsfähig sind. Ich meine, dass das Vertrauen in Staat und Politik immer vor Ort beginnt und es auch vor Ort erodieren kann, wenn Bürgermeisterinnen und Bürgermeister nur noch den Mangel verwalten und nicht mehr gestalten können, wenn sie zum Beispiel unter Aufsicht stehen. Ich glaube, deswegen ist es wichtig, dass wir uns den Kommunal финанzen, die

in diesen Haushaltsdebatten immer etwas zu kurz kommen, auch entsprechend widmen. Dafür müssen wir uns anschauen, wie es um die Kommunen und ihre jeweilige finanzielle Situation bestellt ist.

Die Steuereinnahmen sind auch in unseren Kommunen nicht besonders üppig. Die Tarifsteigerungen schlagen auch dort voll rein. Wir haben Kostensteigerungen. Schauen wir uns mal das Thema Soziales und Krankenhäuser an. Wir haben hohe Baukosten, die uns im ganzen Land davongaloppiert sind. Die Kommunen müssen aber auch neue Aufgaben erfüllen. Niemand kann leugnen, dass man sich in den Kommunen beispielsweise auch des Themas Klimaschutz annehmen muss. Wir haben aber auch soziale Träger mit Schwierigkeiten, ihren Eigenanteil aufzubringen. Die ersten Insolvenzen stehen bevor. Wir müssen teilweise auch auf staatliche Fördermittel warten. Ich erinnere mich an das Thema RZWas, die zwischenfinanziert werden mussten. Auch das war nicht wirklich schön.

Schauen wir uns den kommunalen Finanzausgleich und die Verhandlungen an. Der Städtetag sagt zu Recht: Deutlich hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Der Kollege von der CSU sagt: Mehr war nicht drin. Das ist bei diesem Thema natürlich schade.

Wir haben beim Finanzausgleich einen leichten Anstieg. Ich will das gar nicht in Abrede stellen. Nehmen wir mal die Entwicklung des FAG von 2021 bis 2024. Wir haben dort ein Plus von 11,2 %. Die Inflation betrug im gleichen Zeitraum allerdings 16 %. Die Baupreise stiegen im gleichen Zeitraum um 38 %. Wenn die Fixkosten steigen, wird man ziemlich sicher bei den variablen Kosten – das sind oft die Investitionen – einen kalten Entzug erleben. Das ist für unsere Kommunen schade. Ich meine, das sollten wir nicht riskieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage nicht, dass alles am FAG schlecht ist, ganz sicher nicht. Da wird eine Stange Geld bewegt. Aber das große Selbstlob, das ich in der Einbringungsrede heute gehört habe, auch in der Pressekonferenz mit den kommunalen Spitzenverbänden, finde ich

in Anbetracht dieser Zahlen doch etwas unangemessen. Mich erinnert das ein bisschen an meine Schulzeit, als ich mit Ach und Krach noch eine Vier in der Latein-Schul-aufgabe hinbekommen habe

(Martin Wagle (CSU): Oh!)

und es daheim meinen Eltern mit großem Tamtam wie eine Eins und als einen großen Erfolg vormachen wollte. In der Rückschau hat es doch von mangelnder Selbstkritik gezeugt, die nicht dazu geführt hat, dass man das nächste Mal eine Eins oder eine Zwei geschrieben hat, sondern das nächste Mal ganz sicher eine Fünf heimgebracht hat. Ich befürchte, dass uns so etwas auch bei den Kommunalfinanzen droht, dass wir, wenn wir bei den Kosten hier nicht mitgehen, einen kalten Entzug insbesondere bei den Investitionen vor Ort erleben werden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Martin Wagle (CSU))

Dieser Finanzausgleich kommt nicht mehr mit den Kosten, mit den Aufgaben und mit den Themen mit, die die Kommunen vor Ort haben.

Wir meinen, es braucht zum Beispiel einen stärkeren Ausgleich zwischen starken und schwachen Kommunen. Der Steuerverbund wurde gestärkt, habe ich heute gehört. Das ist korrekt; die Gewerbesteuerumlage ist entfallen. Allerdings: Für wen ist das gut? – Für gewerbesteuerstarke Kommunen. Das ist gut für Coburg, für Erlangen, München, Grünwald. Es ist aber schlecht für Hof. Dort bleibt nun mal weniger hängen. Das ist ein Fakt.

Zweites Thema: Auch mal den Förderdschungel bei unseren Kommunen angehen. Wir leisten uns eine dreistellige Anzahl von Förderprogrammen. Herr Finanzminister, ich habe heute aufmerksam die Zahl gehört, dass am Ende 29 % des Staatshaushalts auf irgendeinem Weg bei den Kommunen ankommen. Betrachten wir nur mal die Schlüsselzuweisungen, die sozusagen wirklich in die Grundfinanzierung unserer Kommunen gehen. Die betragen weniger als 7 % des Haushalts. Das heißt, es kommt drei-

mal mehr Geld über diverse Förderprogramme bei den Kommunen an als in der Grundfinanzierung über die Schlüsselzuweisungen.

(Zuruf des Staatsministers Albert Füracker)

Ich finde, das ist ein Ungleichgewicht, das wir uns da mittlerweile leisten. Wir meinen: mehr Grundfinanzierung statt goldener Zügel. Das kommt dann auch bei den finanzschwächeren Kommunen an. Was erleben wir denn da? – Wir erleben insbesondere bei den Kommunen, die in der Haushaltskonsolidierung sind, dass es manchmal schon am Vermögen mangelt, den zehnpromzentigen Eigenanteil aufzubringen, um die Förderprogramme abzurufen. Das beste Förderprogramm hilft nichts, wenn die Kommunalaufsicht den Eigenanteil streicht.

(Beifall bei den GRÜNEN – Johannes Becher (GRÜNE): So ist es!)

Wir sollten uns aber auch ehrlich machen – das ist jetzt zwar ein Bundesthema, aber das gehört hier auch zu den Kommunalfinanzen, denn die Gewerbesteuer ist nun mal die Haupteinnahmequelle, statistisch betrachtet –, dass wir uns auch das Thema Gewerbesteuerreform einmal anschauen müssen. Dass eine derart schwankende und über das Land ungleich verteilte Einnahmequelle als Haupteinnahmequelle der Kommunen angelegt ist, obwohl die Kommunen doch alle sehr konstant über das Jahr verteilt ähnliche Ausgaben und Aufgaben haben, müssen wir uns dringend einmal anschauen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Fazit komme ich dazu, dass wir beim kommunalen Finanzausgleich echte Reformen brauchen statt dem Klein-Klein und den kleinen Schritten von "mehr war nicht drin in unserem kommunalen Finanzausgleich". Das wäre wichtig, damit die Investitionen mittel- und langfristig nicht auf der Strecke bleiben.

Letzter Satz noch zu den Haushaltsberatungen, die in den nächsten Wochen im Haushaltsausschuss anstehen: Das Haushaltsrecht ist nun einmal das Budgetrecht und

wird häufig als das Königsrecht bezeichnet. Wir haben in den letzten fünf Jahren schon ab und zu mal gefragt, ob wir dem nachkommen. Ich meine, nicht die Verteilung der sogenannten Fraktionsreserve ist das Königsrecht, sondern die Arbeit am gesamten Haushalt. Ich meine, wir könnten ein gutes Zeichen an die Menschen im Land senden, –

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Tim Pargent (GRÜNE):** – wenn die gewählten Abgeordneten an dem Haushalt wirklich mitwirken, an dem Haushaltsentwurf noch substanzielle Änderungen im Sinne der Menschen vornehmen. Das finde ich wichtig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Mir liegt noch eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Prof. Ingo Hahn vor.

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Geschätzter Herr Pargent von den GRÜNEN, Sie zelebrieren sich hier als jemand, der sich für die Kommunalpolitik und die Nöte der kleinen Kommunen einsetzt, übrigens genau wie Herr Kollege Grossmann von der CSU vorher. Wenn man jetzt aber einmal schaut, worunter die Kommunen leiden, erkennt man doch diese Problematik, dass es keine geschützten Grenzen gibt; es gibt einfach viel zu wenige Abschiebungen von hier nicht bleibeberechtigten Menschen. Genau dieses Problem gehen Sie nicht an.

(Unruhe)

Im Gegenteil, Sie fordern auch noch Gelder dafür. Sie fordern sie aus Bayern, der Kollege Grossmann fordert noch mehr Gelder aus Berlin. Wann ändern Sie denn eigentlich mal den Kern dieser Problematik? Dieses Geld müsste man gar nicht ausgeben, würde man eine anständige Politik für die Bayern machen, die das alles finanzieren müssen, und mal schauen, wer hier ein Bleiberecht hat und wer nicht. Damit würden Sie den Kommunen doch mal richtig helfen.

(Beifall bei der AfD)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Herr Kollege, bitte.

**Tim Pargent (GRÜNE):** Erstens zelebriere ich mich hier als gar nichts, und zweitens sollten eher Sie sich einmal fragen, ob das wirklich Ihr Ernst ist, auf jedes Problem in unserem Land, hier Thema Kommunal финанzen, immer mit der gleichen Keule einzuschlagen nach dem Motto: Die Ausländer sind schuld. Glauben Sie wirklich, die Menschen glauben das? Es ist wirklich hanebüchen, dass Sie hier immer die gleichen einfachen Erklärungsmuster haben. Das geht an der Realität wirklich komplett vorbei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Nächster Redner ist der Kollege Maximilian Böttl.

**Maximilian Böttl (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Vizepräsident!

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Die Sitzung leitet jemand anders.

(Heiterkeit – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie ist anwesend!)

**Maximilian Böttl (CSU):** Sie ist da, ich habe genau aufgepasst. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste und Zuhörer, in meinem Stimmkreis, daheim in Ottonbrunn, haben wir eine ganz besondere Verbindung zu den Griechen und ihrem bayerischen König Otto. Diese engen weiß-blauen und blau-weißen Bande reichen aber offensichtlich noch viel weiter zurück in die Vergangenheit, bis in die Antike. Der erste Bayer in Griechenland muss Odysseus gewesen sein, zumindest sind die Parallelen zur laufenden Haushaltsdebatte doch recht deutlich.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Der war auf einer Irrfahrt!)

Die Sirenen der Opposition versuchen uns zu betören mit ihrem Gesang vom schnellen, einfachen, süßen Schuldensuchen; denn genau dazu würde Ihre ellenlange Liste an Forderungen letztendlich führen. Aber Odysseus in Gestalt des sturmerprobten, standhaften Finanzministers, Chef der Bayerischen Seenschifffahrt, widersteht mit seiner Besatzung und legt erneut einen Haushalt ohne Schulden vor.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das übrigens nicht, weil er wie Odysseus an den Mast gebunden wäre – mit der Schuldenbremse hätten wir sogar das passende Werkzeug dafür –, nein, sondern aus der einfachen Überzeugung heraus, dass der Staat nur das Geld ausgeben kann, das er vorher eingenommen hat. Das hat er vorhin eindrucksvoll geschildert.

So setzen wir jetzt mit den Haushaltsberatungen gemeinsam die Segel, nehmen mit der neuen Legislatur Fahrt auf. Als CSU-Fraktion sehen wir an Bord für uns drei Hauptaufgaben: erstens das Ziel einstellen, zweitens Kurs halten und drittens alle ins Boot holen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Das Ziel dieses Doppelhaushalts ist bereits jetzt mit dem ersten Entwurf ganz eindeutig: Es geht um die Zukunft, es geht um die allerbesten Chancen für unsere junge Generation. Nur mal ein ganz kleiner Ausschnitt – einiges ist schon genannt worden –: 52 Milliarden Euro für Bildung und Wissenschaft, 2,5 Milliarden Euro für Umwelt- und Klimaschutz, über 2 Milliarden Euro für den Wohnungsbau.

Wir gestalten das Übermorgen, andere bewältigen die Vergangenheit; denn nichts anderes ist es doch, wenn die Zinsausgabenquote im Bund inzwischen bei bald 10 % liegt. Das heißt, jeder zehnte Euro wird dann von den Zinsen weggefressen ohne Mehrwert für die Menschen. Wenn Sie heute die Bundesmittel als Geschenke für Bay-

ern rühmen, dann darf man dazu bitte gerne darauf hinweisen, dass auch dieses Geld zum Großteil der bayerische Steuerzahler finanziert.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir in Bayern bauen Schulden ab, seit 2011 fast 6 Milliarden Euro, in den nächsten beiden Jahren noch mal 100 Millionen Euro, damit wir mittelfristig möglichst gar keine Zinslasten, gar keine Altlasten mehr an nachfolgende Generationen übergeben müssen.

Auch der angedachte Kurs zu unseren Zielen hin ist mit dem Doppelhaushalt ganz klar. Die Steuerschätzungen fallen leider schlechter aus. Also kommen wir langsamer voran, als wir gerne möchten, eben weil unserer Wirtschaft der Rückenwind aus dem Bund fehlt. Deshalb braucht es jetzt einen Zweiklang: erstens Wachstumsimpulse für die Wirtschaft, zweitens Entlastungen für die Wirtschaft, also eigene bayerische Impulse für unsere Unternehmen. In Summe werden jetzt über 22 Milliarden Euro gezielt investiert statt breit subventioniert.

(Ruth Müller (SPD): Da wäre der Wirtschaftsminister gefragt!)

Beispielsweise durch die Hightech Agenda, ausgestattet mit weiteren 1,1 Milliarden Euro, sorgen wir dafür, dass aus Ideen Produkte und aus den Start-ups von heute die Weltmarktführer von morgen werden können und aus "Born in Bavaria" auch wieder "Made in Bavaria" wird, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

An dieser Stelle ganz kurz zur Fraktionsinitiative, die ja auch angesprochen worden ist. Nur ein Beispiel: Für den neuen Laser am Lehrstuhl von Ferenc Krausz in Garching konnten aus diesem Topf 2,5 Millionen Euro investiert werden. Wir können uns doch nicht ernsthaft für die Nobelpreise feiern lassen und danach die Grundlagen dafür infrage stellen!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber auch dem Handwerk, dem Mittelstand wird geholfen, unter anderem mit dem Mittelstandskreditprogramm mit einem Volumen von fast 50 Millionen Euro oder mit dem Meisterbonus mit einem Volumen von fast 100 Millionen Euro.

Zum Investieren kommt dann das Reduzieren, weniger Ballast für die Wirtschaft, also Reisen auf diesem Schiff mit leichtem Gepäck. Der Abbau von Bürokratie ist übrigens auch aus haushälterischer Sicht gleich dreifach sinnvoll: Er kostet kaum Geld, erhöht die Produktivität und die Einnahmen, letztendlich auch beim Staat, und er spart dauerhaft Personal, wenn wir die Digitalisierung der Verwaltung und die Einführung von KI in den Behörden weiter vorantreiben und wenn wir vor allen Dingen den Mut haben, Strukturen und Prozesse auf allen Verwaltungsebenen auch ganz grundsätzlich auf den Prüfstand zu stellen. Das wird genauso wie übrigens auch die Behördenverlagerung in den ländlichen Raum hinein die Handschrift der CSU tragen. Wenn das die Kolleginnen und Kollegen der FREIEN WÄHLER bitte dem Herrn Pohl noch übermitteln.

Das Ziel steht also fest, der Kurs ist klar. Jetzt brauchen wir noch ein gutes Miteinander auf der Route. Da sitzen wir übrigens nicht nur beim Haushalt alle in einem Boot, auch die Opposition. Ihre Kritik von heute wirkt allerdings bisher auf mich eher so, als wollten Sie gar nicht mitkommen in die Zukunft, sondern lieber zu Hause bleiben oder in die Vergangenheit zurücksegeln.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Im Gegenteil!)

Der einzige Kritikpunkt, der in der Debatte übrig geblieben ist, ist die Zeitachse. Schauen wir uns das genauer an: Drei Monate nach der Kabinettsbildung hat der Ministerrat den Entwurf final verabschiedet. Ist Ihnen das bei einem Volumen von 150 Milliarden Euro ernsthaft zu langsam gewesen?

(Claudia Köhler (GRÜNE): Das Parlament beschließt!)

Drei Monate Beratungszeit sind ab jetzt vorgesehen. Ist Ihnen das bei einem Volumen von 150 Milliarden Euro ernsthaft zu viel und zu lange? Natürlich könnten wir die Beschlussfassung über den Haushalt deutlich früher machen und nach vorne ziehen. Das ginge aber, wie vorhin schon erwähnt wurde, zulasten Ihrer Rechte als Opposition und vor allen Dingen zulasten einer gründlichen Beratung im zuständigen Ausschuss.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf von den GRÜNEN)

Deshalb ermöglicht die Bayerische Verfassung für die Zwischenzeit die Haushaltsführung auf Basis des Vorjahres. Insoweit haben alle Planungssicherheit, auch die Kommunen. Beim Ganztag ist fast eine Milliarde Euro für die nächsten beiden Jahre vorgesehen. Anstatt sich darüber zu freuen, dass das mehr wird und wir das vor Ort ordentlich ausbauen können und dann bedarfsgerecht antreten können, wird bemängelt, dass es zwei Monate zu spät kommt.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Ein halbes Jahr!)

Da habe ich kein Verständnis. Wir haben Planungssicherheit und kommen auch in dem Bereich sehr gut voran.

Deswegen sagen wir als CSU: Lieber einen sauber aufgestellten, gründlich diskutierten Haushalt als Hudelei und Schlamperei, die dann vom Gericht gestoppt werden muss.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Falls Sie die verbleibende Zeit irgendwie anderweitig nutzen wollen, dann hätte ich einen Vorschlag: Helfen Sie im Bund mit, den unsäglichen Länderfinanzausgleich endlich vom Kopf auf die Füße zu stellen!

(Ruth Müller (SPD): Wer hat denn den verhandelt?)

Nachdem morgen Nockherberg ist, sei mir noch eine Anmerkung dazu gestattet: Wenn wir jetzt auf hoher See wären, würde ich Sie bitten: Helfen Sie mit, dass wir die über 9 Milliarden Euro, die die Berliner Piraten mit Ihrem Cannabis-Kutter jedes Jahr von unserem bayerischen Boot abziehen, zurück nach Hause holen, wo dieses Geld auch hingehört!

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Claudia Köhler (GRÜNE): Also bitte!)

Aber jetzt ahoi! Das ist übrigens auf Griechisch und Bairisch das gleiche Wort. Leinen los für Bayerns Zukunft und für die Menschen in unserer wunderschönen Heimat!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Ruth Müller (SPD): Das war jetzt eine rechte Irrfahrt des Odysseus!)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Nach § 148 der Geschäftsordnung sind beide Gesetzentwürfe dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Erhebt sich Widerspruch? – Nein. Dann ist es so beschlossen.



## Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2024/2025; Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat**

Berichtersteller: **Patrick Grossmann**

Mitberichtersteller: **Tim Pargent**

### I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kapitel 06 03 wird in 2024
  - a) ein neuer Titel 686 01 „Verstärkungsmittel für einmalige Maßnahmen“ ausgebracht und mit 135,0 Tsd. Euro dotiert sowie
  - b) ein neuer Titel 686 02 „Stadtjubiläen Traunstein, Burghausen, Memmingen und Augsburg“ ausgebracht und mit 650,0 Tsd. Euro dotiert.
2. Bei Kap. 06 14 Tit. 812 35 wird der Ansatz in 2024

von	1.750,0 Tsd. €
um	380,0 Tsd. €
auf	2.130,0 Tsd. €

erhöht.
3. Bei Kap. 06 16 Tit. 701 01 wird der Ansatz in 2024

von	6.300,0 Tsd. €
um	300,0 Tsd. €
auf	6.600,0 Tsd. €

erhöht.

Ferner werden die Ansätze und Haushaltsvermerke bei Kap. 06 15 entsprechend der Nachschubliste der Staatsregierung geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2024/2025 vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Heimatprojekte - Verstärkungsmittel für einmalige Maßnahmen  
(Kap. 06 03 Tit. 686 01)  
Drs. 19/826
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern - interaktive Medienausstattung  
(Kap. 06 14 Tit. 812 35)  
Drs. 19/827
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Stadtjubiläen Traunstein, Burghausen, Memmingen und Augsburg  
(Kap. 06 03 Tit. 686 02)  
Drs. 19/1125
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Schlösserverwaltung - Festung Rothenberg und Schloss Höchstädt  
(Kap. 06 16 Tit. 701 01)  
Drs. 19/1149

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Mehr Personal in der Steuerverwaltung für einen besseren Steuervollzug und mehr Steuergerechtigkeit in Bayern  
(Kap. 06 05 Tit. 422 01)  
Drs. 19/816
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Aufgabenmehrung abfedern: 10 neue Stellen im Landesamt für Finanzen  
(Kap. 06 15 Tit. 422 01)  
Drs. 19/817

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Stellenhebungen im Bereich der Finanzverwaltung  
(Kap. 06 05 Tit. 422 01)  
Drs. 19/818
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Sabine Weigand u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Historische Gärten klimafit aufstellen: Bewahrung des gartenkünstlerischen Erbes in Bayern durch mehr Stellen für die Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen  
(Kap. 06 16 Tit. 428 30)  
Drs. 19/819
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Treibhausgasausgleich  
(Kap. 06 02 Tit. 533 49)  
Drs. 19/820
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Photovoltaik auf staatlichen Dächern  
(Kap. 06 02 Tit. 701 11)  
Drs. 19/821
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Unsere Heimat I - Preise im Bereich Heimatpflege  
(Kap. 06 03 Tit. 681 81)  
Drs. 19/822
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Unsere Heimat II - Förderung traditioneller Vereine  
(Kap. 06 03 TG 81 neuer Tit.)  
Drs. 19/823
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Förderung einer Studie zum Zusammenhang zwischen Steuerausfällen und Energiepolitik  
(Kap. 06 03 neuer Tit.)  
Drs. 19/824

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Johann Müller, Andreas Winhart und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuschuss an die Münchner Sicherheitskonferenz gGmbH im Bereich Cyber Security  
(Kap. 06 20 Tit. 682 71)  
Drs. 19/825

## II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 12. Sitzung am 8. April 2024 beraten und mit folgendem Stimmresultat:  
CSU: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Zustimmung  
AfD: Ablehnung  
B90/GRÜ: Ablehnung  
SPD: Ablehnung  
mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

**Josef Zellmeier**  
Vorsitzender

Anlage 3 zu 15/14/18/19-H 1108.9-1/31/1

**Freistaat Bayern**

**Nachschubliste**

**Doppelhaushalt 2024/2025**

zum

**Entwurf des Einzelplans 06**

**Staatsministerium der Finanzen  
und für Heimat**

## 06 15 Landesamt für Finanzen

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2024		Neuer Betrag 2024	A Bisheriger Betrag 2025		Neuer Betrag 2025
		B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Tsd. €		B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Tsd. €	
1	2	3	4	5	6		
	<b>Ausgaben</b>						
	<b>Personalausgaben</b>						
422 01-4 062	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Be- amten und Richter	A 92.970,3 B -150,0	92.820,3	A 95.937,2 B -150,0	95.787,2		
	<b>Sächliche Verwaltungsausgaben</b>						
518 01-9 062	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Verpflichtungserm. 2024 Tsd. € 600,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungserm. 2024</i> <i>in Höhe von 600,0 Tsd. € werden fällig frühestens</i> <i>in den Haushaltsjahren</i> <i>2025 bis 2027 jährlich Tsd. € 200,0</i>	A 1.676,4 B	1.676,4	A 1.648,9 B	1.648,9		
	<b>Gesamtausgaben</b>	A 178.047,0 B -150,0	177.897,0	A 177.799,9 B -150,0	177.649,9		
	<b>Abschluss</b>						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst u. dgl.	A 108,1 B -	108,1	A 109,3 B -	109,3		
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 17.328,0 B -	17.328,0	A 16.074,0 B -	16.074,0		
	<b>Gesamteinnahmen</b>	A 17.436,1 B -	17.436,1	A 16.183,3 B -	16.183,3		
	Personalausgaben	A 124.810,7 B -150,0	124.660,7	A 128.910,1 B -150,0	128.760,1		
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A 27.552,3 B -	27.552,3	A 27.402,8 B -	27.402,8		
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Aus- nahme für Investitionen	A 14.731,0 B -	14.731,0	A 12.561,0 B -	12.561,0		
	Baumaßnahmen	A 5.600,0 B -	5.600,0	A 3.600,0 B -	3.600,0		
	Sonstige Sachinvestitionen	A 5.353,0 B -	5.353,0	A 5.326,0 B -	5.326,0		
	<b>Gesamtausgaben</b>	A 178.047,0 B -150,0	177.897,0	A 177.799,9 B -150,0	177.649,9		
	<b>Zuschuss</b>	A 160.610,9	160.460,9	A 161.616,6	161.466,6		
	<b>Überschuss</b>	B 150,0		B 150,0			

---

**Erläuterungen**

---

**Zu 06 15/422 01**

Weniger 150,0 Tsd. € wegen Umsetzung nach 14 20/427 01.

Die Vergütung für nebenamtliche Erfasser von Landespflegegeldanträgen soll künftig aus dem Einzelplan 14, Kapitel 14 20, Landesamt für Pflege, gezahlt werden.

**Zu 06 15/518 01**

Für die Anmietung einer Zwischenunterbringung des Landesamtes für Finanzen in Weiden (2. Stufe der Behördenverlagerung Bayern 2025) ist eine entsprechende Verpflichtungsermächtigung auszubringen.

**Epl. 06 Staatsministerium der Finanzen und für Heimat**

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2024		Neuer Betrag 2024	A Bisheriger Betrag 2025		Neuer Betrag 2025
		B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Tsd. €		B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Tsd. €	
1	2	3	4	5	6		
	<b>Abschluss Epl. 06</b>						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 398.114,6 B -	398.114,6	A 404.190,3 B -	404.190,3		
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 150.208,4 B -	150.208,4	A 150.086,3 B -	150.086,3		
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A 2.341,9 B -	2.341,9	A 2.341,9 B -	2.341,9		
	<b>Gesamteinnahmen</b>	A 550.664,9 B -	550.664,9	A 556.618,5 B -	556.618,5		
	Personalausgaben	A 2.397.117,3 B -150,0	2.396.967,3	A 2.520.496,6 B -150,0	2.520.346,6		
	Sächliche Verwaltungsausgaben <i>Verpflichtungserm. 2024 Tsd. € 98.922,1</i> <i>Verpflichtungserm. 2025 Tsd. € 25.464,7</i>	A 474.154,3 B -	474.154,3	A 476.110,8 B -	476.110,8		
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen <i>Verpflichtungserm. 2024 Tsd. € 210.108,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2025 Tsd. € 7.745,0</i>	A 34.853,4 B -	34.853,4	A 32.683,5 B -	32.683,5		
	Baumaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2024 Tsd. € 101.300,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2025 Tsd. € 124.400,0</i>	A 106.029,0 B -	106.029,0	A 106.029,1 B -	106.029,1		
	Sonstige Sachinvestitionen <i>Verpflichtungserm. 2024 Tsd. € 205.567,2</i> <i>Verpflichtungserm. 2025 Tsd. € 115.465,0</i>	A 128.334,9 B -	128.334,9	A 128.044,0 B -	128.044,0		
	Investitionsförderungsmaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2024 Tsd. € 600.980,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2025 Tsd. € 600.980,0</i>	A 231.110,0 B -	231.110,0	A 251.110,0 B -	251.110,0		
	Besondere Finanzierungsausgaben	A -42.672,8 B -	-42.672,8	A -41.502,8 B -	-41.502,8		
	<b>Gesamtausgaben</b>	A 3.328.926,1 B -150,0	3.328.776,1	A 3.472.971,2 B -150,0	3.472.821,2		
	<b>Zuschuss</b>	A 2.778.261,2	2.778.111,2	A 2.916.352,7	2.916.202,7		
	<b>Überschuss</b>	B 150,0		B 150,0			

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter [www.bayern.landtag.de](http://www.bayern.landtag.de) - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter [www.bayern.landtag.de](http://www.bayern.landtag.de) - Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.



## Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

### Haushaltsplan 2024/2025; Einzelplan 16 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Digitales

Berichterstatter: **Felix Freiherr von Zobel**

Mitberichterstatter: **Andreas Jurca**

#### I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 16 03 werden die Ansätze in 2024
  - a) bei Tit. 537 01

von	6.227,1 Tsd. €
um	120,0 Tsd. €
auf	6.347,1 Tsd. €

sowie
  - b) bei Tit. 686 02

von	3.000,0 Tsd. €
um	560,0 Tsd. €
auf	3.560,0 Tsd. €

erhöht.
2. Bei Kap. 16 04 Tit. 534 76 wird der Ansatz in 2024

von	5.150,0 Tsd. €
um	750,0 Tsd. €
auf	5.900,0 Tsd. €

erhöht.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2024/2025 vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle u.a. CSU Haushaltsplan 2024/2025; hier: Zugang für bayerische Schulen zu digitalen MakerSpaces (Kap. 16 03 Tit. 537 01) Drs. 19/853
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU Haushaltsplan 2024/2025; hier: Pilotprojekt Digitalisierung der Kitas und Digital Vital App (Kap. 16 03 Tit. 686 02) Drs. 19/854
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle u.a. CSU Haushaltsplan 2024/2025; hier: Verwaltungsdigitalisierung mit OZG-Cloud voranbringen (Kap. 16 04 Tit. 534 76) Drs. 19/855

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2024/2025; hier: Forschungsauftrag über Desinformation und extremistische Radikalisierungsprozesse und Netzwerke auf Kommunikations- und Gaming-Plattformen und Subkulturen im Internet (Kap 16 03 neuer Tit.) Drs. 19/828
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2024/2025; hier: Einrichtung Bayerisches Rechenzentrumsbüro (Kap 16 03 neue TG) Drs. 19/829
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2024/2025; hier: Förderung für die Entwicklung von Open Source Software (Kap 16 04 neuer Tit.) Drs. 19/830
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2024/2025; hier: Förderung für Open-Government-Labore (Kap 16 04 neuer Tit.) Drs. 19/831

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Kosten der Datenverarbeitung - Ausgaben für Sachverständige  
(Kap. 16 01 Tit. 526 99)  
Drs. 19/832
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sächliche Verwaltungsausgaben - Ausgaben für das Gesundheitsmanagement  
(Kap. 16 02 Tit. 525 21)  
Drs. 19/833
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sächliche Verwaltungsausgaben - Ausgaben für Sachverständige  
(Kap. 16 02 Tit. 526 11)  
Drs. 19/834
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sächliche Verwaltungsausgaben - Zur Verfügung des Staatsministeriums für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen  
(Kap. 16 02 Tit. 529 02)  
Drs. 19/835
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Treibhausgasausgleich  
(Kap. 16 02 Tit. 533 49)  
Drs. 19/836
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Öffentlichkeitsarbeit, Presse - Kosten für Veranstaltungen  
(Kap. 16 02 Tit. 540 52)  
Drs. 19/837
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen - Beiträge an inländische Vereine und Gesellschaften sowie an internationale Organisationen  
(Kap. 16 02 Tit. 686 07)  
Drs. 19/838

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Digitalbudget I - Ausgaben für Sachverständige  
(Kap. 16 03 Tit. 526 70)  
Drs. 19/839
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Digitalbudget II - Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung usw.  
(Kap. 16 03 Tit. 534 70)  
Drs. 19/840
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Digitalbudget III - Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software  
(Kap. 16 03 Tit. 812 70)  
Drs. 19/841
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Klimaland Bayern  
(Kap. 16 03 TG 75)  
Drs. 19/842
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Datentreuhänder für bayerische Unternehmen  
(Kap. 16 03 neuer Tit.)  
Drs. 19/843
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sächliche Verwaltungsausgaben - Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände  
(Kap. 16 04 Tit. 511 01)  
Drs. 19/844
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: BayernPortal I - Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände  
(Kap. 16 04 Tit. 511 76)  
Drs. 19/845

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: BayernPortal II - Ausgaben für Sachverständige  
(Kap. 16 04 Tit. 526 76)  
Drs. 19/846
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: BayernPortal III - Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung usw.  
(Kap. 16 04 Tit. 534 76)  
Drs. 19/847
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: BayernPortal IV - Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software  
(Kap. 16 04 Tit. 812 76)  
Drs. 19/848
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sächliche Verwaltungsausgaben - Ausgaben für Sachverständige  
(Kap. 16 04 Tit. 526 11)  
Drs. 19/849
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sächliche Verwaltungsausgaben - Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung usw.  
(Kap. 16 04 Tit. 534 01)  
Drs. 19/850
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Digitales Kulturportal Bayern  
(Kap. 16 04 TG 73)  
Drs. 19/851
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: BayernPortal und IT-Komponenten des eGovernment - Verknüpfung von Public Data Clouds und Künstlicher Intelligenz  
(Kap. 16 04 TG 76 neuer Tit.)  
Drs. 19/852

**II. Bericht:**

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 12. Sitzung am 8. April 2024 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
  - CSU: Zustimmung
  - FREIE WÄHLER: Zustimmung
  - AfD: Ablehnung
  - B90/GRÜ: Ablehnung
  - SPD: Ablehnungmit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

**Josef Zellmeier**  
Vorsitzender



## Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2024/2025; Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz**

Berichterstatter: **Maximilian Bötl**  
Mitberichterstatter: **Harry Scheuenstuhl**

### I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 04 01 Tit. 531 11 wird der Ansatz  
in 2024  
von 350,0 Tsd. €  
um 150,0 Tsd. €  
auf 500,0 Tsd. €  
erhöht.
2. Bei Kap. 04 04 werden die Ansätze  
in 2024
  - a) bei Tit. 511 01  
von 19.678,9 Tsd. €  
um 200,0 Tsd. €  
auf 19.878,9 Tsd. €
  - b) bei Tit. 812 31  
von 1.950,0 Tsd. €  
um 100,0 Tsd. €  
auf 2.050,0 Tsd. €  
sowie
  - c) bei Tit. 812 33  
von 20,0 Tsd. €  
um 200,0 Tsd. €  
auf 220,0 Tsd. €  
erhöht und
  - d) ein neuer Titel 685 03 „Zuschuss für das Projekt Childhood House München“ ausgebracht und mit 130,0 Tsd. Euro dotiert.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2024/2025 vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Förderung des Projekts "Neue Schüler-Kampagne zur Bekämpfung von strafbarem Antisemitismus"  
(Kap. 04 01 Tit. 531 11)  
Drs. 19/879
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Förderung des Projekts "Flächendeckende Ausstattung der Bewährungshilfe mit dienstlichen Smartphones"  
(Kap. 04 04 Tit. 511 01)  
Drs. 19/880
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Förderung des Projekts "Childhood House München"  
(Kap. 04 04 neuer Tit. 685 03)  
Drs. 19/881
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Förderung des Projekts "Pilotierung eines mobilen Alarmsystems für Bedienstete im Außendienst"  
(Kap. 04 04 Tit. 812 31)  
Drs. 19/882
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Förderung des Projekts "Verbesserung der Ausbildungsbedingungen an der Bayerischen Justizakademie in Pegnitz"  
(Kap. 04 04 Tit. 812 33)  
Drs. 19/883

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Volkmар Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Erhöhung der Personalausgaben zur Institutionalisierung der Rechtstat-sachenforschung in Bayern  
(Kap. 04 01 Tit. 422 31 und Tit. 428 01)  
Drs. 19/856
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Volkmар Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Erhöhung der Mittel für die Aus- und Fortbildung der nichtrichterlichen Beisitzer (Schöffen) in Bayern  
(Kap. 04 04 Tit. 412 01)  
Drs. 19/857
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Volkmар Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Mittel für die Finanzierung von 80 neuen R 1-Stellen für Richterinnen und Richter sowie für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte  
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)  
Drs. 19/858
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Volkmар Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Mittel für die Finanzierung von 70 neuen Stellen für Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger in der BesGr. A 11 sowie für Stellenhebungen, insbesondere von A 12 nach A 13, sowie für den Ausbau der Spitzenstellen für die modulare Qualifizierung  
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)  
Drs. 19/859
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Volkmар Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Mittel für die Finanzierung der Stellenhebung von 252 Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern von BesGr. A 8 nach BesGr. A 9  
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)  
Drs. 19/860
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Volkmар Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Erhöhung der Mittel für die Fortbildung der Richterinnen und Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit und der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Bayern  
(Kap. 04 04 Tit. 525 01)  
Drs. 19/861

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Volkm<sup>r</sup> Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Mittel für die Finanzierung von 226 neuen Stellen für alle Funktionsbereiche und Dienste in den Justizvollzugsanstalten in Bayern für einen guten Behandlungsvollzug  
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)  
Drs. 19/862
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Volkm<sup>r</sup> Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Erhöhung der Mittel für die Gefangenen- und Entlassenenfürsorge in Bayern  
(Kap. 04 05 Tit. 681 02)  
Drs. 19/863
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Personalsituation in der Justiz verbessern  
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)  
Drs. 19/864
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Personalsituation in der Bewährungshilfe verbessern, Arbeit mit jugendlichen Intensivtäterinnen und -tätern stärken  
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)  
Drs. 19/865
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Digitale Ausstattung für die Bewährungshilfe  
(Kap. 04 04 Tit. 511 99)  
Drs. 19/866
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: IT-Ausstattung der Gerichte verbessern - mobiles Arbeiten ausweiten  
(Kap. 04 04 Tit. 511 99)  
Drs. 19/867
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Personalsituation im Justizvollzug verbessern  
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)  
Drs. 19/868

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Islamische Gefängnisseelsorge stärken  
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)  
Drs. 19/869
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Bündnis für Toleranz  
(Kap. 04 01 Tit. 684 01)  
Drs. 19/870
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Treibhausgasausgleich  
(Kap. 04 02 Tit. 533 49)  
Drs. 19/871
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Photovoltaik auf staatlichen Dächern  
(Kap. 04 02 Tit. 701 11)  
Drs. 19/872
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Schlagkraft des Rechtssystems stärken I - zusätzliche Stellen für Richter  
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)  
Drs. 19/873
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Schlagkraft des Rechtssystems stärken II - zusätzliche Stellen für Rechtspfleger  
(Kap. 04 04 Tit. 422 21)  
Drs. 19/874
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Schlagkraft des Rechtssystems stärken III - zusätzliche Stellen für die Justizvollzugsanstalten  
(Kap. 04 05 Tit. 422 21)  
Drs. 19/875
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Rechtskunde und Rechtsbildung für Asylbewerber  
(Kap. 04 04 Tit. 427 01)  
Drs. 19/876

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zusätzliche Mittel für die Einrichtung der Abschiebungshaft in Eichstätt und Hof  
(Kap. 04 05 Tit. 519 01)  
Drs. 19/877
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Schädlingsbekämpfung in der JVA München  
(Kap. 04 05 neuer Tit.)  
Drs. 19/878

## II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 12. Sitzung am 8. April 2024 beraten und mit folgendem Stimmresultat:  
CSU: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Zustimmung  
AfD: Ablehnung  
B90/GRÜ: Ablehnung  
SPD: Ablehnung  
mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

**Josef Zellmeier**  
Vorsitzender



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen**

**Haushaltsplan 2024/2025; Einzelplan 01 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Landtags**

Berichterstatter: **Josef Zellmeier**

Mitberichterstatter: **Johann Müller**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Zustimmung

Ferner werden die Ansätze und Haushaltsvermerke bei Kap. 01 01 entsprechend der Nachschubliste der Staatsregierung geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2024/2025 vorzunehmen.

Folgende Anträge werden zur **Ablehnung** empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Klima I - Maßnahmen zur Klimaneutralisierung von Dienstreisen des Bayerischen Landtags  
(Kap. 01 01 Tit. 527 05)  
Drs. 19/935
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Klima II - Treibhausgasausgleich  
(Kap. 01 02 Tit. 533 49)  
Drs. 19/936

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Klima III - Maßnahmen zur Klimaneutralisierung von Dienstreisen des Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz  
(Kap. 01 04 Tit. 527 05)  
Drs. 19/937
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Ausgaben für repräsentative Anlässe und Begegnungen mit Bürgern  
(Kap. 01 01 Tit. 535 01)  
Drs. 19/938
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Entwicklungszusammenarbeit - Politische Bildung  
(Kap. 01 01 Tit. 686 01)  
Drs. 19/939
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Bündnis für Toleranz  
(Kap. 01 01 Tit. 686 05)  
Drs. 19/940
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Photovoltaik auf staatlichen Dächern  
(Kap. 01 02 Tit. 701 11)  
Drs. 19/941

## II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 13. Sitzung am 10. April 2024 beraten und mit folgendem Stimmresultat:  
CSU: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Zustimmung  
AfD: Ablehnung  
B90/GRÜ: Zustimmung  
SPD: Zustimmung  
Zustimmung empfohlen.

**Josef Zellmeier**  
Vorsitzender

Anlage 1 zu 15/14/18/19-H 1108.9-1/31/1

**Freistaat Bayern**

**Nachschubliste**

**Doppelhaushalt 2024/2025**

zum

Entwurf des Einzelplans 01

Landtag

## 01 01 Landtag

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2024		Neuer Betrag 2024	A Bisheriger Betrag 2025		Neuer Betrag 2025
		B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €			B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €		
1	2	3		4	5		6
	<b>Ausgaben</b>						
	<b>Investitionsförderungsmaßnahmen</b>						
891 01-7 011	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen <i>Verpflichtungserm. 2024 Tsd. € 2.900,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungserm. 2024 in Höhe von 2.900,0 Tsd. € werden fällig frühestens im Haushaltsjahr 2026 Tsd. € 2.900,0</i>	A B		---	A B		---
	<b>Gesamtausgaben</b>	A B	152.079,8 -	152.079,8	A B	154.128,6 -	154.128,6
	<b>Abschluss</b>						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	738,9 -	738,9	A B	743,9 -	743,9
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	306,0 -	306,0	A B	306,0 -	306,0
	<b>Gesamteinnahmen</b>	A B	1.044,9 -	1.044,9	A B	1.049,9 -	1.049,9
	Personalausgaben	A B	88.752,9 -	88.752,9	A B	88.952,5 -	88.952,5
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	23.805,9 -	23.805,9	A B	23.515,1 -	23.515,1
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B	28.399,0 -	28.399,0	A B	29.539,0 -	29.539,0
	Baumaßnahmen	A B	10.500,0 -	10.500,0	A B	11.500,0 -	11.500,0
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	622,0 -	622,0	A B	622,0 -	622,0
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A B	0,0 -	-	A B	0,0 -	-
	<b>Gesamtausgaben</b>	A B	152.079,8 -	152.079,8	A B	154.128,6 -	154.128,6
	<b>Zuschuss</b>	A	151.034,9	151.034,9	A	153.078,7	153.078,7

---

**Erläuterungen**

---

**Zu 01 01/891 01**

Der Bayerische Landtag plant die Anmietung einer Liegenschaft. Nach dem abzuschließenden Mietvertrag soll an den Vermieter ein Baukostenzuschuss (bis maximal in der Höhe von 2,9 Mio. €) geleistet werden. Dieser Baukostenzuschuss wird voraussichtlich erst im Zuge der Fertigstellung der Baumaßnahmen, d.h. frühestens im Jahr 2026 fällig.

**Epl. 01 Landtag**

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2024 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2024 Tsd. €	A Bisheriger Betrag 2025 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
	<b>Abschluss Epl. 01</b>				
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 738,9 B -	738,9	A 743,9 B -	743,9
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 306,0 B -	306,0	A 306,0 B -	306,0
	<b>Gesamteinnahmen</b>	A 1.044,9 B -	1.044,9	A 1.049,9 B -	1.049,9
	Personalausgaben	A 123.793,9 B -	123.793,9	A 123.097,3 B -	123.097,3
	Sächliche Verwaltungsausgaben <i>Verpflichtungserm. 2024 Tsd. € 209.150,2</i>	A 28.966,4 B -	28.966,4	A 28.321,1 B -	28.321,1
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 30.029,0 B -	30.029,0	A 31.239,0 B -	31.239,0
	Baumaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2024 Tsd. € 6.000,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2025 Tsd. € 3.000,0</i>	A 10.720,0 B -	10.720,0	A 11.634,6 B -	11.634,6
	Sonstige Sachinvestitionen	A 3.140,0 B -	3.140,0	A 2.323,0 B -	2.323,0
	Investitionsförderungsmaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2024 Tsd. € 2.900,0</i>	A 0,0 B -	-	A 0,0 B -	-
	Besondere Finanzierungsausgaben	A 136,1 B -	136,1	A 136,1 B -	136,1
	<b>Gesamtausgaben</b>	A 196.785,4 B -	196.785,4	A 196.751,1 B -	196.751,1
	<i>Verpflichtungserm. 2024 Tsd. € 218.050,2</i> <i>Verpflichtungserm. 2025 Tsd. € 3.000,0</i>				
	<b>Zuschuss</b>	A 195.740,5	195.740,5	A 195.701,2	195.701,2

Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2063 des HA vom 10.04.2024

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2056 des HA vom 11.04.2024

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2066 des HA vom 11.04.2024

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2071 des HA vom 15.04.2024

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen**

**Haushaltsplan 2024/2025; Einzelplan 11 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Obersten Rechnungshofes**

Berichterstatter: **Bernhard Pohl**

Mitberichterstatter: **Claudia Köhler**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Zustimmung

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2024/2025 vorzunehmen.

Der Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Treibhausgasausgleich  
(Kap. 11 02 Tit. 533 49)  
Drs. 19/1302  
wird zur Ablehnung empfohlen.

### **II. Bericht:**

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 18. Sitzung am 16. April 2024 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

**Josef Zellmeier**  
Vorsitzender

Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2068 des HA vom 16.04.2024

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen**

**Haushaltsplan 2024/2025; Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei**

Berichterstatter: **Harald Kühn**

Mitberichterstatter: **Martin Böhm**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 02 03 werden die Ansätze in 2024
  - a) bei Tit. 686 03

von	50,0 Tsd. €
um	450,0 Tsd. €
auf	500,0 Tsd. €
  - b) bei Tit. 685 53

von	12.000,0 Tsd. €
um	30,0 Tsd. €
auf	12.030,0 Tsd. €

sowie
  - c) bei Tit. 687 53

von	2.876,5 Tsd. €
um	35,0 Tsd. €
auf	2.911,5 Tsd. €

erhöht.
2. Bei Kap. 02 05 werden die Ansätze in 2024
  - a) bei Tit. 683 01

von	13.500,0 Tsd. €
um	2.000,0 Tsd. €
auf	15.500,0 Tsd. €

sowie
  - b) bei Tit. 893 01

von	65,0 Tsd. €
um	50,0 Tsd. €
auf	115,0 Tsd. €

erhöht.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2024/2025 vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Schulbau in Burkina Faso  
(Kap. 02 03 Tit. 685 53)  
Drs. 19/1418
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuschuss an Gebirgsschützen  
(Kap. 02 03 Tit. 686 03)  
Drs. 19/1419
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Internationale Jugendbegegnung  
(Kap. 02 03 Tit. 687 53)  
Drs. 19/1420
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle u.a. CSU  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Förderung hochwertiger lokaler und regionaler Fernsehangebote in Bayern  
(Kap. 02 05 Tit. 683 01)  
Drs. 19/1421
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle u.a. CSU  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Technische Investitionen der Akademie für Neue Medien  
(Kap. 02 05 Tit. 893 01)  
Drs. 19/1422

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Stellenplan Staatskanzlei  
(Kap. 02 01 Tit. 422 01)  
Drs. 19/1410
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Repräsentative Verpflichtungen der Staatsregierung  
(Kap. 02 03 Tit. 535 01)  
Drs. 19/1411
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Kosten des Beauftragten für Bürokratieabbau  
(Kap. 02 03 Tit. 536 03)  
Drs. 19/1412
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Kosten des Beauftragten für Bürgeranliegen  
(Kap. 02 03 Tit. 536 04)  
Drs. 19/1413
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Internationale Verständigung und eine europäische Identität - Interrail-Tickets für junge Menschen  
(Kap. 02 03 TG 53 neuer Tit.)  
Drs. 19/1414
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Kürzung der Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung  
(Kap. 02 03 Tit. 531 21)  
Drs. 19/1415
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Information statt politischer Werbung in der Staatskanzlei  
(Kap. 02 03 Tit. 531 22)  
Drs. 19/1416
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Ausufernde Repräsentationsausgaben begrenzen  
(Kap. 02 03 Tit. 535 01)  
Drs. 19/1417

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung  
(Kap. 02 03 Tit. 531 21)  
Drs. 19/1423
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Öffentlichkeitsarbeit - Gemeinsame Servicestelle  
(Kap. 02 03 Tit. 531 60)  
Drs. 19/1424
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung I - Kosten des Beauftragten für Bürokratieabbau  
(Kap. 02 03 Tit. 536 03)  
Drs. 19/1425
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung II - Kosten des Beauftragten für Bürgeranliegen  
(Kap. 02 03 Tit. 536 04)  
Drs. 19/1426
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung III - Kosten des Beauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe  
(Kap. 02 03 Tit. 536 05)  
Drs. 19/1427
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Ausgaben des Büros des Freistaates Bayern in Kiew  
(Kap. 02 03 Tit. 541 53)  
Drs. 19/1428
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Ausgaben des Bayerischen Afrikabüros in Addis Abeba  
(Kap. 02 03 Tit. 542 53)  
Drs. 19/1429

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Förderung der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit, insbesondere der Eine-Welt-Arbeit  
(Kap. 02 03 Tit. 682 53)  
Drs. 19/1430
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuwendungen und sonstige Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit des Freistaates Bayern mit ausländischen Staaten und Regionen  
(Kap. 02 03 Tit. 685 53)  
Drs. 19/1431
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Stiftung Münchner Sicherheitskonferenz  
(Kap. 02 03 Tit. 698 01)  
Drs. 19/1432
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Stiftung "Wertebündnis Bayern"  
(Kap. 02 03 Tit. 698 54)  
Drs. 19/1433
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Investitionsmaßnahmen für ausländische Staaten und Regionen  
(Kap. 02 03 Tit. 896 53)  
Drs. 19/1434
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Filmförderung I - Darlehen und Zuschüsse zur Förderung von Drehbüchern, der Filmproduktion und des Verleihs/Vertriebs von Kinofilmen  
(Kap. 02 04 Tit. 861 01)  
Drs. 19/1435
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Filmförderung II - Darlehen und Zuschüsse zur Förderung von Fernsehproduktionen  
(Kap. 02 04 Tit. 861 02)  
Drs. 19/1436

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Filmförderung III - Darlehen und Zuschüsse zur Förderung von internationalen und digitalen Filmproduktionen  
(Kap. 02 04 Tit. 861 03)  
Drs. 19/1437
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Förderung hochwertiger lokaler und regionaler Fernsehangebote in Bayern  
(Kap. 02 05 Tit. 683 01)  
Drs. 19/1438
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Projekte und Initiativen zur Förderung von Vorgründern, Start-ups und Gründern im Medienbereich  
(Kap. 02 05 Tit. 686 09)  
Drs. 19/1439
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Projekte zum Erhalt örtlicher Pressezustellstrukturen  
(Kap. 02 05 Tit. 686 11)  
Drs. 19/1440

## II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 20. Sitzung am 18. April 2024 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:  
CSU: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Zustimmung  
AfD: Ablehnung  
B90/GRÜ: Ablehnung  
SPD: Ablehnung  
mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

**Josef Zellmeier**  
Vorsitzender

Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2061 des HA vom 18.04.2024

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2070 des HA vom 18.04.2024

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2054 des HA vom 22.04.2024

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2059 des HA vom 23.04.2024

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2069 des HA vom 24.04.2024

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

### **1. Gesetzentwurf der Staatsregierung**

Drs. 19/412

**über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 (Haushaltsgesetz 2024/2025 - HG 2024/2025)**

### **2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/1762

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2024/2025; hier: Aufhebung der Wiederbesetzungssperre (Drs. 19/412)**

### **3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/1763

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2024/2025; hier: Stellenhebungen im Bereich der Finanzverwaltung (Drs. 19/412)**

### **4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/1764

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2024/2025; hier: Einführung eines Bayerischen Wasserentnahmeentgeltgesetzes (Drs. 19/412)**

### **5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/1765

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2024/2025; hier: Änderung des Bayerischen Landespflegegeldgesetzes (Drs. 19/412)**

**6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/1766

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2024/2025;  
hier: Einführung eines Gehörlosengeldes  
(Drs. 19/412)**

**7. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)**

Drs. 19/1767

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2024/2025;  
hier: Streichung der Wiederbesetzungssperre  
(Drs. 19/412)**

**8. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)**

Drs. 19/1768

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2024/2025;  
hier: Änderung des Art. 5 – Bayerische Haushaltsordnung  
(Drs. 19/412)**

**9. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)**

Drs. 19/1769

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2024/2025;  
hier: Änderung des Art. 30 der Bayerischen Haushaltsordnung  
(Drs. 19/412)**

**I. Beschlussempfehlung:**

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Art. 1 (Feststellung des Haushaltsplans) wird wie folgt gefasst:

**„Art. 1  
Feststellung des Haushaltsplans**

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Haushaltsplan des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 wird in Einnahmen und Ausgaben

1. für das Haushaltsjahr 2024 auf 73 692 557 400 € und
2. für das Haushaltsjahr 2025 auf 76 419 117 000 € festgestellt.“
2. Art. 8 (Sonstige Ermächtigungen und Regelungen) wird wie folgt geändert:
  - a) Abs. 1 Nr. 9 wird wie folgt gefasst:

„9. Art. 8 Abs. 5, Abs. 7 mit Ausnahme des Projekts „Unterfranken-Netze“ sowie Abs. 8 und 11 des Haushaltsgesetzes 2023.“
  - b) Abs. 5 Satz 1 wird wie folgt geändert:
    - aa) In Nr. 1 werden die Wörter „Akkunetz Augsburg“ durch die Wörter „Regionalverkehr Lech-Allgäu“ und die Angabe „510 000 000 €“ durch die Angabe „800 000 000 €“ ersetzt.

- bb) In Nr. 2 wird die Angabe „1 150 000 000 €“ durch die Angabe „1 400 000 000 €“ ersetzt.
  - cc) In Nr. 3 wird die Angabe „2 600 000 000 €“ durch die Angabe „3 800 000 000 €“ ersetzt.
  - dd) In Nr. 4 wird die Angabe „850 000 000 €“ durch die Angabe „1 050 000 000 €“ und das Wort „und“ am Ende durch ein Komma ersetzt.
  - ee) In Nr. 5 wird die Angabe „750 000 000 €“ durch die Angabe „1 300 000 000 €“ ersetzt und ein Komma angefügt.
  - ff) Nach Nr. 5 wird folgende Nr. 6 eingefügt:
    - „6. für das Projekt „Regionalverkehr Mainfranken Los 1 + Los 2“ bis zu einem Betrag von insgesamt 1 600 000 000 €“.
3. Nach Art. 9 (Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze) wird folgender Art. 10 (Änderung des Bayerischen Digitalgesetzes) eingefügt:

**Art. 10**  
**Änderung des Bayerischen Digitalgesetzes**

Das Bayerische Digitalgesetz (BayDiG) vom 22. Juli 2022 (GVBl. S. 374, BayRS 206-1-D), das durch Art. 57b des Gesetzes vom 22. Juli 2022 (GVBl. S. 374) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Art. 52 wird wie folgt geändert:
  - a) In der Überschrift werden die Wörter „eKom.Unit Bayern“ durch das Wort „BayKommun“ ersetzt.
  - b) In Abs. 1 werden die Wörter „eKom.Unit Bayern“ durch das Wort „BayKommun“ ersetzt und die Wörter „(eKom Bayern)“ werden gestrichen.
  - c) In Abs. 2 werden die Wörter „eKom Bayern“ durch das Wort „BayKommun“ ersetzt.
2. Art. 53 wird wie folgt geändert:
  - a) In der Überschrift werden die Wörter „eKom Bayern“ durch das Wort „BayKommun“ ersetzt.
  - b) Abs. 1 wird wie folgt geändert:
    - aa) In Satz 1 und 2 werden die Wörter „eKom Bayern“ jeweils durch das Wort „BayKommun“ ersetzt.
    - bb) In Satz 3 Nr. 2 wird das Wort „bayerische“ gestrichen.
  - c) In Abs. 2 werden die Wörter „eKom Bayern“ durch das Wort „BayKommun“ ersetzt.
  - d) Abs. 3 wird wie folgt geändert:
    - aa) In Satz 1 werden die Wörter „eKom Bayern“ durch das Wort „BayKommun“ ersetzt.
    - bb) Folgender Satz 3 wird angefügt:
      - „<sup>3</sup>Art. 55a bleibt unberührt.“
  - e) In den Abs. 4 und 5 Satz 1 und 2 werden die Wörter „eKom Bayern“ jeweils durch das Wort „BayKommun“ ersetzt.
3. In der Überschrift des Art. 54 sowie in Art. 54 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2, 5 Satz 6, Abs. 6 Satzteil vor Nr. 1, Nr. 1, 2 und 3 sowie Abs. 7, in der Überschrift des Art. 55 sowie in Art. 55 Abs. 1 Satz 1, 2 und 4, Abs. 2 Satz 1 sowie Abs. 3 Satz 1 werden die Wörter „eKom Bayern“ jeweils durch das Wort „BayKommun“ ersetzt.

4. Nach Art. 55 wird folgender Art. 55a eingefügt:
- „Art. 55a  
Gemeinsam finanzierte Dienste
- (1) <sup>1</sup>Der Freistaat Bayern, die Gemeindeverbände und Gemeinden finanzieren gemeinsam technische Lösungen zur Verwaltungsdigitalisierung nach Maßgabe dieses Gesetzes (gemeinsam finanzierte Dienste). <sup>2</sup>Die gemeinsame Finanzierung kann sich auf einen Teil der Kosten beschränken. <sup>3</sup>Die Finanzierung anderer gemeinsamer Vorhaben bleibt unberührt.
- (2) <sup>1</sup>Der Freistaat Bayern trägt nach Maßgabe des Staatshaushalts folgende Kosten gemeinsam finanzierter Dienste:
1. die Hälfte der dem jeweiligen Jahr zuzuordnenden Anschaffungs-, Herstellungs-, Weiterentwicklungs- sowie Betriebs-, Wartungs- und Pflegekosten und
  2. die dem jeweiligen Jahr zuzuordnenden Kosten der technischen Implementierung bis zur erstmaligen Aufnahme des Regelbetriebs.
- <sup>2</sup>Im Übrigen tragen die Gemeindeverbände und Gemeinden die Kosten gemeinsam finanzierter Dienste als kommunalen Finanzierungsanteil über Umlagen getrennt nach
1. Bezirken,
  2. Landkreisen,
  3. kreisfreien Städten und
  4. kreisangehörigen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften.
- <sup>3</sup>Dabei erfolgt eine Aufteilung des kommunalen Finanzierungsanteils zwischen den vier Gruppen nach Satz 2 Nr. 1 bis 4 entsprechend dem finanziellen Anteil der zu ihrer Nutzung bestimmten gemeinsam finanzierten Dienste.“
5. Art. 57 wird wie folgt geändert:
- a) Nach Abs. 4 wird folgender Abs. 4a eingefügt:
- „(4a) Das Staatsministerium für Digitales wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen und für Heimat und dem Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration durch Rechtsverordnung
1. gemeinsam finanzierte Dienste zu bestimmen
    - a) für die Bezirke im Einvernehmen mit dem Bayerischen Bezirkstag,
    - b) für die Landkreise im Einvernehmen mit dem Bayerischen Landkreistag,
    - c) für die kreisfreien Städte im Einvernehmen mit dem Bayerischen Städtetag,
    - d) für die kreisangehörigen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften im Einvernehmen mit dem Bayerischen Gemeindegtag,
  2. die Zuständigkeit und Einzelheiten zur Berechnung und Erhebung des kommunalen Finanzierungsanteils hinsichtlich gemeinsam finanzierter Dienste sowie der Aufteilung des kommunalen Finanzierungsanteils auf die jeweiligen Gemeindeverbände und Gemeinden festzulegen.“
- b) In Abs. 9 werden die Wörter „eKom Bayern“ durch das Wort „BayKom-mun“ ersetzt.“
4. Die bisherigen Art. 10 bis 14 werden die Art. 11 bis 15.
5. In Anlage 2 zu Art. 13 (DBestHG 2024/2025) wird vor der Überschrift die Angabe „(zu Art. 13)“ durch die Angabe „(zu Art. 14)“ ersetzt.

Berichterstatter zu 1: **Maximilian Böltl**  
Berichterstatterin zu 2-6: **Claudia Köhler**  
Berichterstatter zu 7: **Volkmar Halbleib**  
Berichterstatter zu 8-9: **Andreas Jurca**  
Mitberichterstatterin zu 1: **Claudia Köhler**  
Mitberichterstatter zu 2-9: **Maximilian Böltl**

## II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Gesetzentwurf endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 19/1762, Drs. 19/1763, Drs. 19/1764, Drs. 19/1765, Drs. 19/1766, Drs. 19/1767, Drs. 19/1768 und Drs. 19/1769 in seiner 24. Sitzung am 24. April 2024 beraten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Zustimmung  
AfD: Ablehnung  
B90/GRÜ: Ablehnung  
SPD: Ablehnung

mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 19/1762, 19/1763, 19/1764 und 19/1767 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung  
FREIE WÄHLER: Ablehnung  
AfD: Ablehnung  
B90/GRÜ: Zustimmung  
SPD: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 19/1765 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung  
FREIE WÄHLER: Ablehnung  
AfD: Ablehnung  
B90/GRÜ: Zustimmung  
SPD: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 19/1768 und 19/1769 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung  
FREIE WÄHLER: Ablehnung  
AfD: Zustimmung  
B90/GRÜ: Ablehnung  
SPD: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 19/1766 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung  
FREIE WÄHLER: Ablehnung  
AfD: Ablehnung  
B90/GRÜ: Zustimmung  
SPD: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 19/1762, Drs. 19/1763, Drs. 19/1764, Drs. 19/1765, Drs. 19/1766, Drs. 19/1767, Drs. 19/1768 und Drs. 19/1769 in seiner 9. Sitzung am 16. Mai 2024 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Zustimmung  
AfD: Ablehnung  
B90/GRÜ: Ablehnung  
SPD: Ablehnung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 19/1762, 19/1763, 19/1764 und 19/1767 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung  
FREIE WÄHLER: Ablehnung  
AfD: Ablehnung  
B90/GRÜ: Zustimmung  
SPD: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 19/1765 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung  
FREIE WÄHLER: Ablehnung  
AfD: Ablehnung  
B90/GRÜ: Zustimmung  
SPD: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 19/1768 und 19/1769 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung  
FREIE WÄHLER: Ablehnung  
AfD: Zustimmung  
B90/GRÜ: Ablehnung  
SPD: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 19/1766 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung  
FREIE WÄHLER: Ablehnung  
AfD: Ablehnung  
B90/GRÜ: Zustimmung  
SPD: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

#### **Haushaltsplan 2024/2025; Einzelplan 01 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Landtags**

Dem Einzelplan 01 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 19/2052) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2024/2025 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

**Tobias Reiß**

I. Vizepräsident



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

#### **Haushaltsplan 2024/2025; Einzelplan 11 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Obersten Rechnungshofes**

Dem Einzelplan 11 wird zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2024/2025 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

**Tobias Reiß**

I. Vizepräsident



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

#### **Haushaltsplan 2024/2025; Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei**

Dem Einzelplan 02 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 19/2053) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2024/2025 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

**Tobias Reiß**

I. Vizepräsident



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

#### **Haushaltsplan 2024/2025; Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz**

Dem Einzelplan 04 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 19/2055) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2024/2025 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

**Tobias Reiß**

I. Vizepräsident



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

#### **Haushaltsplan 2024/2025; Einzelplan 14 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit, Pflege und Prävention**

Dem Einzelplan 14 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 19/2070) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2024/2025 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

**Tobias Reiß**

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

## **Haushaltsplan 2024/2025**

### **Einzelplan 01**

#### **für den Geschäftsbereich des Bayerischen Landtags**

hierzu:

#### **Änderungsanträge** der AfD-Fraktion (Drsn.19/935 mit 19/941)

Es findet hierzu keine Aussprache statt; wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2024/25 für den Einzelplan 01, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/935 mit 19/941 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 19/2052.

Zunächst ist auf Wunsch der AfD-Fraktion über ihren Änderungsantrag betreffend "Entwicklungszusammenarbeit – politische Bildung" auf Drucksache 19/939 in einfacher Form abzustimmen. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind alle weiteren Fraktionen. Enthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 01. Der Einzelplan 01 wird vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 19/2052 aufgeführten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 01 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD,

FREIE WÄHLER und die CSU. Gegenstimmen! – Das ist die AfD-Fraktion. Enthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist der Einzelplan 01 angenommen.

Die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, gelten gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung als erledigt; eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 1)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

"Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2024/2025 vorzunehmen."

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU und die AfD. Gegenstimmen! – Gibt es keine. Enthaltungen? – Auch keine. Damit ist das so beschlossen.

Die Beratung des Einzelplans 01 ist damit abgeschlossen.

## Mitteilung

### des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt 1

#### **Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 01**

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Klima I – Maßnahmen zur Klimaneutralisierung von Dienstreisen des Bayerischen Landtags  
(Kap. 01 01 Tit. 527 05)  
Drs. 19/935
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Klima II – Treibhausgasausgleich  
(Kap. 01 02 Tit. 533 49)  
Drs. 19/936
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Klima III – Maßnahmen zur Klimaneutralisierung von Dienstreisen des Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz  
(Kap. 01 04 Tit. 527 05)  
Drs. 19/937
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Ausgaben für repräsentative Anlässe und Begegnungen mit Bürgern  
(Kap. 01 01 Tit. 535 01)  
Drs. 19/938
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Entwicklungszusammenarbeit – Politische Bildung  
(Kap. 01 01 Tit. 686 01)  
Drs. 19/939

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Bündnis für Toleranz  
(Kap. 01 01 Tit. 686 05)  
Drs. 19/940
  
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Photovoltaik auf staatlichen Dächern  
(Kap. 01 02 Tit. 701 11)  
Drs. 19/941

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

## **Haushaltsplan 2024/2025**

### **Einzelplan 11**

#### **für den Geschäftsbereich des Bayerischen Obersten Rechnungshofes**

hierzu:

#### **Änderungsantrag** der AfD-Fraktion (Drs.19/1302)

Es findet hierzu keine Aussprache statt; wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Einzelplan 11 des Haushaltsentwurfs, der Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/1302 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 19/2067. Der Einzelplan 11 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur unveränderten Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 11 seine Zustimmung geben will, den bitte ich darum, sich vom Platz zu erheben. – Das scheint das gesamte Haus zu sein. Gegenstimmen! – Sehe ich keine. Enthaltungen? – Sehe ich auch keine. Damit ist der Einzelplan 11 angenommen.

Der vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagene Änderungsantrag, über den nicht gesondert abgestimmt wurde, gilt gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung als erledigt.

(Siehe Anlage 2)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

"Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Ver-

pflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2024/2025 vorzunehmen."

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Hohe Haus. Gegenstimmen! – Sehe ich nicht. Enthaltungen? – Sehe ich auch nicht. Damit ist es so beschlossen.

Die Beratung des Einzelplans 11 ist abgeschlossen.

## **Mitteilung**

**des Bayerischen Landtags**

zum Tagesordnungspunkt 2

**Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur  
Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 11**

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart,  
Johann Müller und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Treibhausgasausgleich  
(Kap. 11 02 Tit. 533 49)  
Drs. 19/1302

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner  
Abg. Klaus Holetschek  
Abg. Florian von Brunn  
Abg. Roland Magerl  
Abg. Katrin Ebner-Steiner  
Abg. Felix Freiherr von Zobel  
Abg. Franc Dierl  
Abg. Toni Schuberl  
Abg. Bernhard Pohl  
Abg. Florian Köhler  
Abg. Katharina Schulze  
Erster Vizepräsident Tobias Reiß  
Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn  
Abg. Tanja Schorer-Dremel  
Abg. Tobias Beck  
Abg. Michael Hofmann  
Abg. Christian Hierneis  
Abg. Martin Böhm  
Abg. Josef Zellmeier  
Staatsminister Dr. Florian Herrmann  
Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

## **Haushaltsplan 2024/2025**

### **Einzelplan 02**

#### **für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei**

hierzu:

**Änderungsanträge** der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn.19/1410 mit 19/1414)

**Änderungsanträge** der SPD-Fraktion (Drsn.19/1415 mit 19/1417)

**Interfraktionelle Änderungsanträge** von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn.19/1418 mit 19/1420)

**Interfraktionelle Änderungsanträge** der Fraktion FREIE WÄHLER und von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn.19/1421 und 19/1422)

**Änderungsanträge** der AfD-Fraktion (Drsn.19/1423 mit 19/1440)

Es ist eine Gesamtredezeit von 111 Minuten vereinbart. – Ich eröffne die Aussprache. Als Erster hat Kollege Klaus Holetschek für die CSU-Fraktion das Wort.

**Klaus Holetschek (CSU):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie, dass ich diese Rede mit dem Dank an diejenigen beginne, die auch in diesen Stunden für uns draußen im Einsatz sind, die helfen, dass wir diese große Katastrophe gemeinsam bewältigen können. Denen gebührt heute unser aller Solidarität. Sie sind die Helden unserer Zeit. Sie opfern sich für andere auf. Ich ziehe meinen Hut vor all denjenigen, die das für andere Menschen tun: Großen Respekt und großen Dank!

(Allgemeiner Beifall)

Die Präsidentin hat es angesprochen; ich war viel unterwegs, wie einige von Ihnen auch: Es ist auch ein gutes Gefühl, wenn man sieht, dass es trotz aller Differenzen in unserer Gesellschaft gelingt, zusammenzuhalten, zusammenzustehen, sich gegenseitig zu helfen, nicht erst zu fragen, sondern anzupacken und zuzupacken, wenn es dar-

auf ankommt. Auch das ist ein wichtiges Signal in diesen Zeiten: Die Gemeinschaft in Bayern funktioniert, wenn es darauf ankommt. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Heute reden wir über den Haushalt, weil es natürlich richtig ist, dass wir uns überlegen, wo welche Mittel notwendig sind und wie wir die Zukunft im Freistaat Bayern gestalten. Ich will ausdrücklich sagen, dass dieser Haushalt ein starkes Signal und Zeichen der Verantwortung, der Solidität und auch der Verantwortung für die Zukunft der nächsten Generationen ist. Das ist die Botschaft, die von diesem Haushalt ausgeht: Aufgaben übernehmen, Verantwortung übernehmen, aber auch in die Zukunft schauen und auf die nächsten Generationen achten.

(Beifall bei der CSU)

Wir tun dies in einer großen Verantwortung, auch im Lichte dessen, was wir jetzt in diesen Tagen im Bereich des Hochwassers erlebt haben. Denn entgegen manchen Meldungen haben wir beim Hochwasserschutz natürlich nicht Mittel gekürzt, sondern wir haben seit 2001 ungefähr 4 Milliarden Euro für den Hochwasserschutz eingesetzt, und es stehen weitere 2 Milliarden in der Perspektive zur Verfügung. Wir werden auch da unserer Verantwortung gerecht und werden das in Zukunft und auch in diesem Haushalt wieder deutlich machen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir tun das übrigens auch, wenn es darum geht, die Menschen auszurüsten und denen zu helfen, die draußen ihren Dienst tun. Ich will das schon mal deutlich sagen. Ich weiß nicht, wie es Ihnen gegangen ist, aber draußen bei den Feuerwehren oder auch beim THW und bei anderen habe ich schon wahrgenommen, dass viele sagen: Danke, dass ihr uns unterstützt, dass ihr in die Feuerweherschulen investiert, dass ihr in das Zentrum für besondere Einsatzlagen investiert, dass wir bei der Wasserwacht – lieber Tom Huber, auch an dich ein großes Dankeschön –, bei der Bergwacht und bei

anderen investieren und nicht lockerlassen, im Gegensatz zu anderen. Wir werden das auch in der Zukunft tun. Die, die draußen ihren Dienst tun, brauchen gute Ausbildung und gutes Gerät, meine Damen und Herren. Auch das gehört zur Verantwortung hier im Freistaat.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn wir mit Sonderinvestitionsprogrammen arbeiten, die wir im Freistaat aufgelegt haben – 88 Millionen Euro –, oder mit Mitteln aus der Fraktionsinitiative 2022 für Satellitentelefone, falls die Mobiltelefone ausfallen – das ist jetzt erst wieder passiert –, dann sagen wir dort, dass wir niemanden im Stich lassen. Wir kürzen auch keine Mittel beim Katastrophenschutz, wie es in Berlin der Fall ist, oder beim THW. Es darf in diesen Zeiten nicht sein, dass man mit einer Stimme etwas fordert und mit der anderen genau das Gegenteil tut.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Diese Doppelmoral dürfen wir nicht durchgehen lassen; denn da zeigt sich wirklich, dass mancher etwas sagt, aber anders handelt. Deswegen müssen wir dort auch den Finger in die Wunde legen, ob es dem einen oder anderen angenehm ist oder nicht. Wir müssen beim Katastrophenschutz mehr tun. Wir müssen auch beim THW die Ausrüstung verbessern. Es fehlen immer noch über 200 Fahrzeuge in Bayern, die der Bund in seiner Offensive eigentlich zugesagt hat. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren. Da passt was nicht, und da stimmt was nicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich bin dem Ministerpräsidenten und der Staatsregierung sehr dankbar. Er ist übrigens auch heute wieder unterwegs, mit Joachim Herrmann in Regensburg. Er war die ganze Zeit präsent, und ich glaube, das haben die Menschen auch anerkannt. Ich freue mich auch, dass andere Politiker unterwegs waren.

(Zuruf von den GRÜNEN: Hört, hört!)

Ich glaube, in diesen Tagen ist es wichtig, dass man wahrnimmt, dass man in den demokratischen Parteien zusammensteht und den Menschen zeigt: Wir sind für euch da.

Aber ich freue mich auch, dass die Staatsregierung heute im Kabinett ein Soforthilfeprogramm beschlossen hat. Das ist ein wichtiges und zentrales Signal. Wir lassen niemanden im Stich, wir helfen sofort und unbürokratisch.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Soforthilfen, die schnell greifen werden, auch für die Wirtschaft, auch für die Landwirtschaft, in den verschiedensten Bereichen, angelehnt an das, was wir damals in Berchtesgaden gemacht haben: Das erwarten die Menschen von uns. Natürlich müssen wir über Klimaanpassung reden, über Klimawandel. Aber wir brauchen jetzt keine Klimarhetorik, meine Damen und Herren. Wir müssen handeln für die Menschen draußen im Land, die das von uns erwarten. Das tun wir auch an dieser Stelle.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir werden in der Zukunft einen Haushalt aufstellen können, vernünftig, ohne Neuverschuldung, mit Albert Füracker an der Spitze, dem ich an dieser Stelle noch mal ausdrücklich danken möchte: Albert, du bist eindeutig der Beste, den wir in dieser ganzen Republik haben. Danke dafür!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber wir werden das nur tun können, meine Damen und Herren, wenn wir auch andere Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft bekommen, die letztlich über Steuereinnahmen für das Geld sorgt, das wir ausgeben. Denn es gibt einen Dreiklang, den man relativ simpel formulieren kann: Wirtschaft, die funktioniert, sorgt für Wohlstand und für einen funktionierenden Sozialstaat. Wenn sie nicht funktioniert, dann ist auch der Rest Makulatur. Deswegen muss die Ampel tatsächlich die Dinge ändern. Wir müssen wieder Politik für den Mittelstand machen, für die familiengeführten Unternehmen, für die Mitte der Gesellschaft, damit die auch Steuern zahlen und damit wir auch Einnahmen

generieren, die wir dann für Aufgaben ausgeben können. Das ist die zentrale Politik, die wir in diesem Land brauchen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wer heute draußen ist, überlegt natürlich: Wofür geben wir Geld aus, wofür werden die Mittel verwendet? – Ich sage es noch mal ganz dezidiert: Wenn wir heute falsche Anreize in diesem Staat setzen, wenn heute Transferleistungen wichtiger sind als die eigentliche Arbeit, wenn wir das Thema Bürgergeld in den Mittelpunkt des Handelns stellen und anstatt die Arbeit die Arbeitslosigkeit subventionieren, dann geht der Zug in die falsche Richtung und wird an die Wand fahren, und wir werden uns auch nichts mehr leisten können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn Sie draußen mit den Mittelständlern, mit den familiengeführten Unternehmen reden, hört man: Die sehen das alle ganz genauso. Sie fragen auch, wo die Planbarkeit und die Verlässlichkeit in der Wirtschaftspolitik sind. Wissen wir noch, wie es morgen weitergeht – in der Energiepolitik, in der Steuerpolitik, in Fragen des Fachkräftemangels? Das sind die entscheidenden Fragen.

Ein Haushalt speist sich aus Steuermitteln, meine Damen und Herren. Für die Menschen, die jeden Tag hart arbeiten, wollen wir Politik machen, denen wollen wir Zukunft geben, und denen wollen wir auch einen Sozialstaat ermöglichen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sehen Sie sich mal die Indikatoren in unserem Land an! Dann sehen Sie doch, wie wir zurückfallen. Wachstum ist ja so gut wie nicht vorhanden. Warum ist das eigentlich nur bei uns so schlecht? Um uns herum in Europa haben wir manchmal ein dreimal so hohes Wachstum, wie wir es hier in der Bundesrepublik Deutschland haben. Woher kommt das? – Das kommt daher, dass wir die falschen Rahmenbedingungen setzen.

(Widerspruch des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Das müssen wir ändern, sonst werden wir weiter abrutschen und auch weiter die falschen Signale setzen. In Europa schaut man doch inzwischen schon auf den kranken Mann, auf die Bundesrepublik Deutschland. Das ist der Fehler. Wir müssen an das Thema ran, damit wir wieder eine gute Zukunft haben. Der Freistaat tut das übrigens. Der Freistaat investiert. Es heißt immer: Na ja, warum schimpft ihr denn immer Richtung Ampel, macht doch selber mal was.

(Zurufe von den GRÜNEN: Genau! – Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

– Wir tun ja etwas! Ich glaube, wir tun viel mehr. Sie können für die Ampel klatschen, aber ich glaube, das sollten Sie besser sein lassen und überlegen, wo der Grund des Übels ist: Der liegt bei Ihnen und nicht bei uns.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege Holetschek, es gibt eine Zwischenfrage, die Sie zulassen können oder auch nicht.

(Klaus Holetschek (CSU): Na klar!)

Vom Kollegen von Brunn.

**Florian von Brunn (SPD):** Lieber Herr Holetschek, ich glaube, wir sind der gleichen Meinung: Wir müssen die Konjunktur anregen. Deswegen frage ich Sie, nachdem die Inflationsrate über 2 % beträgt und die globale Minderausgabe im Haushalt 1 %, wie wir damit eigentlich einen Konjunkturimpuls setzen wollen; denn wenn ich das ausrechne, komme ich zu einer realen Steigerung von null oder weniger. Der Haushalt, den Sie vorgelegt haben, bremst eigentlich bergauf.

**Klaus Holetschek (CSU):** Der beste Konjunkturimpuls, lieber Herr Kollege von Brunn, sind Investitionen in die Zukunft, in Innovationen und in das Leben der Menschen. Das

tun wir zum Beispiel mit einer Hightech-Offensive mit 5,5 Milliarden Euro und mit 1.000 neuen Professuren. Den Transfer von der Wissenschaft in die Wirtschaft sowie neue Arbeitsplätze und Start-ups zu fördern – das ist die Zukunft. Das sind Investitionen, und damit geht es voran.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das Problem ist doch – ehrlicherweise –, dass die Murks Brothers in Berlin

(Heiterkeit bei der CSU)

im Moment jeden Tag etwas Neues aufstellen und die Wirtschaft keine Ahnung mehr hat, was denn überhaupt noch passiert.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Richtig!)

Das ist doch die Wahrheit. Der Lindner sagt etwas anderes als der Habeck. Der Habeck sagt etwas anderes als der Scholz.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Am Ende der Fahnenstange weiß keiner mehr, was passiert, meine Damen und Herren. Das ist die Wahrheit.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr gut!)

Der Freistaat Bayern zahlt 9,1 Milliarden Euro beim Länderfinanzausgleich.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Das zeigt – das möchte ich noch einmal in den Raum stellen –, was wir zu leisten imstande sind. Wir sind auch bereit zur Solidarität, meine Damen und Herren. Solidarität heißt aber nicht, dass andere mit dem Geld von uns ein 29-Euro-Ticket einführen oder

mit unseren Mitteln eine kostenlose Schulverpflegung stellen. Das wäre keine Solidarität.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich denke nur daran, was in unserem Doppelhaushalt für Migration enthalten ist: Das sind 6,8 Milliarden Euro in zwei Jahren, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der AfD)

Das sind genau die Themen, die wir angehen müssen. Genau an diesen Punkten müssen wir Lösungen präsentieren.

Die Einführung einer Bezahlkarte in Bayern war der richtige Weg. Gemeinnützige Arbeit ist der richtige Weg. Ich sage Ihnen auch, dass es mich wirklich wütend macht, dass dieser Polizist ermordet wurde. Menschen, die so etwas tun, müssen ohne Wenn und Aber morgen ins Flugzeug gesetzt und zurückgeschickt werden.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN: Bravo! – Beifall des Staatsministers Dr. Florian Herrmann – Zurufe von der AfD)

Mit denjenigen, die das im Internet bejubeln, die daran noch irgendwas festmachen,

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

die sagen, das sei toll und macht so weiter, muss genau dasselbe passieren. Der Rechtsstaat muss endlich in aller Härte und in aller Konsequenz durchgreifen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der AfD)

Die Mittel, die wir gebunden haben, sind 6,8 Milliarden Euro in zwei Jahren und 9,1 Milliarden Euro für den Länderfinanzausgleich. Alleine das sind Dinge, die in einem solchen Haushalt unglaublich belastend sind. Dennoch haben wir eine Investi-

tionsquote von 15 %. Das hat fast kein anderes Land an dieser Stelle. Wir haben auch Leistungen, die kein anderer hat. Denken Sie zum Beispiel an das bayerische Familiengeld mit über 700 Millionen Euro, an das Landespflegegeld mit 430 Millionen Euro oder an die Meisterausbildung, die wir kostenlos stellen.

Meine Damen und Herren, wirklich keiner kann sagen, dass der Freistaat nicht versuchen würde, im sozialen Bereich, aber auch im Hightechbereich die Weichen für die Zukunft richtig zu stellen. Da tun wir sogar mehr als andere, weil wir es noch können. Wir können das aber nur so lange, bis die Rahmenbedingungen im Bund wieder einmal anders werden, damit die Dinge funktionieren; das ist unser Thema für die Zukunft.

Unser Haushalt ist solide, verantwortungsvoll, und er bildet Zukunft ab. Jeder dritte Euro fließt in die Bildung und in die Hochschulen. Auch das ist ein zentrales Thema, bei dem wir investieren. Wir haben die Hochschulausgaben ganz nach oben gebracht, lieber Robert Brannekämper. Wir hatten in den letzten Jahren Steigerungen, die unvergleichbar sind. Diese Investitionen zahlen sich aus, und sie sind rentierlich, weil sie Innovationen fördern und die klügsten Köpfe zu uns ins Land bringen. Deswegen ist dieser Haushalt gerade auch in diesen Bereichen etwas ganz Ausgezeichnetes.

Wir investieren in die Betreuung. Das Betreuungsfeld ist ein schwieriges Thema.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Auch da fließen viele Themen ein.

Wir investieren in die Polizei und in die Justiz. Das möchte ich herausstellen, und ich möchte an dieser Stelle noch einmal allen Polizistinnen und Polizisten in diesem Land danken. Sie sind jeden Tag für uns da und bringen großartige Leistungen.

Ich betone es noch einmal: Der Tod dieses jungen Polizisten kann uns nicht kaltlassen, und wir müssen uns bewusst machen, dass so etwas jeden Tag an jeder Stelle wieder vorkommen kann. Deswegen müssen wir unsere Polizei gut ausstatten und sie

schützen. Außerdem müssen wir dafür sorgen, dass Menschen, die solche Angriffe verüben, in diesem Land nichts verloren haben. Das ist ein zentrales und wichtiges Thema. Ich danke allen, die in der Polizei draußen ihren Dienst tun und jeden Tag für uns da sind.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir können heute einen Haushalt aufstellen, der wirklich gut ist. Die Rahmenbedingungen sind zwar aufgrund von 1,1 Milliarden Euro weniger Steuereinnahmen schwierig, aber wir haben Gott sei Dank eine verantwortungsvolle und vorausschauende Politik. Allerdings wollen wir im Freistaat für die Zukunft noch mehr.

Gleichwohl werden wir überlegen müssen, was wir uns wo leisten können. Wo ist unsere Priorität in den Aufgaben? Ich denke, die Priorität muss darin liegen, dass wir die Wirtschaft ankurbeln, damit wir die anderen Leistungen weiter nach vorne bringen, und wir wollen an die künftigen Generationen denken.

Ich möchte Josef Zellmeier an der Stelle sehr herzlich danken. Lieber Josef, du hast mit deinem Haushaltsausschuss in vielen Stunden und durch gute Vorbereitungen eine großartige Arbeit geleistet. Es ist auch dein Verdienst, dass der Haushalt so ist, wie er jetzt ist. Vielen Dank dafür!

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen freue ich mich auf die nächsten drei Tage, die sicherlich von vielen Diskussionen, aber vielleicht auch von dem einen oder anderen Reibungspunkt getragen sind. Wer sich den Haushalt jedoch angeschaut und sich damit befasst hat, muss zu dem Schluss kommen, dass es unter diesen Bedingungen ein hervorragender Haushalt für die Menschen

(Zuruf von den GRÜNEN)

und für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land ist; denn das Entscheidende ist, dass wir für die Menschen in unserem Land Politik machen und für sie Geld ausgeben. Das ist unser Ansatz, dem wir treu bleiben und dem wir verpflichtet sind. So wollen wir unsere Politik in der Zukunft fortsetzen.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN und bei der Regierungsbank)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Es liegen zwei Zwischenbemerkungen vor. – Die erste ist von dem Kollegen Florian von Brunn. Danach muss sich die AfD entscheiden, wer frägt.

**Florian von Brunn (SPD):** Lieber Herr Holetschek, ich verstehe gar nicht, dass Sie sich über den Länderfinanzausgleich, den Markus Söder persönlich verhandelt hat, immer so aufregen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Oh Mann, der lernt es einfach nicht!)

13 Milliarden Euro sind während Corona vom Bund an Bayern zurückgeflossen;

(Michael Hofmann (CSU): Da fließt doch nichts zurück!)

man könnte jetzt auch über die Verkehrsinfrastruktur reden.

Sie stellen aber natürlich berechtigte Fragen. Was machen die Berliner mit dem Geld? – Sie kaufen zum Beispiel Dienstwagen. Von den über 30 Dienstwagen kommen ungefähr 30 von BMW und Audi aus Bayern. Die meisten davon sind – das gefällt Ihnen vielleicht nicht – auch noch Elektrofahrzeuge. Das Geld fließt also auch für bayerische Industrieprodukte zurück. Das könnte man bei der Argumentation auch einmal berücksichtigen.

(Zurufe der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU) und Michael Hofmann (CSU) – Weitere Zurufe)

– Dass Sie das nicht verstehen, verstehe ich schon!

**Klaus Holetschek (CSU):** Lieber Herr Kollege von Brunn, ich hoffe, es war jetzt nicht so ernst gemeint, als Sie sagten, wir würden mit den 9,1 Milliarden Euro die Dienstwägen der Berliner Republik finanzieren.

(Heiterkeit bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Das ist kein Ansatz, den wir tragen.

Ich möchte es schon noch einmal betonen. Die Solidarität ist wichtig, und dieser Solidarität will sich keiner entziehen. Wir haben jedoch über die Jahre hinweg gemerkt, dass wir zwar irgendwann einmal in der Solidarität waren, aber inzwischen schon über, ich glaube, 100 Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich gezahlt haben. Das geht natürlich in eine völlig falsche Richtung, und da muss nachjustiert werden. Mich stört, dass im Land Berlin, an das 60 % gehen und das wir gern unterstützen, großzügig irgendwelche Leistungen ausgesteuert werden, die woanders nicht mehr erbracht werden können. Das funktioniert eben nicht. Wir wollen solidarisch sein, aber nicht blöd, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Florian von Brunn (SPD): Warum hat es dann Söder verhandelt?)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Die zweite Zwischenbemerkung ist vom Kollegen Roland Magerl.

**Roland Magerl (AfD):** Werter Kollege Klaus Holetschek, das Thema Hochwasser ist momentan bestimmend. Sie haben in Ihren Ausführungen dargestellt, was die Staatsregierung da an Investitionen auf sich nimmt für das Wohl der bayerischen Bürgerinnen und Bürger. Wir haben gerade am Anfang der Sitzung traurig zur Kenntnis nehmen müssen, dass mittlerweile zwei Einsatzkräfte verstorben sind.

Ich habe am 29.05.2019 einen Antrag auf Errichtung eines bayerischen Zentrums für Wassergefahren gestellt, um genau solche Einsatzlagen trainieren zu können, damit solche Vorfälle, bei denen Einsatzkräfte Leib und Leben riskieren und dann ihr Leben lassen müssen, nicht mehr vorkommen. Der Antrag wurde damals abgelehnt, auch mit der Begründung, dass die Staatsregierung sich anschauen wird, wo so etwas in Zukunft vielleicht installiert werden kann. Da interessiert mich: Wurde da mal ein Standort angeschaut? Hat man sich etwas überlegt?

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege, die Redezeit ist schon vorbei.

**Roland Magerl (AfD):** Ja. – Hat man sich etwas überlegt? Wie ist da der Stand?

**Klaus Holetschek (CSU):** Der Stand ist, dass die Planungen für ein solches Zentrum inzwischen vorangetrieben wurden. Ich hatte vor Kurzem auch selber mit der DLRG ein Gespräch. Auch die Wasserwacht ist da eingebunden. Die Einrichtung eines solchen Zentrums steht bei uns auf der Tagesordnung und wird vorangetrieben, wie auch bei der Bergwacht.

(Zuruf von der AfD: Warum haben Sie das dann abgelehnt? – Prof. Dr. Ingo Hahn

(AfD): Vor fünf Jahren war das!)

– Nein! Wir müssen jetzt aufpassen. Ich finde es dramatisch,

(Zuruf von der AfD: Wir auch!)

wenn Feuerwehrleute ihr Leben im Einsatz verlieren. Da müssen wir wirklich aufpassen. Dafür gibt es aber sicherlich verschiedenste Gründe, die man mit einem Zentrum nicht von vornherein auflösen kann. Ich bin dafür, dass wir weiter investieren. Das gilt für die Feuerwehrschulen, das Zentrum für besondere Einsatzlagen, das in Windischeschenbach entstanden ist, aber genauso für Wasserwacht und Bergwacht. Da ist das Innenministerium dran. Da werden wir weiter darauf setzen. Wir kürzen keine Mittel. Wir investieren in die Ausbildung und in die Zukunft derer, die ihr Leben für uns einsetzen. Darauf können Sie sich verlassen!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächster erteile ich der Kollegin Katrin Ebner-Steiner für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Katrin Ebner-Steiner (AfD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In diesen schweren Stunden sind unsere Gedanken bei allen Menschen, die von der Flutkatastrophe schwer getroffen wurden. Wir als AfD-Fraktion stehen an der Seite aller Betroffenen. Meine Gedanken sind bei den Familien der Flutopfer und bei den Verstorbenen. Ich hoffe sehr, dass die Vermissten noch lebend gefunden werden können. Ich danke von ganzem Herzen allen Helfern und Rettern, die unermüdlich im Einsatz sind. Ihr Einsatz verdient unseren tiefsten Dank und höchsten Respekt.

(Beifall bei der AfD)

Den Opfern muss nun schnell und unbürokratisch geholfen werden. Wir als AfD-Fraktion werden dies nach Kräften unterstützen.

Leider ist das nicht die einzige Katastrophe, die unsere Heimat derzeit heimsucht. Der islamistische Mordanschlag auf den Journalisten und Aufklärer zum Thema politischer Islam Michael Stürzenberger hat nun den jungen Polizeibeamten Rouven L. das Leben gekostet. Der seit neun Jahren ausreisepflichtige Afghane Sulaiman A. stach dem Beamten mit einem Messer mehrfach in den Kopf. Im Internet wird das Opfer von Islamisten verhöhnt. Liebe Kollegen, das ist eine Schande für Deutschland!

(Beifall bei der AfD)

Einen Tag zuvor erstach ein Asylant in Potsdam den Sicherheitsangestellten eines Asylheims.

Das sind nur zwei Beispiele für mittlerweile Tausende tragischer Opfer der katastrophal falschen Politik, die der Ministerpräsident und seine CSU ursächlich mit zu verantworten haben.

(Beifall bei der AfD)

Es war nämlich die von der CSU mitgeführte Bundesregierung, welche die Flutung Deutschlands und Bayerns, auch über die bayerischen Grenzen, mit Millionen Männern unbekannter Herkunft und Identität vor allem aus dem muslimischen Kulturkreis überhaupt erst ermöglichte. Das Resultat sind nicht nur bis zu 20.000 Messerangriffe pro Jahr und 2.800 Gruppenvergewaltigungen, ein Straftatbestand, den es bis vor wenigen Jahren in Deutschland nicht einmal gab.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Das stimmt nicht!)

Dieser Zuwachs der Ausländerkriminalität in Bayern bedeutet auch eine unabsehbare kulturelle Veränderung unseres Landes, unserer Heimat und unserer Zukunft.

Doch statt uns vor diesen Gewalttätern zu schützen, diskreditiert der sogenannte Verfassungsschutz in Bayern

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ha! "Sogeannter Verfassungsschutz"!)

lieber diejenigen, die vor den verheerenden Entwicklungen warnen. Herr Stürzenberger klagt die Bayerische Staatsregierung allen Ernstes an, indem er forderte:

"Jeder Moslem, der aus Afghanistan als vermeintlicher ‚Flüchtling‘ zu uns nach Deutschland kommt, müsste zunächst genau auf seine Einstellung zum Islam überprüft werden."

Angesichts der unglaublichen Zahl von Messerangriffen wäre genau das die Aufgabe der Staatsregierung gewesen!

(Beifall bei der AfD)

Stattdessen verschließen Sie die Augen vor der explodierenden Zahl an Gewaltverbrechen und hetzen gegen die Opposition.

(Florian von Brunn (SPD): Beim Hetzen kennen Sie sich aus!)

Sie reden den politischen Islam schön. Sie weigern sich, Ihre politische Verantwortung an dieser katastrophalen Entwicklung endlich einzugestehen. Ihr Versagen kostet Menschenleben. Der politische Islam gehört eben nicht zu Deutschland!

(Beifall bei der AfD)

Ich betone es ganz deutlich: Die millionenfache Remigration von ausreisepflichtigen Ausländern ist das Gebot der Stunde.

(Beifall bei der AfD)

Jeder dritte Erstklässler in Bayern ist kein deutscher Muttersprachler mehr. Bei den Unter-Sechsjährigen in München beträgt die Quote derer mit Migrationshintergrund rund 58 %. Aus den Schulen wird berichtet, dass Schüler aus Angst zum Islam konvertieren. Extremismusforscher Ahmad Mansour sieht eine "Generation Allah" heranwachsen, die unsere Demokratie, unsere Werte und unsere Gesellschaft ablehnt und sich einen Gottesstaat wünscht wie jene Hamburger Islamaktivisten, die nun mehrfach ein Kalifat gefordert und jeden bedroht haben, der sich ihnen entgegenstellt.

Heute besprechen wir den Haushalt des Ministerpräsidenten. Mein Stellvertreter Martin Böhm wird detailliert darauf eingehen.

(Michael Hofmann (CSU): Weil Sie keine Ahnung haben!)

Ich stelle nur grundsätzlich fest: Jede finanzielle und wirtschaftliche Fehlentscheidung kann rückgängig gemacht werden – der Umbau unseres Volkes und unserer Heimat nicht!

(Beifall bei der AfD)

Wir als AfD wollen, dass unsere Kinder eine Zukunft haben, und zwar nicht irgendeine Zukunft,

(Florian von Brunn (SPD): Aber nicht mit Ihnen! Niemand will das!)

sondern eine deutsche Zukunft im Herzen Europas.

Angesichts dessen treten all das andere Versagen und all die anderen mutwilligen Fehlentscheidungen der Staatsregierung in den Hintergrund, ihre verfassungswidrigen Haushalte und ihre beispiellose Verschwendung von Steuergeldern. In die frühere Verantwortung des Ministerpräsidenten fallen die größtenwahnstinnige Übernahme der Hypo Alpe Adria und damit das politische und finanzielle Erdbeben der Landesbank. Als bayerischer Finanzminister verscherbelte Söder 34.000 GBW-Wohnungen an die PATRIZIA. Damit war er verantwortlich für die exorbitanten Mieterhöhungen für 90.000 Menschen mit geringem Einkommen. Als Söder erkannte, dass der Mangel an bezahlbaren Wohnungen mit das größte soziale Problem in Bayern darstellt, gründete Söder 2018 als Ministerpräsident die BayernHeim. Dabei versprach er vollmundig 10.000 Wohnungen. Bis Ende 2023 sind es ganze 267 Wohnungen geworden.

Darüber hinaus werden die Maskenproduktion und der Günstlingsfilz der CSU in die Geschichtsbücher eingehen. Doch ein Kapitel im großen Drama der miserablen Politik ist noch lange nicht abgeschlossen: Söders ans Totalitäre grenzende Corona-Politik. Der Ministerpräsident war der härteste Maßnahmeneinpeitscher der Republik, führte als einer der Ersten die FFP2-Maskenpflicht ein. Die RKI-Protokolle zeigen nun,

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Themaverfehlung!)

dass dies ohne wissenschaftliche Grundlage und gegen den ausdrücklichen Expertenrat erfolgte.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Das ist doch einfach Quatsch!)

Markus Söder war einer der Protagonisten der Aufhebung von Grundrechten und des Vollzugs jener Corona-Maßnahmen, von denen heute wissenschaftlich erwiesen ist, dass sie nicht nur nutzlos, sondern auch massiv schädlich waren!

(Beifall bei der AfD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Themaverfehlung!)

Die US-Impffolgenstatistik und viele andere Statistiken beweisen die Lebensgefahrlichkeit der uns von Ihnen aufgezwungenen mRNA-Präparate. Kürzlich haben zwei Ihrer so hochgelobten notzugelassenen Gegenmittel ihre Zulassung wieder verloren. Ich verspreche Ihnen und den bayerischen Bürgern: Wir, die AfD-Fraktion, werden die Aufklärung Ihres Jahrhundertversagens gnadenlos und akribisch vorantreiben.

(Beifall bei der AfD)

Doch die Geschichte Ihrer Katastrophenpolitik geht weiter. Während die gesamte zivi-  
lisierte Welt in Sachen Energieversorgung auf Zukunftstechnologien wie Flüssigsalz-  
reaktoren setzt – gerade bauen deutsche Ingenieure eine Anlage, allerdings nicht in  
Bayern, sondern in Ruanda –, hat der Ministerpräsident den Kernkraftausstieg aktiv  
vorangetrieben. Die dramatischen Folgen Ihrer grundfalschen Politik sind ein nie da-  
gewesener Wirtschaftsniedergang und die Abwanderung zahlloser Unternehmen und  
qualifizierter Fachkräfte. Prof. Manuel Frondel vom Leibniz-Institut für Wirtschaftsfor-  
schung, RWI, hat die Kosten der von Ihnen mit eingeleiteten Heizungswende auf min-  
destens 1.000 Milliarden Euro berechnet, womit wir dann bis 2030 so viel CO<sub>2</sub> einspa-  
ren, wie China an einem einzigen Tag in die Luft bläst. BASF-Chef Martin Brudermüller  
sagt: Überall auf der Welt verdient man Geld, nur nicht in Deutschland. Der Präsident  
des Verbandes der Chemischen Industrie Markus Steilemann sagt, Deutschland ver-  
wandle sich vom Industrieland in ein Industriemuseum.

Ich fasse zusammen: Unkontrollierter Massenzustrom, massiver Gewaltanstieg, die  
Zerstörung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Grundlagen unseres Volkes,  
der Abbau der demokratischen Grundrechte und Günstlingswirtschaft sind die Schre-  
ckensbilanz von Markus Söder.

(Beifall bei der AfD)

Doch es gibt Hoffnung: Die junge Generation und die arbeitende Bevölkerung lassen sich von Ihnen und Ihren Günstlingsmedien nicht mehr für dumm verkaufen. Laut aktuellen Umfragen führt heute eine Partei die Beliebtheitskala bei jungen Menschen und Arbeitern an, sie heißt "Alternative für Deutschland". Für unser geliebtes Bayern und unser deutsches Vaterland ist noch lange nicht alles verloren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Johannes Becher (GRÜNE): Ihre Umfragen sinken! Das ist gut so!)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Frau Kollegin, es liegen drei Wortmeldungen für Zwischenbemerkungen vor. – Die erste Wortmeldung kommt vom Kollegen Felix Freiherr von Zobel für die FREIEN WÄHLER.

**Felix Freiherr von Zobel (FREIE WÄHLER):** Frau Kollegin, ich meine, Sie haben jetzt sehr viel erzählt, aber eigentlich nichts gesagt. Ich habe dort oben gelesen, dass es um den Einzelplan 02 geht. Damit Sie jetzt doch noch etwas zur Sache sagen können, frage ich Sie: Kennen Sie überhaupt die Höhe des Einzelplans, also das Ausgabevolumen?

**Katrin Ebner-Steiner (AfD):** Der Ministerpräsident hat es heute nicht einmal für nötig gehalten, hierherzukommen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie kennen die Zahlen nicht! – Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Deswegen muss die Generalabrechnung ohne ihn stattfinden.

(Weitere Zurufe)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Momentan hat die Frau Kollegin das Wort. – Ihre Antwort ist schon beendet? – Dann hat der Kollege Franc Dierl die nächste Zwischenfrage.

**Franc Dierl (CSU):** Verehrte Frau Kollegin Ebner-Steiner, ich hätte eine Frage. Können Sie es auch gegenüber den Steuerzahlern und Steuerzahlerinnen haushaltspolitisch verantworten, dass wir im Hohen Haus einen Abgeordneten bezahlen, dem es die Fraktion nicht erlaubt, an Sitzungen teilzunehmen, und der auch in keinen Ausschüssen mehr tätig ist? Das ist für mich Verschwendung von Steuergeldern.

(Beifall bei der CSU)

**Katrin Ebner-Steiner (AfD):** Der Abgeordnete kommt selbstverständlich seinen Aufgaben nach. Er unterstützt uns in den Arbeitskreisen.

(Zurufe der Abgeordneten Florian von Brunn (SPD), Felix Locke (FREIE WÄHLER) und Björn Jungbauer (CSU))

**Präsidentin Ilse Aigner:** Bitte schön!

**Katrin Ebner-Steiner (AfD):** Das war's.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Das war die Antwort. – Als Nächster hat der Kollege Toni Schuberl das Wort.

**Toni Schuberl (GRÜNE):** Ich finde es unsäglich, wie Sie diese Debatte nutzen. Die Präsidentin hat sehr gute Worte zu all diesen Katastrophen, die uns ereilen, gefunden. Sie nutzen die Debatte, um über die Überflutung Deutschlands mit Ausländern zu hetzen. Das ist insbesondere heute schändlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Bitte schön, Frau Kollegin.

**Katrin Ebner-Steiner (AfD):** Ich hetze hier nicht. Ich stelle nur die Realität dar. Sie sollten insbesondere darüber nachdenken, mit wem Sie sich abgeben.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sie doch auch!)

Sie stehen gemeinsam mit Linksextremen auf der Straße. Der Kollege Stadler hat es angemahnt. Schauen Sie lieber, dass Sie sich einmal von solchen Leuten distanzieren, dass Sie sich nicht mit solchen Menschen gemeinmachen.

(Anhaltender Beifall bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl  
(FREIE WÄHLER))

**Präsidentin Ilse Aigner:** Nächster Redner für die Fraktion der FREIEN WÄHLER ist der Kollege Bernhard Pohl.

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Frau Präsidentin, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich an dieser Stelle auch für unsere Fraktion im Namen des gesamten Hauses einen großen Dank an die Menschen sagen, die in den vergangenen Tagen 24 Stunden unterwegs waren, ohne nachts zu schlafen, die für ihre Mitmenschen und für die Sicherheit von Leben und Gesundheit und von Eigentum unterwegs waren und die sich entschlossen gegen die Wassermassen zu Wehr gesetzt haben. Wir haben ihnen sehr viel zu verdanken, und ich sage es an dieser Stelle auch ganz persönlich: Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich nenne die Blaulichtorganisationen – Kollege Holetschek hat es bereits getan –, ich möchte aber auch noch eine weitere Gruppe hinzunehmen, nämlich die Kommunalpolitiker und diejenigen, die in den Rathäusern und den Landratsämtern in Taskforces zusammengebunden waren, die sich darum gekümmert haben, dass die Rettungspläne gut ablaufen und wir vor Schlimmerem verschont geblieben sind. Das ist tatsächlich ein sehr gutes Zeichen für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, speziell hier in Bayern. Darauf können wir alle miteinander stolz sein. Auch wir, die hier für die Bürgerinnen und Bürger im Freistaat Politik machen, können sagen: Ja, wir haben in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten gute Grundlagen dafür gelegt, dass wir in Bayern eine gute innere Sicherheit haben.

Ich nenne stellvertretend zwei Minister der Staatsregierung, den Innenminister Joachim Herrmann und den Umweltminister Thorsten Glauber. Sie haben mit dem Haushalt, über den wir jetzt drei Tage lang reden, dafür gesorgt, dass wir ausreichend in die innere Sicherheit investieren. Dazu gehört natürlich der Katastrophenschutz, aber auch der Hochwasserschutz. Lassen Sie mich etwas aus meinem eigenen Stimmkreis sagen. Die Gemeinde Dirlwang hat es schwer getroffen. Sie hat aber einen relativ neuen Hochwasserschutz. Stellen Sie sich vor, es wäre nicht so gewesen. Wenn sie diesen Hochwasserschutz nicht gehabt hätte, wäre es für diese Gemeinde und die Anliegerkommunen wesentlich schlimmer gekommen. Dazu kann ich schon sagen, dass wir in Bayern gut unterwegs sind.

Das heißt aber nicht, dass wir nach der Katastrophe keine Bestandsaufnahme machen und nicht dort nachsteuern müssten, wo wir es noch besser machen können. Gerne können wir das auch fraktionsübergreifend tun. Dieses Ziel muss uns im Grunde alle einen. Die Sicherheit ist ein elementarer Bestandteil der Lebensgrundlagen der Menschen in diesem Land. Die Menschen in Bayern sind gut aufgehoben in der Gesellschaft, aber auch bei denen, die sie in den Kommunen und hier im Freistaat gut regieren, also bei der Staatsregierung und beim Bayerischen Landtag.

Meine Damen und Herren, der Haushalt ist die Grundlage für politisches Handeln. Ein solider Haushalt sichert Zukunft. Deswegen kann ich die Worte von Klaus Holetschek durchaus unterstreichen: Albert Füracker macht seit vielen Jahren einen herausragenden Job. Du bist der beste Finanzminister in Bayern. Der Begriff "beste" ist aber immer relativ zu sehen. Selbst wenn ich einen Vergleich mit einigen Finanzministern ziehe, an die ich dieses Prädikat nicht verleihen würde, muss ich sagen, du hast auch in absoluten Zahlen höchstes Lob verdient.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian von Brunn (SPD): Wie viele Finanzminister haben die FREIEN WÄHLER?)

– Lieber Kollege von Brunn, ich würde nicht mit Steinen werfen, wenn ich im Glashaus sitze.

(Florian von Brunn (SPD): Ich habe doch nur eine Frage gestellt!)

Ich kann mich an eine Ministerpräsidentin Hannelore Kraft erinnern. Ich weiß, jetzt wird es Ihnen peinlich. Diese Frau hat Nordrhein-Westfalen in fünf Jahren dreimal einen verfassungswidrigen Haushalt präsentiert. Wie hieß denn der Finanzminister damals? – Ich meine, er hieß Walter-Borjans – auch das kein unbekannter Sozialdemokrat.

(Florian von Brunn (SPD): Guter Finanzminister! Er hat die Steuer-CDs gekauft!)

Ist er noch in der SPD? – Ich weiß es nicht.

(Florian von Brunn (SPD): Selbstverständlich! Wir sind stolz auf ihn!)

Ich würde jedenfalls sehr vorsichtig sein, wenn es um finanzielle und finanzpolitische Kompetenz geht. Ich muss sonst noch Franz Josef Strauß und den Hund mit dem Wurstvorrat zitieren. Ich werde das jetzt nicht machen; denn ich will die Redezeit diesem Haushalt widmen. Ich will darstellen, dass dieser Haushalt grundsolide aufgestellt ist und uns auch gut in die Zukunft bringt.

(Florian von Brunn (SPD): Aber der Norbert Walter-Borjans hat im Gegensatz zu Ihnen gegen Steuerhinterziehung gekämpft!)

Der Haushalt und die Haushaltspolitik des Freistaats Bayern sind dadurch gekennzeichnet, dass wir die Schuldenbremse einhalten, während die SPD und auch die GRÜNEN – die FDP nicht – im Bund immer wieder versuchen, diesen Verfassungsgrundsatz, den sie ja selber beschlossen haben, auszuhebeln, auszutricksen und dann auch noch die Unverschämtheit besitzen, dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz vorzuwerfen, dass er vor dem Bundesverfassungsgericht die Verfassungswidrigkeit ihres Haushalts offengelegt hat.

(Florian von Brunn (SPD): Das war politisch dumm!)

Das ist eine klassische Täter-Opfer-Umkehr. So etwas gibt es hier in Bayern nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian von Brunn (SPD): Politisch dumme Oppositionsarbeit war das!)

Wir halten uns an die Schuldenbremse. Wir subventionieren kränkelnde Bundesländer. Wir haben Rücklagen für Pandemien, Naturkatastrophen und dilettantische Ampel-Regierungen sowie Trickereien mit Sondervermögen aufgebaut.

Wir in Bayern haben auch ein Sondervermögen, das heißt Grundstock. Aber der Unterschied zwischen unserem Grundstock und dem Sondervermögen des Bundes ist sehr einfach: Unser Grundstock bringt Erträge und Zinsen, euer Sondervermögen kostet Zinsen. Das ist der Unterschied zwischen Bayern und Berlin in diesen Tagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf von den GRÜNEN: So ein Quatsch!)

Ein Haushalt wird über die Einnahmen gewonnen. Ich freue mich deswegen sehr, dass wir nicht nur einen überragenden Finanzminister, sondern gleichermaßen auch einen überragenden Wirtschaftsminister haben. Selbstverständlich ist Hubert Aiwanger der beste Wirtschaftsminister in Bayern.

(Allgemeine Heiterkeit – Johannes Becher (GRÜNE): Er ist auch der Einzige in Bayern! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

– Dass hier ausgerechnet aus den Reihen der GRÜNEN Zwischenrufe kommen! Ich hätte mich beschämt zur Seite gewendet. Ich denke an Robert Habeck, der die schlimmste Katastrophe eines Wirtschaftsministers in Nachkriegsdeutschland ist.

(Florian von Brunn (SPD): Wo ist denn der Wirtschaftsminister? – Nicht mal sein Bruder ist da!)

Der Mann weiß doch nicht einmal, was eine Insolvenz ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Unruhe bei den GRÜNEN)

– Das ist bezeichnend. Es gibt das Sprichwort von den getroffenen Hunden, die bellen usw.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Wo ist denn Bayerns Wirtschaftsminister?)

Hubert Aiwanger ist der Garant dafür,

(Florian von Brunn (SPD): Für was?)

dass Bayern wirtschaftlich an der Spitze in Deutschland steht und dort auch bleiben wird.

(Unruhe bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

– Kollege Becher, die Wunden zu lecken tut weh, aber ich kann Sie beruhigen: Sie müssen nur noch eineinhalb Jahre Wunden lecken, dann dürfen Sie sich in der Opposition erholen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian von Brunn (SPD): Ist das der lustige Teil Ihrer Rede?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vergleichen wir doch einmal: Ampel-Sozialismus in Berlin, Bürgergeld, Kindergrundsicherung, Grunderbe 60.000 Euro – von den Jusos beschlossen.

(Anna Rasehorn (SPD): Ja, ich war dabei!)

Wann kommt es in Berlin? – Ich hoffe, dass die Regierungszeit nicht mehr allzu lange ist, damit uns wenigstens das erspart wird. Bis zu 90 % Erbschaftsteuer! – Das ist die Ideologie dieser Bundesregierung.

(Florian von Brunn (SPD): Gerechtigkeit und faire Verteilung – das ist unsere Ideologie, und dazu stehen wir auch!)

– Das nennt ein von Brunn auch noch Gerechtigkeit. Man sieht da aber wenigstens die unterschiedlichen Akzente. Wir sagen: Gerecht ist, wenn der etwas davon hat, der etwas leistet, und nicht derjenige, der subventioniert wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian von Brunn (SPD): Die Reichen und die Steuerhinterzieher!)

– Was für ein respektloser Zwischenruf! Diejenigen mit hohem Einkommen

(Florian von Brunn (SPD): Und die Polizistin und die Kindergärtnerin und die Lehrerinnen und Lehrer – das sind doch die Leistungsträger!)

tragen diesen Staat mit ihrem Steuergeld. Sie haben genauso Respekt verdient wie jeder andere, der ehrlich arbeitet und Steuern zahlt. Das erwarte ich auch von einem Sozialdemokraten, selbst wenn er, wie Sie, ideologiegetrieben ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir brauchen keine ideologiegetriebenen Prestigeprojekte in der Hoffnung, dass das Geld schon irgendwo herkommen wird, um die schönen Projekte zu finanzieren. Wir brauchen eine ehrliche, saubere Wirtschaftspolitik, die wir hier in Bayern machen. Sie hat die Leistungsträger im Auge, hat die Industrie im Auge, hat die fleißigen Menschen im Auge. Daraus wird etwas!

Wer sich nur auf Bürgergeld, Kindergrundsicherung und 60.000 Euro Grunderbe kapriert, wird wirtschaftspolitisch keinen Erfolg haben.

(Florian von Brunn (SPD): Einfach nur Quatsch, was Sie sagen! – Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt zur Vorrednerin. Ich muss schon sagen: Man kann Ihnen nicht länger durchgehen lassen kann, dass ausgerechnet Sie sich hinstellen und die Flüchtlingspolitik geißeln. Wer ist denn schuld daran? Wer hat denn die Hauptverantwortung dafür, dass wir eine Million Ukrainer haben? – Ihr Freund Wladimir Putin! Und kein anderer!

(Unruhe und Lachen bei der AfD – Zuruf der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner (AfD))

– Frau Ebner-Steiner, machen wir mal weiter: Wir haben viele Syrer im Land. Wer ist der größte Unterstützer von Schlächter Assad in Syrien? – Wladimir Putin! Wer ist der Freund vom Iran? – Wladimir Putin, Ihr Freund Wladimir Putin, Frau Ebner-Steiner! Das muss auch einmal gesagt werden.

(Katrin Ebner-Steiner (AfD): So ein Schmarrn!)

Ich sage es jetzt in aller Deutlichkeit: Die Allianz von AfD und BSW ist nicht die Alternative, sondern der Untergang für Deutschland.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Unsere Wirtschafts- und Finanzpolitik baut auf soliden Grundlagen auf. Wir haben eine Hightech Agenda in Höhe von 5,5 Milliarden Euro – mehr als alle anderen Bundesländer in Deutschland. Wir investieren in die Zukunft. Zukunft heißt: Bildung, Wissenschaft, Wirtschaft.

Hier sitzt die Kultusministerin. Die Kultusministerin und ihr Vorgänger Michael Piazzolo sind im Kabinett durchsetzungsstark.

(Lachen des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

– Da lachen Sie, Kollege Schuberl. Schauen Sie doch mal, wie viele zusätzliche Lehrerstellen hier geschaffen werden. Davon träumt Theresa Schopper in Baden-Württemberg jede Nacht. Aber sie schläft schlecht, sie wacht dreimal auf und denkt, wäre ich doch in Bayern geblieben, in Baden-Württemberg muss ich mich bloß ärgern, weil ich die Stellen nicht bekomme.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Heiterkeit bei den GRÜNEN und der SPD)

Anna Stolz, in schweren Zeiten setzen wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner A 13 für Grund- und Mittelschullehrer durch. Das ist ein Signal an Menschen, die viel leisten. Wir belohnen Leistung. Wir investieren nicht in Nichtleistung, wir belohnen Leistung. Vielen Dank, Anna Stolz, für dein Engagement für die Lehrerinnen und Lehrer in Bayern!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Bravo!)

Wir sind gegen das Aus des Verbrennungsmotors. Wir führen keinen ideologiegetriebenen Kampf gegen die Automobilwirtschaft. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, die Automobilindustrie ist der tragende Grundpfeiler unserer bayerischen Wirtschaft.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Der Kollege von Brunn spricht dankenswerterweise davon, dass der Bund in Bayern Autos bestellt.

(Florian von Brunn (SPD): Sie haben mir nicht zugehört!)

Der Bund macht das nicht, weil er den Freistaat Bayern so sympathisch findet, sondern selbstverständlich wird nach Ausschreibungsrichtlinien vergeben. Warum sind die Bayern vorne? – Weil sie die besten Produkte anbieten und mit ihnen die Ausschrei-

bungen gewinnen. Umso schlimmer ist es, dass Sie mit ideologiegetriebener Politik – Stichwort: Verbrenner-Aus – den bayerischen Automobilstandorten die wirtschaftliche Grundlage entziehen wollen.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist doch totaler Quatsch, was Sie da sagen!)

Das lassen wir nicht zu.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Ich setze auf die neue Bundesregierung und hoffe, dass vom Bund kein Gegenwind, sondern Unterstützung kommt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE) – Florian von Brunn (SPD): Können Sie nicht mal jemanden mit Sachverstand reden lassen?)

– Herr Kollege von Brunn, Sie dürfen nach mir reden. Ich werde mich dann zurückhalten, über Ihren ökonomischen Sachverstand eine Meinung abzugeben.

(Florian von Brunn (SPD): Sie können ihn doch gar nicht beurteilen!)

Der Wähler hat Ihnen bei der letzten Landtagswahl gezeigt, was er von Ihrem "ökonomischen Sachverstand" hält, und Sie mit einem Rekordergebnis "belohnt". Das sollte für Sie doch eigentlich ein Anlass sein, mal darüber nachzudenken: Wenn man auf der Autobahn fährt und einem sämtliche Autos entgegenkommen, ist man vielleicht nicht auf der richtigen Spur unterwegs, lieber Kollege von Brunn.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Wir setzen auf die Hightech Agenda. Wir setzen auf die Automobilindustrie. Wir setzen auf die Industrie der Zukunft. Wir setzen auch auf unsere heimische Landwirtschaft.

Ich möchte Ihnen auch einmal sagen: Die Ernährung der Bevölkerung ist genauso wichtig wie ein gesundes Klima. Es geht hier um gesunde Lebensgrundlagen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Lieber Herr von Brunn, ich weiß, Sie sind ein Universalgenie. Sie verstehen von der Wirtschaft genauso viel wie von der Landwirtschaft, von der Ökologie, von der Ökonomie. Sie sind ein Universalgenie – fragt sich nur, auf welchem Niveau!

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Landwirtschaft ist eine fundamentale Grundlage unseres Staates, weil die Landwirtschaft unsere Bevölkerung ernährt. Deswegen stehen wir auf der Seite der Landwirtschaft, und zwar nicht nur bei Demonstrationen, sondern auch bei praktischer Politik. Wir werden die Landwirtschaft weiterhin unterstützen; wir werden weiterhin den Kampf gegen Brüssel und Berlin führen, der manchmal sehr hart und schwierig ist, weil speziell in Berlin in den Ministerien Ideologen unterwegs sind, die von Naturschutzverbänden kommen. Sie wechseln direkt von Lobbyverbänden in höchste Positionen in den Ministerien. Das darf nicht sein. Das ist in Bayern anders. Deswegen läuft es in Bayern anders. Wir reden die Wirtschaft stark; die GRÜNEN dagegen reden die Wirtschaft schlecht. Wir machen sinnvolle Gesetze; ihr dagegen bringt Heizungsgesetze ein, die ihr dann Gott sei Dank auf der Zielgerade teilweise noch schreddert.

Wenn von Günstlingswirtschaft und Filz gesprochen wird, muss ich mich an Sie wenden, Frau Ebner-Steiner: Wer steht denn auf den Lohnlisten von Xi Jinping und Putin? Wer hat denn den Staatsanwalt am Hals, weil er im Verdacht steht, vom Ausland – nicht etwa vom befreundeten Ausland – gesponsert zu werden? Manchmal sollten Sie ein wenig überlegen, was Sie sagen, bevor Sie solche Parolen raushauen. Gerade in der jetzigen Phase ist das für Sie wohl besonders schwierig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich abschließend – –

(Martin Böhm (AfD): Gott sei Dank!)

– Also, wenn Sie Gott zitieren, ist das eine Blasphemie größerer Art.

(Zuruf der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner (AfD))

Ich glaube, die Katholische Kirche und auch die Evangelische Kirche haben Ihnen sehr deutlich gesagt, was sie von Ihnen und Ihrer Ideologie halten. Vielleicht sollten Sie sich auf andere Mächte berufen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Böhm (AfD))

Ich möchte den Rest meiner Redezeit dafür nutzen, hier im Haus Dank zu sagen. Ich möchte zunächst einmal demjenigen danken, der den Haushalt eingebracht hat, nämlich dem Finanzminister Albert Füracker. Der Finanzminister hatte gerade in den letzten Jahren keinen einfachen Job. Denken Sie an die Corona-Pandemie, an den Krieg Russlands gegen die Ukraine,

(Zuruf des Abgeordneten Martin Böhm (AfD))

die Katastrophe in Israel und jetzt aktuell auch noch die Flutkatastrophe.

Albert Füracker ist krisenerprobt, krisenresilient. Er hat einen exzellenten Haushalt eingebracht, den wir, die Regierungsfractionen, mit der Staatsregierung im Vorfeld intensiv beraten und diskutiert haben. Wir haben das in den Ausschussberatungen, lieber Ausschussvorsitzender Josef Zellmeier, sehr gut hinbekommen, dank deiner hervorragenden Motivation, dank deiner Sachkunde und dank deiner Autorität. Wir haben in den Ausschussberatungen ein wirklich gutes Beratungsklima gehabt. Das sage ich an dieser Stelle allen Mitgliedern des Haushaltsausschusses ungeachtet ihrer Fraktionszugehörigkeit. Ich danke allen, die an diesem Haushalt mitgewirkt haben. Er ist gut geworden und verdient unsere Zustimmung. Jetzt stimmen wir über den Haushalt des Ministerpräsidenten ab. Ich empfehle, zuzustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege, es gibt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung. Ihre Redezeit wird durch die Zwischenbemerkung des Kollegen Florian Köhler von der AfD-Fraktion verlängert.

**Florian Köhler (AfD):** Herr Kollege, Sie haben gerade behauptet, dass – ich zitiere – "unser Freund Putin" für die Millionen Flüchtlinge in Bayern verantwortlich sei. Ich weise zurück, dass Putin unser "Freund" sei. Sie sind unverschämt! Ich gestehe Ihnen das zu.

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Ich möchte aber von Ihnen wissen: Was glauben Sie, woher die Messermänner kommen, die am vergangenen Freitag Michael Stürzenberger angegriffen und einen Polizisten getötet haben, die unsere Innenstädte unsicherer gemacht haben? Liegt das vielleicht an Islamisten aus dem Nahen oder Mittleren Osten oder der Afghanisierung der Innenstädte? Oder liegt das an Putin? Erklären Sie es mir!

**Präsidentin Ilse Aigner:** Bitte schön, Herr Kollege Pohl.

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Herr Kollege, erstens einmal in aller Deutlichkeit: Es ist völlig egal, woher ein Täter kommt und woher ein Opfer kommt, ob es "Stürzenberger" oder anders heißt. Jeder, der Gewalt erfährt, ist ein Opfer. Es macht überhaupt keinen Unterschied, ob mir dieser Mensch passt oder nicht. Genauso verhält es sich mit den Tätern. Wir müssen konsequent gegen Gewalttaten – –

(Florian Köhler (AfD): Das war ein abgelehnter Asylbewerber!)

– Hören Sie doch zu! – Wir müssen konsequent gegen Gewalttaten vorgehen und selbstverständlich auch mit den Mitteln des Ausländerrechts härtestmöglich reagieren. Das ist das eine.

(Florian Köhler (AfD): Dann machen Sie das doch!)

Das andere ist: Sie haben gefragt, warum ich Sie als "Freund Putins" bezeichnet habe.

(Zuruf des Abgeordneten Florian Köhler (AfD))

– Hören Sie doch zu! – Ich habe lediglich Ihren Kollegen Oskar Atzinger zitiert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Die nächste Rednerin ist die Kollegin Katharina Schulze für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Katharina Schulze (GRÜNE):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss schon sagen, ich fand einige Redebeiträge zum Teil sehr verstörend, vor allem wenn man bedenkt, dass außerhalb des Bayerischen Landtags in weiten Teilen Bayerns Zehntausende Menschen gegen die Hochwasserkatastrophe kämpfen.

Vielleicht muss ich das hier einmal deutlich sagen: Die Lage in Bayern ist weiterhin ernst, teilweise massiv dramatisch. Ganz viele Landkreise haben noch den Katastrophenfall ausgerufen. Menschen bangen um ihr Hab und Gut, wurden evakuiert, sitzen in Turnhallen oder bei Freundinnen und Freunden, wissen nicht, wie es weitergeht und was noch alles kommt. Mir persönlich bricht es das Herz, wenn ich daran denke, dass sechs Menschen noch vermisst werden und drei in den Fluten ertrunken sind. Das finde ich einfach nur schrecklich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich wünsche allen Betroffenen viel Kraft – ich denke, genauso wie meine Fraktion und wie Sie alle wahrscheinlich, – auch den Angehörigen und Freunden der Toten. Wie es im Leben oft so ist, ist eine gewisse Gleichzeitigkeit da: Auf der einen Seite läuft es mir kalt den Rücken herunter, wenn ich die Bilder sehe und die Videos anschau; und auf der anderen Seite spüre ich diese unglaubliche Hilfsbereitschaft in der Gesellschaft. Ich sehe die Menschen über sich hinauswachsen. Ich war zum Beispiel am Sonntag

bei der Einsatzzentrale in der Messe in Augsburg und war erneut beeindruckt, wie die verschiedenen Hilfsorganisationen, die Blaulichtorganisationen – THW, Freiwillige Feuerwehr, Wasserwacht, Bergwacht, DLRG, Polizei –, Bundeswehr und die Verwaltung seit Tagen mit wenig Schlaf zusammenarbeiten, um zu helfen und zu unterstützen. Die haben ein riesengroßes Dankeschön von uns verdient.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Lieber Herr Holetschek, wir bekommen auch Unterstützung aus anderen Bundesländern: Boote, Fahrzeuge, Men and Women Power. Deswegen fand ich es unpassend, in dem Moment über andere Bundesländer herzuziehen. Wir brauchen Solidarität in unserem Land.

(Klaus Holetschek (CSU): Wir machen das ja!)

Die macht uns stark, gerade in Krisenzeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber es wird nicht nur bei den Ehren- und den Hauptamtlichen im Rettungsbereich angepackt, sondern auch die Solidarität in der Bevölkerung ist mit den Händen zu greifen. Da gibt es Familien, Freunde, Ehrenamtliche, Freiwillige, die zusammenkommen, die Semmeln schmieren, die Kaffee kochen für die Rettungskräfte, die mit Eimern die Keller ausschippen, die Sandsäcke auffüllen. So schlimm, wie das alles ist: Das gibt, finde ich, Kraft und macht mich stolz auf unser Bayern.

Daran sieht man schon, dass die Menschen anpacken und das natürlich zu Recht auch von der Politik erwarten. Für mich müssen jetzt zwei Dinge erfolgen: Erstens braucht es eine Soforthilfe für die Betroffenen und zweitens endlich eine Vorsorge für die Zukunft. Gestern haben wir als grüne Fraktion ein Sonderhilfeprogramm von mindestens 100 Millionen Euro für die Betroffenen gefordert. Vorhin, nach dem Kabinett, hat die Söder-Regierung das verkündet. Das finden wir gut, und das begrüßen wir.

Jetzt ist es wichtig, dass diese Hilfe schnell und unbürokratisch bei den Menschen ankommt. Sie können sich sicher sein: Wir werden Sie dort eng begleiten.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Unterstützen wäre besser!)

Jetzt muss natürlich erst mal die Akutlage in den Griff gebracht werden. Gleichzeitig, finde ich, müssen wir, schon allein aus Respekt vor den Betroffenen, darüber sprechen, wie es dazu kommen konnte und was die Ursache ist; denn wir leben heute in einem Jahrhundert der Hochwasser. Ein Jahrhunderthochwasser jagt das nächste, und zwar im Abstand von wenigen Jahren.

Machen wir uns nichts vor: Das wird so weitergehen. Das nennt man Klimakrise. Und ich frage mich erneut: Wie viele dieser Jahrhunderthochwasser, wie viele dieser Hitzesommer braucht es noch, bis alle verstanden haben und danach handeln, dass Klimaschutz- und Klimafolgenanpassung weniger kostet als die vielen Schäden durch das Weiter-Nichtstun? Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage ganz deutlich: Die sich häufenden Extremwetterereignisse bedrohen Wohlstand, Eigentum und Freiheit. Klimaschutz ist teuer, aber kein Klimaschutz ist noch teurer und kostet am Ende Menschenleben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen ist es wichtig, dass wir konsequenten Klimaschutz betreiben und eben auch den Fokus auf Klimaanpassung legen. Dazu zählt auch der Hochwasserschutz.

Wenn wir uns jetzt mal die Lage im Freistaat Bayern anschauen, kann man diese wie folgt zusammenfassen: Beim Hochwasserschutz gibt es zu wenig Geld, zu wenig Personal und zu wenig Wasserrückhalt in der Fläche.

(Zuruf: Wie ist das in Baden-Württemberg?)

Wegen der Engpässe im Haushalt haben Sie wichtige Hochwasserschutzprojekte gestoppt; von den neun geplanten Flutpoldern sind acht noch nicht mal im Bau, und

Deichverstärkungen wurden nicht umgesetzt. Und dann, Herr Holetschek, stellen Sie sich hierhin und sagen: Na ja, Moment mal, wir haben beim Hochwasserschutz nicht gekürzt. – Sie erwähnen aber nicht, dass es eigentlich eine kalte Sparmaßnahme ist: Die Ansätze für einen Hochwasserschutz dieses Aktionsprogramms sind von 2016 bis 2025 um 26 % gestiegen, aber die Baupreise – das Geld, das es kostet, um diese Maßnahmen alle in die Tat umzusetzen – sind um circa 40 % gestiegen. Wenn Sie es also mit Vorsorge und Hochwasserschutz ernst gemeint hätten und ernst meinen würden, müssten Sie wenigstens die steigenden Kosten ausgleichen, damit die Projekte, die geplant und angedacht worden sind, auch umgesetzt werden können. Das haben Sie leider nicht gemacht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich glaube, an diesem Beispiel sieht man sehr gut, dass Sie als Regierung aus FREIEN WÄHLERN und CSU alles, was Vorsorge oder präventives Handeln betrifft, als nicht so wichtig erachten. Wahrscheinlich liegt es auch an dem Ministerpräsidenten, der weiß, dass man für eine Vorsorge weniger Schlagzeilen bekommt, und das stört ihn dann bekanntermaßen. Ich bin davon überzeugt, dass die Menschen in Bayern eine Regierung verdient haben, die die wichtigen Themen anpackt, die genau antizipiert, welche Herausforderungen auf unser Land zukommen, und das dann auch im Haushalt abbildet. Dafür ist nämlich dieses Steuergeld da, um Politik zu lenken, damit Bürgerinnen und Bürger, damit wir alle hier weiter gut leben können und für die Zukunft gerüstet sind.

Schauen wir uns den Hochwasserschutz an: Das ist eine kontinuierliche Aufgabe. Das lässt sich nicht mit einem Mal lösen, sondern erfordert regelmäßige Investitionen. Das ist anstrengend, aufwendig, und das muss gemacht werden. Ich verspreche Ihnen hiermit schon mal gleich von meiner Fraktion: Wir werden Sie auch in vier Wochen, in acht Wochen, in einem halben Jahr erneut daran erinnern, damit der Hochwasserschutz nicht in Vergessenheit gerät, nachdem die schreckliche Flutkatastrophe da war, sondern dass dort endlich ordentlich angepackt und mehr getan wird.

(Beifall bei den GRÜNEN – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Dann können Sie ja beim Bund anfangen!)

Und weil der Herr Kollege Pohl den Verbrenner wieder in die Höhen der Lüfte gelobt hat,

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Der fährt auf der Erde!)

möchte ich Ihnen mal eine Sache ganz klar sagen: Unsere Freiheit ist bedroht von extremem Regen,

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Und von den GRÜNEN!)

von Stürmen

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Und von den GRÜNEN!)

und von Hochwasser.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Und von den GRÜNEN!)

Unsere Freiheit ist nicht bedroht vom Tempolimit, vom Verbrenner-Aus oder vom Gendersternchen. Das müssen Sie endlich mal verstehen. Wir wollen die Klimakrise ernsthaft bekämpfen. Diese Ablenkungsmanöver von Ihnen sind schäbig, nicht nur der jetzigen Generation, sondern

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sie sind doch die Verbotspartei, Frau Schulze!)

vor allem den nachfolgenden Generationen gegenüber.

(Beifall bei den GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Stehen Sie doch dazu!)

Was muss jetzt also gemacht werden? – Wir müssen den technischen und den ökologischen Hochwasserschutz endlich verbinden; denn eine Sache muss uns doch auch

klar sein: Nur mit technischem Hochwasserschutz werden wir die Probleme nicht in den Griff bekommen. Schauen wir uns das jetzige Hochwasser an, vor allem in Schwaben: Da waren es kleine Bäche, die auf einmal zu reißenden Flutmassen wurden. Das heißt: Wir müssen in die Renaturierung von Mooren, Flüssen, Seen und Au-  
enlandschaften investieren. Wir müssen entsiegeln, und wir müssen den Flächenfraß eingrenzen, damit das Wasser, wenn es durch Starkregen in Massen kommt, Orte hat, wo es versickern und abfließen kann. Das ist die große Aufgabe: technischen und ökologischen Hochwasserschutz zu verbinden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da wir gerade den Haushalt debattieren, möchte ich Sie noch mal darauf hinweisen: Wir als grüne Landtagsfraktion haben unzählige Anträge, auch Änderungsanträge, in diesem Haushalt zu diesem Thema gestellt: Klimaanpassung, Wassercent, Hochwasserschutz, zum Beispiel in der südlichen Oberpfalz, wassersensible Entwicklung. All diese Dinge können Sie bei diesem Haushalt noch in Ihren Haushaltsplan integrieren, wenn Sie unseren Anträgen zustimmen.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander Flierl (CSU))

Im Haushaltsausschuss haben Sie sie abgelehnt. Sie haben jetzt bis Donnerstag noch mal die Möglichkeit, Ihren Fehler zu korrigieren und in den ökologischen Hochwasserschutz zu investieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen die Menschen natürlich bei der Vorsorge unterstützen. Wir sind der Meinung, dass ein Förderprogramm "Hochwasserschutz" für Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer sowie für Mieterinnen und Mieter in Überschwemmungsgebieten aufgelegt werden muss, über das sie sehr leicht und unbürokratisch eine Förderung bekommen, wenn sie zum Beispiel bauliche Maßnahmen in ihrem Keller oder in ihrer Tiefga-

rage vornehmen wollen, damit beim nächsten Hochwasser – und das wird kommen – nicht ihre Existenz bedroht wird.

Einen Punkt habe ich bei den vorherigen Redebeiträgen wohlwollend aufgenommen: Herr Kollege Pohl meinte, wir könnten bei diesem Thema überfraktionell zusammenarbeiten. Ich möchte dazu für die GRÜNEN ganz klar sagen: Die Landtagsfraktion der GRÜNEN hat seit Jahren unzählige Vorschläge zum Hochwasserschutz gemacht, sei er ökologischer oder technischer Art. In der nächsten Sitzung des Umweltausschusses wird ein Maßnahmenpaket von uns zum ökologischen Hochwasserschutz beraten, das wir im April erstellt haben. Wir sind gerne bereit, mit Ihnen bei diesem Thema zusammenzuarbeiten, weil es für die Menschen in Bayern, für den Schutz des Eigentums und für die Freiheit aller Menschen wichtig ist, konsequent voranzugehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sprechen über Starkwetterereignisse und über die Klimakrise. In diesem Zusammenhang müssen wir auch den Katastrophenschutz stärken. Herr Holetschek, Sie standen vorhin hier und haben eine Stärkung des Katastrophenschutzes angekündigt.

(Klaus Holetschek (CSU): Das tun wir! Das haben wir schon im letzten Jahr getan!)

Ich muss Ihnen sagen: Das halte ich für billiges Getöse; denn unsere Änderungsanträge für höhere finanzielle Mittel zur Sanierung von Feuerwehrhäusern oder für die psychosoziale Versorgung von Helferinnen und Helfern haben Sie abgelehnt.

(Klaus Holetschek (CSU): Wir tun das! Da brauchen wir keine Änderungsanträge von euch! Frau Schulze, werden Sie Ihrer Verantwortung im Bund gerecht! Lenken Sie nicht von den eigentlichen Themen ab!)

Wenn Sie den Katastrophenschutz stärken wollen, dann gilt es, sowohl in die Ausstattung als auch in das Personal zu investieren. Ich bitte Sie deshalb, unseren Änderungsanträgen zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe jetzt viel über das Thema Klimaschutz gesprochen, weil es für die Zukunft in diesem Land zentral und entscheidend ist. Dieses Thema sollte im Haushalt stärker abgebildet werden. Sieht man sich Ihren Haushalt an, kann man klar feststellen: Von Vorsorge und dem Anpacken der Zukunft haben Sie keine Ahnung. Ihr Haushalt ist ambitionslos; damit werden entscheidende Themen nicht angepackt.

(Beifall bei den GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Aber wenigstens ist unser Haushalt durchgerechnet; eurer nicht!)

– Auf diesen Einwand von Herrn Pohl habe ich nur gewartet. Das ist nämlich ein billiges Vorgehen der Regierung zu sagen: Die Opposition fordert einfach, was sie will. Ich will Ihnen sagen, dass die Landtagsfraktion der GRÜNEN ihre Hausaufgaben gemacht hat. Unsere Änderungsanträge und unser Haushalt sind durchfinanziert und gegenfinanziert.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sie haben nicht zugehört! Ich habe vom Haushalt des Bundes gesprochen!)

Wir haben konkrete Änderungsvorschläge für Einsparungen und Ausgaben, die wir für sinnvoll erachten, gemacht.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Renaturierung von Staatsstraßen!)

Wir haben immer auf die Planbarkeit geachtet; denn wir haben nur noch 1,5 Jahre bis zum Ende des Doppelhaushalts. Darum gibt es mit uns GRÜNEN eine seriöse Haushaltspolitik. Das ist eindeutig und klar.

(Beifall bei den GRÜNEN – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Fangen wir mal in Berlin an!)

Ich nenne Ihnen noch ein anderes Beispiel dafür, dass dieser Haushalt nicht zukunftsgerichtet ist, nämlich das Thema Bildungspolitik, von der frühkindlichen Bildung bis zu

den Großen. Ich glaube, verbal sind wir uns alle einig: Kinder sind unsere Zukunft. Das wird am Weltkindertag immer wieder gesagt. Schauen wir aber in diesen Haushalt, sehen wir, dass es bei der Kitafinanzierung an Geld fehlt. Deshalb haben wir auch einen entsprechenden Änderungsantrag gestellt. Viele Träger haben mit den steigenden Energiepreisen zu kämpfen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Bei der Bildung oder bei der Kita?)

– Bei den Kitas. Die Kitas gehören zur frühkindlichen Bildung, falls Sie das noch nicht verstanden haben. Die Bildungspolitik beginnt bei den Kleinsten und reicht bis in die Schule. Herr Pohl, lebenslanges Lernen gilt für alle.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Hier gibt es aber unterschiedliche Zuständigkeiten bei den Kommunen und beim Land!)

Der Freistaat Bayern sollte den Basiswert für die Kitaträger erhöhen, damit sie ihre Aufgaben gut meistern können. Das können wir als Freistaat Bayern tun, wenn uns das wichtig ist. Wir GRÜNE sagen, wir wollen in die Qualität der Kinderbetreuung investieren. Darum haben wir auch hierfür einen entsprechenden Änderungsantrag eingebracht; denn wir sind der Meinung, dass bei den Jüngsten nicht gespart werden sollte.

(Beifall bei den GRÜNEN – Staatsminister Albert Füracker: Das tun wir auch nicht!)

Wir haben jetzt noch drei Tage Zeit, die Einzelpläne durchzugehen. Unsere Änderungsanträge werden dann von meinen Kolleginnen und Kollegen im Detail vorgestellt. Ich bin der Meinung, dass es in Zeiten multipler Krisen und dieses schlimmen Hochwassers die Aufgabe eines verantwortungsvollen Parlaments und einer verantwortungsvollen Regierung ist, die Zukunftsfragen unserer Zeit anzupacken.

(Klaus Holetschek (CSU): Das tun wir!)

Das bedeutet, auch einmal in etwas zu investieren, das keine tollen, schnellen Schlagzeilen bringt, und wo man nicht gleich ein rotes Bändchen durchschneiden kann. Es geht nämlich um sinnvolle Zukunftsinvestitionen für die Bürgerinnen und Bürger und die nachfolgenden Generationen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Hightech Agenda!)

Mit unseren Vorschlägen zum Doppelhaushalt haben wir genau das gemacht. Unsere Vorschläge sind gegenfinanziert, planbar und zukunftsgerichtet. Ich freue mich jetzt auf die Debatte und würde mich noch mehr freuen, wenn Sie wenigstens zu unseren Anträgen zum Hochwasser Ihre Meinung ändern und diesen Anträgen zustimmen würden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank, Frau Kollegin. Mir liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. – Zunächst erteile ich Herrn Prof. Dr. Hahn von der AfD-Fraktion das Wort.

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Werte Frau Kollegin Schulze von den GRÜNEN, wenn Sie von Ökologie sprechen, dann sehe ich immer große Dollarzeichen in Ihren Augen. Sie missbrauchen diese Haushaltsdebatte wieder ganz klar für Ihre Klimaideologie. Wie verrückt diese Klimaideologie ist, sehen wir daran, dass Sie vor zwei Jahren noch von Überhitzung gesprochen haben. Mit der Überhitzung ist es nichts. Wir haben ganz normale Temperaturen.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Vor einem Jahr haben Sie noch von Trockenheit und großen Dürreperioden geredet. Die Dürreperioden sind nicht gekommen. Im Gegenteil, wir haben zu viele Niederschläge. Wir hatten auch im letzten Jahr sehr viele Niederschläge. Jetzt gibt es Überschwemmungen. Das ist ein ganz normales hundertjährliches Hochwasser. Das kommt alle 100 Jahre einmal vor; aber Sie sprechen schon wieder vom Klima.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Fakt ist: Sie wollen über diese Klimaabgaben einfach nur Geld einnehmen. Das haben Sie gerade wieder mit dem Wassercent bewiesen. Sie wollen die Leute abkassieren, um Millionen Menschen, die Ihre Ampel ins Land geholt hat, versorgen zu können. So sieht es aus.

(Beifall bei der AfD)

**Katharina Schulze (GRÜNE):** Die Klimakrise bekämpfen wir nicht durch das Leugnen des menschengemachten Klimawandels, sondern dadurch, dass wir konsequent handeln. Zur Klimakrise gehört, dass es künftig mehr und häufigere Starkwetterereignisse geben wird und schon gibt. Deswegen ist es die Aufgabe der Politik, das Eigentum und die Freiheit der Bürgerinnen und Bürgern zu schützen. Ich weiß, dass die AfD-Fraktion davon überhaupt nichts hält, weil sie nicht einmal die Grundzüge der Klimapolitik verstanden hat. Das ist bitter und hart; denn der menschengemachte Klimawandel ist Fakt. Egal, wie oft Sie das Gegenteil behaupten; es wird dadurch nicht wahrer. Listen to the science, das gilt auch für Sie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Für eine weitere Zwischenbemerkung erteile ich Frau Kollegin Schorer-Dremel das Wort.

**Tanja Schorer-Dremel (CSU):** Werte Frau Kollegin, Sie werfen in Ihrer Rede der Bayerischen Staatsregierung vor, nicht genügend getan zu haben. Wir haben in den vergangenen 23 Jahren über 4 Milliarden Euro investiert. Das bedeutet, dass jetzt über 600.000 Menschen geschützt werden konnten. Wir werden im Nachhinein die eine oder andere Maßnahme noch einmal auf den Prüfstand stellen, um zu sehen, welche Maßnahmen tatsächlich geholfen haben.

Eines halte ich jedoch für viel entscheidender: Sie haben von Vorsorge und präventivem Handeln gesprochen. Der Bund kündigt immer nur an, Bayern setzt jedoch Strate-

gien um. Da stellt sich mir eine Frage: Warum haben die GRÜNEN im letzten Bundeshaushalt 2023 die Mittel für den Bevölkerungsschutz, die Mittel für das THW, das jetzt unverzichtbar war, um 189 Millionen Euro gekürzt? Warum wurden diese Mittel so drastisch gekürzt, wenn doch der Bevölkerungsschutz so unendlich wichtig ist? Warum passt Ihre Rede in Bayern nicht zum Handeln im Bund?

(Beifall bei der CSU)

**Katharina Schulze (GRÜNE):** Zwei Sätze dazu: Erstens. Man sollte nicht nur die letzten Jahre ansehen. Gewisse Hochwasserschutzprojekte, die eigentlich schon geplant waren, wurden gestoppt. Von den geplanten Poldern wurden noch nicht einmal alle gebaut, und wir sehen, dass Geld

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Bis 2035!)

für diese Hochwasserschutzmaßnahmen fehlt. Dafür tragen Sie nun einmal die Verantwortung, weil Sie die Bayerische Staatsregierung stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann ist es auch unsere Aufgabe als Opposition, dies klar zu benennen und einzufordern. Sie hatten hier einen Streit zwischen FREIEN WÄHLERN und CSU bezüglich der Flutpolder. Dann ging es hin und her.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie haben die Frage schon gehört?)

– Ich komme schon noch dazu!

(Michael Hofmann (CSU): So viel Zeit haben Sie nicht!)

Wertvolle Zeit wurde dadurch verloren. Das rächt sich jetzt. Das muss man ansprechen, und daran müssen wir arbeiten, damit es besser wird.

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Zweitens. Beim Bevölkerungsschutz müssen wir mehr investieren. Deswegen haben wir hier in Bayern, wo wir als grüne Landtagsfraktion zuständig sind, auch schon unzählige Änderungsanträge dazu gestellt.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Der Bund ist zuständig!)

Ich werde mich auch weiterhin im Bund für eine Stärkung des THW einsetzen.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Für Feuerwehr, Wasserwacht, DLRG und Co. –

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Frau Kollegin, Ihre Redezeit!

**Katharina Schulze (GRÜNE):** – sind wir aber hier auch in Bayern selbst zuständig.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Nächster Redner ist Herr Fraktionsvorsitzender von Brunn.

**Florian von Brunn (SPD):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Damen und Herren! Ich möchte mich angesichts des Hochwassers zuerst an die vielen Rettungskräfte und Helfenden wenden: Sie haben in dieser gefährlichen Situation Großartiges geleistet! Sie tun das auch weiterhin, und ich finde, das hat unseren Dank und höchsten Respekt verdient.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CSU und der GRÜNEN)

Die Rettungskräfte riskieren bei den Einsätzen ihr eigenes Leben. Wir haben es gerade gemerkt. Wir trauern mit der Feuerwehr um den Kollegen, der sein Leben verloren hat. Wir halten die Daumen für den, der vermisst ist, und sprechen den betroffenen Familien, Freunden sowie Kolleginnen und Kollegen unser herzliches Beileid aus. Unser tiefes Mitgefühl gilt auch den weiteren Todesopfern, die das Hochwasser gefordert hat. Wir drücken jenen die Daumen, deren Angehörige vermisst sind. Ich bedanke

mich ausdrücklich bei Herrn Innenminister Herrmann, der heute nicht hier ist, und bei den vielen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, Landrätinnen und Landräten, die den Katastrophenschutz vor Ort organisieren. Vielen Dank für Ihre gute Arbeit!

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Es ist gut, dass wir unsere Rettungskräfte in Bayern stark unterstützen – das sage ich ausdrücklich – und dass wir dies über die Parteigrenzen hinweg tun. Gerade in diesem Unglück wird auch wieder deutlich, wie unglaublich wichtig unsere Ehrenamtlichen in Bayern sind.

Auch ist es sehr gut, dass wir jetzt den nächsten Schritt gehen und schnelle und unbürokratische Hilfe für die Betroffenen, die Menschen, die Wirtschaft, die Landwirte sowie die betroffenen Städte und Gemeinden leisten. Mich freut es ausdrücklich, dass das Kabinett heute auch unsere Initiative aufgegriffen hat. Als SPD sind wir hier für alle guten Vorschläge offen. Auch ist es gut und wichtig, dass Bundeskanzler Olaf Scholz bei seinem Besuch im Landkreis Pfaffenhofen Hilfe und Geld des Bundes zugesagt hat.

(Beifall bei der SPD)

Was sind die politischen Schlussfolgerungen aus dem Hochwasser? – Wir wissen alle – zumindest der rationale Teil dieses Parlaments –, dass die Klimaerhitzung Realität ist. Wir wissen, dass diese Klimaerhitzung von uns Menschen verursacht ist. Also müssen wir auch etwas dagegen unternehmen. Wir müssen handeln in unserem eigenen Interesse, aber vor allem im Interesse unserer Kinder; denn sie haben auch noch eine lebenswerte Welt verdient, eine Welt, die nicht von Katastrophen geprägt ist.

(Beifall bei der SPD)

Das heißt für mich und für uns als SPD: Wir brauchen ambitionierten Klimaschutz und Anpassung an die Klimaerhitzung, zum Beispiel durch Hochwasserschutz. Wir müssen den Hochwasserschutz in Bayern weiter vorantreiben, natürlichen Hochwasser-

schutz wie Entsiegelung und Wiederbelebung von Mooren und Auen, aber auch technischen Hochwasserschutz wie Flutpolder. Hochwasserschutz ist eine Überlebensfrage. Dabei geht es um Leib und Leben und um das, was Menschen in ihrem Leben aufgebaut haben. Die Politik muss beim Hochwasserschutz einen klaren Kurs fahren. Sie darf sich nicht zum Erfüllungsgehilfen von Woanders-gerne-aber-bei-mir-nicht-Bürgern machen. Hochwasserschutz ist keine Spielwiese für Populismus und für Anbiederung!

(Beifall bei der SPD)

Damit spreche ich Herrn Aiwanger, der heute leider nicht hier ist, direkt an. Wissen Sie, was ich schäbig finde? – Wenn man wie Herr Aiwanger Flutpolder in Bayern bekämpft und um ganze drei Jahre verzögert hat und dann davon ablenken will und dem Naturschutz Vorwürfe macht, so wie er dies am Samstag getan hat. Herr Aiwanger, kehren Sie ein einziges Mal vor der eigenen Tür. Einmal Verantwortung und Anstand statt Stammtischsprüche!

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Einmal Sachverstand hier an diesem Rednerpult, Herr von Brunn!)

Das sollte man von jemandem erwarten können, der ein solches Amt innehat.

(Beifall bei der SPD)

Menschen vor Hochwasser schützen, das Klima schützen im Interesse unserer Kinder, das passt nicht mit Populismus zusammen! Wir haben als SPD das Gespräch mit betroffenen Bürgern geführt. Ich selbst habe in den letzten Jahren etliche solcher schwierigen Gespräche gehabt, und dabei habe ich bei allem Verständnis immer klar und deutlich gesagt: Wir brauchen Flutpolder, weil es um den Schutz von Menschenleben geht. Ja, wir brauchen Flutpolder! Das muss man klar und deutlich sagen.

Sehr geehrte Damen und Herren, dieses Hochwasser zeigt doch wieder nur eines: Es muss schneller gehen! Wir müssen den Hochwasserschutz viel schneller ausbauen.

Die Klimaerhitzung lässt uns nicht Jahre und Jahrzehnte Zeit. Lassen Sie uns jetzt gemeinsam den Ausbau des Hochwasserschutzes in Bayern beschleunigen. Lassen wir diese wichtige Aufgabe nicht durch Populisten und Wutbürger verzögern, sondern lassen Sie uns das jetzt gemeinsam anpacken, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der SPD)

Dabei haben Sie unsere volle Unterstützung als SPD. Wir haben eine klare Position im Interesse der Menschen. Ich fand es übrigens auch sehr gut, dass Bundeskanzler Olaf Scholz, der Bundeswirtschaftsminister, der Ministerpräsident und Herr Herrmann vor Ort waren. Dies war ein wichtiges Signal der Solidarität an die betroffenen Menschen. Es war ein Zeichen, dass demokratische Politik bei solch schlimmen Ereignissen über die Parteigrenzen hinweg zusammensteht. Dafür, Herr Herrmann, sage ich ausdrücklich herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Das sollten wir auch gemeinsam beim Klimaschutz tun. Wir wollen und müssen in Deutschland und in Bayern in den nächsten Jahren klimaneutral werden, und ich sage Ihnen: Das schaffen wir nur gemeinsam! Das schaffen wir nicht mit ständigen Attacken, mit einem opportunistischen Zickzack-Kurs, mit ständigem Schielen auf Wählerstimmen und populistischen Parolen. Am Samstag mussten wir wieder von Herrn Aiwanger hören, in Deutschland sei der Wurm drin. Wir haben gerade 75 Jahre Grundgesetz gefeiert. Wir sind zu Recht stolz auf die beste Demokratie, die wir Deutschen je hatten, aber Herr Aiwanger sagt, hier sei der Wurm drin. Ich glaube, das Problem ist, dass bei Herrn Aiwanger der Wurm drin ist! Das ist das Problem, das wir haben.

(Beifall bei der SPD)

Er begibt sich mit solchen populistischen Sprüchen auf eine schiefe Ebene. Mit Populismus rutscht man sehr schnell raus aus der politischen Mitte und ganz nach rechts.

Dies betrifft nicht nur ihn, sondern es verändert auch den Ton in der gesamten Gesellschaft. Damit wird es noch schwieriger, Politik mit Verantwortung und gute Politik für die Zukunft zu betreiben.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wie wäre es einmal mit Sachkompetenz, Herr von Brunn?)

– Herr Pohl, zuhören, nachdenken und dann erst sprechen, das würde ich Ihnen empfehlen!

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Es wäre schön, wenn Sie das beherzigen würden!)

Es wird noch schwieriger werden, Politik für die Zukunft zu machen, zum Beispiel für die Zukunft der bayerischen Wirtschaft. Im Moment sehen wir die Folgen falscher Politik.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Genau! Deswegen muss die Ampel weg!)

Bayern kommt beim Ausbau der Windkraft nicht voran, nicht nur wegen bürokratischer Stolpersteine, sondern weil Sie die Menschen regelrecht auf die Bäume getrieben haben! Dabei brauchen wir den Ausbau der Windkraft genauso dringend wie den Ausbau der Stromleitungen. Unsere bayerische Wirtschaft ist darauf angewiesen. Unsere Arbeitsplätze hängen davon ab.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Die Probleme zeigen sich jetzt, Herr Pohl, bei Wacker Chemie im Chemiedreieck. Viele Menschen sind dort gegen den Windpark, obwohl der Wohlstand ihrer Region von der Chemieindustrie abhängt. Der Ministerpräsident – das muss man sagen – hat sich nicht groß für diesen Windpark eingesetzt, und Herr Aiwanger erst last minute, als das Kind schon in den Brunnen gefallen war. Die fehlenden Windräder und Stromleitungen führen aber dazu, dass wir in Deutschland jedes Jahr viele Milliarden Euro ver-

brennen. Wir müssen Strom abregeln, Photovoltaik-Strom aus Bayern quasi wegwerfen. Dabei ist erneuerbare Energie bezahlbare Energie! Das funktioniert aber nur, wenn wir alles nutzen, wenn wir Windkraft, Photovoltaik und Energiespeicher kraftvoll ausbauen.

Wir als SPD unterbreiten jetzt bei diesen Haushaltsberatungen einen konkreten Vorschlag, wie wir die Windkraft im Freistaat voranbringen können: Wir wollen die Städte und Gemeinden belohnen, die Windparks genehmigen. Wenn die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ihren Leuten sagen können, die neue Schule oder die Pflegestation sind aus den Mitteln für den Windpark finanziert, dann ist dies ein sehr starkes Argument dafür. Lassen Sie uns das tun! Unser Antrag liegt hier im Landtag vor.

(Beifall bei der SPD)

Übrigens, Herr Herrmann, soll der Ministerpräsident neulich mit Blick auf die Kanzlerkandidatur im CSU-Vorstand gesagt haben: Lieber Superministerpräsident in Bayern als Superminister in Berlin. – Superministerpräsident: Das wäre schön! Da hat er recht; den könnten wir brauchen. Ein Superministerpräsident würde klimafreundliche Energie für die bayerische Wirtschaft voranbringen. Ein Superministerpräsident würde das Thema "genügend Fach- und Arbeitskräfte für Bayern" für eine gute Zukunft zur Chefsache machen. Ohne Arbeitnehmer läuft die Wirtschaft nicht. Das kann man in Japan sehen. Die Gesellschaft dort ist komplett überaltert. Aus diesem Grund ist Japan bei der Wirtschaftskraft zurückgefallen.

Die Wirtschaft, die Behörden, die Pflege, die Krankenhäuser, alle bekommen ein Problem, wenn mehr Menschen in Rente gehen als junge nachkommen. In Deutschland gehen jetzt die Babyboomer in Rente, und es gibt nicht genügend junge Leute, um das auszugleichen. Unsere Gesellschaft bekommt ein riesiges Problem. Das ist eine der zentralen Herausforderungen für Bayern, für unseren Wohlstand, die soziale Sicherheit, die Bildung, die Schulen, die älteren Menschen und die Kranken. Da sage

ich mit Stolz: Unsere Bundesregierung, über die Sie die ganze Zeit meckern, packt das an.

Erstens. Wir ermöglichen Rentnerinnen und Rentnern jetzt, unbegrenzt dazuzuverdienen. Sie können weiterarbeiten, wenn sie wollen, und dabei ihre Rente beziehen. Sie können ihre Rente aufbessern, wenn sie früher in den Ruhestand gegangen sind. Wir werden die Menschen aber nicht zu längerer Arbeit zwingen. Das macht die SPD nicht mit.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Wir haben das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz auf den Weg gebracht. Wir sorgen dafür, dass Fachkräfte nach Deutschland kommen.

(Lachen bei der AfD)

Das hat Deutschland schon einmal geholfen. Das hat unser Wirtschaftswunder erst ermöglicht.

(Zuruf von der AfD)

Ohne die sogenannten Gastarbeiter hätten wir nicht den Wohlstand in unserem Land, den wir heute haben.

Drittens. Wir wollen die Ganztagsbetreuung für unsere Kinder in Bayern ausbauen. Wir brauchen mehr gute Kitas, gute Ganztagschulen und gute Horte, gerade auch bei uns in Bayern. Dafür setzen wir uns als bayerische SPD ein.

Wir haben im Bund den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung durchgesetzt für unsere Kinder, aber auch für die Eltern und für die Mütter. In Bayern fehlen leider Ganztagsplätze. Das ist so, auch wenn es hier gern von Ihnen schöngeredet wird. Sie kriegen es nicht auf die Reihe, die Gelder des Bundes richtig an die Städte und Gemeinden weiterzugeben. Die Regierung Scholz fördert den Ganztags mit vielen Hundert Millionen Euro. Aber bei uns in Bayern hat man einen guten Teil dieses Gelds lie-

gen gelassen. Im Freistaat wurden nicht einmal 20 % der Zuschüsse abgerufen. Der Durchschnitt der Bundesländer liegt bei 70 %. Manche haben fast 100 % abgerufen. Warum wir nicht? – Das versteht niemand, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Dazu kommen bürokratische Hindernisse beim Ausbau des Ganztags. Wir können zum Beispiel in Bayern viele Schulen nicht für den Ganzttag nutzen, obwohl das viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister händeringend fordern. Die Leidtragenden sind die Familien und die Kinder.

Frauen müssen zu oft noch in Teilzeit arbeiten oder ganz zu Hause bleiben, weil die Betreuung der Kinder nicht klappt. Damit sind diese Frauen nicht nur abhängig von ihren Partnern als Versorgern; sie bekommen auch im Alter eine deutlich niedrigere Rente. So sieht es aus. Wir wollen gute Ganztagsbetreuung für die Kinder in Bayern, damit jede Frau, die arbeiten will, auch arbeiten kann, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das ist gut für die Kinder, weil sie gute Bildung bekommen, und für die Familien, weil die Kinder gut betreut sind und sie mehr Familieneinkommen haben. Es sorgt dafür, dass die Frauen unabhängiger sind und später mehr Rente bekommen. Es bringt dringend notwendige Fachkräfte in den Arbeitsmarkt, Ingenieurinnen und Softwareentwicklerinnen, Lehrerinnen und Erzieherinnen, Pflegerinnen und Polizistinnen. Deswegen ist das wichtig. Deswegen wollen wir als SPD das voranbringen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen als SPD aber auch gute Kitas für unsere Kinder, liebe Doris Rauscher. Wir wollen, dass die Kitas für die Eltern bezahlbar sind. Aber da gibt es das nächste Problem: Überall steigen die Kitagebühren, weil der Freistaat die Kitas schlecht finanziert.

Das Geld reicht einfach nicht. Für gute Kitas muss man einfach mehr Geld in die Hand nehmen. Deswegen schlagen wir eine bessere Förderung der Kitas in Bayern vor.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man sich all das zusammen anschaut – wie viele Kitaplätze im Freistaat fehlen, wie viele Ganztagsplätze fehlen und wie massiv die Kitagebühren steigen –, dann muss man doch sagen: Hören Sie auf, die Situation schönzureden, und lassen Sie uns daran arbeiten, dass der Ganztagsausbau in unseren Städten und Gemeinden im Freistaat Bayern klappt. Lassen Sie uns dafür sorgen, dass die Kitagebühren für alle Familien und auch für Alleinerziehende bezahlbar sind. Das haben unsere Kinder und Familien und vor allem auch die Frauen in Bayern verdient, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Bei der Gelegenheit möchte ich mich ausdrücklich bei meinen Kolleginnen Doris Rauscher, Simone Strohmayer und Nicole Bäumler bedanken, die sich für gute Bildung, gute Ganztagsbetreuung und gute Kitas in Bayern einsetzen und hier wichtige Anträge vorgelegt haben.

(Beifall bei der SPD)

Zum Schluss noch einmal zurück zum Superministerpräsidenten. Ein Superministerpräsident erhöht sich nicht das Geld für seine eigene Werbung, seine PR und seine Inszenierung, vor allem dann nicht, wenn gleichzeitig die Kitagebühren steigen.

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Wir helfen gerne dabei – die Anträge lägen vor –, das Geld sinnvoll zu investieren. Wir haben Anträge gestellt. Lassen Sie uns das Geld lieber für gute Kitas oder für den Unterhalt von Schwimmbädern auf dem Land verwenden.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Oder wir verwenden es jetzt, um den Menschen zu helfen, die durch das Hochwasser in Not geraten sind. Das ist besser.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Von hier aus vor allem viel Kraft und Glück für die vom Hochwasser betroffenen Menschen in unserem Freistaat und viel Energie für die Rettungskräfte, die weiter tagtäglich im Einsatz sind!

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank, Herr Kollege. Bleiben Sie bitte noch kurz am Rednerpult. – Es liegt die Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Kollegen Tobias Beck vor.

**Tobias Beck (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr von Brunn, ich hätte als Zwischenbemerkung nur eine kurze Frage, wie Sie die Sache einschätzen. Hätte ein Polder Wörthhof oder hätten die Polder, die gebaut worden sind, die Unwetter und die Überflutungen in Schwaben verhindern können oder nicht? – Meiner Ansicht nach wäre es wichtiger, den dezentralen Hochwasserschutz zu stärken, um das Wasser in der Fläche zu halten. Das hätte auch in Rosenheim und in Schwaben mehr geholfen als ein Polder. Es sind auch Polder gebaut worden, die nicht geflutet wurden, weil die Donaupegel nicht so hoch waren, dass das nötig geworden wäre. Dazu würde mich Ihre Meinung interessieren.

**Florian von Brunn (SPD):** Ich habe das vorher angesprochen. Beides ist wichtig; der Hochwasserschutz in der Fläche, der Rückhalt in der Fläche, die Wiederbelebung von Auen und Mooren, der Bau und die Verstärkung von Dämmen in der Fläche. Aber die Polder sind extrem wichtig; denn sie können Hochwasserwellen zum Beispiel an der Donau um 10 % kappen. Das belegen bundesweite Studien. Deswegen war es ein Fehler der FREIEN WÄHLER, in den zehn Jahren, da dieses Programm läuft, für drei Jahre Verzögerung zu sorgen. Das halte ich für fahrlässig, und das darf nicht mehr passieren.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wir werden sehen, ob das stimmt, was Sie sagen!

– Felix Locke (FREIE WÄHLER): Wäre das aktuelle Hochwasser dadurch verhindert worden? – Konkrete Frage!)

– Die Angabe dieser drei Jahre liegt mir aus einer Antwort auf eine Anfrage an Umweltminister Thorsten Glauber vor.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wir werden sehen, ob das stimmt!)

– Stellen Sie das nicht infrage, wenn Sie keine Ahnung von der Materie haben.

(Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

– So ist es.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ich habe dreimal so viel Ahnung wie Sie!)

– Nein, leider nicht.

(Beifall bei der SPD – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Wäre das Hochwasser verhindert worden? – Unruhe bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Michael Hofmann.

**Michael Hofmann (CSU):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die katastrophale Lage im südbayerischen Raum wurde heute zu Recht ausgiebig angesprochen. Unsere Gedanken sind bei den Betroffenen, vor allem auch bei den Hinterbliebenen derer, die in der Katastrophe zu Tode gekommen sind. Für uns alle ist es wirklich ein schmerzhaftes Erlebnis, sehen zu müssen, dass ehrenamtliche Kräfte im Dienst für andere Menschen selbstlos ihr Leben lassen. Wir hoffen, dass die Angehörigen über diese schwere Zeit hinwegkommen, gesichert im Trost von unserer Seite, dass wir wissen, ihre Angehörigen, Freunde und Kameraden sind nicht vergeblich gestorben.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Wir verneigen uns vor der großen Hilfsbereitschaft unserer Bevölkerung und sehen sie auch als deutliches Zeichen dafür, dass bei mancher Unterschiedlichkeit in der Wahrnehmung, in der Beurteilung, in der Diskussion am Ende des Tages ein Volk, eine Bevölkerung nur dann zusammenstehen kann, wenn man sich unterhakt und miteinander arbeitet und nicht erst einmal wartet, bis jemand anders etwas tut. Wir sehen in aller Deutlichkeit, dass dies in der bayerischen Bevölkerung hervorragend angekommen ist. Als ich gestern Abend nach München gefahren bin, waren auf der Autobahn die Kolonnen mit Blaulicht zu sehen, in denen unsere freiwilligen Einsatzkräfte runterfahren und da selbstlos mit anpacken. Das ist ein ermutigendes Zeichen für unseren Freistaat, für unser Land.

Ich möchte an der Stelle aber auch ganz klar ansprechen, dass ich, wenn jemand versucht, aus dieser Hochwasserkatastrophe politisches Kapital zu schlagen, das für schäbig halte. Das ist schäbig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn man der Bayerischen Staatsregierung vorwirft, sie würde Prävention bzw. Vorsorge nicht genügend wertschätzen oder beachten, dann frage ich mich schon, ob Sie, Frau Schulze, eigentlich mitbekommen haben, was in den letzten Monaten dieses Jahres bereits geschehen ist. Kanzler Scholz hat erklärt, dass er in diesem Jahr bereits zum vierten Mal in einem Einsatzgebiet ist. Im Übrigen hat die Hochwasserkatastrophe auch vor Baden-Württemberg nicht haltgemacht. Sind dann die Vorwürfe, die Sie an die Bayerische Staatsregierung richten, auch an die Staatsregierung von Baden-Württemberg gerichtet? Das würde mich einmal interessieren, Frau Schulze. Ich halte das für keinen guten Stil. Man kann verschiedene Punkte kritisieren oder Verbesserungsvorschläge machen, aber einer Staatsregierung vorzuwerfen, dass es ihr nicht wichtig genug wäre, die Bevölkerung zu schützen und Vorsorge zu betreiben, das ist schäbig, Frau Kollegin.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der Gipfel ist, wenn man auch noch anführt, dass man in den Haushaltsberatungen einen Antrag für mehr Hochwasserschutz eingebracht hätte. Sie haben den Hochwasserschutz für die südliche Oberpfalz genannt. Haben Sie sich den Antrag einmal durchgelesen? Wissen Sie, was drinsteht? – Es steht drin, dass die GRÜNEN-Fraktion beantragt, den Hochwasserschutz von 36,5 Millionen Euro auf 36,7 Millionen Euro aufzustocken. Heißt das allen Ernstes, dass Sie mit den 200.000 Euro mehr, die im Änderungsantrag stehen, die Vorsorge als erfüllt angesehen hätten? – Frau Schulze, Sie sollten sich darüber im Klaren sein, dass Leute heutzutage Dinge nachlesen, die Sie behaupten. Wenn Sie so Politik machen, dann schrammen Sie nicht nur an der Glaubwürdigkeit vorbei, sondern Sie führen die Menschen hinters Licht, indem Sie so tun, als würden Sie Besseres und mehr tun als wir. Das ist aber definitiv nicht der Fall. Es ist tatsächlich schäbig gewesen, was Sie gemacht haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben auch gefordert, zusätzlichen Klimaschutz zu betreiben – was unbestritten ist.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Vorsorge!)

Sie haben darauf verwiesen, dass die GRÜNEN das hervorragend machten. Ich frage mich, ob Sie gelesen haben, was Greenpeace Ihrem grünen Wirtschaftsminister ins Stammbuch geschrieben hat – nämlich, dass eine kriselnde Wirtschaft eben nichts mit Klimaschutz zu tun hat. Man lässt sich feiern für das Erreichen einer CO<sub>2</sub>-Bilanz, die man nur deswegen erreicht hat, weil man die Wirtschaft abgewürgt hat. Frau Kollegin, das hat mit Klimaschutz überhaupt nichts zu tun.

Deswegen sage ich in aller Deutlichkeit: Der Freistaat Bayern investiert hier massiv. Wir wissen allerdings auch, dass wir mit einer mangelnden Wirtschaftsleistung das Weltklima nicht werden retten können. Wir haben als Hochtechnologieland ganz ande-

re Aufgaben: Wir haben die Aufgabe, der Welt zu zeigen, dass Klimaschutz mit Wirtschaftspolitik, Wirtschaftsförderung, Investitionen, Technologie und Forschung möglich ist. Deswegen gibt es beispielsweise auch die Hightech Agenda, die massiv in Informatik und KI investiert. Diese trägt auch dazu bei, dass wir am Ende des Tages weitere Innovationen im Freistaat schaffen werden. Genau das ist der Punkt, wie wir die Menschen davon überzeugen können, dass Klimaschutz und Wirtschaftswachstum keinen Gegensatz darstellen, sondern ein Miteinander.

Deswegen sage ich an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an unseren Staatssekretär im Finanzministerium. Lieber Martin Schöffel, Danke, dass du mitgewirkt hast an diesem Haushalt, der davon geprägt ist, dass wir wieder keine Schulden gemacht haben, dass wir eine Investitionsquote von 15 % erreicht haben; der Freistaat wird in den nächsten beiden Jahren über 22 Milliarden Euro investieren. Das ist eine hervorragende Leistung, an der sich viele andere ein Beispiel nehmen können.

Wir investieren auch vor dem Hintergrund, dass innere Sicherheit ebenso wichtig ist wie Katastrophenschutz. Deswegen wird es nicht damit getan sein, einen Haushalt zu verabschieden, damit beispielsweise unsere Polizei mit Personal und Material ausgestattet ist. Wir haben als Freistaat, als Bayerischer Landtag auch die Aufgabe, die gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass unsere Polizeibeamten und Polizeikräfte eingreifen können, wenn es notwendig ist. Sie müssen miteinander kommunizieren können und dort hinlangen können, wo es notwendig ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Für diese Politik steht diese Staatsregierung, und für diese Politik steht diese Koalition. Deswegen ist es dieser Haushalt auf jeden Fall wert, dass er mit allem gebührenden Respekt positiv begleitet wird.

Frau Schulze, Sie haben vorhin gesagt, dass Sie uns bezüglich der Auszahlungen der Hochwasserhilfen begleiten würden. Das Wort "unterstützen" wäre mir hier lieber gewesen als "begleiten". Bitte setzen Sie sich dann aber anders ein, als Sie sich offen-

sichtlich bisher auf Bundesebene eingesetzt haben. Sie haben ja gesagt, dass Sie sich weiterhin für den Katastrophenschutz einsetzen wollen. Wenn das bedeutet, dass die 91 Millionen Euro, die im Katastrophenschutz gekürzt worden sind, auch auf Ihren Einsatz zurückzuführen sind, dann würde ich Sie bitten, Ihre Art des Einsatzes zu überdenken. Der Schuss ist nämlich absolut nach hinten losgegangen.

Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem Haushalt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Herr Kollege, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Es liegt eine Zwischenbemerkung des Kollegen Christian Hierneis für die GRÜNEN vor.

**Christian Hierneis (GRÜNE):** Herr Kollege Hofmann, Sie haben gesagt, wir hätten nur 200.000 Euro für den Hochwasserschutz beantragt, und Sie haben behauptet, dass die Menschen die Anträge lesen würden. Wir bitten Sie, auch unsere Anträge zu lesen. Wir haben nämlich einen weiteren Antrag gestellt für die wassersensible Landschaftsentwicklung und für die wassersensible Dorf- und Stadtentwicklung. Hinsichtlich des Hochwasserschutzes haben wir für das Jahr 2024 60 Millionen Euro und für das Jahr 2025 120 Millionen Euro gefordert. Ich denke, das ist deutlich mehr als das, was Sie behauptet haben. Wir bitten Sie, auch unsere Anträge zu lesen, bevor Sie uns angreifen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Michael Hofmann (CSU):** Herr Kollege Hierneis, Ihre Fraktionsvorsitzende hat auf den Hochwasserschutz in der südlichen Oberpfalz hingewiesen.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Unter anderem! Zuhören!)

Damit hat sie letzten Endes den Eindruck erweckt, dass mit diesen 200.000 Euro mehr Vorsorge hätte möglich sein können, als das bisher der Fall gewesen ist.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Das ist doch Quatsch!)

Herr Kollege Hierneis, natürlich haben Sie Anträge gestellt, aber das, was Ihre Kollegin in diesem Zusammenhang gemacht hat, war schlicht und ergreifend schäbig. Das erlaube ich mir auch anzusprechen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank. – Als nächsten Redner rufe ich den Kollegen Martin Böhm für die AfD-Fraktion auf.

(Beifall bei der AfD)

**Martin Böhm (AfD):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meiner Rede voranstellen will ich einen ausdrücklichen Dank für die heute überaus gewogenen und eingehenden Worte unserer Landtagspräsidentin – betreffend die schrecklichen Ereignisse um uns herum, egal ob in Mannheim oder beim Hochwasser in Bayern. Wir können uns den diesmal sehr neutralen Ausführungen umfänglich anschließen. Danke dafür.

Nun zur Sache: Das erste Mal steigt die Mitarbeiterzahl der Staatskanzlei nur noch marginal. Vermutlich sind es ökologische Gründe, die der Anzahl der ständig sinnfrei zu spitzenden Bleistifte eine Grenze gesetzt haben. Allerdings hat es unser Ministerpräsident geschafft, von seiner Morgendämmerung vor einigen Jahren bis zum Vormärz des Ausscheidens der CSU aus dem Bundestag seinen Personalbestand um 66 % auszuweiten. Respekt! Ich will hier keine Kritik an den tüchtigen Beamten äußern, aber es ist ein Aufschrei vom Volk und den Volksvertretern ob der von Söder damit befeuerten impliziten Staatsverschuldung. Eine implizite Staatsverschuldung kann man auf dem Papier eben nicht gleich erkennen, sondern sie wird zukünftige Generationen in ihrer Handlungsfähigkeit und unseren bayerischen Freistaat in seiner künftigen Leistungsfähigkeit schwer beeinflussen. Wir haben immer angemahnt maß-

zuhalten, wohl wissend, dass sich Bayern dem wirtschaftlichen Absturz der Ampel-Ab-  
risstruppe in Berlin nicht wird entziehen können.

Der links-grüne Industriebass im Namen des Klimas hat das Abwandern von jährlich  
150 Milliarden Euro Direktinvestitionen zur Folge. Allein im vergangenen Jahr haben  
180.000 Firmen bundesweit aufgegeben – nicht nur wegen Insolvenz, sondern auch  
wegen der sich dramatisch verändernden und verschlechternden Rahmenbedingun-  
gen.

Das ist auch des Pudels Kern, wenn wir über die finanzielle Schieflage Bayerns reden,  
und wenn 1,1 Milliarden Euro fehlen, darf man das durchaus so formulieren. Daraus  
muss sich der unbedingte Wille zum soliden Haushalten ableiten, und den lassen Sie  
vermissen.

(Beifall bei der AfD)

Unsere 18 Anträge zum Einzelplan 02 entlasten den Doppelhaushalt um etwa 93 Mil-  
lionen Euro, ohne dass bayerische Bürger danach irgendetwas Essenzielles vermis-  
sen würden. Was nützt Bayern etwa die Eine-Welt-Arbeit oder das Wertebündnis?  
Wer braucht für Millionen Euro jährlich zusätzliche Öffentlichkeitsarbeit – vordergrün-  
dig unseres Ministerpräsidenten? Wozu gibt es in zwei Jahren über 55 Millionen Euro  
für Filmförderung, die teils ins Ausland wirkt? Zeitgleich erhält alleine der BR etwa  
2 Milliarden Euro aus den Zwangsbeiträgen. Warum 24 Millionen Euro für entwick-  
lungspolitische Zusammenarbeit, während wir hier unseren Bildungsnotstand an den  
Schulen verwalten? Alleine im Jahr 2024 gibt es 5 Millionen Euro Investitionsförderung  
ausländischer Staaten zur Umsetzung der Ukrainehilfe, quasi der bayerische i-Punkt  
auf 30 Milliarden Euro Rüstungsgüter aus Berlin.

Solch unangenehme Wahrheiten werden den Bürgern gerne verschwiegen. Dafür wer-  
den sie jeden Tag mit Kauderwelsch über Vielfalt, Minderheiten und den Kampf gegen  
Rechts bombardiert. Der zwangsfinanzierte politisch-mediale Komplex singt das links-  
grüne Lied genauso, wie die Presseorgane es tun. Wirtschaftlich besonders gebeutelt

ist die deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft, zu 100 % im SPD-Besitz, mit zig Blättern, bald eine halbe Million Printauflage kontrollierend. Warum im 25er-Haushalt, also genau im Jahr der Bundestagswahl, unter dem Titel "Zuschüsse und sonstige Ausgaben zum Erhalt örtlicher Pressezustellstrukturen" auch SPD-Gazetten mit 3 Millionen vom bayerischen Steuerbürger gepampert werden sollen, weiß wohl nicht einmal der Finanzminister selbst.

(Beifall bei der AfD)

Oder – ein Schelm, wer Böses dabei denkt – sind gesponserte Presseorgane der CSU möglicherweise gewogen? Warum muss ich genau in diesem Moment an Sebastian Kurz denken? "Alles für die CSU" kann auch persiflieren, wer über mögliche Hintergründe nachdenkt, warum die Münchner Sicherheitskonferenz im 24er-Haushalt 555.000 Euro Steuergeld fürs Stiftungsvermögen erhalten soll. Ein Blick in das 23er-Testat der KPMG bescheinigt der Stiftung solide Finanzen mit einer halben Million Euro Jahresüberschuss. Daraus wäre nach § 58 Nummer 7a der Abgabenordnung durchaus ein Drittel als Inflationsausgleich dem Stiftungsvermögen zuführbar. Warum muss da der Steuerzahler einspringen – eventuell, weil Söder auf der MSC das Licht der Scheinwerfer so sehr liebt? Warum keine Zustiftung der Rüstungsindustrie, die sich an den Kriegsspielen der Ampel-Abrisstruppe eine goldene Nase verdient?

Gut verdienen am Bürger auch die CSU-Kollegen, als deren Apanage sich der Staat das Amt der Bürgerbeauftragten ausgedacht hat. Hier wird das Prinzip der Gewaltenteilung ad absurdum geführt; Aiwanger hat es oft genug genau in denselben Worten erwähnt. Diese Haushaltstitel sind überflüssig, aber zukunftsgerichtete Haushaltspolitik vermeidet nicht nur Unnötiges, sondern schiebt wichtige Projekte auch an. Es gibt noch einen Beauftragten, einen weniger nepotistisch vergebenen Posten, dessen Bedeutung täglich wichtiger wird und dessen Ressort besser auszustaffieren wäre: den Antisemitismusbeauftragten.

Gerade da spart die Staatsregierung und konterkariert so ihre eigene Haltung. Nicht erst all die Übergriffe auf jüdisches Leben hier nach dem Terrorangriff der Hamas dort machen ihn so notwendig. Auch Ereignisse wie der Polizistenmord von Mannheim und das Niedermessern von Michael Stürzenberger, einem der lautesten Verteidiger Israels in Deutschland übrigens, verpflichten uns, das Amt des Antisemitismusbeauftragten zu stärken. Stürzenberger war bis zu dem Zeitpunkt Ihr CSU-Pressesprecher in München,

(Widerspruch bei der CSU)

als Sie falsch abgebogen sind, nach links abgebogen sind.

(Beifall bei der AfD)

Die notwendige Remigration derer, die sich nicht an Recht und Gesetz halten, sondern ihre archaischen Konfliktlösungsstrategien in unsere Kultur tragen, ist essenzielle Aufgabe des bayerischen Freistaats. Deswegen wollen wir die Mittel für das Bayerische Afrikabüro in Addis Abeba für beide Haushaltsjahre verdoppeln, natürlich mit einer Neufokussierung der Aufgaben, denn sowohl der Bericht der Büroleiterin im Ausschuss als auch das Ergebnis meiner Anfrage zu den Aktivitäten dort fallen ernüchternd aus: Es passiert nämlich schlicht gar nichts.

Wir stellen das Büro künftig unter das Motto "Migration ist keine Lösung". Zielgruppe sind junge Männer aus Äthiopien und den Nachbarländern. Auch wenn der Migrationsdruck aus dieser Ecke Afrikas noch – noch! – gering ist, können diesem Pilotprojekt wichtige Erkenntnisse entnommen werden; Schwerpunkte dabei: Informationen darüber, dass in Bayern die Chancen für unqualifizierte Migranten gering sind, Aufklärung über die Machenschaften krimineller Schleuserwerke, Beitrag zur verbesserten Bleibeperspektive, indem sich das Büro zukünftig intensiv um Kontaktwünsche der bayerischen Wirtschaft kümmert, Erkundung der Chancen für Remigrationsdomizile in Äthiopien und Nachbarstaaten analog zu den Erfolgen Großbritanniens in Ruanda.

(Beifall bei der AfD)

Wir sind als Oppositionsführer in Haushaltsfragen Auge und Ohr der bayerischen Bürger. Wir ertragen dabei gern auch Zwischenrufe und Schmähungen in diversen Reden, die der Würde unseres Hohen Hauses eben oft nicht angemessen sind. Wir stehen bei den Bayern in der Pflicht, unseren Auftrag, den der Wähler uns erteilt hat, auszuführen, und der heißt: Unser bayerischer Freistaat zuerst.

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Haushaltsausschussvorsitzender Josef Zellmeier.

**Josef Zellmeier (CSU):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! "Auge und Ohr der bayerischen Bevölkerung" hat der Vorredner gerade gesagt. Ich habe den Eindruck, dass die AfD, aber auch die anderen Oppositionsparteien weit weg von der Realität und von den Menschen sind. CSU und FREIE WÄHLER sind diejenigen, die nicht nur die Mehrheit bei der Wahl erhalten haben, sondern die auch tatsächlich die Interessen der Bevölkerung in der ganzen Breite vertreten. Das ist es auch, was uns im Vergleich zur Bundespolitik so stark macht; das möchte ich vorausschicken.

Deshalb haben wir auch einen Haushalt vorgelegt bzw. tragen den Haushalt der Staatsregierung mit, der diese Breite, diesen Bedarf in unserem Land abdeckt. An der Stelle möchte ich ganz herzlich Danke sagen, natürlich unserem Finanzminister Albert Füracker und seinem ganzen Haus, seinem Staatssekretär Martin Schöffel und allen, die an der Erstellung des Haushaltes mitgewirkt haben; denn das ist vor allem in Zeiten eine harte Arbeit, in denen die Wirtschaftslage schlecht ist, in denen Steuereinbrüche zu verkraften sind. 1,1 Milliarden Euro – das ist eine Zahl, die man nicht so leicht wegsteckt. Da war es richtig, lieber Finanzminister, eine Konjunkturvorsorge einzubauen, die einen Großteil dieser Lücke abdeckt. Das kann man nur, wenn man weitschauend agiert und wenn man auch entsprechend Vorsorge bei den Rücklagen trifft; dann kann man diese Position einnehmen. Lieber Finanzminister, herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU)

Ich danke auch meinem Stellvertreter Bernhard Pohl für die hervorragende Zusammenarbeit im Haushaltsausschuss innerhalb der beiden Koalitionsfraktionen. Ich danke auch allen Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss – das möchte ich an dieser Stelle sagen – für die doch immer sachliche Zusammenarbeit. Wir sind kein Ausschuss von Plaudertaschen, die Ideologien vor sich hertragen. Bei den Anträgen, welche die Kollegen vertreten müssen, bin ich nicht immer überzeugt, vor allem, wenn ich auf die linke Seite des Hauses schaue, dass sie das auch wirklich alle so sehen, wie es ihre Fachkollegen gerne hätten. Es sind viele Dinge dabei, die überflüssig sind oder sogar in die falsche Richtung gehen. Es ist gut, dass wir klare Mehrheitsverhältnisse haben, mit denen man Unfug verhindern kann.

Wir in Bayern garantieren auch, dass der Haushalt ordentlich aufgestellt wird, und zwar geräuschlos – nicht wie bei den sogenannten Koalitionspartnern in Berlin. Ich sage bewusst "sogenannten"; denn von Partnerschaft kann wohl kaum mehr die Rede sein. Bei uns geht es geräuschlos. Bei uns wird es intern geregelt. Wir haben kein Hickhack, und wir haben vor allem ein klares Ziel: solide Finanzen und gleichzeitig eine hohe Investitionsquote für die Zukunft in Bayern.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deshalb ist natürlich auch die Aussage von Herrn Kollegen Böhm falsch, wir hätten wegen der Steuerschätzung eine Schieflage: Genau die haben wir nicht, weil wir vorgesorgt haben.

(Widerspruch des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Das unterscheidet uns auch. Wir tricksen nicht. Wir haben Reserven vorgesehen, so wie es richtig ist, und wir versuchen nicht, das Letzte mit Tricks rauszuholen. Man muss auch sagen: In einer Zeit, in der wir in Bayern, zwar mit Rücklagen, aber ohne Neuverschuldung, den Haushalt ausgleichen, werden in Berlin fast 40 Milliarden Euro

neue Schulden gemacht, und dann reden die vom Einhalten der Schuldenbremse. – Das unterscheidet uns diametral.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Unsere Schwerpunkte sind natürlich Bildung, Sicherheit, Wirtschaft und der ländliche Raum. Uns eint auch, dass wir diese Schwerpunkte regelmäßig setzen und vieles tun. Dazu gehört auch, dass wir entsprechend Stellen schaffen, wobei ich sagen möchte, dass das, was der Ministerpräsident vorgegeben hat, nämlich Stellen künftig nicht mehr zu schaffen, sondern auch abzubauen, grundsätzlich richtig ist.

Wir können das jetzt noch nicht tun, weil wir gerade im Bereich Bildung und Sicherheit hohe Bedarfe haben. Aber Ziel muss es sein, dass wir das, wie bei den Einnahmen und Ausgaben, auch bei den Stellen erreichen; denn wir haben weder genug junge Leute, um sie zu besetzen, noch können wir dauerhaft eine Personalquote wünschen, die über das hinausgeht, was wir dauerhaft finanzieren können.

Deshalb ist auch hier der richtige Weg beschritten, auch wenn wir aktuell noch viele Stellen schaffen müssen. Aber wir werden uns demnächst damit befassen, wie wir da künftig zu einer Situation kommen, dass wir ohne diese hohen Zuwächse auskommen. Das ist eines, was man auch der Opposition auf der linken Seite ganz klar vorwerfen muss: Stellen sind bei Ihnen unbegrenzt, als könnte man sie sich backen, als könnte man das Geld selber drucken. Das ist genau der falsche Weg. Wir haben eine Personalquote von 40 %, das ist bundesweit die höchste. Das heißt, wir tun am meisten, und zwar dort, wo Personal benötigt wird. Wir bezahlen unser Personal auch am besten. Aber das kostet natürlich Geld, und da müssen wir in Zukunft auch etwas mehr auf die Auswirkungen achten.

Wir tun das im Bereich Bildung sehr stark: Dort schaffen wir die meisten Stellen. A 13 für Grund- und Mittelschullehrkräfte wird angegangen. Wir stärken unsere Hochschulen. Auch da sind wir in den Rankings immer vorne mit dabei, nicht nur die TUM, auch die anderen Hochschulen in Bayern. Da investieren wir massiv, genauso wie in den

Ausbau der Wissenschaft im ländlichen Raum, indem wir für die TTZ 44 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Jeder Landkreis soll ja mindestens eines erhalten, was ich für gut und richtig halte. Auch die Kooperation Wissenschaft und Wirtschaft stärkt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Wirtschaft setzen wir auch auf Gründer, auf Start-ups, auf internationale top Gründer – das ist uns wichtig –, aber auch und vor allem auf den heimischen Mittelstand und auf das Handwerk, auf unsere Dienstleister, auf unseren Handel. Das sind alles wichtige Dinge, und deshalb haben wir auch den Meisterbonus erhöht. Wir haben den Meister kostenlos gestellt und geben dafür 94 Millionen Euro aus. Wir werden auch in Zukunft dafür sorgen, dass die berufliche Bildung an der Spitze steht.

Wir tun viel für die Sicherheit. Bayern ist da Vorreiter. Da brauchen wir uns auch nicht belehren zu lassen. Ich möchte da das, was Klaus Holetschek vorher gesagt hat, auch noch bestärken: Wir werden auch dafür sorgen, dass Dinge wie in anderen Bundesländern bei uns nicht passieren. Bei uns hat die Polizei das Heft in der Hand, und das ist auch gut so.

Wir tun das auch im Bereich Katastrophenschutz, bei dem ja in Berlin massiv gekürzt wird. Jeder, der ein THW vor Ort hat, weiß, was los ist, und kennt die Belastungen, die dort auf die Ehrenamtlichen zukommen. Wir hingegen haben im Bereich Katastrophenschutz ein hohes Niveau. Wir haben bei den Feuerwehren die Stellplatzförderung verdoppelt und die Geräteförderung um 30 % erhöht, was sich im Haushalt natürlich auch deutlich auswirkt, mit insgesamt 24 Millionen Euro.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nachdem meine Redezeit jetzt schon zu Ende geht – mir würde noch vieles einfallen, das ich jetzt einfach weglasse –, möchte ich nur noch dieses sagen, weil die Kollegin Schulze vorher gesagt hat, der Ministerpräsident würde nur auf Schlagzeilen schauen. Wenn wir mal ganz ehrlich sind: Schlagzeilen sind in der Politik natürlich wichtig. Aber sehen Sie sich doch mal unsere Arbeit an, die echte Kärnerarbeit. Hier wird in Bayern dafür gesorgt, dass die wirklich wichtigen

Dinge abgearbeitet werden. Das tun Sie eben nicht, und deshalb ist der Haushalt so, wie er vorliegt, richtig. Ich bitte Sie um Zustimmung.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Dr. Florian Herrmann um das Wort gebeten.

**Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt ist bekanntermaßen das vornehmste Recht des Landtags, und er ist eben nicht nur ein Zahlenwerk, in dem kameralistisch korrekt und nach allen Vorschriften des Haushaltsrechts Einnahmen und Ausgaben gegenübergestellt und ausgeglichen werden, sondern er ist natürlich gewissermaßen ein Logbuch, ein Logbuch der Staatsregierung und ein politisches Logbuch der sie tragenden Regierungskoalition.

Deshalb gleich vorweg: Es ist ein starker Haushalt mit Weitblick, ein Haushalt, mit dem in die Zukunft gearbeitet wird. Ich bin fest davon überzeugt: Es ist auch ein Haushalt, der zu politischen Weichenstellungen führt, über die man in einigen Jahren sagen wird: Das waren die richtigen Entscheidungen, die ihr damals, 2024/2025, getroffen habt; denn es sind die richtigen Schwerpunktsetzungen getroffen worden.

Wir werden das in den nächsten Tagen, in diesen drei Tagen, bei den Einzelhaushalten sicher alles noch im Detail besprechen. Ich danke aber heute schon einmal für die starke grundsätzliche Einordnung dieses Haushalts und der Politik der Bayerischen Staatsregierung sowie der sie tragenden Koalition. Ich danke dem Fraktionsvorsitzenden Klaus Holetschek, ich danke dem Kollegen Hofmann, dem Kollegen Zellmeier und auch dem Kollegen Pohl, gewissermaßen stellvertretend für den Fraktionsvorsitzenden Streibl.

Aus all diesen Reden hat man, glaube ich, schon gespürt, dass das eine Koalition ist, die ganz hervorragend zusammenhält, die einen großen, einen weiten übereinstim-

menden Bereich hat, was die politische Themensetzung betrifft, was die politischen Zielsetzungen betrifft. Ich glaube, die Menschen in Deutschland könnten froh sein, wenn in Berlin so regiert würde wie hier bei uns in München.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Natürlich stehen wir heute insbesondere unter dem Eindruck der Hochwasserereignisse, der katastrophalen Hochwasserzustände in zahlreichen Regionen Bayerns. Deshalb ist es auch richtig, das im Rahmen der Haushaltsdebatte zu besprechen und hier noch einmal auch von meiner Seite für die Bayerische Staatsregierung klar die Zusage zu erklären, wie sie heute im Kabinett beschlossen wurde, nämlich, dass die Staatsregierung die vom Hochwasser betroffenen Menschen in Bayern nicht im Stich lässt.

Wir stellen dafür in einem ersten Schritt finanzielle Mittel in Höhe von 100 Millionen Euro zur Verfügung, und wenn es notwendig ist, mehr zur Verfügung zu stellen, dann eben mehr. Aber wir stellen dieses Geld bereit. Noch heute, lieber Herr Finanzminister, werden die Bezirksregierungen die entsprechenden Mittel erhalten, damit die Geschädigten – egal, ob Privathaushalte oder Unternehmen – schnell und unbürokratisch unterstützt werden können.

Außerdem kann auf die bewährten Hilfen zurückgegriffen werden, nämlich auf die Härtefallhilfen, wenn Existenzen bedroht sind. Bei ganz gravierenden Schäden sind für Privathaushalte wie für Unternehmen sogar Erstattungen in Höhe von 100 % möglich. Wir verweisen auf die steuerlichen Erleichterungen, die für alle Privatpersonen und Unternehmen ermöglicht werden, die vom Hochwasser betroffen sind. Wir verweisen auch auf die Hilfen für die Kommunen nach dem Bayerischen Finanzausgleichsgesetz zur Wiederherstellung der kommunalen Infrastruktur, weil die häufig ja auch schwer beeinträchtigt ist.

Diese Maßnahmen plus die Soforthilfen sind ein Paket, das dank der nachhaltigen bayerischen Haushaltspolitik möglich ist. Dadurch können wir auch in Krisensituatio-

nen schnell reagieren. Es entspricht aber auch unserem Selbstverständnis von Politik, dass der Staat die Menschen in existenziellen Situationen, in die sie unverschuldet aufgrund von katastrophalen Naturereignissen kommen, nicht allein und quasi im wörtlichen Sinne im Regen stehen lässt. Das entspricht unserem Verständnis von Politik, und ich bin froh, dass das hier im Hohen Haus, in der Koalition, aber auch insgesamt Zustimmung findet. Ich halte das für Bayern für absolut richtig, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich danke bei dieser Gelegenheit denjenigen – man kann das gar nicht genug tun –, die draußen in enormer Weise ihre Arbeit, ihre ehrenamtliche Arbeit und ihre hochprofessionellen notwendigen und lebensrettenden Arbeiten in allen unterschiedlichen Funktionen erledigen. Das reicht von den Behörden über die Stäbe bis zu den Trupps, die die einzelnen Maßnahmen ergreifen, die notwendig sind, die in den schwierigen Lagen bzw. in der dynamischen Lage entscheiden müssen, welche Maßnahme die richtige ist.

Die Menschen sind oft verzweifelt, weil Maßnahmen aufgrund der Kraft und der Dynamik des Wassers nicht mehr greifen. Möglicherweise sind sie sogar dabei oder müssen als Familie, als Angehörige oder als Freunde erleben, dass einer ihrer Kameraden der Feuerwehren bei so einem gefährlichen Einsatz wie diesem ums Leben kommt.

Wir sollten diesen Menschen allen von Herzen danken und im Herzen bei denjenigen sein, die das schlimmste Opfer erbringen, nämlich das eigene Leben. Danke an alle, die das draußen tun.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie der Abgeordneten Ruth Waldmann (SPD))

Das muss sich auch in unseren Haushaltsüberlegungen wiederfinden, und das findet sich im bayerischen Haushalt wieder. Das Stichwort heißt "Resilienz". Es ist Resilienz vor den Veränderungen, die der Klimawandel mit sich bringt, und vor derartigen Katastrophen. Man kann das auch auf Resilienz vor äußeren Bedrohungen erweitern; denn

in der Phase der Zeitenwende, in der wir stecken, ist Resilienz in einem größeren Sinne zu denken.

In unserem Haushalt ist aber der Aufwuchs – die Unterstützung und die Finanzierung der Feuerwehren sowie des Katastrophenschutzes insgesamt – vorgesehen. Deshalb verwundert es auch, lieber Herr von Brunn, dass auf der Bundesebene von einer Zeitenwende die Rede ist und ein 100-Milliarden-Paket zurechtgeschnürt wird, aber gleichzeitig im Bereich des Bevölkerungsschutzes, der immer mitgedacht werden muss, derartige Kürzungen beim THW oder beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz vorgenommen werden. Das ist eine falsche Entscheidung, und ich würde die Vertreter der Ampel-Regierung, lieber Herr von Brunn und die anderen, die im Bayerischen Landtag sitzen, was die Partei betrifft, einfach bitten, am Ende des Tages ein wenig mehr bayerisch zu denken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Tanja Schorer-Dremel (CSU):  
Sehr gut!)

Sie waren heute relativ ausgewogen; das hätte ich gar nicht erwartet. Gegen Ende ist es dann doch noch etwas polemisch geworden, weil Sie sich immer am Ministerpräsidenten abarbeiten müssen. Von Ihnen als bayerischem Sozialdemokraten würde ich aber eigentlich erwarten, dass sich Sie darum kümmern, was die Bundesregierung für Bayern tun kann.

Im Moment hat man den Eindruck, die Ampel ist auf dem bayerischen Auge blind. Da sollten Sie als bayerische Sozialdemokraten einmal gegenarbeiten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Die Ausführungen der Kollegin Schulze waren heute wirklich von unsachlicher Polemik geprägt.

(Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

Gerade diese Fake News, was den Hochwasserschutz betrifft – das muss man schon als Fake News bezeichnen –, es sei zu wenig getan worden, wir würden hier zu wenig Prävention betreiben, und wir hätten kein Interesse an Prävention,

(Zurufe von den GRÜNEN)

sind einfach falsch. Mehrere Kollegen haben das bereits ausgeführt.

Es wurden für den Hochwasserschutz Investitionen in Höhe von vier Milliarden Euro seit 2001 getätigt; weitere zwei Milliarden Euro sind es bis 2030. Für den Klimaschutz insgesamt wird jährlich eine Milliarde Euro aus dem bayerischen Staatshaushalt ausgegeben. Das sollte man nicht wegargumentieren oder wegdrücken, weil Ihnen das nicht in das Konzept passt, sondern Sie sollten vielleicht lieber einmal vor der eigenen Türe kehren. Man hört von der einen oder anderen Maßnahme, die draußen vor Ort stattfindet, dass sie von dem einen oder anderen Naturschutzverband durch Klagen verhindert oder verzögert wird. Das gehört auch zur Wahrheit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Im Übrigen kann man sich einmal den Spaß machen und die Wörter "Soforthilfe" und "Baden-Württemberg" googeln. Sie finden dann einen Eintrag über Corona, aber nichts über Hochwasser. Denn – der Ministerpräsident von Baden-Württemberg hat das heute verkündet – es soll zwar Soforthilfen in besonderen Situationen geben, aber erst einmal müssen die Schadenshöhen beschlossen werden. Das ist die baden-württembergische grüne Antwort auf eine derartige Situation.

In Bayern heißt "sofort" immer noch sofort, und das bedeutet: noch in dieser Woche, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Also, bitte, keine klugen Ratschläge von der grünen Seite.

Übersehen Sie in diesem Haushalt vor allem eines nicht. Ich denke, es ist einzigartig in den Länderhaushalten in Deutschland, dass wir eine Investitionsquote von 15 % haben. Das ist die entscheidende Antwort auf die Herausforderungen, weil darin die Nachhaltigkeit steckt. Es geht fast nicht nachhaltiger als mit echten Investitionen in die Zukunft, und diese Ausgewogenheit findet sich in diesem Haushalt.

Natürlich haben die Länder hohe Personalkosten. Länderhaushalte sind Personalhaushalte. Natürlich haben wir laufende Kosten und Verwaltungskosten, weil viele Dinge einfach gemacht werden müssen. Wir achten aber immer darauf, dass wir auch in die Bereiche investieren, die die Zukunft bedeuten. Deshalb kann ich nur sagen: Es geht nicht nachhaltiger als mit 15 % Investition. Das sollten Sie in den Fokus nehmen, wenn Sie sich mit diesem Haushalt beschäftigen.

Ich möchte jetzt zu den Ausführungen der Opposition kommen. Frau Ebner-Steiner, das war eine komplette Themaverfehlung, weil wir heute über den Haushalt und nicht über die Themen reden, mit denen Sie und Ihre Fraktion in Ihrer ganz eigenen Welt, einer Welt von vorgestern, geradezu manisch leben. Schon immer auch irgendwie mit Schaum vor dem Mund geht es stets um Ihre Blasenthemen "Migration" und "Corona". Gleichzeitig verwickeln Sie sich aber in totale Widersprüche.

Sie reden immer vom deutschen Vaterland. Gleichzeitig spionieren Mitarbeiter Ihrer Leute für China und alle miteinander lobbyieren für Putin. Sie sind also Putins Knechte, und, um bei Ihrer Rhetorik zu bleiben, wer Putins Knecht ist, ist ein Vaterlandsverräter.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Dann gibt es auch immer dieses Gerede von den Saubermännern. Vorher war die Rede von dem Kollegen, der von Ihnen nicht mehr ganz so gelitten ist und der die Ermittlungsbehörden wie sonst nur ein ausgewachsener Araberclan beschäftigt.

(Heiterkeit bei der CSU)

Das sollen dann die Saubermänner sein, die bei dieser Fraktion hier für das reine Deutschtum in diesem Land sorgen? Das sind die Widersprüche, die Sie verkörpern. Ich hoffe, die Leute merken das mit Blick auf die nächsten Wahlen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich will noch ein paar Punkte zu unserem Haushalt sagen, der wieder ein Doppelhaushalt ist. Während der Corona-Zeit hatten wir richtigerweise Einzel-, Jahreshaushalte verabschiedet. Jetzt kann wieder anders geplant werden. Deshalb haben wir das gewohnte Modell der Doppelhaushalte.

Der Koalition aus CSU und FREIEN WÄHLERN wurde von den Bürgerinnen und Bürgern bei der Landtagswahl wieder das Vertrauen ausgesprochen. Deshalb geht von diesem Doppelhaushalt auch die deutliche Botschaft aus: Diese Regierungskoalition ist weiterhin handlungsstark, sie ist geschlossen, und sie setzt für die Zukunft des Landes die richtigen Schwerpunkte.

(Beifall bei der CSU)

Dieser Haushalt ist der Beweis dafür, dass wir dieses Vertrauen der Wählerinnen und Wähler vom letzten Jahr verdient haben. Wir gehen mit dem Geld der Menschen, für das wir nur die Sachwalter sind, mit dem Steuergeld und mit dem Vermögen des Staates behutsam um.

An erster Stelle ist das das Verdienst von Ministerpräsident Dr. Markus Söder. Unsere Verfassung verpflichtet den Ministerpräsidenten, die Richtlinien der Politik zu bestimmen. Das tut unser Ministerpräsident mit Weitblick, um den Menschen in Bayern auch in Zukunft eine hohe Lebensqualität zu ermöglichen. Er tut es aber auch mit Augenmaß, um die verfügbaren staatlichen Mittel effektiv zum Einsatz zu bringen.

Deshalb ist diese Haushaltsdebatte auch einmal eine Gelegenheit, dem Ministerpräsidenten hier ausdrücklich zu danken, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Für Deutschland wäre es schön, wenn der Bundeskanzler ähnlich agieren und in ähnlicher Weise mit seiner Richtlinienkompetenz umgehen würde, sodass man das Gefühl hätte, er führt das Land und die Politik seiner Koalition. In Berlin können sich also alle ein Vorbild an Bayern nehmen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich danke aber auch dem Finanzminister, lieber Albert Füracker, für die umsichtige Arbeit. Du bist tatsächlich ein perfekter Sachwalter des Staatsvermögens und der Steuereinnahmen. Wir alle wissen: Es ist nicht immer eine einfache Aufgabe, weil jeder denkt, sein Anliegen könnte doch eigentlich auch noch erfüllt werden. Aber der Finanzminister muss die Dinge umfassend im Blick haben, und das macht er auch mit einer gewissen Beharrlichkeit, die dazu führt, dass wir eine seriöse Haushaltsführung erleben können.

Ich danke auch dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, dem Kollegen Zellmeier, und seinem Stellvertreter, dem Kollegen Pohl, sowie allen Mitgliedern des Haushaltsausschusses für ihre Arbeit.

Der wichtigste Vorzug des neuen Doppelhaushalts 2024/25 ist, meine Damen und Herren, dass er ohne Schulden auskommt. Ja, für uns in Bayern hat der ausgeglichene Haushalt Tradition. Währenddessen kreisen im Bund die finanzpolitischen Debatten hauptsächlich darum, ob die Schuldenbremse gehalten, gelockert oder gar aufgehoben werden soll. Wir müssen daran erinnern, meine Damen und Herren, dass die Schuldenbremse im Grundgesetz verankert ist, und zwar aus gutem Grund. Gerade im Jubiläumsjahr – 75 Jahre Grundgesetz – würde ich mir von der Bundesregierung hier ein stärkeres Bekenntnis zur Verfassungstreue wünschen. Leider ist diese Mah-

nung nur allzu berechtigt. Wir haben es erlebt: Das Bundesverfassungsgericht musste angerufen werden, um der Bundesregierung eine einzigartige – sozusagen – Klatsche zu erteilen und zu erklären, dass der zweite Nachtragshaushalt 2021 verfassungswidrig aufgestellt wurde.

Die Seriosität, die Nachhaltigkeit und die Leistungsstärke bayerischer Finanzpolitik kann man an einer Zahl sehr schön illustrieren, gewissermaßen am PCR-Test, am Goldstandard der Leistungsfähigkeit, nämlich an der Frage, wer eigentlich in den Finanzausgleich einbezahlt. Man kann ja viel über Bayern herziehen – aber wenn wir nicht leistungsfähig wären, dann würde auch nicht diese enorme Summe von 9,1 Milliarden Euro pro Jahr von uns verlangt werden. Ich finde das immer wieder wichtig: Bayern hat über Jahrzehnte vom Länderausgleichssystem profitiert. In jenen Jahren hat Bayern im Rahmen dieses Systems insgesamt 3,4 Milliarden Euro von den anderen Bundesländern bekommen. Ab ungefähr 1985 wurde Bayern nach harter Arbeit, harten Reformen und harten Anpassungsmaßnahmen Zahlerland. Seitdem, seit 1985, bezahlt Bayern. Die Summe beträgt bisher 117 Milliarden Euro. Also stehen 3,4 Milliarden Euro 117,7 Milliarden Euro gegenüber. Diese Unwucht macht deutlich, dass das nicht gerecht sein kann. Das hat sogar Ministerpräsident Kretschmann angedeutet und kritisiert. Deshalb ist die Klage, die wir führen, richtig. Dieses System muss sich ändern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht ändern muss sich der kommunale Finanzausgleich. Auch hier ein Rekordbetrag: 11,4 Milliarden Euro. Allerdings ist dort das Geld vernünftig eingesetzt, weil die Kommunen verantwortungsbewusst in die Zukunft des Landes investieren und den verfassungsrechtlichen Anspruch auf die entsprechende Finanzierung haben. Dort, in den bayerischen Kommunen, ist Bayerns Geld am besten aufgehoben.

Auf die Investitionsquote von 15 % habe ich bereits verwiesen. Man kann es nicht oft genug deutlich machen: Vieles fällt darunter. Die Hightech Agenda ist extrem wichtig, aber das sind auch viele Fördermaßnahmen im Bereich der mittelständischen Unter-

nehmen. Da unterscheiden wir uns vom Bund, der hauptsächlich Großindustriunternehmen fördert. Das muss man nicht unbedingt kritisieren, aber man muss kritisieren, dass dann die Kleineren hinten runterfallen und dass Maßnahmen – das sage ich wieder mit Blick auf die Ampel-Maßnahmen –, die in Bayern stattfinden könnten, nicht in Bayern stattfinden. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Wir tun da also das Richtige.

Außerdem, meine Damen und Herren, geben wir über 50 Milliarden Euro, nämlich 52 Milliarden Euro, für die Bildung aus. Das ist ein enormer Betrag in diesem Doppelhaushalt, ein Drittel des Gesamtvolumens, der aber richtig angelegt ist, weil die Bildung der nächsten Generationen immer noch die wichtigste Investition in die Zukunft ist. Damit können wir uns wirklich sehen lassen. Das ist ganz hervorragend investiertes Geld.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Im Gegensatz zur Ampel, die sich ihre eigenen Dinge immer schönreden muss, brauchen wir das nicht zu machen. Es gibt nämlich objektive offizielle Rankings, die den Erfolg unserer Politik bestätigen. Laut dem Ranking des Instituts der deutschen Wirtschaft liegen fünf oberbayerische Landkreise unter den ersten zehn in Deutschland, an der Spitze der Landkreis München. Aber auch Landkreise in den Regierungsbezirken Oberfranken – Coburg –, Niederbayern – Dingolfing-Landau –, Oberpfalz – Tirschenreuth und Neumarkt – liegen unter den Top 20. Das bedeutet, dass auch die Politik für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Regierungsbezirken wirkt, nachhaltig ist und wirksam bleibt in dem Sinne, wie sie früher mal angelegt wurde. Wir unterstützen das mit Behördenverlagerungen und vielen anderen Dingen, ich sage nur "Verwaltungsgericht in Niederbayern", und unternehmen immer wieder neue Schritte, um das weiterhin zu erreichen. Ratingagenturen bestätigen uns weiterhin die höchstmögliche Kreditwürdigkeit, was sozusagen der Goldstandard für die Seriosität eines Haushalts ist.

Wir bewegen uns insgesamt in schwierigen Fahrwassern, die nicht von uns kommen, sondern die über uns kommen. Ich sage nur: Gewitterwolken mit rot-grün-gelber Färbung. Wir können uns auch als Bayern der Wirtschaftskrise insgesamt nicht entziehen. 0,2 % Wachstum sind faktisch Stagnation. Wir sind damit Schlusslicht unter den großen Industrieländern. Das ist der Beweis dafür, dass die Bundesregierung mit ihrer zögerlichen ideologiegetriebenen Wirtschaftspolitik keine echten Antworten auf diese Herausforderungen findet oder gefunden hat.

Meine Damen und Herren, wir wenden all die Prinzipien unseres Haushalts, die wir insgesamt anwenden, auch auf den Haushalt der Staatskanzlei an. Ich will darauf hinweisen, dass wir die Förderung der Europaangelegenheiten und der internationalen Beziehungen – ich danke da dem Kollegen Eric Beißwenger sehr herzlich für seine Arbeit – intensiv betreiben. Es liegt in der Prerogative des Ministerpräsidenten, Bayern nach außen zu vertreten. Früher hieß das mal Staatsministerium des Äußeren. Das maßen wir uns im Bund natürlich nicht mehr an. Wir sind aber nach wie vor selbstbewusst und unterhalten viele Vertretungen in unterschiedlichsten Staaten auf der ganzen Welt, was wichtig ist, um die Kontakte Bayerns voranzubringen. Man merkt immer wieder, wie beliebt Bayern ist und welche hohe Bedeutung Bayern aus der Perspektive der westlichen Welt für ganz Deutschland hat. Deshalb ist es richtig, dass wir in diesem Bereich vertreten sind, unsere Büros pflegen, den außenpolitischen Kurs halten. Wir sind froh, dass wir zum Beispiel unser Büro in der Ukraine schon seit Langem unterhalten.

Ein letzter für die Staatskanzlei wichtiger Punkt ist die Medienpolitik. Ich stelle das deshalb heraus, weil wir da im Kern unserer Demokratie tätig sind. Wir wissen alle: Der Staat muss sich fernhalten von den Medien. Aber der Staat muss sich engagieren für die Medien und für die Medienvielfalt. Unsere, meine Marschrichtung in dem Bereich ist immer, egal welche Krise kommt, ob Corona, eine Energiekrise oder außenpolitische Krisen: Durch die Krise darf die Vielfalt der Medien in unserem Land, in Bayern nicht weniger werden, sondern sie muss erhalten und ausgebaut werden. Die

Medienvielfalt bei uns ist beneidenswert. Natürlich gibt es die großen Player, den großen öffentlich-rechtlichen Bayerischen Rundfunk und ProSiebenSat.1, aber auch die unzähligen kleinen Rundfunkanbieter, die zu dieser großen Medienvielfalt beitragen und dazu, dass die Menschen sich objektiv am Qualitätsjournalismus orientieren und sich durch Qualitätsjournalistinnen und -journalisten kuratiert informieren können und nicht abhängig sind von Desinformation aus dem Internet, weshalb wir den Titel an der Stelle auch erweitert haben.

Wir haben in der Staatskanzlei erfreulicherweise wieder die Zuständigkeit für Filmförderung. Auch hier geht mein Appell nach Berlin. Die Bundeskulturstaatsministerin hat seit Jahren angekündigt, eine grundlegende Reform der Filmförderung durchzuführen, die wir in der Sache auch für berechtigt halten. Alle anderen Staaten um uns herum haben das längst gemacht. Aber sie muss endlich liefern und einen mit dem Bundesfinanzministerium und den Ländern abgestimmten Vorschlag liefern, der am Ende konsensfähig ist. Sonst droht dem Filmstandort Deutschland und am Ende auch dem Filmstandort Bayern der Abstieg. Das wollen wir nicht. Wir wollen ein starker und selbstbewusster Filmstandort bleiben. Die Förderung in anderen Ländern ist mittlerweile wesentlich moderner. Da ist die Bundeskulturstaatsministerin gefragt. Ich fordere an der Stelle auf, da endlich zu liefern.

Meine Damen und Herren, wir stehen natürlich auch zur Münchner Sicherheitskonferenz. Die Zustiftung ist völlig berechtigt, auch wenn sie von Teilen des Hauses kritisiert wird. Die Sicherheitskonferenz ist eine international bedeutende Einrichtung, eine Konferenz, die in München stattfindet, und wir wollen auch, dass sie in München stattfindet. Sie ist eine Konferenz, bei der mehr bilaterale Gespräche stattfinden als bei der UNO-Generalversammlung. Gerade in diesen Zeiten ist es äußerst wichtig, dass der internationale Austausch stattfindet. Wenn dies in München geschieht, sind wir sehr dafür. Deshalb ist auch die Staatsregierung dafür, und deshalb ist die Aufstockung der Zustiftung um eine halbe Million Euro absolut gerechtfertigt.

Meine Damen und Herren, wir haben für die nächsten beiden Jahre einen sehr guten Haushalt mit Weitblick und der Kraft, die Zukunft zu gestalten. Deshalb freue ich mich darauf, dass wir die einzelnen Haushalte in den nächsten Tagen im Detail besprechen. Ich befürchte aber, dass es am Ende wieder so ausgehen wird, dass die beiden Regierungsfractionen dem Haushalt umfassend zustimmen werden, während ihn alle anderen ablehnen werden, sich aber draußen trotzdem für alles das feiern lassen werden, wofür sie sich eingesetzt haben. Da bitte ich immer um Wahrhaftigkeit. Es zählt nur, wenn man hier zustimmt, wenn man am Ende nach harten Debatten die Hand dafür hebt und dafür aufsteht und sagt: Ja, wir wollen diesen Doppelhaushalt. Ich finde ihn gut, deshalb kann ich nur Zustimmung empfehlen. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CSU – Martin Wagle (CSU): Richtig!)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Herr Staatsminister, mir liegt noch eine Zwischenbemerkung des Fraktionsvorsitzenden Florian von Brunn vor.

**Florian von Brunn (SPD):** Herr Staatsminister, danke für Ihre Rede. Ich will jetzt aber das korrigieren, was Sie gesagt haben. Der Bundeskanzler war gestern in Bayern und hat Hilfen für die Flutopfer zugesagt. Sie sagen, vom Bund würde nichts kommen. Der Bund hat aber auch in vielen anderen Fällen geholfen. Beim Gute-Kita-Gesetz ist fast eine Milliarde Euro nach Bayern geflossen. Bei der Förderung des Ganztags waren es Hunderte Millionen; es hätten sogar noch mehr sein können. Die Aussage, die Bundesregierung und die SPD würden für Bayern nicht viel tun, können Sie, glaube ich, nicht aufrechterhalten.

**Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien):** Doch!

**Florian von Brunn (SPD):** Sie haben wieder mit der Schuldenbremse angefangen. Wir müssen uns einmal Folgendes überlegen: In Simbach wurden 50 Millionen Euro für den Hochwasserschutz ausgegeben; die Schäden im Jahr 2016 haben dort 1 Milliarde Euro betragen. Da ist es doch sinnvoll, diese 50 Millionen Euro über Kredite zu

finanzieren. Lassen Sie uns über eine vernünftige Reform der Schuldenbremse genau für solche Investitionen reden. Sie werden jetzt wieder sagen, Sie würden das Geld anderswo einsparen. Die Union will Steuern im Umfang von 30 Milliarden Euro pro Jahr abschaffen. Das heißt, Sie reißen riesige Finanzlücken auf.

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Herr Kollege, Ihre Redezeit ist um.

**Florian von Brunn (SPD):** Reden wir deshalb solide und nicht so, wie Sie es gerade eben gemacht haben.

**Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien):** Ich finde es ganz hervorragend, lieber Kollege Herr von Brunn, dass Sie mit dem "solide Reden" und weniger mit Polemik anfangen. Im Vergleich zum letzten Mal ging es heute schon etwas in diese Richtung. Das muss ich zugestehen. Ich habe aber nicht behauptet, Scholz wäre nicht da gewesen. Natürlich war Scholz gestern da. Die Zusagen habe ich jetzt nicht so genau gehört. Ich nehme aber zur Kenntnis, dass er offenbar zugesagt hat, Zuschüsse des Bundes zu gewähren. Ich hätte nichts dagegen, wenn das die Hälfte der Mittel wäre, wie es 2021 auch der Fall war. Ich nehme Sie gerne beim Wort.

Ich habe aber gar nicht darüber geredet, sondern darüber, dass die Mittel beim Technischen Hilfswerk gekürzt werden. In den Landkreisen, in denen es ein Technisches Hilfswerk gibt, sagt jeder, dass das nicht nachvollziehbar ist. Das gilt nicht erst seit heute, sondern schon seit dem letzten Haushalt des Bundes und jetzt wieder. Gerade beim Technischen Hilfswerk, das für die Resilienz zuständig ist, und auch beim Bundesamt für Katastrophenschutz, das auch für den Bevölkerungsschutz zuständig ist, wird gekürzt. Ich bin gerne bereit, dass wir zwischen Bund und Ländern darüber reden, was wir brauchen, um unsere Bevölkerung wirklich schützen zu können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der Freistaat Bayern liefert jedenfalls, der Bund aber nicht. Darüber können wir gerne reden.

(Florian von Brunn (SPD): Das kann man nicht so sagen, das stimmt doch gar nicht!)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025, Einzelplan 02, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/1410 mit 19/1440 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 19/2053 zugrunde.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 02. Der Einzelplan 02 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 19/2053 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 02 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Zustimmung bei den Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Fraktion der GRÜNEN, SPD-Fraktion und AfD-Fraktion.

(Michael Hofmann (CSU): Blockparteien!)

Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 02 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 3)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

"Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2024/2025 vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Unruhe)

Das ist bei jedem Punkt so. Ich habe es gerade vorgelesen, kann es aber gerne noch einmal wiederholen.

"Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2024/2025 vorzunehmen."

Das beschließen wir bei jedem Punkt. Ich bitte um Handzeichen, wenn Sie dem zustimmen möchten. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen liegen mir nicht vor, auch keine Enthaltungen. So beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 19/2053 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/1418 bis 19/1422 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 02 ist damit abgeschlossen.

## Mitteilung

### des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt 3

#### **Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 02**

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Stellenplan Staatskanzlei  
(Kap. 02 01 Tit. 422 01)  
Drs. 19/1410
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Repräsentative Verpflichtungen der Staatsregierung  
(Kap. 02 03 Tit. 535 01)  
Drs. 19/1411
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Kosten des Beauftragten für Bürokratieabbau  
(Kap. 02 03 Tit. 536 03)  
Drs. 19/1412
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Kosten des Beauftragten für Bürgeranliegen  
(Kap. 02 03 Tit. 536 04)  
Drs. 19/1413
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Internationale Verständigung und eine europäische Identität –  
Interrail-Tickets für junge Menschen  
(Kap. 02 03 TG 53 neuer Tit.)  
Drs. 19/1414

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Kürzung der Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung  
(Kap. 02 03 Tit. 531 21)  
Drs. 19/1415
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Information statt politischer Werbung in der Staatskanzlei  
(Kap. 02 03 Tit. 531 22)  
Drs. 19/1416
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Ausufernde Repräsentationsausgaben begrenzen  
(Kap. 02 03 Tit. 535 01)  
Drs. 19/1417
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung  
(Kap. 02 03 Tit. 531 21)  
Drs. 19/1423
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Öffentlichkeitsarbeit – Gemeinsame Servicestelle  
(Kap. 02 03 Tit. 531 60)  
Drs. 19/1424
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung I –  
Kosten des Beauftragten für Bürokratieabbau  
(Kap. 02 03 Tit. 536 03)  
Drs. 19/1425
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung II –  
Kosten des Beauftragten für Bürgeranliegen  
(Kap. 02 03 Tit. 536 04)  
Drs. 19/1426

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung III –  
Kosten des Beauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus,  
für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe  
(Kap. 02 03 Tit. 536 05)  
Drs. 19/1427
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Ausgaben des Büros des Freistaates Bayern in Kiew  
(Kap. 02 03 Tit. 541 53)  
Drs. 19/1428
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Ausgaben des Bayerischen Afrikabüros in Addis Abeba  
(Kap. 02 03 Tit. 542 53)  
Drs. 19/1429
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Förderung der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit,  
insbesondere der Eine-Welt-Arbeit  
(Kap. 02 03 Tit. 682 53)  
Drs. 19/1430
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuwendungen und sonstige Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen der  
entwicklungspolitischen Zusammenarbeit des Freistaates Bayern  
mit ausländischen Staaten und Regionen  
(Kap. 02 03 Tit. 685 53)  
Drs. 19/1431
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Stiftung Münchner Sicherheitskonferenz  
(Kap. 02 03 Tit. 698 01)  
Drs. 19/1432
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Stiftung „Wertebündnis Bayern“  
(Kap. 02 03 Tit. 698 54)  
Drs. 19/1433

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Investitionsmaßnahmen für ausländische Staaten und Regionen  
(Kap. 02 03 Tit. 896 53)  
Drs. 19/1434
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Filmförderung I – Darlehen und Zuschüsse zur Förderung von Drehbüchern, der Filmproduktion und des Verleihs/Vertriebs von Kinofilmen  
(Kap. 02 04 Tit. 861 01)  
Drs. 19/1435
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Filmförderung II – Darlehen und Zuschüsse zur Förderung von Fernsehproduktionen  
(Kap. 02 04 Tit. 861 02)  
Drs. 19/1436
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Filmförderung III – Darlehen und Zuschüsse zur Förderung von internationalen und digitalen Filmproduktionen  
(Kap. 02 04 Tit. 861 03)  
Drs. 19/1437
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Förderung hochwertiger lokaler und regionaler Fernsehangebote in Bayern  
(Kap. 02 05 Tit. 683 01)  
Drs. 19/1438
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Projekte und Initiativen zur Förderung von Vorgründern, Start-ups und Gründern im Medienbereich  
(Kap. 02 05 Tit. 686 09)  
Drs. 19/1439
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Projekte zum Erhalt örtlicher Pressezustellstrukturen  
(Kap. 02 05 Tit. 686 11)  
Drs. 19/1440

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Petra Guttenberger

Abg. Rene Dierkes

Abg. Martin Scharf

Abg. Toni Schuberl

Abg. Horst Arnold

Abg. Maximilian Böttl

Staatsminister Georg Eisenreich

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

## **Haushaltsplan 2024/2025**

### **Einzelplan 04**

#### **für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz**

hierzu:

**Änderungsanträge** der SPD-Fraktion (Drsn. 19/856 mit 19/863)

**Änderungsanträge** der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 19/864 mit 19/869)

**Änderungsanträge** der AfD-Fraktion (Drsn. 19/870 mit 19/878)

**Interfraktionelle Änderungsanträge** von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 19/879 mit 19/883)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit der Fraktionen von 45 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die CSU-Fraktion 14 Minuten, auf die Fraktion der FREIEN WÄHLER 9 Minuten, auf die AfD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils 8 Minuten und auf die SPD-Fraktion 6 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die AfD-Fraktion zu ihren Änderungsanträgen auf den Drucksachen 19/873, 19/874, 19/875 und 19/878 namentliche Abstimmung beantragt hat.

Ich eröffne die Aussprache und erteile der Kollegin Guttenberger das Wort.

**Petra Guttenberger (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsstaat ist keine Selbstverständlichkeit. Der Rechtsstaat braucht Menschen, die für den Rechtsstaat brennen. Er braucht Menschen, die sich für diesen Rechtsstaat einsetzen. Deshalb sage ich gleich zu Beginn meinen ganz, ganz großen Dank an alle Beschäftigten in der Justiz, über deren Haushalt wir jetzt reden. Mein Dank gilt den Gerichten, den Staatsanwaltschaften und Justizvollzugs-

beamtinnen und -beamten. Er gilt aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei den Justizakademien in Pegnitz und in Straubing, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei der Landesjustizkasse, bei den IT-Servicezentren und den Sozialdiensten sowie den Gerichtsvollziehern und vielen anderen mehr.

Der Rechtsstaat braucht Menschen, die für den Rechtsstaat brennen, und deshalb ist es wichtig, dass alle diese Personen ihre wichtige Arbeit Tag für Tag für den Rechtsstaat leisten.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Natürlich wirkt sich die angespannte Wirtschaftslage, in die uns die Ampel-Bundesregierung leider gebracht hat, auch auf den Haushalt der Justiz aus und stellt ihn vor große Herausforderungen. Sie führt zu engeren Spielräumen in finanzieller Hinsicht. Ich freue mich aber sehr, dass es uns – zusammen mit meinem Kollegen Maximilian Böttl – dennoch gelungen ist, Ihnen heute einen Justizhaushalt vorzustellen, der sich sehen lassen kann. Sehen lassen können sich auch die Gesamtausgaben: Wir erhöhen trotz angespannter finanzieller Lage im Doppelhaushalt 2024/2025 im Vergleich zum Haushalt 2023 um rund 8 % auf insgesamt 3,2 Milliarden Euro pro Jahr. Den Schwerpunkt bilden dabei zu Recht die Personalausgaben mit circa 2 Milliarden Euro pro Jahr; denn – Sie erinnern sich an die Offensive für den Rechtsstaat – mehr Polizei führt auch dazu, dass mehr Stellen in der Justiz benötigt werden, nicht nur bei Staatsanwaltschaften, nicht nur bei Gerichten, sondern gegebenenfalls auch im Justizvollzug und darüber hinaus.

Dank einer breiten Unterstützung aus den Regierungsfractionen ist es uns auch dieses Mal wieder gelungen, 350 neue Stellen in der Justiz zu schaffen: 21 für Richterinnen und Richter, 120 für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, 120 in den Geschäftsstellen, 15 für Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger, 11 für den IT-Bereich, 3 für Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer und 60 für den Justizvollzug.

Wir alle werden hinterher von der Opposition hören, es seien zu wenig, es sei zu früh oder zu spät oder sonst was. Wir halten das aber angesichts der finanziellen Herausforderungen in unserem Land für einen gewaltigen Aufschlag.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir halten das auch nicht für Luxus, sondern wir halten das für unbedingt nötig, da unsere Gerichte, inzwischen insbesondere auch im Bereich der Grenzkriminalität, mit hohen Verfahrenszahlen konfrontiert werden. Das gilt zum Beispiel auch für Kinderpornografie und für viele Bereiche darüber hinaus. Auch hier muss die Strafverfolgung effektiv, schnell und für die Bürgerinnen und Bürger in einem nachvollziehbaren Zeitraum stattfinden. Unser Ziel ist es, die stark betroffenen Amts- und Landgerichte sowie die Staatsanwaltschaften zu entlasten und Verfahrensrückstände schneller abzubauen. Das erwarten der rechtstreue Bürger und die rechtstreue Bürgerin. Wir sind der festen Überzeugung, dass wir damit unsere bayerische Justiz noch besser, noch effizienter und für die Zukunft noch bürgernäher ausgestalten. Wir haben natürlich auch einige Akzente im Bereich der Justiz gesetzt, die uns zusätzlich wichtig waren. Ein ganz wichtiger Bereich sind die Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer, die wir für einen Betrag von 200.000 Euro flächendeckend mit dienstlichen Smartphones ausstatten wollen.

Im Bereich des Justizvollzugs ist Resozialisierung das große Thema. Unter Bewährung oder Führungsaufsicht stehende Straftäterinnen und Straftäter müssen einen niederschweligen, schnellen und raschen Kommunikationsweg zu ihrem Bewährungshelfer und zu ihrer Bewährungshelferin haben. Für uns heißt solch ein Kommunikationsweg im 21. Jahrhundert: Messengerdienste, Textnachrichten, Telefonanrufe, Videoanrufe und auch die Möglichkeit, relevante Befunde, zum Beispiel beim Drogenscreening, schnell und einfach zu erhalten.

Wir wollen auch ein mobiles Alarmsystem für Bedienstete im Außendienst mit zusätzlich 100.000 Euro unterstützen; denn viele Berufsgruppen in der Justiz, insbesondere

Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher, Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer, Gerichtshelferinnen und Gerichtshelfer, kommen oftmals außerhalb der gesicherten Justizgebäude mit Menschen in schwierigen Lebenslagen in Kontakt, so dass es wichtig ist, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schützen und ihnen durch ein mobiles Alarmierungssystem schnell und sicher Hilfe angedeihen zu lassen.

Wir wollen zusätzlich mit 150.000 Euro eine neue Schülerkampagne zur Bekämpfung von Antisemitismus auf den Weg bringen. Wer sich erinnert: "Mach dein Handy nicht zur Waffe" war ein überaus erfolgreiches Programm, um zu sensibilisieren, was man Negatives mit Handys tun kann. Auf dieselbe niederschwellige Art wollen wir mit einem bekannten Influencer auch die Bekämpfung des Antisemitismus an junge Menschen heranbringen; denn je eher wir anfangen, dieses Gift des Antisemitismus zu bekämpfen, desto besser und desto erfolgreicher.

Wir wollen des Weiteren 200.000 Euro in die Ausbildungsbedingungen an der bayerischen Justizakademie in Pegnitz stecken, denn wir sind der festen Überzeugung, dass ein zentraler, gut funktionierender, attraktiver Fortbildungs- und Ausbildungsstandort eine gute Grundlage ist, sich für den Arbeitgeber Freistaat Bayern vor allem im Bereich der Justiz zu entscheiden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, uns als CSU-Fraktion liegt die Justiz besonders am Herzen. Dieser Haushalt ist für uns ein sichtbares Bekenntnis zu einer starken und unabhängigen Justiz. Wie heißt es so schön? – Justiz ist für den Menschen da. Wir bitten deshalb herzlich um Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Kollegen Dierkes das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Rene Dierkes (AfD):** Herr Vizepräsident, werte Kollegen! Die Staatsregierung hat mit ihrem Einzelplan 04 wieder einmal eindrucksvoll gezeigt, dass es ihr nicht um die wahren Belange und Sorgen der Bürger in diesem Lande, sondern um ihren eigenen Machterhalt geht. Dieser aufgeblähte Haushaltsentwurf ist ein Dokument der Arroganz und auch des Unvermögens.

Die Massenmigration – ich weiß, Sie können das Thema nicht mehr hören, aber gerade der Bereich Justiz ist, bedingt durch die Massenmigration, sehr stark ausgelastet, deshalb müssen Sie sich das jetzt anhören – ist für Sie natürlich kein Problem, sondern ein gutes Geschäft. Ihnen, werte Kollegen, geht es nur darum, Ihre eigenen Parteifreunde mit Geld zu versorgen. Sie machen mit den Nöten der Bevölkerung noch Geschäfte. Wer vermietet denn die Gebäude für Migranten an den Staat? – Parteifreunde und Spezis der Regierungsfractionen.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN: Oje! – Thomas Huber (CSU): Was ist das für eine Sichtweise! – Dr. Simone Strohmayr (SPD): So ein unverschämter Schmarrn!)

Wer hat mit krummen Maskendeals Unmengen an Vermögen aufgehäuft?

(Unruhe)

Patriotismus ist für Sie nur ein leeres Wort. Wenn es ernst gemeint ist, wenn also Abschiebeforderungen ernsthaft – und nicht nur als Plattitüde wie heute wieder einmal von der CSU – gestellt werden, dann heißt es natürlich wieder: Oh, ihr seid Nazis und Rechtsextremisten.

(Beifall bei der AfD – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Das seid ihr ja auch!)

Sylt ist für Sie ein größeres Problem als Mannheim. Das ist das wahre Problem in Deutschland. Aber dieser Schwindel fliegt auf.

(Martin Wagle (CSU): Bodenlos!)

Eine kleine Anfrage von mir hat jüngst bewiesen, dass mehr als 55 % der Gefängnisinsassen in den bayerischen Justizvollzugsanstalten Migrationshintergrund haben. In der Justizvollzugsanstalt Stadelheim in München,

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Der Herr Halemba ist bald mit drin!)

also der größten Justizvollzugsanstalt Bayerns, sind es über 60 %. Und Sie beschweren sich wegen ein paar betrunkenen Jugendlichen und angeblichem Rechtsextremismus usw.,

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Angeblichem?)

während Ihre Politik in Mannheim buchstäblich zu Grabe getragen wird.

Die politische Mitschuld am Tod dieses tapferen Polizeibeamten tragen auch all jene, die Massenmigration umgesetzt haben und nichts dagegen unternehmen.

(Beifall bei der AfD – Toni Schuberl (GRÜNE): Pfui, schämen Sie sich!)

Wer nicht erkennen will, dass konsequente Remigrationspolitik, millionenfache Abschiebungen die einzige Lösung und dringend geboten sind,

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Was war mit Herrn Lübcke, bitte!)

der rammt quasi buchstäblich das Messer in den Rücken des Volkes. Ich weiß, Sie wollen das nicht hören; aber das ist so. Begonnen hat das Ganze mit Ihrer Schwesterpartei CDU im Jahr 2015, als sie die Grenzen geöffnet hat.

(Zuruf der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER))

Was hat die CSU dagegen getan? – Nichts. Sie hat kaum jemanden abgeschoben. Was sagte Ministerpräsident Söder stattdessen? – Der Islam gehört zu Bayern. Das dürfen wir nicht vergessen.

Die finanziellen Lasten dieser unsäglichen Politik bürden Sie allein den Bürgern und den Betrieben in Bayern auf. Die Stimmung in den Unternehmen ist am Boden. Viele mittelständische Unternehmen werfen das Handtuch oder ergreifen die Flucht ins Ausland. Dafür tragen auch Sie die Verantwortung. Sie können die Schuld dafür noch so sehr auf die Ampel in Berlin oder auf eine herbeifantasierte Welt-Klima-Katastrophe schieben. Die Ausgaben dafür müssen gestrichen werden. Sie haben die Energiewende mit zu verantworten. Das nächste große Haushaltsloch wird sich auftun.

Sie fluten das Land allerdings weiterhin mit illegalen Migranten. Auch in Bayern wird nichts dagegen unternommen. Jeder kann kommen und bleiben. Sie verschaffen illegal Eingewanderten ein Aufenthaltsrecht und Vollversorgung. Sie treiben die Kommunen mit dieser Politik in den Ruin. Sie sprengen die Sozialsysteme und verstärken die Wohnungsnot. Wenn Sie eine vollständige Kehrtwende in der Migrationspolitik vollziehen würden, bräuchte es unsere Änderungsanträge nicht.

(Martin Wagle (CSU): Ihre Reden braucht man auch nicht! – Zuruf der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER))

Um es mit Angela Merkels Worten zu sagen: Die Probleme sind da. Deswegen braucht es auch unsere Anträge. Zum einen fordern wir unter dem Stichwort "Schlagkraft des Rechtssystems stärken" 25 neue Stellen der Besoldungsgruppe R 1 für Richter, 30 neue Stellen der Besoldungsgruppe A 9 für Rechtspflegeranwälter sowie zusätzliche Mittel für Stellen in den Justizvollzugsanstalten, weil nicht nur die Justiz selbst, sondern auch die Justizvollzugsanstalten aufgrund der steigenden Gewaltkriminalität in den letzten Jahren an ihre Belastungsgrenzen gekommen sind, nicht zuletzt durch kulturfremde Masseneinwanderungen.

Außerdem fordern wir zusätzliche Mittel für die Einrichtungen der Abschiebehaftanstalten in Eichstätt und Hof. Die Abschiebung von illegal im Land befindlichen kriminellen Ausländern ist sogar ein erklärtes Ziel der Bayerischen Staatsregierung. Hinter diesem Ziel blieb sie allerdings zurück. Die Funktionsfähigkeit und die Arbeitsbedingungen in

den Abschiebeeinrichtungen erfordern zusätzlichen Aufwand und zusätzliche Mittel. Diese müssen natürlich bereitgestellt werden.

Nicht zuletzt fordern wir auch die Finanzierung der Schädlingsbekämpfung in der JVA München mit jeweils 100.000 Euro pro Jahr. Man muss sich das einmal vorstellen: Die größte Justizvollzugsanstalt Bayerns befindet sich nahezu auf dem Niveau von Gefängnissen in Entwicklungsländern. Warum? – Weil die bayerische Staatsregierung in ihrem Haushalt falsche Prioritäten setzt.

(Zuruf des Staatsministers Dr. Florian Herrmann)

Wo könnte man aber sparen? – Zum Beispiel bei der Unterstützung von Vereinen und Organisationen wie dem Bayerischen Bündnis für Toleranz.

(Thomas Huber (CSU): Schwachsinn!)

Die Extremismusbekämpfung und Vielfalt usw. sind ja schön und gut; man muss aber nicht nur darüber reden, sondern sollte einfach mal für Sicherheit sorgen.

(Beifall bei der AfD)

Beim Klimaschutz hat sich die CSU über Jahre hinweg den GRÜNEN angebidert. In den Bereichen Justiz und Verwaltung gibt sie über eine Milliarde Euro aus. Wofür? – Weil man die CO<sub>2</sub>-Belastung weltweit senken will. Aber jeder, der bei klarem Verstand ist, muss doch sehen, dass Deutschland als kleiner Flächenstaat an der weltweiten CO<sub>2</sub>-Bilanz nichts ändern kann, wenn große Staaten wie China, Indien oder die Vereinigten Staaten von Amerika keine derartigen Bemühungen zeigen.

(Thomas Huber (CSU): Deswegen machen Sie auch nichts, oder?)

Dann sind da noch die Kosten für sogenannte Rechtskundeeinheiten für Asylbewerber. Es wäre zum einen zu begrüßen, dass Leute, die aus sicheren Drittstaaten kommen, bereits an der Grenze abgewiesen würden. Zum anderen möchte ich keine Leute im Land haben, denen man erst einmal erklären muss, dass Frauen in unserer

Gesellschaftsordnung gleichberechtigt sind und deswegen nicht vergewaltigt werden dürfen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER))

Außerdem fehlt noch das Verursacherprinzip. Es war die Bundesregierung, die im Jahr 2015 die Grenzen geöffnet hat. Demnach müsste sie die Kosten tragen. Man könnte 500.000 Euro jährlich sparen. Gerade Sie, werte Kolleginnen und Kollegen von der CSU und den FREIEN WÄHLERN, könnten zeigen, dass Sie eine wirkliche Opposition gegen die Ampel in Berlin sind. Das machen Sie aber natürlich nicht.

Die zusätzlichen finanziellen Mittel sollen schließlich der Kontrolle der Grenzen und der Rückführung abgelehnter und krimineller Ausländer dienen. Wir könnten 2,5 Milliarden Euro jährlich sparen. Das förderte die Durchsetzung von Recht und Gesetz nach Jahren der Herrschaft des Unrechts. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Martin Scharf das Wort.

**Martin Scharf (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Dierkes schafft es auch in einer Haushaltsdebatte, in ihr das Thema Migration zu spiegeln. Meines Erachtens ist das eine Themaverfehlung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zunächst einmal möchte ich mich im Namen meiner Fraktion beim Staatsminister und all denjenigen bedanken, die an der Aufstellung des Haushaltsplans im Bereich der Justiz mitgewirkt haben. Die im Haushaltsplan vorgestellten Maßnahmen sind für die Stärkung und Modernisierung unseres Justizsystems entscheidend und umfassen verschiedene Bereiche, die ich Ihnen nachfolgend näher vorstellen möchte.

Ich betone, dass die zentrale, wenn nicht sogar die wichtigste Aufgabe unseres Freistaats darin besteht, die hier lebenden Menschen zu schützen und für Sicherheit, Recht und Ordnung zu sorgen. Während oft von der Polizei und den Rettungskräften die Rede ist, wird der Bevölkerung die Arbeit der Justiz sehr viel weniger sichtbar. Deswegen ist heute eine gute Gelegenheit, die Bedeutung der Justiz zu betonen und darauf hinzuweisen, dass das maximal Mögliche getan werden muss, damit Bayern dieser wichtigen Aufgabe gerecht werden kann.

Ein zentraler Punkt im Doppelhaushalt ist die Verbesserung der Personalsituation in der Justiz. Die Bayerische Staatsregierung hat 350 neue Stellen für die Justiz einschließlich des Justizvollzugs beschlossen. Der Haushaltsausschuss hat bereits zugestimmt, sodass der Landtag heute abschließend über den Einzelplan abstimmen kann. Mit den neuen Stellen können wir die Handlungsfähigkeit unseres Rechtsstaates und die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie stärken. Diese Entscheidung ermöglicht es uns, Sicherheit bestmöglich zu gewährleisten und das Vertrauen der Menschen in den Rechtsstaat zu stärken. Gleichzeitig entlasten wir unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, insbesondere in der Strafjustiz.

Die Aufgaben der Justiz wachsen und damit auch die Herausforderungen. Besonders die Bekämpfung von Kriminalität wie Kindesmissbrauch, Kinderpornografie, Cybercrime, Schleuserkriminalität und Jugendgewalt erfordern zusätzliche Kapazitäten. Deshalb werden für die Staatsanwaltschaften 120 neue Stellen geschaffen. Insgesamt haben wir dann über 1.000 Staatsanwältinnen und Staatsanwälte im Freistaat. Zusätzlich werden für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Geschäftsstellen 120 Stellen geschaffen, die wiederum die Staatsanwaltschaften entlasten. Wir werden für Richterinnen und Richter 21 neue Stellen, für Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger 15 Stellen und für den Justizvollzug 60 neue Stellen einrichten.

Ein erheblicher Teil der Ausgaben im Justizbereich entfällt somit auf die Personalausgaben. Rund zwei Drittel der Ausgaben, etwa 2 Milliarden Euro pro Jahr, sind für den Personalbereich vorgesehen. Die Kolleginnen und Kollegen der Opposition haben sich

in diesem Bereich für noch mehr Stellen sowie eine Erhöhung der Besoldungsstufen ausgesprochen. Ich und weitere Vertreterinnen und Vertreter der FREIEN-WÄHLER-Fraktion haben im Vorfeld der Haushaltsberatungen mit Fachvertretern viele Gespräche geführt – mit Richterinnen und Richtern, mit Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern, mit Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfern sowie mit Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern. In diesen Gesprächen ging es auch um mehr Stellen und Stellenhebungen. Die Wünsche und Forderungen waren aus Sicht der Fachvertreter für uns nachvollziehbar und plausibel. Ich darf Ihnen versichern, dass wir von den FREIEN WÄHLERN uns diese Erleichterungen bzw. Hebungen für die Angestellten ebenso wünschen. Leider gibt die Haushaltssituation solche Erleichterungen bzw. Hebungen aktuell nicht her. Das müssen wir so akzeptieren. Wir werden diese Wünsche und Forderungen im Auge behalten. Ich halte die 350 neu geschaffenen Stellen für eine sehr gute Sache. Für die Aus- und Fortbildung unserer Justiz- und Justizvollzugsbediensteten sind die Bayerische Justizvollzugsakademie in Straubing und die Bayerische Justizakademie in Pegnitz vorgesehen. Frau Guttenberger hat es schon erwähnt: Da wird Geld hineingesteckt. Diese Institutionen sichern die kontinuierliche Verbesserung unserer Fachkräfte.

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt liegt auch in den Hochbaumaßnahmen der Justiz. Hier sind jährlich 188 Millionen Euro vorgesehen, um laufende und dringend erforderliche Bauprojekte zu finanzieren. Diese Investitionen sind unerlässlich, um die Infrastruktur unserer Gerichte und JVs auf dem neuesten Stand zu halten. Diese Mittel werden unter anderem für die Krankenabteilung des Strafjustizzentrums in München, für die Justizgebäude in Aschaffenburg, Schweinfurt und Kaufbeuren sowie für die Neubauten der JVs in Passau und Nürnberg verwendet.

Die Digitalisierung in den Gerichten und Staatsanwaltschaften sowie in den JVs ist ebenfalls ein entscheidender Schritt. Mit jährlich 143 Millionen Euro werden der elektronische Rechtsverkehr und die Einführung elektronischer Akten vorangetrieben. Dies umfasst die Neuausrichtung der Arbeitsplatzinfrastruktur und die Ausstattung der Sit-

zungssäle mit modernster Technik. Auch die JVA's profitieren von der Digitalisierung: 4,6 Millionen Euro fließen in neue Notebooks, erhöhte Bandbreiten und zusätzliche Homeoffice-Arbeitsplätze. Zudem ist der Einsatz von Künstlicher Intelligenz insbesondere bei Masseklageverfahren geplant. Dies umfasst Verfahren im Zusammenhang mit Fluggastrechten und diesen Dieselklagen. KI könnte künftig auch stärker bei Entscheidungsvorlagen für Staatsanwälte und Gerichte eingesetzt werden. Um die technische Sicherheit in unseren Gerichten und Staatsanwaltschaften zu gewährleisten, werden Ausgabemittel um 10 Millionen Euro erhöht. Das entspricht einem Zuwachs von 6 % und ermöglicht Investitionen in technische Sicherheitseinrichtungen, Video-, Vernehmungs- und Videokonferenzenanlagen.

Die Haushaltsansätze für Auslagen in Rechtssachen werden um 30 Millionen Euro erhöht. Diese Mittel sind notwendig, um Entschädigungen, Prozesskosten, höhere Vergütungen für Rechtsanwälte etc. abzudecken. Vom Bund wird in diesem Bereich nur eine Kompensation von circa 20 Millionen Euro erwartet, die aus unserer Sicht deutlich höher ausfallen könnte. Die Sicherheit im Justizvollzug wird ebenfalls verbessert. Mit jährlich 11 Millionen Euro investieren wir in moderne Sicherheitsanlagen wie Videoüberwachung, Drohnerdetektion sowie in sicherheitstechnische Geräte. Das Arbeitswesen in den JVA's wird kontinuierlich optimiert. Das lassen wir uns knappe 50 Millionen Euro jährlich kosten. Diese Investitionen sind wichtig, um den Gefangenen eine sinnvolle Beschäftigung und Perspektiven für die Zeit nach ihrer Haft zu bieten.

Ein weiterer Punkt ist die Versorgung der Gefangenen. Angesichts der hohen Zahl an Inhaftierten aus islamistischen Milieus werden Präventions- und Seelsorgeprogramme ausgebaut. Zudem wird die Nutzung von Video-Dolmetscherdienstleistungen und Telemedizin erhöht werden. 51,5 Millionen Euro sind jährlich vorgesehen, um allgemeine medizinische Versorgung und notwendige Investitionen in die Infrastruktur der Gefangenenversorgung zu gewährleisten.

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Herr Kollege, Ihre Redezeit ist vorbei.

**Martin Scharf (FREIE WÄHLER):** Unser Ziel, dass Bayern ein starker Justizstandort bleibt und auch fitter für die Zukunft wird, wird mit diesem Doppelhaushalt erreicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Nächster Redner ist der Kollege Toni Schuberl.

**Toni Schuberl (GRÜNE):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Staatsminister Eisenreich, es gibt in der Justiz große Aufgaben zu bewältigen. Das ist auch durch jahrzehntelange Fehlentscheidungen Ihrer Vorgänger:innen verschuldet. Jetzt gibt es großen Reformdruck in der Justiz, und auch eine überarbeitete Justiz. Der aktuelle Entwurf des Haushaltsplans verzeichnet einen spürbaren Stellenzuwachs. Das begrüßen wir sehr. Das hat die Justiz in Bayern auch verdient; aber es bleiben dennoch wichtige Aufgaben liegen, und die würde ich gerne ausführen.

Das eine ist die Stärkung der Richterschaft. In Ihrem Doppelhaushalt profitieren vor allem die Staatsanwaltschaften. Das ist grundsätzlich auch gar nicht so falsch; denn es gibt einen starken Anstieg an Fallzahlen bei Hatespeech und auch antisemitischen Straftaten. Das betrifft aktuell vor allem die Staatsanwaltschaften; aber natürlich wird das danach auch die Gerichte belasten. Es wird mehr Verfahren geben. Wir müssen schauen, dass die Verfahren auch nicht zu lange dauern. Es darf nicht zu viel liegen bleiben. Wir werden hier mehr Probleme bekommen. Sie haben nur wenige neue Stellen für Richter:innen geschaffen, und wir sollten aufhören, dem Personalmangel hinterherzulaufen, und stattdessen jetzt schon die Stellen schaffen, von denen wir wissen, dass sie kommen werden. Wir haben auch aktuell schon Probleme: Jetzt schon müssen U-Häftlinge zu lange auf Haftüberprüfung warten. Hier fordern wir mehr Stellen.

Ein weiterer Bereich sind die Rechtspfleger:innen. Die haben schwierige Aufgaben vor sich. Ich nenne nur die Stichpunkte: Grundbuchdigitalisierung, E-Akten-Einführung, Umsetzen von Reformen wie beispielsweise im Betreuungsverfahren oder bei der Ver-

mögensabschöpfung. Wir dürfen unsere Rechtspfleger:innen nicht im Stich lassen. Wir haben daher entsprechende Anträge gestellt. Sie haben Sie im Ausschuss abgelehnt. Stimmen Sie ihnen hier zu.

Ein ganz zentraler Punkt sind die Bewährungshelfer:innen. Wir haben derzeit eine Quote, bei der pro Person über 67 Proband:innen zu betreuen sind. Das ist einfach nicht schaffbar. Das ist nicht schaffbar, diese Menge zu betreuen. Wir hatten Gespräche mit dem Verband. Die sagen, das sei überhaupt erst unterhalb von 50 Proband:innen möglich. Die Bewährungshilfe ist dermaßen zentral, dass man hier wirklich unseren Antrag annehmen muss, um die Stellen auszubauen. Wir haben auch in einem der Änderungsanträge konkret das Projekt RUBIKON stärken wollen. Das ist Bewährungshilfe, gezielt für junge Intensivtäter:innen. Das Projekt ist beim Landgericht München I angesiedelt und besteht seit 2010. Das ist ein gutes Projekt: Vier Bewährungshelfer:innen betreuen jugendliche Straftäter:innen besonders engmaschig. Wir wollen das mit mehr Haushaltsmitteln stärken und ausbauen, und das sollte in ganz Bayern Schule machen.

Wir haben beantragt, dass es mobile, digitale Geräte für die Bewährungshilfe geben soll. Da ist das Datum schon spannend: Am 21.03. haben wir beantragt, dass 200.000 Euro für die Ausstattung der Bewährungshelfer:innen mit Handys usw. geben soll. Dann kam die Überraschung: Fünf Tage später, am 26.03., beantragten CSU und FREIE WÄHLER 200.000 Euro für die Ausstattung der Bewährungshilfe mit Handys usw. und lehnten unseren Antrag ab. Sie können es gerne nachlesen: Das sind die Drucksachen 19/866 und 19/880. Sie hätten auch einfach zustimmen können; aber Sie wollten lieber Ihre Spielchen spielen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kommen wir zum Strafvollzug. Viel zu oft werden Reformen nur dann gemacht, wenn Urteile Sie dazu zwingen. Auch jetzt ist es wieder so: Wir haben vor fünf Jahren schon eine Anhörung zur Bezahlung im Justizvollzug gemacht. Wir haben Anträge gestellt,

wir haben uns mit Leuten getroffen, es gab Diskussionen. Sie haben alle Anträge abgelehnt. Das Bundesverfassungsgericht hat jetzt gesagt: Ihre Art und Weise ist verfassungswidrig, und Sie müssen was ändern. Der Strafvollzug garantiert in Bayern Sicherheit, und das sowohl während der Unterbringung, weil die Straftäter eingesperrt sind, als auch nach der Unterbringung; denn da wird die Bevölkerung durch die Resozialisierung geschützt. Hier mangelt es aber in Bayern, weil die CSU diesen Bereich sträflich vernachlässigt. Natürlich bietet eine erfolgreiche Festnahme eine schönere Überschrift als die Hilfe für einen entlassenen Häftling bei der Job- und Wohnungssuche. Für die tatsächliche Sicherheit ist aber beides gleich wichtig.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Man sollte die Gewaltenteilung schon noch ein bisschen im Kopf haben!)

Das Bundesverfassungsgericht hat Ihnen den Mangel eines fehlenden schlüssigen Resozialisierungskonzeptes ins Stammbuch geschrieben. Sie haben richtigerweise festgestellt, dass wir hier ein umfassendes Konzept brauchen, das im nächsten Jahr kommen soll. Für dieses Konzept brauchen wir aber auch die nötigen Ausstattungen und Räumlichkeiten. Der Stellenzuwachs im Strafvollzug ist überschaubar. Er betrifft in erster Linie die neuen JVs in Passau und Marktredwitz. In der Fläche werden die Vollzugsbeamten, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Krankenstationen und in Werkstätten davon wenig merken.

Dabei wäre die Betreuung in den Gefängnissen und danach besonders wichtig. Wir können zwei Phänomene beobachten: Wir haben einen Anstieg der Zahl jugendlicher Intensivtäterinnen und Intensivtäter. Die Lösung kann hier nicht sein, einfach die Strafmündigkeitsgrenze zu senken. Vielmehr müssen wir die Ursachen suchen und eine gute Prävention betreiben. Sollte das nichts helfen, brauchen wir Maßnahmen, um die Jugendlichen wieder auf die richtige Bahn zu bekommen. Wir haben außerdem einen überproportional hohen Anteil von Täterinnen und Tätern mit Migrationshintergrund. Diese Gruppe wird auch überproportional Opfer von Straftaten. Dies hat Herr Kollege

Börtl im Ausschuss thematisiert. Darüber müssen wir reden. Natürlich ist das, was die Kollegen von Rechtsaußen sagen, Unsinn. Sie meinen, dies läge an der Genetik oder an der Herkunft. Ein Ausländer zu sein macht einen Menschen nicht zum Straftäter.

Die Kriminologie hat Risikofaktoren dafür ermittelt, dass ein Mensch kriminell wird, zum Beispiel Armut, Traumata, Ausgrenzungserfahrungen usw. Viele dieser Faktoren kommen statistisch nun einmal bei Ausländern häufiger vor als bei Inländern. Wir müssen diese Probleme lösen. Dafür müssen wir offen diskutieren. Wir brauchen dafür gezielte und ganzheitliche Prävention, eine funktionierende und schnell entscheidende Justiz sowie gleichzeitig effektive Resozialisierungsmaßnahmen. Stimmen Sie unseren Änderungsanträgen zu.

In der Digitalisierung der Justiz gibt es Fortschritte, aber es liegt noch viel vor uns. Wir haben Online-Gerichtstafeln gefordert, damit die Menschen auf der Website sehen können, wann die Gerichtstermine stattfinden. Sie haben das abgelehnt. Die Menschen müssen zum Gericht fahren und sich das anschauen. Wir fordern, dass Strafanzeigen auch online eingereicht werden können. Das lehnen Sie auch ab.

Zum Schluss möchte ich noch allen Beschäftigten in der Justiz danken. Ich danke den Beschäftigten in den Gerichten, in den Staatsanwaltschaften in und außerhalb der JVs sowie an vielen anderen Stellen in der Justiz. Sie sind eine Stütze unseres Rechtsstaats. Unsere Aufgabe als Politikerinnen und Politiker ist es, sie ausreichend mit Kolleginnen und Kollegen und mit guten Arbeitsmitteln auszustatten. Stimmen Sie deshalb den Änderungsanträgen der GRÜNEN zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Der nächste Redner ist Herr Kollege Horst Arnold. Bitte schön.

**Horst Arnold (SPD):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ja, Justiz ist wichtig, gerade auch in Zeiten, in denen der Ruf nach Recht und Ordnung immer lauter wird,

in denen sich zum Teil unzuständige Ministerinnen und Minister, insbesondere die Innenminister, dafür aussprechen, härtere Strafen zu verhängen. Wir müssen beachten, dass in unserer Gesellschaft Gewaltenteilung gilt und dass die Richterinnen und Richter unabhängig sind. Mit Ausnahme der Staatsanwaltschaft müssen sie sich von Ministerinnen und Ministern gar nichts sagen lassen. Bei der Staatsanwaltschaft ist es wichtig, dass wir sie kontrollieren.

(Beifall bei der SPD)

In diesen wilden Zeiten ist es wichtig, den Beschäftigten zu danken; denn die Beschäftigten der Justiz arbeiten seit Jahren an der Belastungsgrenze. Auch in den nicht technischen Zeiten wurde der Pensen-Maßstab von 100 stark überschritten. Pensen von 120 bis 130 sind schon lange ein Mittelwert. Früher hat man gesagt: Der Mantel des Staates ist eng, aber er wärmt. Irgendwann wird dieser Spruch zum Zynismus und zum Hohn, insbesondere dann, wenn unsere Justiz um Nachwuchs werben muss, nicht nur um Nachwuchs bei den Richterinnen und Richtern, sondern auch bei den Rechtspflegern, den Gerichtsvollziehern und vor allem im Justizvollzug.

Der sogenannte Fachkräftemangel ruft hier eine Abstimmung mit den Füßen hervor. Insbesondere im technischen Bereich bei den Amtsgerichten erleben wir, dass viele Beschäftigte in die Geschäftsstellen von Kommunen abwandern, weil dort besser bezahlt wird. Es ist aber wichtig, dass diese Stellen bei der Justiz ordentlich bedient werden. Wir müssen deswegen Stellenhebungen vornehmen, die der Leistung, dem Anspruch und der Notwendigkeit der jeweiligen Funktion gerecht werden.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister, Sie gehen zu den Gerichten und hören sich an, wie toll es dort läuft. Bei den Gerichten hört man aber auch andere Stimmen. Wir sind nicht dafür da, große Erklärungen abzugeben und ein ritualisiertes Schulterklopfen nach dem Motto "Vergelt's Gott, wunderbar, es wird alles schön" durchzuführen. Die Digitalisierung wird ebenfalls gerühmt. Wir sehen jedoch, wie oft in der Früh das System an Landgerichten und

Amtsgerichten abstürzt. Dann wird sehr viel Personal benötigt, um es wieder in Gang zu bringen. Hier liegt noch vieles im Argen. Ja, der Freistaat tut etwas für den Personalaufwuchs. Er tut auch etwas für die Sachausstattung. Aus unserer Sicht ist das aber bei Weitem nicht genug.

Wir verkennen die Haushaltslage nicht. Deshalb haben wir verantwortungsvolle Änderungsanträge eingereicht. Wir verkennen aber auch nicht die Wünsche, die die Berufsverbände in diesem Zusammenhang geäußert haben. Hier geht es nicht darum, dass die Bediensteten nichts tun wollen. Vielmehr geht es darum, im Alltag Arbeit, die nicht nötig wäre, zu vermeiden.

Wir fordern insgesamt 80 neue Richterstellen. Sie haben zwar auf diese Zahl draufgesattelt, aber Sie schaffen nur bei Amts- und Landgerichten 8 Richterstellen der Besoldungsgruppe R 1. Jetzt planen Sie im Zusammenhang mit der Cannabis-Legalisierung die Einführung neuer Ordnungswidrigkeitstatbestände. Diese werden auch wieder zu Gericht gehen. Somit sind diese 8 Stellen, die Sie vorsehen, schon wieder viel zu wenig. Wir wollen mehr.

Die Rechtspfleger sind teilweise Richtern gleich. Viele Bereiche funktionieren ohne die Rechtspfleger gar nicht. Ich nenne die Insolvenzverfahren, und ich nenne die Grundbuchpflege, die digitalisiert werden soll. Viele Grundbucheinträge sind noch in Sütterlinschrift geschrieben und müssen digital eingepflegt werden. Allein hier herrscht ein riesiger Nachholbedarf. Ihre Vorstellungen werden diesem Anspruch einer funktionierenden Rechtspflege nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD)

Der Verband der Rechtspfleger fordert 140 Stellen. Wir haben uns aufgrund der Haushaltslage für 70 Stellen entschieden. Seit Januar ist aber das neue Gesellschaftsregister hinzugekommen. Herr Minister, die Bürgerinnen und Bürger stellen ihre Anfragen bei den Gerichten. Diese Anfragen müssen von Rechtspflegern beantwortet werden, die dann den Unmut abbekommen, weil möglicherweise eine Arbeitsüberlastung vor-

herrscht. Weder Sie noch wir werden von diesem Unmut behelligt. Das ist aber die alltägliche Arbeit dieser Leute. Ihnen macht es sicher keinen Spaß zu sagen: Tut mir leid, ich komme nicht dazu, ich habe noch andere Sachen zu tun. Die Menschen bei der Justiz können deshalb nicht als Faulenzer bezeichnet werden. Sie sind einfach überlastet. Sie sollten Freude in ihrem Beruf erfahren und nicht Frustration, weil sie zu wenige sind.

(Beifall bei der SPD)

In der Sache der Gerichtsvollzieher gibt es eine Petition. Sie sind immer noch in der QE 2 und müssten dringend angehoben werden, weil sie zwei fakultative Ausbildungen haben. Sie sind sogar auf der Justizakademie gewesen. Sie können aber dem Wunsch dieser Anhebung nicht entsprechen, weil Sie der Auffassung sind, dass die Ausbildung an dieser Akademie und eine Ausbildung an einer Fachhochschule nicht gleichwertig sind. Ich hoffe, dass Sie hier Ihre Gesinnung ändern.

Im Justizvollzug wird es noch deutlicher. Wir fordern hier Stellenhebungen. Sollte tatsächlich jemand eine JVA durch die Gefängnismauer verlassen, dann spricht das nicht gegen die Bediensteten, sondern dafür, dass hier vieles im Argen liegt.

Wir bedanken uns bei den Bediensteten und wünschen uns einen konstruktiven weiteren Aufwuchs, nicht nur im Hinblick auf die Quantität, sondern auch auf die Qualität. Diesen Leuten zollen wir Respekt.

(Beifall bei der SPD)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Mir liegt eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Dierkes vor.

**Rene Dierkes (AfD):** Sehr geehrter Herr Kollege Arnold, Sie haben zu Anfang Ihrer Rede zu Recht gesagt, dass Richter unabhängig bleiben müssen, aber gleichzeitig betont, dass politischer Einfluss auf Staatsanwaltschaften möglich sein muss. Wir als AfD lehnen dies ab. Unter anderem kritisiert auch der Europäische Gerichtshof, dass

Staatsanwaltschaften in der Bundesrepublik Deutschland nicht unabhängig sind. Dies ermöglicht natürlich auch Willkür. Meine Frage an Sie lautet: Stellen Sie sich einmal vor, wir hätten eine AfD-Regierung.

(Zuruf: Gott bewahre!)

Würden Sie dann an Ihrer Forderung festhalten, dass die Politik Einfluss auf die Staatsanwaltschaft nehmen können muss?

**Horst Arnold (SPD):** Die Vorstellung, die Sie mir hier präsentieren, ist für mich einerseits grauenhaft und andererseits auch nicht umsetzbar.

(Beifall bei der SPD sowie des Abgeordneten Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU))

Wir haben in diesem Haus Untersuchungsausschüsse gehabt, in denen es auch um das Verhalten von Staatsanwaltschaften ging. Die Kontrolle des Verhaltens ist nur möglich, weil der Bayerische Landtag mit dem Justizminister über ein Instrument verfügt, das zur Tätigkeit der Staatsanwaltschaft befragt werden kann. Ich war selbst sieben Jahre lang Staatsanwalt, auch in kritischen Bereichen, das heißt im Bereich der Organisierten Kriminalität. Ich muss Ihnen persönlich sagen, ich habe niemals eine Weisung erhalten, nicht einmal mittelbar per Telefon. Ob sich dies auf meine Beförderung ausgewirkt hat oder nicht, kann ich Ihnen nicht sagen. Ich bin jedenfalls zufrieden. Aber noch einmal: Ich glaube, dass wir, wo es möglich ist, parlamentarische Kontrolle in der Demokratie sichern, herstellen und absichern müssen.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Deswegen ist für mich eine entsprechende Kontrolle, insbesondere der Staatsanwaltschaften, durch das Parlament ein elementarer Bereich der Zufriedenheit in dieser Demokratie.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Nächster Redner ist Herr Kollege Maximilian Böttl.

**Maximilian Böttl (CSU):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, Herr Staatsminister, lieber Georg, werte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste und Zuhörer! Extremismus, Islamismus und Antisemitismus haben alle eines gemeinsam: Sie bedrohen unseren Rechtsstaat. Auf diese Bedrohung, auf die Worte und Taten der Feinde unserer Grundordnung gibt es nur eine einzige richtige Antwort: Stärke – Sicherheit durch Stärke, Recht durch Stärke, Ordnung durch Stärke. Für den Schutz der Menschen in Bayern brauchen wir die Polizei und unsere Rettungskräfte, aber auch eine löwenstarke Justiz. Deshalb erhöhen wir den Etat der Justiz auch um fast 8 % auf über drei Milliarden Euro, zwei Drittel davon für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Mein Dank, zusammen mit Frau Kollegin Petra Guttenberger, gilt an dieser Stelle allen Menschen, die sich für unsere Sicherheit einsetzen. Ob im Hauptamt oder im Ehrenamt, wir stehen immer hinter denen, die uns den Rücken freihalten und für unsere Sicherheit sowie für Recht und Ordnung eintreten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir schaffen mit dem Doppelhaushalt 350 neue Stellen, um den leider deutlich gestiegenen Fallzahlen gerecht zu werden, 290 Stellen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften sowie 60 Stellen im Justizvollzug. Mit den 1.400 neuen Stellen aus den letzten sieben Jahren ist dies dann wiederum die beste Basis, um auch künftig noch besser zu werden. Wir werden uns in den Folgejahren noch stärker um den Justizvollzug und die Personalausstattung kümmern müssen. Eingangssämter und Eingruppierungen wollen wir uns mit allen Beteiligten ansehen, natürlich auch im Hinblick auf das Urteil des Bundesarbeitsgerichts, das hier Ungleichheiten ausgelöst hat. Außerdem gibt es einiges bei Stellenhebungen und Beförderungen sowie in der Nachwuchsgewinnung zu tun, damit wir als Arbeitgeber attraktiv bleiben und damit weiterhin gilt: Wer für Bayern, wer für die Besten arbeitet, soll dies auch im Geldbeutel spüren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Natürlich hätten wir beim Personal sehr, sehr gerne noch deutlich mehr getan. Im Justizhaushalt haben wir eine Kostendeckung von fast 50 %, und jeder zweite Euro an Ausgaben kommt auch wieder als Einnahme zurück, aber die schwache Konjunktur – wir haben es schon gehört – und die ausfallenden Steuereinnahmen schränken uns ein. Wenn sich jetzt gerade die Parteien, die im Bund noch die Verantwortung tragen, zusätzliche Stellen wünschen, sind sie herzlich eingeladen, uns zum Wohl der Mitarbeiter zu unterstützen, erstens dadurch, dass wir im Bund endlich Wachstumsimpulse für die Wirtschaft erhalten, für mehr Steuereinnahmen, die unseren Spielraum erhöhen würden, zweitens, indem der Bund auch die Kosten für das übernimmt, was er auslöst – Herr Kollege Scharf hat dies am Beispiel der Auslagen in Rechtssachen verdeutlicht – und drittens, wenn im Bund auch endlich die Devise Opferschutz vor Datenschutz gilt. Unsere Behörden brauchen endlich alle technischen Möglichkeiten für ihre Ermittlungen, auch die anlasslose Vorratsdatenspeicherung, die im Bund blockiert wird.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir stellen unsere Justiz mit den Möglichkeiten der Digitalisierung und der Künstlichen Intelligenz so auf, dass wir Vereinfachung erzielen und Beschleunigung erreichen, auch um den Tätern und solchen, die es werden könnten, voraus zu sein. Die Technik der Justiz muss immer viel besser sein als die Technik der Verbrecher. Auch deshalb ist es falsch, wenn der Schutz der Daten höher gestellt wird als der Schutz der Menschen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Daher investieren wir in die Digitalisierung pro Jahr 140 Millionen Euro, in die E-Akte, in die IT-Struktur in allen Gebäuden, in die Sicherheit der Systeme. Auch an die Zukunft wird gedacht: Im Legal Tech Colab schaffen wir zusammen mit der UnternehmertUM skalierbare Innovationen für den Einsatz im Rechtssystem. Neben der guten per-

sonellen und digitalen Ausstattung kümmern wir uns auch um die Gebäudestruktur. Im Hochbau werden rund 190 Millionen Euro pro Jahr und damit über 30 % mehr als bisher investiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als Parlament haben wir aber nicht nur die Aufgabe, die Lösung der Probleme anzupacken, sondern wir müssen uns auch die Ursachen anhand von Fakten ansehen. 40 % aller Tatverdächtigen in Bayern haben keinen deutschen Pass. 47 % aller Häftlinge in Bayern haben keinen deutschen Pass. 2014 waren es noch 35 %. Im Strafvollzug löst allein dies über 200 Millionen Euro jährlich an Kosten aus. Diese Fakten beschreiben auch die Endstation illegaler Migration und fehlender Integration. Wir müssen wissen, wer bei uns ist, wer radikalisiert ist und wer traumatisiert ist. Es darf keine Toleranz geben für die, die unseren Rechtsstaat ablehnen. Hier braucht es Stärke, und Stärke erfordert Härte.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb haben wir als Ausschuss bereits im April einen eigenen Bericht angestoßen, der alle Kosten und Folgekosten von Asyl und Migration noch einmal transparent macht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zum Schluss sagen: Wir können die Justiz in Bayern mit diesem Doppelhaushalt stark machen, löwenstark! Lassen Sie uns aber auch durch unsere Diskussionen dazu beitragen, dass Urteile über Menschen nicht durch Medien oder Meinungen gefällt werden, sondern ausschließlich durch unsere Gerichte.

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Herr Kollege, achten Sie bitte auf Ihre Redezeit! Diese ist abgelaufen.

**Maximilian Böltl (CSU):** Auch dies gehört zu einem starken Rechtsstaat, der sich selbst verteidigt.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Mir liegt jetzt noch eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Toni Schuberl vor. – Bitte.

**Toni Schuberl (GRÜNE):** Herr Kollege Böttl, Sie haben gesagt, dass es die Haushaltsslage in Bayern einfach nicht zulasse, mehr zu tun. Die Haushaltsslage ließe es zu, wenn man die Prioritäten anders setzen würde. Wir haben Vorschläge unterbreitet. Unsere Anträge sind gegenfinanziert aus diesem Haushalt. Wir haben Anträge eingereicht, bei denen man einspart, und Anträge, wofür man mehr ausgeben kann. Dies deckt sich. Das heißt, unsere Vorschläge sind aus dem aktuellen Haushalt finanziert. Sie müssten nur die Prioritäten anders setzen. Das heißt, Sie können unseren Anträgen auch zustimmen!

**Maximilian Böttl (CSU):** Wir haben dies im Ausschuss ja ausführlich diskutiert und die Prioritäten auch gemeinsam richtig gesetzt. Der Stellenaufwuchs ist wichtig, aber auch wuchtig. Deshalb werden wir auf der Basis in Zukunft natürlich noch mehr tun müssen, wenn dann auch wieder die Steuereinnahmen vorhanden sind, die wir aus dem Bund benötigen. Dies wird spätestens mit 2025, also für den nächsten Haushalt in 2026 schon der Fall sein können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Als Nächstem erteile ich Herrn Staatsminister Georg Eisenreich das Wort. – Bitte.

**Staatsminister Georg Eisenreich (Justiz):** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist ein Privileg, in einer Demokratie und in einem Rechtsstaat leben zu dürfen. Das zeigt uns ein Blick in die Welt und auch ein Blick in die Vergangenheit unseres Landes. Deswegen müssen wir alles unternehmen, um Demokratie und Rechtsstaat zu stärken. Eine der tragenden Säulen dafür ist die Justiz.

Es ist gut, zu wissen und zu sehen, dass der Rechtsstaat funktioniert und dass wir in Bayern eine starke, handlungsfähige Justiz haben. Deswegen möchte ich meine Rede

auch damit beginnen, dass ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Justiz meinen herzlichen Dank für ihren großartigen Einsatz ausspreche.

(Lebhafter Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Die Herausforderungen für die Justiz sind groß, und sie werden in Zukunft auch nicht kleiner werden. Wir haben Feinde der Demokratie und des Rechtsstaates im Inneren unseres Landes. Wir haben Feinde von außen. Deswegen müssen wir alles tun, um die Justiz weiter zu stärken. Das machen wir mit diesem Haushaltsentwurf für die Jahre 2024 und 2025, der wirklich eine gute Basis ist.

Ich danke dem Ministerpräsidenten Markus Söder, der in seiner Regierungserklärung und auch in anderen Reden von Schwerpunkten gesprochen hat, Bildung, Sicherheit, Justiz. Ich danke dem Finanzminister Albert Füracker für die Unterstützung; wir haben immer gute, aber auch harte Gespräche. Ich danke vor allem auch dem Bayerischen Landtag für das große Wohlwollen und die Unterstützung der Justiz.

Die Staatsregierung steht für Recht und Ordnung. Deswegen stehen wir mit diesem Entwurf auch dafür, dass es deutliche Steigerungen gibt. Damit leisten wir einen großen, wichtigen Beitrag für die innere Sicherheit. Es geht um das Personal, aber auch um die Ausstattung und die Digitalisierung. Der Doppelhaushalt ist eine gute Grundlage, damit wir diese Ziele erreichen. Der Etat soll um insgesamt 7,9 %, um rund 230 Millionen Euro auf 3,15 Milliarden Euro steigen. Das ist wirklich ein großer Erfolg.

Ich beginne mit den Gerichten und Staatsanwaltschaften: Verschiedene Rednerinnen und Redner haben heute schon angesprochen, dass die Anforderungen an die Justiz weiter wachsen – durch die Bekämpfung von Antisemitismus und Hatespeech, von Cybercrime und Kindesmissbrauch. Wir haben die Bewältigung von Massenverfahren. Die Folgen von illegaler Migration und die Herausforderungen der Schleuserkriminalität kommen hinzu. Auch Berlin beschert uns Belastungen, insbesondere durch die völ-

lig unsinnige Teillegalisierung von Cannabis, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das schafft zusätzliche Belastungen für die Justiz, statt sie zu entlasten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Nachdem hier viel Kritik vonseiten der SPD und der GRÜNEN gekommen ist, muss ich einen kleinen Einschub machen. Ich muss sagen, dass die Politik des Bundes insgesamt nicht nur eine große Enttäuschung in diesem Bereich ist, sondern wirklich ein großes Ärgernis. Statt notwendiger Entlastungen der Justiz erleben wir Belastungen. Dort, wo wir den Bund brauchen, nämlich bei der Modernisierung der Zivilprozessordnung, erleben wir ein Schneckentempo und keine Fortschritte. Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und GRÜNEN, muss ich Ihnen sagen: Sparen Sie sich die Krokodilstränen, und sprechen Sie mit Ihren Kolleginnen und Kollegen in Berlin, damit sie dort eine vernünftigeren Politik machen, um die Justiz zu entlasten und sie nicht weiter zu belasten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte Sie auch an Ihren eigenen Koalitionsvertrag erinnern, also an den Vertrag der Ampel in Berlin. Darin ist vereinbart, dass es eine Verlängerung des "Pakts für den Rechtsstaat" und eine Erweiterung um den Digitalpakt gibt. Die Verlängerung des "Pakts für den Rechtsstaat" – das bedeutet eine Bezuschussung von Stellen – ist gestoppt, und statt einer Erweiterung um einen Digitalpakt gibt es die Förderung von ein paar Digitalisierungsprojekten. Das ist zu wenig. Setzen Sie die Vereinbarung im Koalitionsvertrag um, bevor Sie uns hier gute Ratschläge geben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zum Thema Schleuserkriminalität: Ja, sie hat zugenommen; eine echte Belastung für die Staatsanwaltschaften und Gerichte. Die Schleuserkriminalität kann man reduzieren, indem man eine andere Zuwanderungspolitik macht, Zuwanderung besser steuert und vor allem begrenzt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich bin sehr froh, dass wir schon in den letzten Jahren eine sehr positive Entwicklung im Haushalt hatten. Das heißt, wir hatten schon in den letzten Jahren eine deutliche Unterstützung der Justiz. Dies ist insgesamt auch notwendig. Seit 2013 haben wir eine erhebliche Steigerung der Stellen im Bereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften. Es kommen nun noch mal weitere dazu: insgesamt 350 Stellen für die gesamte Justiz, davon 290 für die Gerichte und Staatsanwaltschaften. Ich habe einen Schwerpunkt gesetzt, der bei den Staatsanwaltschaften liegt, nämlich 120 Stellen, und 21 Stellen bei den Richterinnen und Richtern. Warum bei den Staatsanwaltschaften? – Weil die Ermittlungszahlen und die Fälle in den letzten Jahren erheblich zugenommen haben. Wir können mit dieser Steigerung um 120 Stellen die Staatsanwaltschaften entlasten und haben dann jetzt in Bayern über 1.000 Staatsanwältinnen und Staatsanwälte. Herzlichen Dank dafür, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir brauchen natürlich auch eine Unterstützung der Justizvollzugsanstalten. Auch hier hatten wir in den letzten Jahren schon einen deutlichen Aufwuchs, nämlich von 2019 bis 2023 insgesamt um 284 zusätzliche Stellen. Das ist gut. Das hat insbesondere zur Vorbereitung der neuen JVAs in Passau und Marktredwitz, aber auch für andere Bereiche gedient. Durch den jetzigen Haushalt kommen 60 weitere Planstellen dazu. Ich will ausdrücklich sagen, dass ich mir in diesem Bereich noch mehr vorstellen kann. Das werden wir dann in den nächsten Haushalten angehen. Ich freue mich aber, dass wir hier 60 Stellen haben und insbesondere auch die kw-Vermerke verlängert worden sind.

Die bayerische Justiz baut viel. Wir investieren auch viel in bestehende Gebäude. Deswegen herzlichen Dank, dass wir hier in Anlage S eine Steigerung um 34 % auf 188 Millionen Euro haben. Das ist wirklich notwendig. Wir bauen im Bereich des Vollzugs die Kombianstalt in Passau. Wir bauen die Justizvollzugsanstalt in Marktredwitz. Wir haben auch im Bereich der Gerichte große Projekte, insbesondere den Neubau des Strafjustizzentrums in München, aber auch Projekte in anderen Teilen Bayerns,

nämlich den Neubau und die Sanierung des Justizgebäudes in Schweinfurt, die Erweiterungs- und Sanierungsarbeiten in Aschaffenburg sowie notwendige Verbesserungen an vielen kleineren Gerichtsstandorten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dieser Steigerung können wir alle bereits begonnenen Maßnahmen fortsetzen. Wir können weitere Projekte planen. Natürlich leiden wir auch unter den erheblichen Konjunkturschwankungen und Kostensteigerungen, aber mit dieser Steigerung im Haushalt können wir insgesamt sehr, sehr gut leben.

Ich komme zum nächsten Punkt, zur Digitalisierung der Justiz. Sie ist mir ein persönliches Anliegen. Ich habe zu Beginn meiner Amtszeit die Digitaloffensive in der Justiz gestartet. Wir sind inzwischen gut aufgestellt. Der elektronische Rechtsverkehr in Bayern ist eingeführt. Inzwischen haben wir etwa 12,5 Millionen elektronische Nachrichten pro Jahr. Wir sind bei der Einführung der elektronischen Akte sehr, sehr weit gekommen. Wir haben an allen Gerichten im Bereich des Zivil- und Familienrechts die E-Akte eingeführt. Wir werden im Bereich des Strafrechts nach dem Abschluss der Pilotierung im Herbst dann auch mit der Einführung der E-Akte in Strafsachen beginnen.

Wir sind beim Thema Videoverhandlungen gut aufgestellt. Alle Gerichte haben Video-Konferenzenanlagen. Jeder Richter hat eine Software auf seinem PC, mit der er Videoverhandlungen durchführen kann. Wir haben inzwischen über 13.000 Online-Verhandlungen pro Jahr, und ich wünsche mir, dass diese Zahl noch weiter gesteigert wird.

Lieber Kollege Böttl und liebe Frau Guttenberger, ich bin froh, dass ihr angesprochen habt, dass wir uns für die Themen Legal Tech und KI in Bayern ganz intensiv einsetzen und hier wirklich mit führend in ganz Deutschland sind. Das ist aus verschiedenen Gründen notwendig: Legal Tech und vor allem Künstliche Intelligenz werden den Rechtsmarkt verändern. Wir müssen deswegen verstehen, was hier vor sich geht. Wir wollen die Technologien aber auch nutzen, und wir müssen wissen, was wir nicht wollen und wo wir regulierend eingreifen müssen. Deswegen beschäftigen wir uns ganz intensiv damit. Es gibt verschiedene Projekte, wie wir Legal Tech und KI auch in unse-

rem Bereich einsetzen können. Die Justiz muss unterstützt werden, weil wir alle auf längere Sicht aufgrund der demografischen Entwicklung mit dem Fachkräftemangel zu tun haben werden. Deswegen ein herzliches Dankeschön dafür, dass wir den Weg der Digitalisierung weitergehen können.

Letztes Jahr haben wir 12,5 Millionen Euro mehr bekommen. In diesem Haushalt sind es 17,1 Millionen Euro jährlich. Wir investieren also alleine in Bayern pro Jahr rund 140 Millionen Euro in die IT-Ausstattung, in die Digitalisierung. Das bringt uns wirklich weiter voran. Deswegen ist auch aus diesem Grund der Haushalt sehr gut.

Ich habe auch die Strukturen weiter optimiert: Ich habe im Justizministerium eine Digitalabteilung eingeführt. Wir treiben durch Anträge auf der Justizministerkonferenz und durch andere rechtspolitische Initiativen die Digitalisierung in Deutschland mit voran. Ich würde mir wünschen – ich schaue nun wieder zu SPD und GRÜNEN –, dass das BMJ viel offener für das Thema Digitalisierung wäre. Ich habe den Eindruck, dass dort vor allem die gesellschaftspolitische Umgestaltung dieses Landes ein Schwerpunkt ist, aber im Bereich der Digitalisierung der Justiz erleben wir zu wenig Unterstützung. Ich möchte ausdrücklich das Schnecken tempo in diesem Bereich kritisieren, was ich auch regelmäßig auf Bundesebene mache.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss: Ein starker Rechtsstaat braucht eine starke Justiz. Wir haben einen starken Rechtsstaat, wir haben eine starke Justiz. Unser Motto lautet: Die Justiz ist für die Menschen da. Dieses Motto leben unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jeden Tag an den verschiedenen Standorten, an den Gerichten, bei den Staatsanwaltschaften und in den JVs. Deswegen möchte ich an dieser Stelle einen herzlichen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aussprechen. Sie leisten einen wichtigen und elementaren Beitrag für die Sicherheit und Freiheit der Menschen. Sie leisten so gute Arbeit, dass uns ganz viele Menschen in Bayern vertrauen. Vertrauen ist in diesen Zeiten eine unglaublich wichtige Währung. Wir rechtfertigen dieses Vertrauen auch vonseiten der Politik, indem wir unsere Gerichte, Staatsanwaltschaften und JVs ausreichend ausstatten. Deswegen bedanke

ich mich für diesen Haushalt. Er ist ein großer Erfolg. Ich bin sehr zufrieden. Ich bedanke mich beim Rechtsausschuss für die gute Zusammenarbeit, aber auch insgesamt beim Landtag für das große Wohlwollen für die Justiz und die große Unterstützung. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025, Einzelplan 04, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/856 mit 19/883 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 19/2055.

Ich beginne mit den namentlichen Abstimmungen über die vier Änderungsanträge der AfD-Fraktion, die elektronisch durchgeführt werden. Ich hoffe, Sie haben alle ihre Stimmkarte für das Gerät bei sich.

Zunächst ist über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Schlagkraft des Rechtssystems stärken I – zusätzliche Stellen für Richter" auf der Drucksache 19/873 in namentlicher Form abzustimmen. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 18:04 bis 18:07 Uhr)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, die Abstimmungszeit ist um. Die Abstimmung wird hiermit geschlossen. Die nächste namentliche Abstimmung kann erst nach einer kurzen Wartezeit gestartet werden, wenn das Ergebnis der vorangegangenen Abstimmung erfasst und gespeichert wurde. Sobald der Plenardienst die Freigabe signalisiert, machen wir mit der nächsten namentlichen Abstimmung weiter. –

(Unruhe)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um etwas um Ruhe. Wir fahren mit den namentlichen Abstimmungen fort. Es folgt nun die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Schlagkraft des Rechtssystems stärken II – zusätzliche Stellen für Rechtspfleger" auf Drucksache 19/874. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen ebenfalls zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt zwei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 18:09 bis 18:11 Uhr)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, die zwei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Die nächste namentliche Abstimmung kann wiederum erst nach einer kurzen Wartezeit gestartet werden. –

Wir kommen jetzt zur nächsten namentlichen Abstimmung. Es folgt nun die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Schlagkraft des Rechtssystems stärken III – zusätzliche Stellen für die Justizvollzugsanstalten" auf Drucksache 19/875. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen ebenfalls zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt wieder zwei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 18:12 bis 18:14 Uhr)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, die zwei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung.

Wir können jetzt schon mit der vierten Abstimmung fortfahren. Ich rufe nun die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Schädlingsbekämpfung in der JVA München" auf Drucksache 19/878 auf. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen ebenfalls zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt zwei Minuten. Die Abstimmung ist freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 18:15 bis 18:17 Uhr)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, die zwei Minuten sind um. Ich schließe hiermit die Abstimmung.

Ich gebe nun die Ergebnisse der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt.

Zum Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Schlagkraft des Rechtssystems stärken I – zusätzliche Stellen für Richter" auf Drucksache 19/873 haben mit Ja 26 Abgeordnete, mit Nein 131 Abgeordnete gestimmt; es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Ich gebe nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Schlagkraft des Rechtssystems stärken II – zusätzliche Stellen für Rechtspfleger" auf Drucksache 19/874 bekannt. Mit Ja haben 27 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 130 Abgeordnete; es gab keine Stimmenthaltungen. Auch dieser Änderungsantrag wurde abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Schlagkraft des Rechtssystems stärken III – zusätzliche Stellen für die Justizvollzugsanstalten" auf Drucksache 19/875 bekannt. Mit Ja haben 27 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 132 Abgeordnete; es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Jetzt zum vierten Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Schädlingsbekämpfung in der JVA München" auf Drucksache 19/878: Mit Ja haben 27 Abgeordnete ge-

stimmt, mit Nein 131 Abgeordnete; es gab keine Stimmenthaltungen. Auch dieser Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 04 selbst. Der Einzelplan 04 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 19/2055 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 04 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die CSU-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Ich bitte, Gegenstimmen genauso anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 04 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 8)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

"Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2024/2025 vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der SPD, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der AfD. Gegenstimmen! – Liegen nicht vor. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 19/2055 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/879 mit 19/883 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 04 ist damit abgeschlossen.

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 04.06.2024 zu Tagesordnungspunkt 4: Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u. a. und Fraktion AfD; Haushaltsplan 2024/2025; hier: Schlagkraft des Rechtssystems stärken I - zusätzliche Stellen für Richter (Kap. 04 04 Tit. 422 01) (Drucksache 19/873)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Adjei Benjamin</b>		X		<b>Eberwein Jürgen</b>			
<b>Aigner Ilse</b>		X		<b>Dr. Ebner Stefan</b>		X	
<b>Aiwanger Hubert</b>				<b>Ebner-Steiner Katrin</b>	X		
<b>Arnold Dieter</b>	X			<b>Dr. Eiling-Hütig Ute</b>		X	
<b>Arnold Horst</b>				<b>Eisenreich Georg</b>		X	
<b>Artmann Daniel</b>		X		<b>Enders Susann</b>		X	
<b>Atzinger Oskar</b>	X						
				<b>Fackler Wolfgang</b>			
<b>Bäumler Nicole</b>		X		<b>Fehlner Martina</b>			
<b>Bauer Volker</b>		X		<b>Feichtmeier Christiane</b>		X	
<b>Baumann Jörg</b>	X			<b>Flierl Alexander</b>		X	
<b>Baumgärtner Jürgen</b>		X		<b>Freller Karl</b>		X	
<b>Baur Konrad</b>		X		<b>Freudenberger Thorsten</b>		X	
<b>Prof. Dr. Bausback Winfried</b>		X		<b>Friedl Patrick</b>		X	
<b>Becher Johannes</b>				<b>Friesinger Sebastian</b>		X	
<b>Beck Tobias</b>		X		<b>Frühbeißer Stefan</b>		X	
<b>Becker Barbara</b>		X		<b>Fuchs Barbara</b>			
<b>Dr. Behr Andrea</b>		X		<b>Füracker Albert</b>			
<b>Behringer Martin</b>		X					
<b>Beißwenger Eric</b>				<b>Gerlach Judith</b>		X	
<b>Bergmüller Franz</b>	X			<b>Gießübel Martina</b>		X	
<b>Bernreiter Christian</b>				<b>Glauber Thorsten</b>			
<b>Birzele Andreas</b>				<b>Goller Mia</b>		X	
<b>Blume Markus</b>				<b>Gotthardt Tobias</b>		X	
<b>Böhm Martin</b>	X			<b>Graupner Richard</b>	X		
<b>Börtl Maximilian</b>		X		<b>Grießhammer Holger</b>		X	
<b>Bozoglu Cemal</b>		X		<b>Grob Alfred</b>		X	
<b>Brannekämper Robert</b>		X		<b>Groß Johann</b>			
<b>von Brunn Florian</b>				<b>Gross Sabine</b>			
<b>Dr. Brunnhuber Martin</b>		X		<b>Grossmann Patrick</b>		X	
<b>Dr. Büchler Markus</b>				<b>Guttenberger Petra</b>		X	
<b>Celina Kerstin</b>		X		<b>Prof. Dr. Hahn Ingo</b>			
				<b>Halbleib Volkmar</b>		X	
<b>Deisenhofer Maximilian</b>				<b>Halemba Daniel</b>			
<b>Demirel Gülseren</b>		X		<b>Hartmann Ludwig</b>		X	
<b>Dierkes Rene</b>	X			<b>Hauber Wolfgang</b>		X	
<b>Dierl Franc</b>		X		<b>Heinisch Bernhard</b>		X	
<b>Dr. Dietrich Alexander</b>		X		<b>Heisl Josef</b>		X	
<b>Dietz Leo</b>		X		<b>Dr. Herrmann Florian</b>		X	
<b>Dorow Alex</b>		X		<b>Herrmann Joachim</b>			
<b>Dremel Holger</b>		X		<b>Hierneis Christian</b>			
<b>Dünkel Norbert</b>		X		<b>Högl Petra</b>		X	
				<b>Hofmann Michael</b>		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Hold</b> Alexander			
<b>Holetschek</b> Klaus		X	
<b>Holz</b> Thomas		X	
<b>Dr. Hopp</b> Gerhard		X	
<b>Huber</b> Martin	X		
<b>Huber</b> Martin Andreas		X	
<b>Huber</b> Thomas		X	
<b>Huml</b> Melanie		X	
<b>Jäckel</b> Andreas		X	
<b>Jakob</b> Marina		X	
<b>Jungbauer</b> Björn		X	
<b>Jurca</b> Andreas	X		
<b>Kaniber</b> Michaela			
<b>Kaufmann</b> Andreas			
<b>Kirchner</b> Sandro			
<b>Knoblach</b> Paul			
<b>Knoll</b> Manuel		X	
<b>Köhler</b> Claudia		X	
<b>Köhler</b> Florian			
<b>Kohler</b> Jochen		X	
<b>Koller</b> Michael		X	
<b>Konrad</b> Joachim		X	
<b>Krahl</b> Andreas			
<b>Kraus</b> Nikolaus		X	
<b>Kühn</b> Harald		X	
<b>Kurz</b> Sanne		X	
<b>Lausch</b> Josef		X	
<b>Lettenbauer</b> Eva		X	
<b>Lindinger</b> Christian		X	
<b>Lipp</b> Oskar	X		
<b>Locke</b> Felix		X	
<b>Löw</b> Stefan	X		
<b>Dr. Loibl</b> Petra		X	
<b>Ludwig</b> Rainer		X	
<b>Magerl</b> Roland	X		
<b>Maier</b> Christoph			
<b>Mang</b> Ferdinand	X		
<b>Mannes</b> Gerd	X		
<b>Dr. Mehring</b> Fabian		X	
<b>Meier</b> Johannes	X		
<b>Meußgeier</b> Harald			
<b>Meyer</b> Stefan		X	
<b>Miskowitsch</b> Benjamin		X	
<b>Mistol</b> Jürgen		X	
<b>Mittag</b> Martin		X	
<b>Müller</b> Johann	X		
<b>Müller</b> Ruth			
<b>Müller</b> Ulrike		X	
<b>Nolte</b> Benjamin	X		
<b>Nussel</b> Walter		X	
<b>Dr. Oetzinger</b> Stephan		X	
<b>Osgyan</b> Verena		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Pargent</b> Tim		X	
<b>Prof. Dr. Piazzolo</b> Michael		X	
<b>Pirner</b> Thomas		X	
<b>Pohl</b> Bernhard		X	
<b>Post</b> Julia		X	
<b>Preidl</b> Julian			
<b>Rasehorn</b> Anna		X	
<b>Rauscher</b> Doris		X	
<b>Reiß</b> Tobias		X	
<b>Rinderspacher</b> Markus			
<b>Rittel</b> Anton		X	
<b>Roon</b> Elena	X		
<b>Saller</b> Markus		X	
<b>Schack</b> Jenny		X	
<b>Schalk</b> Andreas			
<b>Scharf</b> Martin		X	
<b>Scharf</b> Ulrike			
<b>Scheuenstuhl</b> Harry			
<b>Schießl</b> Werner			
<b>Schmid</b> Franz			
<b>Schmid</b> Josef		X	
<b>Schmidt</b> Gabi		X	
<b>Schnotz</b> Helmut		X	
<b>Schnürer</b> Sascha		X	
<b>Schöffel</b> Martin			
<b>Schorer-Dremel</b> Tanja		X	
<b>Schreyer</b> Kerstin		X	
<b>Schuberl</b> Toni		X	
<b>Schuhknecht</b> Stephanie			
<b>Schulze</b> Katharina		X	
<b>Schwab</b> Thorsten		X	
<b>Dr. Schwartz</b> Harald		X	
<b>Seidenath</b> Bernhard		X	
<b>Siekmann</b> Florian		X	
<b>Singer</b> Ulrich	X		
<b>Dr. Söder</b> Markus			
<b>Sowa</b> Ursula		X	
<b>Stadler</b> Ralf	X		
<b>Stieglitz</b> Werner		X	
<b>Stock</b> Martin		X	
<b>Stolz</b> Anna			
<b>Storm</b> Ramona	X		
<b>Straub</b> Karl		X	
<b>Streibl</b> Florian		X	
<b>Striedl</b> Markus	X		
<b>Dr. Strohmayer</b> Simone		X	
<b>Stümpfig</b> Martin		X	
<b>Tasdelen</b> Arif		X	
<b>Tomaschko</b> Peter		X	
<b>Toso</b> Roswitha		X	
<b>Trautner</b> Carolina		X	
<b>Triebel</b> Gabriele			
<b>Vogel</b> Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Vogler</b> Matthias	X		
<b>Wachler</b> Peter		X	
<b>Wagle</b> Martin		X	
<b>Walbrunn</b> Markus	X		
Freiherr von <b>Waldenfels</b> Kristan		X	
<b>Waldmann</b> Ruth		X	
<b>Weber</b> Laura		X	
Dr. <b>Weigand</b> Sabine			
<b>Weigert</b> Roland			
<b>Weitzel</b> Katja		X	
<b>Widmann</b> Jutta		X	
<b>Winhart</b> Andreas	X		
<b>Zellmeier</b> Josef		X	
<b>Zierer</b> Benno		X	
Freiherr von <b>Zobel</b> Felix		X	
<b>Zöller</b> Thomas		X	
<b>Zwanziger</b> Christian		X	
<b>Gesamtsumme</b>	26	131	0

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 04.06.2024 zu Tagesordnungspunkt 4: Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u. a. und Fraktion AfD; Haushaltsplan 2024/2025; hier: Schlagkraft des Rechtssystems stärken II - zusätzliche Stellen für Rechtspfleger (Kap. 04 04 Tit. 422 21) (Drucksache 19/874)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Adjei Benjamin</b>				<b>Eberwein Jürgen</b>			
<b>Aigner Ilse</b>		X		<b>Dr. Ebner Stefan</b>		X	
<b>Aiwanger Hubert</b>				<b>Ebner-Steiner Katrin</b>	X		
<b>Arnold Dieter</b>	X			<b>Dr. Eiling-Hütig Ute</b>		X	
<b>Arnold Horst</b>		X		<b>Eisenreich Georg</b>		X	
<b>Artmann Daniel</b>		X		<b>Enders Susann</b>		X	
<b>Atzinger Oskar</b>	X						
				<b>Fackler Wolfgang</b>			
<b>Bäumler Nicole</b>		X		<b>Fehlner Martina</b>			
<b>Bauer Volker</b>		X		<b>Feichtmeier Christiane</b>		X	
<b>Baumann Jörg</b>	X			<b>Flierl Alexander</b>		X	
<b>Baumgärtner Jürgen</b>		X		<b>Freller Karl</b>		X	
<b>Baur Konrad</b>		X		<b>Freudenberger Thorsten</b>		X	
<b>Prof. Dr. Bausback Winfried</b>		X		<b>Friedl Patrick</b>		X	
<b>Becher Johannes</b>				<b>Friesinger Sebastian</b>		X	
<b>Beck Tobias</b>		X		<b>Frühbeißer Stefan</b>		X	
<b>Becker Barbara</b>		X		<b>Fuchs Barbara</b>			
<b>Dr. Behr Andrea</b>		X		<b>Füracker Albert</b>		X	
<b>Behringer Martin</b>		X					
<b>Beißwenger Eric</b>				<b>Gerlach Judith</b>			
<b>Bergmüller Franz</b>	X			<b>Gießübel Martina</b>		X	
<b>Bernreiter Christian</b>				<b>Glauber Thorsten</b>			
<b>Birzele Andreas</b>				<b>Goller Mia</b>		X	
<b>Blume Markus</b>				<b>Gotthardt Tobias</b>		X	
<b>Böhm Martin</b>	X			<b>Graupner Richard</b>	X		
<b>Börtl Maximilian</b>		X		<b>Grießhammer Holger</b>		X	
<b>Bozoglu Cemal</b>		X		<b>Grob Alfred</b>		X	
<b>Brannekämper Robert</b>		X		<b>Groß Johann</b>			
<b>von Brunn Florian</b>				<b>Gross Sabine</b>			
<b>Dr. Brunnhuber Martin</b>		X		<b>Grossmann Patrick</b>		X	
<b>Dr. Büchler Markus</b>				<b>Guttenberger Petra</b>		X	
<b>Celina Kerstin</b>				<b>Prof. Dr. Hahn Ingo</b>			
				<b>Halbleib Volkmar</b>		X	
<b>Deisenhofer Maximilian</b>				<b>Halemba Daniel</b>			
<b>Demirel Gülseren</b>		X		<b>Hartmann Ludwig</b>		X	
<b>Dierkes Rene</b>	X			<b>Hauber Wolfgang</b>		X	
<b>Dierl Franc</b>		X		<b>Heinisch Bernhard</b>		X	
<b>Dr. Dietrich Alexander</b>		X		<b>Heisl Josef</b>		X	
<b>Dietz Leo</b>		X		<b>Dr. Herrmann Florian</b>		X	
<b>Dorow Alex</b>		X		<b>Herrmann Joachim</b>			
<b>Dremel Holger</b>		X		<b>Hierneis Christian</b>			
<b>Dünkel Norbert</b>		X		<b>Högl Petra</b>		X	
				<b>Hofmann Michael</b>		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Hold</b> Alexander			
<b>Holetschek</b> Klaus		X	
<b>Holz</b> Thomas		X	
<b>Dr. Hopp</b> Gerhard		X	
<b>Huber</b> Martin	X		
<b>Huber</b> Martin Andreas		X	
<b>Huber</b> Thomas		X	
<b>Huml</b> Melanie		X	
<b>Jäckel</b> Andreas		X	
<b>Jakob</b> Marina		X	
<b>Jungbauer</b> Björn		X	
<b>Jurca</b> Andreas	X		
<b>Kaniber</b> Michaela			
<b>Kaufmann</b> Andreas			
<b>Kirchner</b> Sandro			
<b>Knoblach</b> Paul			
<b>Knoll</b> Manuel		X	
<b>Köhler</b> Claudia		X	
<b>Köhler</b> Florian	X		
<b>Kohler</b> Jochen		X	
<b>Koller</b> Michael		X	
<b>Konrad</b> Joachim		X	
<b>Krahl</b> Andreas			
<b>Kraus</b> Nikolaus		X	
<b>Kühn</b> Harald		X	
<b>Kurz</b> Sanne		X	
<b>Lausch</b> Josef		X	
<b>Lettenbauer</b> Eva		X	
<b>Lindinger</b> Christian		X	
<b>Lipp</b> Oskar	X		
<b>Locke</b> Felix		X	
<b>Löw</b> Stefan	X		
<b>Dr. Loibl</b> Petra		X	
<b>Ludwig</b> Rainer		X	
<b>Magerl</b> Roland	X		
<b>Maier</b> Christoph			
<b>Mang</b> Ferdinand	X		
<b>Mannes</b> Gerd	X		
<b>Dr. Mehring</b> Fabian		X	
<b>Meier</b> Johannes	X		
<b>Meußgeier</b> Harald			
<b>Meyer</b> Stefan		X	
<b>Miskowitsch</b> Benjamin		X	
<b>Mistol</b> Jürgen		X	
<b>Mittag</b> Martin		X	
<b>Müller</b> Johann	X		
<b>Müller</b> Ruth		X	
<b>Müller</b> Ulrike		X	
<b>Nolte</b> Benjamin	X		
<b>Nussel</b> Walter		X	
<b>Dr. Oetzing</b> Stephan		X	
<b>Osgyan</b> Verena		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Pargent</b> Tim		X	
<b>Prof. Dr. Piazzolo</b> Michael		X	
<b>Pirner</b> Thomas		X	
<b>Pohl</b> Bernhard		X	
<b>Post</b> Julia		X	
<b>Preidl</b> Julian			
<b>Rasehorn</b> Anna		X	
<b>Rauscher</b> Doris		X	
<b>Reiß</b> Tobias		X	
<b>Rinderspacher</b> Markus			
<b>Rittel</b> Anton		X	
<b>Roon</b> Elena	X		
<b>Saller</b> Markus		X	
<b>Schack</b> Jenny		X	
<b>Schalk</b> Andreas			
<b>Scharf</b> Martin		X	
<b>Scharf</b> Ulrike			
<b>Scheuenstuhl</b> Harry			
<b>Schießl</b> Werner			
<b>Schmid</b> Franz			
<b>Schmid</b> Josef		X	
<b>Schmidt</b> Gabi		X	
<b>Schnotz</b> Helmut		X	
<b>Schnürer</b> Sascha		X	
<b>Schöffel</b> Martin		X	
<b>Schorer-Dremel</b> Tanja		X	
<b>Schreyer</b> Kerstin		X	
<b>Schuberl</b> Toni		X	
<b>Schuhknecht</b> Stephanie			
<b>Schulze</b> Katharina		X	
<b>Schwab</b> Thorsten		X	
<b>Dr. Schwartz</b> Harald			
<b>Seidenath</b> Bernhard		X	
<b>Siekmann</b> Florian		X	
<b>Singer</b> Ulrich	X		
<b>Dr. Söder</b> Markus			
<b>Sowa</b> Ursula		X	
<b>Stadler</b> Ralf	X		
<b>Stieglitz</b> Werner		X	
<b>Stock</b> Martin		X	
<b>Stolz</b> Anna			
<b>Storm</b> Ramona	X		
<b>Straub</b> Karl		X	
<b>Streibl</b> Florian		X	
<b>Striedl</b> Markus	X		
<b>Dr. Strohmayer</b> Simone			
<b>Stümpfig</b> Martin		X	
<b>Tasdelen</b> Arif		X	
<b>Tomaschko</b> Peter		X	
<b>Toso</b> Roswitha		X	
<b>Trautner</b> Carolina		X	
<b>Triebel</b> Gabriele			
<b>Vogel</b> Steffen	X	X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Vogler</b> Matthias	X		
<b>Wachler</b> Peter		X	
<b>Wagle</b> Martin		X	
<b>Walbrunn</b> Markus	X		
Freiherr von <b>Waldenfels</b> Kristan		X	
<b>Waldmann</b> Ruth		X	
<b>Weber</b> Laura		X	
Dr. <b>Weigand</b> Sabine			
<b>Weigert</b> Roland			
<b>Weitzel</b> Katja		X	
<b>Widmann</b> Jutta		X	
<b>Winhart</b> Andreas	X		
<b>Zellmeier</b> Josef		X	
<b>Zierer</b> Benno		X	
Freiherr von <b>Zobel</b> Felix		X	
<b>Zöller</b> Thomas		X	
<b>Zwanziger</b> Christian		X	
<b>Gesamtsumme</b>	27	130	0

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 04.06.2024 zu Tagesordnungspunkt 4: Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Dieter Arnold u. a. und Fraktion AfD; Haushaltsplan 2024/2025; hier: Schlagkraft des Rechtssystems stärken III - zusätzliche Stellen für die Justizvollzugsanstalten (Kap. 04 05 Tit. 422 21) (Drucksache 19/875)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Adjei Benjamin</b>		X		<b>Eberwein Jürgen</b>			
<b>Aigner Ilse</b>		X		<b>Dr. Ebner Stefan</b>		X	
<b>Aiwanger Hubert</b>				<b>Ebner-Steiner Katrin</b>	X		
<b>Arnold Dieter</b>	X			<b>Dr. Eiling-Hütig Ute</b>		X	
<b>Arnold Horst</b>		X		<b>Eisenreich Georg</b>		X	
<b>Artmann Daniel</b>		X		<b>Enders Susann</b>		X	
<b>Atzinger Oskar</b>	X						
				<b>Fackler Wolfgang</b>		X	
<b>Bäumler Nicole</b>		X		<b>Fehlner Martina</b>			
<b>Bauer Volker</b>		X		<b>Feichtmeier Christiane</b>		X	
<b>Baumann Jörg</b>	X			<b>Flierl Alexander</b>		X	
<b>Baumgärtner Jürgen</b>		X		<b>Freller Karl</b>		X	
<b>Baur Konrad</b>		X		<b>Freudenberger Thorsten</b>		X	
<b>Prof. Dr. Bausback Winfried</b>		X		<b>Friedl Patrick</b>		X	
<b>Becher Johannes</b>				<b>Friesinger Sebastian</b>		X	
<b>Beck Tobias</b>		X		<b>Frühbeißer Stefan</b>		X	
<b>Becker Barbara</b>		X		<b>Fuchs Barbara</b>			
<b>Dr. Behr Andrea</b>		X		<b>Füracker Albert</b>		X	
<b>Behringer Martin</b>		X					
<b>Beißwenger Eric</b>				<b>Gerlach Judith</b>		X	
<b>Bergmüller Franz</b>	X			<b>Gießübel Martina</b>		X	
<b>Bernreiter Christian</b>				<b>Glauber Thorsten</b>			
<b>Birzele Andreas</b>				<b>Goller Mia</b>		X	
<b>Blume Markus</b>				<b>Gotthardt Tobias</b>		X	
<b>Böhm Martin</b>	X			<b>Graupner Richard</b>	X		
<b>Börtl Maximilian</b>		X		<b>Grießhammer Holger</b>		X	
<b>Bozoglu Cemal</b>		X		<b>Grob Alfred</b>		X	
<b>Brannekämper Robert</b>		X		<b>Groß Johann</b>			
<b>von Brunn Florian</b>				<b>Gross Sabine</b>			
<b>Dr. Brunnhuber Martin</b>		X		<b>Grossmann Patrick</b>		X	
<b>Dr. Büchler Markus</b>				<b>Guttenberger Petra</b>		X	
<b>Celina Kerstin</b>				<b>Prof. Dr. Hahn Ingo</b>			
				<b>Halbleib Volkmar</b>		X	
<b>Deisenhofer Maximilian</b>				<b>Halemba Daniel</b>			
<b>Demirel Gülseren</b>		X		<b>Hartmann Ludwig</b>		X	
<b>Dierkes Rene</b>	X			<b>Hauber Wolfgang</b>		X	
<b>Dierl Franc</b>		X		<b>Heinisch Bernhard</b>		X	
<b>Dr. Dietrich Alexander</b>		X		<b>Heisl Josef</b>		X	
<b>Dietz Leo</b>		X		<b>Dr. Herrmann Florian</b>		X	
<b>Dorow Alex</b>		X		<b>Herrmann Joachim</b>			
<b>Dremel Holger</b>		X		<b>Hierneis Christian</b>			
<b>Dünkel Norbert</b>		X		<b>Högl Petra</b>		X	
				<b>Hofmann Michael</b>		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Hold</b> Alexander			
<b>Holetschek</b> Klaus		X	
<b>Holz</b> Thomas		X	
<b>Dr. Hopp</b> Gerhard		X	
<b>Huber</b> Martin	X		
<b>Huber</b> Martin Andreas		X	
<b>Huber</b> Thomas		X	
<b>Huml</b> Melanie		X	
<b>Jäckel</b> Andreas		X	
<b>Jakob</b> Marina		X	
<b>Jungbauer</b> Björn		X	
<b>Jurca</b> Andreas	X		
<b>Kaniber</b> Michaela			
<b>Kaufmann</b> Andreas			
<b>Kirchner</b> Sandro			
<b>Knoblach</b> Paul			
<b>Knoll</b> Manuel		X	
<b>Köhler</b> Claudia		X	
<b>Köhler</b> Florian	X		
<b>Kohler</b> Jochen		X	
<b>Koller</b> Michael		X	
<b>Konrad</b> Joachim		X	
<b>Krahl</b> Andreas			
<b>Kraus</b> Nikolaus		X	
<b>Kühn</b> Harald		X	
<b>Kurz</b> Sanne		X	
<b>Lausch</b> Josef		X	
<b>Lettenbauer</b> Eva			
<b>Lindinger</b> Christian		X	
<b>Lipp</b> Oskar	X		
<b>Locke</b> Felix		X	
<b>Löw</b> Stefan	X		
<b>Dr. Loibl</b> Petra		X	
<b>Ludwig</b> Rainer		X	
<b>Magerl</b> Roland	X		
<b>Maier</b> Christoph			
<b>Mang</b> Ferdinand	X		
<b>Mannes</b> Gerd	X		
<b>Dr. Mehring</b> Fabian		X	
<b>Meier</b> Johannes	X		
<b>Meußgeier</b> Harald			
<b>Meyer</b> Stefan		X	
<b>Miskowitsch</b> Benjamin		X	
<b>Mistol</b> Jürgen		X	
<b>Mittag</b> Martin		X	
<b>Müller</b> Johann	X		
<b>Müller</b> Ruth		X	
<b>Müller</b> Ulrike		X	
<b>Nolte</b> Benjamin	X		
<b>Nussel</b> Walter		X	
<b>Dr. Oetzinger</b> Stephan		X	
<b>Osgyan</b> Verena		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Pargent</b> Tim		X	
<b>Prof. Dr. Piazzolo</b> Michael		X	
<b>Pirner</b> Thomas		X	
<b>Pohl</b> Bernhard		X	
<b>Post</b> Julia		X	
<b>Preidl</b> Julian			
<b>Rasehorn</b> Anna		X	
<b>Rauscher</b> Doris		X	
<b>Reiß</b> Tobias		X	
<b>Rinderspacher</b> Markus			
<b>Rittel</b> Anton		X	
<b>Roon</b> Elena	X		
<b>Saller</b> Markus		X	
<b>Schack</b> Jenny		X	
<b>Schalk</b> Andreas			
<b>Scharf</b> Martin		X	
<b>Scharf</b> Ulrike			
<b>Scheuenstuhl</b> Harry			
<b>Schießl</b> Werner			
<b>Schmid</b> Franz			
<b>Schmid</b> Josef		X	
<b>Schmidt</b> Gabi		X	
<b>Schnotz</b> Helmut		X	
<b>Schnürer</b> Sascha		X	
<b>Schöffel</b> Martin		X	
<b>Schorer-Dremel</b> Tanja		X	
<b>Schreyer</b> Kerstin		X	
<b>Schuberl</b> Toni		X	
<b>Schuhknecht</b> Stephanie			
<b>Schulze</b> Katharina		X	
<b>Schwab</b> Thorsten		X	
<b>Dr. Schwartz</b> Harald		X	
<b>Seidenath</b> Bernhard		X	
<b>Siekmann</b> Florian		X	
<b>Singer</b> Ulrich	X		
<b>Dr. Söder</b> Markus			
<b>Sowa</b> Ursula		X	
<b>Stadler</b> Ralf	X		
<b>Stieglitz</b> Werner		X	
<b>Stock</b> Martin		X	
<b>Stolz</b> Anna			
<b>Storm</b> Ramona	X		
<b>Straub</b> Karl			
<b>Streibl</b> Florian		X	
<b>Striedl</b> Markus	X		
<b>Dr. Strohmayer</b> Simone		X	
<b>Stümpfig</b> Martin		X	
<b>Tasdelen</b> Arif		X	
<b>Tomaschko</b> Peter		X	
<b>Toso</b> Roswitha		X	
<b>Trautner</b> Carolina		X	
<b>Triebel</b> Gabriele			
<b>Vogel</b> Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Vogler</b> Matthias	X		
<b>Wachler</b> Peter		X	
<b>Wagle</b> Martin		X	
<b>Walbrunn</b> Markus	X		
Freiherr von <b>Waldenfels</b> Kristan		X	
<b>Waldmann</b> Ruth		X	
<b>Weber</b> Laura		X	
Dr. <b>Weigand</b> Sabine			
<b>Weigert</b> Roland			
<b>Weitzel</b> Katja		X	
<b>Widmann</b> Jutta		X	
<b>Winhart</b> Andreas	X		
<b>Zellmeier</b> Josef		X	
<b>Zierer</b> Benno			
Freiherr von <b>Zobel</b> Felix		X	
<b>Zöller</b> Thomas		X	
<b>Zwanziger</b> Christian		X	
<b>Gesamtsumme</b>	27	132	0

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 04.06.2024 zu Tagesordnungspunkt 4: Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Dieter Arnold u. a. und Fraktion AfD; Haushaltsplan 2024/2025; hier: Schädlingsbekämpfung in der JVA München (Kap. 04 05 neuer Tit.) (Drucksache 19/878)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Adjei Benjamin</b>		X		<b>Eberwein Jürgen</b>			
<b>Aigner Ilse</b>		X		<b>Dr. Ebner Stefan</b>		X	
<b>Aiwanger Hubert</b>				<b>Ebner-Steiner Katrin</b>	X		
<b>Arnold Dieter</b>	X			<b>Dr. Eiling-Hütig Ute</b>		X	
<b>Arnold Horst</b>		X		<b>Eisenreich Georg</b>		X	
<b>Artmann Daniel</b>		X		<b>Enders Susann</b>		X	
<b>Atzinger Oskar</b>	X						
				<b>Fackler Wolfgang</b>		X	
<b>Bäumler Nicole</b>		X		<b>Fehlner Martina</b>			
<b>Bauer Volker</b>		X		<b>Feichtmeier Christiane</b>			
<b>Baumann Jörg</b>	X			<b>Flierl Alexander</b>		X	
<b>Baumgärtner Jürgen</b>		X		<b>Freller Karl</b>		X	
<b>Baur Konrad</b>		X		<b>Freudenberger Thorsten</b>		X	
<b>Prof. Dr. Bausback Winfried</b>		X		<b>Friedl Patrick</b>		X	
<b>Becher Johannes</b>				<b>Friesinger Sebastian</b>		X	
<b>Beck Tobias</b>				<b>Frühbeißer Stefan</b>		X	
<b>Becker Barbara</b>		X		<b>Fuchs Barbara</b>			
<b>Dr. Behr Andrea</b>				<b>Füracker Albert</b>		X	
<b>Behringer Martin</b>		X					
<b>Beißwenger Eric</b>				<b>Gerlach Judith</b>		X	
<b>Bergmüller Franz</b>	X			<b>Gießübel Martina</b>		X	
<b>Bernreiter Christian</b>				<b>Glauber Thorsten</b>			
<b>Birzele Andreas</b>				<b>Goller Mia</b>		X	
<b>Blume Markus</b>				<b>Gotthardt Tobias</b>		X	
<b>Böhm Martin</b>	X			<b>Graupner Richard</b>	X		
<b>Börtl Maximilian</b>				<b>Grießhammer Holger</b>		X	
<b>Bozoglu Cemal</b>		X		<b>Grob Alfred</b>		X	
<b>Brannekämper Robert</b>		X		<b>Groß Johann</b>			
<b>von Brunn Florian</b>				<b>Gross Sabine</b>			
<b>Dr. Brunnhuber Martin</b>		X		<b>Grossmann Patrick</b>		X	
<b>Dr. Büchler Markus</b>				<b>Guttenberger Petra</b>		X	
<b>Celina Kerstin</b>		X		<b>Prof. Dr. Hahn Ingo</b>			
				<b>Halbleib Volkmar</b>		X	
<b>Deisenhofer Maximilian</b>				<b>Halemba Daniel</b>			
<b>Demirel Gülseren</b>				<b>Hartmann Ludwig</b>		X	
<b>Dierkes Rene</b>	X			<b>Hauber Wolfgang</b>		X	
<b>Dierl Franc</b>		X		<b>Heinisch Bernhard</b>		X	
<b>Dr. Dietrich Alexander</b>		X		<b>Heisl Josef</b>		X	
<b>Dietz Leo</b>		X		<b>Dr. Herrmann Florian</b>		X	
<b>Dorow Alex</b>		X		<b>Herrmann Joachim</b>			
<b>Dremel Holger</b>		X		<b>Hierneis Christian</b>			
<b>Dünkel Norbert</b>		X		<b>Högl Petra</b>		X	
				<b>Hofmann Michael</b>		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Hold</b> Alexander			
<b>Holetschek</b> Klaus		X	
<b>Holz</b> Thomas		X	
<b>Dr. Hopp</b> Gerhard		X	
<b>Huber</b> Martin	X		
<b>Huber</b> Martin Andreas		X	
<b>Huber</b> Thomas		X	
<b>Huml</b> Melanie		X	
<b>Jäckel</b> Andreas		X	
<b>Jakob</b> Marina		X	
<b>Jungbauer</b> Björn		X	
<b>Jurca</b> Andreas	X		
<b>Kaniber</b> Michaela			
<b>Kaufmann</b> Andreas			
<b>Kirchner</b> Sandro			
<b>Knoblach</b> Paul			
<b>Knoll</b> Manuel		X	
<b>Köhler</b> Claudia		X	
<b>Köhler</b> Florian	X		
<b>Kohler</b> Jochen		X	
<b>Koller</b> Michael		X	
<b>Konrad</b> Joachim		X	
<b>Krahl</b> Andreas			
<b>Kraus</b> Nikolaus		X	
<b>Kühn</b> Harald		X	
<b>Kurz</b> Sanne		X	
<b>Lausch</b> Josef		X	
<b>Lettenbauer</b> Eva		X	
<b>Lindinger</b> Christian		X	
<b>Lipp</b> Oskar	X		
<b>Locke</b> Felix		X	
<b>Löw</b> Stefan	X		
<b>Dr. Loibl</b> Petra		X	
<b>Ludwig</b> Rainer		X	
<b>Magerl</b> Roland	X		
<b>Maier</b> Christoph			
<b>Mang</b> Ferdinand	X		
<b>Mannes</b> Gerd	X		
<b>Dr. Mehring</b> Fabian		X	
<b>Meier</b> Johannes	X		
<b>Meußgeier</b> Harald			
<b>Meyer</b> Stefan		X	
<b>Miskowitsch</b> Benjamin		X	
<b>Mistol</b> Jürgen		X	
<b>Mittag</b> Martin		X	
<b>Müller</b> Johann	X		
<b>Müller</b> Ruth		X	
<b>Müller</b> Ulrike		X	
<b>Nolte</b> Benjamin	X		
<b>Nussel</b> Walter		X	
<b>Dr. Oetzing</b> Stephan		X	
<b>Osgyan</b> Verena		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Pargent</b> Tim		X	
<b>Prof. Dr. Piazzolo</b> Michael		X	
<b>Pirner</b> Thomas		X	
<b>Pohl</b> Bernhard		X	
<b>Post</b> Julia		X	
<b>Preidl</b> Julian			
<b>Rasehorn</b> Anna		X	
<b>Rauscher</b> Doris		X	
<b>Reiß</b> Tobias		X	
<b>Rinderspacher</b> Markus			
<b>Rittel</b> Anton		X	
<b>Roon</b> Elena	X		
<b>Saller</b> Markus		X	
<b>Schack</b> Jenny		X	
<b>Schalk</b> Andreas			
<b>Scharf</b> Martin		X	
<b>Scharf</b> Ulrike			
<b>Scheuenstuhl</b> Harry			
<b>Schießl</b> Werner			
<b>Schmid</b> Franz			
<b>Schmid</b> Josef		X	
<b>Schmidt</b> Gabi		X	
<b>Schnotz</b> Helmut		X	
<b>Schnürer</b> Sascha		X	
<b>Schöffel</b> Martin		X	
<b>Schorer-Dremel</b> Tanja		X	
<b>Schreyer</b> Kerstin		X	
<b>Schuberl</b> Toni		X	
<b>Schuhknecht</b> Stephanie			
<b>Schulze</b> Katharina		X	
<b>Schwab</b> Thorsten		X	
<b>Dr. Schwartz</b> Harald		X	
<b>Seidenath</b> Bernhard		X	
<b>Siekmann</b> Florian		X	
<b>Singer</b> Ulrich	X		
<b>Dr. Söder</b> Markus			
<b>Sowa</b> Ursula		X	
<b>Stadler</b> Ralf	X		
<b>Stieglitz</b> Werner		X	
<b>Stock</b> Martin		X	
<b>Stolz</b> Anna			
<b>Storm</b> Ramona	X		
<b>Straub</b> Karl		X	
<b>Streibl</b> Florian		X	
<b>Striedl</b> Markus	X		
<b>Dr. Strohmayer</b> Simone		X	
<b>Stümpfig</b> Martin		X	
<b>Tasdelen</b> Arif		X	
<b>Tomaschko</b> Peter		X	
<b>Toso</b> Roswitha		X	
<b>Trautner</b> Carolina		X	
<b>Triebel</b> Gabriele			
<b>Vogel</b> Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Vogler</b> Matthias	X		
<b>Wachler</b> Peter		X	
<b>Wagle</b> Martin		X	
<b>Walbrunn</b> Markus	X		
Freiherr von <b>Waldenfels</b> Kristan		X	
<b>Waldmann</b> Ruth		X	
<b>Weber</b> Laura		X	
Dr. <b>Weigand</b> Sabine			
<b>Weigert</b> Roland			
<b>Weitzel</b> Katja		X	
<b>Widmann</b> Jutta		X	
<b>Winhart</b> Andreas	X		
<b>Zellmeier</b> Josef		X	
<b>Zierer</b> Benno		X	
Freiherr von <b>Zobel</b> Felix		X	
<b>Zöller</b> Thomas		X	
<b>Zwanziger</b> Christian		X	
<b>Gesamtsumme</b>	27	131	0

## Mitteilung

### des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt 4

#### **Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 04**

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Erhöhung der Personalausgaben zur Institutionalisierung der  
Rechtstatsachenforschung in Bayern  
(Kap. 04 01 Tit. 422 31 und Tit. 428 01)  
Drs. 19/856
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Erhöhung der Mittel für die Aus- und Fortbildung der nichtrichterlichen  
Beisitzer (Schöffen) in Bayern  
(Kap. 04 04 Tit. 412 01)  
Drs. 19/857
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Mittel für die Finanzierung von 80 neuen R 1-Stellen für Richterinnen  
und Richter sowie für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte  
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)  
Drs. 19/858
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Mittel für die Finanzierung von 70 neuen Stellen für Rechtspflegerinnen  
und Rechtspfleger in der BesGr. A 11 sowie für Stellenhebungen,  
insbesondere von A 12 nach A 13, sowie für den Ausbau der Spitzenstellen  
für die modulare Qualifizierung  
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)  
Drs. 19/859

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Mittel für die Finanzierung der Stellenhebung von 252 Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern von BesGr. A 8 nach BesGr. A 9  
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)  
Drs. 19/860
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Erhöhung der Mittel für die Fortbildung der Richterinnen und Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit und der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Bayern  
(Kap. 04 04 Tit. 525 01)  
Drs. 19/861
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Mittel für die Finanzierung von 226 neuen Stellen für alle Funktionsbereiche und Dienste in den Justizvollzugsanstalten in Bayern für einen guten Behandlungsvollzug  
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)  
Drs. 19/862
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Erhöhung der Mittel für die Gefangenen- und Entlassenenfürsorge in Bayern  
(Kap. 04 05 Tit. 681 02)  
Drs. 19/863
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Personalsituation in der Justiz verbessern  
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)  
Drs. 19/864
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Personalsituation in der Bewährungshilfe verbessern, Arbeit mit jugendlichen Intensivtäterinnen und -tätern stärken  
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)  
Drs. 19/865
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Digitale Ausstattung für die Bewährungshilfe  
(Kap. 04 04 Tit. 511 99)  
Drs. 19/866

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: IT-Ausstattung der Gerichte verbessern – mobiles Arbeiten ausweiten  
(Kap. 04 04 Tit. 511 99)  
Drs. 19/867
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Personalsituation im Justizvollzug verbessern  
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)  
Drs. 19/868
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Islamische Gefängnisseelsorge stärken  
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)  
Drs. 19/869
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Bündnis für Toleranz  
(Kap. 04 01 Tit. 684 01)  
Drs. 19/870
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Treibhausgasausgleich  
(Kap. 04 02 Tit. 533 49)  
Drs. 19/871
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Photovoltaik auf staatlichen Dächern  
(Kap. 04 02 Tit. 701 11)  
Drs. 19/872
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Schlagkraft des Rechtssystems stärken I – zusätzliche Stellen für Richter  
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)  
Drs. 19/873
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Schlagkraft des Rechtssystems stärken II – zusätzliche Stellen für Rechtspfleger  
(Kap. 04 04 Tit. 422 21)  
Drs. 19/874

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Schlagkraft des Rechtssystems stärken III – zusätzliche Stellen für die Justizvollzugsanstalten  
(Kap. 04 05 Tit. 422 21)  
Drs. 19/875
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Rechtskunde und Rechtsbildung für Asylbewerber  
(Kap. 04 04 Tit. 427 01)  
Drs. 19/876
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zusätzliche Mittel für die Einrichtung der Abschiebungshaft in Eichstätt und Hof  
(Kap. 04 05 Tit. 519 01)  
Drs. 19/877
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Schädlingsbekämpfung in der JVA München  
(Kap. 04 05 neuer Tit.)  
Drs. 19/878

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Harald Kühn

Abg. Kerstin Celina

Abg. Andreas Winhart

Abg. Susann Enders

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Martin Huber

Abg. Bernhard Seidenath

Abg. Laura Weber

Abg. Thomas Zöllner

Staatsministerin Judith Gerlach

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

## **Haushaltsplan 2024/2025**

### **Einzelplan 14**

**für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit,  
Pflege und Prävention**

hierzu:

**Änderungsanträge** der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 19/1303 mit 19/1308)

**Änderungsanträge** der SPD-Fraktion (Drsn. 19/1309 mit 19/1316)

**Änderungsanträge** der AfD-Fraktion (Drsn. 19/1317 mit 19/1326 und Drsn. 19/1328 mit 19/1346)

**Interfraktionelle Änderungsanträge** der Fraktion FREIE WÄHLER und von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 19/1347 mit 19/1349)

**Interfraktionelle Änderungsanträge** von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 19/1350 mit 19/1361 und 19/1449)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen wurde im Ältestenrat auf 45 Minuten festgelegt. Die Redezeiten der Fraktionen dürften Ihnen bekannt sein.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die AfD-Fraktion zu ihren Änderungsanträgen auf den Drucksachen 19/1334, 19/1336 und 19/1337 namentliche Abstimmung beantragt hat.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner dem Kollegen Harald Kühn das Wort.

**Harald Kühn (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Staatsministerin Gerlach, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Für jeden Menschen ist Gesundheit das wichtigste Gut. In Zeiten von Krisen, Kriegen und Katastrophen wird das immer besonders

deutlich. Aktuell ist es leider die Hochwasserkatastrophe. Deshalb gedenken wir der Opfer und danken den Helfern.

Bezüglich der Corona-Krise, die auch uns in den letzten Jahren beschäftigt hat, verweise ich auf meine Worte in der Plenarrede am 28. März 2023 sowie auf den im Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention am 23. April angenommenen Antrag der Regierungsfraktionen, in dem die Staatsregierung aufgefordert wird, dem Landtag zu berichten. Gerade in den vergangenen Jahren konnte festgestellt werden, dass wir grundsätzlich eine leistungsfähige medizinische Versorgung haben, mit einem effizienten System privater und öffentlicher Angebote als wichtiger Teil der kommunalen Daseinsvorsorge.

Es muss uns klar sein, dass Gesundheits- und Pflegeversorgung gesamtgesellschaftliche Aufgaben sind, die künftig neben mehr Prävention auch mehr Geld benötigen. Durch die demografische Entwicklung, den wirtschaftlichen, technischen und medizinischen Fortschritt sowie das zunehmende Gesundheitsbewusstsein der Menschen steigt die Lebenserwartung und damit auch die Relevanz der Gesundheitswirtschaft. Diese hat neben den Versorgungsaufgaben eine sehr hohe strukturpolitische Bedeutung und trägt zur Schaffung und Sicherung von qualifizierten Arbeitsplätzen vor allem im ländlichen Raum bei. Es sind über 64 Milliarden Euro Bruttowertschöpfung bei 1,2 Millionen Beschäftigten.

Leistungsfähige Krankenhäuser sind hiervon ein wesentlicher Teil. Insofern ist es sehr erfreulich, dass für die Jahre 2024 und 2025 im Krankenhausetat, zusammen mit den Kommunen im Einzelplan 13 verbucht, jeweils 800 Millionen Euro vorgesehen sind mit dem Ziel, im Laufe der Periode auf eine Milliarde zu kommen. Der Freistaat fördert insbesondere über das Jahreskrankenhausbauprogramm und über das Förderprogramm für kleinere Krankenhäuser mit 100 Millionen Euro in fünf Jahren. Auch die sogenannte Green HospitalPLUS Initiative befindet sich in der Umsetzung.

Kolleginnen und Kollegen, in diesem Zusammenhang betone ich deutlich, dass die geplante und grundsätzlich auch notwendige Krankenhausreform der Bundesregierung keine nachteiligen Effekte auf die Versorgungssituation der Menschen in Bayern haben darf. Nach Einschätzung unseres Gesundheitsministeriums hat die Bundesregierung bisher leider nur ein unzureichendes Konzept auf den Weg gebracht, wodurch eine schlechtere Versorgung in manchen ländlichen Regionen droht. Davor hat auch die Deutsche Krankenhausgesellschaft eindringlich gewarnt.

Daher bin ich dankbar, dass Frau Staatsministerin Gerlach klar zum Ausdruck gebracht hat, dass Bayern sich mit den anderen Ländern im Bundesratsverfahren weiter für Korrekturen einsetzen wird. Hierbei geht es um zentrale Punkte wie eine an den tatsächlichen Kosten orientierte Vorhaltevergütung, hinreichend flexible Regelungen zum Erhalt der Fachkrankenhäuser sowie um eine sachgerechte Regelung vor allem bei Kooperationen, zum Beispiel in meiner Region zwischen der Berufsgenossenschaftlichen Unfallklinik in Murnau und dem kommunalen Klinikum in Garmisch-Partenkirchen. Anfangs wurde diese Thematik vergessen. Jetzt ist sie im Entwurf enthalten.

Mit dem Haushalt für die Jahre 2024 und 2025 wird ein wichtiger Beitrag dafür geleistet, dass den Menschen in Bayern auch weiterhin die bestmögliche Versorgung zur Verfügung gestellt werden kann. Der Einzelplan 14 mit Nachschubliste umfasst insgesamt 1,9 Milliarden Euro. Das bedeutet eine Steigerung von 6,7 bzw. 3,6 %, insgesamt über 90 Millionen Euro.

Zum Personal ist zu erwähnen: 1.920 Mitarbeiter sind in diesem Bereich beschäftigt, 472 davon im Ministerium, verteilt auf fünf Standorte in den Städten München und Nürnberg. Das Gesundheitsministerium hat in der Vergangenheit schon enorme inhaltliche und organisatorische Herausforderungen bewältigt. Mit der Krankenhausreform stehen ebenso neue, große Aufgaben bevor bei Themen wie dem Fachkräftemangel und der von der Bundesregierung veranlassten Cannabis-Teillegalisierung. Dies

schlägt sich auch im Personalhaushalt nieder: Insgesamt werden 45 neue Stellen geschaffen.

Es gibt wieder eine Vielzahl an Maßnahmen in den verschiedenen Themenfeldern, so im Bereich Prävention und Gesundheitsschutz, um das nur stichpunktartig aufzuführen: zum Beispiel Bekämpfung der Glücksspielsucht, Maßnahmen gegen die Immunschwächekrankheit AIDS, Bekämpfung übertragbarer Krankheiten und der aktuelle Präventionsschwerpunkt "Frauengesundheit – ein Leben lang". Im Ministerium ist ein "Masterplan Prävention" in Bearbeitung, der 2025 vorgestellt werden soll.

Bayern wird zur gesundheitlichen Versorgung insbesondere auch im ländlichen Raum beitragen. In diesem Zusammenhang ist es ein wichtiges Signal, dass der Meisterbonus 2025 um die Weiterbildungsabschlüsse für Einrichtungs- und Pflegedienstleiter erweitert wird.

Das Programm für die Kurorte und Heilbäder und das Stipendienprogramm für Medizinstudenten ebenso wie die Landarztprämie und das Förderprogramm zur Unterstützung des kommunalen Engagements für eine wohnortnahe vertragsärztliche Versorgung werden fortgesetzt.

Das seit 2015 existierende Programm Gesundheitsregionen plus wird sehr gut angenommen. Aktuell befinden sich 62 Gesundheitsregionen in der Förderung. Vorgesehen ist hier, die Geschäftsstellenleiter, deren Förderung ausläuft, ab 1. Januar 2025 auf Planstellen des öffentlichen Gesundheitsdienstes zu übernehmen. Das bedeutet eine Verstetigung des Programms und eine finanzielle Entlastung der betroffenen Landkreise.

Die Fördermaßnahmen im Bereich Hebammenleistung und Geburtshilfe werden mit jeweils 31 Millionen Euro weitergeführt.

Leider steigt der Pflegebedarf an. Die Zahl pflegebedürftiger Menschen nimmt zu. Bis 2028 ist beabsichtigt, die Zahl der Pflegeplätze um 8.000 zu erweitern. Im Doppelhaushalt sind für die entsprechenden Förderprogramme 145 Millionen Euro enthalten.

Auch in Bayern ist der Fachkräftemangel in der Pflege leider weiterhin groß. Deshalb soll die Kampagne Neue Pflege Bayern ausgeweitet und neu konzipiert werden. Ebenso sind Mittel für die Gewinnung ausländischer Pflegekräfte enthalten. Sie sind ebenfalls von Bedeutung.

Für den Vollzug des Pflegeberufgesetzes sind insgesamt 180 Millionen Euro enthalten. Das von der Staatsregierung als sinnvoll erachtete Landespflegegeld ist mit 890 Millionen Euro, mit steigender Tendenz, verankert.

Die Springerkonzepte, über die wir das letzte Mal schon gesprochen haben, werden derzeit erprobt, und für die Investitionsförderung für den Neu- und Ausbau von Pflegeheimen sind insgesamt 118 Millionen Euro vorgesehen.

Für die im Oktober 2023 eingeführte Förderrichtlinie zur Stärkung der Pflege im sozialen Nahraum sind 25 Millionen Euro eingestellt.

Zur Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen mit Behinderung sind 18,1 Millionen Euro enthalten.

Die Demenzstrategie Bayerns wird mit jährlich 1,3 Millionen Euro fortgesetzt.

Kolleginnen und Kollegen, der Mensch steht im Mittelpunkt unserer Politik. Die Pflege und Begleitung von Schwerstkranken und Sterbenden ist ein Gebot der Menschlichkeit. Mit insgesamt mehr als 4,2 Millionen Euro können die palliativmedizinische und die geriatrische Versorgung im stationären und im ambulanten Bereich verbessert sowie der weitere Ausbau der ambulanten Hospizarbeit, der stationären Hospize und die Arbeit der Kinderhospize unterstützt werden.

Gerade in schwierigen Zeiten zeigt sich der breiten Öffentlichkeit die außerordentlich große Bedeutung der Arbeit des gesamten medizinischen und pflegerischen Personals einschließlich privater Gesundheits- und Pflegeanbieter sowie unserer Wohlfahrtsverbände. All diesen für das Funktionieren unseres Gemeinwesens so wichtigen Menschen sei bei dieser Gelegenheit vielmals gedankt. Mein Dank gilt zudem allen verantwortlichen Vertretern der Staatsregierung, insbesondere Frau Staatsministerin Judith Gerlach, deren Vorgänger Klaus Holetschek, dem Patienten- und Pflegebeauftragten der Staatsregierung Herrn Kollegen Thomas Zöllner, der Staatsverwaltung sowie der Opposition. Bedanken darf ich mich auch beim Vorsitzenden des Gesundheitsausschusses Bernhard Seidenath und dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses Josef Zellmeier.

Meine Damen und Herren, für den vorliegenden Entwurf des Einzelplans 14 bitte ich das Hohe Haus um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenbemerkung von der Kollegin Kerstin Celina.

**Kerstin Celina (GRÜNE):** Kollege Kühn, Sie haben auf die im Wahlkampf des letzten Jahres versprochene Krankenhausförderung von einer Milliarde Euro abgezielt. Sie sagten, dass 800 Millionen Euro eingestellt seien und Sie hoffen würden, dass im Laufe der Legislaturperiode der Rest eingestellt werden könne.

In diesem Haushalt greifen wir wie nie zuvor auf die Rücklagen zurück. Ich frage mich daher, woher Sie die zusätzlichen 200 Millionen Euro nehmen wollen, die zwar versprochen wurden, aber in diesem Haushalt nicht vorhanden sind. Wie rechtfertigen Sie außerdem, dass die Krankenhausförderung – die ursprünglich versprochene eine Milliarde Euro wurde ohnehin gekürzt – nur ein Nachholen des Kaputtsparens von vorher ist?

(Lachen bei der CSU)

Das Siegburger Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus hat in einer großen Studie im Jahr 2022 klar dargelegt, dass Bayern in den letzten Jahren die Erhaltungsinvestitionen massiv vernachlässigt habe. Insofern holen wir nur nach, was in den letzten Jahren nicht passiert ist.

**Harald Kühn (CSU):** Kollegin Celina, wir waren im letzten Jahr bei 643 Millionen Euro, sind jetzt bei 800 Millionen Euro, und es gibt die klare politische Festlegung der Staatsregierung, der Koalition, noch in dieser Legislaturperiode eine Milliarde Euro zu erreichen. Was gibt es daran zu zweifeln? Wir werden bei der nächsten Haushaltsaufstellung sehen, dass dieses Thema im Rahmen der ganzen Erörterungen angegangen wird. Des Weiteren tragen die Hälfte davon unsere Kommunen über die Krankenhau-sumlage. Das heißt, es bedarf auch hier einer Abstimmung und Erörterung. Die Zielrichtung und die politische Festlegung sind jedoch völlig eindeutig.

Ihre Behauptung, dass in der Vergangenheit etwas vernachlässigt worden sei, kann ich nicht nachvollziehen. Das habe ich auch so – das muss ich ganz ehrlich sagen – weder vom Ministerium in den zurückliegenden Jahren noch aus früheren Blickwinkeln, als ich damals aus eigener Interessenlage verfolgen durfte oder musste, nie gehört. – Insofern kann ich nur sagen: Was Bayern hier im investiven Bereich tut, ist nicht das Problem, das wir im Augenblick haben. Die Problematik ist Berlin, –

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Herr Kollege, die Redezeit ist beendet.

**Harald Kühn (CSU):** – sind die Betriebskosten, die endlich geregelt werden müssen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Winhart das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Andreas Winhart (AfD):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, Gesundheit ist das Ziel eines jeden, der hier sitzt, und ich unterstelle das jetzt einfach auch einmal allen anderen. Die Frage ist aber natürlich, wie viel Steuergeld dafür verwendet wird und wie wir dieses Steuergeld einsetzen, um die Gesundheit der Patientinnen und Patienten in Bayern voranzubringen.

Wir von der AfD haben für den Einzelplan 14, den wir gerade verhandeln, Mehrausgaben veranschlagt. Wir hätten gerne mehr als die Bayerische Staatsregierung ausgegeben. Für 2024 hätten wir gerne 66,8 Millionen Euro und für 2025 gerne 64,8 Millionen Euro und damit für die beiden Jahre rund 131 Millionen Euro zuzüglich einer Milliarde Euro, sozusagen einer echten Krankenhausmilliarde aus dem FAG, weil sie zum Erhalt der Krankenhäuser in Bayern führt. Über das FAG werden wir uns am Donnerstag in aller Ausführlichkeit und danach in den Ausschüssen sowie im Rahmen der Zweiten Lesung des passenden Gesetzes darüber unterhalten.

Meine Damen und Herren, wir waren fleißig. Das können Sie nicht von der Hand weisen. Wir haben im Ausschuss insgesamt 60 Änderungsanträge zu diesem Thema beraten. Davon waren 30 Änderungsanträge von der AfD. Das ist ein starkes Zeichen, und man sieht: Ja, die AfD will eine andere Gesundheitspolitik in Bayern; wir wollen einen anderen Weg einschlagen. Wir wollen auch patientenorientierter sein. Wir wollen aber vor allem daran festhalten, dass die gesundheitliche Versorgung in der Fläche Bayerns vorhanden ist.

(Beifall bei der AfD)

Im Moment kranken die Krankenhausversorgung und die wohnortnahe Versorgung der Patientinnen und Patienten, die sowohl für die Angehörigen als auch für die Leute, die dort arbeiten, wichtig ist. Es ist wichtig, dass wir die Krankenhäuser eben nicht reduzieren, wie das Rot-Grün oder diese Ampel in Berlin vorhaben. Deshalb wollen wir jeden Krankenhausstandort erhalten und schauen, dass es in jeder größeren Ort-

schaft weiterhin einen Arzt gibt, an den man sich wenden kann, sodass eine wohnortnahe Versorgung vorhanden ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Wir haben Ihnen heute drei namentliche Abstimmungen zu Änderungsanträgen zum Haushaltsgesetz gegönnt, die aus unserer Sicht besonders wichtig sind.

In einem Änderungsantrag geht es darum, dass wir mehr Forschung und mehr Therapien für unsere Long-COVID-Patienten brauchen. Über dieses Thema sprechen viele nicht gerne, weil sie behaupten, damals alles richtig gemacht zu haben bzw. dass es nach ihnen noch einfacher gegangen wäre, weil sie noch strengere Kriterien aufgesetzt hätten.

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Waldmann (SPD))

Ich darf daran erinnern, dass an diesem Rednerpult beispielsweise Frau Schulze nur Geimpfte zum Einkaufen schicken wollte. Diese Videos geistern heute noch durch das Internet; das ist nicht vergessen.

(Zuruf: Oh mein Gott!)

Wir brauchen auf jeden Fall für diejenigen, die es erwischt hat und die unter Long COVID leiden – auch das gehört zur Wahrheit –, mehr Forschung, um ihnen helfen zu können, meine Damen und Herren. Diesbezüglich haben Sie geschlafen; Sie haben im Haushalt dafür nichts berücksichtigt. Wir haben auch deutschlandweit den Anschluss verpasst; denn wir haben jeweils ein großes Corona-Zentrum in Marburg und eines an der Charité, aber in Bayern hat man sich nicht bemüßt gefühlt, der Bevölkerung weiterzuhelfen bzw. ein entsprechendes Zentrum zu schaffen und dort zu forschen. Hier hätte man einen Mehrwert schaffen können, und das hat man nicht getan. Der Antrag ist nicht neu, meine Damen und Herren. Geben Sie sich dieses Jahr einen Ruck, und lassen Sie uns endlich anpacken.

(Beifall bei der AfD)

Jetzt wird es für den einen oder anderen noch ein wenig unangenehmer. Wir haben auch das Thema Post-Vac-Syndrom. Viele leiden unter den Folgen der Impfung; sie haben verschiedenste Symptome und können ihren Alltag nicht mehr so bewältigen, wie sie das eigentlich wollen. Das hat natürlich sowohl für den Sozialstaat als auch für die Wirtschaft Folgen, weil die Damen und Herren, die unter diesen Folgen leiden, nicht mehr so leistungsfähig sind. Insofern sollte man forschen und Therapiemöglichkeiten schaffen, um dieser Personengruppe zu helfen. Auch hier bitte ich Sie inständig, dass Sie sich einen Ruck geben, auch wenn der Antrag von der AfD kommt; denn es geht um die Menschen in Bayern, und wir müssen dieser Personengruppe helfen.

(Beifall bei der AfD)

Ein Letztes aus diesem Themenkreis ist eine Entschädigung für durch die Coronaimpfung Geschädigte. Machen wir uns nichts vor: Zwar ist jeder freiwillig hingegangen und hat unterschrieben, dass er für sämtliche Spätfolgen selber haftet. Aber der Druck eines jeden Arbeitgebers und der Öffentlichkeit war da. Der Aufruf, sich impfen zu lassen, war da. Meine Damen und Herren, wir haben entsprechend viele Menschen, die jetzt unter Muskelkrämpfen, Taubheitsgefühlen, Herzrhythmusstörungen, Nervenschmerzen und allen möglichen Symptomen leiden und nicht mehr so einsatzfähig sind. Wir wollen eine Sonderentschädigung für die durch Corona-Impfungen Geschädigten in Bayern. Auch hier bitte ich ganz herzlich um Ihre Zustimmung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Bevor es wieder losgeht mit "die AfD will sparen": Ja, wir wollen auch sparen, auch im Bereich Gesundheit. Da gibt es ein paar Punkte, bei denen man wirklich sparen kann, meine Damen und Herren. Das machen wir nicht zulasten der Patientinnen und Patienten. Nein, wir machen das zulasten der Bürokratie, weil wir davon deutlich zu viel haben. Beispielsweise würden wir gerne den Patienten- und Pflegebeauftragten ein-

sparen. Dann würden wir gern bei der Vereinigung der Pflegenden in Bayern einsparen, meine Damen und Herren. Dazu hatten wir im Ausschuss eine Anhörung. Auch die Experten sagen: Das Modell, das wir im Moment haben, ist gescheitert. – Weg damit, meine Damen und Herren! Das sind 3,2 Millionen Euro, die wir uns jedes Jahr sparen können. Wir haben weiterhin die Beschaffung von Influenza-Impfstoffen, meine Damen und Herren: Jedes Jahr 4,6 Millionen Euro, warum auch immer. Wir haben sie noch nie gebraucht. Wir haben auch in den Ministerien umfangreiche Kürzungen vorgeschlagen bei Dienstreisen, Reisekosten etc. Da sind einige Millionen zusammengekommen, meine Damen und Herren. Das ist Geld, das nicht beim Bürger landet. Das ist für die Bürokratie. Das ist nicht gut. Deswegen wollen wir hier einsparen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Die Mehrausgaben sind bei uns ganz klar für die Patienten: 20 Millionen Euro auf beide Jahre verteilt für die bayerischen Rehakliniken. Die brauchen wir auch für die ganzen Post-Vac-Geschädigten, die ganzen Long-COVID-Patienten, meine Damen und Herren.

Wir wollen mehr Studien und Gutachten für die Kur- und Heilbäder in Bayern, meine Damen und Herren. Dafür sehen wir auch 20 Millionen Euro für beide Jahre vor. Natürlich wollen wir eine Erhöhung der Landarztprämie, weil das im Moment noch nicht ganz so gut funktioniert. Wir denken, dass mit ein paar Euro mehr, nämlich 8,6 Millionen Euro, deutlich mehr geholfen werden kann.

Wir sind eine Familienpartei und bekennen uns zum Kinderkriegen. Deswegen muss der Hebammenbonus um 7 Millionen Euro angehoben werden. Es gibt auch bei Kindern immer wieder das Sterblichkeitsproblem. Wir hätten für die Kinderhospizarbeit gern 400.000 Euro mehr, genauso für die Erwachsenenhospizarbeit. Das gehört auch irgendwie zum Leben, zum Lebensende.

Meine Damen und Herren, ganz wichtig und uns ein großes Anliegen: Der Pflegekräftemangel in Deutschland. Wir wollen eine Prämie für die Rückkehr von in Deutschland ausgebildeten Pflegekräften. Es kann nicht sein, dass unser Personal hier für teures Geld ausgebildet wird und dann in die Schweiz, nach Österreich oder nach England geht und dort einen Haufen Geld verdient, aber in Deutschland die Pflegekräfte fehlen. Wir wollen Anreize schaffen, damit unsere in Deutschland ausgebildeten Pflegekräfte wieder zu uns zurückkommen und hier ihren Dienst leisten. Dafür sehen wir 1 Million Euro für zwei Jahre als Anreiz vor, meine Damen und Herren. Das sollten wir uns als Wohlstandsland immer noch gönnen können.

(Beifall bei der AfD)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Nächste Rednerin ist die Kollegin Enders. Bitte schön.

**Susann Enders (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Gesundheit und Pflege sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben und kosten Geld. Wir als FREIE-WÄHLER-Landtagsfraktion wissen, wie es um unsere bayerischen Krankenhäuser steht. Wir wissen, dass es eine stabile Versorgung in der Fläche braucht. Dazu stehen wir in ganz engem Austausch mit unseren Bürgermeistern, Landräten und Kommunen.

Ich muss das so sagen: Die Zukunft der Gesundheitsversorgung schaut beängstigend aus, wenn wir als Freistaat nicht selber handeln, nicht selber investieren würden und nicht hier vor Ort die Weichen stellen würden; denn eine Ampel, eine Berliner Bundesregierung und ein Cannabisminister Lauterbach gefährden auch hier in Bayern Land und Leute. Die flächendeckende Gesundheitsversorgung – ambulant, stationär, Rettungsdienst usw. – ist in Gefahr. Uns läuft die Zeit davon. Krankenhäuser gehen insolvent. Der Bundesgesundheitsminister verweigert den offenen Austausch mit den Experten.

Wir als FREIE WÄHLER wollen retten, was zu retten ist. Im Koalitionsvertrag haben wir erreicht, dass die Krankenhausinvestitionsförderung in den kommenden Jahren auf 1 Milliarde Euro erhöht wird. Zudem setzen wir das Förderprogramm für kleine Krankenhäuser in Höhe von 100 Millionen Euro fort, um die bayerischen Kliniken hierbei aktiv zu unterstützen. Der Doppelhaushalt 2024/2025 sieht einen deutlichen Anstieg im Bereich Gesundheit und Pflege in Bayern vor, ebenso bei Digitalisierung und Prävention. Hierbei werde ich jetzt vorrangig auf den Gesundheitsbereich eingehen, mein Kollege, der Patienten- und Pflegebeauftragte der Bayerischen Staatsregierung Thomas Zöller nachher vorrangig auf den Bereich Pflege. Im Jahr 2024 steigen die Gesamtausgaben um 58,7 Millionen Euro auf 935 Millionen Euro. Das ist eine Steigerung von 6,7 %. Für 2025 planen wir einen weiteren Anstieg um 3,6 % auf 968,9 Millionen Euro.

Es braucht eine moderne Krankenhausplanung, die den regionalen Besonderheiten gerecht wird und unabhängig von Stadt und Land eine flächendeckende und wohnortnahe Grund- und Notfallversorgung sicherstellt, von der aus an spezialisierte Krankenhäuser bis hin zu Maximalversorgern weiter verwiesen werden kann. Das ist sozusagen das Rettungsnetz, die Rückfallebene vom einfachen bis zum schwersten Krankheitsbild.

Dabei sind die zentralen Ausgabenschwerpunkte im Bereich Gesundheit – lassen Sie mich ein paar aufzählen – zum Beispiel unser Hebammenbonus und die Förderung der Niederlassung von Hebammen. Uns FREIEN WÄHLERN ist die Unterstützung gerade in diesem Bereich eine absolute Herzenssache, weil Geburtshilfe nun einmal dazugehört. Schon im ersten Koalitionsvertrag 2018 konnten wir diesen Punkt umsetzen. Wir freuen uns, dass wir den jetzt weiterführen können.

Technik und Digitalisierung sind ebenfalls tragende Säulen in unserer modernen Medizin. Die Ausgaben für die Förderung von Modellvorhaben und Investitionen im Bereich der Digitalisierung im Gesundheits- und Pflegewesen steigen gegenüber 2023 um rund 7,4 Millionen Euro auf 20 Millionen Euro im Jahr.

Ferner sind zur Förderung von Telematikanwendungen sowie medizinischen und pflegerischen Netzwerkstrukturen im Jahr 2024 3 Millionen Euro und im Jahr 2025 4,5 Millionen Euro vorgesehen. Für ein Förderprogramm zur Unterstützung kleinerer Krankenhäuser werden Ausgabemittel in Höhe von 10 Millionen Euro im Jahr 2024 bzw. von 15 Millionen Euro im Jahr 2025 zur Verfügung stehen. Die Ausgaben für Maßnahmen im Bereich Prävention und Gesundheitsschutz werden auf insgesamt 84 Millionen Euro im Jahr 2024 bzw. 84,1 Millionen Euro im Jahr 2025 erhöht. Die bereitgestellten Mittel sind insbesondere für den Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst, zur Förderung von Suchtbekämpfung – ich sage nur "Cannabis" – und Drogentherapie, für gesundheitliche Klimaforschung sowie Umweltforschung und Umwelthygiene, zur Förderung von Präventionsprojekten und zur Vorhaltung eines strategischen Grundstocks zur Pandemiebekämpfung sowie den Betrieb des Pandemiezentallagers vorgesehen. Das sind Punkte zum Katastrophenschutz, die wir auch im Gesundheitsbereich nicht außer Acht lassen dürfen.

Besonders hervorheben möchte ich noch unsere Fraktionsinitiativen, deren Finanzierung im Haushalt bestens verankert ist; denn wir legen hier im Freistaat den Fokus nicht nur auf die großen Investitionen, sondern gleichermaßen auch auf kleinere, regionale Projekte, die zum Teil sogar bayernweite Ausstrahlung haben. Hier möchte ich zum Beispiel die Förderung der Hospizvereine nennen, etwa Werdenfels und Bad Tölz-Wolfratshausen, oder Rescue Teams für Kindernotfälle, den Praxisanleiterbonus – ganz wichtig gerade in der Ausbildung von medizinischem Fachpersonal –, Begegnungsstätten für Schlaganfallpatienten sowie weiterhin verlässlich Mittel für PflegesoNah-Projekte – Altwerden in der Heimat. Aber darauf wird der Patienten- und Pflegebeauftragte noch eingehen.

In den Bereich Sicherheit und Rettungsdienst fließen fast 10 Millionen Euro. Besonders hervorzuheben ist dabei die Unterstützung der Ausbildung von mehr Notfallsanitätern mit fast 1 Million Euro. In den vergangenen Jahren ist es geglückt, die Anzahl der Ausbildungsstellen zu steigern. In der älter werdenden Gesellschaft und für die

Bindung junger Menschen im Gesundheitswesen braucht es dringend mehr Schulplätze in Richtung Notfallsanitäter.

Weiterhin werden wir 12 Millionen Euro zusätzliche Mittel für die Bereiche Gesundheit und Soziales insgesamt bereitstellen. Hierbei gehen unter anderem zur Förderung des demokratischen und ehrenamtlichen Engagements junger Menschen 3,6 Millionen Euro an die Jugendarbeit. Die Jugendorganisationen sind ein wichtiger Baustein in den sozialen Netzen vor Ort und leisten einen unersetzlichen Dienst für die Menschen. Warum betone ich das beim Gesundheitshaushalt so? – Ganz einfach: Damit wird nämlich den jungen Menschen der Sinn für das Ehrenamt und für das Engagement zum Beispiel bei den Rettungsdiensten, beim BRK, geschärft. Hier wird der Grundstein für die zukünftigen Mitarbeiter im Gesundheits-, Pflege- und Rettungsdienst gelegt. Dafür auch von dieser Seite aus dem Bayerischen Landtag ein ganz großes herzliches Dankeschön an die Leute, die sich vor Ort um die jungen Menschen kümmern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich freue mich über die Zustimmung zum Doppelhaushalt. – Danke.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Nächste Rednerin ist die Kollegin Kerstin Celina. Bitte.

**Kerstin Celina (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir alle haben die Bilder der bayerischen Flutkatastrophe in den letzten Tagen persönlich und über die Medien gesehen. Sehr viele Menschen helfen, wo sie können. Sie retten, bergen und schützen ihre Nachbarn, Familienmitglieder, Freunde und Fremde. Dafür mein aufrichtiger Dank!

Ich selbst bin bei der Feuerwehr und weiß, was die Feuerwehren gerade leisten. Viele Angehörige der Blaulichtorganisationen haben an vielen Abenden und Wochenenden geübt, und jetzt werden ihre Fähigkeiten dringend gebraucht. Die Voraussetzungen

dafür, jetzt Hilfe leisten zu können, werden unter anderem im Gesundheitssystem geschaffen. Die Helfer:innen müssen gesund und fit sein, um die schwere körperliche Arbeit und die psychisch anstrengende und umfangreiche organisatorische Arbeit leisten zu können.

Um sich aufs Retten, Bergen und Schützen konzentrieren zu können, braucht es neben der Ausbildung und dem technischen Gerät drei Dinge: Prävention, um körperliche und psychische Krankheiten erst gar nicht zu bekommen, diese früh erkennen und gegensteuern zu können; gute Behandlung und Pflege bei Krankheiten, um die ursprüngliche Leistungsfähigkeit wieder zu erreichen; und eine gute Versorgung der pflegebedürftigen Angehörigen, damit man während der Lehrgänge, Übungen und Einsätze den Kopf für die Herausforderungen frei hat. Das ist Aufgabe des Gesundheitsausschusses und des Gesundheitshaushalts.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir es in Bayern bei diesen drei Punkten besser machen können und müssen; denn das Gesundheits- und Pflegesystem steht vor einem Kollaps. Der Ärzt:innenmangel und der Pflegekräftemangel ist keine Prognose mehr, sondern schon längst Realität in Bayern. Zu viele Pflegekräfte verlassen vor allem wegen der Arbeitsbedingungen den Beruf. Zu wenige kommen nach und bleiben in dem Beruf. In gerade einmal fünf Jahren werden jedes Jahr mehr Babyboomer-Pflegekräfte in Rente gehen als junge Pflegekräfte nachkommen. Jedes Jahr haben wir mehr Pflegebedürftige und weniger Pflegekräfte. Viele erschöpfte Pflegekräfte werden in absehbarer Zeit selbst gepflegt und begleitet werden müssen. Dafür sind wir in Bayern nicht gut aufgestellt.

Selbst wenn die Staatsregierung jetzt versucht, bei der Rekrutierung von Pflegekräften aus dem Ausland über die sogenannte Fast Lane den Turbo einzulegen, bleibt trotzdem die Lücke all derer, die in den letzten Jahren nicht in dem Beruf gelandet sind, die hier in den Pflegeberufen und den medizinischen Bereichen arbeiten wollten, die aber abgelehnt und abgeschoben wurden. Das, was die CSU-Regierung dabei in den letz-

ten zehn Jahren verbockt hat, ist nicht mehr aufzuholen. Das, was Sie jetzt mit diesem Haushalt vorlegen, reicht nicht aus, um unseren Haushalt zukunftsfähig aufzustellen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

An einem weiteren Punkt kann ich das festmachen. Die Kosten für Pflegeplätze steigen. Statt sich für einen fest begrenzten Eigenanteil einzusetzen, setzen Sie in der schwarz-orangen Koalition auf ein kleines bisschen Landespflegegeld für alle, auf den Blumenstrauß für die Angehörigen und das Wahlkampfversprechen von 2018. Mit dem Landespflegegeld wird kein einziger dringend benötigter Pflegeplatz geschaffen. Mit dem Landespflegegeld werden weder die Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessert noch die Angehörigen gestärkt. Auch flächendeckende Entlastungs- und Beratungsangebote werden damit nicht geschaffen. 890 Millionen Euro werden in diesem Doppelhaushalt ohne pflegfachlichen Nutzen auch an Menschen, die in Geld schwimmen, verschenkt. Das Geld fehlt uns an anderer Stelle, nämlich dort, wo die Kosten für die Pflegeplätze steigen und die Menschen sich diese Pflege nicht mehr leisten können.

Ein letzter Punkt, die Krankenhausförderung. Wir hatten sie vorhin schon angesprochen. Für die Krankenhausförderung ist 1 Milliarde Euro versprochen worden. Jetzt kommen nur 800 Millionen Euro. Ich bezweifle, dass Sie diesen Betrag auf 1 Milliarde Euro ausweiten werden. Wenn ja, ist es trotzdem nur ein Nachholen von Investitionen, die in der Vergangenheit nicht getätigt worden sind. Es gibt Verbesserungsbedarf, packen wir es an.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Nächste Rednerin ist die Kollegin Ruth Waldmann. – Bitte schön.

**Ruth Waldmann (SPD):** Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es ist kein Zufall, dass der Haushalt für Gesundheit und Pflege gleich heute am ersten Tag der Haushaltsdebatte aufgerufen wird und dass der Ein-

zelplan 14 nicht an 14. Stelle kommt; denn die gesundheitliche Versorgung der Menschen ist die Königsdisziplin der Politik. Die medizinische und pflegerische Versorgung ist mit die wichtigste Aufgabe unseres Gemeinwesens. Deswegen ist es auch so wichtig, dass die Bayerische Staatsregierung bei der anstehenden Krankenhausreform endlich eine konstruktive Rolle spielt, dass sie ihre politisch motivierte Blockade aufgibt und endlich zu einer echten Versorgungsplanung auch hier in Bayern kommt. Wir alle wissen, Krankenhausplanung ist Ländersache.

Jetzt wäre es die Aufgabe zu klären, was es wo braucht. Welche Kliniken sollen welche medizinische Versorgung anbieten? Wie soll die Verzahnung mit niedergelassenen Arztpraxen aussehen? Wie soll die Notfallversorgung sichergestellt werden? Damit sind andere Bundesländer längst viel weiter. Sie entwickelten schon auf die Zukunft ausgerichtete Bedarfspläne, während Bayern weiter auf der Bremse steht und die Kommunen und Klinikträger nicht wissen, woran sie sind.

(Beifall bei der SPD)

Sie werden leider nicht nur an dieser Stelle im Stich gelassen, sondern auch bei der Förderung der Investitionskosten. Das ist die ureigene Aufgabe der Staatsregierung, und der kommt sie seit vielen Jahren – wir haben es schon gehört – nicht auskömmlich nach. Bei allen Haushaltsberatungen fordern wir, die SPD, die Deckung des tatsächlichen Bedarfs endlich sicherzustellen. Diese Forderung von uns haben Sie aber bei jedem Haushalt, bei jedem Doppelhaushalt und bei jedem Nachtragshaushalt abgelehnt.

Seit Jahren ist bekannt, dass es für die Investitionskostenförderung in Bayern ungefähr 1 Milliarde Euro braucht, auch wenn das lange Zeit in Abrede gestellt wurde. Im vergangenen Sommer haben wir uns verwundert die Augen gerieben, als die Krankenhausmilliarde auf den Wahlplakaten der CSU auftauchte. Sie haben also endlich eingesehen, dass unsere Forderung mehr als berechtigt ist. Das wäre an sich sehr loblich und sehr schön, aber leider stand die Milliarde nur auf dem Plakat vor der Wahl

und nicht jetzt im Haushalt nach der Wahl. Sie stocken zwar etwas auf, aber das ist nur etwas mehr von viel zu wenig. Die echte Krankenhausmilliarde gibt es weiterhin nur in unserem Haushaltsentwurf, und damit wollen wir die Kommunen auch noch entlasten. Die Kommunen stehen dabei seit Jahren in der Kreide, weil seit Jahren viel zu wenig Investitionskostenförderung geleistet wurde. Die Kommunen und die Klinikträger stehen mit diesen Defiziten dann alleine da; denn auch der von Ihnen versprochene Krankenhausrettungsschirm ist in Wirklichkeit niemals gekommen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sehen noch eine ganze Reihe anderer wichtiger Baustellen in Bayern. Zum Beispiel gibt es nach wie vor erhebliche Probleme bei der medizinischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich, bei der Hebammenversorgung und bei der medizinischen Versorgung bei Schwangerschaftsabbrüchen. Bei der Psychotherapie bestehen lange Wartezeiten. Mangelhaft ist die Barrierefreiheit in Krankenhäusern, Arztpraxen und bei den Notrufsystemen.

Ganz besonders gibt es bei dem großen Kapitel der Pflege Engpässe. Auch hier müssen Sie wegkommen von der großen Problembeschreibung. Wir bräuchten einmal bestenfalls kleine Modellprojekte. Dabei möchte ich als Erstes ganz besonders und bewusst die häusliche Pflege und die Unterstützung der pflegenden Angehörigen ansprechen. Sie wissen vielleicht, dass inzwischen um die 86 % der Pflegebedürftigen zu Hause gepflegt werden. Die Angehörigen sind der größte Pflegedienst des Landes. Ohne sie geht es nicht. Viele Angehörige sind aber sowohl finanziell als auch mit ihren Kräften am Limit. Deswegen müssen wir sie unbedingt unterstützen. Deswegen spielen die Pflegekräfte, aber auch die Pflegestützpunkte eine zentrale Rolle.

(Beifall bei der SPD)

Darüber reden wir jetzt schon so lange. Seit 2009 gibt es die Allgemeinverfügung zur Errichtung von Pflegestützpunkten in Bayern. Das liegt jetzt 15 Jahre zurück, aber wir haben sie immer noch nicht flächendeckend. Es hapert immer noch. Wenn man sich

die Protokolle der Haushaltsberatungen im Haushaltsausschuss anschaut, so sieht man, dass sich auch die Vertreter der Regierungsfractionen offenbar nicht zu erklären wussten, wieso das so lange dauert und immer noch nicht da ist. Tatsächlich wurde auch dem Anliegen der SPD zugestimmt, hier mal einen Bericht anzufordern. Ich kann Ihnen sagen, es könnte auch mit dem Geld zu tun haben.

(Anna Rasehorn (SPD): Hört, hört!)

Das gilt übrigens auch für das Programm PflegesoNah, das heute schon genannt wurde und auch wirklich gut, aber leider nicht auskömmlich finanziert ist. Wir als SPD wollen, dass alle Anträge zu diesem dringend benötigten Programm auch tatsächlich berücksichtigt werden können.

(Beifall bei der SPD)

Die Heimkosten sind auch in Bayern besonders hoch. Wir als SPD sind dafür, den Anteil für Investkosten an den Heimgebühren für die Pflegebedürftigen zu übernehmen; dann könnte man Familien nämlich auf einen Schlag um die 400 Euro im Monat entlasten. Das würde ganz konkret was bringen.

Tatsächlich haben wir noch ein paar weitere große Baustellen entdeckt; darüber wollen wir vielleicht einmal an anderer Stelle reden, aber über eines jetzt: Den Vorschlag, dass Pflegebedürftigen vorgeschrieben werden soll, dass sie in ihrem Testament Pflegeleistungen zu berücksichtigen haben, finden wir schon reichlich seltsam. Jeder, der das möchte, kann das schon jetzt in sein Testament schreiben. Ganz ehrlich, ich weiß nicht, wie in den Familien überprüft werden soll, wer welche Leistung erbracht hat. Wenn man das vorschreibt, dann ist der Streit vorprogrammiert.

Außerdem muss ich Ihnen noch etwas mitteilen, was für Sie hoffentlich nichts Neues ist: Die meisten Menschen haben größte Sorge und Not, ihre Pflege im Alter überhaupt finanziert zu kriegen. Bei den meisten ist nicht die Frage, wie viel sie vererben können, sondern wie sie es finanziell überhaupt gestemmt kriegen.

(Beifall bei der SPD)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Es liegt eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Martin Huber vor. – Bitte.

**Martin Huber (AfD):** Liebe Kollegin! Sie stellen sich da her und sagen, die anderen machen ihre Hausaufgaben nicht, und fordern, die sollen endlich was tun.

Ich bin im Krankenhausausschuss im Landkreis Erding. Die laufenden Kosten können nicht mehr gedeckt werden. Wir schauen zu. Sie wollen uns jetzt maßregeln und sagen, das muss gemacht werden. Sorgen Sie dafür, dass der Lauterbach – er ist dafür zuständig – was bei den laufenden Kosten macht. Wir werden sonst die Krankenhäuser im ländlichen Raum verlieren. Sie sollten sich da für das Ganze einsetzen, weil es sonst im ländlichen Raum nämlich ganz schlecht aussieht.

Die Energiekosten sind drastisch gestiegen. Wir können doch die laufenden Kosten gar nicht mehr decken. Wie sollen wir da investieren?

Man kann da leicht reden. Ich will die CSU wirklich nicht verteidigen. Ich hätte mir aber gedacht, dass die CSU dann ein Sonderprogramm auflegt, um zu helfen.

Aber sich da hinstellen! Rufen Sie mal den Herrn Lauterbach an!

(Beifall bei der AfD)

**Ruth Waldmann (SPD):** Ich darf Ihnen mitteilen, dass wir hier über den bayerischen Haushalt beraten und Sie jetzt auch mit zuständig dafür sind, was hier in Bayern gemacht werden kann. Wir haben erstens die Zuständigkeit für die Krankenhausplanung und zweitens für die Investitionskostenförderung.

(Thomas Huber (CSU): Die Betriebskosten sind beim Bund!)

Damit wir die Betriebskosten besser finanzieren können, genau dafür brauchen wir die Krankenhausreform. Es ist unverantwortlich, da noch weiter auf der Bremse zu ste-

hen; denn es geht ja genau darum, ein neues, auskömmliches und auf die Zukunft gerichtetes Versorgungssystem auf die Beine zu stellen. Dann funktioniert es auf Dauer auch wieder mit den Betriebskosten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Nächster Redner für die CSU-Fraktion ist der Kollege Bernhard Seidenath. – Bitte schön.

**Bernhard Seidenath (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 14 hat sich seit 2013 deutlich gemauert. Das ist gut so, schließlich ist Gesundheit das Fundament für alles Weitere. Das haben nicht zuletzt die Corona-Jahre gezeigt. Was die Pflege anbelangt, so ist die Sicherstellung einer menschenwürdigen Pflege die größte humanitäre Herausforderung der nächsten Jahre und Jahrzehnte.

Der Einzelplan 14 folgt genau diesen beiden Fundamentalsätzen; der Kollege Harald Kühn hat das gerade sehr gut ausgeführt. Jeder Cent dieser 944 Millionen Euro, die für 2024 im Haushalt des Gesundheitsministeriums stehen, ist bei einem Ministerium, bei dem die Menschen im Mittelpunkt stehen und das durch den demografischen Wandel immer wichtiger wird, gut angelegt. 7,7 % mehr Geld als 2023 plus 45 neue Stellen im Gesundheitsbereich bringen uns gut voran, um die bestmögliche medizinische, pflegerische und pharmazeutische Versorgung in Bayern zu erhalten – für alle, unabhängig vom Wohnort in Stadt oder Land.

Diese 944 Millionen Euro sind dabei beileibe noch nicht alle Ausgaben für Gesundheit. Hinzukommen weitere 800 Millionen an Investitionskosten für die Krankenhäuser aus dem Etat des Finanzministeriums. Liebe Frau Kollegin Waldmann, der Bund muss seine Krankenhausplanung und -reform machen – aber bei den Betriebskosten! Herr Lauterbach macht alles, aber da macht er nix, und das ist der große Vorwurf, den wir ihm machen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der AfD)

Hinzukommen die Kosten für die Ausbildungen von Ärzten, Pflegekräften, Apothekern, Heilmittelerbringern usw. usf. in den Etats von Kultus- und Wissenschaftsministerium. Dieser Milliardenbetrag ist eine tolle Visitenkarte für das gesunde und menschliche Bayern und ein guter Kapitalstock, um Themen, die wie kaum andere die Menschen in unserem Land bewegen, voranzubringen.

Lassen Sie mich noch näher auf die 8,9 Millionen Euro eingehen, die insbesondere durch Änderungsanträge der CSU-Fraktion in den Staatshaushalt aufgenommen worden sind: Wir setzen hier Schlaglichter für die Gesundheit der Menschen, indem wir die Notfallrettung verbessern und das Modell der Gemeindenotfallsanitäter mit dem Rettungseinsatzfahrzeug, das sich in Regensburg bewährt hat, auf die Landkreise Ansbach und Dachau ausweiten. Wir steigern zudem die Zahl der Ausbildungsplätze für die Notfallsanitäter weiter.

Wir setzen Schlaglichter für die Gesundheit speziell der Kinder, indem wir über ein neugestaltetes System bei Kinderintensivtransporten mit sogenannten Kinder-Rescue-Teams die Versorgung schwer kranker Kinder verbessern.

Wir setzen Schlaglichter für die Gesundheit der Menschen, indem wir ein bayerisches Phagenkompetenzzentrum anstoßen. Wir fördern also Alternativen für Antibiotika, um multiresistenten Keimen Herr zu werden, die längst eine veritable gesundheitliche Bedrohung sind.

Wir setzen auch Schlaglichter, indem wir die Forschung an der Xenotransplantation fördern und vorantreiben, um dem Organmangel irgendwann mithilfe transgener Schweine begegnen zu können, und indem wir die Forschung an der heimtückischen Krankheit ME/CFS – Chronisches Fatigue-Syndrom – weiter fördern und unterstützen.

Wir setzen auch Schlaglichter, indem wir im sogenannten Nürnberger Modell einen besonderen Umgang mit Suchterkrankten erproben.

Wir setzen Schlaglichter für die Pflege, indem wir die so wichtigen Praxisanleiter mit einer Prämie fördern und ihre Arbeit auf diese Weise wertschätzen; indem wir Führerscheine von Mitarbeitern von ambulanten Pflegediensten subventionieren und indem wir über eine Förderung der Genossenschaft "Habt ein Herz für soziale Berufe!" neue Wege bei der Beschaffung von Wohnraum für Pflegekräfte angehen.

Zudem stehen dieses Jahr 124 Millionen Euro im Haushalt, die wir in den Ausbau der Pflegeinfrastruktur stecken, so dieses Jahr in 1.600 zusätzliche Pflegeplätze. In dieser Periode werden es dann insgesamt 8.000 sein.

Wir setzen Schlaglichter für die Prävention, indem wir Hautkrebsscanner niedrigschwellig in Arztpraxen und Apotheken aufstellen, um so Krebs sehr früh erkennen zu können, und indem wir Werbung für die Impfung gegen HPV ausweiten und unterstützen.

Wir setzen Schlaglichter für die Gesundheit, indem wir die Facharztweiterbildung so gestalten, dass sich Fachärzte im ländlichen Raum niederlassen. Wir brauchen nämlich auch außerhalb der Ballungszentren fachärztlichen Nachwuchts. Wir werden das modellhaft an HNO-Ärzten in der Hoffnung auf einen Klebeeffekt erproben. Gesundheitsversorgung darf kein Privileg der Metropolen sein; dieser Haushalt wird diesem Grundsatz gerecht.

Ich danke deshalb unserer Gesundheitsministerin Judith Gerlach für ihren herzhaften Einsatz für die Menschen. Ich danke auch allen Beschäftigten des Ministeriums an den beiden Standorten München und Nürnberg und auch in den beiden Landesämtern für Gesundheit und Pflege für ihre so wertvolle tagtägliche Arbeit.

Jeder einzelne Cent im Einzelplan 14 ist gerechtfertigt und gut angelegt. Wir werden ihn aus Überzeugung und mit Freude beschließen.

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Herr Kollege, achten Sie bitte auf Ihre Redezeit; die ist abgelaufen.

**Bernhard Seidenath (CSU):** Ich bitte Sie, genau das auch zu tun. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Nächste Rednerin die Kollegin Laura Weber. – Bitte schön.

**Laura Weber (GRÜNE):** Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Schwer kranke Kinder benötigen ganz besonders unseren Schutz und auch besonders Unterstützung. Viele Kliniken kommen gerade bei der Versorgung schwer kranker Kinder an ihre Grenzen. Die Notaufnahmen sind überfüllt; Betten für schwer kranke Kinder sind kaum vorhanden. Ärzte müssen stundenlang herumtelefonieren, um einen Platz für ein schwer krankes Kind zu bekommen. Leider ist dieses Szenario oft auch in Bayern Realität. Das ist nicht hinnehmbar.

Wer ein schwer krankes Kind hat, hat schon genug schlimme Sorgen. Die Sorge, in einer Klinik überhaupt einen Platz zu bekommen, darf nicht noch hinzukommen. Was kann helfen? Was können wir tun? Was kann Bayern tun? – Wir können die Digitalisierung und die Telemedizin vorantreiben und weiter ausbauen, um Engpässe in der Versorgung zu überwinden und die Kommunikation zwischen den Kliniken zu erleichtern. Durch mehr Digitalisierung im Gesundheitsbereich können wir Kliniken und pflegerische Einrichtungen besser vernetzen, die Patientenversorgung optimieren, Diagnose-, Therapie-, Nach- und Vorsorgeangebote verbessern und sicherer gestalten. Wir können bei angespannter Personallage Expertise in die Fläche tragen.

Digital vernetzte interdisziplinäre Expertenteams können den Alltag erkrankter Kinder und deren Familien gerade dann, wenn es um Behandlungsmethoden und Möglichkeiten geht, mit denen wenige Spezialistinnen und Spezialisten vertraut sind und die oftmals nur in den Ballungsgebieten anzutreffen sind, erleichtern und unterstützen.

Der Start des von der Staatsregierung auf den Weg gebrachten Projekts "Virtuelles Kinderkrankenhaus" zum Ende des Jahres 2023 kann nur ein erster Schritt sein. Eine

digitale Übersicht zur Belegung der Kliniken ist nicht ausreichend. Notwendig sind die digitale Vernetzung der bayerischen Kinderkliniken sowie die Optimierung der Kommunikation. Dafür braucht es Geld. Darauf zielt unser Antrag. Nur so können wir flächendeckend in Bayern von Hof bis Oberammergau langfristig eine medizinische Versorgung sicherstellen. Das fordern wir.

Nordrhein-Westfalen hat 2020 in der Hochphase der Corona-Pandemie innerhalb weniger Wochen über eine Plattform des virtuellen Krankenhauses die fachärztliche Expertise im Land flächendeckend digital vernetzt. Was Nordrhein-Westfalen kann, sollten auch wir Bayern können. Deswegen bitte ich um Ihre Zustimmung zu diesem Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein weiterer schwarzer Fleck in der bayerischen Gesundheitspolitik, den wir uns anschauen müssen, ist der Energieverbrauch der bayerischen Kliniken. Unsere Krankenhäuser liegen beim Energieverbrauch nur knapp hinter der energieintensiven Stahlindustrie. Der Gesundheitssektor und vor allem die Kliniken in Deutschland tragen mit über 5 % zu den nationalen CO<sub>2</sub>-Emissionen bei. Das müssen wir ändern. Wir fordern deshalb ein Förderprogramm "Green Hospital Bayern" als Weiterentwicklung der Green-HospitalPLUS-Initiative. Bayerische Plankrankenhäuser sollen daraus eine finanzielle Unterstützung auf dem Weg zum umweltfreundlichen Krankenhaus erhalten. Die Ansatzpunkte sind vielfältig: etwa die klimafreundliche Renovierung von Bauwerk- und Gebäudestruktur, die klimafreundliche Energieversorgung, eine umweltgerechte Ausstattung sowie die Nutzung von Alternativen besonders schädlicher Ästhetika.

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Sehr geehrte Kollegin, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Laura Weber (GRÜNE):** Ich bitte zum Wohle der Patientinnen und Patienten, zum Wohle der Klinikangestellten und für den Klimaschutz um Zustimmung zum Antrag. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Der nächste Redner ist der Kollege Thomas Zöllner für die FREIEN WÄHLER. – Herr Kollege, Sie haben 1 Minute und 39 Sekunden Redezeit.

**Thomas Zöllner (FREIE WÄHLER):** Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde meine Rede ohne mein Manuskript vortragen. Ich nutze meine Redezeit, um mich bei allen Menschen zu bedanken, die tagtäglich in der Pflege Wunderbares leisten. Ich hoffe, in einer der nächsten Sitzungen des Gesundheitsausschusses wird unserem Antrag zugestimmt, damit wir den Meisterbonus auch auf die Pflegeberufe ausweiten können. Ich bin guter Dinge, dass wir damit etwas Gutes bewirken können.

Ich möchte auch ganz besonders den pflegenden Angehörigen danken. Ohne sie würde unser Pflegesystem wie ein Kartenhaus zusammenbrechen; denn ohne sie ginge es einfach nicht. Vier von fünf zu Pflegenden werden zu Hause gepflegt. Das ist eine super Leistung aller Angehörigen. Dafür muss ich Danke sagen. Dieses Engagement muss man vielleicht mit finanziellen Mitteln wertschätzen, mit dem Ausbau der Kurzzeit- und Tagespflege, mit den Möglichkeiten, dass sich die Angehörigen auch mal ausruhen können. Das wollen wir tun.

Für die Zukunft wäre es präventiv wichtig, weil immer mehr Menschen älter werden und vielleicht von Pflegebedürftigkeit bedroht sind, die Menschen dazu zu bringen, etwas gesünder zu leben. Ich rufe Sie alle auf: Lassen Sie uns alle gemeinsam etwas mehr Sport treiben, lassen Sie uns alle etwas gesünder ernähren. Vielleicht könnten wir die Pflegebedürftigkeit damit etwas abwenden.

Abschließend danke ich dem Finanzminister und allen im Haushaltsausschuss sowie auch unserer Ministerin. Wenn Sie etwas über die Pflege von mir wissen wollen, weise ich darauf hin, ich poste dazu jeden Tag eine Nachricht. – Vielen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Für die Staatsregierung erteile ich der Staatsministerin Judith Gerlach das Wort. – Bitte schön.

**Staatsministerin Judith Gerlach (Gesundheit, Pflege und Prävention):** Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mich unserem Patienten- und Pflegebeauftragten in allem anschließen, was er gesagt hat, und nicht nur den guten Aufrufen, mehr für die Prävention zu tun, damit wir uns alle mehr bewegen und besser ernähren. Lieber Thomas Zöller, ich schließe mich auch deinem Dank die Menschen an, die in unserem Gesundheitssystem arbeiten. Wir haben nun in den letzten Tagen wieder gesehen, was im Rahmen der Flutkatastrophe geleistet wird und wie wir uns auch darauf verlassen können, dass viele Menschen in vielerlei Hinsicht anpacken – auch in unserem Gesundheitssystem. Aber es geht weit über diese letzten zwei bis drei Tage hinaus. Tagtäglich sind die Helfer für uns da. Sie helfen uns dabei, das zu erhalten, was für uns alle das Wichtigste ist, die Gesundheit. Deswegen ist dieser Haushalt, den wir heute beschließen, sehr viel mehr als ein reines Zahlenwerk, weil am Ende des Tages immer Menschen und Schicksale dahinterstehen. Gesundheitspolitik voranzutreiben und auszugestalten ist etwas zutiefst Menschliches.

Ich bedanke mich bei allen. Mein Dank geht nicht nur an die Beteiligten des Gesundheits- und des Haushaltsausschusses, sondern an alle, die sich tagtäglich mit diesen Themen auseinandersetzen und für die Menschen in Bayern versuchen, eine gute Gesundheitsversorgung aufrechtzuerhalten und weiter zu gestalten.

Wir haben nicht mehr die besondere Situation der Corona-Pandemie, weil die Einjahreshaushalte nach Corona der Vergangenheit angehören. Wir beraten jetzt wieder über einen Doppelhaushalt. Auch die Zeit nach der Corona-Pandemie ist durchaus herausfordernd. Wir stehen vor neuen, großen Aufgaben. Der Gestaltungsspielraum ist groß; aber die Herausforderungen sind mindestens genauso groß. Wir haben eine Vielzahl an Projekten im Einzelplan 14. Eine detaillierte Darstellung aller Posten würde hier zu weit führen bzw. den Rahmen dieser Sitzung sprengen. Deswegen sehen Sie es mir nach, dass ich nicht auf alle Themen eingehe. Ich gehe aber auf diejenigen

Themen ein, die ich als besonders bemerkenswert erachte oder auf die ich einen besonderen Schwerpunkt legen möchte.

Die Krankenhaussituation ist heute schon mehrfach angesprochen worden. Sie treibt viele um und ist durchaus problematisch. Sie ist schwierig, weil die Krankenhäuser in einer schwierigen Situation sind. Wir brauchen eine leistungsfähige Krankenhausversorgung. Umso mehr freue ich mich, dass es in der Diskussion mit unseren kommunalen Partnern gelungen ist, die Investitionen aufzustocken. Bei den Investitionen, die wir schon in den letzten zehn Jahren auf den Weg gebracht haben – fünf Milliarden Euro –, gibt es, anders als teilweise kolportiert wird, keinen Investitionsstau. Das heißt, alles wird auskömmlich finanziert. Unsere Krankenhäuser stehen gut da. Das ist ehrlicherweise nicht das Problem, das sie haben. Die Betriebskosten machen ihnen Probleme. Dafür ist der Bund zuständig. Ich will diesbezüglich aber nicht ins Detail gehen; das ist heute schon mehrfach angeklungen. Unsere Hausaufgabe ist aber, die Investitionskosten zu übernehmen und zielgerichtet zu schauen, wo wir investieren können und wo es Sinn macht, um die Klinikstruktur nachhaltig auszurichten.

Wir haben einen erhöhten Investitionsbedarf. Das liegt nicht nur an Umstrukturierungen und den Veränderungen in der Krankenhauslandschaft, sondern auch am medizintechnischen Fortschritt. Wir haben die Digitalisierung, wir haben Energie und Klimaschutz, wir haben Baupreissteigerungen – also alles Dinge, die Geld kosten und uns in Zukunft auch mehr Geld kosten werden. Deswegen müssen wir uns darauf einstellen, und die Krankenhausförderung, die Investitionskosten, die wir übernehmen müssen, sind da für uns eine Daueraufgabe und kein Kurzstreckensprint. Deswegen freue ich mich, dass wir das Ganze auf 800 Millionen Euro aufstocken können, und hoffe, dass wir dafür auch Ihre Zustimmung finden. Das ist ein wichtiger Schritt in Richtung Krankenhausmilliarde; aber ich will auch das dazu sagen: Wir müssen bei allen Steigerungen auch immer schauen, wie wir diese Mittel investieren. Das sind alles Steuergelder. Das heißt, wir müssen sehr gezielt schauen: Wo macht es Sinn beim Kranken-

haus? Wie soll es ausgestaltet werden, um dann wirklich auch ein gutes Gesamtpaket zu bekommen?

Apropos Gesamtpaket, das ist mindestens genauso wichtig: Für die nächsten fünf Jahre haben wir ein Förderprogramm von 100 Millionen Euro vorgesehen, um die Krankenhäuser in diesem Transformationsprozess zu unterstützen. Das heißt, wir zahlen Gutachten, die im Grunde genommen sehr genau und regional feststellen können: Wie muss sich die Krankenhauslandschaft aufstellen, um sich dann auch nachhaltig zu positionieren und auch für die nächsten Jahre und Jahrzehnte, und nicht nur mittelfristig, eine Zukunft zu haben? Dafür stehen im Jahr 2024 25 Millionen Euro zur Verfügung, und im Jahr 2025 30 Millionen Euro; denn es geht nicht nur um Gutachten, sondern auch um die ersten investiven Maßnahmen. Die Transformation selber wird Geld kosten. Das wird nicht mit einem Fingerschnippen funktionieren, und wir können nicht auf den Transformationsfonds warten, der vom Bund zwar großspurig angekündigt war; dann wurde aber gleichzeitig verkündet, dass das mal die Länder zu bezahlen haben. Zu den gesetzlich Krankenversicherten ist mit Sicherheit das letzte Wort noch nicht gesprochen; bis wir aber dorthin kommen, brauchen wir trotzdem Umstrukturierungen, und deswegen muss das gezahlt werden, und da hilft der Freistaat Bayern mit.

Mindestens genauso wichtig ist mir der Punkt Digitalisierung. Das ist mit Sicherheit auch meinem vorherigen Amt geschuldet; aber ich sehe im Gesundheitsbereich unglaublich viel Potenzial, dort mit digitalen Möglichkeiten anzusetzen, die Gesundheitsdaten auch sinnstiftend auszutauschen und zum Wohl der Patientinnen und Patienten zu nutzen. Ebenso wichtig ist aber auch, dass Digitalisierung, wenn sie Einzug erhält, auch ordentlich kommuniziert wird, dass jeder damit umgehen kann, dass vor allem jeder mit Sicherheit wissen kann, was mit den Daten passiert und wie man letztendlich auch Nutzen daraus ziehen kann. Deswegen arbeiten wir zum Beispiel mit "Health Care BY Your Side" an einer besseren Kommunikation, an einer besseren Vernetzung der jeweiligen Bereiche, sodass die Technik in den Praxen und Kliniken auch optimal

eingesetzt wird und bei den Menschen auch so ankommt, dass die digitalen Tools den Arbeitsalltag erleichtern und nicht erschweren.

Besonders möchte ich heute auf die Potenziale in der Pflege eingehen, weil da durchaus sehr viele Möglichkeiten vorhanden sind: Digitalisierung, KI, Zukunftstechnologien. Die können da wirklich einen ganz entscheidenden Unterschied machen. Dazu starten wir die HighCare Agenda und schließen mit dem DigitalPakt Pflege an. Das heißt, wir schauen uns an: Wie können wir Pflegeassistenzsysteme, Robotik-Innovationen besser fördern und auch gezielter in die Pflegeanwendung bringen? Da fängt es manchmal mit ganz grundlegenden Dingen wie einer WLAN-Ausstattung an Pflegeeinrichtungen an. Man kann nicht jedem mit Künstlicher Intelligenz um die Ecke kommen, wenn WLAN fehlt. Wir müssen also ganz genau schauen: Wo fehlen die grundsätzlichen Dinge? Wo müssen wir ansetzen? Und wo können wir mit anderer, neuer Technologie, mit Telematikanwendungen, mit Einsatz von KI dann auch ganz gezielt mit dem Förderprogramm unterwegs sein und dort unterstützen? – Dafür haben wir insgesamt fast 50 Millionen Euro vorgesehen.

(Unruhe)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Wenn ich Sie ganz kurz unterbrechen darf: Ich bitte um ein bisschen mehr Ruhe. Hier gibt es die ganze Zeit ein Grundrauschen. Das ist nicht angenehm. – Danke.

**Staatsministerin Judith Gerlach (Gesundheit, Pflege und Prävention):** Menschen, die in der Pflege arbeiten, arbeiten dort, weil sie gerne mit Menschen arbeiten, weil sie gerne für sie da sind und nicht deswegen, weil sie den ganzen Tag unterwegs sind und gerne irgendwelche Papiere ausfüllen. Das heißt, wir müssen es schaffen, dort Prozesse zu vereinfachen und vor allem digitale Tools als sinnvolle Helfer der Pflege zur Seite zu stellen. Die Herausforderungen der Pflege sind bekannt; aber es wäre, wie ich finde, zu wenig, wie der Herr Bundesgesundheitsminister auf die fehlenden Pflegekräfte zu verweisen und auf der anderen Seite zu sagen, dass wir eine stark

steigende Zahl von Pflegebedürftigen haben, ohne irgendwelche Lösungsansätze in Aussicht zu stellen. Das ist zu wenig. Wir in Bayern reden nicht nur darüber, sondern wir handeln. Wir wissen, dass in Zukunft immer mehr Menschen pflegebedürftig werden, und deswegen schaffen wir neue Pflegeplätze. Bis 2028 wollen wir insgesamt 8.000 Pflegeplätze schaffen. In verschiedenen Förderprogrammen stellen wir damit im Doppelhaushalt insgesamt über 145 Millionen Euro zur Verfügung.

Nachdem die Arbeit der Pflegekräfte nicht hoch genug wertgeschätzt werden kann, weil sie wirklich jeden Tag einen herausragenden Beitrag zum Wohl unserer Pflegebedürftigen hier in Bayern leisten, wollen wir die Arbeitsbedingungen in der Pflege auch weiter verbessern. Das ist immens wichtig. Wir brauchen natürlich auch Pflegekräfte aus dem Ausland. Vorhin ist es schon angeklungen: Wir haben das Verfahren der Fast Lane, unserer Berufsankennung, zentralisiert und vor allem digitalisiert. So können wir einfach die steigenden Antragszahlen, die wir zum Glück zu verzeichnen haben, viel mehr beschleunigen und damit auch das Aufenthaltsrecht und die Berufsankennung verzahnen.

Ich will das Verfahren aber noch schneller, noch digitaler abwickeln. Das wird durch weitere Automatisierung, vor allem durch den Einsatz von Künstlicher Intelligenz, gelingen. Wir stellen 20 Millionen Euro für die Weiterentwicklung des Verfahrens in den Doppelhaushalt ein. Mit dem Geld fördern wir zusätzlich auch Integrationsmaßnahmen zur Eingliederung ausländischer Pflegekräfte, weil es uns natürlich auch wichtig ist, dass die Menschen sich hier wohlfühlen und dass wir sie vor allem dauerhaft hierbehalten und sie uns in der Pflege erhalten bleiben.

Wir konzentrieren uns auch auf die Nachwuchsgewinnung. Die ist ganz wichtig. Wir haben die Imagekampagne "Neue Pflege Bayern", mit der wir Jugendliche für den Pflegeberuf begeistern wollen, aber auch Berufsrückkehrer und Quereinsteiger gewinnen wollen; denn der Bedarf an Pflegekräften wird natürlich weiter steigen. Wichtig ist eine gute Ausbildung der Pflegefachkräfte. Wir haben die generalistische Pflegeausbildung, die hierfür natürlich die Grundlage bildet. Wir zahlen in den nächsten beiden

Jahren insgesamt über 177 Millionen Euro in diesen Ausbildungsfonds ein und investieren da ganz klar in den Nachwuchs, der so unglaublich wichtig ist. Außerdem gilt: Leistung soll sich lohnen. Um Weiterbildung in der Pflege zu honorieren, nehmen wir auch die Weiterbildungsabschlüsse für Pflegeberufe in den Kreis der Anspruchsberechtigten für den Meisterbonus auf. Absolventen erhalten so 3.000 Euro beim erfolgreichen Abschluss.

Nicht unerwähnt bleiben soll – und das finde ich mindestens genauso wichtig –: Wir müssen nicht nur dafür sorgen, die Menschen für den Beruf zu gewinnen und neue hereinzubringen, sondern wir müssen uns auch um die kümmern, die im Beruf drin sind, das heißt, Resilienzmaßnahmen zu stärken, vor allem jetzt auch nach den Herausforderungen der Corona-Pandemie. Wir haben bereits im letzten Jahr 18 Millionen Euro für Trainings und Team-Coachings zur Verfügung gestellt, die sehr gut angenommen werden. Die Laufzeit der Förderungen wird jetzt verlängert; aber es geht eben auch um die Springerkonzepte und darum, neue Konzepte zu finden – durch flexiblere Arbeitszeiten, aber auch durch eine Sicherheit in den Dienstplänen –, die wir dann hoffentlich flächendeckend, auch gerne als Leuchtturm für Deutschland, herausbringen können, um die Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte zu verbessern.

Ein letzter Punkt sei mir noch gestattet, weil unser Ministerium nämlich jetzt so heißt: Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention. Die Prävention – und wir haben vorhin schon einen Aufruf zur gesunden Ernährung und zu gesundem Leben gehört – spielt eine immer größere Rolle. Dementsprechend wollen wir das Ganze natürlich auch mit Leben füllen. Wir wollen nicht nur darüber reden oder mit erhobenem Zeigefinger predigen, sondern tolle Programme und Maßnahmen auf den Weg bringen.

Ich möchte einzelne Themen nennen, die wir finanzieren, Krebsprävention zum Beispiel mit dem Aktionstag Darmkrebs im März, die Projekte "Schwanger? Null Promille!", "Gesundes Aufwachsen in der Familie", aber auch "Gesundheitskompetenz in der Arbeitswelt", "Gesundes Altern im selbstbestimmten Lebensumfeld" sowie auch jetzt

unseren Jahresschwerpunkt "Frauengesundheit – ein Leben lang" mit gesundheitsrelevanten, sehr geschlechterbezogenen Unterschieden, wobei wir versuchen, da in allen Lebenslagen zu sensibilisieren und vor allem auch ein Bewusstsein für die Frauengesundheit zu schaffen. Wir haben zum Beispiel eine ganz speziell angelegte Kampagne zum Thema Wechseljahre. Wir möchten die Aufmerksamkeit auf dieses wichtige, wie ich finde, aber öffentlich bisher nur selten angesprochene Thema lenken, das für alle Frauen in ihrem Leben irgendwann relevant wird.

Wir wollen unseren Masterplan Prävention weiterentwickeln, um möglichst viele gesunde Lebensjahre für alle zu haben. Dabei geht es um Prävention von Infektion, aber auch um klimabedingte Gesundheitsgefahren und um die Suchtprävention, die natürlich in Zukunft eine große Rolle spielen wird. Für die Mittel der Präventionsprojekte, den Jahresschwerpunkt, die Umsetzung des Masterplans, erhöhen wir das Ganze um 1 Million Euro, sodass insgesamt 9 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Im Fokus haben wir auch immer wieder zum Beispiel die bedeutender werdende gesundheitliche Klimaforschung. Hier stocken wir die Mittel auch deutlich auf. Über 5 Millionen Euro stehen dafür im Doppelhaushalt zur Verfügung.

Wie gesagt: Das sind nur einige aus der großen Vielzahl der Projekte, die wir haben, die es natürlich alle wert wären, benannt zu werden, was wir aber heute nicht können.

Ich würde mir einfach wünschen, dass wir das Ganze weiter mit Leben, mit Ideen und vor allem mit Menschen, mit Abgeordneten füllen, die das unterstützen, und nicht nur mit einem guten, starken Haushalt, den wir heute auf den Weg bringen. Flankierend gilt es, darin dann auch wirklich die Ideen unterstützend voranzubringen. Wir haben hier ein Gesamtvolumen von über 1,9 Milliarden Euro in den Jahren 2024 und 2025, um Bewährtes, was mein Vorgänger Klaus Holetschek auf den Weg gebracht hat, kontinuierlich fortzuführen, aber auch um neue Schwerpunkte zu setzen und in die Zukunft zu blicken. Ich glaube, dass wir damit viele Herausforderungen meistern können.

Ich freue mich auf die weiteren Aufgaben und bitte das Hohe Haus um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung der Frau Kollegin Ruth Waldmann vor. – Bitte schön.

**Ruth Waldmann (SPD):** Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie haben eben bestätigt, dass der Freistaat Bayern für die Investitionskosten der Krankenhäuser zuständig ist. In der Tat, so ist es. Sie haben außerdem gesagt, dass Sie darauf achten wollen, dass in zukunftsfähige Häuser, die sich nachhaltig aufstellen, investiert wird. So ungefähr haben Sie das gerade formuliert.

Jetzt meine Frage: Was sind denn zukunftsfähige Häuser im Sinne der Staatsregierung? Orientieren Sie sich dabei an den Qualitätskriterien, dem Leistungskatalog, wie er im Rahmen der Krankenhausreform abgestimmt wurde? Nur Bayern war dagegen. Ist das die Grundlage für die Krankenhausplanung und die Investitionskostenförderung im Freistaat Bayern, oder folgen Sie einer anderen Planung?

**Staatsministerin Judith Gerlach (Gesundheit, Pflege und Prävention):** Vielen Dank für diese Frage, die mir die Gelegenheit gibt, auf dieses Thema etwas detaillierter einzugehen. Wir haben schon bisher Investitionskosten gefördert und dafür bedarfsgerecht Mittel eingestellt. Es gibt einen Krankenhausplan, der im Internet für jedermann einsehbar ist. Er umfasst über 300 Seiten, aber daran kann man dezidiert sehen, wo welche Betten sind und wie die Krankenhäuser aufgeteilt sind. Daraus ist ersichtlich, wo die einzelnen Teile zu finden sind. Selbstverständlich kann man daraus auch ersehen, wo das Geld ausgegeben wurde. Diesen Krankenhausplan werden wir fortführen.

In den nächsten Jahren, wenn diese Reform kommt, hat Herr Lauterbach vor, Leistungsgruppen zuzuweisen. Das heißt, diese Leistungsgruppen werden von uns zugewiesen, aber er gibt sie vor. Wir müssen je nach Krankenhaus sehen, wie die Investitionskosten zu veranschlagen sind. Das ist momentan unser Problem, weil wir noch keine Planungssicherheit haben. Wir wissen noch nicht genau, wie die Planungen aussehen und was in den Rechtsverordnungen stehen wird, die in der Zukunft kom-

men werden. Die Auswirkungen werden wir erst im Jahr 2027 spüren; denn vorher greift diese Reform überhaupt nicht.

Wir werden uns vorher ansehen, wie wir die Dinge für eine nachhaltige und bedarfsgerechte Versorgung auf den Weg bringen und dafür investieren können. Das haben wir schon in den letzten Jahren getan, aber wir müssen das künftig gerade mit Blick auf die Zukunftsthemen tun. Ich habe vorher besonderen Investitionsbedarf, zum Beispiel für Energie, die Digitalisierung und den medizinischen Fortschritt genannt. In diese Bereiche werden wir gezielt investieren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025, Einzelplan 14, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/1303 mit 19/1326, 19/1328 mit 19/1361 und 19/1449 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 19/2070 zugrunde.

Ich beginne mit der Abstimmung über die drei Änderungsanträge der AfD-Fraktion, über die auf Wunsch der Initiatoren namentlich abgestimmt werden soll. Die Abstimmung wird elektronisch durchgeführt.

Zunächst ist über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Sonderentschädigung für Impfgeschädigte nach einer Corona-Impfung" auf der Drucksache 19/1334 in namentlicher Form abzustimmen. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 19:34 bis 19:37 Uhr)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, die drei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung.

Es folgt nun die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Forschung und Therapie für Long COVID" auf Drucksache 19/1336. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen ebenfalls zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt diesmal zwei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 19:37 bis 19:39 Uhr)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, die zwei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung.

Es folgt nun die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Forschung und Therapie für Post-Vac-Syndrom" auf Drucksache 19/1337. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen ebenfalls zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt zwei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 19:40 bis 19:42 Uhr)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die zwei Minuten sind um. Die Abstimmung ist damit beendet.

Ich komme jetzt zur Bekanntgabe der Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen.

Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Sonderentschädigung für Impfgeschädigte nach einer Corona-Impfung" auf Drucksache 19/1334: Mit Ja haben 25 Abgeordnete gestimmt. Nein-Stimmen: 134; keine Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 9)

Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Forschung und Therapie für Long COVID" auf Drucksache 19/1336: Mit Ja haben 26 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein

haben 133 Abgeordnete gestimmt; keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 10)

Warten wir noch kurz auf das Ergebnis der dritten Abstimmung. – Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Forschung und Therapie für Post-Vac-Syndrom" auf Drucksache 19/1337: Mit Ja haben 26 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 131 Abgeordnete gestimmt; keine Stimmenthaltungen. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 11)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 14 selbst. Der Einzelplan 14 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 19/2070 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 14 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die CSU-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Die AfD-Fraktion, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion. Stimmenthaltungen liegen nicht vor. Damit ist der Einzelplan 14 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 12)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

"Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2024/2025 vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CSU, FREIE WÄHLER, AfD, die Fraktion der GRÜNEN und SPD. Gegenstimmen liegen keine vor, Stimmenthaltungen auch nicht. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 19/2070, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/1347 mit 19/1361 und 19/1449 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 14 ist damit abgeschlossen.

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 04.06.2024 zu Tagesordnungspunkt 5: Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Matthias Vogler, Andreas Winhart u. a. und Fraktion AfD; Haushaltsplan 2024/2025; hier: Sonderentschädigung für Impfgeschädigte nach einer Corona-Impfung (Kap. 14 03 neuer Tit.) (Drucksache 19/1334)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Adjei Benjamin</b>		X		<b>Eberwein Jürgen</b>		X	
<b>Aigner Ilse</b>		X		<b>Dr. Ebner Stefan</b>		X	
<b>Aiwanger Hubert</b>				<b>Ebner-Steiner Katrin</b>	X		
<b>Arnold Dieter</b>	X			<b>Dr. Eiling-Hütig Ute</b>		X	
<b>Arnold Horst</b>		X		<b>Eisenreich Georg</b>			
<b>Artmann Daniel</b>		X		<b>Enders Susann</b>		X	
<b>Atzinger Oskar</b>	X						
				<b>Fackler Wolfgang</b>		X	
<b>Bäumler Nicole</b>		X		<b>Fehlner Martina</b>			
<b>Bauer Volker</b>		X		<b>Feichtmeier Christiane</b>		X	
<b>Baumann Jörg</b>	X			<b>Flierl Alexander</b>		X	
<b>Baumgärtner Jürgen</b>		X		<b>Freller Karl</b>		X	
<b>Baur Konrad</b>		X		<b>Freudenberger Thorsten</b>		X	
<b>Prof. Dr. Bausback Winfried</b>		X		<b>Friedl Patrick</b>		X	
<b>Becher Johannes</b>				<b>Friesinger Sebastian</b>		X	
<b>Beck Tobias</b>		X		<b>Frühbeißer Stefan</b>		X	
<b>Becker Barbara</b>		X		<b>Fuchs Barbara</b>			
<b>Dr. Behr Andrea</b>		X		<b>Füracker Albert</b>		X	
<b>Behringer Martin</b>		X					
<b>Beißwenger Eric</b>				<b>Gerlach Judith</b>		X	
<b>Bergmüller Franz</b>	X			<b>Gießübel Martina</b>		X	
<b>Bernreiter Christian</b>				<b>Glauber Thorsten</b>			
<b>Birzele Andreas</b>				<b>Goller Mia</b>		X	
<b>Blume Markus</b>				<b>Gotthardt Tobias</b>		X	
<b>Böhm Martin</b>	X			<b>Graupner Richard</b>	X		
<b>Bötl Maximilian</b>		X		<b>Grießhammer Holger</b>		X	
<b>Bozoglu Cemal</b>		X		<b>Grob Alfred</b>		X	
<b>Brannekämper Robert</b>		X		<b>Groß Johann</b>			
<b>von Brunn Florian</b>		X		<b>Gross Sabine</b>			
<b>Dr. Brunnhuber Martin</b>		X		<b>Grossmann Patrick</b>		X	
<b>Dr. Büchler Markus</b>				<b>Guttenberger Petra</b>		X	
<b>Celina Kerstin</b>		X		<b>Prof. Dr. Hahn Ingo</b>			
				<b>Halbleib Volkmar</b>		X	
<b>Deisenhofer Maximilian</b>				<b>Halemba Daniel</b>			
<b>Demirel Gülseren</b>		X		<b>Hartmann Ludwig</b>		X	
<b>Dierkes Rene</b>	X			<b>Hauber Wolfgang</b>		X	
<b>Dierl Franc</b>		X		<b>Heinisch Bernhard</b>		X	
<b>Dr. Dietrich Alexander</b>		X		<b>Heisl Josef</b>		X	
<b>Dietz Leo</b>		X		<b>Dr. Herrmann Florian</b>		X	
<b>Dorow Alex</b>		X		<b>Herrmann Joachim</b>			
<b>Dremel Holger</b>		X		<b>Hierneis Christian</b>			
<b>Dünkel Norbert</b>		X		<b>Högl Petra</b>		X	
				<b>Hofmann Michael</b>		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Hold</b> Alexander			
<b>Holetschek</b> Klaus		X	
<b>Holz</b> Thomas		X	
<b>Dr. Hopp</b> Gerhard		X	
<b>Huber</b> Martin	X		
<b>Huber</b> Martin Andreas		X	
<b>Huber</b> Thomas		X	
<b>Huml</b> Melanie		X	
<b>Jäckel</b> Andreas		X	
<b>Jakob</b> Marina		X	
<b>Jungbauer</b> Björn		X	
<b>Jurca</b> Andreas	X		
<b>Kaniber</b> Michaela			
<b>Kaufmann</b> Andreas			
<b>Kirchner</b> Sandro			
<b>Knoblach</b> Paul			
<b>Knoll</b> Manuel		X	
<b>Köhler</b> Claudia		X	
<b>Köhler</b> Florian			
<b>Kohler</b> Jochen		X	
<b>Koller</b> Michael		X	
<b>Konrad</b> Joachim		X	
<b>Krahl</b> Andreas			
<b>Kraus</b> Nikolaus		X	
<b>Kühn</b> Harald		X	
<b>Kurz</b> Sanne		X	
<b>Lausch</b> Josef		X	
<b>Lettenbauer</b> Eva		X	
<b>Lindinger</b> Christian		X	
<b>Lipp</b> Oskar	X		
<b>Locke</b> Felix		X	
<b>Löw</b> Stefan	X		
<b>Dr. Loibl</b> Petra		X	
<b>Ludwig</b> Rainer		X	
<b>Magerl</b> Roland	X		
<b>Maier</b> Christoph			
<b>Mang</b> Ferdinand	X		
<b>Mannes</b> Gerd	X		
<b>Dr. Mehring</b> Fabian		X	
<b>Meier</b> Johannes	X		
<b>Meußgeier</b> Harald			
<b>Meyer</b> Stefan		X	
<b>Miskowitsch</b> Benjamin		X	
<b>Mistol</b> Jürgen		X	
<b>Mittag</b> Martin		X	
<b>Müller</b> Johann	X		
<b>Müller</b> Ruth		X	
<b>Müller</b> Ulrike		X	
<b>Nolte</b> Benjamin	X		
<b>Nussel</b> Walter		X	
<b>Dr. Oetzing</b> Stephan		X	
<b>Osgyan</b> Verena		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Pargent</b> Tim		X	
<b>Prof. Dr. Piazzolo</b> Michael		X	
<b>Pirner</b> Thomas		X	
<b>Pohl</b> Bernhard		X	
<b>Post</b> Julia		X	
<b>Preidl</b> Julian			
<b>Rasehorn</b> Anna		X	
<b>Rauscher</b> Doris		X	
<b>Reiß</b> Tobias		X	
<b>Rinderspacher</b> Markus			
<b>Rittel</b> Anton		X	
<b>Roon</b> Elena			
<b>Saller</b> Markus		X	
<b>Schack</b> Jenny		X	
<b>Schalk</b> Andreas			
<b>Scharf</b> Martin		X	
<b>Scharf</b> Ulrike			
<b>Scheuenstuhl</b> Harry			
<b>Schießl</b> Werner			
<b>Schmid</b> Franz			
<b>Schmid</b> Josef		X	
<b>Schmidt</b> Gabi			
<b>Schnotz</b> Helmut		X	
<b>Schnürer</b> Sascha		X	
<b>Schöffel</b> Martin		X	
<b>Schorer-Dremel</b> Tanja		X	
<b>Schreyer</b> Kerstin		X	
<b>Schuberl</b> Toni		X	
<b>Schuhknecht</b> Stephanie			
<b>Schulze</b> Katharina			
<b>Schwab</b> Thorsten		X	
<b>Dr. Schwartz</b> Harald		X	
<b>Seidenath</b> Bernhard		X	
<b>Siekmann</b> Florian		X	
<b>Singer</b> Ulrich	X		
<b>Dr. Söder</b> Markus			
<b>Sowa</b> Ursula		X	
<b>Stadler</b> Ralf	X		
<b>Stieglitz</b> Werner		X	
<b>Stock</b> Martin		X	
<b>Stolz</b> Anna			
<b>Storm</b> Ramona	X		
<b>Straub</b> Karl		X	
<b>Streibl</b> Florian		X	
<b>Striedl</b> Markus	X		
<b>Dr. Strohmayer</b> Simone		X	
<b>Stümpfig</b> Martin		X	
<b>Tasdelen</b> Arif		X	
<b>Tomaschko</b> Peter		X	
<b>Toso</b> Roswitha		X	
<b>Trautner</b> Carolina		X	
<b>Triebel</b> Gabriele			
<b>Vogel</b> Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Vogler</b> Matthias	X		
<b>Wachler</b> Peter		X	
<b>Wagle</b> Martin		X	
<b>Walbrunn</b> Markus	X		
Freiherr von <b>Waldenfels</b> Kristan		X	
<b>Waldmann</b> Ruth		X	
<b>Weber</b> Laura		X	
Dr. <b>Weigand</b> Sabine			
<b>Weigert</b> Roland			
<b>Weitzel</b> Katja		X	
<b>Widmann</b> Jutta		X	
<b>Winhart</b> Andreas	X		
<b>Zellmeier</b> Josef		X	
<b>Zierer</b> Benno			
Freiherr von <b>Zobel</b> Felix		X	
<b>Zöller</b> Thomas		X	
<b>Zwanziger</b> Christian		X	
<b>Gesamtsumme</b>	25	134	0

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 04.06.2024 zu Tagesordnungspunkt 5: Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Matthias Vogler, Andreas Winhart u. a. und Fraktion AfD; Haushaltsplan 2024/2025; hier: Forschung und Therapie für Long COVID (Kap. 14 03 neuer Tit.) (Drucksache 19/1336)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Adjei</b> Benjamin		X		<b>Eberwein</b> Jürgen		X	
<b>Aigner</b> Ilse		X		Dr. <b>Ebner</b> Stefan		X	
<b>Aiwanger</b> Hubert				<b>Ebner-Steiner</b> Katrin	X		
<b>Arnold</b> Dieter	X			Dr. <b>Eiling-Hütig</b> Ute		X	
<b>Arnold</b> Horst		X		<b>Eisenreich</b> Georg		X	
<b>Artmann</b> Daniel		X		<b>Enders</b> Susann		X	
<b>Atzinger</b> Oskar	X						
				<b>Fackler</b> Wolfgang		X	
<b>Bäumler</b> Nicole		X		<b>Fehlner</b> Martina			
<b>Bauer</b> Volker		X		<b>Feichtmeier</b> Christiane		X	
<b>Baumann</b> Jörg	X			<b>Flierl</b> Alexander		X	
<b>Baumgärtner</b> Jürgen		X		<b>Freller</b> Karl		X	
<b>Baur</b> Konrad				<b>Freudenberger</b> Thorsten		X	
Prof. Dr. <b>Bausback</b> Winfried		X		<b>Friedl</b> Patrick		X	
<b>Becher</b> Johannes				<b>Friesinger</b> Sebastian		X	
<b>Beck</b> Tobias		X		<b>Frühbeißer</b> Stefan		X	
<b>Becker</b> Barbara		X		<b>Fuchs</b> Barbara			
Dr. <b>Behr</b> Andrea		X		<b>Füracker</b> Albert		X	
<b>Behringer</b> Martin		X					
<b>Beißwenger</b> Eric				<b>Gerlach</b> Judith		X	
<b>Bergmüller</b> Franz	X			<b>Gießübel</b> Martina		X	
<b>Bernreiter</b> Christian				<b>Glauber</b> Thorsten			
<b>Birzele</b> Andreas				<b>Goller</b> Mia		X	
<b>Blume</b> Markus				<b>Gotthardt</b> Tobias		X	
<b>Böhm</b> Martin	X			<b>Graupner</b> Richard	X		
<b>Bötl</b> Maximilian		X		<b>Grießhammer</b> Holger		X	
<b>Bozoglu</b> Cemal		X		<b>Grob</b> Alfred		X	
<b>Brannekämper</b> Robert		X		<b>Groß</b> Johann			
von <b>Brunn</b> Florian		X		<b>Gross</b> Sabine			
Dr. <b>Brunnhuber</b> Martin		X		<b>Grossmann</b> Patrick		X	
Dr. <b>Büchler</b> Markus				<b>Guttenberger</b> Petra		X	
<b>Celina</b> Kerstin		X		Prof. Dr. <b>Hahn</b> Ingo			
				<b>Halbleib</b> Volkmar		X	
<b>Deisenhofer</b> Maximilian				<b>Halemba</b> Daniel			
<b>Demirel</b> Gülseren		X		<b>Hartmann</b> Ludwig		X	
<b>Dierkes</b> Rene	X			<b>Hauber</b> Wolfgang		X	
<b>Dierl</b> Franc		X		<b>Heinisch</b> Bernhard		X	
Dr. <b>Dietrich</b> Alexander		X		<b>Heisl</b> Josef		X	
<b>Dietz</b> Leo		X		Dr. <b>Herrmann</b> Florian			
<b>Dorow</b> Alex		X		<b>Herrmann</b> Joachim			
<b>Dremel</b> Holger		X		<b>Hierneis</b> Christian			
<b>Dünkel</b> Norbert		X		<b>Högl</b> Petra		X	
				<b>Hofmann</b> Michael		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Hold</b> Alexander			
<b>Holetschek</b> Klaus		X	
<b>Holz</b> Thomas		X	
<b>Dr. Hopp</b> Gerhard		X	
<b>Huber</b> Martin	X		
<b>Huber</b> Martin Andreas		X	
<b>Huber</b> Thomas		X	
<b>Huml</b> Melanie		X	
<b>Jäckel</b> Andreas		X	
<b>Jakob</b> Marina		X	
<b>Jungbauer</b> Björn		X	
<b>Jurca</b> Andreas	X		
<b>Kaniber</b> Michaela			
<b>Kaufmann</b> Andreas			
<b>Kirchner</b> Sandro			
<b>Knoblach</b> Paul			
<b>Knoll</b> Manuel		X	
<b>Köhler</b> Claudia		X	
<b>Köhler</b> Florian			
<b>Kohler</b> Jochen		X	
<b>Koller</b> Michael		X	
<b>Konrad</b> Joachim		X	
<b>Krahl</b> Andreas			
<b>Kraus</b> Nikolaus		X	
<b>Kühn</b> Harald		X	
<b>Kurz</b> Sanne		X	
<b>Lausch</b> Josef		X	
<b>Lettenbauer</b> Eva		X	
<b>Lindinger</b> Christian		X	
<b>Lipp</b> Oskar	X		
<b>Locke</b> Felix		X	
<b>Löw</b> Stefan	X		
<b>Dr. Loibl</b> Petra		X	
<b>Ludwig</b> Rainer		X	
<b>Magerl</b> Roland	X		
<b>Maier</b> Christoph			
<b>Mang</b> Ferdinand	X		
<b>Mannes</b> Gerd	X		
<b>Dr. Mehring</b> Fabian		X	
<b>Meier</b> Johannes	X		
<b>Meußgeier</b> Harald			
<b>Meyer</b> Stefan		X	
<b>Miskowitsch</b> Benjamin		X	
<b>Mistol</b> Jürgen		X	
<b>Mittag</b> Martin		X	
<b>Müller</b> Johann	X		
<b>Müller</b> Ruth		X	
<b>Müller</b> Ulrike		X	
<b>Nolte</b> Benjamin	X		
<b>Nussel</b> Walter		X	
<b>Dr. Oetzinger</b> Stephan		X	
<b>Osgyan</b> Verena		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Pargent</b> Tim		X	
<b>Prof. Dr. Piazzolo</b> Michael		X	
<b>Pirner</b> Thomas		X	
<b>Pohl</b> Bernhard		X	
<b>Post</b> Julia		X	
<b>Preidl</b> Julian			
<b>Rasehorn</b> Anna		X	
<b>Rauscher</b> Doris		X	
<b>Reiß</b> Tobias		X	
<b>Rinderspacher</b> Markus			
<b>Rittel</b> Anton		X	
<b>Roon</b> Elena	X		
<b>Saller</b> Markus		X	
<b>Schack</b> Jenny		X	
<b>Schalk</b> Andreas			
<b>Scharf</b> Martin		X	
<b>Scharf</b> Ulrike			
<b>Scheuenstuhl</b> Harry			
<b>Schießl</b> Werner			
<b>Schmid</b> Franz			
<b>Schmid</b> Josef		X	
<b>Schmidt</b> Gabi			
<b>Schnotz</b> Helmut		X	
<b>Schnürer</b> Sascha		X	
<b>Schöffel</b> Martin		X	
<b>Schorer-Dremel</b> Tanja		X	
<b>Schreyer</b> Kerstin		X	
<b>Schuberl</b> Toni		X	
<b>Schuhknecht</b> Stephanie			
<b>Schulze</b> Katharina			
<b>Schwab</b> Thorsten		X	
<b>Dr. Schwartz</b> Harald		X	
<b>Seidenath</b> Bernhard		X	
<b>Siekmann</b> Florian		X	
<b>Singer</b> Ulrich	X		
<b>Dr. Söder</b> Markus			
<b>Sowa</b> Ursula		X	
<b>Stadler</b> Ralf	X		
<b>Stieglitz</b> Werner		X	
<b>Stock</b> Martin		X	
<b>Stolz</b> Anna			
<b>Storm</b> Ramona	X		
<b>Straub</b> Karl		X	
<b>Streibl</b> Florian		X	
<b>Striedl</b> Markus	X		
<b>Dr. Strohmayer</b> Simone		X	
<b>Stümpfig</b> Martin		X	
<b>Tasdelen</b> Arif		X	
<b>Tomaschko</b> Peter		X	
<b>Toso</b> Roswitha		X	
<b>Trautner</b> Carolina		X	
<b>Triebel</b> Gabriele			
<b>Vogel</b> Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Vogler</b> Matthias	X		
<b>Wachler</b> Peter		X	
<b>Wagle</b> Martin		X	
<b>Walbrunn</b> Markus	X		
Freiherr von <b>Waldenfels</b> Kristan		X	
<b>Waldmann</b> Ruth		X	
<b>Weber</b> Laura		X	
Dr. <b>Weigand</b> Sabine			
<b>Weigert</b> Roland			
<b>Weitzel</b> Katja		X	
<b>Widmann</b> Jutta		X	
<b>Winhart</b> Andreas	X		
<b>Zellmeier</b> Josef		X	
<b>Zierer</b> Benno			
Freiherr von <b>Zobel</b> Felix		X	
<b>Zöller</b> Thomas		X	
<b>Zwanziger</b> Christian		X	
<b>Gesamtsumme</b>	26	133	0

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 04.06.2024 zu Tagesordnungspunkt 5: Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Matthias Vogler, Andreas Winhart u. a. und Fraktion AfD; Haushaltsplan 2024/2025; hier: Forschung und Therapie für Post-Vac-Syndrom (Kap. 14 03 neuer Tit.) (Drucksache 19/1337)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Adjei Benjamin</b>		X		<b>Eberwein Jürgen</b>		X	
<b>Aigner Ilse</b>		X		<b>Dr. Ebner Stefan</b>			
<b>Aiwanger Hubert</b>				<b>Ebner-Steiner Katrin</b>	X		
<b>Arnold Dieter</b>	X			<b>Dr. Eiling-Hütig Ute</b>		X	
<b>Arnold Horst</b>		X		<b>Eisenreich Georg</b>		X	
<b>Artmann Daniel</b>		X		<b>Enders Susann</b>		X	
<b>Atzinger Oskar</b>	X						
				<b>Fackler Wolfgang</b>		X	
<b>Bäumler Nicole</b>		X		<b>Fehlner Martina</b>			
<b>Bauer Volker</b>		X		<b>Feichtmeier Christiane</b>		X	
<b>Baumann Jörg</b>	X			<b>Flierl Alexander</b>		X	
<b>Baumgärtner Jürgen</b>		X		<b>Freller Karl</b>		X	
<b>Baur Konrad</b>		X		<b>Freudenberger Thorsten</b>		X	
<b>Prof. Dr. Bausback Winfried</b>		X		<b>Friedl Patrick</b>		X	
<b>Becher Johannes</b>				<b>Friesinger Sebastian</b>		X	
<b>Beck Tobias</b>		X		<b>Frühbeißer Stefan</b>		X	
<b>Becker Barbara</b>		X		<b>Fuchs Barbara</b>			
<b>Dr. Behr Andrea</b>		X		<b>Füracker Albert</b>		X	
<b>Behringer Martin</b>		X					
<b>Beißwenger Eric</b>				<b>Gerlach Judith</b>		X	
<b>Bergmüller Franz</b>	X			<b>Gießübel Martina</b>		X	
<b>Bernreiter Christian</b>				<b>Glauber Thorsten</b>			
<b>Birzele Andreas</b>				<b>Goller Mia</b>		X	
<b>Blume Markus</b>				<b>Gotthardt Tobias</b>		X	
<b>Böhm Martin</b>	X			<b>Graupner Richard</b>	X		
<b>Bötl Maximilian</b>		X		<b>Grießhammer Holger</b>		X	
<b>Bozoglu Cemal</b>		X		<b>Grob Alfred</b>		X	
<b>Brannekämper Robert</b>		X		<b>Groß Johann</b>			
<b>von Brunn Florian</b>				<b>Gross Sabine</b>			
<b>Dr. Brunnhuber Martin</b>		X		<b>Grossmann Patrick</b>		X	
<b>Dr. Büchler Markus</b>				<b>Guttenberger Petra</b>		X	
<b>Celina Kerstin</b>		X		<b>Prof. Dr. Hahn Ingo</b>			
				<b>Halbleib Volkmar</b>		X	
<b>Deisenhofer Maximilian</b>				<b>Halemba Daniel</b>			
<b>Demirel Gülseren</b>		X		<b>Hartmann Ludwig</b>		X	
<b>Dierkes Rene</b>	X			<b>Hauber Wolfgang</b>		X	
<b>Dierl Franc</b>		X		<b>Heinisch Bernhard</b>		X	
<b>Dr. Dietrich Alexander</b>		X		<b>Heisl Josef</b>		X	
<b>Dietz Leo</b>		X		<b>Dr. Herrmann Florian</b>		X	
<b>Dorow Alex</b>		X		<b>Herrmann Joachim</b>			
<b>Dremel Holger</b>		X		<b>Hierneis Christian</b>			
<b>Dünkel Norbert</b>		X		<b>Högl Petra</b>		X	
				<b>Hofmann Michael</b>		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Hold</b> Alexander			
<b>Holetschek</b> Klaus		X	
<b>Holz</b> Thomas		X	
<b>Dr. Hopp</b> Gerhard		X	
<b>Huber</b> Martin	X		
<b>Huber</b> Martin Andreas		X	
<b>Huber</b> Thomas		X	
<b>Huml</b> Melanie		X	
<b>Jäckel</b> Andreas		X	
<b>Jakob</b> Marina		X	
<b>Jungbauer</b> Björn		X	
<b>Jurca</b> Andreas	X		
<b>Kaniber</b> Michaela			
<b>Kaufmann</b> Andreas			
<b>Kirchner</b> Sandro			
<b>Knoblach</b> Paul			
<b>Knoll</b> Manuel		X	
<b>Köhler</b> Claudia		X	
<b>Köhler</b> Florian			
<b>Kohler</b> Jochen		X	
<b>Koller</b> Michael		X	
<b>Konrad</b> Joachim		X	
<b>Krahl</b> Andreas			
<b>Kraus</b> Nikolaus		X	
<b>Kühn</b> Harald		X	
<b>Kurz</b> Sanne			
<b>Lausch</b> Josef		X	
<b>Lettenbauer</b> Eva		X	
<b>Lindinger</b> Christian		X	
<b>Lipp</b> Oskar	X		
<b>Locke</b> Felix		X	
<b>Löw</b> Stefan	X		
<b>Dr. Loibl</b> Petra		X	
<b>Ludwig</b> Rainer		X	
<b>Magerl</b> Roland	X		
<b>Maier</b> Christoph			
<b>Mang</b> Ferdinand	X		
<b>Mannes</b> Gerd	X		
<b>Dr. Mehring</b> Fabian		X	
<b>Meier</b> Johannes	X		
<b>Meußgeier</b> Harald			
<b>Meyer</b> Stefan		X	
<b>Miskowitsch</b> Benjamin		X	
<b>Mistol</b> Jürgen		X	
<b>Mittag</b> Martin		X	
<b>Müller</b> Johann	X		
<b>Müller</b> Ruth		X	
<b>Müller</b> Ulrike		X	
<b>Nolte</b> Benjamin	X		
<b>Nussel</b> Walter		X	
<b>Dr. Oetzing</b> Stephan		X	
<b>Osgyan</b> Verena		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Pargent</b> Tim		X	
<b>Prof. Dr. Piazzolo</b> Michael		X	
<b>Pirner</b> Thomas		X	
<b>Pohl</b> Bernhard		X	
<b>Post</b> Julia		X	
<b>Preidl</b> Julian			
<b>Rasehorn</b> Anna		X	
<b>Rauscher</b> Doris		X	
<b>Reiß</b> Tobias		X	
<b>Rinderspacher</b> Markus			
<b>Rittel</b> Anton		X	
<b>Roon</b> Elena	X		
<b>Saller</b> Markus		X	
<b>Schack</b> Jenny		X	
<b>Schalk</b> Andreas			
<b>Scharf</b> Martin		X	
<b>Scharf</b> Ulrike			
<b>Scheuenstuhl</b> Harry			
<b>Schießl</b> Werner			
<b>Schmid</b> Franz			
<b>Schmid</b> Josef		X	
<b>Schmidt</b> Gabi			
<b>Schnotz</b> Helmut		X	
<b>Schnürer</b> Sascha			
<b>Schöffel</b> Martin		X	
<b>Schorer-Dremel</b> Tanja		X	
<b>Schreyer</b> Kerstin		X	
<b>Schuberl</b> Toni		X	
<b>Schuhknecht</b> Stephanie			
<b>Schulze</b> Katharina			
<b>Schwab</b> Thorsten		X	
<b>Dr. Schwartz</b> Harald		X	
<b>Seidenath</b> Bernhard		X	
<b>Siekmann</b> Florian		X	
<b>Singer</b> Ulrich	X		
<b>Dr. Söder</b> Markus			
<b>Sowa</b> Ursula		X	
<b>Stadler</b> Ralf	X		
<b>Stieglitz</b> Werner		X	
<b>Stock</b> Martin		X	
<b>Stolz</b> Anna			
<b>Storm</b> Ramona	X		
<b>Straub</b> Karl		X	
<b>Streibl</b> Florian		X	
<b>Striedl</b> Markus	X		
<b>Dr. Strohmayer</b> Simone		X	
<b>Stümpfig</b> Martin		X	
<b>Tasdelen</b> Arif		X	
<b>Tomaschko</b> Peter		X	
<b>Toso</b> Roswitha		X	
<b>Trautner</b> Carolina		X	
<b>Triebel</b> Gabriele			
<b>Vogel</b> Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Vogler</b> Matthias	X		
<b>Wachler</b> Peter		X	
<b>Wagle</b> Martin		X	
<b>Walbrunn</b> Markus	X		
Freiherr von <b>Waldenfels</b> Kristan		X	
<b>Waldmann</b> Ruth		X	
<b>Weber</b> Laura		X	
Dr. <b>Weigand</b> Sabine			
<b>Weigert</b> Roland			
<b>Weitzel</b> Katja		X	
<b>Widmann</b> Jutta		X	
<b>Winhart</b> Andreas	X		
<b>Zellmeier</b> Josef		X	
<b>Zierer</b> Benno			
Freiherr von <b>Zobel</b> Felix		X	
<b>Zöller</b> Thomas		X	
<b>Zwanziger</b> Christian		X	
<b>Gesamtsumme</b>	26	131	0

## Mitteilung

### des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt 5

#### **Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 14**

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Patienten- und Pflegebeauftragter  
(Kap. 14 01 Tit. 534 01)  
Drs. 19/1303
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Virtuelles Krankenhaus, Investitionen für innovative Digitalisierungsprojekte zur Verbesserung der Qualität der Gesundheits- und Pflegeversorgung, Telemedizinisches Netzwerk Kinderintensiv- und Notfallmedizin in Bayern etablieren  
(Kap. 14 03 TG 75 neuer Tit.)  
Drs. 19/1304
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Echtes Förderungsprogramm für „Green Hospital“ auflegen  
(Kap. 14 03 TG 90)  
Drs. 19/1305
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Abschaffen des Landespflegegeldes – Echte Unterstützung für Pflegenden Angehörige ermöglichen  
(Kap. 14 04 Tit. 681 84)  
Drs. 19/1306
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Pflegekammer jetzt! Vereinigung der Pflegenden in Bayern abschaffen  
(Kap. 14 04 TG 82)  
Drs. 19/1307

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Verstärkte Aufklärung zu den Gefahren der Glücksspielsucht  
(Kap. 14 05 Tit. 547 01)  
Drs. 19/1308
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur –  
Sonderinvestitionsprogramm Barrierefreiheit in Krankenhäusern  
(Kap. 14 03 TG 77)  
Drs. 19/1309
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur –  
flächendeckender Ausbau von Pflegestützpunkten  
(Kap. 14 04 Tit. 633 57)  
Drs. 19/1310
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Hospizversorgung in der stationären Altenpflege  
(Kap. 14 04 TG 69)  
Drs. 19/1311
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Teilstationäre und ambulante Pflege im Programm „Pflegesozial“  
(Kap. 14 04 TG 86)  
Drs. 19/1312
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Ersatzneubau von Altenpflegeeinrichtungen  
(Kap. 14 04 TG 86)  
Drs. 19/1313
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur –  
Modernisierung von Pflegeeinrichtungen  
(Kap. 14 04 TG 86)  
Drs. 19/1314

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur –  
Rückkehrbonus für Pflegekräfte  
(Kap. 14 04 neue TG)  
Drs. 19/1315
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Investitionen in die soziale Infrastruktur –  
Beteiligung der Selbsthilfe an der Psychiatrieplanung  
(Kap. 14 05 Tit. 686 63)  
Drs. 19/1316
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Matthias Vogler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sparsames Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention I –  
Reduzierung der Ausgaben für Geschäftsbedarf und Kommunikation  
sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige  
Gebrauchsgegenstände  
(Kap. 14 01 Tit. 511 01)  
Drs. 19/1317
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Matthias Vogler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sparsames Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention II –  
Reduzierung der Ausgaben für die Haltung von Dienstfahrzeugen  
(Kap. 14 01 Tit. 514 01)  
Drs. 19/1318
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Matthias Vogler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sparsames Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention III –  
Reduzierung der Ausgaben für Leasing von Dienstfahrzeugen  
(Kap. 14 01 Tit. 518 18)  
Drs. 19/1319
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Matthias Vogler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sparsames Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention IV –  
Reduzierung der Ausgaben für Mieten von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software  
(Kap. 14 01 Tit. 518 99)  
Drs. 19/1320
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Matthias Vogler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sparsames Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention V –  
Reduzierung der Ausgaben der Reisekostenvergütungen für Dienstreisen  
(Kap. 14 01 Tit. 527 01)  
Drs. 19/1321

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Matthias Vogler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sparsames Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention VI –  
Reduzierung der Ausgaben für Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und  
Ausrüstungsgegenständen  
(Kap. 14 01 Tit. 812 01)  
Drs. 19/1322
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Matthias Vogler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sparsames Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention VII –  
Reduzierung der Ausgaben für den Erwerb von elektronischen Datenverar-  
beitungsanlagen, Ausstattung- und Ausrüstungsgegenständen sowie von  
Software  
(Kap. 14 01 Tit. 812 99)  
Drs. 19/1323
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Matthias Vogler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung –  
Patienten- und Pflegebeauftragter  
(Kap. 14 01 Tit. 534 01)  
Drs. 19/1324
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Matthias Vogler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Reduzierung der Ausgaben für Trennungsgelder im Zusammenhang mit  
Ausbildungsmaßnahmen  
(Kap. 14 02 Tit. 453 73)  
Drs. 19/1325
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Matthias Vogler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Treibhausgasausgleich  
(Kap. 14 02 Tit. 533 49)  
Drs. 19/1326
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Matthias Vogler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Erhöhung der Ausgaben für Studien und Gutachten (Kur- und Heilbäder,  
integrative Medizin)  
(Kap. 14 03 Tit. 526 60)  
Drs. 19/1328
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Matthias Vogler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Reduzierung der Ausgaben für nicht aufteilbare sächliche Verwaltungskosten  
(Kap. 14 03 Tit. 547 75)  
Drs. 19/1329

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Erhöhung der Mittel für den Defizitausgleich für Abteilungen Gynäkologie und Geburtshilfe an Krankenhäusern  
(Kap. 14 03 Tit. 633 86)  
Drs. 19/1330
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Matthias Vogler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Erhöhung der Prämie für die berufliche Weiterbildung zum Meister und zu gleichgestellten Abschlüssen  
(Kap. 14 03 Tit. 681 02)  
Drs. 19/1331
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Matthias Vogler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Erhöhung der Landarztprämie  
(Kap. 14 03 Tit. 681 63)  
Drs. 19/1332
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Matthias Vogler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Hebammenbonus  
(Kap. 14 03 Tit. 681 87)  
Drs. 19/1333
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Matthias Vogler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sonderentschädigung für Impfgeschädigte nach einer Corona-Impfung  
(Kap. 14 03 neuer Tit.)  
Drs. 19/1334
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Matthias Vogler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Finanzielle Sicherheit für Reha-Kliniken  
(Kap. 14 03 neuer Tit.)  
Drs. 19/1335
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Matthias Vogler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Forschung und Therapie für Long COVID  
(Kap. 14 03 neuer Tit.)  
Drs. 19/1336
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Matthias Vogler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Forschung und Therapie für Post-Vac-Syndrom  
(Kap. 14 03 neuer Tit.)  
Drs. 19/1337

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Matthias Vogler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Kinderhospizarbeit – Erhöhung der Ausgaben der Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen  
(Kap. 14 04 Tit. 684 67)  
Drs. 19/1338
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Matthias Vogler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Hospizarbeit – Erhöhung der Ausgaben der Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen  
(Kap. 14 04 Tit. 684 69)  
Drs. 19/1339
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Matthias Vogler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Vereinigung der Pflegenden in Bayern  
(Kap. 14 04 TG 82)  
Drs. 19/1340
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Matthias Vogler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Prämie für deutsche Pflegekräfte, die nach Bayern zurückkehren  
(Kap. 14 04 neuer Tit.)  
Drs. 19/1341
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Matthias Vogler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Reduzierung der Kosten für eine Beschaffung und Bevorratung von Medikamenten und Impfstoffen für Versorgungsmaßnahmen gegen eine mögliche Influenza-Pandemie  
(Kap. 14 05 Tit. 514 53)  
Drs. 19/1342
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Matthias Vogler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Reduzierung der Kosten für Untersuchungen, Gutachten, Studien und Forschungsaufträge  
(Kap. 14 05 Tit. 526 81)  
Drs. 19/1343
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Matthias Vogler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Reduzierung des Stellenplans in Bezug auf Cannabis-Prävention  
(Kap. 14 23 Tit. 422 01)  
Drs. 19/1344

42. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Matthias Vogler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Streichung der Ausgaben für den Ausbau eines elektronischen  
Polleninformationsnetzwerkes Bayern (ePIN)  
(Kap. 14 23 TG 61)  
Drs. 19/1345
  
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Matthias Vogler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Reduzierung der Ausgaben für Impfungen durch die staatlichen  
Gesundheitsämter  
(Kap. 14 40 Tit. 514 79)  
Drs. 19/1346



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

#### **Haushaltsplan 2024/2025; Einzelplan 07 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie**

Dem Einzelplan 07 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 19/2059) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2024/2025 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

**Tobias Reiß**

I. Vizepräsident



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

#### **Haushaltsplan 2024/2025; Einzelplan 08 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus**

Dem Einzelplan 08 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 19/2061) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2024/2025 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

**Tobias Reiß**

I. Vizepräsident



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

#### **Haushaltsplan 2024/2025; Einzelplan 10 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales**

Dem Einzelplan 10 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (19/2066) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2024/2025 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

**Tobias Reiß**

I. Vizepräsident



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

#### **Haushaltsplan 2024/2025; Einzelplan 03 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration**

Dem Einzelplan 03 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 19/2054) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2024/2025 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

**Tobias Reiß**

I. Vizepräsident



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

#### **Haushaltsplan 2024/2025; Einzelplan 05 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus**

Dem Einzelplan 05 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 19/2056) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2024/2025 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

**Tobias Reiß**

I. Vizepräsident



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

#### **Haushaltsplan 2024/2025; Einzelplan 15 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst**

Dem Einzelplan 15 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 19/2071) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2024/2025 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

**Tobias Reiß**

I. Vizepräsident



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

#### **Haushaltsplan 2024/2025; Einzelplan 09 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr**

Dem Einzelplan 09 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 19/2063) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2024/2025 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

**Tobias Reiß**

I. Vizepräsident



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

#### **Haushaltsplan 2024/2025; Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz**

Dem Einzelplan 12 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 19/2068) genannten Änderungen sowie der Änderungen des zum Plenum eingereichten Änderungsantrags (Drs. 19/2266) zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2024/2025 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

**Tobias Reiß**

I. Vizepräsident

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Daniel Artmann

Abg. Oskar Lipp

Abg. Franc Dierl

Abg. Toni Schuberl

Abg. Rainer Ludwig

Abg. Barbara Fuchs

Abg. Holger Gießhammer

Abg. Steffen Vogel

Abg. Kerstin Schreyer

Abg. Florian von Brunn

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Felix Locke

Abg. Walter Nussel

Abg. Bernhard Pohl

Staatsminister Hubert Aiwanger

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 7** auf:

## **Haushaltsplan 2024/2025**

### **Einzelplan 07**

**für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft,  
Landesentwicklung und Energie**

hierzu:

**Änderungsanträge** der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 19/1674 mit 19/1683)

**Änderungsanträge** der SPD-Fraktion (Drsn. 19/1684 mit 19/1695)

**Interfraktioneller Änderungsantrag** von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drs. 19/1696)

**Änderungsanträge** der AfD-Fraktion (Drsn. 19/1697 mit 19/1734)

**Interfraktionelle Änderungsanträge** der Fraktion FREIE WÄHLER und von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 19/1735 mit 19/1737)

Die Gesamtredezeit wurde mit 45 Minuten festgelegt. – Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die AfD-Fraktion zu ihren Änderungsanträgen auf den Drucksachen 19/1723, 19/1725 und 19/1726, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu ihren Änderungsanträgen auf den Drucksachen 19/1678 und 19/1681 sowie die SPD-Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf der Drucksache 19/1693 namentliche Abstimmungen beantragt haben.

Jetzt eröffne ich die Aussprache. Als Erster hat der Kollege Daniel Artmann für die CSU-Fraktion das Wort.

**Daniel Artmann (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Dieser Einzelplan 07 ist ein Gegenentwurf zur industrie- und mittelstandsfeindlichen Politik der Ampel. Es mag zwar altmodisch klingen, aber ist doch unverändert wahr: Je größer das Vertrauen in den Staat und je höher die Planungssicherheit

für die Unternehmen, umso besser stehen doch die Chancen für Wachstum und Wohlstand, für Arbeitsplätze und eine gesunde Zukunft unserer Volkswirtschaft.

Der Bund hätte mit der Rahmengesetzgebung über Steuern, Energiepreise, Arbeitszeiten etc. den größten Hebel, die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Doch leider hat der Wirtschaftsstandort Deutschland durch die Politik der Ampel in Berlin großen Schaden genommen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb kommt es mehr denn je darauf an, in der bayerischen Wirtschaftspolitik die Eckpfeiler der sozialen Marktwirtschaft hochzuhalten, nämlich: soziale Verantwortung, unternehmerische Freiheit, ökonomische Leistungskraft und Vertrauen in unsere Unternehmer. Dazu gehört auch Technologieoffenheit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der Staat war und ist nicht der bessere Unternehmer. Innovationen und Wohlstand wurden immer durch unsere Unternehmen, bei klugen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, geschaffen. Deswegen bietet Bayern auch weltbeste Chancen für unsere Gründer. München hat mittlerweile Berlin als Start-up-Hauptstadt abgelöst.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dabei geht es nicht um das Gründertum als Selbstzweck. Gründen, Unternehmertum und Selbstständigkeit sind elementare Bestandteile für die Zukunft einer Volkswirtschaft. Eine Gesellschaft ohne ausreichend Entrepreneure, die Risiken eingehen und Innovation entwickeln, wird ihren Wohlstand nicht dauerhaft erhalten können.

Die Berliner Politik zerstört jedoch mit ihrer Untätigkeit, gepaart mit Ideologie und Bevormundung, diesen Wohlstand und jede Planungsperspektive für unsere Unternehmen. Die Ampel hat es geschafft, dass Deutschland, wie einst zu Beginn der 2000er-

Jahre, als Rot-Grün regierte, wieder das wirtschaftliche Schlusslicht, der kranke Mann Europas ist.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist so ein Quatsch, was Sie reden!)

Auch als Bayern können wir uns leider dieser gesamtdeutschen Entwicklung nicht entziehen. Der Wachstumsschwäche der deutschen Volkswirtschaft und dem tiefen Berliner Misstrauen gegenüber dem Unternehmertum treten wir aber mit einer Strategie entgegen, die sich auf die wesentlichen Treiber von Wachstum und Wohlstand konzentriert.

Der vorliegende Einzelplan 07 erfüllt mit seinen 3 Milliarden Euro diese Anforderungen. Das sind erstens in ausreichender Zahl verfügbare und bedarfsgerecht qualifizierte Fachkräfte. Deshalb stellen wir für den Meisterbonus im Doppelhaushalt unverändert insgesamt fast 100 Millionen Euro zur Verfügung. Der Meisterbonus ist wirklich ein Erfolgsmodell. Nun wird er ja auch von anderen Ländern, wie Hessen, kopiert. Für die Handwerksförderung über unsere Handwerkskammern werden 74 Millionen Euro bereitgestellt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu dieser Stärkung des Produktionsfaktors Arbeit gehört aber auch endlich wieder ein positives Bild des Unternehmers; denn er ist doch der entscheidende Treiber der wirtschaftlichen Entwicklung. Viele in Berlin vergessen: Das Geld kommt nicht vom Staat, sondern von fleißigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Unternehmerinnen und Unternehmern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ihr Fleiß und ihr Erfolg sind die Grundlage für unseren sozialen Wohlstand. Deshalb brauchen wir wieder mehr Freiraum für die Leistungskraft unserer Unternehmerinnen und Unternehmer, durch einen wirksamen Bürokratieabbau und durch eine wettbewerbsfähige Unternehmensbesteuerung.

(Widerspruch des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Deutschland hat mittlerweile die höchsten Unternehmenssteuern in den G7-Staaten. Wir brauchen zudem mehr Arbeitsanreize. Das Bürgergeld ist hier der absolut falsche Weg.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir brauchen vor allem eine Rückkehr von Verlässlichkeit in die deutsche Wirtschaftspolitik. Als Regierungskoalition setzen wir nach wie vor auf die systematische Förderung des technischen Fortschritts. Bayern hat mit der Hightech-Offensive nach der Jahrtausendwende und jetzt mit unserer milliarden schweren Hightech Agenda dafür wirksame Impulse gesetzt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es kommt doch nicht von ungefähr, dass unter anderem Apple sein europäisches Zentrum für Chip-Design, Microsoft seine Deutschlandzentrale, Google sein Entwicklungszentrum und IBM sein Innovation Studio hier in München angesiedelt haben.

Für die bewährten bayerischen Technologieförderprogramme werden im Doppelhaushalt deshalb insgesamt wieder fast 400 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Zusammengefasst gehen knapp 90 % der Ausgaben des Wirtschaftsministeriums durch Förderung an unsere Unternehmen.

Wir wissen zudem alle um die zentrale Bedeutung einer verlässlichen, preiswerten Energieversorgung als hartem Standortfaktor. Deshalb stehen im Doppelhaushalt für Maßnahmen und Förderungen im Energiebereich insgesamt fast 400 Millionen Euro Ausgabemittel zur Verfügung. Die Maßnahmen sind vielfältig. So werden zum Beispiel für die Förderung zur Wasserstoffproduktion im Doppelhaushalt insgesamt über 50 Millionen Euro bereitgestellt. Im Bereich Bioenergie sind 22 Millionen Euro unter anderem für das Programm BioMeth Bayern und 15 Millionen Euro für die Wärmeplanung vorgesehen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Einzelplan 07 ist eine sehr gute Grundlage für eine starke Wirtschaftspolitik. Er trägt auch zur gleichen Entwicklung von Ballungs- und ländlichen Räumen bei. Dafür werden die bayerischen Regionalprogramme von bisher 103 Millionen Euro im Doppelhaushalt auf jeweils 137,5 Millionen Euro aufgestockt.

Flankierend zu den finanzpolitischen Maßnahmen wird es jedoch darauf ankommen, die angestammte bayerische Rolle als Ordnungshüter der sozialen Marktwirtschaft in der deutschen Wirtschaftspolitik wieder stärker mit Leben zu füllen. Das ist nämlich die Grundvoraussetzung, um der Bevormundungs- und Umverteilungspolitik in Berlin ein auf Freiheit, Wettbewerb und Marktwirtschaft basierendes Ordnungsmodell entgegenzusetzen. Unsere Wirtschaft muss nämlich wieder kräftig wachsen. Ohne Steuereinnahmen gibt es keinen Sozialstaat, keinen Umweltschutz und keine Integration.

Insofern bedanke ich mich abschließend bei allen ehrlichen Unternehmerinnen und Unternehmern, die Arbeitsplätze schaffen, eine Wertschöpfung erreichen und Steuern bezahlen. Ihre Steuern sind die Basis unseres Staates. – Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächster spricht der Kollege Oskar Lipp für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Oskar Lipp (AfD):** Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin, sehr geehrte Damen und Herren!

(Lachen und Widerspruch)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Entschuldigung, bis jetzt bin ich noch Präsidentin!

(Heiterkeit – Michael Hofmann (CSU): Wer hat das wieder aufgeschrieben?)

**Oskar Lipp (AfD):** Oh, Entschuldigung, Pardon!

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! In Zeiten der Großideologien sprechen nur Zahlen eine deutliche Sprache. Wir hatten allein im letzten Jahr 2023 in Deutschland 176.000 Firmenschließungen. Das stille Sterben unserer Industrie ist leider bittere Realität. Die deutsche Wirtschaft befindet sich im freien Fall. Seit 2017 stagniert das Wachstum in ganz Deutschland, auch in der bayerischen Wirtschaft. Besonders die kleinen und mittelständischen Unternehmen leiden. Schließungen im verarbeitenden Gewerbe sind um circa 87 % gestiegen, Automobilzulieferer wie Brose mit Stammsitz in Coburg können nur mit einem massiven Sparprogramm aus 10 % Stellenabbau und 20 % Investitionskürzungen überstehen – vorerst natürlich. Die hohen Strompreise, die lähmende Bürokratie und ein eklatanter Personalmangel in den technischen und verarbeitenden Bereichen treiben uns in die Deindustrialisierung, meine Damen und Herren.

Forschung und Innovation stagnieren. Die Nettokapitalabflüsse der deutschen Unternehmen sind im Jahr 2023 auf einen Rekordwert gestiegen: 135 Milliarden Euro. Deutschland und sein Primus Bayern sind im freien Fall, doch die Söder-Regierung versäumt es, Ross und Reiter zu nennen.

Die grünen Ideologien sind es, die den Weg in den Niedergang bereiten: Energiewende, Verkehrswende, Mobilitätswende als auch Heizwende, Stichwort: Heizungsgesetz. Es ist alles nur ein Test der Menschen, hat Ober-Guru Robert Habeck vor Kurzem erst gemeint.

Hier, Herr Söder, der heute nicht da ist, wäre wohl eine Brandmauer nach links angebracht,

(Beifall bei der AfD)

gegen den grünen Zynismus und die linke Volksverachtung. Eine Schande, wenn jemand mit solchen Leuten paktieren möchte.

Wo bleiben die Unternehmer in Deutschland? – Wer nicht bis zum Boden stürzen möchte, der flieht ins Ausland, das bereits über uns lacht. Laut der bayerischen Industrie- und Handelskammern wollen ein Drittel der bayerischen Unternehmen ihre Produktion ins Ausland verlagern.

Eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln belegt zudem, dass Bayern bei den Arbeitskosten, den Energiekosten oder der Steuerlast das Schlusslicht in Deutschland bildet. Dies ist ein alarmierendes Signal für unsere Wettbewerbsfähigkeit. Auch die Mega-Subventionen für Privilegierte können da leider nichts ausrichten.

2023 verschenkte Habeck 7,5 Milliarden Euro Steuergeld an die Siemens-Branche für Windenergie. Vor Kurzem musste man in der Presse lesen, dass Siemens Energy über 4.000 Mitarbeitern kündigt, allein davon circa 400 Mitarbeiter in Deutschland.

Die Deindustrialisierung Bayerns schreitet voran. Seit Anfang 2022 bis Februar 2024 sind über 15.000 Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe betroffen. Unsere Energiepolitik ist falsch gepolt, und zwar nicht erst seit der Sprengung von Nord Stream. Hohe Energiepreise, grüne Ökodiktatur und sozialistische Planwirtschaft belasten unsere Industrie schwer.

Und die CSU? – Wie immer lässt sie sich in Versuchung führen und verrät den gesunden Menschenverstand. Auch die CSU läuft dem CO<sub>2</sub>-Narrativ hinterher, anstatt Ökonomie und Ökologie ins Gleichgewicht zu bringen. Bekehren Sie sich und bekennen Sie sich endlich ohne Wenn und Aber zur deutschen Atomenergie und ihren großen technischen Fortschritten, anstelle weiterhin mit den Grünen zu paktieren und Wald und Wiesen zu verspargeln.

(Beifall bei der AfD)

Moderne Atomkraftwerke sind sicher und könnten die Energiepreise senken sowie gleichzeitig die CO<sub>2</sub>-Emissionen reduzieren.

Die EU-Bürokratie dagegen stellt ein gravierendes Hindernis für unsere Wirtschaft in Bayern, also in Deutschland dar. Und wieder einmal ist die CSU ganz vorne mit dabei, im EU-Parlament zum Beispiel: Das Lieferkettengesetz, das mit den Stimmen der CSU beschlossen worden ist, kostet die Unternehmen nach Schätzungen von Wirtschaftswissenschaftlern 77 Milliarden Euro, umgerechnet sind es knapp 1.000 Euro je Einwohner in Deutschland. Die Unternehmer werden mit einem ganzen Berg von Vorschriften konfrontiert, die sowohl ihre Innovationskraft als auch ihre Produktivität hemmen.

Die CSU-Regierung hat es versäumt, sich gegen die bürokratischen Exzesse in Brüssel zu stellen. Was hatte damals eigentlich Herr Stoiber, der doch Sonderbeauftragter für Entbürokratisierung war, bewirkt? Was sagt eigentlich Ihr Mann Manfred Weber aus Kelheim zu diesem Thema? – Wahrscheinlich wissen Sie es selber nicht, ich nämlich auch nicht.

(Beifall bei der AfD)

Der Personalmangel ist eine weitere große Belastung, auch dieses Problem ist hausgemacht, auch in Bayern. Anstatt des Migrationspakts der Globalisten, heute auch geframt als Fachkräfteeinwanderungsgesetz, wäre eine starke, familienfreundliche Kinderpolitik notwendig, die für den notwendigen Nachwuchs in Bayern sorgen würde.

Die Millionen Zuwanderer seit 2015 haben den Personalmangel in technischen Berufen nicht um ein einziges Prozent verbessert. Und wie viele junge muslimische Männer pflegen unsere Alten?

(Zuruf)

Was wir brauchen, sind massive Investitionen in Bildung und Weiterbildung, damit wir die Fachkräfte von morgen selbst ausbilden, statt Ärzte und Krankenschwestern aus ärmeren Staaten mit Geld anzulocken.

(Beifall bei der AfD)

Wir als AfD-Landtagsfraktion haben vor Kurzem erst zu diesem wichtigen Thema einen Antrag gestellt, um die deutschen Fachkräfte in Deutschland zu halten bzw. Anreize zu setzen, damit diese wieder nach Deutschland zurückkehren.

Zudem ist es absurd, dass in der größten Wirtschaftskrise das Budget des Wirtschaftsministeriums weiter steigt. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in Bayern ist seit 2018 nicht gewachsen; dennoch haben sich in diesem Zeitraum die Ausgaben des Wirtschaftsministeriums um circa 50 % erhöht.

Die AfD hingegen steht für einen schlanken Staat und gegen die Verschwendungssucht aus ideologischem Opportunismus. Unser Gegenvorschlag lautet, über eine halbe Milliarde Euro und dazu fast 800 Millionen Euro an Verpflichtungsermächtigungen für links-grüne Subventionen zu streichen.

(Beifall bei der AfD)

Den Abstieg unserer Ökonomie müssen wir mit vereinten Kräften aufhalten. Aber solange Bayern unter Söders Grünem Star leidet, fehlt natürlich auch Aiwangers Haushaltsentwurf der klare Blick nach vorne, nämlich zurück zum ökonomischen Wohlstand ohne Klimawahn.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege Lipp, es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Die erste kommt vom Kollegen Franc Dierl.

**Franc Dierl (CSU):** Sehr geehrter Herr Kollege Lipp, Sie haben uns hier ein Schreckgespenst des Wirtschaftsstandortes Bayern an die Wand gemalt. Da würde mich interessieren, wie Sie dazu stehen, dass nach einer aktuellen Umfrage 80 % der Unternehmen in Deutschland ihren Erfolg aufgrund des Erstarkens der AfD gefährdet sehen, auch im Zusammenhang damit, dass Sie die EU und auch den Euro infrage stellen.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Bitte schön.

**Oskar Lipp (AfD):** Man muss natürlich mal sagen, welche Unternehmen gefragt werden. Es sind oftmals DAX-Konzerne. Ich habe es zuvor ausgeführt, zum Beispiel ist Siemens Energy auch von Steuersubventionen sowie von Aufträgen abhängig. Natürlich stellt sich dort niemand öffentlich hin und sagt: "Ich finde die AfD toll, ich finde das Programm toll", auch wenn es da Leute gibt, die das gut finden.

(Zurufe)

Wir selber zum Beispiel haben jemand in unseren Reihen; es ist ein Großunternehmen mit mehreren Hundert Mitarbeitern. Die Leute und auch die Unternehmer wissen, wem sie dieses Dilemma hier zu verdanken haben. Das ist sicherlich nicht die AfD.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Die zweite Zwischenbemerkung ist vom Kollegen Toni Schuberl vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Toni Schuberl (GRÜNE):** Sie haben vorher von Globalisten gesprochen. Wen meinen Sie denn damit?

(Zuruf: Sie! – Lachen bei der AfD)

**Oskar Lipp (AfD):** Globalismus sollte Ihnen ja bekannt sein, zum Beispiel der globale Pakt für Migration. Ich weiß nicht, ob das bereits zu Ihrer Zeit war. So etwas meine ich zum Beispiel.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Rainer Ludwig für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort.

**Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Die aktuell angespannten Rahmenbedingungen, geopolitische Unsicherheiten, Konfliktherde und auch die Wirtschafts- und Energiekrise stellen den bayerischen

Staatshaushalt vor besondere Anforderungen. Unser Einzelplan für Wirtschaft und Energie ist deshalb wegweisend, um die Zukunft des Innovationsstandortes Bayern und somit die wirtschaftliche Stabilität unseres Landes zu sichern, vorrangig auch die Resilienz, die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen zu stärken.

Gesamtausgaben von 1,6 Milliarden Euro in diesem und knapp 1,7 Milliarden Euro im nächsten Jahr markieren hierzu signifikante Akzente. Alleine im Bereich der Allgemeinen Wirtschaftsförderung setzen wir jährlich mit 900 Millionen Euro kräftige Impulse. Weitere Schwerpunkte bilden Maßnahmen zur regionalen und zur strukturellen Wirtschafts- und Standortförderung einschließlich der im Bereich Landesentwicklung.

Das herausragende Leuchtturmprojekt ist natürlich erneut die Hightech Agenda. Sie ist ein zentrales Element zur Förderung von Forschung, Innovation und Entwicklung von zukunftsweisenden Technologien.

Mein geschätzter Kollege und haushaltspolitischer Sprecher Bernhard Pohl, eine echte Koryphäe in diesem Haus,

(Lachen bei der SPD – Zurufe)

wird darauf später noch zu sprechen kommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine Damen und Herren, wir senden auch wuchtige Signale zur Stärkung des Mittelstandes und des Handwerks und für eine nachhaltige Offensive in diesem Bereich. Es sind knapp 370 Millionen Euro bis 2025 geplant, inklusive des Bayerischen Mittelstandskreditprogramms. Es gibt jährlich mehr Geld für das Meister-BAföG. Der Meisterbonus wurde dank unserer Initiative Anfang 2023 auf 3.000 Euro aufgestockt als Anreiz für einen gleichgestellten Bildungsabschluss und für eine qualifizierte Fachkräfteausbildung. Leider ist in Berlin kein politischer Wille erkennbar, diese Initiativen auch auf Bundesebene umzusetzen; ganz im Gegenteil, mit dem Berufsbildungsvalidie-

rungs- und -digitalisierungsgesetz ist die Ampel eher dabei, die bewährte duale Ausbildung zu untergraben.

Ein großes Spektrum ist für uns natürlich die Energiezukunft: Wir investieren für eine kraftvolle Energieförderung 2024 rund 172 Millionen Euro und im nächsten Jahr über 220 Millionen Euro. Während die Ampel immer wieder versucht, unsere regenerativen Energien wie Wasserkraft, Bioenergie oder gar den Rohstoff Holz auszubremsen und zu diffamieren, setzen wir verantwortungsbewusst und beherzt auf energetische Transformation und den ambitionierten Ausbau unserer Heimatenergien, Energien aus Bayern für Bayern. Der Freistaat ist hier bereits mit Abstand führend und die Nummer eins. Dennoch investieren wir weiter fulminant und analog der Ziele des Energieplans Bayern 2030 in Photovoltaikanlagen, Wasserkraft, Windkraft und verstärkt in die Geothermie. Ich möchte allerdings ausdrücklich und eindringlich an den Bund appellieren: Jeder wartet derzeit auf die angekündigte Absicherung von Fündigkeitsrisiken. Legen Sie endlich in Berlin Ihre Trägheit ab, sonst bleiben viele dieser Projekte und das enorme Potenzial der Geothermie auf der Strecke!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine Damen und Herren, die Schlüsseltechnologie der Zukunft heißt für uns Wasserstoff. Wir wollen Bayern zum Wasserstoffstandort Nummer eins weiter ausbauen. Wir setzen wichtige Impulse zur Förderung der Elektrolyseure, der Wasserstoffinfrastruktur und zur Errichtung von Wasserstofftankstellen. Leider gefährdet Berlin den Hochlauf der Wasserstoffmobilität. Die Ampel hat nach der desaströsen Haushaltspolitik die Förderprogramme für Nutzfahrzeuge urplötzlich eingestellt. Sie verspielt so ihr restliches Vertrauen und wiederholt damit das Chaos wie bei der Förderung für E-Mobilität; auch dieses Programm wurde abrupt gekillt. Die Folge ist, dass die Nachfrage nach E-Autos massiv eingebrochen ist.

Meine Damen und Herren, abschließend gilt mein Dank unserem Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger. Die bayerische Wasserstoffstrategie trägt seine Handschrift, auch im

Bund. Mit Weitsicht, Leidenschaft und unermüdlichem Engagement stellt er die Weichen in puncto Wirtschafts- und Energiepolitik ideologiefrei, pragmatisch und mit gesundem Menschenverstand. Das gilt auch für unseren rührigen Staatssekretär Tobias Gotthardt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dank ihrer Initiativen fließen weitere Mittel in Bioenergie oder in die Initiative "BioWärme Bayern". Wir müssen diesbezüglich dringend über das stümperhafte Wärmeplanungsgesetz der Ampel reden. Auch hier wurden wegen des verfassungswidrigen Haushalts laufende BEW-Mittel gestoppt. Auch das hat, wie die konfuse und wirre Planlosigkeit beim Heizungsgesetz, die Menschen völlig irritiert.

Ich ziehe ein Fazit: Unser Einzelplan für eine nachhaltige, sektorenübergreifende Energie-, Wärme- und Mobilitätswende steht für das Ziel Dekarbonisierung ohne Deindustrialisierung. Der Einzelplan stärkt die Innovationskraft unserer Unternehmen und sorgt für mehr Energieautarkie; er enthält kluge Investitionen und finanzpolitisch fein austarierte Einsparungen; er steht für Sicherheit und Wohlstand; er ist gerade in Krisenzeiten ein nachhaltiger, solider finanzpolitischer Stabilitätsanker. Deshalb stimmen wir auch zu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächster spricht Frau Kollegin Barbara Fuchs für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Barbara Fuchs (GRÜNE):** Sehr geehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Am 23. April durfte ich an den Verhandlungen über den Einzelplan 07 teilnehmen. Ich danke dafür unserem Haushaltsteam, Claudia Köhler voran. Der Dank gilt aber auch dem gesamten Haushaltsausschuss, dem Ausschussvorsitzenden und den Kolleginnen und Kollegen. Es waren insgesamt sehr gute Beratungen.

Es ist die Aufgabe guter Wirtschaftspolitik, verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Das sollte man auch im Haushalt gut erkennen können. Die Klimawirkung des Staatshaushalts beispielsweise muss unbedingt untersucht werden, damit das Ziel der Klimaneutralität, zu dem sich die Bayerische Staatsregierung bis 2035 bekannt hat, wirklich eingehalten werden kann. Nicht hilfreich ist ein Ministerpräsident, der wöchentlich seine Meinung zu Themen wie Atomenergie, Windenergie, Verbrenner-Aus und derartige Themen ändert. Das ist ein Risiko für die bayerische Wirtschaft. So viel sei zum Thema Vertrauen und Planungssicherheit gesagt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sprechen oft über den Mittelstand. Dennoch werden Anträge für Betriebsübernahmen, Unterstützung beim Generationenwechsel oder für Start-ups, gerade für Gründerinnen, und vieles mehr einfach abgelehnt. Das Handwerk wird zwar in Worten mittlerweile mehr geschätzt, aber in Taten und der Umsetzung ist das nach wie vor schwierig. Der Meisterbonus ist auf einen Antrag von uns aus dem Jahr 2018 zurückzuführen; das sage ich zur Sicherheit für das Protokoll.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine wichtige Geschichte ist die echte Gleichstellung von beruflicher und akademischer Bildung. Das muss man in den Berufsschulen und den überbetrieblichen Ausbildungsstätten auch erkennen. Da fehlt es an Geld. Eine vergleichbare finanzielle Unterstützung zur akademischen Bildung muss unbedingt umgesetzt werden. Ich werde wirklich nie verstehen – ich meine das ganz ernst –, warum man gute Anträge ablehnt, nur weil sie aus der Opposition kommen.

(Walter Nussel (CSU): Fragen Sie mal in Berlin nach!)

Die Transformation beeinträchtigt und beschäftigt viele Unternehmen. Sie kämpfen mit globalem Wettbewerb und dem demografischen Wandel. Gerade die KMUs haben natürlich auch mit Finanzierungsthemen zu tun. Es ist umso wichtiger, dass sie sich auf

die Politik verlassen können, zum Beispiel auf Aussagen wie die zum Verbrenner-Aus. Ich war gestern auf einer Veranstaltung des bayerischen Wirtschaftsbeirats. Nach Aussage von Audi ist derzeit das größte Problem für die Fahrzeugindustrie die Unsicherheit durch dieses Hin und Her bei dem Verbrenner.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der größte Kundenstopper ist die Unsicherheit bei der Ladeinfrastruktur und dem Netzausbau. Wir sprechen über einen undurchsichtigen Förderdschungel. Wir sprechen über Bürokratieabbau und Ankündigungen, die nicht umgesetzt werden. Wir sprechen freilich gerade über das Thema Klima. Der Klimawandel beeinträchtigt natürlich auch die Betriebe und Unternehmen. Es ist richtig und gut, dass man Soforthilfe anbietet, aber Prävention mit den gleichen finanziellen Mitteln wäre viel besser. Es ist ja nicht nur so, dass Produktionsstätten geschädigt werden, sondern es geht auch darum, dass Personal- und Betriebskosten weiterlaufen. Wir wissen nicht, ob die Betriebsunterbrechungsversicherungen greifen werden. Die Auswirkungen des Klimawandels sind auch eine große Gefahr für die bayerische Wirtschaft. Wir brauchen ganz klar verlässliche Bedingungen, Vertrauen in die Wirtschaft, und wir brauchen vor allen Dingen keinen Dauerwahlkampf zwischen unseren beiden Führungskräften – Ministerpräsident und Wirtschaftsminister. Dabei geht einfach unglaublich viel Kompetenz verloren, die in die Wirtschaft fließen müsste.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Dann fangen wir mal mit den Führungskräften in Berlin an!)

Hören Sie bitte auf damit! Machen Sie einfach Ihren Job! Jeder in einem Betrieb weiß, dass nichts vorwärts geht, wenn sich zwei Führungskräfte streiten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Holger Gießhammer für die SPD-Fraktion das Wort.

**Holger Grießhammer (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus, sehr geehrter Herr Staatsminister! Unsere Wirtschaft steht momentan vor nicht einfachen Aufgaben. Zu all den Herausforderungen kommt jetzt auch noch das furchtbare Hochwasser, das großen Schaden angerichtet hat. Ganze Werke standen und stehen noch immer unter Wasser; Produktionen können nicht oder nur auf reduziertem Niveau am Laufen gehalten werden. Ich möchte an dieser Stelle mein und unser großes Bedauern ausdrücken. Wir lassen in dieser Situation, in dieser Krise niemanden, keine Mitbürgerin, keinen Mitbürger, und auch nicht unsere Wirtschaft allein.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich aber nun auf die grundsätzlichen Herausforderungen unserer Wirtschaft und auf einige Themen im Einzelplan 07 eingehen. Ja, es gibt Herausforderungen. Aber ich warne auch vor einer Schlechtredei unserer Wirtschaft. Dieses Bild bremst die Investitionsbereitschaft bei unseren Bürgern und die Betriebe aus und schadet unserem Land; es schadet Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Viele Indikatoren zeigen in Folge nach oben, auch dank der verschiedenen Initiativen unserer Regierung in Berlin. Mit dem Wachstumschancengesetz beispielsweise sind wir auf dem besten Weg, die Konjunktur wieder anzukurbeln und die Wirtschaft zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sollten wieder ein positives Bild von unserer Wirtschaft zeichnen. Aber klar ist auch, dass es noch einige Dinge auf den Weg zu bringen gibt, die unserer Wirtschaft helfen.

Hier möchte ich zunächst den Bereich der Energiepolitik nennen. Die Verhinderungspolitik der vergangenen Jahre im Bereich der Energiepolitik bzw. die Verhinderung der

erneuerbaren Energien, im Speziellen der Windkraft durch die 10-H-Regel, hat unser Bayern stark zurückgeworfen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Der Windkraftausbau kommt nach den Jahren des Stillstands schleppend voran. Erst vier neue Windkraftanlagen sind im laufenden Jahr in Betrieb genommen worden. Deshalb fordern wir einen Windkraftbooster für Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Ein Landesbeauftragter für erneuerbare Energien ist längst überfällig, und wir würden ein Einlenken betreffend diese Stellenschaffung sehr begrüßen. Genauso möchten wir den Haushaltsansatz für den Ausbau stationärer Großspeicher und Megabatterien deutlich erhöhen und wollen den Einsatz und Ausbau der Geothermie stärken.

(Beifall bei der SPD)

Bayern hat für diese beste Voraussetzungen. Dies kann und muss auch bei der Dekarbonisierung der Wärmeversorgung eine zentrale Rolle spielen. Der Ausbau der Ladeinfrastruktur ist für die flächendeckende Versorgung und die breite Akzeptanz der Elektromobilität von enormer Bedeutung. Auch hier wird im Entwurf gespart, und die Haushaltsansätze wurden stark gekürzt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, uns und mir ist insbesondere auch das Handwerk wichtig. Die Kolleginnen und Kollegen stehen vor enormen Umbrüchen. Der Transformationsdruck, der Nachwuchs- und Fachkräftemangel und das nach wie vor schwache Image drücken auf das Handwerk.

Besonders hart trifft es das Lebensmittelhandwerk wie Bäcker und Metzger vor Ort. Erst in dieser Woche erreichte mich ein Hilferuf, und man bat mich um Unterstützung, auch bei der Suche nach einem Nachfolger. Im Haushaltsentwurf ist eine Reduzierung bei den Zuschüssen zur Förderung des Handwerks vorgesehen. Das gleiche Bild zeigt

sich bei den Zuschüssen zur Errichtung und Ausstattung von handwerklichen Schulungsstätten. Genau das Gegenteil, mehr Gelder für die Modernisierung, ist eine zentrale Forderung auch unserer Handwerkskammern.

(Beifall bei der SPD)

Dies zeigt, dass das Handwerk eben keinen Stellenwert in Ihrer Politik hat. Wir möchten das Handwerk stärken und fordern mehr Wirtschaftsförderung für das Handwerk und mehr Finanzmittel im Staatshaushalt.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte heute auch die Gelegenheit nutzen, Danke zu sagen. Danke an alle innovativen und kreativen Köpfe in unserer Wirtschaft, die uns insbesondere bei der Energiewende, aber auch in allen anderen Wirtschaftsbereichen Schritt für Schritt in eine gute Zukunft führen!

Die bayerische Wirtschaftspolitik darf nicht nur auf das Zeigen mit dem Finger nach Berlin beschränkt werden. Wir sind genau hier in diesem Hause gefordert.

Sehr geehrter Herr Staatsminister, Sie haben hier einiges aufzuholen; das hat Ihnen ja auch kürzlich die CSU ins Stammbuch geschrieben. Die SPD-Fraktion kann wegen der fehlenden Mittel für die Wirtschaft und des unzureichenden Sinns für eine zukunftsweisende Klimapolitik dem Einzelplan 07 nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege, es gibt eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Steffen Vogel von der CSU-Fraktion.

**Steffen Vogel (CSU):** Sehr geehrter Herr Kollege, ich habe bei Ihrer Rede einen Hauch von Kabarett entdeckt.

(Florian von Brunn (SPD): Dafür sind Sie ja Experte!)

Zeitungsbericht im "Fränkischen Tag", 24. Mai: Die Industrie klagt über wenig Nachfrage. Bayerische Industrieproduktionen sind verglichen mit dem Vorjahreszeitraum, also Dezember verglichen zum Vorjahresmonat, um 10 % gefallen, Einbruch im Maschinenbau um 23 %, Elektronikhersteller minus 13 %, wie das Landesamt für Statistik mitteilt. – Sind Sie also wie der Bundeswirtschaftsminister der Meinung, dass nur die Zahlen schlecht sind oder nur die Lage?

**Holger Grießhammer (SPD):** Nein, ich möchte das nicht verhehlen, und ich habe das auch angesprochen. Aber die Statistiken zeigen ja, dass wir gerade in einer Talsohle sind und der Trend nach oben zeigt.

(Lachen und Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich stelle fest: Ich war jetzt erst in den Ferien unterwegs, und wir zeichnen schon ein Stück weit selbst ein schlechtes Bild über unsere Lage in Deutschland. Ich meine, das schadet. Ich stelle das selber in meinem Betrieb fest: Es ist auch sehr, sehr viel Psychologie bei den Menschen dabei, wenn es darum geht, die Investitionen wieder anzukurbeln, im Privaten wie auch im Betrieblichen. Ich bin sehr viel unterwegs bei den Betrieben. Die sagen mir etwas anderes. Nicht alles ist gut, das ist klar. Wir sind gerade in einer schwierigen Situation. Aber die Indikatoren zeigen nach oben. Ich denke, das können wir doch auch mal positiv zur Kenntnis nehmen, sodass wir hier wieder gut aus dieser Situation herauskommen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Für die CSU-Fraktion spricht die Kollegin Kerstin Schreyer.

**Kerstin Schreyer (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Grießhammer, ich bin genau deshalb in tiefer Sorge, weil Sie formulieren, die Zeichen in der Wirtschaft gehen nach oben. Das zeigt, dass die SPD es noch immer nicht verstanden hat. Wir haben eine eklatante Krise in der Wirtschaft, und Sie sagen immer noch, die Zeichen zeigen nach oben. Es ist wirklich unglaublich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die wirtschaftliche Lage ist ernst. Die Unternehmerinnen und Unternehmer sind verunsichert, und die Umfrage der Deutschen Industrie- und Handelskammer

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr (SPD))

formuliert es ja auch sehr deutlich. Nur noch knapp drei von zehn Unternehmen bewerten die aktuelle Geschäftslage als gut. Nur ein Viertel der Unternehmen in Deutschland plant derzeit mehr Investitionen.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr (SPD))

– Das wird durch Ihre Schreierei auch nicht besser, Frau Strohmayr. Es ist halt einfach so. Das ist die Statistik und nicht die emotionale Befindlichkeit. Dem muss man sich halt auch stellen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Unternehmen formulieren auch sehr klar, dass sie keine baldige Erholung der Wirtschaft erwarten. Das bedeutet, wir haben ein eklatantes Problem; denn wir wollen ja hier in dem Haushalt am Ende des Tages auch Geld ausgeben. Das muss irgendwo eingenommen werden. Die Unternehmerinnen und Unternehmer leisten hier fleißig ihren Beitrag, ebenso wie die Leistungsträger, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die leider keinerlei Unterstützung vom Bund erfahren und die man an der Stelle im Regen stehen lässt.

In der Umfrage heißt es auch – 66 % der Unternehmerinnen und Unternehmer geben dies an –, dass das höchste Risiko die wirtschaftspolitische Lage durch Berlin ist. – 66 %! Das hat es in dem Zusammenhang noch nie gegeben. Man muss einfach sagen, dass das, was Sie in Berlin tun, der Wirtschaft eklatant schadet. Ich bin mir nicht sicher, wie schnell man das hoffentlich nächstes Jahr ab Oktober wieder umdrehen kann.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der US-amerikanische Ökonom und Politikberater Joseph Stiglitz hat einmal gesagt: "Gute Wirtschaftspolitik basiert auf vernünftiger Theorie und solider empirischer Forschung." – Genau hier liegt das Problem. Die Wirtschaftspolitik von SPD, GRÜNEN und FDP fußt auf Ideologie und auf Planwirtschaft und ist auch noch mit Uneinigkeit garniert. Genau das ist das Problem. Die Ampel zerstört die Planungsperspektive, sie zerstört Arbeitsplätze. Das ist die Situation. Es ist ein politischer Irrweg. Genau deswegen wird es den Aufschwung nicht geben, solange die Ampel in Berlin regiert.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir in Bayern halten den Kurs. Ich danke an dieser Stelle dem Minister Hubert Aiwanger und seinem Staatssekretär Tobias Gotthardt, die an der Stelle selbstverständlich zusammen mit unserem Finanzminister das Gegenmodell zur Ampel zeigen. Wir machen seriöse Haushaltspolitik. Wir achten auf die Transformation der bayerischen Industrie. Wir schauen darauf, dass die Energieversorgung gewährleistet bleibt und dass der Spitzenstandort Bayern erhalten bleibt, und das alles trotz der Ampel.

Man muss sich das einmal vor Augen führen: Die Ampel stellt einen verfassungswidrigen Haushalt auf, und dann erklärt der Kollege von der SPD, unser Wirtschaftsminister solle sich mehr anstrengen. Also, selber einen verfassungswidrigen Haushalt aufstellen und dann unserem Wirtschaftsminister sagen: Strenge dich mehr an! – Das ist zumindest sportlich.

(Lebhafter Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER –  
Zuruf von der SPD: Machen Sie es doch besser!)

Der Bund kann aber gut ankündigen – Stichwort Kraftwerksstrategie. Es wird angekündigt, dass eine solche kommt. Es wird aber nicht gesagt, was sie kosten wird oder wie sie stattfindet. Die Überschrift ist aber schon mal formuliert, und jetzt müssen wir

alle miteinander überlegen, was das dann heißt. Was soll da kommen? Wann wird es sein? Wie teuer wird das Ganze?

Im Übrigen finde ich es auch lustig, wenn Frau Fuchs von "Planungsrisiken" redet, wenn man sich den aktuellen Gegebenheiten anpasst. Sie haben namentlich den Ministerpräsidenten angegriffen. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Der Ministerpräsident hört zu und geht wenigstens auf die Dinge ein. Das ist der große Unterschied zur Bundesregierung. In Berlin macht man einfach weiter, und zwar egal, wie viele Menschen unzufrieden sind, und egal, ob die Wirtschaft scheitert. Die Hauptsache für Berlin ist, dass die eigene Ideologie weitergetragen wird.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Frau Kollegin Schreyer, vom Kollegen von Brunn liegt eine Meldung zu einer Zwischenfrage vor. Lassen Sie diese zu?

**Kerstin Schreyer (CSU):** Gerne im Anschluss, weil die Zeit dafür sonst von meiner Redezeit abgeht. Deshalb eine Zwischenbemerkung gerne im Anschluss.

(Florian von Brunn (SPD): Deswegen habe ich mich ja zu einer Zwischenfrage gemeldet!)

– Herr von Brunn, das war mir schon klar. Einer von uns beiden ist etwas klüger. Deswegen lasse ich Ihre Zwischenbemerkung erst nach meiner Rede zu.

(Heiterkeit – Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Herr Lipp, an dieser Stelle möchte ich Ihren Beitrag erwähnen. Ich habe die ganze Zeit darauf gewartet, dass Sie auf das Thema Migration zu sprechen kommen, weil das von der AfD immer kommt, und zwar egal bei welchem Haushalt. Heute geht es um die Wirtschaft. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Mir ist am Ende völlig egal, wie die Leistungsträger in der Wirtschaft ausschauen, ob sie einen Migrationshintergrund haben oder nicht, ob sie hier geboren oder zugewandert sind. Entscheidend ist, dass es ordentliche Menschen sind, die ihre Arbeit leisten – mit Migrationshintergrund oder ohne. Keiner von uns sollte Menschen unterscheiden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf des Abgeordneten Benjamin Nolte (AfD))

Herr Lipp, die Frage der Bürokratie haben Sie zu Recht angesprochen; ich weiß nur nicht genau, weshalb Sie sie mit Manfred Weber in Verbindung bringen. Jeder von uns, der in einem Parlament sitzt, entscheidet mit seinen Anträgen automatisch mit, wie viel Bürokratie auf- oder abgebaut wird. Sie tragen einen großen Teil bei; Gott sei Dank stimmt aber die Mehrheit des Landtags immer gegen ihre unsinnigen Anträge.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Am Ende kann ich sagen: Dieser Haushalt ist solide aufgestellt. Er ist gut organisiert. Ich fühle mich sowohl vom Wirtschaftsminister und vom Staatssekretär als auch – das möchte ich deutlich sagen – von den Kolleginnen und Kollegen der FREIEN WÄHLER und der CSU-Fraktion gut vertreten. Wir arbeiten im Wirtschaftsausschuss konzentriert daran, dass wir all diese Herausforderungen bewältigen. Ja, manchmal wird irgendetwas auch nicht so laufen, wie man sich das idealerweise vorstellt; dann reden wir aber miteinander und kriegen das gemeinsam hin. Wir alle müssen miteinander dafür Sorge tragen, dass diese Störfaktoren aus Berlin abgestellt werden und wir der Wirtschaft endlich wieder das geben können, was sie braucht. Das, was aus Berlin kommt, ist es definitiv nicht. Ich bitte darum, diesem soliden Haushalt zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Es liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. Die erste Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Florian von Brunn.

**Florian von Brunn (SPD):** Verehrte Frau Schreyer, wir befinden uns in einer wirtschaftlich schwierigen Lage, die durch Putins Angriff auf die Ukraine ausgelöst worden ist.

(Zurufe von der AfD)

Wir befinden uns gleichzeitig in einer Transformationskrise. – Dass die da drüben von der AfD plärren, weil sie Freunde Putins sind, ist völlig unzweifelhaft.

(Zurufe der Abgeordneten Benjamin Nolte (AfD) und Ferdinand Mang (AfD))

In dieser schwierigen Situation hätten wir gerne eine verantwortungsvolle Opposition in Berlin; eine solche ist die Union aber leider nicht. Das muss ich Ihnen hier ins Stammbuch schreiben.

(Zuruf des Staatsministers Hubert Aiwanger)

– Herr Aiwanger, Sie sind auf Bundesebene überhaupt nicht beteiligt.

Ich will Ihnen das einmal an einem Beispiel deutlich machen. Ihre steuerpolitischen Vorstellungen – die Abschaffung des Solidaritätszuschlags sowie Kürzungen bei der Unternehmensteuer und der Erbschaftsteuer – würden jährlich zu Steuerausfällen in Höhe von 30 Milliarden Euro und mehr führen, die Sie nicht gegenfinanzieren. Das ist unseriöse Politik und bietet Deutschland keine Perspektive.

(Staatsministerin Michaela Kaniber: Was für eine Frechheit! Wahnsinn!)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Frau Kollegin Schreyer, bitte schön.

**Kerstin Schreyer (CSU):** Herr Kollege von Brunn, es ist doch immer wieder eine Freude, sich mit Ihnen hier auszutauschen.

(Florian von Brunn (SPD): Dieses Kompliment kann ich nur zurückgeben!)

Wenn Sie meinen, dass die wirtschaftspolitische Krise ausschließlich dadurch entstanden ist, dass Putin in die Ukraine eingefallen ist, dann haben Sie die Dimension noch überhaupt nicht verstanden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der AfD)

Dass Putin in die Ukraine eingefallen ist, ist schlimm. Das ist erst mal schlimm, und zwar für die Betroffenen. Wir haben aber eine Frage im Hinblick auf die Energiepolitik zu stellen. Es wurde gerade sowohl vom Kollegen Rainer Ludwig als auch vom Kollegen Daniel Artmann sehr gut ausgeführt, bei der Wasserstoffstrategie angefangen über vieles andere sind wir gut unterwegs. Es ist nicht so, dass Bayern untätig wäre. Nur wissen Sie, allein die Tatsache, dass der verfassungswidrige, dilettantisch aufgestellte Haushalt Geothermie-Bohrungen gefährdet hat, zeigt, hier liegt das größte wirtschaftspolitische Risiko. Daran ist die Bundesregierung schuld. Ich hoffe, dass wir die Wahlen im nächsten Jahr gewinnen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Florian von Brunn (SPD): Sie werden die Bundestagswahl verlieren!)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Die zweite Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Martin Stümpfig von den GRÜNEN.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Sehr geehrte Kollegin Schreyer, Sie haben in Ihrer Rede mehrfach gesagt, dass Berlin liefern müsse. Ich erinnere mich an eine Ihrer Pressemitteilungen vom Dezember des letzten Jahres. Diese bezog sich auf die Förderung von Wärmenetzen in Bayern. Im Haushalt sind gerade einmal 2,5 Millionen Euro für Wärmenetze eingeplant. Gerade einmal fünf Kilometer, kann man damit bauen. Das ist auch noch vom Geothermietopf abgezwickelt. Dann haben Sie gesagt: Solange die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze nicht mit Fördermitteln ausgestattet ist, kann Bayern nichts draufsetzen. Jetzt hat aber der Bund trotz Ihrer Klage gegen den Haushalt diese Haushaltsmittel komplett in diesem Programm belassen. Er hat dieses Förderprogramm erhalten. Sie dagegen wurden wortbrüchig. Sie haben nichts dafür getan. 2,5 Millionen Euro für Wärmenetze sind wirklich mehr als lächerlich. Ich frage Sie: Was ist mit Ihrem Versprechen, mehr Geld in die Wärmenetze zu stecken?

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Bitte schön, Frau Kollegin.

**Kerstin Schreyer (CSU):** Herr Stümpfig, mehr kann man immer machen. Ich gehe davon aus, dass Sie mir dann auch erklären, wo man die zur Verfügung gestellten Mittel dann einspart.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Bei Mehrausgaben sind Sie super, aber leider nicht bei der Frage, wo das Geld herkommen soll.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Doch! – Kerstin Celina (GRÜNE): Doch! – Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

Sie haben mein Lieblingsthema, die Geothermie, angesprochen. Sie wissen, dass ich aus einer Gemeinde mit viel Geothermie komme. Ich war damals im Gemeinderat, als darüber abgestimmt wurde. Ich bin sehr froh darüber, dass die Kommunen ihren Job machen.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Wir haben im Koalitionsvertrag in Berlin nach wie vor die Frage nach einer Fündigkeitsrisikoversicherung. Wann, wenn nicht jetzt, soll sie aufgesetzt werden?

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Ich bin dem Wirtschaftsminister dankbar, dass es einen Runden Tisch gibt, an dem überlegt wird, wie man mit Versicherungen und anderen Akteuren Lösungen finden kann. Das Einzige, was überhaupt keinen Sinn macht, ist Ihr Änderungsantrag. Sie wissen, dass das rechtlich gar nicht umsetzbar ist. Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Das finde ich schon sportlich, etwas zu fordern, was rechtlich nicht geht.

Wir werden das hier gut organisieren. Ich habe tiefes Vertrauen ins Wirtschaftsministerium, dass das funktioniert.

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Blindes Vertrauen!)

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wenn Sie Bürgschaften wollen und wissen, dass es laut dem Bürgschaftsgesetz nicht geht und man nicht einspringen kann, wenn dieses Risiko besteht – das wissen Sie –, finde ich es merkwürdig, wenn Sie das auch heute wieder formulieren.

Wir werden die Geothermie maximal unterstützen, und zwar überall dort, wo wir das können.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Frau Kollegin Schreyer, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Kerstin Schreyer (CSU):** Sie dürfen sicher sein: Hubert Aiwanger klingen da jedes Mal die Ohren, weil er weiß, dass mir dieses Thema wichtig ist. Er würde es aber auch selber machen. Dazu braucht er mich nicht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächstem erteile ich dem Abgeordneten Martin Stümpfig für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrter Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 07 für den Bereich des Wirtschaftsministeriums ist der Schlüssel für eine moderne Wirtschaft und für eine funktionierende Energiewende. Der Haushalt des Wirtschaftsministeriums ist auch der Schlüssel dafür, dass wir in die Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen einsteigen. Wir haben aber leider einen massiv schwachen Minister im Wirtschaftsministerium.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

Noch dazu haben wir einen schwachen Haushalt, der gerade einmal gut 2 % des Gesamthaushalts ausmacht.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Ihr habt einen illegalen Haushalt! – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Zauberlehrling!)

Es werden noch Programme wie das 10.000-Häuser-Programm gestrichen. Es werden Investitionen zurückgefahren. Insgesamt nur 1 % für den Klimaschutz, das ist viel zu wenig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sehen in diesen Tagen, wie wichtig es wäre, mehr für den Klimaschutz zu tun, hier wirklich die Prioritäten zu ändern. Die Hochwasserkatastrophe führt zu schrecklichen Ereignissen, zu mehreren Todesopfern, Investitionen sind auf einen Schlag vernichtet, und Wohlstand wird zerstört. Das zeigt es doch auf.

In Ihrem eigenen Klimareport aus dem Jahr 2021 ist genau dieses Szenario beschrieben: Vb-Wetterlagen, zunehmende Starkregenereignisse. Man kann da definitiv nicht sagen, man sei überrascht.

Söder ist auch nicht überrascht. Letztes Jahr hat er den Ausspruch getan: "Das Wohlstands-Eis der Menschen schmilzt schneller als das Eis der Gletscher." Diesen Ausspruch hat er zum Auftakt des Landtagswahlkampfes der CSU geprägt. Damit war ganz klar: Klimaschutz wird bei der CSU im Wahlprogramm und auch die Jahre danach keine Rolle spielen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Holetschek hat es gestern wiederholt: Die Wirtschaft muss funktionieren. Dies sorgt für Wohlstand, und danach passt dann schon alles. – Pfeifendeckel! Wenn Sie heute mit den Menschen sprechen, deren Betriebsstätten überflutet wurden, die vor der Gefährdung ihrer Existenz stehen, können Sie die fragen, wie sie denn künftig wirtschaften wollen. Klimaschutz ist nicht alles, aber ohne Klimaschutz ist alles nichts.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen brauchen wir dringend mehr Investitionen in den Klimaschutz.

Der Haushalt setzt hier wirklich die komplett falschen Prioritäten. Im Gesamthaushalt sind 500 Millionen Euro für die Straßen vorgesehen, 200 Millionen Euro für Hochwasserschutz; und im Einzelplan 07 stecken gerade einmal gut 2 %, und nur 1 % sind für den Klimaschutz.

Sie streichen Maßnahmenprogramme wie das 10.000-Häuser-Programm. Das war einmal das Flaggschiff des Klimaschutzes. Nächstes Jahr wird es auf nahezu null zurückgefahren. Sie könnten da zum Beispiel auch ein Förderprogramm machen, dass alte Ölheizungen, wenn sie rausgeschmissen und ersetzt werden, fördern.

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Dafür haben Sie den Habeck!)

Das wären alles Möglichkeiten, die jetzt enorme Schäden machen.

Wir haben gerade gehört, wie Frau Schreyer bei Geothermie nach Worten ringt. Das ist nahezu auf null gefahren. Bei den Wärmenetzen sind gerade einmal 5 Kilometer an Leitungen möglich. Das ist bei Ihnen hier im Haushalt wirklich eine Nullstelle.

Wir rufen Ihnen deswegen ganz klar zu: Steuern Sie um! Geben Sie der Windkraft, der Energieberatung, der Geothermie, dem Ausbau der Leitungen, den Speichern endlich freie Fahrt! Klimaschutz ist teuer, aber kein Klimaschutz wird um ein Vielfaches teurer werden. Immer nur nach den Katastrophen zu löschen, wird in Bayern keinen Wohlstand sichern. Steigen Sie um auf Vorsorge, auf vorbeugenden Klimaschutz! Hinterlegen Sie das Ganze mit ausreichend Mitteln im Haushalt! Indem Sie weniger als 1 % für den Klimaschutz geben, geben Sie den Kampf schon auf, bevor Sie ihn überhaupt begonnen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege, es liegen drei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Die erste kommt vom Kollegen Felix Locke.

**Felix Locke (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Kollege Stümpfig, Sie haben hier vehement für klimafreundliche Förderprogramme gesprochen. Sie können mir dann bestimmt erklären, warum Ihr Bundeswirtschaftsminister die E-Mobilitäts-Förderprogramme über Nacht eingestellt hat.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Herr Locke, wir sind hier in Bayern; vielleicht haben Sie das schon einmal festgestellt.

(Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN: Oje!)

Ich kann Ihnen nur sagen: Wir hatten hier eine Anhörung zum Thema Beschleunigung der Energiewende. Da wurde zum Beispiel ganz klar gesagt: Wir haben in Bayern jetzt 46.000 Speicher; kein einziger ist netzdienlich. Sie könnten jederzeit eine Definition für netzdienliche Speicher machen und es endlich schaffen, die Solarglocke in den Abend zu bringen.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Ist nicht die Antwort auf die Frage! – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Die Frage beantworten! – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sie schämen sich wohl für Berlin! Sie schämen sich für Herrn Habeck! So ist es!)

Sie tun hier gar nichts. Wir sind doch hier im Landtag! Wir machen hier den Haushalt, verdammt noch mal! Dann müssen wir die Maßnahmen doch auch hier machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Es sind noch zwei Zwischenbemerkungen; die nächste macht der Kollege Nussel.

**Walter Nussel (CSU):** Herr Kollege Stümpfig, wir können gerne mehr Geld für den Klimaschutz einplanen, wenn wir vorher auch mehr Geld verdient haben.

(Florian von Brunn (SPD): Klimaschutz nach Kassenlage? – Wie blöd ist das denn? – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Man kann nur das Geld ausgeben, das man hat!)

Bitte geben Sie den Unternehmen – das gehört zur Wirtschaftspolitik – die Freiheiten und die Verlässlichkeit, dass sie wirtschaften können. Fahren Sie bitte nach Berlin und sagen Sie Herrn Habeck, er soll endlich mal ein Heizungsgesetz auf den Weg bringen, das verlässlich ist, damit die Bürger und die Unternehmen wissen, was sie machen sollen.

Das wäre Antrieb und Wirtschaftsförderung. Sagen Sie hier nicht, wir müssten viel mehr Geld einstellen, von dem wir gar nicht mehr wissen, wo wir es hernehmen sollen. Wir müssen schon verlässliche Wirtschaftspolitik machen, damit unsere Menschen draußen wissen, wie sie damit umzugehen haben. Das ist Ihr Auftrag in Richtung Berlin, das einmal zu ordnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Walter, ich habe mir angesichts der massiven Ölschäden im Nachgang zur Hochwassersituation schon erhofft, dass irgendwann einmal ein Nachdenken einsetzt und man sagt, man wettet nicht immer nur gegen die Umstellung auf erneuerbare Energien. Dann wären wir nämlich schon ein ganzes Stück weiter.

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Wegen Habeck werden die Ölheizungen wieder eingebaut!)

Ihr habt lange Zeit den Austausch von Öl- und Gasheizungen sogar gefördert. Wenn wir jetzt die Ölheizungen endlich mal Stück für Stück raus hätten – es wäre schön, wenn du zuhörst –, dann wären wir da wirklich schon ein Stück weiter.

Wir stehen jetzt vor der Situation, dass viele Menschen ihr komplettes Haus, weil das Öl ins Mauerwerk eindringt, abreißen müssen. Das ist auch ein Aspekt von Wohlstand

und Wirtschaft. Ich verstehe nicht, dass gegenüber den erneuerbaren Energien immer noch nur Blockade herrscht. Ich hoffe sehr, dass jetzt endlich mal ein Umdenken einsetzt und man nicht immer nur nach der Katastrophe versucht, das Schlimmste abzuwenden. So ist in Bayern kein nachhaltiger Wohlstand möglich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Das waren die Zwischenbemerkungen. – Als Nächster hat der Kollege Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort.

(Florian von Brunn (SPD): Jetzt ist wieder der fehlende Sachverstand am Rednerpult! – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Da redet genau der Richtige! – Florian von Brunn (SPD): Kleiner Scherz!)

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Frau Präsidentin, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege von Brunn, warum ist Bayern wirtschaftlich an der Spitze Deutschlands? –

(Florian von Brunn (SPD): Nicht wegen Ihnen! Trotz Aiwanger!)

Nicht weil Sie hier im Parlament sitzen, sondern weil wir mutige Unternehmer, fleißige Arbeitnehmer und einen handlungsstarken Wirtschaftsminister Huber Aiwanger haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian von Brunn (SPD): Das glauben Sie doch selber nicht! Das ist doch ein Witz!)

Was ist in Berlin? – In Berlin steht die Ampel auf Rot. In Berlin gibt es keine Steuerreform, die die Leistungsträger anreizt, noch mehr zu leisten, keine Flexibilisierung der Arbeitszeiten, um die Fachkräfte stärker einzubinden, aber einen Zauberlehrling Robert Habeck, der die Sache nicht im Griff hat. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian von Brunn (SPD):  
Wer die Sache nicht im Griff hat, der sitzt hier! Hubert Aiwanger hat die Sache  
nicht im Griff!)

Ich möchte Ihnen jetzt eines sagen: Wir geben 5,5 Milliarden Euro in die Hightech  
Agenda. Ihr gebt das Geld in eine Erhöhung des Bürgergelds und in die Kindergrund-  
sicherung. Das ist der Unterschied, warum es bei uns besser als anderswo läuft.

Die Hightech Agenda ist wirklich das Herzstück unserer Zukunft, unserer Wirtschaft.  
Dank an Hubert Aiwanger, an Tobias Gotthardt und an den Bayerischen Ministerpräsi-  
denten! Ihr habt das wirklich gut und klug aufgesetzt.

Sie reden immer von Klimawandel. Klimawandel kann man so wie ihr betreiben: Wenn  
ihr einen Brunnen habt und ein Dorf mit Wasser versorgen wollt, kauft ihr Bierkrüge.  
Wir legen Leitungen. Das ist der große Unterschied.

(Beifall und Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege Pohl!

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Wir investieren in intelligente Lösungen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege Pohl, ich muss Sie unterbrechen. – Der Kollege  
von Brunn hat eine Frage, die Sie zulassen können oder auch nicht.

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Ich lasse sie natürlich zu, aber nicht jetzt, sondern  
als Zwischenbemerkung am Schluss.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich habe es vermutet.

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Das sollte er inzwischen wissen.

(Florian von Brunn (SPD): Er hat einfach nicht das Selbstbewusstsein!)

Dem Klimawandel begegnen wir so, dass wir als führende Industrienation die Rezepte für weltweite Lösungen zur Verfügung stellen. Das ist unsere Aufgabe. Wir können und wir müssen die Lösungen für dieses schwerwiegende Problem liefern. Wenn wir mit einem Prozent Anteil an der Weltbevölkerung aber meinen, dass am deutschen Wesen die Welt genesen soll, dann ist das genauso ein Irrtum und genauso eine Fehlentwicklung, wie es vor über 100 Jahren im Kaiserreich der Fall war.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen, wie es geht und wir handeln auch danach. Ich hoffe, dass es im Herbst 2025 im Bund besser wird und eine Vernunftwende eintritt. – Vielen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Jetzt hat der Kollege von Brunn das Wort.

**Florian von Brunn (SPD):** Lieber Herr Pohl, ich war heute sehr überrascht, dass Frau Schreyer Hubert Aiwanger so gelobt hat. Deshalb will ich Sie nach den Hintergründen fragen; denn im April wurde noch berichtet, Klaus Holetschek und die CSU-Fraktion hätten gesagt, dass sich Hubert Aiwanger nur auf Bauerndemos herumtreibt, dass er sich mehr um den Borkenkäfer als um die Wirtschaft kümmert und dass er einmal mehr Engagement für die Wirtschaft zeigen und ein paar Ideen entwickeln sollte. Hat sich das alles in Schall und Rauch aufgelöst? Hat er jetzt in diesen fünf, sechs Wochen alles das gemacht, was die CSU eingefordert hat? Oder warum ist so eine neue Harmonie bei Ihnen ausgebrochen?

**Präsidentin Ilse Aigner:** Bitte schön, Herr Kollege Pohl.

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Herr Kollege von Brunn, ich gestehe Ihnen gerne zu, dass Sie philosophische Betrachtungen darüber anstellen, was sich die Kollegin Schreyer und der Kollege Holetschek täglich denken. Neben den Gedanken zählt aber das, was am Ende herauskommt. Kerstin Schreyer, Klaus Holetschek, Florian Streibl,

Hubert Aiwanger, Tobi Gotthardt und ich arbeiten hervorragend zusammen, und das Ergebnis kann sich sehen lassen.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Die Menschen sind mit den Leistungen dieser Regierung zufrieden. Schauen Sie sich die Zufriedenheitswerte an, die Ihre Chaostruppe in Berlin hat! Damit ist diese Frage, glaube ich, ausreichend beantwortet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Vielen Dank, Herr Pohl. – Abschließend hat Herr Staatsminister Hubert Aiwanger das Wort.

**Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie):**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war eine sehr intensive Debatte, die zuletzt auch wieder die ideologischen Unterschiede zwischen einer bürgerlich-mittigen Wirtschaftspolitik und einer linken Wirtschaftspolitik aufgezeigt hat. Ich glaube, dass die bayerische Wirtschaft deutschlandweit deswegen mit Abstand an der Spitze steht, weil hier vernünftig regiert wird.

Wir haben eine Investitionsquote von 15 %. Das ist mit Abstand die Spitze in Deutschland. Wir haben eine Arbeitslosenquote von 3,5 %, während bundesweit eine 6 vor dem Komma steht, und diese Zahl ist schon durch die guten bayerischen Zahlen geschönt. Wir haben noch ein Wirtschaftswachstum, während sich der Bund in einer Rezession befindet.

Die Weichen sind bei uns, sofern wir es aus landespolitischer Sicht machen können, richtig gestellt. Das ist mit Sicherheit ein Grund dafür, dass es uns in Bayern bis dato so gut geht. Wir haben bei den Beiträgen der GRÜNEN eine Strichliste geführt; ungefähr 14 bis 15 Mal kam das Wort "Klima". Das ist etwa so, wie wenn man an der Straße sitzt und die Autos mit wumm, wumm, wumm, wumm vorbeifahren, Klima, Klima, Klima, Klima, man kommt mit dem Zählen nicht mehr mit und blendet es irgendwann

aus. Das ist Ihre einzige wirtschaftspolitische Kernkompetenz. Dass die GRÜNEN in Bayern noch nie und die SPD seit Menschengedenken nicht mehr regiert haben, ist mit ein Grund dafür, dass es Bayern wirtschaftlich so gut geht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Man kann es auch von der anderen Seite her sehen: Wir haben in Bayern einen starken Mittelstand und draußen viele vernünftige Unternehmer. Wer etwas von Wirtschaft versteht, wählt auch nicht Rot-Grün. Deswegen bleibt es auch hoffentlich so, dass

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Die saufen lieber mit Ihnen ab!)

bei uns die Weichen Richtung Investitionen in die richtigen Themen gestellt werden. Dafür haben wir im Rahmen unserer Möglichkeiten Mittel zwischen 1,6 und 1,7 Milliarden Euro – heuer sind es 1,5 Milliarden Euro – genutzt.

Wir setzen sehr stark auf die Zukunftstechnologien. Wir haben bereits vor mehreren Jahren ein Chip-Design-Zentrum mit meiner Zustimmung aus dem Boden gestampft. Wir haben die Weichen dafür gestellt, dass wir uns bei der Entwicklung neuer Mikrochips in Bayern mit dem Fraunhoferinstitut und weiteren Einrichtungen an die Spitze stellen. Wir sind bei der KI und der Robotik führend. Wir sind mit der Gründung neuer Unternehmen führend. Bayern ist mittlerweile das Start-up-Zentrum Deutschlands. In München werden pro 100.000 Einwohner mittlerweile mehr Jungunternehmen gegründet als in Berlin. Wir sind ganz vorne mit dabei. Mehr als die Hälfte der Unternehmen mit großer Zukunftsperspektive in Deutschland werden derzeit in Bayern gegründet. Wir sind also wirklich ganz vorne mit dabei.

Das alte Thema "Laptop oder Lederhose" ist hier mehr als erfüllt in Bezug auf Laptop. Wenn Sie sich über die Lederhose lustig machen und fragen, um es überspitzt zu formulieren, warum der Aiwanger bei Bauerdemonstrationen ist, sage ich Ihnen: Wir sind der Überzeugung, dass auch die Landwirtschaft ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist. Übrigens waren dort mit den Spediteuren, den Mittelständlern und den Handwer-

kern die gewerbliche Wirtschaft vertreten. Das ist meine Kernzuständigkeit. Ich hätte mich gefreut, dort auch den einen oder anderen Vertreter von Rot-Grün zu sehen. Sie wären dort aber wahrscheinlich ausgepiffen worden oder man hätte Sie gar nicht erkannt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Insofern sind wir davon überzeugt, dass auch die traditionellen Wirtschaftsbereiche einen wichtigen Stellenwert in der bayerischen Wirtschaftspolitik haben müssen.

Mit unserem Meisterbonus-Programm – 3.000 Euro für erfolgreiche Absolventen – heben wir Potenziale. Auch dank einer Bildungspolitik, mit der wir den Tag des Handwerks an den Schulen implementiert haben, haben wir ein Umdenken erreicht. Man meint jetzt nicht mehr, sich schämen zu müssen, wenn die Kinder ins Handwerk gehen. Nicht jeder muss studieren. Wir freuen uns über jeden, der studiert und auch das Zeug dafür hat, aber nicht über den, der nach 20 Semestern abbricht und ohne Abschluss dasteht. Wir wollen die guten Leute durchaus an den Hochschulen haben, wir wollen aber auch gute Leute im Handwerk und im Mittelstand haben. Wir unterstützen diese Entwicklung bestens mit vielen Fortbildungsprogrammen, mit einer Ausbildungsinitiative.

Das Handwerk bestätigt, dass sich der Wind gedreht hat und junge Leute auch wieder Handwerksbetriebe übernehmen, wenn sie diese aufgrund falscher bundespolitischer Entscheidungen zur Erbschaftsteuer, die nach meiner Meinung abgeschafft gehört, überhaupt noch übernehmen können. Die Steuerbelastung ist zu hoch. Wir müssten von der Steuerbelastung für die deutschen Unternehmen runter. Wir müssen von den hohen Energiekosten runter. Wir müssen von einer Bürokratie runter, die immer wieder eins draufsetzt und beispielsweise mit einem neuen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz immer wieder eine neue Schleife dreht und immer wieder neue Vorgaben bringt. Deshalb überlegen sich junge Leute, ob sie den Betrieb der Eltern übernehmen sollen.

Jawohl, wir animieren sie dazu, können es aber nicht ausblenden, dass wir massiven Gegenwind aus Berlin haben.

Ein bekanntes Sprichwort heißt: Die Psychologie macht 50 % der Wirtschaftspolitik aus. Ich würde sogar sagen, mittlerweile ist es noch mehr. Viele Unternehmen haben Zukunftsangst, Angst vor einer Politik, die die Themen überhaupt nicht erkennt und die Dinge schönredet, die die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft an die Wand fährt. In den letzten Jahren sind ungefähr 120 Milliarden Euro pro Jahr an Investitionen der Wirtschaft aus Deutschland rausgegangen, während nur 10 Milliarden reingegangen sind. Sie müssen überlegen, woran das liegt. Das Geld läuft mittlerweile aus Deutschland davon und geht in Regionen Europas und der Welt, wo die Steuern und die Bürokratiebelastung niedriger sind, wo sich die Ideologie in der Wirtschaftspolitik weniger austobt. Das sind die Fakten. Wir können im Rahmen unserer Möglichkeiten dagegensteuern und tun das auch, aber wir können mit einem Haushalt von 1,5 bis 1,7 Milliarden Euro nicht das ausbügeln, was im Bereich von 100 Milliarden Euro versemelt wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Deswegen erlauben Sie mir, dass ich noch einige Zukunftsthemen anspreche, zum Beispiel Dekarbonisierung ohne Deindustrialisierung. Rainer Ludwig hat es schon angesprochen. Wir bringen Lösungen für Ihre Klimafrage, aber Sie müssen diese Lösung uns auch machen lassen. Ich habe vor wenigen Tagen einen Runden Tisch mit der Wasserstoffbranche Bayerns gehabt. Daran haben namhafte Unternehmer der Automobil- und Lkw-Herstellung bis hin zu den Tankstellenbetreibern, den Umrüstern und den Elektrolyseurherstellern teilgenommen. Alles, was Rang und Namen hat, war hier. Sie kennen auch den offenen Brief dieser Branche vom April dieses Jahres, in dem rund dreißig namhafte große Unternehmen dringend an den Bund appellierten und sagten: Bitte, stellt die Planungssicherheit wieder her. –Wir machen in Bayern momentan ein Ausbauprogramm für Elektrolyseure und Wasserstofftankstellen mit über 200 Millionen Euro, und der Bund zieht just in diesem Augenblick den Stecker, nicht

nur bei der E-Mobilität, sondern auch bei den Wasserstoff-Lkws, bei den Wasserstoff-tankstellen und Ähnlichem, obwohl wir hier durchstarten könnten. Die Unternehmen, die Spediteure stehen bei mir und sagen: Ich würde gern anstatt des neuen Diesel-Lkws einen Wasserstoff-Lkw kaufen, ich bin von der Technik überzeugt. Stadtwerke würden gern einen Wasserstoffbus anstatt eines neuen Dieselbus kaufen, aber der Bund hat die zugesagten Fördermittel gekappt, weil er das Geld für Bürgergeld für Arbeitsfähige usw. braucht, meine Damen und Herren.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Sie müssen hin zu einer Wirtschaftspolitik umsteuern, bei der das Geld dort ankommt, wo wir es brauchen, damit wir das Geld erwirtschaften können, um uns künftig ein Bürgergeld für wirklich Bedürftige überhaupt noch leisten zu können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf)

– Am Ende meiner Redezeit. – Wenn Sie so weitermachen, das Geld für ideologische Dinge rauswerfen und im Gegenzug der Wirtschaft sagen, wir können jetzt leider nicht die Netzentgelte senken um die fünfzehn Milliarden Euro, die wir euch versprochen hatten, und können leider die Förderung von E-Mobilität und Lkws, die wir euch versprochen hatten, nicht mehr aufrechterhalten, wir können leider viele Zuschüsse bis in den Handwerksbereich hinein, die wir euch versprochen hatten, nicht mehr zahlen, weil wir das Geld für unsere ideologischen Manöver brauchen, dann führt das am Ende dazu, dass die Steuern für das Sozialsystem und das Gesundheitssystem nicht mehr erwirtschaftet werden. Wir stehen jetzt vor einer Schließungswelle bei Krankenhäusern, weil diese unterfinanziert sind usw. Sie beginnen also, dieses Land rückabzuwickeln, weil Sie denen das Wasser abgraben, die die Steuermittel erwirtschaften. Diese Leute laufen davon,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

und zwar gut ausgebildete Fachkräfte – ich rede von an die 200.000 pro Jahr –, aber auch Unternehmen, die sich in osteuropäische Länder, die USA und nach China verabschieden, weil dort die Rahmenbedingungen besser sind, als die, die Sie hier bieten,

(Zurufe von den GRÜNEN)

weil Sie die Wirtschaft nicht ernst nehmen und immer noch von Steuererhöhungen fabulieren anstatt von Steuersenkungen. Dort liegt die ganz große Fehlsteuerung in Deutschland. Trotzdem versuchen wir in Bayern, hier zu retten, was zu retten ist.

Ich habe das Thema Wasserstoff angesprochen. Bitte korrigieren Sie wenigstens hier, wenn Sie einen Beitrag leisten wollen. Wir bauen die erneuerbaren Energien massiv aus.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Wir sind Spitzenreiter bei den erneuerbaren Energien, mit Ausnahme der Windkraft. Alles andere, Photovoltaik, Wasserkraft, Geothermie, Biogas, wird bei uns vorangetrieben.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Sie machen die Biogasanlagen kaputt, weil Sie den Biogasbauern momentan keine Verträge für die Stromeinspeisung geben. Ergebnis: Die Wärmenetze, die an den Biogasanlagen hängen, müssen stillgelegt werden. Sie fabulieren hier von Wärmenetzen, kappen aber die Möglichkeiten, Wärmenetze überhaupt zu füttern. Die Infrastruktur wäre an der Stelle da. Hier wird aber ideologisch motiviert vorgegangen. Ich habe dem Herrn Wirtschaftsminister Habeck bei der Energieministerkonferenz persönlich gesagt, er möge die Dinge fördern. Antwort: Biogasstrom ist zu teuer, Biomasse wollen wir in der Form nicht mehr, meine Damen und Herren.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Hier arbeiten Sie in die völlig falsche Richtung. Damit schaden Sie der Wirtschaft!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Jawohl, wir werden die erneuerbaren Energien zielgerichtet ausbauen und tun das bereits. Wir müssen jetzt in die Speichertechnik investieren. Da bitte ich Sie, dass Sie, wenn wir einen Pumpspeicher wie in Riedl bei Passau seit Jahren planen und endlich bauen wollen, nicht vor Ort den BUND Naturschutz unterstützen, wenn er wegen der Zauneidechse gegen den Pumpspeicher klagt. Wir brauchen auch diese Speichertechniken, um hier voranzukommen.

Und liefern Sie endlich Klarheit in puncto Kraftwerksstrategie. Auch das wurde für Juni dieses Jahres versprochen. Da haben Sie jetzt noch drei Wochen Zeit. Ich bin neugierig, ob da noch etwas kommt. Wir haben das zu Beginn des Jahres eingefordert. Darauf hat es geheißen: Mitte des Jahres liegt das auf dem Tisch. – Ich habe die Gespräche mit Juniper und Co. schon geführt. Wir haben schon die Standorte in der Schublade, an denen man investieren könnte, teilweise an bestehenden Kraftwerkstandorten, wo die Stromnetze schon da sind. Wir brauchen jetzt endlich Klarheit von der Bundesregierung, zu welchen Bedingungen ein Investor ein wasserstofffähiges Gaskraftwerk hinstellen darf. Wie viel Zuschuss bekommt er hier? Zu welchen Bedingungen? Zu welchen Rahmenbedingungen wird investiert? All das brauchen wir. Dann können wir neben dem Ausbau der Erneuerbaren unseren Unternehmern sagen: Wir haben die sichere Grundlast.

Also, liefern Sie bitte, damit Bayern ein starkes Industrieland bleibt und sich hier wieder Firmen ansiedeln und nicht zunehmend absiedeln. Lange halten wir diese verfehlte Bundespolitik nicht mehr durch. Bitte sorgen Sie dafür, dass wir im Bund Ansprechpartner bekommen. Man hört, dass dort Referate für Wasserstoff rückgebaut werden, eingestampft werden, aber dafür an anderer Stelle ideologische Beratungsstellen – ich will die Dinge jetzt nicht vertiefen – hochgezogen werden.

(Florian von Brunn (SPD): Das sind wieder nur Fake News!)

Sie schaden der bayerischen Wirtschaft. Wir versuchen zu retten, was noch zu retten ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor, Herr Staatsminister, die erste vom Kollegen Florian von Brunn.

**Florian von Brunn (SPD):** Das Einzige, was ich von Ihnen wieder gehört habe, Herr Aiwanger, ist Schimpfen gegen die Ampel. Die Ampel hat das Wind-an-Land-Gesetz gemacht. Wir bringen die Wasserstoffnetze nach vorne.

(Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir beschleunigen die Planung und machen Bürokratieabbau.

(Lachen bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir haben dafür gesorgt, dass die Chip-Produktion in Europa nach Deutschland kommt. Von Herrn Aiwanger kommen nur Sprüche. Die Beschaffungen während Corona – eine einzige Katastrophe, Ihre Demo in Erding, Ihre Hetze gegen die Transformation und gegen das Heizungsgesetz:

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Was hat das mit diesem Punkt zu tun?)

Von Ihnen kommen nur populistische Parolen. Machen Sie endlich mal Ihre Arbeit und sorgen Sie dafür, dass die Windenergie in Bayern weiterkommt

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

und dass für das Chemiedreieck etwas gemacht wird, damit Dyneon hierbleiben kann! In allen industriepolitischen Fragen versagen Sie. Das ist Ihre Bilanz! Aber Sprüche klopfen ohne Ende – das ist Hubert Aiwanger und niemand anders.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie):**

Danke für das Stichwort Erding. Ich habe schon damals, vor ziemlich genau einem Jahr, darauf hingewiesen, dass das Heizungsgesetz eine Fehlsteuerung bringt. Herr Habeck hat vor wenigen Tagen selber gesagt, dass das ein Fehler war und eigentlich nur ein Test, um zu sehen, wie weit die Bürger sich diese Belastungen gefallen lassen.

(Widerspruch bei den GRÜNEN – Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ergebnis des Heizungsgesetzes: So viele Ölheizungen wie noch nie wurden eingebaut. Herr Habeck wird als Ölheizungseinbauminister in die Geschichte eingehen, aber nicht als Klimawandelminister.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Die zweite Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Martin Stümpfig.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Herr Staatsminister, Sie machen mit Ihren Fake News den Standort Deutschland schlecht.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Ihr Populismus hat hier in einer Haushaltsdebatte einfach nichts verloren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nehmen wir Ihr Pingpong bei dem Thema Leitungen: Wie katastrophal, wie schlecht kann man als Wirtschaftsminister sein? Einmal so, einmal so.

Aber ich möchte Ihnen jetzt konkret eine Frage stellen. Ich habe in meiner Rede schon das 10.000-Häuser-Programm angesprochen. Das ist das einzige Förderprogramm zum Thema energetische Gebäudesanierung. Wir haben nichts mehr.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wer hat das KfW-Programm zurückgeführt?)

Wir hatten dafür einmal knapp 30 Millionen Euro pro Jahr im Haushalt. Sie fahren das jetzt auf nahezu null runter. Ihr Haushalt hat gerade mal gute 2 % insgesamt. Warum gibt es keine Fortführung des 10.000-Häuser-Programms? Warum lassen Sie die Menschen da komplett im Regen stehen?

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Macht doch mal das KfW-Programm in Berlin!)

Wir könnten zum Beispiel ein Förderprogramm auflegen, bei dem wir sagen: Ölheizungen raus, moderne Heizungen rein. Wir sehen doch jetzt in der Hochwasserkatastrophe die Schäden. – Sie lachen. Aber den Menschen ist nicht mehr nach Lachen, wenn sie ihr Haus abreißen müssen, weil sie Ölschäden drin haben.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

**Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie):** Wir haben mit unserem 100-Millionen-Euro-Förderprogramm für PV-Speicher nicht nur 10.000 Hauseigentümern geholfen, sondern 100.000 Hauseigentümern.

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Kein Einziger war netzdienlich!)

Damit wurden 100.000 PV-Anlagen auf die Dächer geschraubt und die zugehörigen Speicher in den Keller gestellt. Die totale Verunsicherung haben Sie mit der Streichung des KfW-Förderprogramms und dem Gebäudeenergiegesetz ausgelöst: Mal rein in die Kartoffeln, mal raus aus den Kartoffeln. Niemand kennt sich mehr aus. Der Bausektor ist massiv eingebrochen,

(Zuruf: Antworten!)

weil jeder Hausbesitzer sagt: Ich weiß nicht mehr, zu welchen Bedingungen

(Dr. Simone Strohmayer (SPD): Antworten!)

ich ein neues Haus bauen soll; ich weiß nicht, zu welchen Bedingungen ich sanieren soll.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Antworten!)

Der Bund hat diese Versprechungen gemacht,

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Antworten!)

und hat die Mittel nicht geliefert.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Antworten!)

Er hat für totale Verunsicherung gesorgt.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Antworten!)

Deshalb werden derzeit keine Häuser gebaut und kaum Häuser saniert, weil sich keiner mehr auskennt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit schließe ich die Aussprache, und wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025, Einzelplan 07, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/1674 mit 19/1737 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 19/2059. Ich lasse zuerst über die sechs Änderungsanträge namentlich abstimmen. Die Abstimmung wird elektronisch durchgeführt, wie immer.

Zunächst ist über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Investitionszuschüsse für den Ausbau und die Modernisierung der bayerischen Robotik" auf der Drucksache 19/1723 in namentlicher Form abzustimmen. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten und beginnt jetzt.

(Namentliche Abstimmung von 10:21 bis 10:24 Uhr)

Darf ich fragen, ob noch weitere Kolleginnen und Kollegen da sind, die noch nicht abgestimmt haben? Fehlt eine Karte?

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Das ist jetzt der AfD-Antrag gewesen?)

– Genau, das ist jetzt der erste AfD-Antrag, der Antrag auf der Drucksache 19/1723.

(Zuruf: Einfach Rot drücken!)

So, damit ist die Zeit abgelaufen und die Abstimmung ist beendet. Bis zur nächsten namentlichen Abstimmung brauchen wir eine kurze Unterbrechung – das muss ausgewertet werden –, aber ich kann schon mal vorlesen, worum es bei der nächsten Abstimmung geht.

(Zuruf von der CSU: Einfach mit Nein stimmen!)

Dann kann sich jeder schon geistig darauf vorbereiten: Die nächste namentliche Abstimmung betrifft den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend „Kimm Hoam“ – Fachkräfterrückwanderungsprogramm“ auf der Drucksache 19/1725. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen ebenfalls zur Ablehnung empfohlen. Passt? Können wir abstimmen? – Bitte schön.

(Namentliche Abstimmung von 10:25 bis 10:27 Uhr)

So, gibt es noch Kolleginnen und Kollegen, die noch nicht abgestimmt haben? – Das sehe ich nicht. Dann würde ich die Abstimmung schließen.

Ich fange auch schon wieder an und erkläre, worum es beim nächsten Punkt geht, bis die Anlage wieder programmiert ist. Es folgt die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Investitionszuschüsse für die Produktionsrückverlagerung nach Bayern" auf der Drucksache 19/1726. Auch dieser Antrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen. –

Die Abstimmung ist noch nicht eröffnet, weil die vorherige noch ausgewertet werden muss. – Ich bitte noch ganz kurz, eine Sekunde, um etwas Geduld. – Jetzt, bitte schön.

(Namentliche Abstimmung von 10:28 bis 10:30 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung. – Wir kommen damit zur Abstimmung über die beiden Änderungsanträge der GRÜNEN.

Es folgt zunächst die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Bayerneffizienzhausprogramm" auf Drucksache 19/1678. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Änderungsantrag zur Ablehnung. Die Abstimmungszeit beträgt zwei Minuten. Wir warten wiederum, bis die Anlage freigeschaltet ist. – Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 10:31 bis 10:33 Uhr)

Haben alle Kolleginnen und Kollegen ihre Stimme abgegeben? – Ich sehe keinen Widerspruch. Ich schließe die Abstimmung.

Es folgt nun die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Bürgerschaftsprogramm Geothermie" auf Drucksache 19/1681. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt auch diesen Änderungsantrag zur Ablehnung. Die Abstimmungszeit beträgt zwei Minuten. Ich eröffne jetzt die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 10:33 bis 10:35 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung.

Es folgt nun die letzte namentliche Abstimmung, und zwar über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Förderprogramm ‚Windkraft-Booster‘" auf Drucksache 19/1693. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Fi-

nanzfragen ebenfalls zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt zwei Minuten. Wir beginnen mit der Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 10:36 bis 10:38 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung und gebe nun das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt.

Zunächst das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Investitionszuschüsse für den Ausbau und die Modernisierung der bayerischen Robotik", Drucksache 19/1723: Mit Ja haben 24, mit Nein 137 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Damit komme ich zum Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "„Kimm Hoam“ – Fachkräfterückwanderungsprogramm", Drucksache 19/1725. Mit Ja haben 24, mit Nein 129 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den dritten Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Investitionszuschüsse für die Produktionsrückverlagerung nach Bayern", Drucksache 19/1726, bekannt. Mit Ja haben 24, mit Nein 137 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab keine Enthaltungen. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Wir kommen damit zum Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Bayerneffizienzhauspro-

gramm", Drucksache 19/1678. Mit Ja haben 43, mit Nein 118 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Damit komme ich zum Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den zweiten Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Bürgschaftsprogramm Geothermie", Drucksache 19/1681. Mit Ja haben 43, mit Nein 121 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Auch hier gab es keine Enthaltungen. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Ich gebe nunmehr das Ergebnis der letzten namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Förderprogramm ‚Windkraft-Booster‘", Drucksache 19/1693, bekannt. Mit Ja haben 15, mit Nein 121 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab 28 Enthaltungen. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 07. Dieser wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf der Drucksache 19/2059 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 07 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der AfD, der GRÜNEN und der SPD. Enthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Einzelplan 07 so angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 7)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

"Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2024/2025 vorzunehmen."

Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.  
– Das ist das gesamte Haus. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine.  
Es ist so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 19/2059, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/1696 und 19/1735 mit 19/1737 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 07 ist damit abgeschlossen.

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 05.06.2024 zu Tagesordnungspunkt 7: Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion AfD; Haushaltsplan 2024/2025; hier: Investitionszuschüsse für den Ausbau und die Modernisierung der bayerischen Robotik (Kap. 07 03 neuer Tit.) (Drucksache 19/1723)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Adjei Benjamin</b>		X		<b>Eberwein Jürgen</b>			
<b>Aigner Ilse</b>		X		<b>Dr. Ebner Stefan</b>		X	
<b>Aiwanger Hubert</b>		X		<b>Ebner-Steiner Katrin</b>	X		
<b>Arnold Dieter</b>	X			<b>Dr. Eiling-Hütig Ute</b>		X	
<b>Arnold Horst</b>		X		<b>Eisenreich Georg</b>			
<b>Artmann Daniel</b>		X		<b>Enders Susann</b>		X	
<b>Atzinger Oskar</b>	X						
				<b>Fackler Wolfgang</b>		X	
<b>Bäumler Nicole</b>		X		<b>Fehlner Martina</b>			
<b>Bauer Volker</b>		X		<b>Feichtmeier Christiane</b>		X	
<b>Baumann Jörg</b>	X			<b>Flierl Alexander</b>		X	
<b>Baumgärtner Jürgen</b>		X		<b>Freller Karl</b>		X	
<b>Baur Konrad</b>		X		<b>Freudenberger Thorsten</b>		X	
<b>Prof. Dr. Bausback Winfried</b>		X		<b>Friedl Patrick</b>		X	
<b>Becher Johannes</b>		X		<b>Friesinger Sebastian</b>		X	
<b>Beck Tobias</b>		X		<b>Frühbeißer Stefan</b>		X	
<b>Becker Barbara</b>		X		<b>Fuchs Barbara</b>		X	
<b>Dr. Behr Andrea</b>		X		<b>Füracker Albert</b>			
<b>Behringer Martin</b>		X					
<b>Beißwenger Eric</b>				<b>Gerlach Judith</b>			
<b>Bergmüller Franz</b>	X			<b>Gießübel Martina</b>		X	
<b>Bernreiter Christian</b>				<b>Glauber Thorsten</b>			
<b>Birzele Andreas</b>		X		<b>Goller Mia</b>		X	
<b>Blume Markus</b>				<b>Gotthardt Tobias</b>		X	
<b>Böhm Martin</b>	X			<b>Graupner Richard</b>	X		
<b>Börtl Maximilian</b>		X		<b>Grießhammer Holger</b>		X	
<b>Bozoglu Cemal</b>		X		<b>Grob Alfred</b>		X	
<b>Brannekämper Robert</b>		X		<b>Groß Johann</b>		X	
<b>von Brunn Florian</b>		X		<b>Gross Sabine</b>	X	X	
<b>Dr. Brunnhuber Martin</b>		X		<b>Grossmann Patrick</b>		X	
<b>Dr. Büchler Markus</b>				<b>Guttenberger Petra</b>		X	
<b>Celina Kerstin</b>		X		<b>Prof. Dr. Hahn Ingo</b>	X		
				<b>Halbleib Volkmar</b>		X	
<b>Deisenhofer Maximilian</b>				<b>Halemba Daniel</b>			
<b>Demirel Gülseren</b>		X		<b>Hartmann Ludwig</b>		X	
<b>Dierkes Rene</b>	X			<b>Hauber Wolfgang</b>		X	
<b>Dierl Franc</b>		X		<b>Heinisch Bernhard</b>		X	
<b>Dr. Dietrich Alexander</b>		X		<b>Heisl Josef</b>		X	
<b>Dietz Leo</b>		X		<b>Dr. Herrmann Florian</b>		X	
<b>Dorow Alex</b>				<b>Herrmann Joachim</b>			
<b>Dremel Holger</b>		X		<b>Hierneis Christian</b>			
<b>Dünkel Norbert</b>		X		<b>Högl Petra</b>			
				<b>Hofmann Michael</b>		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Hold</b> Alexander			
<b>Holetschek</b> Klaus		X	
<b>Holz</b> Thomas		X	
<b>Dr. Hopp</b> Gerhard		X	
<b>Huber</b> Martin			
<b>Huber</b> Martin Andreas			
<b>Huber</b> Thomas		X	
<b>Huml</b> Melanie		X	
<b>Jäckel</b> Andreas		X	
<b>Jakob</b> Marina		X	
<b>Jungbauer</b> Björn		X	
<b>Jurca</b> Andreas			
<b>Kaniber</b> Michaela		X	
<b>Kaufmann</b> Andreas		X	
<b>Kirchner</b> Sandro		X	
<b>Knoblach</b> Paul		X	
<b>Knoll</b> Manuel		X	
<b>Köhler</b> Claudia		X	
<b>Köhler</b> Florian			
<b>Kohler</b> Jochen		X	
<b>Koller</b> Michael		X	
<b>Konrad</b> Joachim		X	
<b>Krahl</b> Andreas			
<b>Kraus</b> Nikolaus		X	
<b>Kühn</b> Harald		X	
<b>Kurz</b> Sanne			
<b>Lausch</b> Josef		X	
<b>Lettenbauer</b> Eva		X	
<b>Lindinger</b> Christian			
<b>Lipp</b> Oskar	X		
<b>Locke</b> Felix		X	
<b>Löw</b> Stefan	X		
<b>Dr. Loibl</b> Petra		X	
<b>Ludwig</b> Rainer		X	
<b>Magerl</b> Roland	X		
<b>Maier</b> Christoph			
<b>Mang</b> Ferdinand		X	
<b>Mannes</b> Gerd	X		
<b>Dr. Mehring</b> Fabian			
<b>Meier</b> Johannes	X		
<b>Meußgeier</b> Harald			
<b>Meyer</b> Stefan		X	
<b>Miskowitsch</b> Benjamin		X	
<b>Mistol</b> Jürgen		X	
<b>Mittag</b> Martin			
<b>Müller</b> Johann	X		
<b>Müller</b> Ruth		X	
<b>Müller</b> Ulrike		X	
<b>Nolte</b> Benjamin	X		
<b>Nussel</b> Walter		X	
<b>Dr. Oetzing</b> Stephan		X	
<b>Osgyan</b> Verena			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Pargent</b> Tim		X	
<b>Prof. Dr. Piazzolo</b> Michael		X	
<b>Pirner</b> Thomas		X	
<b>Pohl</b> Bernhard		X	
<b>Post</b> Julia		X	
<b>Preidl</b> Julian			
<b>Rasehorn</b> Anna		X	
<b>Rauscher</b> Doris		X	
<b>Reiß</b> Tobias		X	
<b>Rinderspacher</b> Markus		X	
<b>Rittel</b> Anton		X	
<b>Roon</b> Elena	X		
<b>Saller</b> Markus		X	
<b>Schack</b> Jenny			
<b>Schalk</b> Andreas		X	
<b>Scharf</b> Martin		X	
<b>Scharf</b> Ulrike			
<b>Scheuenstuhl</b> Harry		X	
<b>Schießl</b> Werner		X	
<b>Schmid</b> Franz			
<b>Schmid</b> Josef		X	
<b>Schmidt</b> Gabi			
<b>Schnotz</b> Helmut		X	
<b>Schnürer</b> Sascha		X	
<b>Schöffel</b> Martin			
<b>Schorer-Dremel</b> Tanja		X	
<b>Schreyer</b> Kerstin		X	
<b>Schuberl</b> Toni		X	
<b>Schuhknecht</b> Stephanie		X	
<b>Schulze</b> Katharina		X	
<b>Schwab</b> Thorsten		X	
<b>Dr. Schwartz</b> Harald		X	
<b>Seidenath</b> Bernhard		X	
<b>Siekmann</b> Florian		X	
<b>Singer</b> Ulrich	X		
<b>Dr. Söder</b> Markus			
<b>Sowa</b> Ursula		X	
<b>Stadler</b> Ralf	X		
<b>Stieglitz</b> Werner		X	
<b>Stock</b> Martin		X	
<b>Stolz</b> Anna			
<b>Storm</b> Ramona	X		
<b>Straub</b> Karl		X	
<b>Streibl</b> Florian		X	
<b>Striedl</b> Markus	X		
<b>Dr. Strohmayer</b> Simone		X	
<b>Stümpfig</b> Martin		X	
<b>Tasdelen</b> Arif		X	
<b>Tomaschko</b> Peter			
<b>Toso</b> Roswitha		X	
<b>Trautner</b> Carolina		X	
<b>Triebel</b> Gabriele		X	
<b>Vogel</b> Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Vogler</b> Matthias	X		
<b>Wachler</b> Peter		X	
<b>Wagle</b> Martin		X	
<b>Walbrunn</b> Markus	X		
Freiherr von <b>Waldenfels</b> Kristan		X	
<b>Waldmann</b> Ruth			
<b>Weber</b> Laura		X	
Dr. <b>Weigand</b> Sabine		X	
<b>Weigert</b> Roland			
<b>Weitzel</b> Katja		X	
<b>Widmann</b> Jutta			
<b>Winhart</b> Andreas	X		
<b>Zellmeier</b> Josef		X	
<b>Zierer</b> Benno			
Freiherr von <b>Zobel</b> Felix		X	
<b>Zöller</b> Thomas		X	
<b>Zwanziger</b> Christian		X	
<b>Gesamtsumme</b>	24	137	0

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 05.06.2024 zu Tagesordnungspunkt 7: Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion AfD; Haushaltsplan 2024/2025; hier: "Kimm Hoam" - Fachkräfterrückwanderungsprogramm (Kap. 07 03 neuer Tit.) (Drucksache 19/1725)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Adjei Benjamin</b>		X		<b>Eberwein Jürgen</b>			
<b>Aigner Ilse</b>		X		<b>Dr. Ebner Stefan</b>		X	
<b>Aiwanger Hubert</b>		X		<b>Ebner-Steiner Katrin</b>	X		
<b>Arnold Dieter</b>	X			<b>Dr. Eiling-Hütig Ute</b>		X	
<b>Arnold Horst</b>		X		<b>Eisenreich Georg</b>			
<b>Artmann Daniel</b>		X		<b>Enders Susann</b>		X	
<b>Atzinger Oskar</b>	X						
				<b>Fackler Wolfgang</b>		X	
<b>Bäumler Nicole</b>		X		<b>Fehlner Martina</b>			
<b>Bauer Volker</b>		X		<b>Feichtmeier Christiane</b>		X	
<b>Baumann Jörg</b>	X			<b>Flierl Alexander</b>		X	
<b>Baumgärtner Jürgen</b>		X		<b>Freller Karl</b>		X	
<b>Baur Konrad</b>		X		<b>Freudenberger Thorsten</b>		X	
<b>Prof. Dr. Bausback Winfried</b>		X		<b>Friedl Patrick</b>		X	
<b>Becher Johannes</b>		X		<b>Friesinger Sebastian</b>		X	
<b>Beck Tobias</b>		X		<b>Frühbeißer Stefan</b>		X	
<b>Becker Barbara</b>		X		<b>Fuchs Barbara</b>		X	
<b>Dr. Behr Andrea</b>		X		<b>Füracker Albert</b>			
<b>Behringer Martin</b>		X					
<b>Beißwenger Eric</b>				<b>Gerlach Judith</b>			
<b>Bergmüller Franz</b>	X			<b>Gießübel Martina</b>		X	
<b>Bernreiter Christian</b>				<b>Glauber Thorsten</b>			
<b>Birzele Andreas</b>		X		<b>Goller Mia</b>		X	
<b>Blume Markus</b>				<b>Gotthardt Tobias</b>		X	
<b>Böhm Martin</b>				<b>Graupner Richard</b>	X		
<b>Börtl Maximilian</b>		X		<b>Grießhammer Holger</b>		X	
<b>Bozoglu Cemal</b>		X		<b>Grob Alfred</b>		X	
<b>Brannekämper Robert</b>		X		<b>Groß Johann</b>		X	
<b>von Brunn Florian</b>		X		<b>Gross Sabine</b>	X	X	
<b>Dr. Brunnhuber Martin</b>		X		<b>Grossmann Patrick</b>		X	
<b>Dr. Büchler Markus</b>				<b>Guttenberger Petra</b>		X	
<b>Celina Kerstin</b>		X		<b>Prof. Dr. Hahn Ingo</b>	X		
				<b>Halbleib Volkmar</b>		X	
<b>Deisenhofer Maximilian</b>				<b>Halemba Daniel</b>			
<b>Demirel Gülseren</b>		X		<b>Hartmann Ludwig</b>		X	
<b>Dierkes Rene</b>	X			<b>Hauber Wolfgang</b>		X	
<b>Dierl Franc</b>		X		<b>Heinisch Bernhard</b>			
<b>Dr. Dietrich Alexander</b>		X		<b>Heisl Josef</b>		X	
<b>Dietz Leo</b>		X		<b>Dr. Herrmann Florian</b>		X	
<b>Dorow Alex</b>				<b>Herrmann Joachim</b>			
<b>Dremel Holger</b>		X		<b>Hierneis Christian</b>		X	
<b>Dünkel Norbert</b>		X		<b>Högl Petra</b>			
				<b>Hofmann Michael</b>		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Hold</b> Alexander			
<b>Holetschek</b> Klaus		X	
<b>Holz</b> Thomas		X	
<b>Dr. Hopp</b> Gerhard		X	
<b>Huber</b> Martin			
<b>Huber</b> Martin Andreas			
<b>Huber</b> Thomas		X	
<b>Huml</b> Melanie			
<b>Jäckel</b> Andreas		X	
<b>Jakob</b> Marina		X	
<b>Jungbauer</b> Björn		X	
<b>Jurca</b> Andreas			
<b>Kaniber</b> Michaela		X	
<b>Kaufmann</b> Andreas		X	
<b>Kirchner</b> Sandro		X	
<b>Knoblach</b> Paul		X	
<b>Knoll</b> Manuel		X	
<b>Köhler</b> Claudia		X	
<b>Köhler</b> Florian			
<b>Kohler</b> Jochen		X	
<b>Koller</b> Michael		X	
<b>Konrad</b> Joachim		X	
<b>Krahl</b> Andreas			
<b>Kraus</b> Nikolaus			
<b>Kühn</b> Harald		X	
<b>Kurz</b> Sanne			
<b>Lausch</b> Josef		X	
<b>Lettenbauer</b> Eva		X	
<b>Lindinger</b> Christian			
<b>Lipp</b> Oskar	X		
<b>Locke</b> Felix		X	
<b>Löw</b> Stefan	X		
<b>Dr. Loibl</b> Petra		X	
<b>Ludwig</b> Rainer		X	
<b>Magerl</b> Roland	X		
<b>Maier</b> Christoph			
<b>Mang</b> Ferdinand	X		
<b>Mannes</b> Gerd	X		
<b>Dr. Mehring</b> Fabian			
<b>Meier</b> Johannes	X		
<b>Meußgeier</b> Harald			
<b>Meyer</b> Stefan		X	
<b>Miskowitsch</b> Benjamin		X	
<b>Mistol</b> Jürgen		X	
<b>Mittag</b> Martin			
<b>Müller</b> Johann	X		
<b>Müller</b> Ruth		X	
<b>Müller</b> Ulrike		X	
<b>Nolte</b> Benjamin	X		
<b>Nussel</b> Walter			
<b>Dr. Oetzing</b> Stephan		X	
<b>Osgyan</b> Verena			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Pargent</b> Tim		X	
<b>Prof. Dr. Piazzolo</b> Michael		X	
<b>Pirner</b> Thomas		X	
<b>Pohl</b> Bernhard		X	
<b>Post</b> Julia		X	
<b>Preidl</b> Julian			
<b>Rasehorn</b> Anna		X	
<b>Rauscher</b> Doris		X	
<b>Reiß</b> Tobias		X	
<b>Rinderspacher</b> Markus		X	
<b>Rittel</b> Anton			
<b>Roon</b> Elena	X		
<b>Saller</b> Markus		X	
<b>Schack</b> Jenny			
<b>Schalk</b> Andreas		X	
<b>Scharf</b> Martin		X	
<b>Scharf</b> Ulrike			
<b>Scheuenstuhl</b> Harry		X	
<b>Schießl</b> Werner		X	
<b>Schmid</b> Franz			
<b>Schmid</b> Josef		X	
<b>Schmidt</b> Gabi			
<b>Schnotz</b> Helmut		X	
<b>Schnürer</b> Sascha		X	
<b>Schöffel</b> Martin			
<b>Schorer-Dremel</b> Tanja		X	
<b>Schreyer</b> Kerstin		X	
<b>Schuberl</b> Toni		X	
<b>Schuhknecht</b> Stephanie		X	
<b>Schulze</b> Katharina		X	
<b>Schwab</b> Thorsten		X	
<b>Dr. Schwartz</b> Harald		X	
<b>Seidenath</b> Bernhard		X	
<b>Siekmann</b> Florian		X	
<b>Singer</b> Ulrich	X		
<b>Dr. Söder</b> Markus			
<b>Sowa</b> Ursula		X	
<b>Stadler</b> Ralf	X		
<b>Stieglitz</b> Werner		X	
<b>Stock</b> Martin		X	
<b>Stolz</b> Anna			
<b>Storm</b> Ramona	X		
<b>Straub</b> Karl		X	
<b>Streibl</b> Florian		X	
<b>Striedl</b> Markus	X		
<b>Dr. Strohmayer</b> Simone		X	
<b>Stümpfig</b> Martin		X	
<b>Tasdelen</b> Arif		X	
<b>Tomaschko</b> Peter			
<b>Toso</b> Roswitha			
<b>Trautner</b> Carolina		X	
<b>Triebel</b> Gabriele		X	
<b>Vogel</b> Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Vogler</b> Matthias	X		
<b>Wachler</b> Peter			
<b>Wagle</b> Martin		X	
<b>Walbrunn</b> Markus	X		
Freiherr von <b>Waldenfels</b> Kristan		X	
<b>Waldmann</b> Ruth			
<b>Weber</b> Laura		X	
Dr. <b>Weigand</b> Sabine		X	
<b>Weigert</b> Roland			
<b>Weitzel</b> Katja		X	
<b>Widmann</b> Jutta			
<b>Winhart</b> Andreas	X		
<b>Zellmeier</b> Josef			
<b>Zierer</b> Benno			
Freiherr von <b>Zobel</b> Felix		X	
<b>Zöller</b> Thomas		X	
<b>Zwanziger</b> Christian		X	
<b>Gesamtsumme</b>	24	129	0

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 05.06.2024 zu Tagesordnungspunkt 7: Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion AfD; Haushaltsplan 2024/2025; hier: Investitionszuschüsse für die Produktionsrückverlagerung nach Bayern (Kap. 07 04 neuer Tit.) (Drucksache 19/1726)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Adjei Benjamin</b>		X		<b>Eberwein Jürgen</b>			
<b>Aigner Ilse</b>		X		<b>Dr. Ebner Stefan</b>		X	
<b>Aiwanger Hubert</b>		X		<b>Ebner-Steiner Katrin</b>	X		
<b>Arnold Dieter</b>				<b>Dr. Eiling-Hütig Ute</b>		X	
<b>Arnold Horst</b>		X		<b>Eisenreich Georg</b>			
<b>Artmann Daniel</b>		X		<b>Enders Susann</b>		X	
<b>Atzinger Oskar</b>	X						
				<b>Fackler Wolfgang</b>		X	
<b>Bäumler Nicole</b>		X		<b>Fehlner Martina</b>			
<b>Bauer Volker</b>		X		<b>Feichtmeier Christiane</b>		X	
<b>Baumann Jörg</b>	X			<b>Flierl Alexander</b>		X	
<b>Baumgärtner Jürgen</b>		X		<b>Freller Karl</b>		X	
<b>Baur Konrad</b>		X		<b>Freudenberger Thorsten</b>		X	
<b>Prof. Dr. Bausback Winfried</b>		X		<b>Friedl Patrick</b>		X	
<b>Becher Johannes</b>		X		<b>Friesinger Sebastian</b>		X	
<b>Beck Tobias</b>		X		<b>Frühbeißer Stefan</b>		X	
<b>Becker Barbara</b>		X		<b>Fuchs Barbara</b>		X	
<b>Dr. Behr Andrea</b>		X		<b>Füracker Albert</b>			
<b>Behringer Martin</b>		X					
<b>Beißwenger Eric</b>				<b>Gerlach Judith</b>			
<b>Bergmüller Franz</b>	X			<b>Gießübel Martina</b>		X	
<b>Bernreiter Christian</b>				<b>Glauber Thorsten</b>			
<b>Birzele Andreas</b>		X		<b>Goller Mia</b>		X	
<b>Blume Markus</b>				<b>Gotthardt Tobias</b>		X	
<b>Böhm Martin</b>	X			<b>Graupner Richard</b>	X		
<b>Bötl Maximilian</b>		X		<b>Grießhammer Holger</b>		X	
<b>Bozoglu Cemal</b>		X		<b>Grob Alfred</b>		X	
<b>Brannekämper Robert</b>		X		<b>Groß Johann</b>		X	
<b>von Brunn Florian</b>		X		<b>Gross Sabine</b>	X	X	
<b>Dr. Brunnhuber Martin</b>		X		<b>Grossmann Patrick</b>		X	
<b>Dr. Büchler Markus</b>				<b>Guttenberger Petra</b>		X	
<b>Celina Kerstin</b>		X		<b>Prof. Dr. Hahn Ingo</b>	X		
				<b>Halbleib Volkmar</b>		X	
<b>Deisenhofer Maximilian</b>				<b>Halemba Daniel</b>			
<b>Demirel Gülseren</b>		X		<b>Hartmann Ludwig</b>		X	
<b>Dierkes Rene</b>	X			<b>Hauber Wolfgang</b>		X	
<b>Dierl Franc</b>		X		<b>Heinisch Bernhard</b>		X	
<b>Dr. Dietrich Alexander</b>		X		<b>Heisl Josef</b>		X	
<b>Dietz Leo</b>		X		<b>Dr. Herrmann Florian</b>		X	
<b>Dorow Alex</b>				<b>Herrmann Joachim</b>			
<b>Dremel Holger</b>		X		<b>Hierneis Christian</b>		X	
<b>Dünkel Norbert</b>		X		<b>Högl Petra</b>		X	
				<b>Hofmann Michael</b>		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Hold</b> Alexander			
<b>Holetschek</b> Klaus		X	
<b>Holz</b> Thomas		X	
<b>Dr. Hopp</b> Gerhard		X	
<b>Huber</b> Martin			
<b>Huber</b> Martin Andreas			
<b>Huber</b> Thomas		X	
<b>Huml</b> Melanie		X	
<b>Jäckel</b> Andreas		X	
<b>Jakob</b> Marina		X	
<b>Jungbauer</b> Björn		X	
<b>Jurca</b> Andreas			
<b>Kaniber</b> Michaela		X	
<b>Kaufmann</b> Andreas		X	
<b>Kirchner</b> Sandro		X	
<b>Knoblach</b> Paul		X	
<b>Knoll</b> Manuel		X	
<b>Köhler</b> Claudia		X	
<b>Köhler</b> Florian			
<b>Kohler</b> Jochen		X	
<b>Koller</b> Michael		X	
<b>Konrad</b> Joachim		X	
<b>Krahl</b> Andreas			
<b>Kraus</b> Nikolaus		X	
<b>Kühn</b> Harald		X	
<b>Kurz</b> Sanne		X	
<b>Lausch</b> Josef		X	
<b>Lettenbauer</b> Eva		X	
<b>Lindinger</b> Christian			
<b>Lipp</b> Oskar	X		
<b>Locke</b> Felix		X	
<b>Löw</b> Stefan	X		
<b>Dr. Loibl</b> Petra		X	
<b>Ludwig</b> Rainer		X	
<b>Magerl</b> Roland	X		
<b>Maier</b> Christoph			
<b>Mang</b> Ferdinand	X		
<b>Mannes</b> Gerd	X		
<b>Dr. Mehring</b> Fabian			
<b>Meier</b> Johannes	X		
<b>Meußgeier</b> Harald			
<b>Meyer</b> Stefan		X	
<b>Miskowitsch</b> Benjamin		X	
<b>Mistol</b> Jürgen		X	
<b>Mittag</b> Martin			
<b>Müller</b> Johann	X		
<b>Müller</b> Ruth		X	
<b>Müller</b> Ulrike		X	
<b>Nolte</b> Benjamin	X		
<b>Nussel</b> Walter		X	
<b>Dr. Oetzing</b> Stephan		X	
<b>Osgyan</b> Verena			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Pargent</b> Tim		X	
<b>Prof. Dr. Piazzolo</b> Michael		X	
<b>Pirner</b> Thomas		X	
<b>Pohl</b> Bernhard		X	
<b>Post</b> Julia		X	
<b>Preidl</b> Julian			
<b>Rasehorn</b> Anna		X	
<b>Rauscher</b> Doris		X	
<b>Reiß</b> Tobias		X	
<b>Rinderspacher</b> Markus		X	
<b>Rittel</b> Anton		X	
<b>Roon</b> Elena	X		
<b>Saller</b> Markus		X	
<b>Schack</b> Jenny			
<b>Schalk</b> Andreas		X	
<b>Scharf</b> Martin		X	
<b>Scharf</b> Ulrike			
<b>Scheuenstuhl</b> Harry		X	
<b>Schießl</b> Werner		X	
<b>Schmid</b> Franz			
<b>Schmid</b> Josef		X	
<b>Schmidt</b> Gabi			
<b>Schnotz</b> Helmut		X	
<b>Schnürer</b> Sascha		X	
<b>Schöffel</b> Martin			
<b>Schorer-Dremel</b> Tanja		X	
<b>Schreyer</b> Kerstin		X	
<b>Schuberl</b> Toni		X	
<b>Schuhknecht</b> Stephanie		X	
<b>Schulze</b> Katharina		X	
<b>Schwab</b> Thorsten		X	
<b>Dr. Schwartz</b> Harald		X	
<b>Seidenath</b> Bernhard		X	
<b>Siekmann</b> Florian		X	
<b>Singer</b> Ulrich	X		
<b>Dr. Söder</b> Markus			
<b>Sowa</b> Ursula		X	
<b>Stadler</b> Ralf	X		
<b>Stieglitz</b> Werner		X	
<b>Stock</b> Martin		X	
<b>Stolz</b> Anna			
<b>Storm</b> Ramona	X		
<b>Straub</b> Karl		X	
<b>Streibl</b> Florian		X	
<b>Striedl</b> Markus	X		
<b>Dr. Strohmayr</b> Simone		X	
<b>Stümpfig</b> Martin		X	
<b>Tasdelen</b> Arif		X	
<b>Tomaschko</b> Peter			
<b>Toso</b> Roswitha		X	
<b>Trautner</b> Carolina		X	
<b>Triebel</b> Gabriele		X	
<b>Vogel</b> Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Vogler</b> Matthias	X		
<b>Wachler</b> Peter		X	
<b>Wagle</b> Martin		X	
<b>Walbrunn</b> Markus	X		
Freiherr von <b>Waldenfels</b> Kristan		X	
<b>Waldmann</b> Ruth			
<b>Weber</b> Laura			
Dr. <b>Weigand</b> Sabine			
<b>Weigert</b> Roland			
<b>Weitzel</b> Katja		X	
<b>Widmann</b> Jutta			
<b>Winhart</b> Andreas	X		
<b>Zellmeier</b> Josef		X	
<b>Zierer</b> Benno			
Freiherr von <b>Zobel</b> Felix		X	
<b>Zöller</b> Thomas		X	
<b>Zwanziger</b> Christian		X	
<b>Gesamtsumme</b>	24	137	0

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 05.06.2024 zu Tagesordnungspunkt 7: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2024/2025; hier: Bayerneffizienzhausprogramm (Kap. 07 05 Tit. 892 75) (Drucksache 19/1678)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Adjei Benjamin</b>	X			<b>Eberwein Jürgen</b>			
<b>Aigner Ilse</b>		X		<b>Dr. Ebner Stefan</b>			
<b>Aiwanger Hubert</b>		X		<b>Ebner-Steiner Katrin</b>		X	
<b>Arnold Dieter</b>	X			<b>Dr. Eiling-Hütig Ute</b>		X	
<b>Arnold Horst</b>	X			<b>Eisenreich Georg</b>			
<b>Artmann Daniel</b>		X		<b>Enders Susann</b>		X	
<b>Atzinger Oskar</b>		X					
				<b>Fackler Wolfgang</b>		X	
<b>Bäumler Nicole</b>	X			<b>Fehlner Martina</b>			
<b>Bauer Volker</b>		X		<b>Feichtmeier Christiane</b>	X		
<b>Baumann Jörg</b>		X		<b>Flierl Alexander</b>		X	
<b>Baumgärtner Jürgen</b>		X		<b>Freller Karl</b>		X	
<b>Baur Konrad</b>		X		<b>Freudenberger Thorsten</b>		X	
<b>Prof. Dr. Bausback Winfried</b>		X		<b>Friedl Patrick</b>	X		
<b>Becher Johannes</b>	X			<b>Friesinger Sebastian</b>		X	
<b>Beck Tobias</b>		X		<b>Frühbeißer Stefan</b>		X	
<b>Becker Barbara</b>		X		<b>Fuchs Barbara</b>	X		
<b>Dr. Behr Andrea</b>		X		<b>Füracker Albert</b>			
<b>Behringer Martin</b>		X					
<b>Beißwenger Eric</b>				<b>Gerlach Judith</b>			
<b>Bergmüller Franz</b>		X		<b>Gießübel Martina</b>		X	
<b>Bernreiter Christian</b>				<b>Glauber Thorsten</b>			
<b>Birzele Andreas</b>	X			<b>Goller Mia</b>	X		
<b>Blume Markus</b>				<b>Gotthardt Tobias</b>		X	
<b>Böhm Martin</b>		X		<b>Graupner Richard</b>		X	
<b>Bötl Maximilian</b>		X		<b>Grießhammer Holger</b>	X		
<b>Bozoglu Cemal</b>	X			<b>Grob Alfred</b>		X	
<b>Brannekämper Robert</b>		X		<b>Groß Johann</b>		X	
<b>von Brunn Florian</b>	X			<b>Gross Sabine</b>	X		
<b>Dr. Brunnhuber Martin</b>		X		<b>Grossmann Patrick</b>		X	
<b>Dr. Büchler Markus</b>				<b>Guttenberger Petra</b>		X	
<b>Celina Kerstin</b>	X			<b>Prof. Dr. Hahn Ingo</b>		X	
				<b>Halbleib Volkmar</b>	X		
<b>Deisenhofer Maximilian</b>				<b>Halemba Daniel</b>			
<b>Demirel Gülseren</b>	X			<b>Hartmann Ludwig</b>	X		
<b>Dierkes Rene</b>		X		<b>Hauber Wolfgang</b>		X	
<b>Dierl Franc</b>		X		<b>Heinisch Bernhard</b>		X	
<b>Dr. Dietrich Alexander</b>		X		<b>Heisl Josef</b>		X	
<b>Dietz Leo</b>		X		<b>Dr. Herrmann Florian</b>		X	
<b>Dorow Alex</b>				<b>Herrmann Joachim</b>			
<b>Dremel Holger</b>		X		<b>Hierneis Christian</b>	X		
<b>Dünkel Norbert</b>		X		<b>Högl Petra</b>		X	
				<b>Hofmann Michael</b>		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Hold</b> Alexander			
<b>Holetschek</b> Klaus		X	
<b>Holz</b> Thomas		X	
<b>Dr. Hopp</b> Gerhard		X	
<b>Huber</b> Martin			
<b>Huber</b> Martin Andreas			
<b>Huber</b> Thomas		X	
<b>Huml</b> Melanie		X	
<b>Jäckel</b> Andreas		X	
<b>Jakob</b> Marina		X	
<b>Jungbauer</b> Björn		X	
<b>Jurca</b> Andreas			
<b>Kaniber</b> Michaela		X	
<b>Kaufmann</b> Andreas		X	
<b>Kirchner</b> Sandro		X	
<b>Knoblach</b> Paul	X		
<b>Knoll</b> Manuel		X	
<b>Köhler</b> Claudia	X		
<b>Köhler</b> Florian			
<b>Kohler</b> Jochen		X	
<b>Koller</b> Michael		X	
<b>Konrad</b> Joachim		X	
<b>Krahl</b> Andreas			
<b>Kraus</b> Nikolaus		X	
<b>Kühn</b> Harald		X	
<b>Kurz</b> Sanne	X		
<b>Lausch</b> Josef		X	
<b>Lettenbauer</b> Eva	X		
<b>Lindinger</b> Christian			
<b>Lipp</b> Oskar		X	
<b>Locke</b> Felix		X	
<b>Löw</b> Stefan		X	
<b>Dr. Loibl</b> Petra		X	
<b>Ludwig</b> Rainer		X	
<b>Magerl</b> Roland		X	
<b>Maier</b> Christoph			
<b>Mang</b> Ferdinand		X	
<b>Mannes</b> Gerd		X	
<b>Dr. Mehring</b> Fabian			
<b>Meier</b> Johannes		X	
<b>Meußgeier</b> Harald			
<b>Meyer</b> Stefan		X	
<b>Miskowitsch</b> Benjamin		X	
<b>Mistol</b> Jürgen	X		
<b>Mittag</b> Martin			
<b>Müller</b> Johann		X	
<b>Müller</b> Ruth	X		
<b>Müller</b> Ulrike		X	
<b>Nolte</b> Benjamin		X	
<b>Nussel</b> Walter		X	
<b>Dr. Oetzing</b> Stephan		X	
<b>Osgyan</b> Verena			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Pargent</b> Tim	X		
<b>Prof. Dr. Piazzolo</b> Michael		X	
<b>Pirner</b> Thomas		X	
<b>Pohl</b> Bernhard		X	
<b>Post</b> Julia	X		
<b>Preidl</b> Julian			
<b>Rasehorn</b> Anna	X		
<b>Rauscher</b> Doris	X		
<b>Reiß</b> Tobias		X	
<b>Rinderspacher</b> Markus			
<b>Rittel</b> Anton		X	
<b>Roon</b> Elena		X	
<b>Saller</b> Markus		X	
<b>Schack</b> Jenny			
<b>Schalk</b> Andreas		X	
<b>Scharf</b> Martin		X	
<b>Scharf</b> Ulrike			
<b>Scheuenstuhl</b> Harry	X		
<b>Schießl</b> Werner		X	
<b>Schmid</b> Franz			
<b>Schmid</b> Josef		X	
<b>Schmidt</b> Gabi			
<b>Schnotz</b> Helmut		X	
<b>Schnürer</b> Sascha		X	
<b>Schöffel</b> Martin			
<b>Schorer-Dremel</b> Tanja		X	
<b>Schreyer</b> Kerstin		X	
<b>Schuberl</b> Toni	X		
<b>Schuhknecht</b> Stephanie	X		
<b>Schulze</b> Katharina	X		
<b>Schwab</b> Thorsten		X	
<b>Dr. Schwartz</b> Harald		X	
<b>Seidenath</b> Bernhard		X	
<b>Siekmann</b> Florian	X		
<b>Singer</b> Ulrich		X	
<b>Dr. Söder</b> Markus			
<b>Sowa</b> Ursula	X		
<b>Stadler</b> Ralf		X	
<b>Stieglitz</b> Werner		X	
<b>Stock</b> Martin		X	
<b>Stolz</b> Anna			
<b>Storm</b> Ramona		X	
<b>Straub</b> Karl			
<b>Streibl</b> Florian		X	
<b>Striedl</b> Markus		X	
<b>Dr. Strohmayer</b> Simone	X		
<b>Stümpfig</b> Martin	X		
<b>Tasdelen</b> Arif	X		
<b>Tomaschko</b> Peter			
<b>Toso</b> Roswitha		X	
<b>Trautner</b> Carolina		X	
<b>Triebel</b> Gabriele	X		
<b>Vogel</b> Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Vogler</b> Matthias		X	
<b>Wachler</b> Peter		X	
<b>Wagle</b> Martin		X	
<b>Walbrunn</b> Markus		X	
Freiherr von <b>Waldenfels</b> Kristan		X	
<b>Waldmann</b> Ruth			
<b>Weber</b> Laura	X		
Dr. <b>Weigand</b> Sabine	X		
<b>Weigert</b> Roland			
<b>Weitzel</b> Katja	X		
<b>Widmann</b> Jutta			
<b>Winhart</b> Andreas		X	
<b>Zellmeier</b> Josef		X	
<b>Zierer</b> Benno			
Freiherr von <b>Zobel</b> Felix		X	
<b>Zöller</b> Thomas		X	
<b>Zwanziger</b> Christian	X		
<b>Gesamtsumme</b>	43	118	0

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 05.06.2024 zu Tagesordnungspunkt 7: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2024/2025; hier: Bürgerschaftsprogramm Geothermie (Kap. 07 05 neuer Tit.) (Drucksache 19/1681)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Adjei Benjamin</b>	X			<b>Eberwein Jürgen</b>			
<b>Aigner Ilse</b>		X		<b>Dr. Ebner Stefan</b>			
<b>Aiwanger Hubert</b>		X		<b>Ebner-Steiner Katrin</b>		X	
<b>Arnold Dieter</b>	X			<b>Dr. Eiling-Hütig Ute</b>		X	
<b>Arnold Horst</b>	X			<b>Eisenreich Georg</b>			
<b>Artmann Daniel</b>		X		<b>Enders Susann</b>		X	
<b>Atzinger Oskar</b>		X					
				<b>Fackler Wolfgang</b>		X	
<b>Bäumler Nicole</b>	X			<b>Fehlner Martina</b>			
<b>Bauer Volker</b>		X		<b>Feichtmeier Christiane</b>	X		
<b>Baumann Jörg</b>		X		<b>Flierl Alexander</b>		X	
<b>Baumgärtner Jürgen</b>		X		<b>Freller Karl</b>		X	
<b>Baur Konrad</b>		X		<b>Freudenberger Thorsten</b>		X	
<b>Prof. Dr. Bausback Winfried</b>		X		<b>Friedl Patrick</b>	X		
<b>Becher Johannes</b>	X			<b>Friesinger Sebastian</b>		X	
<b>Beck Tobias</b>		X		<b>Frühbeißer Stefan</b>		X	
<b>Becker Barbara</b>		X		<b>Fuchs Barbara</b>	X		
<b>Dr. Behr Andrea</b>		X		<b>Füracker Albert</b>			
<b>Behringer Martin</b>		X					
<b>Beißwenger Eric</b>				<b>Gerlach Judith</b>			
<b>Bergmüller Franz</b>		X		<b>Gießübel Martina</b>		X	
<b>Bernreiter Christian</b>				<b>Glauber Thorsten</b>			
<b>Birzele Andreas</b>	X			<b>Goller Mia</b>	X		
<b>Blume Markus</b>				<b>Gotthardt Tobias</b>		X	
<b>Böhm Martin</b>		X		<b>Graupner Richard</b>		X	
<b>Börtl Maximilian</b>		X		<b>Grießhammer Holger</b>	X		
<b>Bozoglu Cemal</b>	X			<b>Grob Alfred</b>		X	
<b>Brannekämper Robert</b>		X		<b>Groß Johann</b>		X	
<b>von Brunn Florian</b>	X			<b>Gross Sabine</b>	X		
<b>Dr. Brunnhuber Martin</b>		X		<b>Grossmann Patrick</b>		X	
<b>Dr. Büchler Markus</b>				<b>Guttenberger Petra</b>		X	
<b>Celina Kerstin</b>	X			<b>Prof. Dr. Hahn Ingo</b>		X	
				<b>Halbleib Volkmar</b>	X		
<b>Deisenhofer Maximilian</b>				<b>Halemba Daniel</b>			
<b>Demirel Gülseren</b>	X			<b>Hartmann Ludwig</b>	X		
<b>Dierkes Rene</b>		X		<b>Hauber Wolfgang</b>		X	
<b>Dierl Franc</b>		X		<b>Heinisch Bernhard</b>		X	
<b>Dr. Dietrich Alexander</b>		X		<b>Heisl Josef</b>		X	
<b>Dietz Leo</b>		X		<b>Dr. Herrmann Florian</b>		X	
<b>Dorow Alex</b>				<b>Herrmann Joachim</b>			
<b>Dremel Holger</b>		X		<b>Hierneis Christian</b>	X		
<b>Dünkel Norbert</b>		X		<b>Högl Petra</b>		X	
				<b>Hofmann Michael</b>		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Hold</b> Alexander			
<b>Holetschek</b> Klaus		X	
<b>Holz</b> Thomas		X	
<b>Dr. Hopp</b> Gerhard		X	
<b>Huber</b> Martin			
<b>Huber</b> Martin Andreas			
<b>Huber</b> Thomas		X	
<b>Huml</b> Melanie		X	
<b>Jäckel</b> Andreas		X	
<b>Jakob</b> Marina		X	
<b>Jungbauer</b> Björn		X	
<b>Jurca</b> Andreas			
<b>Kaniber</b> Michaela		X	
<b>Kaufmann</b> Andreas		X	
<b>Kirchner</b> Sandro		X	
<b>Knoblach</b> Paul	X		
<b>Knoll</b> Manuel		X	
<b>Köhler</b> Claudia	X		
<b>Köhler</b> Florian			
<b>Kohler</b> Jochen		X	
<b>Koller</b> Michael		X	
<b>Konrad</b> Joachim		X	
<b>Krahl</b> Andreas			
<b>Kraus</b> Nikolaus		X	
<b>Kühn</b> Harald		X	
<b>Kurz</b> Sanne			
<b>Lausch</b> Josef		X	
<b>Lettenbauer</b> Eva	X		
<b>Lindinger</b> Christian			
<b>Lipp</b> Oskar		X	
<b>Locke</b> Felix		X	
<b>Löw</b> Stefan		X	
<b>Dr. Loibl</b> Petra		X	
<b>Ludwig</b> Rainer		X	
<b>Magerl</b> Roland		X	
<b>Maier</b> Christoph			
<b>Mang</b> Ferdinand		X	
<b>Mannes</b> Gerd		X	
<b>Dr. Mehring</b> Fabian			
<b>Meier</b> Johannes		X	
<b>Meußgeier</b> Harald			
<b>Meyer</b> Stefan		X	
<b>Miskowitsch</b> Benjamin		X	
<b>Mistol</b> Jürgen	X		
<b>Mittag</b> Martin			
<b>Müller</b> Johann		X	
<b>Müller</b> Ruth	X		
<b>Müller</b> Ulrike		X	
<b>Nolte</b> Benjamin		X	
<b>Nussel</b> Walter		X	
<b>Dr. Oetzing</b> Stephan		X	
<b>Osgyan</b> Verena			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Pargent</b> Tim	X		
<b>Prof. Dr. Piazzolo</b> Michael		X	
<b>Pirner</b> Thomas		X	
<b>Pohl</b> Bernhard		X	
<b>Post</b> Julia	X		
<b>Preidl</b> Julian			
<b>Rasehorn</b> Anna	X		
<b>Rauscher</b> Doris	X		
<b>Reiß</b> Tobias		X	
<b>Rinderspacher</b> Markus	X		
<b>Rittel</b> Anton		X	
<b>Roon</b> Elena		X	
<b>Saller</b> Markus		X	
<b>Schack</b> Jenny			
<b>Schalk</b> Andreas		X	
<b>Scharf</b> Martin		X	
<b>Scharf</b> Ulrike			
<b>Scheuenstuhl</b> Harry	X		
<b>Schießl</b> Werner		X	
<b>Schmid</b> Franz			
<b>Schmid</b> Josef		X	
<b>Schmidt</b> Gabi			
<b>Schnotz</b> Helmut		X	
<b>Schnürer</b> Sascha		X	
<b>Schöffel</b> Martin		X	
<b>Schorer-Dremel</b> Tanja		X	
<b>Schreyer</b> Kerstin		X	
<b>Schuberl</b> Toni	X		
<b>Schuhknecht</b> Stephanie	X		
<b>Schulze</b> Katharina	X		
<b>Schwab</b> Thorsten		X	
<b>Dr. Schwartz</b> Harald		X	
<b>Seidenath</b> Bernhard		X	
<b>Siekmann</b> Florian	X		
<b>Singer</b> Ulrich		X	
<b>Dr. Söder</b> Markus			
<b>Sowa</b> Ursula	X		
<b>Stadler</b> Ralf		X	
<b>Stieglitz</b> Werner		X	
<b>Stock</b> Martin		X	
<b>Stolz</b> Anna			
<b>Storm</b> Ramona		X	
<b>Straub</b> Karl		X	
<b>Streibl</b> Florian		X	
<b>Striedl</b> Markus		X	
<b>Dr. Strohmayr</b> Simone	X		
<b>Stümpfig</b> Martin	X		
<b>Tasdelen</b> Arif	X		
<b>Tomaschko</b> Peter		X	
<b>Toso</b> Roswitha		X	
<b>Trautner</b> Carolina		X	
<b>Triebel</b> Gabriele	X		
<b>Vogel</b> Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Vogler</b> Matthias		X	
<b>Wachler</b> Peter		X	
<b>Wagle</b> Martin		X	
<b>Walbrunn</b> Markus		X	
Freiherr von <b>Waldenfels</b> Kristan		X	
<b>Waldmann</b> Ruth			
<b>Weber</b> Laura	X		
Dr. <b>Weigand</b> Sabine	X		
<b>Weigert</b> Roland			
<b>Weitzel</b> Katja	X		
<b>Widmann</b> Jutta			
<b>Winhart</b> Andreas		X	
<b>Zellmeier</b> Josef		X	
<b>Zierer</b> Benno			
Freiherr von <b>Zobel</b> Felix		X	
<b>Zöller</b> Thomas		X	
<b>Zwanziger</b> Christian	X		
<b>Gesamtsumme</b>	43	121	0

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 05.06.2024 zu Tagesordnungspunkt 7: Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion SPD; Haushaltsplan 2024/2025; hier: Förderprogramm "Windkraft-Booster" (Kap. 07 05 neuer Tit.) (Drucksache 19/1693)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Adjei Benjamin</b>			X	<b>Eberwein Jürgen</b>			
<b>Aigner Ilse</b>		X		Dr. <b>Ebner Stefan</b>			
<b>Aiwanger Hubert</b>		X		<b>Ebner-Steiner Katrin</b>		X	
<b>Arnold Dieter</b>		X		Dr. <b>Eiling-Hütig Ute</b>		X	
<b>Arnold Horst</b>	X			<b>Eisenreich Georg</b>			
<b>Artmann Daniel</b>		X		<b>Enders Susann</b>		X	
<b>Atzinger Oskar</b>		X					
				<b>Fackler Wolfgang</b>		X	
<b>Bäumler Nicole</b>	X			<b>Fehlner Martina</b>			
<b>Bauer Volker</b>		X		<b>Feichtmeier Christiane</b>	X		
<b>Baumann Jörg</b>		X		<b>Flierl Alexander</b>		X	
<b>Baumgärtner Jürgen</b>		X		<b>Freller Karl</b>		X	
<b>Baur Konrad</b>		X		<b>Freudenberger Thorsten</b>		X	
Prof. Dr. <b>Bausback Winfried</b>		X		<b>Friedl Patrick</b>			X
<b>Becher Johannes</b>			X	<b>Friesinger Sebastian</b>		X	
<b>Beck Tobias</b>		X		<b>Frühbeißer Stefan</b>		X	
<b>Becker Barbara</b>		X		<b>Fuchs Barbara</b>			X
Dr. <b>Behr Andrea</b>		X		<b>Füracker Albert</b>			
<b>Behringer Martin</b>		X					
<b>Beißwenger Eric</b>				<b>Gerlach Judith</b>			
<b>Bergmüller Franz</b>		X		<b>Gießübel Martina</b>		X	
<b>Bernreiter Christian</b>				<b>Glauber Thorsten</b>			
<b>Birzele Andreas</b>			X	<b>Goller Mia</b>			X
<b>Blume Markus</b>				<b>Gotthardt Tobias</b>		X	
<b>Böhm Martin</b>		X		<b>Graupner Richard</b>		X	
<b>Börtl Maximilian</b>		X		<b>Grießhammer Holger</b>	X		
<b>Bozoglu Cemal</b>			X	<b>Grob Alfred</b>		X	
<b>Brannekämper Robert</b>		X		<b>Groß Johann</b>		X	
von <b>Brunn Florian</b>	X			<b>Gross Sabine</b>	X		
Dr. <b>Brunnhuber Martin</b>		X		<b>Grossmann Patrick</b>		X	
Dr. <b>Büchler Markus</b>				<b>Guttenberger Petra</b>		X	
<b>Celina Kerstin</b>			X	Prof. Dr. <b>Hahn Ingo</b>		X	
				<b>Halbleib Volkmar</b>	X		
<b>Deisenhofer Maximilian</b>				<b>Halemba Daniel</b>			
<b>Demirel Gülseren</b>			X	<b>Hartmann Ludwig</b>			X
<b>Dierkes Rene</b>		X		<b>Hauber Wolfgang</b>		X	
<b>Dierl Franc</b>		X		<b>Heinisch Bernhard</b>		X	
Dr. <b>Dietrich Alexander</b>		X		<b>Heisl Josef</b>		X	
<b>Dietz Leo</b>		X		Dr. <b>Herrmann Florian</b>		X	
<b>Dorow Alex</b>				<b>Herrmann Joachim</b>			
<b>Dremel Holger</b>		X		<b>Hierneis Christian</b>			X
<b>Dünkel Norbert</b>		X		<b>Högl Petra</b>		X	
				<b>Hofmann Michael</b>		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Hold</b> Alexander			
<b>Holetschek</b> Klaus		X	
<b>Holz</b> Thomas		X	
<b>Dr. Hopp</b> Gerhard		X	
<b>Huber</b> Martin			
<b>Huber</b> Martin Andreas			
<b>Huber</b> Thomas		X	
<b>Huml</b> Melanie		X	
<b>Jäckel</b> Andreas		X	
<b>Jakob</b> Marina		X	
<b>Jungbauer</b> Björn		X	
<b>Jurca</b> Andreas			
<b>Kaniber</b> Michaela		X	
<b>Kaufmann</b> Andreas		X	
<b>Kirchner</b> Sandro		X	
<b>Knoblach</b> Paul			X
<b>Knoll</b> Manuel		X	
<b>Köhler</b> Claudia			X
<b>Köhler</b> Florian			
<b>Kohler</b> Jochen		X	
<b>Koller</b> Michael		X	
<b>Konrad</b> Joachim		X	
<b>Krahl</b> Andreas			
<b>Kraus</b> Nikolaus		X	
<b>Kühn</b> Harald		X	
<b>Kurz</b> Sanne			X
<b>Lausch</b> Josef		X	
<b>Lettenbauer</b> Eva			X
<b>Lindinger</b> Christian			
<b>Lipp</b> Oskar		X	
<b>Locke</b> Felix		X	
<b>Löw</b> Stefan		X	
<b>Dr. Loibl</b> Petra		X	
<b>Ludwig</b> Rainer		X	
<b>Magerl</b> Roland		X	
<b>Maier</b> Christoph			
<b>Mang</b> Ferdinand		X	
<b>Mannes</b> Gerd		X	
<b>Dr. Mehring</b> Fabian			
<b>Meier</b> Johannes		X	
<b>Meußgeier</b> Harald			
<b>Meyer</b> Stefan		X	
<b>Miskowitsch</b> Benjamin		X	
<b>Mistol</b> Jürgen			X
<b>Mittag</b> Martin			
<b>Müller</b> Johann		X	
<b>Müller</b> Ruth	X		
<b>Müller</b> Ulrike		X	
<b>Nolte</b> Benjamin		X	
<b>Nussel</b> Walter		X	
<b>Dr. Oetzing</b> Stephan		X	
<b>Osgyan</b> Verena			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Pargent</b> Tim			X
<b>Prof. Dr. Piazzolo</b> Michael		X	
<b>Pirner</b> Thomas		X	
<b>Pohl</b> Bernhard		X	
<b>Post</b> Julia			X
<b>Preidl</b> Julian			
<b>Rasehorn</b> Anna	X		
<b>Rauscher</b> Doris	X		
<b>Reiß</b> Tobias		X	
<b>Rinderspacher</b> Markus	X		
<b>Rittel</b> Anton		X	
<b>Roon</b> Elena			
<b>Saller</b> Markus		X	
<b>Schack</b> Jenny			
<b>Schalk</b> Andreas		X	
<b>Scharf</b> Martin		X	
<b>Scharf</b> Ulrike			
<b>Scheuenstuhl</b> Harry	X		
<b>Schießl</b> Werner		X	
<b>Schmid</b> Franz			
<b>Schmid</b> Josef		X	
<b>Schmidt</b> Gabi			
<b>Schnotz</b> Helmut		X	
<b>Schnürer</b> Sascha		X	
<b>Schöffel</b> Martin		X	
<b>Schorer-Dremel</b> Tanja		X	
<b>Schreyer</b> Kerstin		X	
<b>Schuberl</b> Toni			X
<b>Schuhknecht</b> Stephanie			X
<b>Schulze</b> Katharina			X
<b>Schwab</b> Thorsten		X	
<b>Dr. Schwartz</b> Harald		X	
<b>Seidenath</b> Bernhard		X	
<b>Siekmann</b> Florian			X
<b>Singer</b> Ulrich		X	
<b>Dr. Söder</b> Markus			
<b>Sowa</b> Ursula			X
<b>Stadler</b> Ralf		X	
<b>Stieglitz</b> Werner		X	
<b>Stock</b> Martin		X	
<b>Stolz</b> Anna			
<b>Storm</b> Ramona		X	
<b>Straub</b> Karl		X	
<b>Streibl</b> Florian		X	
<b>Striedl</b> Markus		X	
<b>Dr. Strohmayer</b> Simone	X		
<b>Stümpfig</b> Martin			X
<b>Tasdelen</b> Arif	X		
<b>Tomaschko</b> Peter		X	
<b>Toso</b> Roswitha		X	
<b>Trautner</b> Carolina		X	
<b>Triebel</b> Gabriele			X
<b>Vogel</b> Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Vogler</b> Matthias		X	
<b>Wachler</b> Peter		X	
<b>Wagle</b> Martin		X	
<b>Walbrunn</b> Markus		X	
Freiherr von <b>Waldenfels</b> Kristan		X	
<b>Waldmann</b> Ruth			
<b>Weber</b> Laura			X
Dr. <b>Weigand</b> Sabine			X
<b>Weigert</b> Roland			
<b>Weitzel</b> Katja	X		
<b>Widmann</b> Jutta			
<b>Winhart</b> Andreas		X	
<b>Zellmeier</b> Josef		X	
<b>Zierer</b> Benno			
Freiherr von <b>Zobel</b> Felix		X	
<b>Zöller</b> Thomas		X	
<b>Zwanziger</b> Christian			X
<b>Gesamtsumme</b>	15	121	28

## Mitteilung

### des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt 7

#### **Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 07**

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Klimawirkung des Staatshaushalts untersuchen  
(Kap. 07 02 Tit. 526 11)  
Drs. 19/1674
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Barbara Fuchs u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Ausgaben zur Förderung des Handwerks:  
Schaffung gewerkeübergreifender Schulungsstätten  
(Kap. 07 03 Tit. 894 52)  
Drs. 19/1675
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Gründerinnen-Bonus  
(Kap 07 03 TG 62 - 67 neuer Tit.)  
Drs. 19/1676
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Kreditprogramm kommunale Nahwärmenetze  
(Kap. 07 05 Tit. 891 75)  
Drs. 19/1677
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Bayerneffizienzhausprogramm  
(Kap. 07 05 Tit. 892 75)  
Drs. 19/1678

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur verstärkten Nutzung der Geothermie  
(Kap. 07 05 Tit. 894 76)  
Drs. 19/1679
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Koordinationsstelle Windenergie und Kampagne Pro-Windenergie  
(Kap. 07 05 neuer Tit.)  
Drs. 19/1680
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Bürgerschaftsprogramm Geothermie  
(Kap. 07 05 neuer Tit.)  
Drs. 19/1681
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Forschungsprojekt zur Erforschung moderner Pumpsysteme für  
hydrothermale Tiefengeothermie  
(Kap. 07 05 neuer Tit.)  
Drs. 19/1682
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Förderprogramm Energieagenturen in allen Landkreisen und  
kreisfreien Städten  
(Kap. 07 05 neuer Tit.)  
Drs. 19/1683
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Landesbeauftragte/Landesbeauftragter für Erneuerbare Energien  
(Kap. 07 01 neuer Tit.)  
Drs. 19/1684
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Digitalbonus  
(Kap. 07 03 Tit. 683 01)  
Drs. 19/1685
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Förderung von Betriebsübernehmern  
(Kap. 07 03 Tit. 683 13)  
Drs. 19/1686

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Imagekampagne für das Handwerk  
(Kap. 07 03 Tit. 686 51)  
Drs. 19/1687
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Investitionen zur Förderung der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge  
(Kap. 07 03 Tit. 892 98)  
Drs. 19/1688
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuschüsse zur Errichtung und Ausstattung von handwerklichen Schulungsstätten  
(Kap. 07 03 Tit. 894 52)  
Drs. 19/1689
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Holger Gießhammer, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Allgemeine Wirtschaftsförderung: Förderung von dezentralen und mittelständischen Schlachtstrukturen  
(Kap. 07 03 TG 51 - 52)  
Drs. 19/1690
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Ansiedlungs- und Umbauprämie für Unternehmen  
(Kap. 07 03 neuer Tit.)  
Drs. 19/1691
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Verstärkte Nutzung der Geothermie  
(Kap. 07 05 Tit. 894 76)  
Drs. 19/1692
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Förderprogramm „Windkraft-Booster“  
(Kap. 07 05 neuer Tit.)  
Drs. 19/1693
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Ausbauprogramm für stationäre Großspeicher und Megabatterien  
(Kap. 07 05 neuer Tit.)  
Drs. 19/1694

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Planmäßige Beamte (Verfahrensbeschleunigung Stromleitungsbau und Geothermieanlagen)  
(Kap. 07 10 Tit. 422 01)  
Drs. 19/1695
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sparsames Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie I – Bezüge der Mitglieder der Staatsregierung  
(Kap. 07 01 Tit. 421 01)  
Drs. 19/1697
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sparsames Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie II – Geschäftsbedarf und Kommunikation  
(Kap. 07 01 Tit. 511 01)  
Drs. 19/1698
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sparsames Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie III – Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände  
(Kap. 07 01 Tit. 511 04)  
Drs. 19/1699
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sparsames Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie IV – Kosten der Datenverarbeitung - Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten  
(Kap. 07 01 Tit. 511 99)  
Drs. 19/1700
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sparsames Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie V – Haltung von Dienstfahrzeugen  
(Kap. 07 01 Tit. 514 01)  
Drs. 19/1701
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sparsames Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie VI – Kosten der Datenverarbeitung – Ausgaben für Sachverständige  
(Kap. 07 01 Tit. 526 99)  
Drs. 19/1702

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sparsames Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie VII – Reisekostenvergütungen für Dienstreisen  
(Kap. 07 01 Tit. 527 01)  
Drs. 19/1703
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sparsames Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie VIII – Öffentlichkeitsarbeit und sonstige Veröffentlichungen  
(Kap. 07 01 Tit. 531 21)  
Drs. 19/1704
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sparsames Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie IX – Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung und Ähnliche  
(Kap. 07 01 Tit. 534 99)  
Drs. 19/1705
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sparsames Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie X – Vorsitz Bayerns bei der Wirtschaftsministerkonferenz 2023/2024  
(Kap. 07 01 Tit. 535 01)  
Drs. 19/1706
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sparsames Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie XI – Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen  
(Kap. 07 01 Tit. 812 01)  
Drs. 19/1707
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sparsames Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie XII – Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software  
(Kap. 07 01 Tit. 812 99)  
Drs. 19/1708
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sächliche Verwaltungsausgaben –  
Ausgaben für das Gesundheitsmanagement  
(Kap. 07 02 Tit. 525 21)  
Drs. 19/1709

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sächliche Verwaltungsausgaben – Ausgaben für Sachverständige  
(Kap. 07 02 Tit. 526 11)  
Drs. 19/1710
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Treibhausgasausgleich  
(Kap. 07 02 Tit. 533 49)  
Drs. 19/1711
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Mittelstandsoffensive, Digitalisierungsfonds, Automobilfonds – Zuweisungen an den Bund zur Mitförderung von „Important Projects of Common European Interest (IPCEI)“ in Bayern  
(Kap. 07 02 Tit. 631 86)  
Drs. 19/1712
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Photovoltaik auf staatlichen Dächern  
(Kap. 07 02 Tit. 701 11)  
Drs. 19/1713
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Ausgaben für die Nutzung von Räumen und Plätzen der Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen für staatliche Zwecke und die Nutzung durch Dritte bei dringendem Staatsinteresse  
(Kap. 07 02 Tit. 981 16)  
Drs. 19/1714
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Nuklearforschung  
(Kap. 07 02 neuer Tit.)  
Drs. 19/1715
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Kosten der Verleihung der Staatsmedaille für besondere Verdienste um die bayerische Wirtschaft und Veranstaltungen zur Aushändigung von Ordensinsignien des Bundesverdienstordens  
(Kap. 07 03 Tit. 542 01)  
Drs. 19/1716

43. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Informations- und Kommunikationstechnologie-Förderung –  
Fachbezogene Sachausgaben  
(Kap. 07 03 Tit. 547 69)  
Drs. 19/1717
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Johannes Meier, Florian Köhler, Oskar Lipp und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Durchführung des  
Förderprogramms Digitalbonus für KMU  
(Kap. 07 03 Tit. 683 01)  
Drs. 19/1718
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuweisungen an den Bund zur Mitfinanzierung von „Important Projects of  
Common European Interest (IPCEI)“ in Bayern im Bereich Mikroelektronik  
(Kap. 07 03 Tit. 881 69)  
Drs. 19/1719
46. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuschüsse an private Unternehmen im Rahmen des TCTF-Förderprogramms  
Dekarbonisierung  
(Kap. 07 03 Tit. 892 01)  
Drs. 19/1720
47. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Ausgaben zur Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft  
(Kap. 07 03 TG 78)  
Drs. 19/1721
48. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Infrastruktur Elektromobilität  
(Kap. 07 03 TG 98)  
Drs. 19/1722
49. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Investitionszuschüsse für den Ausbau und die Modernisierung der  
bayerischen Robotik  
(Kap. 07 03 neuer Tit.)  
Drs. 19/1723

50. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Investitionszuschüsse für den Ausbau und die Modernisierung der bayerischen Halbleiter- und Mikroelektronik-Industrie  
(Kap. 07 03 neuer Tit.)  
Drs. 19/1724
51. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: „Kimm Hoam“ – Fachkräfterrückwanderungsprogramm  
(Kap. 07 03 neuer Tit.)  
Drs. 19/1725
52. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Investitionszuschüsse für die Produktionsrückverlagerung nach Bayern  
(Kap. 07 04 neuer Tit.)  
Drs. 19/1726
53. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sonderwirtschaftszone „Bayerisches Chemiedreieck“  
(Kap. 07 04 neuer Tit.)  
Drs. 19/1727
54. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuschüsse zum Aufbau neuer Wasserstoff-Anwender- und Beschleunigungszentren sowie zur Unterstützung von Projekten in Zusammenhang mit dem Technologie-Anwenderzentrum Wasserstoff  
(Kap. 07 05 Tit. 893 01)  
Drs. 19/1728
55. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Förderung von Maßnahmen im Energiebereich  
(Kap. 07 05 TG 73-78)  
Drs. 19/1729
56. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Investitionszuschüsse für Geothermieprojekte  
(Kap. 07 05 neuer Tit.)  
Drs. 19/1730
57. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Investitionszuschüsse zum Bau neuer Gaskraftwerke  
(Kap. 07 05 neuer Tit.)  
Drs. 19/1731

58. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Investitionszuschüsse zum Bau neuer Kernkraftwerke  
(Kap. 07 05 neuer Tit.)  
Drs. 19/1732
  
59. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Investitionszuschüsse zum Bau neuer Kleinwasserkraftwerke  
(Kap. 07 05 neuer Tit.)  
Drs. 19/1733
  
60. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Investitionszuschüsse für das Programm „Biogas ans Netz“  
(Kap. 07 05 neuer Tit.)  
Drs. 19/1734

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Werner Stieglitz

Abg. Ralf Stadler

Abg. Felix Freiherr von Zobel

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Johannes Becher

Abg. Ruth Müller

Abg. Marina Jakob

Abg. Petra Högl

Abg. Christian Zwanziger

Abg. Walter Nussel

Abg. Ulrike Müller

Staatsministerin Michaela Kaniber

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

## **Haushaltsplan 2024/2025**

### **Einzelplan 08**

**für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung,  
Landwirtschaft, Forsten und Tourismus**

hierzu:

**Änderungsanträge** der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 19/1362 mit  
19/1368)

**Änderungsanträge** der SPD-Fraktion (Drsn. 19/1369, 19/1370, 19/1373, 19/1375 mit  
19/1378)

**Änderungsanträge** der AfD-Fraktion (Drsn. 19/1379 mit 19/1390)

**Interfraktionelle Änderungsanträge** der Fraktion FREIE WÄHLER und von  
Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 19/1391 mit 19/1396)

**Interfraktionelle Änderungsanträge** von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der  
Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 19/1397 mit 19/1409)

Die Gesamtredezeit beträgt 45 Minuten. – Als erstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Werner Stieglitz für die CSU-Fraktion das Wort.

**Werner Stieglitz (CSU):** Verehrte Frau Präsidentin, verehrte Frau Staatsministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Die Hochwasserkatastrophe traf Bayern hart und hinterlässt Schäden, die zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht klar abzuschätzen sind. In dieser schwierigen Situation gilt – das haben auch die Beiträge gestern gezeigt –: Wir im Freistaat halten zusammen!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Die Staatsregierung hat schnelle und unbürokratische Hilfen für Geschädigte der Hochwasserkatastrophe in Bayern beschlossen. Neben Privathaushalten und der

Wirtschaft wird auch die Landwirtschaft unterstützt, um die schlimmsten Schäden abzufedern. Für Landwirte werden Hilfen bis zu 50.000 Euro gewährt. Ich kann die Worte unseres Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder nur unterstreichen: Die Bürger dürfen sich auf Bayern verlassen. In der Not steht der Freistaat bereit und hilft. Wir lassen niemanden allein!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dies ist ein klares Bekenntnis auch zu unserer Landwirtschaft.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch dieser Einzelplan 08 ist ein Bekenntnis zur nachhaltigen Entwicklung unserer ländlichen Räume und zur Stärkung des Tourismus in Bayern.

Bayern hat eine der schönsten und vielfältigsten Kulturlandschaften Europas. Unsere Landwirtschaft, Wälder und Tourismusregionen prägen das Bild unseres Freistaats und sind untrennbar mit unserer Identität verbunden. Die bayerische Kulturlandschaft ist nicht nur Erbe unserer Vorfahren, sondern auch ein Schatz, den wir für unsere kommenden Generationen bewahren und weiterentwickeln wollen.

Die Landwirtschaft und die Tourismusbranche mit Hotellerie und Gastronomie sind starke Wirtschaftsfaktoren in Bayern. Unsere Bäuerinnen und Bauern leisten Tag für Tag großartige Arbeit und produzieren und verarbeiten hochwertige Lebensmittel, die weit über die Grenzen unseres Freistaates hinaus geschätzt werden. Für Bayerns Tourismusbranche war 2023 das zweiterfolgreichste Jahr in der Geschichte. Zum zweiten Mal überhaupt wurde im vergangenen Jahr die magische Grenze von 100 Millionen Gästeübernachtungen überschritten. Dabei konnte ganz Bayern von der hervorragenden Entwicklung profitieren. Dies bedeutet zufriedene Gäste überall im Freistaat, und zufriedene Gäste kommen gerne wieder. Das soll auch Ansporn für die Zukunft sein! Herzlichen Dank an alle, die tagein, tagaus für diesen Erfolg arbeiten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Um die Wettbewerbsfähigkeit unserer landwirtschaftlichen Betriebe und der Tourismusbranche zu sichern und zu stärken, setzen wir auf eine moderne Agrarpolitik, die Innovationen fördert, auf Nachhaltigkeit setzt und durch innovative, neue Initiativen in der Tourismusbranche die touristische Wertschöpfung vor Ort sichert.

Die Herausforderungen unserer Zeit erfordern gemeinsames Handeln und Kooperationen. Wir suchen den Dialog und die Zusammenarbeit mit allen Beteiligten. Dies gilt insbesondere für die Landwirtschaft, die eine Schlüsselrolle in der nachhaltigen Entwicklung unserer Kulturlandschaft spielt. Mit Programmen und Initiativen, die auf Kooperation und Unterstützung setzen, schaffen wir die Grundlage für eine zukunftsfähige Landwirtschaft, die ökologisch und ökonomisch erfolgreich ist. Dies gilt genauso für die Forstwirtschaft und die Tourismusbranche. Unser Ziel ist es, die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten und die Ressourcen unseres Landes verantwortungsvoll zu nutzen. Durch die Zusammenarbeit mit allen Akteuren, von den Landwirten über die Forstwirte bis hin zu den Tourismusbetreibern, wollen wir Lösungen schaffen, die langfristig tragfähig sind.

Dies spiegelt auch dieser Haushalt wider. Der Einzelplan 08 erhöht sich im Jahr 2024 um insgesamt 27,3 Millionen Euro auf rund 1,91 Milliarden Euro. Dies entspricht einer Steigerung von 1,4 % im Vergleich zum Vorjahr. Für das Jahr 2025 sind Ausgabemittel von rund 1,94 Milliarden Euro vorgesehen. Dies ist eine Steigerung um insgesamt 65,3 Millionen Euro bzw. 3,4 % im Vergleich zu 2023. Über 50 % der Gesamtausgaben fließen als Förderung in den ländlichen Raum. Die Staatsregierung hat zusammen mit dem Bayerischen Bauernverband mit dem Zukunftsvertrag zur Landwirtschaft ein kraftvolles 120-Millionen-Euro-Paket auf den Weg gebracht, um die Rahmenbedingungen für die Land- und Ernährungswirtschaft in Bayern mit gezielten und konkreten Maßnahmen zu verbessern.

In einem ersten Schritt werden für den Zukunftsvertrag im Doppelhaushalt Mittel von 40 Millionen Euro bereitgestellt und damit erste wichtige Impulse gesetzt. Diese Mittel sind für eine breite Palette an Maßnahmen vorgesehen, zum Beispiel für das KULAP,

zur Unterstützung der Verbundpartner und der Landjugendorganisationen, für Projekte in den Bereichen der Forschung, der Öffentlichkeitsarbeit und Vermarktung sowie zur Stärkung der Alltagskompetenzen. Für die im Vertrag neu vorgesehenen Beratungsteams an den Ämtern für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten werden zusätzlich 20 Stellen geschaffen. Für die erfolgreichen Fördermaßnahmen in der ländlichen Entwicklung sind im Haushalt knapp 13,2 Millionen Euro mehr Landesmittel vorgesehen. Zudem sind Initiativen mit einem Gesamtvolumen von 13,9 Millionen Euro eingeplant. Auch EU-Mittel werden aufgestockt, sodass im Jahr 2024 172,4 Millionen Euro für die Flurentwicklung und die Dorferneuerung zur Verfügung stehen.

Darüber hinaus bleibt die Förderung regionaler ökologischer Produkte ein Schwerpunkt, um sowohl die Umwelt zu schützen als auch die heimische Wirtschaft zu unterstützen. Ein zentraler Punkt ist aber auch die Förderung der Biolandwirtschaft und des Ökolandbaus. Bayern nimmt hier eine Vorreiterrolle ein und zeigt, dass nachhaltige Landwirtschaft nicht nur möglich, sondern auch wirtschaftlich erfolgreich ist. Mit speziellen Förderprogrammen und der Unterstützung von Öko-Modellregionen wollen wir den Anteil der ökologisch bewirtschafteten Flächen weiter steigern. Der ökologische Landbau trägt nicht nur zum Erhalt der Biodiversität bei, sondern sichert auch die Qualität unserer Böden und unseres Wassers und stärkt das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher in regionale Produkte.

Die Sicherung der regionalen Ernährung hat für uns höchste Priorität. In einer globalisierten Welt ist es wichtiger denn je, die Versorgung mit regionalen Lebensmitteln zu gewährleisten und die heimische Landwirtschaft zu unterstützen. Mit Maßnahmen wie der Förderung von Direktvermarktung und der Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten tragen wir dazu bei, dass unsere Landwirte faire Preise für ihre Produkte erzielen und die Verbraucher qualitativ hochwertige Lebensmittel auf den Tisch bekommen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Bayern ist Waldland Nummer eins in Deutschland, und unsere Wälder sind nicht nur ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, sondern auch ein wichtiger Erholungsraum und unverzichtbarer Bestandteil unseres Ökosystems. Der Schutz und die nachhaltige Bewirtschaftung unserer Wälder sind daher von zentraler Bedeutung, um die vielfältigen Funktionen des Waldes für die nachfolgenden Generationen zu sichern. Der Waldumbau hin zu klimastabilen Zukunftswäldern wird mit 32 zusätzlichen Försterstellen weiter vorangebracht.

Mit 8 neuen Stellen wird die Informationstechnik im Geschäftsbereich verstärkt, um künftig noch mehr digitale Lösungen anbieten zu können.

Insgesamt 15 neue Stellen sind für den Themenbereich Moore und Streuobstwiesen, Hoheitsvollzugsaufgaben und das Kompetenzzentrum für Ernährung am Standort Kulmbach vorgesehen.

Die Waldbewirtschaftung wird durch gezielte Investitionen in die Aufforstung und den Einsatz moderner Technik unterstützt.

Programme zur Förderung der Biodiversität und zur Anpassung der Wälder an den Klimawandel sind entscheidende Bausteine unseres forstwirtschaftlichen Engagements.

Auch der Tourismus ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor in Bayern. Ziel ist es, sowohl den ländlichen als auch den städtischen Tourismus zu fördern und nachhaltige Angebote zu entwickeln, um die Attraktivität Bayerns als Reiseziel weiter zu stärken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit diesem Haushalt wird ein klares Zeichen für die Nachhaltigkeit, die Innovation und regionale Entwicklung gesetzt. Durch gezielte Investitionen schaffen wir die Grundlage für eine starke und zukunftsfähige Entwicklung unseres Freistaats.

Herzlichen Dank an unsere Staatsministerin Michaela Kaniber und das gesamte Ministerium. Euer Engagement und eure Weitsicht sind maßgeblich für die positive Entwicklung in diesem Bereich verantwortlich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich wünsche dir, liebe Michaela, und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gutes Gelingen und viel Erfolg beim Vollzug des Haushalts und bitte das Hohe Haus um Zustimmung zu diesem Einzelplan.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich darauf hinweisen, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu ihren beiden Änderungsanträgen auf den Drucksachen 19/1363 und 19/1367 namentliche Abstimmung beantragt hat.

Jetzt erteile ich dem Kollegen Ralf Stadler für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Ralf Stadler (AfD):** Habe die Ehre! Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Rund 168 Änderungsanträge der CSU und 74 von den FREIEN WÄHLERN sind schon ein deutliches Indiz dafür, dass Söders Haushaltsplan einige Lücken aufweist. Da frage ich mich schon, wie der überhaupt zustande gekommen ist.

(Lachen des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Was soll die Opposition von Söders Haushaltsplan halten, an dem seine eigenen Leute bereits 242-mal nachbessern mussten? In der freien Wirtschaft würde Ministerpräsident Söder mit dieser Vorstellung wahrscheinlich nicht weit kommen.

Stellen Sie sich einmal vor, Herr Söder wäre ein Autoverkäufer – dafür braucht man schon Fantasie –, und er würde Ihnen einen Neuwagen anbieten, natürlich ohne die Option mit Aschenbecher, Herr Schuberl. Genau bei diesem Modell, das Ihnen der freundliche Autohändler anbietet, gab es gerade 242 Rückrufaktionen. Das ist nicht gerade vertrauenserweckend, oder? Weitere 485 Beanstandungen von denen, die Söders Neuwagen unter die Lupe nahmen – die Opposition –, wurden einfach ignoriert.

(Walter Nussel (CSU): So ein Schmarrn!)

Auf eine Auszeichnung als "Autoverkäufer des Jahres" würde Söder wohl vergeblich warten.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Der vorgelegte Haushaltsentwurf ist Flickwerk, das offensichtlich noch nicht ausgegoren ist. Die Schreibtische in den Ministerien bilden offenbar eine ganz andere Realität ab als diejenige, in der die bayerischen Bürger ihren Alltag bestreiten.

Das gilt insbesondere für die Landwirtschaft. Wir stehen hier vor einer gewaltigen Herausforderung, mit der unsere landwirtschaftlichen Betriebe Tag für Tag konfrontiert sind. Die Bauernproteste haben ganz deutlich gezeigt, dass viele Landwirte die derzeitige Lage nicht mehr ohne Protest hinnehmen wollen. Damit haben sie absolut recht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Vor allem in den rot und gelb klassifizierten Gebieten gibt es nach wie vor erhebliche Probleme. Die aktuelle Düngeverordnung hat durch ihre Verschärfungen zu einer Lage geführt, die dringend einer Korrektur bedarf.

Unser Vorschlag zum vorliegenden Haushaltsentwurf zielt darauf ab, die Belastungen für die Betriebe durch eine angemessene Ausgleichszulage zu mindern. Offensichtlich besteht vonseiten der Staatsregierung aber keinerlei Interesse an einer Besserung der Lage, sonst hätte man unseren Änderungsantrag nicht einfach so abgebügelt.

Es ist bekannt, dass die Reduzierung des Nitratgehalts im Grundwasser ein wichtiges Ziel ist, allerdings müssen die Maßnahmen hierfür sowohl angemessen als auch durchführbar sein. Der aktuelle Ansatz der Düngeverordnung scheitert an diesen Kriterien; er bedroht die wirtschaftliche Stabilität unserer Bauern, der Menschen, die täglich dafür sorgen, dass unser Land versorgt wird, und er befeuert das Höfesterben.

Damit bin ich schon beim nächsten Punkt. Mit unserem Änderungsantrag betreffend "Begleitmaßnahmen zur Verhinderung des Höfesterbens" haben wir als einzige Partei ein Konzept erstellt, das ein deutliches Zeichen der Unterstützung an die Landwirte in Bayern sendet. Das Höfesterben stellt eine nicht zu ignorierende Realität dar. Beinahe täglich geben Bauern in unserem Land ihre Höfe auf oder werden in die Nebenerwerbslandwirtschaft gedrängt. Diese Entwicklung führt zu einer Stärkung der industriellen Großlandwirtschaft, die nicht nur gesellschaftlich kritisiert wird, sondern auch unter biologischen Gesichtspunkten zumindest fraglich ist. Doch auch das wurde von Ihnen abgeschmettert, verehrte Damen und Herren von der CSU und den FREIEN WÄHLERN.

Die Bayerische Staatsregierung gefährdet mit ihrem Haushaltsentwurf die wirtschaftliche Vielfalt unserer ländlichen Region massiv, und diesem Trend müssen wir entgegenwirken.

(Beifall bei der AfD)

Es ist an der Zeit, dass die Regierungsfractionen auch Initiativen der Opposition beherzigen und entsprechend handeln, das nicht nur, um unsere landwirtschaftlichen Betriebe zu bewahren, sondern auch, um die Lebensqualität in unseren ländlichen Gemeinschaften nachhaltig zu steigern.

485 Änderungsanträge der Oppositionsparteien – rund 125 von der SPD, 120 von den GRÜNEN, 328 von der Alternative für Deutschland – werden einfach ignoriert. Die 242 Anträge der CSU und der FREIEN WÄHLER hingegen werden alle übernommen. Das spricht eine deutliche Sprache und sagt viel über diese konstruktive Zusammenarbeit aus,

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Über die Qualität eurer Anträge!)

die unsere Landtagspräsidentin immer predigt. Offensichtlich haben die Regierungsfaktionen den Radius ihrer viel beworbenen Brandmauer nun nochmals verkleinert, man könnte schon fast sagen: um sich selbst gezogen.

Solange Sie weiterhin auf dem Holzweg bleiben und sich benehmen wie die Axt im Walde, wird sich in der Landwirtschaft zum Leid der Bauern nichts besonders ändern.  
– Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Felix Freiherr von Zobel für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort.

**Felix Freiherr von Zobel (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Staatsministerin, Herr Bittlmayer, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Vorab darf ich mich bei Ihnen, Frau Staatsministerin, für den Haushaltsentwurf recht herzlich bedanken. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, auch allen Kolleginnen und Kollegen aus dem Haushaltsausschuss Danke zu sagen; wir sind da sehr kollegial. Das liegt vor allem an unserem Vorsitzenden Josef Zellmeier und unserem stellvertretenden Vorsitzenden Bernhard Pohl.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Es gibt wirklich Grund, zu danken. Trotz Corona und der vielen Krisen und Kriege, trotz der gekürzten Bundesmittel haben wir einen sehr, sehr erfolgreichen Haushalt.

Der Doppelhaushalt 2024/2025 umfasst ein Rekordausgabenvolumen von über 1,9 Milliarden Euro. Hinzukommen Stellenmehrungen an den Ämtern für die Beratung, für die Umsetzung des Zukunftsvertrags, für die Waldbauoffensive oder die Digitalisierung.

Kritiker, in dem Fall vor allem die Opposition, tun mittlerweile in den Ausgaben des "Bayerischen Landwirtschaftlichen Wochenblattes" kund, die eingesetzten Mittel seien

viel zu niedrig. Als Landwirt kann ich Ihnen aber versichern: Mehr ist immer gut, aber dann muss man auch konstruktiv sein und sagen, woher die geforderten Mehrungen kommen sollen: Kultus oder Soziales, Gesundheit oder Umwelt? Das bleiben Sie aber schuldig. Bei alledem darf natürlich auch die Schuldenbremse nicht aufgeweicht werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Johannes Becher (GRÜNE):  
Alle unsere Anträge haben Sie abgelehnt!)

Während der Bund die Mittel vor allem im Bereich der ländlichen Entwicklung, der Dorferneuerung oder im KULAP kürzt, gleicht der Freistaat aus, wo er nur kann. Während wir im Freistaat den Zukunftsvertrag zur Landwirtschaft in Bayern gestalten, schaffen es die Kollegen in Berlin nicht mal, die Ergebnisse der eingesetzten Zukunftskommission Landwirtschaft in den Koalitionsvertrag aufzunehmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Unter anderem deswegen bin ich der Meinung, dass dieses generelle Gejammer für uns nicht hilfreich ist. Auf die einzelnen Schwerpunkte wird meine Kollegin Ulrike Müller noch eingehen. Ich darf mich recht herzlich bei Ihnen bedanken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Johannes Becher.

**Johannes Becher (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Staatsministerin! Der Haushalt des Landwirtschaftsministeriums hat insgesamt ein Volumen von 1,9 Milliarden Euro. Er steigert sich damit um 1,4 % im Vergleich zum Vorjahr. Die Inflation war höher. Auch für das Jahr 2025 ist der Aufwuchs prozentual relativ gering. Insofern sieht man schon auf den ersten Blick, dass kein großer Wurf für Bayern erkennbar ist.

Das ist doch einigermaßen erstaunlich. Am 11. September 2023, wenige Wochen vor der Landtagswahl, wurde nirgendwo anders als in der Münchner Residenz mit viel Tamtam ein Zukunftsvertrag für die bayerische Landwirtschaft unterzeichnet. Jährlich sollten bis zu 120 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Eine stolze Summe, ein großes Versprechen – unmittelbar vor der Wahl, wenngleich die Frau Ministerin betont hat, dass der Termin natürlich überhaupt nichts mit der Landtagswahl zu tun habe. Das war wahrscheinlich ein terminlicher Zufall, auch dass die FREIEN WÄHLER als Koalitionspartner nicht eingebunden waren, ganz spät informiert wurden. Bemerkenswert ist: Andere Akteure außer dem Bauernverband waren gar nicht beteiligt.

Ich habe mir damals schon gedacht: Ein echter Zukunftsvertrag geht doch eigentlich nur im Miteinander aller Beteiligten. Das erhöht die Akzeptanz, fördert das Miteinander und erhöht das Verständnis in der Gesellschaft. Das wäre eine vernünftige Grundlage für die Zukunft der bayerischen Landwirtschaft, die so dringend benötigt würde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

120 Millionen Euro jährlich, das ist ja nur der Startschuss, hat die Ministerin gesagt. In den folgenden Monaten hat sie immer wieder von 120 Millionen gesprochen, auf einer Bauerndemo in Banz am 16. Januar – Zitat –: Ich finde, die 120 Millionen, die haben doch auch den Applaus verdient. – Der Applaus war noch relativ verhalten.

Heute ist Haushaltsberatung, und die Wahrheit steht dann im Gesetz: Bis zu 120 Millionen Euro jährlich waren angekündigt und versprochen. Das sind für zwei Jahre im Doppelhaushalt 2024/2025 bis zu 240 Millionen Euro. Wie viel Geld steht drin? – 240 Millionen wurden versprochen, 40 Millionen stehen im Haushalt. Das ist eine Lücke von 200 Millionen Euro. Dieses Geld steht der Landwirtschaft nicht zur Verfügung. Das ist die Realität, das ist CSU, das ist bitter für die Landwirtschaft in Bayern, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Natürlich habe ich mich dann mit Ihren Argumenten beschäftigt. Ich habe die Protokolle aus dem Haushaltsausschuss durchgearbeitet. Drei Argumente sind mir aufgefallen:

Erstes Argument: Es geht halt nicht alles auf einmal, es dauert seine Zeit, es geht nicht sofort. – Der Zeitraum von zwei Jahren, über den wir reden, ist ja alles andere als sofort. Ich lasse mir das eingehen, dass vielleicht Anfang 2024 noch nicht alles da ist. Aber spätestens im Jahr 2025 müsste doch alles laufen. Haben Sie das vorher nicht besprochen, wie man die Versprechungen in die Praxis umsetzt? Erleben wir das noch, oder ist die Umsetzung dann irgendwann in der Zukunft? Das würde ich gerne wissen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweites Argument: Wir finden ja keine Leute wegen des Fachkräftemangels. – Ja, mag sein. Um Personal zu gewinnen, muss man zunächst einmal ausschreiben. Um auszuschreiben, muss die Stelle mit Geld im Haushalt hinterlegt sein. Wenn also das Geld im Haushalt nicht zur Verfügung steht, dann kann man nicht ausschreiben, dann kann auch gar kein Personal gefunden werden. Wenn Sie es also ernst meinen, dann hinterlegen Sie das Geld für die versprochenen Stellen im Haushalt. Das ist die Grundlage, daran führt kein Weg vorbei, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn man dann gar kein Argument mehr hat, dann gibt es natürlich das CSU-Universalargument: Die Ampel ist schuld.

Wenn man also wagt, darauf hinzuweisen, dass es bei der Bayerischen Staatsregierung eine gewaltige Diskrepanz zwischen Ankündigung und Realität gibt, dann darf man das eigentlich nicht mehr sagen. Wenn wir das sagen, heißt es dann, das sei mutig. Die Ministerin sagt gar, das wäre dreist, weil die Ampel, weil Berlin usw.

Da sage ich Ihnen mal eines: Wissen Sie, die Landtagsfraktion der GRÜNEN ist von den Menschen in Bayern gewählt und für die Menschen in Bayern zuständig.

(Michael Hofmann (CSU): Aber ihr arbeitet nicht für die Bayern!)

Wenn in Berlin Entscheidungen getroffen werden, die wir für negativ oder für unverhältnismäßig halten, haben wir überhaupt kein Problem damit, das den Kolleginnen und Kollegen in Berlin in aller Freundschaft, aber auch in der gebotenen Klarheit zu sagen, intern und öffentlich, und an Lösungen zu arbeiten. Die Menschen erwarten auch Lösungen für Probleme und sie erwarten, dass Versprechungen gehalten werden. Das gilt für jede Regierung. Das gilt für die Regierung in Berlin und genauso für die Söder-Regierung in Bayern. Dreist ist es nicht, auf die Realität hinzuweisen, sondern dreist ist, den Leuten 240 Millionen Euro zu versprechen und 40 Millionen zu liefern. Das ist dreist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Kernfrage bleibt ja: Was ist uns eine gute Landwirtschaft eigentlich wert? Zur echten Wertschätzung gehört dann auch die Ehrlichkeit. Welche Versprechungen werden vor der Wahl gemacht, und welche Versprechungen werden nach der Wahl gehalten? Das ist die Basis für Vertrauen und auch die Grundlage für Akzeptanz in der Bevölkerung.

Wir haben als Fraktion die Aspekte, die wir für richtig und notwendig erachten, in Einzelanträgen thematisiert: zusätzliche Stellen für die Ämter vor Ort, für die praxisbezogene Beratung, Sonderförderung Bio, Stärkung der Projektwochen "Alltagskompetenzen – Schule fürs Leben". Wenn Ihnen das also alles wirklich so wichtig ist, wie Sie es selbst behauptet haben, dann stimmen Sie unseren Änderungsanträgen zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank. – Die Meldung kam zu spät. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Ruth Müller.

**Ruth Müller (SPD):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Zuallererst einmal können wir feststellen, dass die Bundespolitik allen Unkenrufen aus Bayern zum Trotz mit ihren Maßnahmen dafür gesorgt hat, dass die Einkommen in der Landwirtschaft gestiegen sind.

(Lachen der Staatsministerin Michaela Kaniber)

Laut der Hochrechnung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft stieg das durchschnittliche Einkommen je Arbeitskraft in den Haupterwerbsbetrieben 2022/2023 gegenüber dem Vorwirtschaftsjahr um 32 % auf 61.000 Euro.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Damit ist das vergangene Wirtschaftsjahr für die Haupterwerbsbetriebe nach Einkommen und Gewinn das mit Abstand erfolgreichste der vergangenen zehn Jahre, als die Bundeslandwirtschaftsminister noch von der Union kamen. Das hat auch Auswirkungen auf die Einkommen der bayerischen Landwirte und Landwirtinnen.

Laut der Antwort der Bayerischen Staatsregierung auf meine Anfrage vom Frühjahr sind die Gewinne der Haupterwerbsbetriebe im Wirtschaftsjahr 2022/2023 im Durchschnitt von 71.064 auf 92.627 Euro gestiegen – die Gewinne, wohlgemerkt. Das sind fast 30 %. Danke, Bundesregierung!

(Beifall bei der SPD)

An den aktuellen Zahlen zur Landwirtschaft sehen wir, dass das Höfesterben in Bayern weitergeht. Selbst die Ministerin musste einräumen, dass man mit Geld alleine den Wandel nicht aufhalten kann. Seit 2013 hat die Zahl der Betriebe um 12,6 % abgenommen. Das sind 11.740 Betriebe, die in Bayern verschwunden sind. Die Zahl der viehhaltenden Betriebe hat seit 2013 um 24,6 % abgenommen. Das sind 17.110 Betriebe weniger. Am meisten betrifft das die Milchviehhalter.

Umso wichtiger wäre es, dass unsere Milchbäuerinnen und Milchbauern eine Zukunftsperspektive erhalten. Ich erinnere hier an die Zusage der CSU-Landwirtschaftspolitiker beim Parlamentarischen Abend des BDM, dass die Scheunentore für die Einführung des Artikels 148 der Gemeinsamen Marktordnung weit offen stehen. Dadurch könnten die Erzeuger gestärkt werden, und die Landwirte würden einen fairen Preis für ihre Ware erhalten.

Generell sehen wir die Marktmacht des Lebensmitteleinzelhandels als eine der größten Herausforderungen für unsere Landwirtschaftspolitik. Vor diesem Hintergrund können wir die Weigerung, dass in den staatlichen Kantinen weiterhin keine Bioquote gelten soll, nicht nachvollziehen. Das wäre ein wichtiger Beitrag, um die Direktvermarkter zu stärken, die heimische Lebensmittelproduktion zu unterstützen und den Ausbau der Biolandwirtschaft auf die gemeinsam festgelegten 30 % bis 2030 zu erreichen. Wir haben deshalb die Empfehlung des Bürgerrats aufgegriffen, für unsere Kinder und Jugendlichen ein kostenloses Essen zu realisieren.

Vor etwa einem halben Jahr haben wir den Waldbericht erhalten und dabei bestätigt bekommen, dass nur noch 11 % der Bäume keine Schäden haben. Das ist ein alarmierendes Signal. Neben dem endlich eingeplanten Stellenaufwuchs benötigen wir Mittel für Beratung, für die Aufforstung, aber auch für präventive Maßnahmen wie beispielsweise die Gefahrenabwehr in Bezug auf Waldbrände. Deshalb haben wir uns dafür ausgesprochen, die Investitionszuschüsse auch über das Jahr 2024 hinaus beizubehalten.

Der Umbau der Tierhaltung wird uns auch in dieser Legislaturperiode beschäftigen. Auf Bundesebene fördern wir neben den Investitionen in eine besonders tier- und umweltgerechte Tierhaltung erstmals auch deren laufende Mehrkosten, wie es die Borchert-Kommission gefordert hat. Auf bayerischer Ebene wollten wir dazu ein Förderprogramm, um bäuerliche Familienbetriebe beispielsweise bei der Umstellung von Anbindehaltung auf andere Haltungsformen zu unterstützen oder bei der Realisierung von Änderungen zu begleiten.

Zum ersten Mal fällt nun auch der Tourismus in den Bereich des Landwirtschaftshaushalts. Da hätten wir uns als SPD-Landtagsfraktion ein deutlich kraftvolleres Signal von unserer Ministerin erwartet.

Wenn man sich die Zahlen anschaut, stellt man fest, dass der Etat von jeweils 48,6 Millionen Euro für die Jahre 2024 und 2025 lediglich 2,5 % des Haushaltsvolumens im Landwirtschaftshaushalt von insgesamt 1,9 Milliarden Euro ausmacht.

(Anna Rasehorn (SPD): So sieht es aus!)

Der angekündigte Kongress-Turbo ist da wohl noch nicht gezündet worden. Wir werden genau darauf schauen, dass der bayerische Tourismus gefördert und unterstützt wird und nicht nur schöne Bilder produziert werden; denn das hat wohl der Vorgänger im Amt gemacht, was man feststellen, wenn man sieht, dass im Jahr 2022, dem ersten Jahr nach Corona, die Haushaltsmittel gar nicht ausgeschöpft wurden, um den Tourismus in Bayern zu stärken. Dabei kommt es uns weniger auf neue Schneekanonen an, sondern auf einen umweltverträglichen Ganzjahrestourismus, der eine beständige Wertschöpfung aller bayerischen Regionen im Blick hat.

(Beifall bei der SPD)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, in wenigen Tagen wird das Europäische Parlament gewählt. Deshalb möchte ich es nicht versäumen, ein paar Worte über die gemeinsame europäische Agrarpolitik zu verlieren. In der nächsten Legislaturperiode müssen die demokratischen Kräfte besser zusammenarbeiten, um unsere selbstgesteckten Umwelt- und Klimaziele zu erreichen.

Ich darf an dieser Stelle aus dem Leitartikel des "Straubiger Tagblatts" vom Wochenende zitieren, wo Prof. Dr. Martin Balle schreibt:

"Auch das opportunistische Unterlaufen des Green-Deals mit Blick auf den Bauernstand, der doch nur in wenigen rückwärtsgerichteten Teilen noch nicht ver-

steht, dass nur eine veränderte ökologische Perspektive auch in Zukunft reiche Ernten bringen wird, halte ich für abenteuerlich und eine Politik, die uns schadet."

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir wollen eine sozial gerechte Landwirtschaftspolitik, die dafür sorgt, dass die Menschen, die in der Landwirtschaft oder in nachgelagerten Bereichen arbeiten, egal ob es die Hofbesitzerin, die Erntehelferin oder der Beschäftigte im Schlachthof ist, einen Lohn für ihre Arbeit bekommen, der zum Leben reicht, dass nachwachsende Rohstoffe produziert werden und gesunde Lebensmittel bezahlbar bleiben.

Unsere bäuerlichen Familienbetriebe arbeiten an 365 Tagen im Jahr in den Ställen, auf den Feldern und in den Wäldern und sorgen für unsere Ernährung und für den Erhalt unserer Kulturlandschaft. Sie engagieren sich, wenn man sie braucht, wie in den letzten Tagen bei den Hilfseinsätzen im Rahmen der Flut. Dafür will ich ihnen auch heute danken und hoffe mit ihnen auf weitere ertragreiche Jahre sowohl in der Ernte als auch beim Gewinn.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank, Frau Kollegin. – Frau Kollegin Marina Jakob wünscht, eine Zwischenbemerkung zu machen.

**Marina Jakob (FREIE WÄHLER):** Frau Kollegin Müller, es ist richtig, dass die Landwirte im Jahr 2022/2023 deutlich höhere Einkommen hatten. Das ist aber auf den Ukraine-Krieg und die anschließenden Marktveränderungen zurückzuführen.

Sie sagen, die Bundesregierung hat Maßnahmen dafür ergriffen, dass die Gehälter so hoch waren. Bitte zählen Sie mir auf, welche Maßnahmen das sind und warum die dann nur in diesem einen Wirtschaftsjahr so gute Erfolge erzielt haben; denn im vergangenen Jahr, wenn man sich die Preise ab Ernte 2023 bis jetzt anschaut, waren die Preise für Weizen und auch für Gerste im Keller.

**Ruth Müller (SPD):** Da könnte man viel aufzählen. Ich denke beispielsweise an die Corona-Beihilfen, an die Ukraine-Hilfen, an die Energiepreisbremse, auch an das Thema Energiewende, an das Thema Bioenergie und Biokraftstoffe; unsere Bundesregierung hat viele Maßnahmen ergriffen.

(Staatsministerin Michaela Kaniber: Das stimmt ja gar nicht! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie können doch nicht einfach falsche Sachen erzählen!)

Ich denke aber auch daran, dass das Thema Risikoausgleichsrücklage von unserer Bundesregierung aufgegriffen wird, eine Forderung, die die bayerischen Landwirte schon lange erheben. Unsere Bundesregierung wird dafür sorgen, dass dieses Versprechen erfüllt wird.

(Beifall bei der SPD – Michael Hofmann (CSU): Das waren jetzt keine Maßnahmen, sondern nur Schlagworte, und die stimmen noch nicht einmal!)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Kollegin Petra Högl das Wort.

**Petra Högl (CSU):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Frau Staatsministerin, liebe Michaela, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Hochwasserkatastrophe der letzten Tage hat auch viele landwirtschaftliche Unternehmen hart getroffen. Sowohl die Betriebe selbst als auch die landwirtschaftlichen Flächen sind zum Teil massiv betroffen. Auf vielen landwirtschaftlichen Flächen wird keine Ernte erfolgen können. Zugleich waren und sind Bayerns Landwirtinnen und Landwirte unermüdlich im Einsatz gegen die Wassermassen. Von Herzen gilt unser Dank allen, die in den Gemeinden Tag und Nacht gegen die Fluten gekämpft haben bzw. nach wie vor kämpfen, um Schlimmeres zu verhindern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ebenso danke ich der Bayerischen Staatsregierung, die mit den gestern auf den Weg gebrachten Soforthilfen schnell und unbürokratisch gehandelt hat. Bereits gestern hat

sich ein betroffener Landwirt an mich gewandt und hat gefragt: Wie geht das denn mit dem Programm? – Es ist wirklich wichtig, dass da schnell gehandelt worden ist.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Land- und Forstwirtschaft ist nicht alles, aber ohne Land- und Forstwirtschaft wäre alles nichts.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erst unsere Bäuerinnen und Bauern sowie unsere Fortwirtinnen und Forstwirte schaffen die Grundlage für unser Leben, und das in vielen Bereichen, angefangen bei der Ernährungssicherheit für die Bevölkerung. Die Pandemie und der Ukraine-Krieg haben aufgezeigt, wie systemrelevant die Arbeit unserer Bäuerinnen und Bauern ist.

Das gilt auch für die Energieproduktion: Die Landwirtschaft leistet einen wichtigen Beitrag zum Gelingen der Energiewende, und die Landwirtschaft schafft Artenvielfalt und Biodiversität in der Fläche und gestaltet damit die einzigartige Natur- und Kulturlandschaft in Bayern.

Jeder einzelne Euro, der im Agrarhaushalt vorgesehen ist, ist deshalb bestens angelegtes Geld. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, in Zeiten knapper Haushalte ist dies keine Selbstverständlichkeit.

Lieber Kollege Becher, Sie werfen uns vor, wir würden hier keinen ordentlichen Agrarhaushalt aufstellen. Ich möchte darauf hinweisen, dass im Bund der Agrarhaushalt um 320 Millionen Euro gekürzt wurde, aber wir können den Agrarhaushalt noch erhöhen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der bayerische Agrarhaushalt ist daher ein kraftvolles Signal der Verlässlichkeit für unsere bayerischen Bäuerinnen und Bauern. Mit viel Geld fördern wir regionale Lebensmittelproduktion, Direktvermarktung, Ökolandbau.

Ganz wichtig ist auch die Weiterentwicklung und Stärkung der Tierhaltung in Bayern. Gerade die tierhaltenden Betriebe stehen vor großen Herausforderungen. Auch hier fehlt mir das klare Signal der Ampel.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wo bleibt denn die Umsetzung der Empfehlungen der Borchert-Kommission, der Zukunftskommission Landwirtschaft? Wir machen hier das "BayProTier", wir geben hier Geld hinein und unterstützen den Umbau; denn das können die Landwirte nicht alleine stemmen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir forcieren die Umsetzung der bayerischen Waldumbauoffensive: 96,4 Millionen Euro sind darin enthalten. Weiterhin stärken wir den ländlichen Raum; denn die ländliche Entwicklung ist uns sehr, sehr wichtig.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Die anderen kürzen! Berlin kürzt!)

– Die anderen kürzen! Danke für den Hinweis.

Noch einmal zum Thema Tierwohl: Das Landesprogramm läuft jetzt im dritten Jahr; die Landwirte können den Stallumbau für das Tierwohl im Rahmen der Nutztierhaltung nicht alleine stemmen. Sie brauchen unsere Unterstützung, und Bayern ist hier ein verlässlicher Partner.

Zugleich starten wir mit einem kraftvollen Aufschlag mit Mitteln und Stellen für den Zukunftsvertrag Landwirtschaft. Mein Kollege Stieglitz hat es schon angesprochen: 40 Millionen Euro sind bereitgestellt und werden jetzt schon in verschiedenen Bereichen abgerufen. Ich möchte es nicht wiederholen, weil der Kollege Stieglitz es schon erläutert hat.

Auch der Tourismus ist uns wichtig; denn der Tourismus ist neben der Landwirtschaft ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für Bayern.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, mit diesem Haushalt setzen wir ein klares Signal, dass wir in Bayern auch in schwierigen Zeiten ein verlässlicher Partner für unsere bauerlichen Familienbetriebe sind. Unsere Forstwirte und Forstwirtinnen sowie die Akteure im Tourismus brauchen unsere verlässliche Politik.

Im Namen der CSU-Fraktion danke ich unseren Land- und Forstwirten. Ihr seid so wichtige Partner in so vielen Bereichen. Wir schätzen, was ihr tagtäglich arbeitet und leistet.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Daher setzen wir in Bayern, liebe Michaela Kaniber, auf verlässliche Rahmenbedingungen und einen fairen Umgang miteinander, geprägt von gegenseitiger Wertschätzung.

Mein Dank gilt meinem Kollegen Werner Stieglitz, der sich im Haushaltsausschuss wirklich sehr stark für die Belange der Landwirtschaft einsetzt.

Zum Schluss gilt mein Dank unserer Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber. Liebe Michaela, du bist eine hervorragende Interessenvertreterin und Kämpferin für die bayerische Landwirtschaft. Unzählige Bundesratsinitiativen hast du auf den Weg gebracht. Du bist eine Kämpferin. Die Landwirte, Forstwirte, Touristiker setzen auf dich. Mach bitte weiter so. Wir brauchen dich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank, Frau Kollegin. – Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Christian Zwanziger für die GRÜNEN das Wort.

**Christian Zwanziger (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich in meiner Rede auf den Tourismus beschränken, da mein Kollege Johannes Becher zum Thema Landwirtschaft schon viel gesagt hat.

Der Tourismus ist eine vielfältige Branche, der Tourismus ist eine wichtige Branche für Bayern. Ich habe gehofft, dass wir mit der neuen Ministerin

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Neu? – Guten Morgen!)

von den Zeiten wegkommen, in denen Tourismus auf Wirtshaus und Festzelt reduziert wurde, wie unter dem vorherigen Minister Aiwanger. Frau Ministerin Kaniber, wenn ich mir aber den Haushaltsentwurf anschau, sehe ich absolut keinen Unterschied zwischen Ihnen und dem ehemaligen Minister Aiwanger.

(Widerspruch bei der CSU – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Aber hallo! Schauen Sie genauer hin!)

Ich weiß nicht, ob Sie einfach der warmherzige Zwilling des Kollegen Aiwanger sind, aber ich sehe keinen Unterschied.

(Widerspruch bei der CSU)

Ich sehe keinen Unterschied in der Haushaltspolitik. Der Tourismus in Bayern ist mehr wert. Was ist denn passiert?

(Martin Wagle (CSU): Sie haben schlecht geschlafen, das ist passiert!)

Unter dem Kollegen Aiwanger hatten wir 17 Millionen Euro. Im Haushalt sind 16,5 Millionen für die Tourismusverbände vorgesehen. Die Regierungsfractionen haben Folgendes gemacht: Sie haben um 300.000 Euro aufgestockt, von der linken Tasche in die rechte Tasche.

(Martin Wagle (CSU): Linke Tasche, rechte Tasche?)

Die Verbände haben das sehr wohl gemerkt. Mit den Taschenspielertricks können Sie aber niemandem etwas vormachen. Was sagen denn die Verbände? – Die Verbände und andere Akteure fordern, dass der bayerische Haushalt früher beschlossen wird. Die Tourismusverbände, die dafür da sind, unser schönes Bayern und touristische An-

bieter vor Ort zu vermarkten, wollen Broschüren drucken, Onlinewerbung schalten und für Bayern werben. Was machen die aber gerade? – Sie müssen in Vorleistung gehen, sie müssen im blödesten Fall noch mit einem Kredit zwischenfinanzieren, weil wir den bayerischen Haushalt erst Anfang Juni beschließen. Das muss sich ändern. Ich werbe dafür, dass wir das beim nächsten Doppelhaushalt anders machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere Änderungsanträge – die Kolleginnen und Kollegen, die seit 2018 oder schon länger im Hause sind, werden das kennen, und ich bleibe hier auch hartnäckig – haben sich wieder mit dem bayerischen Seilbahnförderprogramm befasst. Ich halte es nach wie vor für Quatsch, dass wir 2024 Steuergelder für Schneekanonen ausgeben. Dieselbe Summe könnten wir im Tourismus für nachhaltige Mobilität, gute Anreisemöglichkeiten und nachhaltigen Tourismus vor Ort ausgeben. Ich bin mir sicher, dass wir früher oder später dorthin kommen werden, aber das ist eine etwas schwere Geburt. Wir werben weiterhin dafür und haben unsere Haushaltsanträge gestellt.

Ich werbe zum Abschluss noch einmal dafür, dass man das auf den Weg bringt. Den Tourismus vor Ort stärken wir nicht durch Taschenspielertricks wie Haushaltsansatz runter und mit Regierungsantrag rauf. Den Tourismus vor Ort stärken wir, indem wir den Touristikern, der ganzen Vielfalt und nicht nur Wirtshaus und Festzelt, den Rücken stärken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Walter Nussel vor.

**Walter Nussel (CSU):** Herr Kollege Zwanziger, der Kollege Becher hat es schon angesprochen und Sie jetzt auch: Sie wollen den Tourismus stärken; Sie wollen die Gastronomie stärken. Das Versprechen des Bundeskanzlers und der Ampel, die 7-prozentige Mehrwertsteuer weiterzuführen, habt ihr gebrochen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Bitte erklären Sie mir das. Das wäre eine ganz einfache Stärkung für das ganze Land gewesen. Es wäre eine Förderung für unsere bestens arbeitende Gastronomie und den Tourismus gewesen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört! – Michael Hofmann (CSU): Auch unbürokratisch!)

**Christian Zwanziger (GRÜNE):** Herr Nussel, ich nehme mal an, dass Sie die Antwort kennen. Die vorübergehend gesenkte Mehrwertsteuer im Gastronomiebereich war eine Corona-Maßnahme. Meines Wissens war sie überhaupt nicht von der Ampel beschlossen worden, sondern noch von der Vorgängerregierung. Sie wurde aber von der Ampel verlängert. Der ermäßigte Mehrwertsteuersatz ist ausgelaufen.

(Walter Nussel (CSU): Scholz hat versprochen, dass er das weiterlaufen lässt! – Michael Hofmann (CSU): So kann man sich auch einen schlanken Fuß machen! Herzlichen Glückwunsch!)

– Ich bin nicht Olaf Scholz und ich bin auch nicht der Pressesprecher. Da müssen Sie Olaf Scholz sprechen.

(Widerspruch bei der CSU)

Es zieht sich aber durch – ich kann das nicht akzeptieren, und das hat Ihnen auch der Hotel- und Gaststättenverband ins Stammbuch geschrieben –, dass sich nicht jede Herausforderung im Tourismus oder jede Idee für einen nachhaltigen Tourismus der Zukunft mit "7 % auf alles" beantworten lässt.

(Michael Hofmann (CSU): Aber Geld brauchen Sie schon!)

Das ist einfach eine stumpfe Art, Politik zu machen und Tourismus zu betrachten. Die Antwort ist nicht immer 7 % Mehrwertsteuer.

(Alexander Flierl (CSU): Das ist keine Antwort!)

– Es war eine Corona-Maßnahme. Das habe ich schon gesagt, einfach am Anfang schon zuhören.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Ulrike Müller für die FREIEN WÄHLER.

**Ulrike Müller (FREIE WÄHLER):** Herr Vizepräsident, Herr Ministerpräsident, Frau Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Erstes möchte ich ein herzliches Dankeschön an unsere Landwirte, aber auch an alle Blaulichtorganisationen richten, die in den letzten Tagen in Bezug auf das Hochwasser so intensiv im Einsatz waren. Die ehrenamtlichen Helfer haben stark zusammengehalten. Gerade unter den Landwirtinnen und Landwirten ist man schon dabei, den Betrieben, die das Futter und vieles mehr verloren haben, zur Hand zu gehen, sich intern auszutauschen und zu unterstützen.

Wir diskutieren heute über den Einzelplan 08 des Haushalts, der ja ohne Neuverschuldung auskommen muss. Das war für uns alle eine große Herausforderung, und wir hätten uns natürlich wesentlich mehr gewünscht als lediglich die Erhöhung um gut 1 % im Gesamten. Ich bedanke mich ganz besonders bei allen Beteiligten, die intensiv mitgearbeitet haben und versucht haben, am Haushaltsentwurf noch die eine oder andere Verbesserung zu erreichen. Er ist natürlich nur leicht erhöht, aber wir mussten uns pragmatisch nach der Decke strecken und nach den vorhandenen Möglichkeiten handeln. Als Agrarpolitikerin – ich bin mir sicher, dass das auch im Sinne der Ministerin ist – wäre mein Wunsch gewesen, noch mehr zu tun und die Versprechungen einzuhalten, die wir durch den Wahlkampf getragen haben.

Wir FREIE WÄHLER tragen als Koalitionspartner den Haushalt freilich mit. Allerdings haben wir auch Bauchweh bei einigen Punkten, und ich kann sehr wohl die Kritik der GRÜNEN verstehen.

(Martin Wagle (CSU): Wie bitte?)

– Ja. Betrachtet man nämlich die Zahlen des Haushalts ohne den Tourismusetat, dann stellt man fest: Wir liegen nur minimal höher als das, was wir jetzt haben.

Für mich ist ganz klar: Der Tourismus ist ein wichtiger Bereich. Tourismus, Landwirtschaft und Handwerk gehören zusammen und müssen auch als Gesamtes betrachtet werden. Wir müssen die Vernetzungen im Haushalt wiederfinden und die Synergien erkennen. Im einen oder anderen Bereich fließen die Haushaltsstellen des landwirtschaftlichen Budgets in den Tourismus hinein. In Bayern bieten sehr viele Betriebe Urlaub auf dem Bauernhof an; für diese ist das ein wichtiges Standbein.

Ich bin ein bisschen verwundert über die Kritik der AfD,

(Martin Wagle (CSU): Wir auch!)

wonach wir es uns als Souverän im Landtag anmaßen, tatsächlich Änderungsanträge zu schreiben.

(Johannes Becher (GRÜNE): Demokratie!)

Ich glaube, da haben einige den Ansatz der Demokratie nicht verstanden. Der Bayerische Landtag verabschiedet den Haushalt. Es ist unser gutes Recht, dass wir unsere Ideen und Wünsche einbringen.

(Widerspruch bei der AfD)

Natürlich können wir die Mittelkürzungen vom Bund nicht ganz auffangen. Dies ist in der angespannten finanziellen Lage leider nicht möglich. Insgesamt fehlen uns 23,6 Millionen Euro. Sie wissen es genau. Die Gelder für die Ländliche Entwicklung sind massiv betroffen, aber natürlich auch für KULAP und die Ausgleichszulage für die benachteiligten Gebiete. Wir konnten hier nicht erhöhen. Da wurden leider Versprechen nicht eingehalten. Insgesamt können wir nur 12,5 Millionen in der Ländlichen

Entwicklung ausgleichen. Das hat natürlich Auswirkungen auf die ländlichen Räume und auf die Dorferneuerung; das ist uns durchaus bewusst.

Für mich persönlich ist auch enttäuschend, dass der Inflationsausgleich bei der Investitionsförderung für familiengeführte Betriebe nicht vorgesehen ist. Sie kennen alle die Kostensteigerungen im Bauwesen. Das Programm, das wir aufgelegt haben, ist halt leider nicht ausreichend, um die familiengeführten Betriebe, die jetzt noch investieren müssen, in die Zukunft zu führen.

Thema Tierwohl: Sie kennen die Auflagen, die wir jetzt vom Bund bekommen. Hier wird der Strukturwandel weiter fortschreiten, und es werden leider auch einige Betriebe ihre Türen schließen müssen.

Liebe Opposition, Zukunftsvertrag ja, aber es ist wenigstens ein Anfang. Ich möchte Ihnen sagen, dass auch die Europäische Union jetzt zusätzlich Mittel aufgestockt hat; das heißt, sie hat nicht aufgestockt, sondern der mehrjährige Finanzrahmen läuft nach wie vor. Aber Bayern hat die Möglichkeit, hier tatsächlich mehr Gelder abzurufen, und das nutzen wir aus.

Froh bin ich auch über die 20 Stellen in den Landwirtschaftsämtern, die zusätzlich zur Beratung geschaffen werden. Allerdings hilft uns das im Moment noch nicht, die Personalnot an den Landwirtschaftsämtern aufzufangen. Wir müssen noch einige Stellen wiederbesetzen. Positiv sehe ich auch, dass 32 zusätzliche Stellen für Förster geschaffen werden, um dem Klimawandel zu begegnen und den Waldumbau voranzutreiben. Dafür brauchen wir tatsächlich die Förster vor Ort.

Aus meiner Sicht haben wir einen auf Kante genähten Haushalt vor uns, der uns leider nicht so in die Zukunft führt, wie wir uns das gewünscht hätten.

(Martin Wagle (CSU): Ein kraftvoller Haushalt!)

Die Anforderungen an unsere landwirtschaftlichen Betriebe sind enorm. Wir haben mit der zukünftigen gemeinsamen Agrarpolitik tatsächlich Herausforderungen zu bewälti-

gen, bei denen wir unsere landwirtschaftlichen Betriebe vonseiten des Staates noch aktiv unterstützen müssen.

Ich danke allen Bäuerinnen und Bauern, die täglich Lebensmittel produzieren, Landschaft pflegen und Energie erzeugen und somit das soziale Gefüge in den Dörfern aufrechterhalten. – Die FREIEN WÄHLER werden dem Haushaltsentwurf natürlich zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU und den GRÜNEN – Martin Wagle (CSU): Da haben wir noch Glück gehabt!)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank, Frau Kollegin. Es liegt keine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Da ist noch eine Zwischenbemerkung!)

– Ja, das war ein Versehen.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Schade! – Zurufe und Heiterkeit)

Jetzt hat für die Staatsregierung Frau Staatsministerin Michaela Kaniber um das Wort gebeten.

**Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, lieber Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal gilt der ausdrückliche Dank unseren Berichterstat-tern, allen voran unserem Werner Stieglitz, aber genauso auch dem Freiherrn von Zobel. Ich danke Ihnen für die gute Zusammenarbeit und möchte mich auch bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Haus für die Vorbereitung des starken Haushalts bedanken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte es auch nicht versäumen, ein großes Dankeschön draußen in die Fläche an alle Blaulichtorganisationen zu schicken, die seit Tagen und Nächten unterwegs sind, um die Hochwasserkatastrophe einigermaßen in Grenzen zu halten. Ich möchte darüber hinaus unbedingt erwähnen, dass bei all den Blaulichtorganisationen immer unsere bayerischen Bäuerinnen und Bauern mit schwerer Gerätschaft vorne dran und dabei sind; sie können auch da mit Geräten rein, wo manch anderes Gerät versagt. Ein herzliches "Vergelts Gott" auch da der bayerischen Landwirtschaft!

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Ich weiß, dass sich manch einer an diesen drei Haushaltsberatungstagen immer schwertut. Aber dieser Haushalt 2024/2025 ist und bleibt ein starkes Signal; denn während der Bund den Bauern ständig in die Tasche greift, greift Bayern ihnen unter die Arme.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Diese Staatsregierung ist die einzige, die die Flagge noch hochhält. Dieser Haushalt ist ein Ausdruck von Wertschätzung, aber vor allem ein Ausdruck des Mut-Machens. Genau das braucht es. Dieser Haushalt steht nämlich ganz klar konträr zu dem, was unseren Bäuerinnen und Bauern weiterhin von Berlin tagtäglich zugemutet wird.

(Beifall bei der CSU)

Ich kann auch verstehen, dass die Opposition in solchen Tagen etwas unruhig ist. Ja, es ist ein schwieriger Tag heute.

(Ruth Müller (SPD): Unruhig?)

Wir können es nicht nur besser, sondern wir machen es auch besser, meine lieben Kolleginnen und Kollegen;

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

denn dieser Haushalt strotzt vor allem vor Verlässlichkeit. Wenn man die Zahl 1,91 Milliarden Euro sieht, muss man sich vor Augen halten, dass wir hier seit 2019 eine Steigerung haben, die bei knapp 2 Milliarden Euro angelangt ist. Ich glaube, es kann sich schon sehen lassen, welch ein Aufgebot in den letzten fünf Jahren gemacht wurde, um der Landwirtschaft in Bayern Rückenwind zu verleihen.

An dieser Stelle darf ich auch unserem bayerischen Finanzminister – er kann jetzt leider nicht da sein – Danke sagen. Auch da sieht man das Gegenstück. Wir haben einen Finanzminister, der nicht nur Landwirt ist, sondern der im Gegensatz zu einem Bundesminister Lindner voller Empathie die Herausforderungen und Probleme erkennt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Lieber Herr Becher, lieber Herr Zwanziger, ich kann nur immer wieder staunen, staunen, staunen. Ich wünschte, ich hätte nur hundert Gramm Ihres Selbstbewusstseins. Sich bei dieser schlechten Bundespolitik hierhinzustellen und zu sagen, dass diese Bayerische Staatsregierung eine schlechte Agrarpolitik betreibt, ist wirklich bodenlos.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Johannes Becher (GRÜNE):  
Am Selbstbewusstsein mangelt es Ihnen wirklich nicht!)

Wir sind nicht in der Kirche, aber ich möchte schon auch mal sagen: Auge um Auge, Zahn um Zahn. Versprechen hin oder her. Wo ist denn Ihr Versprechen? – Sage und schreibe 4 Milliarden Euro waren für Cem Özdemir vor der Wahl ganz klar ein Anliegen. Rausgekommen sind 250 Millionen Euro für die Nutztierhaltung. Was für ein Versagen, kann ich da nur anmerken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie kämpfen angeblich für den Ökolandbau, und Sie halten uns die eigenen Ziele vor. Ich darf Sie daran erinnern, dass Cem Özdemir genau den Haushaltstitel auch für den

Ökolandbau gekürzt hat. Also: Erst einlesen und dann mit mir auch ein Stück weit streiten wollen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben einen Ministerpräsidenten, der schon vor Jahren, weit vor den Bauernprotesten, darauf hingewiesen hat, dass es einen Zukunftsvertrag braucht. Genau da setzen wir an. Zukunft beschreibt man nicht von heute auf morgen. Im Übrigen macht es überhaupt gar keinen Sinn, 120 Millionen Euro jetzt sofort auf den Tisch zu legen. Wir wollen das ja mit den Landwirten, mit den Verbundpartnern entwickeln. Aber wir sind natürlich auch schon maximal eingestiegen. Die breite Palette ist schon gegeben. Wie vereinbart, unterstützen wir Verbundpartner, Landjugendorganisationen, Forschung, Öffentlichkeitsarbeit usw. usf. Von den Stellen mag ich gar nicht anfangen zu sprechen, weil Frau Müller sie schon erwähnt hat.

Vor allem braucht es ganz dringend mehr Verständnis für die Landwirtschaft und noch mehr Wertschätzung. Mir ist es wichtig, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher in der Fläche verstehen, dass regionale, hochqualitative Premiumprodukte nicht vom Himmel fallen, sondern dass sie auf einer verdammt harten Arbeitsleistung von bestausgebildeten Landwirten beruhen. Genau da müssen wir ansetzen. Das große Ziel ist und bleibt, die Landwirtinnen und Landwirte in die Mitte der Gesellschaft zu bringen; denn da gehören sie hin, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich bleibe dabei: Das Flaggschiff ist KULAP; 314 Millionen Euro in diesem Jahr, 319 Millionen Euro im nächsten Jahr.

Über Agrarumweltmaßnahmen wird immer wieder gestritten. Ich möchte darauf hinweisen, weil das eine ganz wichtige Botschaft für die Öffentlichkeit ist: Die bayerischen Bäuerinnen und Bauern schaffen es, Lebensmittel zu produzieren, aber auch Agrarumweltmaßnahmen darzustellen. Jeder zweite Landwirt stellt auf jedem dritten Hektar

Umwelt- und Naturschutz dar. Das ist wirklich einzigartig. Das gibt es in keinem anderen Bundesland. Dafür hätte ich mal ein bisschen mehr Lob erwartet.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dann kommen wir genau zu den Kernpunkten, nämlich zu der Offensive Cem Özdemirs, die Nutztierhaltung voranzutreiben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte glauben Sie dieser Augenwischerei nicht. Man muss sich schon mal auch die Zahlen anschauen: von 4 Milliarden auf 250 Millionen Euro. Das wunderbare Özdemir-Tierwohl-Programm ist ein Totalversagen. Sage und schreibe 87 Anträge schreibt dieses Bundesprogramm. Es ist ein Luxusprogramm für Schweinefleisch. Ich kann nur sagen: 87 Anträge, in Bayern sind – –

(Claudia Köhler (GRÜNE): Nicht ablenken, Bayern!)

– Ich sage Ihnen die Zahlen. Keine Sorge! Ich kann Ihnen die sagen. Ich habe die dabei. Keine Sorge. –Also: Mit unserem Bayerischen Programm Tierwohl – BayPro-Tier – werden knapp 1.000 Antragsteller mit 380.000 Tieren mit 11,25 Millionen Euro gefördert. Im Schnitt erhält jeder geförderte Betrieb 12.000 Euro. Was ist in Berlin los? – Ich sage euch, was in Berlin los ist: Es geht nicht um den Umbau der Nutztierhaltung, sondern es geht um einen knallharten Abbau. Man will die Landwirtschaft aus ideologischen Gründen nicht, weil man glaubt, dass man damit klimapolitisch den Superwurf schafft. Weit gefehlt!

Seitdem Cem Özdemir in der Regierung in Berlin an der Macht ist, sehen wir, dass sich statt eines Strukturwandels, der immer gegeben war, vielmehr ein Strukturbruch vollzieht, und zwar sowohl bei den schweinehaltenden Betrieben als auch bei den Milchviehbetrieben. In Bayern dagegen ist der Strukturwandel bei einem Wert zwischen 0,8 und 1 % durchaus konstant.

(Ruth Müller (SPD): Genau!)

Deswegen bleiben wir dabei: Die Nutztierhaltung ist und bleibt das Rückgrat der bayerischen Landwirtschaft. Darauf werden wir auch in Zukunft setzen; denn unser Ziel ist es, dass die Ställe der Zukunft auch in Zukunft in Bayern stehen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ja, es ist wahrlich erschütternd. In dieser Zeit mit der Klimakrise haben wir immer angemahnt, dass es gut wäre, eine Mehrgefahrenversicherung anzulegen. Der Bund lässt aber auf sich warten. Bayern schreibt eine Erfolgsgeschichte: Über 5.000 Landwirte haben mit 150.000 Hektar eine Mehrgefahrenversicherung abgeschlossen. Mittlerweile sind es 6.000 Betriebe. Wir geben dafür 17 Millionen Euro aus.

Der Bund muss sich bewegen, muss mehr tun und uns unterstützen; denn es kann nicht sein, dass dieses Ausmaß an Schäden infolge Schlechtwetter- und Unwetterereignissen ganz allein an den Bauern hängen bleibt und ihnen dann keine Rückendeckung gegeben wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bleibe bei meiner Haltung, auch wenn vorwurfsvoll über den Wald gesprochen wird. Bayern geht voraus. Wir haben 32 neue Stellen für Förster. Wir haben die Ausbildungsplätze für die Qualifikationsebene 3 auf 100 Stellen erhöht. Die Forstförderung steht bei 100 Millionen Euro. Das ist einzigartig im gesamten Bundesgebiet. Ich kann nur bitten: Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, wenn Sie wirklich mal etwas Gutes tun wollen, dann setzen Sie sich doch bitte im Bund ein; denn die Gelder aus dem Klima- und Transformationsfonds sind bisher nur zu 25 % ausgeschüttet worden. Wir warten auf Bundesgelder. Tun Sie etwas Gutes für Bayern! Oder haben Sie etwa keine Kontakte, meine sehr geehrten Damen und Herren?

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir schon dabei sind, hängen Sie doch bitte eins dran: Wenden Sie sich gegen das neue Bundeswaldgesetz. Das neue Bundes-

waldgesetz ist eine Reinschrift des Misstrauens und der Sanktionen gegen unsere Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer. Ich erwarte, dass Sie hier Stellung beziehen und im Sinne der bayerischen Wälder arbeiten.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Bedauerlicherweise sind die meisten Gelder für den ländlichen Raum gekürzt worden. Es tut mir in der Seele weh, weil viele Möglichkeiten gegeben sind, Klimaschutz zu betreiben. In Bayern geben wir den Bauern in Schwammregionen die Möglichkeit, in den Dörfern Wasser zurückzuhalten und damit ein Wassermanagement zu betreiben. Es wundert mich immer wieder, wenn man in Berlin über die Klimakrise spricht, aber dann nicht bereit ist, die nötigen Gelder zur Verfügung zu stellen. Bayern tut das in einer herausragenden Art und Weise. Bayern geht mit Landesmitteln immer wieder voraus, wenn der Bund längst die Segel streicht. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, der große Unterschied ist der, dass wir in Bayern keine Klientelpartei sind und schon gar keine Klientelregierung.

(Zuruf von der AfD)

Wir schauen nicht, was in den Großstädten passiert, sondern versuchen, Stadt und Land zu verbinden. Vor allem aber wollen wir einen starken und resilienten ländlichen Raum; denn eines muss uns klar sein: 60 % der Menschen leben im ländlichen Raum. Auch dort wird Zukunft geschrieben, und zwar vor allem mit diesem Ministerpräsidenten und dieser Staatsregierung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich komme noch kurz auf den Tourismus zu sprechen. Es ist mir eine außerordentliche Ehre, für den Tourismus in Bayern zuständig sein zu dürfen. Liebe Frau Müller, ich denke, es hat sich bei Ihnen ein kleiner Denkfehler eingeschlichen. Der Haushalt wird immer auf bereinigter Basis aufgestellt. Zuerst kommt die Umressortierung, und erst danach wird der Haushalt aufgestellt. So verhält sich das.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Anders als bei der EU!)

Ich möchte ausdrücklich sagen: Wir haben 25 Millionen Euro für den Kongresstourismus bereitgestellt. Am 22. Juli 2024 starten wir. Mir ist das ein Herzensanliegen. Bayern ist das Tourismusland Nummer eins in Deutschland. Diesen Platz wollen wir verteidigen. Einzig und allein der Kongresstourismus hinkt ein Stück weit hinterher. Deswegen ist es mir eine Herzensangelegenheit, dieses Geld für den Kongresstourismus umzulegen. Das werden wir tun.

Bedauerlicherweise höre ich von Herrn Zwanziger, er habe sich im Tourismus mehr gewünscht. Ich sage Ihnen: Wer sein Versprechen – wieder Auge um Auge, Zahn um Zahn –, die Mehrwertsteuererhöhung zurückzuhalten, nicht hält, ist untragbar. Wer den Wirt und den Bauern nicht ehrt, ist des Regierens in Berlin nicht wert.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen auf Verlässlichkeit, Vertrauen und vor allem auf Maß und Mitte. Wir stärken die bäuerlichen Familienbetriebe. Sie dagegen reden immer über die kleinen Betriebe und spielen eigentlich den großen Betrieben in die Hände. Es geht um die bayerische Kleinstrukturiertheit. Es geht aber vor allem um Ernährungssicherheit. Es ist ganz wichtig, auf die Stimme der Bauernschaft zu hören. Wir hören ihnen zu. Welches tolle Beispiel haben Sie denn geliefert? – Hunderttausende Menschen waren auf der Straße. Sie sind von Ihnen maßlos enttäuscht. Das ist die Wahrheit und ehrliche Realität.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich dagegen möchte die Chance nutzen, dem bayerischen Praktikerrat zu danken, an dessen Spitze Marcel Huber sitzt, der uns unterstützt. Ich danke allen Landwirtinnen und Landwirten, die uns immer wieder Argumente liefern. Wir haben in Brüssel Gehör gefunden. Viele Entscheidungen sind nach unserem bayerischen Willen ausgefallen. Ich wünsche mir, dass nicht nur Brüssel öfter auf uns hört, sondern auch Berlin. Es

braucht weniger Ideologie und mehr Pragmatismus, gepaart mit gesundem Menschenverstand. Das wünsche ich mir. Hier kann man sich von Bayern einiges abschauen.

In diesem Sinne sage ich "Vergelts Gott!" an alle Bäuerinnen und Bauern in Bayern, an die Touristiker da draußen, die jeden Tag aufstehen und diesem Land sein Gesicht verleihen.

Ich wünsche mir, dass heute in diesem Haus alle, die es mit der Landwirtschaft und dem Tourismus ernst meinen, diesem Haushalt zustimmen. Da wird die Wahrheit hier auch gleich anders ausschauen. Ich wünsche unserer Heimat und unserer bayerischen Bauernschaft Gottes Segen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Frau Staatsministerin, es liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. Ich erteile zunächst Prof. Dr. Ingo Hahn von der AfD-Fraktion das Wort.

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Geschätzte Frau Staatsministerin Kaniber von der CSU-Fraktion, Sie haben den umfangreichen Haushalt für Landwirtschaft und allem, was dazugehört, hier vorgestellt. Wir haben ein Grundproblem in der Landwirtschaft; dieses Problem ist Ihr Problem als Ministerin: Wir haben ein massives Bauernhöfe- bzw. Höfesterben, und zwar nicht erst seit heute und auch nicht nur in Bayern. Dieses geschieht schon seit Jahrzehnten. Deshalb geht Ihr Verweis auf die Ampel fehl. Wir haben dieses Problem schon unter der Regierung Angela Merkels gesehen. Die CSU war an dieser Regierung beteiligt. Das Höfesterben setzt sich seit Langem fort. Jedes Jahr geht es weiter. Immer mehr Bauern müssen ihren Hof und ihre Arbeit aufgeben – und das bei diesem großen Budget. Das Motto lautet: Wachse oder stirb! Die Höfe müssen größer werden oder aufgeben. Leider ist es so, dass einige aufgeben müssen. Einige wachsen und andere sterben. Wann nutzen Sie dieses Geld, das Sie hier

zur Verfügung haben, damit die Leute weder ihren Hof noch ihren Beruf aufgeben müssen und dieser Trend irgendwann einmal beendet wird?

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Achten Sie bitte auf die Redezeit. – Frau Staatsministerin.

**Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus):** Sehr geehrter Herr Hahn, ich bin immer wieder überrascht, dass die AfD über das Höfesterben redet, reden doch genau Sie den Bauern ein, dass ein "Dexit" das einzig Wahre wäre. Damit wäre auch das Aus für viele Tausend Betriebe besiegelt, weil ein Austritt aus der EU auch einen Austritt aus der Gemeinsamen Agrarpolitik und den Direktzahlungen bedeuten würde. Damit wäre das das größte Bauernsterben aller Zeiten, provoziert durch die AfD.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Florian von Brunn

(SPD): Lieber Hendl als Hahn!)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Eine weitere Zwischenbemerkung des Kollegen Johannes Becher.

**Johannes Becher (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Staatsministerin! Während Ihrer Rede ist mir wieder bewusst geworden, wie gut und differenziert die Rede der Kollegin Müller von den FREIEN WÄHLERN war; war wirklich bemerkenswert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Von den Äußerungen aus dem Alten Testament bis hin zur Fragestellung, was in Berlin los ist, würde ich dann doch wieder zu den Niederungen der bayerischen Landespolitik zurückkommen wollen: Was ist eigentlich los in Bayern? – Niemand hat Sie gezwungen, 120 Millionen Euro jährlich zu versprechen. Sie haben das gemacht. Jetzt liefern Sie im Haushalt 2024 im Schnitt 20 Millionen, dann 20 Millionen im Haushalt 2025. Meine Frage von vorhin war: Wann werden die 120 Millionen Euro erreicht werden? Wie viele Stufen gibt es in der Zukunft denn? Ist das ein Ziel für 2026 oder

weit darüber hinaus? Das ist mir aus Ihren Ausführungen noch nicht ganz klar geworden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Ruth Müller (SPD): Das ist ein ungedeckter Scheck!)

**Staatsministerin Michaela Kaniber** (Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus): Ich weiß nicht, ob Sie, wenn Sie ein Haus bauen, der Baufirma gleich die Gesamtsumme auf den Tisch legen, obwohl das Haus noch gar nicht fertig ist. Genau darum geht es. Zukunft gestaltet man miteinander.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Ich bin Ihnen wegen der Frage gar nicht böse; Sie sind schon länger im Landtag. Ich glaube, dass man das schon sehr deutlich und klar erklären kann: Wenn wir in einen Zukunftsvertrag eintreten und wir zum Beispiel Ideen für das bayerische KULAP haben, dann läuft dieses Programm und ist auch notifiziert; man kann dann nicht einfach schnell reingehen und sagen, jetzt ändern wir noch schnell ein Programm. Das dürften Sie eigentlich wissen.

(Johannes Becher (GRÜNE): Wieso sagen Sie dann 120 Millionen?)

– Weil wir das genau so meinen. 120 Millionen waren immer für den Ausbau, Endausbau und Endstand versprochen.

(Johannes Becher (GRÜNE): Und wann kommen die? – Toni Schuberl (GRÜNE): Wann denn? – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Fragt doch nicht, sondern macht es selbst!)

– Wir machen es Stück für Stück, wie wir es mit den Bauern besprochen haben. Es kommt, im Aufbau und in den Zukunftsfragen.

(Unruhe)

Es geht doch auch um Reformprozesse mit den Verbundpartnern. Also, so hoppla hopp geht das einfach nicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Möglichkeit besteht ja immer. Sehen Sie, wir machen Politik mit Augenmaß, mit den Bäuerinnen und Bauern. Ihre Variante war, im Bund automatisch 320 Millionen Euro zu kürzen; da sind die Bauern auf die Straße gegangen. Das ist kein gutes Vorbild, was Sie da gemacht haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Johannes Becher (GRÜNE):  
Sehr aussagekräftig!)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025, Einzelplan 08, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/1362 mit 19/1370, 19/1373, 19/1375 mit 19/1409 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 19/2061.

Ich beginne mit der Abstimmung über die zwei Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, über die auf Wunsch der Initiatoren namentlich abgestimmt werden soll.

Die Abstimmung wird elektronisch durchgeführt, zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Zukunftsvertrag einhalten – Stärkere finanzielle Unterstützung der Umsetzung der Projektwochen „Alltagskompetenzen – Schule fürs Leben“ auf Drucksache 19/1363 in namentlicher Form. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Änderungsantrag zur Ablehnung. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 11:54 bis 11:57 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Die Abstimmung ist beendet.

Es folgt nun die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Zukunftsvertrag umsetzen – gesunde, ökologische und regionale Ernährung ausbauen" auf Drucksache 19/1367. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen ebenfalls zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt dieses Mal zwei Minuten. Die Abstimmung ist freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 11:58 bis 12:00 Uhr)

Die zwei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung.

Wir müssen die Sitzung kurz unterbrechen, bis die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen vorliegen.

(Unterbrechung von 12:00 bis 12:02 Uhr)

Ich nehme die Sitzung wieder auf und gebe die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekannt, zunächst zum Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN betreffend "Zukunftsvertrag einhalten – Stärkere finanzielle Unterstützung der Umsetzung der Projektwochen „Alltagskompetenzen – Schule fürs Leben“ auf Drucksache 19/1363. Mit Ja haben 41 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 127. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

Zum Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN betreffend "Zukunftsvertrag umsetzen – gesunde ökologische regionale Ernährung ausbauen" auf Drucksache 19/1367: Mit Ja haben 41 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 125. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 9)

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 08. Der Einzelplan 08 wird vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 19/2061 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 08 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Stimmenhaltungen? – Keine. Damit ist der Haushalt mit den Stimmen der CSU und der FREIEN WÄHLER gegen die Stimmen der GRÜNEN, der SPD und der AfD angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 10)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

"Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2024/2025 vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU und AfD. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 19/2061, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/1391 mit 19/1409 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 08 ist damit abgeschlossen.

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 05.06.2024 zu Tagesordnungspunkt 8: Änderungsantrag der Abgeordneten Mia Goller, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2024/2025; hier: Zukunftsvertrag einhalten - Stärkere finanzielle Unterstützung der Umsetzung der Projektwochen "Alltagskompetenzen - Schule fürs Leben" (Kap. 08 03 Tit. 547 75) (Drucksache 19/1363)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Adjei Benjamin</b>	X			<b>Eberwein Jürgen</b>		X	
<b>Aigner Ilse</b>				<b>Dr. Ebner Stefan</b>		X	
<b>Aiwanger Hubert</b>				<b>Ebner-Steiner Katrin</b>		X	
<b>Arnold Dieter</b>		X		<b>Dr. Eiling-Hütig Ute</b>		X	
<b>Arnold Horst</b>	X			<b>Eisenreich Georg</b>			
<b>Artmann Daniel</b>		X		<b>Enders Susann</b>		X	
<b>Atzinger Oskar</b>		X					
				<b>Fackler Wolfgang</b>		X	
<b>Bäumler Nicole</b>	X			<b>Fehlner Martina</b>			
<b>Bauer Volker</b>				<b>Feichtmeier Christiane</b>	X		
<b>Baumann Jörg</b>		X		<b>Flierl Alexander</b>		X	
<b>Baumgärtner Jürgen</b>		X		<b>Freller Karl</b>		X	
<b>Baur Konrad</b>		X		<b>Freudenberger Thorsten</b>		X	
<b>Prof. Dr. Bausback Winfried</b>		X		<b>Friedl Patrick</b>	X		
<b>Becher Johannes</b>	X			<b>Friesinger Sebastian</b>		X	
<b>Beck Tobias</b>		X		<b>Frühbeißer Stefan</b>		X	
<b>Becker Barbara</b>		X		<b>Fuchs Barbara</b>			
<b>Dr. Behr Andrea</b>		X		<b>Füracker Albert</b>			
<b>Behringer Martin</b>		X					
<b>Beißwenger Eric</b>				<b>Gerlach Judith</b>		X	
<b>Bergmüller Franz</b>		X		<b>Gießübel Martina</b>		X	
<b>Bernreiter Christian</b>				<b>Glauber Thorsten</b>			
<b>Birzele Andreas</b>	X			<b>Goller Mia</b>	X		
<b>Blume Markus</b>				<b>Gotthardt Tobias</b>			
<b>Böhm Martin</b>		X		<b>Graupner Richard</b>		X	
<b>Bötl Maximilian</b>		X		<b>Grießhammer Holger</b>	X		
<b>Bozoglu Cemal</b>	X			<b>Grob Alfred</b>		X	
<b>Brannekämper Robert</b>		X		<b>Groß Johann</b>		X	
<b>von Brunn Florian</b>	X			<b>Gross Sabine</b>	X		
<b>Dr. Brunnhuber Martin</b>		X		<b>Grossmann Patrick</b>		X	
<b>Dr. Büchler Markus</b>				<b>Guttenberger Petra</b>		X	
<b>Celina Kerstin</b>	X			<b>Prof. Dr. Hahn Ingo</b>		X	
				<b>Halbleib Volkmar</b>	X		
<b>Deisenhofer Maximilian</b>	X			<b>Halemba Daniel</b>			
<b>Demirel Gülseren</b>	X			<b>Hartmann Ludwig</b>	X		
<b>Dierkes Rene</b>		X		<b>Hauber Wolfgang</b>		X	
<b>Dierl Franc</b>		X		<b>Heinisch Bernhard</b>		X	
<b>Dr. Dietrich Alexander</b>		X		<b>Heisl Josef</b>			
<b>Dietz Leo</b>		X		<b>Dr. Herrmann Florian</b>		X	
<b>Dorow Alex</b>		X		<b>Herrmann Joachim</b>			
<b>Dremel Holger</b>		X		<b>Hierneis Christian</b>	X		
<b>Dünkel Norbert</b>				<b>Högl Petra</b>		X	
				<b>Hofmann Michael</b>		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Hold</b> Alexander			
<b>Holetschek</b> Klaus		X	
<b>Holz</b> Thomas		X	
<b>Dr. Hopp</b> Gerhard		X	
<b>Huber</b> Martin			
<b>Huber</b> Martin Andreas		X	
<b>Huber</b> Thomas		X	
<b>Huml</b> Melanie		X	
<b>Jäckel</b> Andreas		X	
<b>Jakob</b> Marina		X	
<b>Jungbauer</b> Björn		X	
<b>Jurca</b> Andreas			
<b>Kaniber</b> Michaela		X	
<b>Kaufmann</b> Andreas		X	
<b>Kirchner</b> Sandro			
<b>Knoblach</b> Paul	X		
<b>Knoll</b> Manuel		X	
<b>Köhler</b> Claudia	X		
<b>Köhler</b> Florian		X	
<b>Kohler</b> Jochen		X	
<b>Koller</b> Michael		X	
<b>Konrad</b> Joachim		X	
<b>Krahl</b> Andreas			
<b>Kraus</b> Nikolaus		X	
<b>Kühn</b> Harald		X	
<b>Kurz</b> Sanne			
<b>Lausch</b> Josef		X	
<b>Lettenbauer</b> Eva	X		
<b>Lindinger</b> Christian		X	
<b>Lipp</b> Oskar		X	
<b>Locke</b> Felix		X	
<b>Löw</b> Stefan		X	
<b>Dr. Loibl</b> Petra		X	
<b>Ludwig</b> Rainer		X	
<b>Magerl</b> Roland		X	
<b>Maier</b> Christoph			
<b>Mang</b> Ferdinand		X	
<b>Mannes</b> Gerd		X	
<b>Dr. Mehring</b> Fabian		X	
<b>Meier</b> Johannes		X	
<b>Meußgeier</b> Harald			
<b>Meyer</b> Stefan			
<b>Miskowitsch</b> Benjamin		X	
<b>Mistol</b> Jürgen	X		
<b>Mittag</b> Martin		X	
<b>Müller</b> Johann		X	
<b>Müller</b> Ruth	X		
<b>Müller</b> Ulrike		X	
<b>Nolte</b> Benjamin		X	
<b>Nussel</b> Walter		X	
<b>Dr. Oetzing</b> Stephan		X	
<b>Osgyan</b> Verena			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Pargent</b> Tim	X		
<b>Prof. Dr. Piazzolo</b> Michael		X	
<b>Pirner</b> Thomas		X	
<b>Pohl</b> Bernhard		X	
<b>Post</b> Julia	X		
<b>Preidl</b> Julian		X	
<b>Rasehorn</b> Anna	X		
<b>Rauscher</b> Doris	X		
<b>Reiß</b> Tobias		X	
<b>Rinderspacher</b> Markus			
<b>Rittel</b> Anton		X	
<b>Roon</b> Elena		X	
<b>Saller</b> Markus		X	
<b>Schack</b> Jenny			
<b>Schalk</b> Andreas		X	
<b>Scharf</b> Martin		X	
<b>Scharf</b> Ulrike		X	
<b>Scheuenstuhl</b> Harry	X		
<b>Schießl</b> Werner		X	
<b>Schmid</b> Franz			
<b>Schmid</b> Josef		X	
<b>Schmidt</b> Gabi			
<b>Schnotz</b> Helmut		X	
<b>Schnürer</b> Sascha		X	
<b>Schöffel</b> Martin		X	
<b>Schorer-Dremel</b> Tanja		X	
<b>Schreyer</b> Kerstin		X	
<b>Schuberl</b> Toni	X		
<b>Schuhknecht</b> Stephanie	X		
<b>Schulze</b> Katharina			
<b>Schwab</b> Thorsten		X	
<b>Dr. Schwartz</b> Harald		X	
<b>Seidenath</b> Bernhard		X	
<b>Siekmann</b> Florian	X		
<b>Singer</b> Ulrich		X	
<b>Dr. Söder</b> Markus		X	
<b>Sowa</b> Ursula	X		
<b>Stadler</b> Ralf		X	
<b>Stieglitz</b> Werner		X	
<b>Stock</b> Martin		X	
<b>Stolz</b> Anna			
<b>Storm</b> Ramona		X	
<b>Straub</b> Karl		X	
<b>Streibl</b> Florian		X	
<b>Striedl</b> Markus		X	
<b>Dr. Strohmayer</b> Simone	X		
<b>Stümpfig</b> Martin	X		
<b>Tasdelen</b> Arif	X		
<b>Tomaschko</b> Peter		X	
<b>Toso</b> Roswitha		X	
<b>Trautner</b> Carolina		X	
<b>Triebel</b> Gabriele	X		
<b>Vogel</b> Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Vogler</b> Matthias		X	
<b>Wachler</b> Peter		X	
<b>Wagle</b> Martin		X	
<b>Walbrunn</b> Markus		X	
Freiherr von <b>Waldenfels</b> Kristan		X	
<b>Waldmann</b> Ruth	X		
<b>Weber</b> Laura	X		
Dr. <b>Weigand</b> Sabine	X		
<b>Weigert</b> Roland			
<b>Weitzel</b> Katja	X		
<b>Widmann</b> Jutta		X	
<b>Winhart</b> Andreas		X	
<b>Zellmeier</b> Josef		X	
<b>Zierer</b> Benno			
Freiherr von <b>Zobel</b> Felix		X	
<b>Zöller</b> Thomas		X	
<b>Zwanziger</b> Christian	X		
<b>Gesamtsumme</b>	41	127	0

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 05.06.2024 zu Tagesordnungspunkt 8: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2024/2025; hier: Zukunftsvertrag umsetzen - gesunde, ökologische und regionale Ernährung ausbauen (Kap. 08 40 Tit. 422 01) (Drucksache 19/1367)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Adjei Benjamin</b>	X			<b>Eberwein Jürgen</b>		X	
<b>Aigner Ilse</b>				<b>Dr. Ebner Stefan</b>		X	
<b>Aiwanger Hubert</b>				<b>Ebner-Steiner Katrin</b>		X	
<b>Arnold Dieter</b>		X		<b>Dr. Eiling-Hütig Ute</b>		X	
<b>Arnold Horst</b>	X			<b>Eisenreich Georg</b>			
<b>Artmann Daniel</b>		X		<b>Enders Susann</b>		X	
<b>Atzinger Oskar</b>		X					
				<b>Fackler Wolfgang</b>		X	
<b>Bäumler Nicole</b>	X			<b>Fehlner Martina</b>			
<b>Bauer Volker</b>				<b>Feichtmeier Christiane</b>	X		
<b>Baumann Jörg</b>		X		<b>Flierl Alexander</b>		X	
<b>Baumgärtner Jürgen</b>		X		<b>Freller Karl</b>		X	
<b>Baur Konrad</b>		X		<b>Freudenberger Thorsten</b>		X	
<b>Prof. Dr. Bausback Winfried</b>		X		<b>Friedl Patrick</b>	X		
<b>Becher Johannes</b>	X			<b>Friesinger Sebastian</b>		X	
<b>Beck Tobias</b>		X		<b>Frühbeißer Stefan</b>		X	
<b>Becker Barbara</b>		X		<b>Fuchs Barbara</b>			
<b>Dr. Behr Andrea</b>		X		<b>Füracker Albert</b>			
<b>Behringer Martin</b>		X					
<b>Beißwenger Eric</b>				<b>Gerlach Judith</b>		X	
<b>Bergmüller Franz</b>		X		<b>Gießübel Martina</b>		X	
<b>Bernreiter Christian</b>				<b>Glauber Thorsten</b>			
<b>Birzele Andreas</b>	X			<b>Goller Mia</b>	X		
<b>Blume Markus</b>				<b>Gotthardt Tobias</b>			
<b>Böhm Martin</b>		X		<b>Graupner Richard</b>		X	
<b>Bötl Maximilian</b>		X		<b>Grießhammer Holger</b>	X		
<b>Bozoglu Cemal</b>	X			<b>Grob Alfred</b>		X	
<b>Brannekämper Robert</b>		X		<b>Groß Johann</b>		X	
<b>von Brunn Florian</b>	X			<b>Gross Sabine</b>	X		
<b>Dr. Brunnhuber Martin</b>		X		<b>Grossmann Patrick</b>		X	
<b>Dr. Büchler Markus</b>				<b>Guttenberger Petra</b>		X	
<b>Celina Kerstin</b>	X			<b>Prof. Dr. Hahn Ingo</b>		X	
				<b>Halbleib Volkmar</b>	X		
<b>Deisenhofer Maximilian</b>	X			<b>Halemba Daniel</b>			
<b>Demirel Gülseren</b>	X			<b>Hartmann Ludwig</b>	X		
<b>Dierkes Rene</b>		X		<b>Hauber Wolfgang</b>		X	
<b>Dierl Franc</b>		X		<b>Heinisch Bernhard</b>		X	
<b>Dr. Dietrich Alexander</b>		X		<b>Heisl Josef</b>			
<b>Dietz Leo</b>		X		<b>Dr. Herrmann Florian</b>		X	
<b>Dorow Alex</b>		X		<b>Herrmann Joachim</b>			
<b>Dremel Holger</b>		X		<b>Hierneis Christian</b>	X		
<b>Dünkel Norbert</b>				<b>Högl Petra</b>		X	
				<b>Hofmann Michael</b>		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Hold</b> Alexander			
<b>Holetschek</b> Klaus		X	
<b>Holz</b> Thomas		X	
<b>Dr. Hopp</b> Gerhard		X	
<b>Huber</b> Martin			
<b>Huber</b> Martin Andreas		X	
<b>Huber</b> Thomas		X	
<b>Huml</b> Melanie		X	
<b>Jäckel</b> Andreas		X	
<b>Jakob</b> Marina		X	
<b>Jungbauer</b> Björn		X	
<b>Jurca</b> Andreas			
<b>Kaniber</b> Michaela			
<b>Kaufmann</b> Andreas		X	
<b>Kirchner</b> Sandro			
<b>Knoblach</b> Paul	X		
<b>Knoll</b> Manuel		X	
<b>Köhler</b> Claudia	X		
<b>Köhler</b> Florian		X	
<b>Kohler</b> Jochen		X	
<b>Koller</b> Michael		X	
<b>Konrad</b> Joachim		X	
<b>Krahl</b> Andreas			
<b>Kraus</b> Nikolaus		X	
<b>Kühn</b> Harald		X	
<b>Kurz</b> Sanne			
<b>Lausch</b> Josef		X	
<b>Lettenbauer</b> Eva	X		
<b>Lindinger</b> Christian		X	
<b>Lipp</b> Oskar		X	
<b>Locke</b> Felix		X	
<b>Löw</b> Stefan		X	
<b>Dr. Loibl</b> Petra		X	
<b>Ludwig</b> Rainer		X	
<b>Magerl</b> Roland		X	
<b>Maier</b> Christoph			
<b>Mang</b> Ferdinand		X	
<b>Mannes</b> Gerd		X	
<b>Dr. Mehring</b> Fabian			
<b>Meier</b> Johannes		X	
<b>Meußgeier</b> Harald			
<b>Meyer</b> Stefan			
<b>Miskowitsch</b> Benjamin		X	
<b>Mistol</b> Jürgen	X		
<b>Mittag</b> Martin		X	
<b>Müller</b> Johann		X	
<b>Müller</b> Ruth	X		
<b>Müller</b> Ulrike		X	
<b>Nolte</b> Benjamin		X	
<b>Nussel</b> Walter		X	
<b>Dr. Oetzinger</b> Stephan		X	
<b>Osgyan</b> Verena			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Pargent</b> Tim	X		
<b>Prof. Dr. Piazzolo</b> Michael		X	
<b>Pirner</b> Thomas		X	
<b>Pohl</b> Bernhard		X	
<b>Post</b> Julia	X		
<b>Preidl</b> Julian		X	
<b>Rasehorn</b> Anna	X		
<b>Rauscher</b> Doris	X		
<b>Reiß</b> Tobias		X	
<b>Rinderspacher</b> Markus			
<b>Rittel</b> Anton		X	
<b>Roon</b> Elena		X	
<b>Saller</b> Markus		X	
<b>Schack</b> Jenny			
<b>Schalk</b> Andreas		X	
<b>Scharf</b> Martin		X	
<b>Scharf</b> Ulrike		X	
<b>Scheuenstuhl</b> Harry	X		
<b>Schießl</b> Werner		X	
<b>Schmid</b> Franz			
<b>Schmid</b> Josef		X	
<b>Schmidt</b> Gabi			
<b>Schnotz</b> Helmut		X	
<b>Schnürer</b> Sascha		X	
<b>Schöffel</b> Martin		X	
<b>Schorer-Dremel</b> Tanja		X	
<b>Schreyer</b> Kerstin		X	
<b>Schuberl</b> Toni	X		
<b>Schuhknecht</b> Stephanie	X		
<b>Schulze</b> Katharina			
<b>Schwab</b> Thorsten		X	
<b>Dr. Schwartz</b> Harald		X	
<b>Seidenath</b> Bernhard		X	
<b>Siekmann</b> Florian	X		
<b>Singer</b> Ulrich		X	
<b>Dr. Söder</b> Markus		X	
<b>Sowa</b> Ursula	X		
<b>Stadler</b> Ralf		X	
<b>Stieglitz</b> Werner		X	
<b>Stock</b> Martin		X	
<b>Stolz</b> Anna			
<b>Storm</b> Ramona		X	
<b>Straub</b> Karl		X	
<b>Streibl</b> Florian		X	
<b>Striedl</b> Markus		X	
<b>Dr. Strohmayer</b> Simone	X		
<b>Stümpfig</b> Martin	X		
<b>Tasdelen</b> Arif	X		
<b>Tomaschko</b> Peter		X	
<b>Toso</b> Roswitha		X	
<b>Trautner</b> Carolina		X	
<b>Triebel</b> Gabriele	X		
<b>Vogel</b> Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Vogler</b> Matthias		X	
<b>Wachler</b> Peter		X	
<b>Wagle</b> Martin		X	
<b>Walbrunn</b> Markus		X	
Freiherr von <b>Waldenfels</b> Kristan		X	
<b>Waldmann</b> Ruth	X		
<b>Weber</b> Laura	X		
Dr. <b>Weigand</b> Sabine	X		
<b>Weigert</b> Roland			
<b>Weitzel</b> Katja	X		
<b>Widmann</b> Jutta		X	
<b>Winhart</b> Andreas		X	
<b>Zellmeier</b> Josef		X	
<b>Zierer</b> Benno			
Freiherr von <b>Zobel</b> Felix		X	
<b>Zöller</b> Thomas		X	
<b>Zwanziger</b> Christian	X		
<b>Gesamtsumme</b>	41	125	0

## Mitteilung

### des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt 8

#### **Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 08**

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Mittagessen in der Schule: gesund, bio, kostenlos –  
von der Situationsanalyse zum Verpflegungskonzept  
(Kap. 08 02 Tit. 526 11)  
Drs. 19/1362
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Mia Goller, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zukunftsvertrag einhalten – Stärkere finanzielle Unterstützung der  
Umsetzung der Projektwochen „Alltagskompetenzen – Schule fürs Leben“  
(Kap. 08 03 Tit. 547 75)  
Drs. 19/1363
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sonderförderung Bio  
(Kap. 08 03 TG 55 neuer Tit.)  
Drs. 19/1364
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Kürzung der Zuschüsse zum Ausbau und Modernisierung  
der Seilbahnen – keine weiteren Schneekanonen  
(Kap. 08 09 Tit. 893 78)  
Drs. 19/1365
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuschüsse an Kommunen für Beratung und Erarbeitung von Konzepten  
zum nachhaltigen Tourismus  
(Kap. 08 09 TG 78 - 79 neuer Tit.)  
Drs. 19/1366

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zukunftsvertrag umsetzen – gesunde, ökologische und regionale Ernährung ausbauen  
(Kap. 08 40 Tit. 422 01)  
Drs. 19/1367
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zukunftsvertrag umsetzen – starke Beratungsteams für praxisbezogene Beratung  
(Kap. 08 40 Tit. 422 01)  
Drs. 19/1368
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Den ökologischen Landbau attraktiver gestalten  
(Kap. 08 03 Tit. 683 55)  
Drs. 19/1369
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Produktivität und Umweltverträglichkeit erhöhen – Digitalisierung der Landwirtschaft fördern  
(Kap. 08 03 Tit. 683 98)  
Drs. 19/1370
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Renaturierung von Mooren im Staatswald verstetigen  
(Kap. 08 05 Tit. 682 01)  
Drs. 19/1373
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Kommunen beim Waldumbau angemessen unterstützen  
(Kap. 08 05 Tit. 891 97)  
Drs. 19/1375
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Private Waldbesitzer beim Waldumbau angemessen unterstützen  
(Kap. 08 05 Tit. 892 97)  
Drs. 19/1376
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Produktivität und Umweltverträglichkeit erhöhen – Agrarforschung ausbauen  
(Kap. 08 10 Tit. 428 60)  
Drs. 19/1377

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Schlagkräftige Forstverwaltungen für einen beschleunigten Waldumbau  
(Kap. 08 40 Tit. 428 02)  
Drs. 19/1378
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Oskar Lipp, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Treibhausgasausgleich  
(Kap. 08 02 Tit. 533 49)  
Drs. 19/1379
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Oskar Lipp, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Photovoltaik auf staatlichen Dächern  
(Kap. 08 02 Tit. 701 11)  
Drs. 19/1380
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Harald Meußgeier, Oskar Lipp und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Für eine langfristige Zukunft von Streuobstwiesen  
ohne staatliche Subventionen  
(Kap. 08 03 Tit. 686 58)  
Drs. 19/1381
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Oskar Lipp, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuschüsse zur Förderung des Pferdesports  
(Kap. 08 03 Tit. 686 96)  
Drs. 19/1382
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Harald Meußgeier, Oskar Lipp und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Förderung von baulichen und sonstigen Einrichtungen in der Tierzucht  
einschließlich Vermarktungseinrichtungen  
(Kap. 08 03 Tit. 892 96)  
Drs. 19/1383
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Harald Meußgeier, Oskar Lipp und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Begleitmaßnahmen zur Verhinderung des Höfesterbens  
(Kap. 08 03 neuer Tit.)  
Drs. 19/1384
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Oskar Lipp, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Pilotprojekt: Digitalisierung für mehr Tierwohl  
(Kap. 08 03 neuer Tit.)  
Drs. 19/1385

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Harald Meußgeier, Oskar Lipp und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Für eine umweltverträgliche Landwirtschaft, regional und vielfältig  
(Kap. 08 03 neuer Tit.)  
Drs. 19/1386
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Oskar Lipp, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Ausgleichszulage für landwirtschaftliche Betriebe in roten und gelben Gebieten  
(Kap. 08 04 neuer Tit.)  
Drs. 19/1387
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Oskar Lipp, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Kompensation von Wolfsschäden umfassend sicherstellen  
(Kap. 08 05 TG 88 neuer Tit.)  
Drs. 19/1388
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Harald Meußgeier, Oskar Lipp und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Förderprogramm für kleine Skiliftbetreiber  
(Kap. 08 09 neuer Tit.)  
Drs. 19/1389
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Harald Meußgeier, Oskar Lipp und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Drohnenforschung für landwirtschaftliche Nutzung vorantreiben  
(Kap. 08 10 neuer Tit.)  
Drs. 19/1390

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Manuel Knoll

Abg. Elena Roon

Abg. Franc Dierl

Abg. Felix Locke

Abg. Stefan Frühbeißer

Abg. Kerstin Celina

Abg. Doris Rauscher

Abg. Thomas Huber

Abg. Julia Post

Abg. Anton Rittel

Staatsministerin Ulrike Scharf

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

## **Haushaltsplan 2024/2025**

### **Einzelplan 10**

**für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Familie,  
Arbeit und Soziales**

hierzu:

**Änderungsanträge** der SPD-Fraktion (Drsn. 19/1007 mit 19/1026)

**Änderungsanträge** der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 19/1027 mit 19/1036)

**Änderungsanträge** der AfD-Fraktion (Drsn. 19/1037 mit 19/1085)

**Interfraktionelle Änderungsanträge** der Fraktion FREIE WÄHLER und von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 19/1086 mit 19/1091)

**Interfraktionelle Änderungsanträge** von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 19/1092 mit 19/1109, 19/1129 mit 19/1132, 19/1450 und 19/1451)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach den Festlegungen im Ältestenrat auch hier 45 Minuten. Die Redezeiten sind Ihnen mittlerweile bekannt. Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu ihren beiden Änderungsanträgen auf den Drucksachen 19/1027 und 19/1032 sowie die SPD-Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 19/1016 namentliche Abstimmung beantragt haben. Zudem hat die AfD-Fraktion zu ihren drei Änderungsanträgen auf den Drucksachen 19/1054, 19/1064 und 19/1072 Einzelabstimmung in einfacher Form beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Manuel Knoll das Wort.

**Manuel Knoll (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Staatsministerin Ulrike Scharf, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 10 des Doppelhaushalts gehört mit dem veranschlagten Volumen von 8,4 Milliarden Euro im

Jahr 2024 bzw. 8,5 Milliarden Euro für das Jahr 2025 zu den drei größten Posten im bayerischen Staatshaushalt. Das entspricht jeweils rund 11,5 % des Gesamthaushalts. Bei genauerer Betrachtung fällt auf, dass sich der Anteil des Freistaates Bayern gegenüber den haushaltsneutralen Mitteln, also den Mitteln, die auf bundesgesetzlichen oder europäischen Grundlagen beruhen, in den letzten Jahren vergrößert hat. 2025 wird dieser Anteil sogar 49 % betragen. Diese Steigerung ist ebenso wie die Entwicklung der freiwilligen Ausgaben, die im Jahr 2024 gegenüber dem Jahr 2023 um beachtliche 22,7 % auf 371 Millionen Euro gestiegen sind, ein Beleg dafür, dass uns die Schwächeren in der Gesellschaft nicht egal sind und wir diese nicht alleinlassen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Werte Kolleginnen und Kollegen, dieser Anstieg ist in einer Zeit sinkender Steuereinnahmen und unsicherer wirtschaftlicher Entwicklung in Deutschland bemerkenswert und damit ein beachtlicher Erfolg dieser Regierungskoalition.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Trotzdem kann Geld allein unsere gesellschaftlichen Herausforderungen nicht lösen. Ich darf dabei an den Leitgedanken des kürzlich verstorbenen Landtagspräsidenten Alois Glück erinnern, der immer wieder eine aktive Bürgergesellschaft gefordert hat. Von Alois Glück stammt das Zitat: "Alle Maßnahmen unserer Politik müssen darauf abzielen, Anreize zu geben und Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass Menschen aktiviert werden und ihre Möglichkeiten entfalten können." Unser Maßstab des Handelns heißt "Fördern und Fordern". Genau in diesem Sinne wurde dieser vorliegende Haushaltsentwurf ausgearbeitet.

Uns, der Regierungskoalition, liegen die Familien besonders am Herzen. Wir wollen eine familienfreundliche Gesellschaft, die die Basis für eine gute Zukunft unseres Landes darstellt. Die familienpolitischen Leistungen stellen mit rund 57,8 % aller Ausgaben den Schwerpunkt des Sozialhaushalts dar. Dass Bayern ein Familienland ist, sieht man auch an den Investitionen in die Kindertagesstätten. Hieraus ergab sich ge-

genüber dem letzten Haushaltsjahr die weitaus größte Ausgabensteigerung auf 425 Millionen Euro für 2024 und 520 Millionen Euro für 2025. Aufgrund der momentan hohen Geburtenzahlen erhöhen sich zudem die Ansätze für das Bayerische Familiengeld und das Bayerische Krippengeld. Zusätzlich steigt auch der Beitragszuschuss für Eltern von Kindern in Kindertageseinrichtungen. Das liegt aber nicht allein an der höheren Geburtenzahl, sondern auch an der Besuchsquote. Damit ist auch klar, dass das Angebot von den Eltern angenommen wird.

Werte Kolleginnen und Kollegen, der Einzelplan 10 zeigt, dass wir für alle Generationen da sind. Wir unterstützen massiv die Jugendarbeit, die Jugendverbände und die Jugendsozialarbeit in Bayern. Das sind in diesem Jahr 87 Millionen Euro, wovon 32 Millionen Euro für den Bayerischen Jugendring vorgesehen sind. Natürlich liegen uns aber auch die Seniorinnen und Senioren am Herzen. Auch für sie sind wieder zahlreiche Maßnahmen in diesen Haushalt eingestellt. Die Regierungskoalition stellt sich zudem den gesellschaftlichen Herausforderungen im Bereich Extremismus und Radikalisierung. Hass und Hetze haben in Bayern keinen Platz.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb ist die Erhöhung des Budgets für Präventionsmaßnahmen gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus auf 4,9 Millionen Euro im Jahr 2024 und auf 5,1 Millionen Euro im Jahr 2025 ein folgerichtiger Beitrag zum Schutz unserer Demokratie.

An dieser Stelle darf ich auch an den wichtigen Beitrag erinnern, den wir für die Vertriebenen und Spätaussiedler leisten. In diesem Haushalt sind wieder 10 Millionen Euro dafür eingestellt, speziell von CSU und FREIEN WÄHLERN wird noch mal 1 Million Euro für das Haus der Heimat in Landshut bereitgestellt.

Ein weiteres wichtiges Thema ist Gleichstellung und Chancengleichheit. Auch hier setzen wir einen wichtigen Eckpfeiler, der sich im Haushalt unter anderem durch eine Steigerung des Haushaltsansatzes um 220.000 Euro gegenüber 2023 bemerkbar macht.

Zusammenfassend lässt sich also sagen: Obwohl die finanzielle Herausforderung gegenüber den vorigen Jahren nicht kleiner wird, können wir einen ausgeglichenen Haushalt ohne Kürzungen vorlegen, der wichtige Akzente einer modernen Familien- und Sozialpolitik in Bayern setzt.

Abschließend möchte ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sozialministeriums für ihre große Leistung bei der Vorbereitung des Haushalts sowie für die gute Zusammenarbeit bedanken. Natürlich gilt mein herzlicher Dank auch der Spitze des Hauses, unserer Frau Staatsministerin Scharf für ihren vorbildlichen Einsatz für die sozialen Belange in Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zu guter Letzt möchte ich mich bei den vielen Beschäftigten in den sozialen Berufen in Bayern bedanken, die unsere Gesellschaft maßgeblich zusammenhalten und dieses Zahlenwerk mit Leben erfüllen, sei es in den Kindergärten und Kindertagesstätten, den Seniorenheimen, den Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen, den Frauenhäusern oder den Beratungsstellen vieler anderer sozialer Einrichtungen. Mein Dank gilt natürlich auch unserem Ehrenamt, das in den letzten Tagen beim Hochwasser eine hervorragende Arbeit geleistet hat, ohne die es nicht gehen wird. Danke, dass Sie Ihren Dienst für Bayern tun und damit zu einem sozialen- und familienfreundlichen Bayern beitragen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich darf nun das Hohe Haus um die Zustimmung zum vorliegenden Haushalt bitten.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Als Nächster erteile ich Frau Kollegin Elena Roon das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Elena Roon (AfD):** Sehr geehrtes Präsidium, werte Kollegen, liebe Zuschauer, auch liebe Zuschauer draußen! Hören Sie gut zu, es geht heute um Steuergelder.

Ich beginne mit ein paar Zahlen: Die Armutsquote in Deutschland beträgt laut Statistischem Bundesamt 16,8 %. Das bedeutet, in Deutschland sind 14,2 Millionen Menschen arm. Knapp zwei Drittel der erwachsenen Armen gehen einer Arbeit nach oder befinden sich in Rente. Ein Fünftel der Armen in Deutschland sind Kinder. 21,8 % aller Kinder in Deutschland gelten als arm. Das ist nicht wenig. Am häufigsten sind mit 43,2 % Kinder von Alleinerziehenden betroffen.

In Bayern ist jeder Achte von Armut betroffen. Ich frage Sie: Wie kann es überhaupt sein, dass in einem eigentlich reichen Land wie Deutschland oder in einem der reichsten Bundesländer wie Bayern derart viele Menschen arm sind?

(Beifall bei der AfD)

Vor allem viele Kinder sind betroffen. Es steht wohl außer Frage, dass wir hier noch lange nicht das Ende der Fahnenstange erreicht haben, wenn man sich die aktuelle Politik anschaut. Inflation, enorme Steuer- und Abgabenlast, Deindustrialisierung, Masseneinwanderung, Amigo-Wirtschaft oder eine völlig entartete und ideologische Politik zum Schaden der Fleißigen in unserem Land, all das sorgt dafür, dass das eigentlich wohlhabende und gut aufgestellte Deutschland nach und nach zu einem Entwicklungsland wird. Das haben Sie, Kollegen von der CSU, gemeinsam mit den FREIEN WÄHLERN mit zu verantworten.

(Beifall bei der AfD)

Die Ampel-Regierung führt nun das Werk von Angela Merkel fort und, wenn man sich den Zustand unseres Landes anschaut, auch zu Ende. Sie brauchen gar nicht immer nach Berlin zu brüllen. Sie sind abgehoben und haben jegliches Maß verloren.

(Beifall bei der AfD)

Bürgernähe ist Ihnen genauso fremd wie ein verantwortungsvoller Umgang mit Steuergeldern. Dieser Haushalt, hier im Speziellen der Einzelplan 10 für Soziales, trieft nur so vor Ideologie und Intransparenz.

(Tim Pargent (GRÜNE): Nichts drauf als billige Parolen!)

Nehmen wir die enorme Förderung des Bayerischen Jugendrings. Dort sollen wieder rund 28,3 Millionen Euro für zwei Jahre hineinfließen, obwohl der Oberste Rechnungshof schon mehrfach monierte, dass die Stellenausstattung und die Eingruppierung überdimensioniert und zu großzügig bemessen seien.

Ich sage es eindeutig: Die AfD ist nicht gegen Jugendarbeit. Wir sind nur gegen staatlich finanzierte politisch linke Indoktrination der Jugendlichen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf der Abgeordneten Ruth Müller (SPD))

– Das fehlt wohl Ihnen wahrscheinlich! – Bekanntlich sind auch die "Falken", eine der Antifa nahestehende und somit mutmaßlich militante Organisation, Teil des Bayerischen Jugendringes. Wie ist das mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung vereinbar? – Gar nicht.

Weil wir schon bei Ideologie sind: Knapp 200 Millionen Euro sind vorgesehen für die Unterbringung, Versorgung und Betreuung von sogenannten Flüchtlingen sowie zugehöriges Personal und Vormundschaften. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge werden dauerhaft weniger als 2 % der Asylbewerber tatsächlich als Asylberechtigte anerkannt. Wir brauchen jetzt eine konzentrierte Remigrationsoffensive. Jeder, der kein Recht auf Asyl in Deutschland hat, muss abgeschoben werden!

(Beifall bei der AfD)

Die Konsequenzen des Bleibens von nicht abgeschobenen, sogar abgelehnten Asylbewerbern durften wir jetzt in Mannheim erleben. Das Blut dieser Opfer und Tausender weiterer Opfer in Deutschland klebt auch an Ihren Händen.

(Beifall bei der AfD – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Billig!)

Sie haben diese rechtswidrige Politik der offenen Grenzen von Merkel mitgetragen. Sie befördern es auch noch zusätzlich, indem jeder, der einen Fuß in dieses Land setzt und "Asyl" schreit, sofort alle Vorzüge des deutschen Sozialstaats für sich in Anspruch nehmen kann.

(Florian von Brunn (SPD): Lügen!)

Einzig die AfD ist gegen diese illegale – ich wiederhole: illegale – Massenmigration und will die Bevölkerung vor islamistischem Terror schützen.

(Beifall bei der AfD – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wie sind Sie denn nach Deutschland gekommen?)

– Ich bin deutsch und bin in das Land meiner Vorfahren gekommen.

(Zurufe von der AfD – Florian Köhler (AfD): Unfassbar!)

Da sind wir schon beim Sozialstaat. Welche Aufgaben hat dieser? – Ich bezweifle, dass Sie das wissen, Herr Pohl. Ich bezweifle es tatsächlich.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Was?)

Der deutsche Sozialstaat soll dafür sorgen, dass alle deutschen Bürger ein würdevolles Leben führen können – die deutschen Bürger, die ihr Leben lang in Deutschland gearbeitet haben,

(Florian von Brunn (SPD): Artikel 1! Die Menschenwürde gilt für alle Menschen! Das kapiert die AfD einfach nicht!)

unabhängig vom Personalausweis. Das bedeutet auch, dass Steuergelder effizient und gezielt eingesetzt werden, nicht für ideologische Geisterfahrten und Amigo-Wirtschaft. Während bei der eigenen Bevölkerung die Zügel immer mehr angezogen werden, wird das hart erarbeitete Steuergeld der Bürger mit vollen Händen ausgegeben aber wofür? – Das scheint keine Rolle zu spielen, Hauptsache: nicht für die eigenen Leute.

(Beifall bei der AfD)

So scheint zumindest Ihre Devise zu sein. Die AfD ist die einzige Partei

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– jetzt werden Sie wahrscheinlich schreien, oder doch nicht – in Deutschland und hier in Bayern,

(Florian von Brunn (SPD): Verfassungsfeinde! Extremisten sind Sie!)

die sich für das eigene Volk einsetzt.

(Beifall bei der AfD)

Wir als AfD haben ein Herz für Deutschland, ich auch.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Sie kuscheln mit Putin!)

Das ist das Land meiner Vorfahren. Wir als AfD haben ein Herz für unsere Leute.

(Beifall bei der AfD)

Ich sage noch ganz kurz zu Herrn Pohl: Als guter Politiker müssten Sie wahrscheinlich den Unterschied kennen: Es gibt Ausländer, Aussiedler und Asylanten.

(Beifall bei der AfD – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Aha! – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Bleiben Sie bitte am Rednerpult, Frau Kollegin. – Es liegen zwei Zwischenbemerkungen vor, zunächst vom Kollegen Franc Dierl.

**Franc Dierl (CSU):** Sehr geehrte Frau Kollegin Roon, Sie werfen uns hier in diesem Hohen Haus vor, an unseren Händen würde Blut kleben; Sie waren aber in einem Unrechtsstaat und haben bescheinigt, dass dort freie und hervorragend durchgeführte Wahlen stattgefunden haben. Sie bescheinigen jemandem wie Präsident Putin, an dessen Händen wirklich Blut klebt, dass er in Ihren Augen anscheinend ein lupenreiner Demokrat ist. Was sagen Sie dazu?

(Beifall bei der CSU)

**Elena Roon (AfD):** Ich bescheinige hier gar nichts. Ich kenne Putin nicht,

(Zuruf)

und Putin hat mit unserem Land auch nichts zu tun.

(Beifall bei der AfD – Florian von Brunn (SPD): Die Schleimspur der AfD zieht sich bis nach Moskau!)

Ich stehe für dieses Land. Mein Herz klopft für Deutschland und für die eigenen Leute.

(Beifall bei der AfD – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Sich für Putin einzusetzen, ist nicht patriotisch!)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Es liegt eine zweite Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor: des Kollegen Felix Locke.

**Felix Locke (FREIE WÄHLER):** Liebe Frau Roon, ich gebe Ihnen jetzt noch mal die Chance, inhaltlich etwas zu dieser Debatte beizutragen. Sie haben Ihre Redezeit dafür verschwendet, Ihre Propaganda und Hetze vorzubringen. Tragen Sie bitte mal eine Minute inhaltlich etwas zu dem Haushalt vor, vielleicht wenigstens ein paar Eckdaten.

**Elena Roon (AfD):** Sie werden die Tatsachen sowieso nicht verstehen; Sie haben sie schon längst verpasst.

(Beifall bei der AfD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Was für eine Arroganz in diesem Haus! Was für eine Arroganz!)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Stefan Frühbeißer das Wort.

**Stefan Frühbeißer (FREIE WÄHLER):** Verehrter Herr Vizepräsident, liebe Frau Staatsministerin, werte Kolleginnen und Kollegen! Man sieht, dass eigentlich jeder Einzelplan dazu dienen kann, Ideologie zu verbreiten. Letztendlich ist es unsere Aufgabe, den Menschen in unserem Land zu helfen. Gestern haben wir das noch massiv betont. Heute ist manches schon wieder vergessen. Wir erfüllen unsere Aufgabe hier nicht nur, wenn Notsituationen entstehen, sondern auch, wenn Tag für Tag für alle unsere Menschen, die hier wohnen, das allgemeine Leben, der Alltag zu meistern ist – ich betone: für alle Menschen, die hier wohnen –, um hier ein Land nicht nur zu gestalten, sondern jeden Tag mit Leben zu erfüllen, sodass sich auch jeder wohlfühlen kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Mir liegt es daher nahe, gerade auch bei dem Etat Familie, Arbeit, Soziales noch einmal deutlich zu machen, worum es überhaupt geht. Wir haben heute schon viele Stunden debattiert, während derer der eine oder andere vielleicht gar nicht erkannt hat, was Haushaltsplanung und was dann letztendlich Umsetzung vor Ort heißt – genau das habe ich vorher gesagt –, um den Menschen in Bayern zu helfen und ihnen Lebensqualität zu garantieren.

Zur Planung nenne ich das Beispiel – und das kennt jeder –, mal ein Haus zu bauen. Fast jeder Bauherr kennt es: Was passiert da? – Man fängt an zu planen, zu gestalten, und man holt natürlich erst einmal die Familie zusammen, und jeder spricht mit. Bei der Gelegenheit – und das sage ich natürlich auch mit allem Respekt: Herzlichen

Dank für die Vorberatungen im Haushaltsausschuss. Ganz aufrichtig danke ich auch der Opposition herzlich, weil genau das Politik ist. Das ist es, was die Menschen von uns erwarten dürfen, dass wir uns mit allen Ideen, allen Wünschen auseinandersetzen und begründen, warum wir das eine oder andere befürworten oder das eine oder andere eben ablehnen oder nicht so sehen, und dass wir auch deutlich machen, warum wir es ablehnen, nämlich weil wir uns vielleicht das eine oder andere nicht leisten können.

Ich komme auf den Vergleich des Wohnhauses zurück: Was machen wir dann? – Wir holen natürlich sämtliche Experten, alle Fachleute. Jeder darf mitreden: der, der künftig hier wohnen darf; der, der schon hier wohnt; und jeder sagt dann: Ich stelle mir ein großes, luxuriöses Gebäude mit viel Licht, mit großen Räumen vor. Die einen wollen große Gästezimmer, einen Wellness-, einen Wohlfühlbereich, einen Swimmingpool, am besten einen grünen Garten, in dem man in der Hängematte selbst Angebautes so genießen kann, dass sich dann die ganze Stimmung aufhellt und sich alle Probleme sprichwörtlich in Rauch auflösen. Nein, das ist es nicht, sondern es geht darum, zu gestalten: Haushalten bedeutet, den Unterhalt sicherzustellen, für die nächsten Jahre, für die nächsten Jahrzehnte, für die Zukunft das bereitzustellen, was notwendig ist. Ich betone: das, was notwendig ist. Politik – das kennt man vom kleinsten Gemeinderat, von jedem Gremium – heißt immer auch, Wünsche, Vorstellungen zu sammeln, abzuwägen, natürlich Schwerpunkte zu setzen; in einem Fall heißt es aber auch, ganz wichtig, das zu tun, was wirklich notwendig ist.

Unsere Fachleute – jetzt bin ich bei den Experten draußen vor Ort – sind unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ämtern, die Menschen, die in den Ministerien tätig sind, und vor allem die Menschen, die tagtäglich, auch von Trägern – nicht nur vom Staat oder von den Kommunen, sondern auch von vielen privaten Trägern, von Vereinen, Verbänden, aber vor allen Dingen auch von Kirchen – angestellt sind und die Aufgaben für uns alle, für unsere Gesellschaft und für unsere Gemeinschaft erfüllen, die notwendig sind.

Ich sage auch eines, und das betone ich deshalb ganz besonders: Unermesslich viele Mittel werden bereitgestellt. Jeder Euro, der bereitgestellt wird, muss auch erst einmal verdient werden; aber eines muss man sagen: Jede Kritik an der Umsetzung, die hier geäußert wird, dass hier zu wenig getan würde, trifft genau die Menschen, die tagtäglich mit höchstem Einsatz in den Einrichtungen tätig sind, sei es in Behinderteneinrichtungen, in JVs oder in den Kindertageseinrichtungen, die den meisten von uns als Erstes einfallen würden. Ich habe größten Respekt davor und möchte die Gelegenheit hier nutzen, mich auch ausdrücklich bei diesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu bedanken für das, was sie hier alltäglich leisten und gerade dann leisten, wenn wir von Personal-, von Fachkräftemangel sprechen. Jeder von uns weiß, was das heißt. Wir kennen das in allen Bereichen, dass es wirklich überall knirscht und knarzt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Diese Realität zu erkennen ist richtig. Jetzt bin ich wieder beim Hausbau: Natürlich gibt es die, die die Lösungen haben: Da muss man nur möglichst viel Kies und Schotter von einem Haufen auf den anderen schaufeln, und plötzlich sind alle Probleme gelöst. Nein, so baut man kein Haus. So schafft man keine Räume. So löst man die Aufgabe nicht. So erreicht man gar nichts außer einer Umschichtung, die letztendlich verpufft und nichts bringt. Wir müssen immer darauf achten, dass das Geld, das eingesetzt wird, auch dort hilft, wo es notwendig ist.

Wir haben natürlich auch das Thema, um auch hier wieder beim Hausbau zu bleiben: Oftmals sind es natürlich unsere Fachexperten, die gefragt werden, aber nicht die Leute, die es draußen umsetzen müssen. Wir haben natürlich Wünsche, und jetzt bin ich wieder beim Beispiel des Hausbaus: Was brauchen wir denn wirklich? Auf die grundsätzliche Infrastruktur, auf all das, was wirklich notwendig ist, müssen wir uns konzentrieren. Das ist halt leider so: Manchmal haben wir da einen Experten wie zum Beispiel im Heizungsbau, der uns dann erzählt, was wir machen können, was wir einbauen sollen, und am besten nur testweise. Das ist keine Basis für die Zukunft. So kann man kein Haus bauen, und so können wir natürlich auch nicht Politik gestalten.

Unsere Menschen im Land vertrauen auf uns, auf verlässliche Entscheidungen, darauf, dass die Zukunft gesichert wird, die Zukunft für unsere Kinder, für die Menschen, vor allem auch für die, die es dringend nötig haben und die unserer Unterstützung bedürfen. Für diese schaufeln wir das Geld frei, das benötigt wird. Vertrauen wir darauf, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, vor allem im Ministerium, und auch unsere Ministerin da genau hinschauen, wo es wirklich notwendig ist, dass wir das Geld einsetzen. Damit haben wir sichergestellt, dass wir unser Haus nicht nur heute bauen können, sondern es auch unterhalten und vor allen Dingen für die Zukunft erhalten können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Als nächster Rednerin erteile ich Frau Kollegin Kerstin Celina das Wort.

**Kerstin Celina (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Frühbeißer, ich kann Ihnen versichern, die meisten Leute in diesem Land denken nicht darüber nach, ob und wie sie ein Haus bauen. Wir im Sozialausschuss reden über andere Probleme der Menschen.

Sozialpolitik hat die Aufgabe, Menschen, in deren Leben nicht alles glatt gelaufen ist, ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Dazu gehört es, Menschen zu unterstützen, die keinen eigenen Platz zum Wohnen, nicht genug zu essen oder starke gesundheitliche Probleme haben. Dazu gehört es auch, nicht diskriminiert zu werden und generell selbstständig am Arbeitsleben und am kulturellem Leben teilhaben zu können. Um bei diesen Punkten ein besseres Leben für die Menschen in Bayern zu erreichen, stellen wir folgende Anträge:

Wir fordern die Einführung eines Gehörlosengeldes. Wir wollen, dass Gehörlose und hochgradig schwerhörige Menschen besser teilhaben und sich ab und zu einen Dolmetscher leisten können, zum Beispiel beim Autokauf oder beim Elternabend. Wir wollen mehr Teilhabe gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention. Viele andere Bundes-

länder haben bereits ein Gehörlosengeld eingeführt und es an das Blindengeld gekoppelt. Genau das wollen wir auch. Gehörlose Menschen sollen mindestens 411 Euro im Monat bekommen. Für Menschen, die hochgradig hörbehindert sind, fordern wir mindestens 205 Euro monatlich. Liebe CSU, liebe FREIE WÄHLER, wir haben im Jahr 2020, vor vier Jahren, nach jahrelangen Diskussionen, gemeinsam beschlossen, dass es ein Gehörlosengeld geben soll. Es gab aber im Jahr 2021, im Jahr 2022, im Jahr 2023 und auch im Jahr 2024 immer noch kein Gehörlosengeld. Sie waren immer dagegen, und die GRÜNEN und die SPD waren immer dafür. Der Antrag der GRÜNEN liegt vor. Sie müssen nur noch zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNEN fordern auch mehr Geld, um wohnungslosen und obdachlosen Menschen zu helfen. In Bayern sind mehr als 32.000 Menschen obdach- und wohnungslos und brauchen Hilfe. Die CSU und die FREIEN WÄHLER haben es nicht geschafft, günstige Wohnungen zu bauen. Im Gegenteil: Die Sozialwohnungen werden immer weniger, der Wohnraum wird immer teurer, die Mieten sind für viele Menschen zu hoch. Für die, die schon länger auf der Straße leben, unter der Brücke, im Park oder sonst wo schlafen, ist das Leben extrem anstrengend und auch gefährlich. Wo gehe ich auf die Toilette, wo schlafe ich heute Abend, wo kann ich mir die Hände waschen, wo bekomme ich etwas zu essen her? – Diese existenziellen Fragen treiben die Menschen jeden Tag um.

Eine Möglichkeit, den Menschen zu helfen, sind Housing-First-Programme, also die Möglichkeit, eine eigene kleine Wohnung zu bekommen, um erst einmal zur Ruhe zu kommen, um sich dann wieder hochzurappeln. Wir haben einen Antrag dazu eingebracht. Stimmen Sie bitte zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Freiheit und Frieden zu leben, das gelingt nur, wenn wir einander kennen, verstehen und wertschätzen. Wir unterstützen deshalb Projekte, die die kulturelle Vielfalt in

Bayern sichtbar machen. Mehrere Anträge dazu betreffen die gute Arbeit der Vertriebenenverbände. Eine Ausstellung über das Liedgut der Wolgadeutschen gehört genauso dazu wie die Förderung eines Online-Portals und einer Datenbank für Karpantendeutsche, Maßnahmen zur Verbesserung der Besucherbetreuung im Egerland-Museum in Marktredwitz sowie die Teilnahme einer Damenfußballmannschaft an der Europeada. Es gibt ganz viele kleine Projekte, über die wir im Haushaltsausschuss geredet haben, die wir unterstützen und die die bunte Vielfalt Bayerns sichtbar machen.

Zur Förderung einer bunten Vielfalt in Bayern gehört natürlich auch unsere Forderung nach mehr Geld für Beratungsangebote für LGBTIQ, insbesondere außerhalb der städtischen Zentren. Wir haben Anträge vorgelegt. Stimmen Sie zu. Verbessern Sie gemeinsam mit uns das Leben vieler Menschen in Bayern. Wir können heute gemeinsam diese Botschaft nach draußen senden. Machen Sie einfach mit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Doris Rauscher.

**Doris Rauscher (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Staatsministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich schon gefreut, dass der Ministerpräsident zu diesem wichtigen Einzelplan 10 vorher kurz da war. Aber er ist doch wieder gegangen. Das ist schade.

Das Volumen des Einzelplans 10 ist wirklich groß. Das ist auch gut und richtig so. Aber lassen Sie mich genauer hinschauen; denn betrachtet man sich die einzelnen Haushaltsposten genau, dann sieht man relativ schnell, dass trotz gewaltiger Summen in einigen Bereichen große Leerstellen klaffen. Einige wichtige Felder gehen komplett leer aus, andere wiederum sind massiv unterfinanziert. Ich würde sagen: Der Sozialhaushalt der Staatsregierung und der Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER ist in weiten Teilen mutlos, chancenlos und auch taktlos.

(Beifall bei der SPD)

Beispiel Nummer eins, die Kitafinanzierung. Die Kitafinanzierung ist neben dem Fachkräftemangel mittlerweile das größte sozialpolitische Problem in Bayern. Viele Kommunen und Träger befinden sich in einer massiven finanziellen Schieflage, und das nicht erst seit diesem Jahr. Wir haben schon sehr oft im Plenum über die wachsende Lücke zwischen den steigenden Betriebskosten einer Kita und der unzureichenden Finanzierung seitens des Freistaats gesprochen. Es ist jetzt an der Zeit, dies zu ändern. Es fehlt in diesem Doppelhaushalt Geld. Die Elterngebühren gehen mancherorts durch die Decke. Wegen des Einzelplans 10 sind heute übrigens bayernweit Eltern auf die Straße gegangen; auch am Maxmonument waren einige vertreten. Die ersten Träger überlegen jetzt, ihre Trägerschaften zurückzugeben. Das ist dramatisch. Deshalb fordern wir Sie heute erneut auf: Stimmen Sie unserem Haushaltsantrag zu, damit Bayern wirklich ein Familienland für alle Familien werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Schließlich geht es hier um Kinderrechte und um Bildung. Es geht um unseren Nachwuchs, unsere Fachkräfte von morgen und deren Heranwachsen. Es geht aber auch um die Erwerbstätigkeit von Eltern, vor allem von Frauen, die wegen der fehlenden Betreuungsmöglichkeiten oder weil es sich nicht mehr lohnt, in die Arbeit zu marschieren und das Kind in die Kita zu geben, dem Arbeitsmarkt fernbleiben. Somit geht es also auch um die Rente von Frauen. Wir wissen doch schon lange, dass Altersarmut weiblich ist. Es geht auch um die Wirtschaft; denn diese Menschen stehen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht auch um den Respekt vor den Beschäftigten in den Kitas, die aufgrund der zunehmenden Belastung und der fehlenden Wertschätzung an ihrem einstigen Traumberuf langsam zweifeln.

(Beifall bei der SPD)

Das Beispiel Nummer zwei hat Frau Kollegin Celina gerade angesprochen, nämlich das fehlende Gehörlosengeld. Seit Jahren sprechen wir über einen berechtigten Nachteilsausgleich. Seit Jahren ist nichts passiert, und jetzt schaffen wir in diesem Doppelhaushalt nicht einmal den Einstieg. Das ist mehr als traurig; denn das betrifft immerhin 10.000 Menschen in Bayern.

Beispiel Nummer drei, die unzureichende Armutsbekämpfung. In Bayern geht die Schere zwischen Arm und Reich besonders weit auseinander. Ich möchte hier nur kurz das Thema "Frühstück an Schulen" ansprechen. Schätzungen zufolge kommt jedes fünfte Kind ohne Frühstück in die Schule. Aber auch hier haben wir keinen Aufwuchs, obwohl wir wissen, dass es sich mit einem leeren Magen besonders schlecht lernt. Auch die Einmalfinanzierung für Bahnhofsmissionen und Tafeln über die Fraktionsinitiative darf kein Feigenblatt bleiben, um Armut zu bekämpfen.

Das Beispiel Nummer vier betrifft die letzten Gruppen, die ich nennen möchte, nämlich die Seniorinnen und Senioren sowie queere Menschen, die im Haushaltsentwurf nicht genug berücksichtigt werden.

Beispiel Nummer fünf, die Jugendarbeit. Kolleginnen und Kollegen, warum müssen wir eigentlich jedes Jahr erneut über die bedarfsgerechte Ausstattung der Jugendarbeit sprechen?

(Beifall bei der SPD)

Ich verstehe das einfach nicht. Um Himmels willen, jetzt wird die Fraktionsinitiative dafür herangezogen. Auch hier müssen Verlässlichkeit und Nachhaltigkeit endlich verankert werden, damit wir uns die Debatten sparen.

Die Teilhabe von Menschen mit Behinderung und von Menschen mit seelischer Behinderung ist nicht gewährleistet, weil es für diese nach wie vor keine Investitionskostenförderung für Wohnraum gibt. Das Thema Barrierefreiheit fehlt völlig. Das geht einfach

viel zu zäh, auch wenn Sie immer darauf hinweisen, dass diese Entwicklungen dauern.

Im Bereich der Frauenpolitik fehlen weiterhin Frauenhausplätze. Wir haben uns dazu bereiterklärt und zur Einhaltung der Istanbul-Konvention verpflichtet. Auch dies muss viel stärker im Haushalt erkennbar sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, worum geht es denn in der Sozialpolitik? – Es geht um Sicherung und um Erhöhung materieller Freiheit, um Erwerbschancen und um ein System sozialer Sicherheit, um soziale Gerechtigkeit und um die Sicherung des inneren Friedens in der Gesellschaft. Dank an dieser Stelle auch allen, die im sozialen Bereich haupt- und ehrenamtlich tätig sind!

Ich bitte Sie, denken Sie bei Ihrem Abstimmungsverhalten daran. Liebe Kolleginnen und Kollegen, gehen Sie auf unsere Vorschläge ein, um eine wirklich gute und kraftvolle Sozialpolitik in Bayern umsetzen zu können!

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank. – Nächster Redner ist Herr Kollege Thomas Huber.

**Thomas Huber (CSU):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Frau Ministerin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ja, es ist richtig, wir beraten den meines Erachtens wichtigsten Teil des Gesamthaushalts, den Einzelplan 10. Ich darf an dieser Stelle unseren Ministerpräsidenten vielmals entschuldigen. Er ist nämlich gerade auf dem Weg nach Passau, und ich glaube, dort ist er in der aktuellen Situation richtig verortet. Er kümmert sich um die Menschen vor Ort.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich sagte gerade, die Familien-, Arbeits- und Sozialpolitik bei uns im Freistaat Bayern ist für uns und für mich das Herzstück der Politik, weil sie als Querschnittsaufgabe fast

alle anderen Politikbereiche berührt und weil dabei immer der Mensch im Mittelpunkt steht. Ich glaube, deswegen können wir auch froh und dankbar sein, dass wir eines der besten und leistungsfähigsten Sozialsysteme der Welt geschaffen haben. Die CSU hat dessen Ausbau über Jahrzehnte maßgeblich mitgestaltet.

Allerdings leidet das Gesamtsystem aufgrund ideologischer Beschlüsse in Berlin aktuell sehr. Im Gegensatz dazu setzen wir mit unserem bayerischen Sozialhaushalt neue Maßstäbe. Herr Kollege Manuel Knoll hat die Zahlen eindrucksvoll dargestellt. Ich möchte nur eine Zahl herausgreifen: Die beeindruckende Steigerung von 10,8 % im Vergleich zum Vorjahr auf rund 8,5 Milliarden Euro im Haushaltsjahr 2025 zeigt klar und deutlich, dass die Menschen in Bayern der Staatsregierung, der CSU und unserer bürgerlichen Koalition vertrauen können. Inmitten der vielen Krisen, die uns überall begegnen, machen wir im Gegensatz zur Bundesregierung bei Familien, Kindern und Jugendlichen keine Abstriche, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir setzen kraftvolle Impulse, arbeiten Hand in Hand mit der Gesellschaft an Lösungen und machen den Sozialstaat im Rahmen unserer Möglichkeiten fest für die Zukunft. Die Bayern können sich darauf verlassen, dass wir gemeinsam die Herausforderungen meistern.

Auch und gerade weil unsere Demokratie aktuell im 75. Jahr des Bestehens unseres Grundgesetzes unter Dauerfeuer steht, möchten wir mit unserem Handeln zeigen, dass alle Menschen hier in Bayern, die dieses wunderschöne Bundesland ihre Heimat nennen dürfen, von uns die bestmögliche Unterstützung in jeder Lebenslage erhalten. Damit wollen wir Vertrauen in unsere Demokratie schaffen. Ich glaube, Vertrauen ist die wichtigste Währung, die als Grundlage für unser Zusammenleben gilt. Familien sollen uns vertrauen können, dass wir ihnen jederzeit mit unseren bundesweit einzigartigen Unterstützungsleistungen unter die Arme greifen. Kinder und Jugendliche dürfen darauf vertrauen, dass wir ihnen bestmögliche Startchancen in ein gutes und glückliches Leben mit guter Bildung, guter Betreuung und guten Beteiligungsmöglichkeiten in unserer Gesellschaft bieten. Menschen mit Behinderungen dürfen uns ver-

trauen, dass wir jeden Tag aufs Neue aufs Härteste dafür arbeiten, dass sie ein gleichberechtigtes und nachteilsfreies Leben führen können. – Liebe Frau Kollegin Celina und liebe Frau Kollegin Rauscher, das Gehörlosengeld kommt.

(Kerstin Celina (GRÜNE): Wann?)

Es steht in unserem Koalitionsvertrag, der auf fünf Jahre angelegt ist. Es wird derzeit erarbeitet. Wir planen gemeinsam einen Einstieg ins Gehörlosengeld im Jahr 2026. Ältere Menschen können uns vertrauen, dass wir niemals vergessen werden, wer in den letzten Jahrzehnten die Leistungsträger unserer Gesellschaft waren und sich ein auskömmliches Leben im Alter verdient haben.

Jeder einzelne von uns in die Hand genommene Euro im Sozialhaushalt ist gut investiertes Geld und zeigt, dass die Ökonomie nicht im Gegensatz zur Menschlichkeit steht. Wir betreiben eine realitätsbezogene Sozialpolitik. Dafür steht auch unsere Sozialministerin Ulrike Scharf. Ich darf dir und deinem Haus sehr herzlich für die Vorlage des Haushaltes, die gute Zusammenarbeit und deinen Einsatz danken. Natürlich darf ich als stellvertretender Vorsitzender des Sozialausschusses auch den Kolleginnen und Kollegen in unserem Ausschuss sehr herzlich für die respektvolle Zusammenarbeit danken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir vergessen auch all diejenigen nicht, die unseren Sozialstaat tagtäglich am Laufen halten. Die Sozialwirtschaft ist mit ihren 445.000 Beschäftigten einer der bedeutendsten Wirtschaftszweige in Bayern. Dies entspricht circa 6 % der insgesamt Erwerbstätigen im Freistaat. Damit sind in diesem Bereich deutlich mehr Menschen tätig als beispielsweise in der Automobilindustrie.

Zentraler Schwerpunkt sind auch in diesem Jahr wieder die Leistungen für die Familien. Hierfür sind insgesamt rund 58 % des gesamten Einzelplans mit 4,8 Milliarden Euro vorgesehen. Wir stärken dadurch unsere Familien und unterstützen die Verein-

barkeit von Familie und Beruf sowie unsere Kinder, in deren Händen Bayerns Zukunft liegt. Mit dem Kita-Beitragszuschuss, dem Krippengeld und dem einzigartigen Bayerischen Familiengeld ermöglichen auch wir ein Stück weit Wahlfreiheit; denn die Familie ist der erste und wichtigste Bildungsort für Kinder.

Familien stehen also im Zentrum dieses Sozialerlasses. Was aber steht bei diesen Familien heute an zentraler Stelle? – Das ist die Kinderbetreuung. So kommt ein Großteil unserer Leistungen und Unterstützungen auch richtigerweise der Kinderbetreuung zugute. Hier setzen wir alles daran, um sowohl die Kommunen als auch unsere heutigen jungen Eltern und die, die es in Zukunft werden, finanziell bestmöglich zu unterstützen. – Ja, liebe Frau Kollegin Rauscher, wir wollen die Kitas und das komplexe System weiterentwickeln. Deswegen haben wir im April auch einen Antrag der CSU und der FREIEN WÄHLER zur Weiterentwicklung dieses Systems beschlossen. Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir auch in Zukunft eine auskömmliche Finanzierung und Finanzausstattung der Träger sicherstellen. Wir wollen eine bayernweit hohe Qualität, vergleichbare Bildungschancen und sozialverträgliche Elternbeiträge. Dies wurde bereits beschlossen. Das wird kommen. Auch alleinerziehende Mütter und Väter werden in den nächsten Jahren noch stärker unterstützt.

Wir investieren auch in den Schutz unserer Demokratie und die Bekämpfung von Diskriminierung in ganz Bayern. Wir steigern hier die Investitionen in Projekte zur Deradikalisierung und Gewaltprävention um 10 % auf fast 10 Millionen Euro und unterstützen damit auch die hervorragende Arbeit unseres BJR. Die Jugendringe, Jugendverbände und Jugendgruppen in Bayern sind Werk- und Wirkstätten der Demokratie. Dort können junge Menschen bereits durch ihr ehrenamtliches Engagement die Gesellschaft mitgestalten und echte Beteiligung erleben. Ich freue mich auch über viele weitere Projekte, Vereine und Verbände, die wir explizit mit unseren Fraktionsinitiativen unterstützen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, abschließend will ich ausdrücklich den vielen Menschen danken, die in den sozialen Berufen in den Kindergärten, Jugendhilfe- und Se-

nioreneinrichtungen, in der Jugendarbeit und in Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen jeden Tag haupt- und ehrenamtlich für andere da sind und damit stellvertretend das soziale Gesicht Bayerns ausmachen und prägen. Danke allen Herzwerkern in Bayern!

In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu unserem Einzelplan 10.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Als Nächste hat Frau Kollegin Julia Post das Wort.

**Julia Post (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Haushalt ist in Zahlen gegossene Politik, und dies können manchmal auch harte Zeiten für Symbolpolitik sein.

Im Sozialministerium geht es ganz wesentlich um unsere Zukunft; denn dort geht es um frühkindliche Bildung und Jugend. Leider finden sich dazu nur sehr wenige Passagen in Ihrem Koalitionsvertrag. Ich finde, es reicht nicht, da einfach nur das Notwendige zu tun; ich habe da schon etwas mehr Gestaltungsanspruch. Wir wollen die Zukunft doch gemeinsam gestalten und auch Perspektiven entwickeln. So sticht dann, vielleicht auch nur konsequent, eine Zahl in Ihrem Haushaltsentwurf besonders hervor: Das ist die Null. Ich sehe da null Ideen, null Pläne, null Visionen, null Perspektive und null Zukunft. So fühlt sich das für ganz viele Familien in Bayern an.

(Beifall bei den GRÜNEN – Martin Wagle (CSU): So ein Blödsinn! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): So was von peinlich!)

Familien kommen wegen unzuverlässiger Kinderbetreuung auf dem Zahnfleisch daher; sie sind fix und fertig. Ich habe heute Morgen noch mit einigen Betroffenen am Maxmonument gesprochen. Mit diesem Entwurf des Doppelhaushalts der Staatsregierung – du hast gesagt, die Bezahlbarkeit sei ganz wichtig – wird diese Situation auf jeden Fall noch für dieses und für das nächste Jahr zementiert. Die Familien brauchen

aber sofort Entlastung. Sorgen Sie jetzt für eine bessere Finanzierung, einen höheren Basiswert für die Kitas! Stimmen Sie den Änderungsanträgen von uns GRÜNEN und von der SPD zu, damit auch schon die jetzige Generation von Kitakindern etwas davon hat! Wir verlieren sonst eine ganze Generation von Kindern und deren Eltern, die eben keine Perspektive sehen und den Glauben an und das Vertrauen in die Politik verlieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da reden wir noch gar nicht von der Qualität; diese muss dringend steigen, damit wir die Fachkräfte, die wir händeringend suchen, gewinnen und wir die, die wir noch haben, halten. Die Fachkräfte wollen sich nicht jeden Tag die Frage stellen: Können wir morgen die Kita wieder öffnen? Sie wollen Zeit für Bildung haben, sie wollen Zeit haben, um sich Kindern zuzuwenden und auf diese einzugehen. Sie wollen sich lieber fragen: Was kann ich ihnen morgen anbieten, was können wir morgen lernen? Sie brauchen und wollen Zeit für Vorbereitung haben. Die Kitaleitungen brauchen insbesondere Zeit für Führungsaufgaben. Wissen Sie, wie das momentan in der Realität aussieht? – Die schicken sich Sprachnachrichten via "WhatsApp" hin und her, wenn sie schon längst im Feierabend sind, um Absprachen zu treffen. Das kann doch kein Dauerzustand sein. Wir müssen ihnen eine Perspektive anbieten.

Mir ist klar, dass das nicht auf Knopfdruck geht. Das kann niemand schaffen. So viel Ehrlichkeit muss auf jeden Fall sein. Aber die Perspektive sind wir ihnen schuldig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für die Jugendarbeit erwarte ich im nächsten Haushalt mehr Planungssicherheit, Verlässlichkeit, Regelförderung und weniger PR mit Fraktionsreserven. Jugendarbeit – darin sind wir uns alle einig – stärkt unsere Demokratie.

Was planen Sie für Frauen und die Gleichstellung in Bayern? – Das Einzige, was Sie auf diesem Themenfeld – so will ich es einmal nennen – in dieser Legislatur bisher angepackt haben, ist das Genderverbot.

(Beifall bei der AfD)

Das kostet wenigstens null Euro, löst aber leider auch null Probleme. Ich nenne Ihnen ein paar Beispiele für echte Probleme, um die Sie sich gerne kümmern dürfen:

Was tun Sie gegen Gewalt an Frauen? Die Fallzahl ist seit Jahren alarmierend hoch. Die Gelder für Prävention für die Fachstellen "Täterarbeit häusliche Gewalt" steigen in einem so lächerlich niedrigen Umfang, um keine 200.000 Euro. Das gleicht in diesen Zeiten nicht mal die Inflation aus. Schon jetzt müssen Personen abgewiesen werden. Das muss man sich mal vorstellen! Die müssen abgewiesen werden, weil keine Kapazitäten vorhanden sind. Wir wollen, dass diese Mittel in einem ersten Schritt mindestens verdoppelt werden.

Frauenhäuser sind schlecht ausgestattet. Bei der Versorgung von ungewollt Schwangeren ist der Freistaat bundesweit Schlusslicht.

In all diesen Punkten sind vor allem die ländlichen Regionen benachteiligt. Wir wollen Politik für die gesamte Bevölkerung in Bayern machen und echte Probleme lösen. Sie wollen das auch? – Dann stimmen Sie unseren Änderungsanträgen zu.

(Beifall bei den GRÜNEN – Martin Wagle (CSU): Sicher nicht!)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Anton Rittel das Wort.

**Anton Rittel (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich berichte noch über den Schwerpunkt Kindertageseinrichtungen.

Als Vater von drei Kindern weiß ich um die Wichtigkeit einer guten Kinderbetreuung in den Kindertagesstätten, insbesondere in unseren Kinderkrippen und Kindergärten.

Eine gute und flächendeckende Betreuung ist sehr wichtig für unsere Kinder, aber auch für unsere Wirtschaft. Wenn ein Elternteil für die Kinderbetreuung zu Hause bleiben muss, fehlt nicht nur ein Einkommen im Haushalt, sondern auch eine Fachkraft auf dem Arbeitsmarkt. Bei Alleinerziehenden ist die Situation noch viel dramatischer. Gute frühkindliche Betreuung ist das Fundament für die weitere Bildung unserer Kinder. Darum ist es wichtig, hierin Geld zu investieren, wie es im Doppelhaushalt 2024/2025 vorgesehen ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zum Beispiel investieren wir in den Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren 131,8 Millionen Euro. Für das Bayerische Krippengeld enthält der Haushalt 50,8 Millionen Euro.

Ebenso wichtig ist es, im Kindergarten für gute Bildungsvoraussetzungen zu sorgen und die Eltern von Kindern in den Kindertageseinrichtungen mit einem Beitragszuschuss zu entlasten. Dafür werden im Jahr 2024 557,6 Millionen Euro und 547,3 Millionen Euro in 2025 bereitgestellt. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit. Alle Kinder sollen die Möglichkeit haben, eine Kindertageseinrichtung zu besuchen. Wir garantieren Chancengleichheit für alle sozialen Schichten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Aber auch die Träger der Kindertageseinrichtungen, Kommunen, Kirchen und Wohlfahrtsverbände, müssen entlastet werden, damit sie bei Aufrechterhaltung qualitativ hochwertiger Erziehungsarbeit nicht an ihre finanzielle Belastungsgrenze stoßen mit der Folge zunehmender Privatisierung in der Kinderbetreuung. Sie führt zu stark steigenden Elternbeiträgen, die dann nicht mehr von allen leistbar wären. Massiver Qualitätsverlust droht, wenn Kinderpflege und Erziehung plötzlich unter dem wirtschaftlichen Druck maximaler Gewinnerzielung stehen. Um die Qualität in Bayern weiterhin sicherzustellen, werden im Jahr 2024 2.692,3 Millionen Euro investiert; das sind fast 200 Millionen Euro mehr als 2023.

Ein wichtiger Faktor ist auch die Qualitätsentwicklung in der Kindertagesbetreuung. Der Freistaat will hier ab 2025 75,8 Millionen Euro investieren. Das sind 47 Millionen Euro mehr als 2023. Mehr als bedauerlich ist, dass der Bund mit seinem KiTa-Qualitätsgesetz bereits nach zwei Jahren wieder aus seiner Förderung aussteigt und nun die Länder bei der Finanzierung ab 2025 vollkommen alleinlässt. Sozialdemokratische Sozialpolitik von Herrn Heil bedeutet also, die Investitionen in die Qualität unserer Kitas in einem Jahr von 153 Millionen Euro auf 0 zu senken.

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Herr Kollege, die Redezeit.

(Florian von Brunn (SPD): Wer ist für das Thema zuständig?)

**Anton Rittel (FREIE WÄHLER):** Ich als Sprecher für Arbeit und Soziales der Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER habe dafür kein Verständnis.

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Kollege.

**Anton Rittel (FREIE WÄHLER):** Ich bitte um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Für die Staatsregierung hat Frau Staatsministerin Ulrike Scharf um das Wort gebeten.

**Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bedeutung unseres Sozialhaushalts ist noch größer geworden, als sie in den vergangenen Jahren schon war. Das liegt natürlich auch an diesen stürmischen Zeiten, in denen wir leben. Die Aufgaben sind riesig, und unsere Demokratie steht am Scheideweg.

Ich will den Menschen in unserer Heimat Unterstützung geben, die beste Unterstützung, und vor allen Dingen ihr Vertrauen nachhaltig sichern; denn Vertrauen ist die wichtigste Währung in unserer Demokratie. Deshalb appelliere ich an alle Demokratinnen-

nen und Demokraten hier im Hohen Haus: Seien wir selbstbewusst im Einsatz für unsere Demokratie!

Vor zwei Wochen haben wir ein großes Jubiläum für Deutschland feiern können, nämlich "75 Jahre Grundgesetz", eine deutsche Erfolgsgeschichte für Frieden, Freiheit und Menschenrechte. Diese Errungenschaften haben wir auch bei unserem Fest der Demokratie am vergangenen Wochenende in Regensburg feiern können. Damit haben wir ein starkes Zeichen für Demokratie gesetzt.

Unsere demokratischen Werte hochhalten – das ist auch die Maxime in unserem Sozialhaushalt. Unser Sozialhaushalt wird der hohen Verantwortung gerecht. Wir legen den Fokus besonders auf Familien, Kinder, Jugendliche, auf Menschen mit Behinderung, auf Menschen ohne Arbeit, aber auch auf viele Projekte, die unser Miteinander stärken und Extremismus, Hass und Spaltung vorbeugen.

Ich stelle Ihnen heute den Einzelplan 10 zur Beratung vor, den Haushalt unseres Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales. Wir haben ein großes, ein tolles Werk geschaffen, ein Schutzversprechen für unsere Bürgerinnen und Bürger, das Menschen in unserer Heimat Sicherheit bringt, und das in allen Lebensphasen.

Ich danke allen sehr herzlich, die in den vergangenen Wochen und Monaten ihre Ideen und ihre Kraft eingebracht haben. Der Dank geht ausdrücklich auch an den Sozialausschuss und natürlich auch an den Haushaltsausschuss. Im Sozialausschuss, lieber Thomas Huber, sind viele gute Ideen in konstruktiver Art und Weise eingebracht worden. Wir können stolz aufeinander sein. Wir haben einen Rekordhaushalt entworfen. Die Gesamtsumme liegt zum ersten Mal über 8 Milliarden Euro. Der hohe Stellenwert des Sozialhaushalts spiegelt sich auch in den über 100 Änderungsanträgen im Haushaltsausschuss wider, die wir intensiv beraten haben. Die Fraktionen von CSU und FREIEN WÄHLERN haben zusätzlich 8,6 Millionen Euro aus den Fraktionsinitiati-

ven in den Entwurf des Einzelplans 10 eingebracht. Ich weiß dieses Engagement sehr zu schätzen und bedanke mich dafür auch sehr herzlich.

Unser Haushalt soll sich somit auf insgesamt rund 8,4 Milliarden Euro in diesem Jahr und um weitere rund 109 Millionen Euro im nächsten Jahr erhöhen. Im Vergleich zum Vorjahr ist das für das Jahr 2024 eine Steigerung von 10,6 %. Das ist der beste Beweis in Zahlen: Wenn es ernst wird, können sich die Menschen gerade und erst recht auf uns verlassen. In Krisen spart der Freistaat nicht am Sozialhaushalt. Wir setzen vor allen Dingen neue Impulse für ein starkes Miteinander. Wir machen den Sozialstaat zukunftsfest. Das ist ein starkes Bekenntnis für unseren Sozialstaat.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, den Schwerpunkt in unserem Einzelplan bilden die Familien – wie schon in den vergangenen Jahren. Wir geben rund 58 % des Einzelplans für Familien aus. Für unsere familienpolitischen Leistungen sind im Doppelhaushalt 2024/2025 rund 9,76 Milliarden Euro eingeplant. Das ist ein Plus von rund 640 Millionen Euro in diesem Jahr und ein weiteres Plus von 35 Millionen Euro im kommenden Haushaltsjahr. Diese wuchtige Steigerung geht vor allem auf vier familienpolitische Leistungen zurück.

Erstens. An alleroberster Stelle und mit höchster Priorität steht die Förderung der Kindertageseinrichtungen. An dieser Stelle soll sich unser Haushalt um über 425 Millionen Euro dieses Jahr erhöhen und um rund 519 Millionen Euro im nächsten Jahr. Insgesamt wird dann die Förderung von Kindertageseinrichtungen im Jahr 2025 über 3,5 Milliarden Euro betragen.

Zweitens. Für das Investitionsprogramm zum Ausbau der Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern ist ein Plus von jeweils rund 93,4 Millionen Euro in diesem und im kommenden Jahr vorgesehen.

Der dritte große Bereich umfasst die Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz, die wir erhöhen wollen. Es sollen über 67 Millionen Euro mehr als im vergangenen Jahr werden.

Viertens. Wir stellen die erforderlichen Mittel für die bereits bewilligten zusätzlichen Betreuungsplätze für Kinder unter sechs Jahren bereit. Dies gilt auch für die bereits bewilligten zusätzlichen Hortplätze. Damit steigern wir die Ausgaben im Jahr 2024 um rund 51 Millionen Euro und im Jahr 2025 um rund 6 Millionen Euro.

Ich sage aus tiefer Überzeugung: Liebe Kolleginnen und Kollegen, jeder Euro ist an dieser Stelle bestens angelegt. Der Großteil der familienpolitischen Leistungen kommt somit der Kinderbetreuung zugute, weil Kinderbetreuung das Fundament für eine gute Zukunft ist. Neben dem Ausbau mit weiteren Plätzen geht es mir ganz eindringlich immer um die hohe Qualität der frühkindlichen Bildung. Wir stellen diese Qualität sicher und setzen Landesmittel ein, in diesem Jahr 8,5 Millionen Euro und im kommenden Jahr 76 Millionen Euro. Unsere Jüngsten profitieren ein Leben lang davon – wir wissen das. Eine hochwertige frühkindliche Bildung muss die beste Qualität haben. Darauf lege ich einen ganz großen Schwerpunkt. Aus vielen Studien wissen wir: Alles, was wir in diesen frühkindlichen Bildungsjahren anlegen können, sichert den Bildungserfolg in der Zukunft. Beim Ausbau der Betreuungsplätze verstehen wir uns ganz stark als Partner der Kommunen. Die Kommunen haben die Pflichtaufgabe, Kinderbetreuung sicherzustellen. Dennoch stehen wir stark an ihrer Seite.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Kinderbetreuung ist für mich familienpolitisch, bildungspolitisch, integrationspolitisch und auch wirtschaftspolitisch von höchster Relevanz. Mir ist es gerade im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein Herzensanliegen, die Eltern in den Blick zu nehmen. Wir entlasten die Eltern zusätzlich auch finanziell bei der Kinderbetreuung, allein durch unseren Beitragszuschuss von über einer halbe Milliarde Euro. Für diesen Beitragszuschuss werden wir in den kommenden Jahren noch einmal mehr Geld in die Hand nehmen.

Natürlich haben wir die Alleinerziehenden im Blick. Wir erhöhen die Vorschussleistungen zur Sicherung des Unterhalts von Kindern unter 18 Jahren. Das sind Kinder, die von einem Elternteil alleine erzogen werden. Wir erhöhen diese Leistungen um über 67 Millionen Euro. Das sind dann in Summe 337,6 Millionen Euro.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch das Hilfesystem für gewaltbetroffene Frauen und Kinder steht momentan vor besonderen Aufgaben. Deswegen werden wir die Mittel um eine halbe Million Euro auf 17,9 Millionen Euro erhöhen. Mit den zusätzlichen Mitteln können wir die Fachberatungsstellen verstärkt fördern, egal ob es um Menschenhandel, Zwangsprostitution oder Zwangsverheiratung geht. Außerdem wollen wir eine große Sensibilisierungs- und Präventionskampagne auf den Weg bringen, um die Menschen im Land aufzurütteln.

Mit dem Haushalt 2024/2025 investieren wir zudem verstärkt in den Schutz unserer Demokratie. Ich sagte das bereits zu Beginn: Unsere Demokratie ist das Wertvollste, das wir haben. Zum einen steigern wir die Ausgaben für die Projekte zur Radikalisierungs- und Gewaltprävention um 10 %. Wir haben 9,9 Millionen Euro für das Jahr 2024 vorgesehen und noch einmal 9,8 Millionen Euro für das Jahr 2025. Zum anderen wollen wir für Projekte für gesellschaftlichen Zusammenhalt und gegen Diskriminierung pro Jahr 300.000 Euro ausgeben.

Wir führen auch die Förderung der Fach- und Servicestelle für Kinder und Jugendbeteiligung fort. Ich kann die Kritik aus der GRÜNEN-Ecke, wir würden für Kinder und Jugendarbeit nichts tun, nicht mehr hören. Diese Fach- und Servicestelle wird neben der außerschulischen Demokratiebildung und unserem Bayerischen Aktionsplan Jugend fortgeführt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Jugendarbeit ist die Werk- und Wirkstätte für unsere Demokratie, und eine Investition in junge Leute ist die beste Anlage für die Zukunft unserer Heimat. Für die Arbeit der Jugendverbände haben wir im letzten Jahr schon über 38,8 Millionen Euro bereitgestellt. Ich habe mich mit aller Kraft persönlich dafür eingesetzt, dass diese wuchtige Summe so hoch bleibt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der Bayerische Jugendring ist dabei unser wichtigster Partner. Der Bayerische Jugendring erhält auch noch einmal 2,3 Millionen Euro über verschiedene Fraktionsinitiativen. Ich darf noch einmal den beiden Fraktionen CSU und FREIE WÄHLER sehr herzlich danken.

Zudem – darauf bin ich wirklich stolz – bringen wir ein Demokratiebudget auf den Weg. Wir stellen 2,5 Millionen Euro für innovative Projekte und Veranstaltungen zur Demokratiebildung von jungen Menschen in ganz Bayern bereit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Studien zeigen: Wie erfolgreich Kinder und Jugendliche in der Schule sind, hängt im Wesentlichen von zwei Faktoren ab, nämlich davon, wie sich junge Menschen entwickeln und in welcher Umgebung sie aufwachsen. Wir müssen ihre Entwicklung weiter stärken, damit auch ihre Bildungschancen besser sind. Deshalb fördern wir gemeinsam mit den Kommunen die Jugendsozialarbeit an den Schulen. Wir bauen sie weiter aus. Wir haben das im Koalitionsvertrag verankert. Wir fördern die JaS-Fachkräfte bereits an über 1.700 Schulen im Freistaat. Diesen Erfolgskurs setzen wir jetzt fort. Wir gehen in die vierte Ausbaustufe. Mit den Mitteln aus dem Doppelhaushalt schaffen wir zu Beginn des kommenden Schuljahres 2024/2025 weitere 100 Stellen. Zum nächsten Schuljahresbeginn werden es noch einmal 70 Stellen sein. Für diesen Ausbau planen wir heuer rund 24,6 Millionen Euro, im nächsten Jahr 26,3 Millionen Euro ein.

Zudem – und auch das ist mir ein Herzensprojekt – stärken wir das soziale Unternehmertum mit einer Regelförderung, die wir erstmals auf den Weg bringen. Das sind in beiden Jahren jeweils 335.000 Euro.

Wir machen uns auch für die berufliche Bildung stark. Wir wollen diese mit einer Erhöhung von rund 25 % auf rund 2,5 Millionen Euro in diesem Jahr und einer weiteren Erhöhung auf rund 3 Millionen Euro im nächsten Jahr stärken.

Meine Damen und Herren, die Mittel aus unserem Landesplan für Menschen mit Behinderung werden wir von rund 33 auf 37 Millionen Euro in diesem und im nächsten Jahr erhöhen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, den Schwerpunkt des Haushalts des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales habe ich Ihnen an einigen Beispielen vorstellen können. Die Redezeit ist viel zu kurz; die großen Ziffern zeigen noch zwei Minuten an. Das ist zu kurz, um auf alle Details einzugehen. Hinter der Vielfalt an Zahlen und Projekten dieses Haushalts stehen Menschen mit ihren Biografien, Lebensgeschichten, mit ihren Sorgen, mit ihren Nöten, aber auch mit ihren großen Wünschen und Hoffnungen. Hinter den vielen Zahlen und Projekten im Einzelplan 10 stehen auch Menschen, die täglich für andere da sind. Fast 450.000 Beschäftigte in der Sozialwirtschaft machen das hauptberuflich. Aber mein Dank und mein Blick geht vor allen Dingen auch an die unzähligen Ehrenamtlichen, die gerade im sozialen Ehrenamt Großartiges leisten. In diesen Tagen mit dieser schrecklichen Flutkatastrophe wissen wir: Ohne unsere Ehrenamtlichen könnten wir all das nicht leisten, ganz besonders auch im Sozialen. Ein herzliches Vergelts Gott!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der AfD)

Für all die Menschen wollen wir in diesem Einzelplan die Grundlage für ein gutes Leben in Bayern schaffen.

Meine Damen und Herren, ich bin zutiefst überzeugt: Sozial ist, was gerecht ist für Leistungsträger und für die Bedürftigen. Sozial ist, was Chancen schafft, und sozial ist, was Vertrauen schafft. Bayerns soziales Gesicht wird auch in Zukunft weiter leuchten. Dafür stehe ich, dafür kämpfe ich, damit auch in Zukunft gilt: Bayern. Gemeinsam. Stark.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 für den Einzelplan 10, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/1007 mit 19/1109, 19/1129 mit 19/1132, 19/1450 und 19/1451 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 19/2066.

Zunächst kommen wir zu den drei vorab angekündigten namentlichen Abstimmungen, die in elektronischer Form durchgeführt werden.

Ich beginne mit der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Einführung eines Gehörlosengeldes" auf Drucksache 19/1027. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Änderungsantrag zur Ablehnung. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 13:12 bis 13:15 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung.

Es folgt die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Schwangerenberatung stärken" auf Drucksache 19/1032. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen ebenfalls zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt zwei Minuten. Die Abstimmung ist freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 13:16 bis 13:18 Uhr)

Die zwei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung.

Es folgt die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Für die beste frühkindliche Bildung in Bayern – Betriebskostenförderung

für Kitas neu ausgestalten" auf Drucksache 19/1016. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt auch diesen Änderungsantrag zur Ablehnung. Die Abstimmungszeit beträgt zwei Minuten. Die Abstimmung ist freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 13:18 bis 13:20 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung und bitte nochmals um Konzentration. Während die Abstimmungsergebnisse ermittelt werden, können wir mit der einfachen Abstimmung über die drei eingangs erwähnten Änderungsanträge der AfD-Fraktion fortfahren.

Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die drei Anträge zur Ablehnung.

Wir beginnen mit der Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Stiftung ‚Obdachlosenhilfe Bayern?‘" auf Drucksache 19/1054.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD-Fraktion, FREIE WÄHLER, CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich lasse abstimmen über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Kosten des Bayerischen Landesfrauenrates" auf Drucksache 19/1064.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD-Fraktion, FREIE WÄHLER und CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen noch zur Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Zuschüsse zur Förderung betreuter Frühstücksangebote an Grund- und Förderschulen" auf Drucksache 19/1072.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist wiederum die AfD-Fraktion. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD-Fraktion, FREIE WÄHLER, CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Ich gebe nun die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekannt: Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Einführung eines Gehörlosengeldes" auf Drucksache 19/1027: Mit Ja haben 40, mit Nein haben 115 gestimmt. Stimmenthaltungen: zwei Kolleginnen oder Kollegen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 11)

Beim Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Schwangerenberatung stärken" auf Drucksache 19/1032 haben mit Ja 41 und mit Nein 114 gestimmt. Stimmenthaltungen: 0. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 12)

Ich komme zum Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Für die beste frühkindliche Bildung in Bayern – Betriebskostenförderung für Kitas neu ausgestalten", Drucksache 19/1016: Mit Ja haben 17, mit Nein 116 gestimmt. Stimmenthaltungen: 25.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 13)

Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 10. Dieser wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 19/2066 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 10 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen FREIE WÄHLER und der CSU. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 10 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 14)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

"Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2024/2025 vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD-Fraktion, FREIE WÄHLER, CSU-Fraktion und AfD-Fraktion. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 19/2066, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/1086 mit 19/1109, 19/1129 mit 19/1132, 19/1450 und 19/1451 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 10 ist abgeschlossen.

Damit kommen wir zur vereinbarten Mittagspause und werden die Sitzung um 14 Uhr wieder aufnehmen.

(Unterbrechung von 13:26 bis 14:01 Uhr)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir fahren mit der Sitzung fort. Es ist 14:00 Uhr.

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 05.06.2024 zu Tagesordnungspunkt 9: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Kerstin Celina u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2024/2025; hier: Einführung eines Gehörlosengeldes (Kap. 10 03 Tit. 681 01) (Drucksache 19/1027)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Adjei Benjamin</b>	X			<b>Eberwein Jürgen</b>		X	
<b>Aigner Ilse</b>		X		<b>Dr. Ebner Stefan</b>		X	
<b>Aiwanger Hubert</b>				<b>Ebner-Steiner Katrin</b>			
<b>Arnold Dieter</b>		X		<b>Dr. Eiling-Hütig Ute</b>		X	
<b>Arnold Horst</b>	X			<b>Eisenreich Georg</b>			
<b>Artmann Daniel</b>		X		<b>Enders Susann</b>			
<b>Atzinger Oskar</b>		X					
				<b>Fackler Wolfgang</b>		X	
<b>Bäumler Nicole</b>	X			<b>Fehlner Martina</b>			
<b>Bauer Volker</b>		X		<b>Feichtmeier Christiane</b>	X		
<b>Baumann Jörg</b>		X		<b>Flierl Alexander</b>		X	
<b>Baumgärtner Jürgen</b>		X		<b>Freller Karl</b>		X	
<b>Baur Konrad</b>		X		<b>Freudenberger Thorsten</b>		X	
<b>Prof. Dr. Bausback Winfried</b>		X		<b>Friedl Patrick</b>	X		
<b>Becher Johannes</b>				<b>Friesinger Sebastian</b>		X	
<b>Beck Tobias</b>		X		<b>Frühbeißer Stefan</b>		X	
<b>Becker Barbara</b>		X		<b>Fuchs Barbara</b>	X		
<b>Dr. Behr Andrea</b>			X	<b>Füracker Albert</b>			
<b>Behringer Martin</b>		X					
<b>Beißwenger Eric</b>				<b>Gerlach Judith</b>			
<b>Bergmüller Franz</b>				<b>Gießübel Martina</b>			X
<b>Bernreiter Christian</b>				<b>Glauber Thorsten</b>			
<b>Birzele Andreas</b>	X			<b>Goller Mia</b>	X		
<b>Blume Markus</b>				<b>Gotthardt Tobias</b>		X	
<b>Böhm Martin</b>		X		<b>Graupner Richard</b>			
<b>Börtl Maximilian</b>		X		<b>Grießhammer Holger</b>	X		
<b>Bozoglu Cemal</b>	X			<b>Grob Alfred</b>		X	
<b>Brannekämper Robert</b>		X		<b>Groß Johann</b>		X	
<b>von Brunn Florian</b>	X			<b>Gross Sabine</b>	X		
<b>Dr. Brunnhuber Martin</b>		X		<b>Grossmann Patrick</b>		X	
<b>Dr. Büchler Markus</b>				<b>Guttenberger Petra</b>		X	
<b>Celina Kerstin</b>	X			<b>Prof. Dr. Hahn Ingo</b>		X	
				<b>Halbleib Volkmar</b>	X		
<b>Deisenhofer Maximilian</b>	X			<b>Halemba Daniel</b>			
<b>Demirel Gülseren</b>	X			<b>Hartmann Ludwig</b>	X		
<b>Dierkes Rene</b>		X		<b>Hauber Wolfgang</b>		X	
<b>Dierl Franc</b>		X		<b>Heinisch Bernhard</b>		X	
<b>Dr. Dietrich Alexander</b>		X		<b>Heisl Josef</b>			
<b>Dietz Leo</b>		X		<b>Dr. Herrmann Florian</b>		X	
<b>Dorow Alex</b>		X		<b>Herrmann Joachim</b>		X	
<b>Dremel Holger</b>		X		<b>Hierneis Christian</b>	X		
<b>Dünkel Norbert</b>		X		<b>Högl Petra</b>		X	
				<b>Hofmann Michael</b>		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Hold</b> Alexander			
<b>Holetschek</b> Klaus		X	
<b>Holz</b> Thomas		X	
<b>Dr. Hopp</b> Gerhard		X	
<b>Huber</b> Martin			
<b>Huber</b> Martin Andreas			
<b>Huber</b> Thomas		X	
<b>Huml</b> Melanie		X	
<b>Jäckel</b> Andreas		X	
<b>Jakob</b> Marina		X	
<b>Jungbauer</b> Björn		X	
<b>Jurca</b> Andreas			
<b>Kaniber</b> Michaela			
<b>Kaufmann</b> Andreas			
<b>Kirchner</b> Sandro			
<b>Knoblach</b> Paul	X		
<b>Knoll</b> Manuel		X	
<b>Köhler</b> Claudia	X		
<b>Köhler</b> Florian		X	
<b>Kohler</b> Jochen		X	
<b>Koller</b> Michael		X	
<b>Konrad</b> Joachim		X	
<b>Krahl</b> Andreas			
<b>Kraus</b> Nikolaus		X	
<b>Kühn</b> Harald		X	
<b>Kurz</b> Sanne			
<b>Lausch</b> Josef		X	
<b>Lettenbauer</b> Eva			
<b>Lindinger</b> Christian		X	
<b>Lipp</b> Oskar		X	
<b>Locke</b> Felix		X	
<b>Löw</b> Stefan		X	
<b>Dr. Loibl</b> Petra		X	
<b>Ludwig</b> Rainer		X	
<b>Magerl</b> Roland		X	
<b>Maier</b> Christoph			
<b>Mang</b> Ferdinand			
<b>Mannes</b> Gerd		X	
<b>Dr. Mehring</b> Fabian			
<b>Meier</b> Johannes		X	
<b>Meußgeier</b> Harald			
<b>Meyer</b> Stefan			
<b>Miskowitsch</b> Benjamin		X	
<b>Mistol</b> Jürgen	X		
<b>Mittag</b> Martin		X	
<b>Müller</b> Johann		X	
<b>Müller</b> Ruth	X		
<b>Müller</b> Ulrike		X	
<b>Nolte</b> Benjamin		X	
<b>Nussel</b> Walter			
<b>Dr. Oetzing</b> Stephan		X	
<b>Osgyan</b> Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Pargent</b> Tim	X		
<b>Prof. Dr. Piazzolo</b> Michael		X	
<b>Pirner</b> Thomas		X	
<b>Pohl</b> Bernhard		X	
<b>Post</b> Julia	X		
<b>Preidl</b> Julian		X	
<b>Rasehorn</b> Anna	X		
<b>Rauscher</b> Doris	X		
<b>Reiß</b> Tobias		X	
<b>Rinderspacher</b> Markus	X		
<b>Rittel</b> Anton		X	
<b>Roon</b> Elena		X	
<b>Saller</b> Markus		X	
<b>Schack</b> Jenny			
<b>Schalk</b> Andreas		X	
<b>Scharf</b> Martin		X	
<b>Scharf</b> Ulrike		X	
<b>Scheuenstuhl</b> Harry	X		
<b>Schießl</b> Werner		X	
<b>Schmid</b> Franz			
<b>Schmid</b> Josef		X	
<b>Schmidt</b> Gabi			
<b>Schnotz</b> Helmut		X	
<b>Schnürer</b> Sascha		X	
<b>Schöffel</b> Martin		X	
<b>Schorer-Dremel</b> Tanja		X	
<b>Schreyer</b> Kerstin			
<b>Schuberl</b> Toni	X		
<b>Schuhknecht</b> Stephanie	X		
<b>Schulze</b> Katharina			
<b>Schwab</b> Thorsten		X	
<b>Dr. Schwartz</b> Harald		X	
<b>Seidenath</b> Bernhard			
<b>Siekmann</b> Florian	X		
<b>Singer</b> Ulrich		X	
<b>Dr. Söder</b> Markus			
<b>Sowa</b> Ursula	X		
<b>Stadler</b> Ralf		X	
<b>Stieglitz</b> Werner		X	
<b>Stock</b> Martin		X	
<b>Stolz</b> Anna			
<b>Storm</b> Ramona		X	
<b>Straub</b> Karl		X	
<b>Streibl</b> Florian		X	
<b>Striedl</b> Markus		X	
<b>Dr. Strohmayer</b> Simone			
<b>Stümpfig</b> Martin	X		
<b>Tasdelen</b> Arif	X		
<b>Tomaschko</b> Peter		X	
<b>Toso</b> Roswitha		X	
<b>Trautner</b> Carolina		X	
<b>Triebel</b> Gabriele			
<b>Vogel</b> Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Vogler</b> Matthias		X	
<b>Wachler</b> Peter		X	
<b>Wagle</b> Martin		X	
<b>Walbrunn</b> Markus		X	
Freiherr von <b>Waldenfels</b> Kristan			
<b>Waldmann</b> Ruth	X		
<b>Weber</b> Laura	X		
Dr. <b>Weigand</b> Sabine	X		
<b>Weigert</b> Roland			
<b>Weitzel</b> Katja	X		
<b>Widmann</b> Jutta		X	
<b>Winhart</b> Andreas		X	
<b>Zellmeier</b> Josef		X	
<b>Zierer</b> Benno			
Freiherr von <b>Zobel</b> Felix		X	
<b>Zöller</b> Thomas		X	
<b>Zwanziger</b> Christian	X		
<b>Gesamtsumme</b>	40	115	2

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 05.06.2024 zu Tagesordnungspunkt 9: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2024/2025; hier: Schwangerenberatung stärken (Kap 10 07 Tit. 633 77) (Drucksache 19/1032)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Adjei Benjamin</b>	X			<b>Eberwein Jürgen</b>		X	
<b>Aigner Ilse</b>				<b>Dr. Ebner Stefan</b>		X	
<b>Aiwanger Hubert</b>				<b>Ebner-Steiner Katrin</b>			
<b>Arnold Dieter</b>		X		<b>Dr. Eiling-Hütig Ute</b>		X	
<b>Arnold Horst</b>	X			<b>Eisenreich Georg</b>			
<b>Artmann Daniel</b>		X		<b>Enders Susann</b>		X	
<b>Atzinger Oskar</b>		X					
				<b>Fackler Wolfgang</b>		X	
<b>Bäumler Nicole</b>	X			<b>Fehlner Martina</b>			
<b>Bauer Volker</b>		X		<b>Feichtmeier Christiane</b>	X		
<b>Baumann Jörg</b>		X		<b>Flierl Alexander</b>		X	
<b>Baumgärtner Jürgen</b>		X		<b>Freller Karl</b>		X	
<b>Baur Konrad</b>		X		<b>Freudenberger Thorsten</b>		X	
<b>Prof. Dr. Bausback Winfried</b>		X		<b>Friedl Patrick</b>	X		
<b>Becher Johannes</b>				<b>Friesinger Sebastian</b>			
<b>Beck Tobias</b>		X		<b>Frühbeißer Stefan</b>		X	
<b>Becker Barbara</b>		X		<b>Fuchs Barbara</b>	X		
<b>Dr. Behr Andrea</b>		X		<b>Füracker Albert</b>			
<b>Behringer Martin</b>		X					
<b>Beißwenger Eric</b>				<b>Gerlach Judith</b>			
<b>Bergmüller Franz</b>				<b>Gießübel Martina</b>		X	
<b>Bernreiter Christian</b>				<b>Glauber Thorsten</b>			
<b>Birzele Andreas</b>	X			<b>Goller Mia</b>	X		
<b>Blume Markus</b>				<b>Gotthardt Tobias</b>		X	
<b>Böhm Martin</b>		X		<b>Graupner Richard</b>			
<b>Bötl Maximilian</b>				<b>Grießhammer Holger</b>	X		
<b>Bozoglu Cemal</b>	X			<b>Grob Alfred</b>			
<b>Brannekämper Robert</b>		X		<b>Groß Johann</b>		X	
<b>von Brunn Florian</b>	X			<b>Gross Sabine</b>	X		
<b>Dr. Brunnhuber Martin</b>		X		<b>Grossmann Patrick</b>		X	
<b>Dr. Büchler Markus</b>				<b>Guttenberger Petra</b>		X	
<b>Celina Kerstin</b>	X			<b>Prof. Dr. Hahn Ingo</b>		X	
				<b>Halbleib Volkmar</b>	X		
<b>Deisenhofer Maximilian</b>	X			<b>Halemba Daniel</b>			
<b>Demirel Gülseren</b>	X			<b>Hartmann Ludwig</b>	X		
<b>Dierkes Rene</b>		X		<b>Hauber Wolfgang</b>		X	
<b>Dierl Franc</b>		X		<b>Heinisch Bernhard</b>		X	
<b>Dr. Dietrich Alexander</b>		X		<b>Heisl Josef</b>			
<b>Dietz Leo</b>		X		<b>Dr. Herrmann Florian</b>		X	
<b>Dorow Alex</b>		X		<b>Herrmann Joachim</b>		X	
<b>Dremel Holger</b>		X		<b>Hierneis Christian</b>	X		
<b>Dünkel Norbert</b>		X		<b>Högl Petra</b>		X	
				<b>Hofmann Michael</b>		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Hold</b> Alexander			
<b>Holetschek</b> Klaus		X	
<b>Holz</b> Thomas		X	
<b>Dr. Hopp</b> Gerhard		X	
<b>Huber</b> Martin			
<b>Huber</b> Martin Andreas			
<b>Huber</b> Thomas		X	
<b>Huml</b> Melanie		X	
<b>Jäckel</b> Andreas		X	
<b>Jakob</b> Marina		X	
<b>Jungbauer</b> Björn		X	
<b>Jurca</b> Andreas			
<b>Kaniber</b> Michaela			
<b>Kaufmann</b> Andreas			
<b>Kirchner</b> Sandro			
<b>Knoblach</b> Paul	X		
<b>Knoll</b> Manuel			
<b>Köhler</b> Claudia	X		
<b>Köhler</b> Florian		X	
<b>Kohler</b> Jochen		X	
<b>Koller</b> Michael		X	
<b>Konrad</b> Joachim		X	
<b>Krahl</b> Andreas			
<b>Kraus</b> Nikolaus		X	
<b>Kühn</b> Harald		X	
<b>Kurz</b> Sanne			
<b>Lausch</b> Josef		X	
<b>Lettenbauer</b> Eva			
<b>Lindinger</b> Christian		X	
<b>Lipp</b> Oskar		X	
<b>Locke</b> Felix		X	
<b>Löw</b> Stefan		X	
<b>Dr. Loibl</b> Petra		X	
<b>Ludwig</b> Rainer		X	
<b>Magerl</b> Roland		X	
<b>Maier</b> Christoph			
<b>Mang</b> Ferdinand		X	
<b>Mannes</b> Gerd		X	
<b>Dr. Mehring</b> Fabian			
<b>Meier</b> Johannes		X	
<b>Meußgeier</b> Harald			
<b>Meyer</b> Stefan			
<b>Miskowitsch</b> Benjamin		X	
<b>Mistol</b> Jürgen	X		
<b>Mittag</b> Martin		X	
<b>Müller</b> Johann		X	
<b>Müller</b> Ruth	X		
<b>Müller</b> Ulrike		X	
<b>Nolte</b> Benjamin		X	
<b>Nussel</b> Walter			
<b>Dr. Oetzing</b> Stephan		X	
<b>Osgyan</b> Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Pargent</b> Tim	X		
<b>Prof. Dr. Piazzolo</b> Michael		X	
<b>Pirner</b> Thomas		X	
<b>Pohl</b> Bernhard		X	
<b>Post</b> Julia	X		
<b>Preidl</b> Julian		X	
<b>Rasehorn</b> Anna	X		
<b>Rauscher</b> Doris	X		
<b>Reiß</b> Tobias		X	
<b>Rinderspacher</b> Markus	X		
<b>Rittel</b> Anton		X	
<b>Roon</b> Elena		X	
<b>Saller</b> Markus		X	
<b>Schack</b> Jenny		X	
<b>Schalk</b> Andreas		X	
<b>Scharf</b> Martin		X	
<b>Scharf</b> Ulrike		X	
<b>Scheuenstuhl</b> Harry	X		
<b>Schießl</b> Werner		X	
<b>Schmid</b> Franz			
<b>Schmid</b> Josef		X	
<b>Schmidt</b> Gabi			
<b>Schnotz</b> Helmut		X	
<b>Schnürer</b> Sascha		X	
<b>Schöffel</b> Martin		X	
<b>Schorer-Dremel</b> Tanja		X	
<b>Schreyer</b> Kerstin			
<b>Schuberl</b> Toni	X		
<b>Schuhknecht</b> Stephanie	X		
<b>Schulze</b> Katharina			
<b>Schwab</b> Thorsten		X	
<b>Dr. Schwartz</b> Harald		X	
<b>Seidenath</b> Bernhard			
<b>Siekmann</b> Florian	X		
<b>Singer</b> Ulrich		X	
<b>Dr. Söder</b> Markus			
<b>Sowa</b> Ursula	X		
<b>Stadler</b> Ralf		X	
<b>Stieglitz</b> Werner		X	
<b>Stock</b> Martin		X	
<b>Stolz</b> Anna			
<b>Storm</b> Ramona		X	
<b>Straub</b> Karl		X	
<b>Streibl</b> Florian		X	
<b>Striedl</b> Markus		X	
<b>Dr. Strohmayer</b> Simone	X		
<b>Stümpfig</b> Martin	X		
<b>Tasdelen</b> Arif	X		
<b>Tomaschko</b> Peter		X	
<b>Toso</b> Roswitha		X	
<b>Trautner</b> Carolina		X	
<b>Triebel</b> Gabriele			
<b>Vogel</b> Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Vogler</b> Matthias			
<b>Wachler</b> Peter		X	
<b>Wagle</b> Martin		X	
<b>Walbrunn</b> Markus		X	
Freiherr von <b>Waldenfels</b> Kristan			
<b>Waldmann</b> Ruth	X		
<b>Weber</b> Laura	X		
Dr. <b>Weigand</b> Sabine	X		
<b>Weigert</b> Roland			
<b>Weitzel</b> Katja	X		
<b>Widmann</b> Jutta		X	
<b>Winhart</b> Andreas		X	
<b>Zellmeier</b> Josef		X	
<b>Zierer</b> Benno			
Freiherr von <b>Zobel</b> Felix		X	
<b>Zöller</b> Thomas		X	
<b>Zwanziger</b> Christian	X		
<b>Gesamtsumme</b>	41	114	0

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 05.06.2024 zu Tagesordnungspunkt 9: Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion SPD; Haushaltsplan 2024/2025; hier: Für die beste frühkindliche Bildung in Bayern - Betriebskostenförderung für Kitas neu ausgestalten (Kap. 10 07 Tit. 633 89) (Drucksache 19/1016)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Adjei Benjamin</b>			X	<b>Eberwein Jürgen</b>		X	
<b>Aigner Ilse</b>				<b>Dr. Ebner Stefan</b>		X	
<b>Aiwanger Hubert</b>				<b>Ebner-Steiner Katrin</b>			
<b>Arnold Dieter</b>		X		<b>Dr. Eiling-Hütig Ute</b>		X	
<b>Arnold Horst</b>	X			<b>Eisenreich Georg</b>			
<b>Artmann Daniel</b>		X		<b>Enders Susann</b>		X	
<b>Atzinger Oskar</b>		X					
				<b>Fackler Wolfgang</b>		X	
<b>Bäumler Nicole</b>	X			<b>Fehlner Martina</b>			
<b>Bauer Volker</b>		X		<b>Feichtmeier Christiane</b>	X		
<b>Baumann Jörg</b>		X		<b>Flierl Alexander</b>		X	
<b>Baumgärtner Jürgen</b>		X		<b>Freller Karl</b>		X	
<b>Baur Konrad</b>		X		<b>Freudenberger Thorsten</b>		X	
<b>Prof. Dr. Bausback Winfried</b>		X		<b>Friedl Patrick</b>			X
<b>Becher Johannes</b>				<b>Friesinger Sebastian</b>		X	
<b>Beck Tobias</b>		X		<b>Frühbeißer Stefan</b>		X	
<b>Becker Barbara</b>		X		<b>Fuchs Barbara</b>			X
<b>Dr. Behr Andrea</b>		X		<b>Füracker Albert</b>			
<b>Behringer Martin</b>		X					
<b>Beißwenger Eric</b>				<b>Gerlach Judith</b>			
<b>Bergmüller Franz</b>				<b>Gießübel Martina</b>		X	
<b>Bernreiter Christian</b>				<b>Glauber Thorsten</b>			
<b>Birzele Andreas</b>			X	<b>Goller Mia</b>			X
<b>Blume Markus</b>				<b>Gotthardt Tobias</b>		X	
<b>Böhm Martin</b>		X		<b>Graupner Richard</b>			
<b>Bötl Maximilian</b>		X		<b>Grießhammer Holger</b>	X		
<b>Bozoglu Cemal</b>			X	<b>Grob Alfred</b>		X	
<b>Brannekämper Robert</b>		X		<b>Groß Johann</b>		X	
<b>von Brunn Florian</b>	X			<b>Gross Sabine</b>	X		
<b>Dr. Brunnhuber Martin</b>		X		<b>Grossmann Patrick</b>		X	
<b>Dr. Büchler Markus</b>				<b>Guttenberger Petra</b>		X	
<b>Celina Kerstin</b>			X	<b>Prof. Dr. Hahn Ingo</b>		X	
				<b>Halbleib Volkmar</b>	X		
<b>Deisenhofer Maximilian</b>			X	<b>Halemba Daniel</b>			
<b>Demirel Gülseren</b>			X	<b>Hartmann Ludwig</b>			X
<b>Dierkes Rene</b>		X		<b>Hauber Wolfgang</b>		X	
<b>Dierl Franc</b>		X		<b>Heinisch Bernhard</b>		X	
<b>Dr. Dietrich Alexander</b>		X		<b>Heisl Josef</b>			
<b>Dietz Leo</b>		X		<b>Dr. Herrmann Florian</b>		X	
<b>Dorow Alex</b>		X		<b>Herrmann Joachim</b>		X	
<b>Dremel Holger</b>		X		<b>Hierneis Christian</b>			X
<b>Dünkel Norbert</b>		X		<b>Högl Petra</b>		X	
				<b>Hofmann Michael</b>		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Hold</b> Alexander			
<b>Holetschek</b> Klaus		X	
<b>Holz</b> Thomas		X	
<b>Dr. Hopp</b> Gerhard		X	
<b>Huber</b> Martin			
<b>Huber</b> Martin Andreas			
<b>Huber</b> Thomas		X	
<b>Huml</b> Melanie		X	
<b>Jäckel</b> Andreas		X	
<b>Jakob</b> Marina		X	
<b>Jungbauer</b> Björn		X	
<b>Jurca</b> Andreas			
<b>Kaniber</b> Michaela			
<b>Kaufmann</b> Andreas			
<b>Kirchner</b> Sandro			
<b>Knoblach</b> Paul			X
<b>Knoll</b> Manuel		X	
<b>Köhler</b> Claudia			X
<b>Köhler</b> Florian		X	
<b>Kohler</b> Jochen		X	
<b>Koller</b> Michael		X	
<b>Konrad</b> Joachim		X	
<b>Krahl</b> Andreas			
<b>Kraus</b> Nikolaus		X	
<b>Kühn</b> Harald		X	
<b>Kurz</b> Sanne			
<b>Lausch</b> Josef		X	
<b>Lettenbauer</b> Eva			
<b>Lindinger</b> Christian		X	
<b>Lipp</b> Oskar		X	
<b>Locke</b> Felix		X	
<b>Löw</b> Stefan		X	
<b>Dr. Loibl</b> Petra		X	
<b>Ludwig</b> Rainer		X	
<b>Magerl</b> Roland		X	
<b>Maier</b> Christoph			
<b>Mang</b> Ferdinand		X	
<b>Mannes</b> Gerd		X	
<b>Dr. Mehring</b> Fabian			
<b>Meier</b> Johannes			
<b>Meußgeier</b> Harald			
<b>Meyer</b> Stefan			
<b>Miskowitsch</b> Benjamin		X	
<b>Mistol</b> Jürgen			X
<b>Mittag</b> Martin		X	
<b>Müller</b> Johann		X	
<b>Müller</b> Ruth	X		
<b>Müller</b> Ulrike		X	
<b>Nolte</b> Benjamin		X	
<b>Nussel</b> Walter			
<b>Dr. Oetzing</b> Stephan		X	
<b>Osgyan</b> Verena			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Pargent</b> Tim			X
<b>Prof. Dr. Piazzolo</b> Michael		X	
<b>Pirner</b> Thomas		X	
<b>Pohl</b> Bernhard		X	
<b>Post</b> Julia	X		
<b>Preidl</b> Julian		X	
<b>Rasehorn</b> Anna	X		
<b>Rauscher</b> Doris	X		
<b>Reiß</b> Tobias		X	
<b>Rinderspacher</b> Markus	X		
<b>Rittel</b> Anton		X	
<b>Roon</b> Elena			
<b>Saller</b> Markus		X	
<b>Schack</b> Jenny		X	
<b>Schalk</b> Andreas		X	
<b>Scharf</b> Martin		X	
<b>Scharf</b> Ulrike		X	
<b>Scheuenstuhl</b> Harry	X		
<b>Schießl</b> Werner		X	
<b>Schmid</b> Franz			
<b>Schmid</b> Josef		X	
<b>Schmidt</b> Gabi			
<b>Schnotz</b> Helmut		X	
<b>Schnürer</b> Sascha		X	
<b>Schöffel</b> Martin		X	
<b>Schorer-Dremel</b> Tanja		X	
<b>Schreyer</b> Kerstin			
<b>Schuberl</b> Toni			X
<b>Schuhknecht</b> Stephanie			X
<b>Schulze</b> Katharina			
<b>Schwab</b> Thorsten		X	
<b>Dr. Schwartz</b> Harald		X	
<b>Seidenath</b> Bernhard			
<b>Siekmann</b> Florian			X
<b>Singer</b> Ulrich		X	
<b>Dr. Söder</b> Markus			
<b>Sowa</b> Ursula			X
<b>Stadler</b> Ralf		X	
<b>Stieglitz</b> Werner		X	
<b>Stock</b> Martin		X	
<b>Stolz</b> Anna			
<b>Storm</b> Ramona		X	
<b>Straub</b> Karl		X	
<b>Streibl</b> Florian		X	
<b>Striedl</b> Markus		X	
<b>Dr. Strohmayer</b> Simone	X		
<b>Stümpfig</b> Martin			X
<b>Tasdelen</b> Arif	X		
<b>Tomaschko</b> Peter		X	
<b>Toso</b> Roswitha		X	
<b>Trautner</b> Carolina		X	
<b>Triebel</b> Gabriele			X
<b>Vogel</b> Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Vogler</b> Matthias		X	
<b>Wachler</b> Peter		X	
<b>Wagle</b> Martin		X	
<b>Walbrunn</b> Markus			
Freiherr von <b>Waldenfels</b> Kristan			
<b>Waldmann</b> Ruth	X		
<b>Weber</b> Laura			X
Dr. <b>Weigand</b> Sabine			X
<b>Weigert</b> Roland			
<b>Weitzel</b> Katja	X		
<b>Widmann</b> Jutta		X	
<b>Winhart</b> Andreas		X	
<b>Zellmeier</b> Josef		X	
<b>Zierer</b> Benno			
Freiherr von <b>Zobel</b> Felix		X	
<b>Zöller</b> Thomas		X	
<b>Zwanziger</b> Christian			X
<b>Gesamtsumme</b>	17	116	25

## Mitteilung

### des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt 9

#### **Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 10**

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Versprechen halten – Gehörlosengeld in Bayern endlich einführen  
(Kap. 10 03 Tit. 681 01)  
Drs. 19/1007
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Flächendeckender Ausbau der Beratungs- und Unterstützungsangebote für wohnungs- und obdachlose Menschen  
(Kap. 10 03 Tit. 684 72)  
Drs. 19/1008
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Investitionen in die soziale Infrastruktur – inklusiver Wohnraum für Menschen mit Behinderung durch Konversion von Komplexeinrichtungen  
(Kap. 10 05 Tit. 893 01)  
Drs. 19/1009
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Keine Kürzungen beim Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) in Bayern  
(Kap. 10 05 TG 73)  
Drs. 19/1010
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Finanzielle Weiterbildungsförderung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bayern  
(Kap. 10 05 TG 75 neuer Tit.)  
Drs. 19/1011

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Schlichtungsstelle beim Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung  
(Kap. 10 05 TG 78-79)  
Drs. 19/1012
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Investitionsförderung für Einrichtungen für Menschen mit einer seelischen Behinderung  
(Kap. 10 05 TG 78-79)  
Drs. 19/1013
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Investitionen in die soziale Infrastruktur – Sonderinvestitionsprogramm Barrierefreiheit!  
(Kap. 10 05 neue TG)  
Drs. 19/1014
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Bayern braucht endlich ein Landesförderprogramm für Mehrgenerationenhäuser  
(Kap. 10 07 Tit. 633 01)  
Drs. 19/1015
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Für die beste frühkindliche Bildung in Bayern – Betriebskostenförderung für Kitas neu ausgestalten  
(Kap. 10 07 Tit. 633 89)  
Drs. 19/1016
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Ausweitung betreuter Frühstückangebote an Grund- und Förderschulen  
(Kap. 10 07 Tit. 684 05)  
Drs. 19/1017
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Jugendsozialarbeit an Schulen auskömmlich finanzieren – Pauschalen anheben  
(Kap. 10 07 Tit. 684 76)  
Drs. 19/1018

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Gesellschaftliche Teilhabe für ältere Menschen in Bayern sichern – Einrichtung eines Sonderprogramms „Gut leben im Alter – Teilhabe ermöglichen“  
(Kap. 10 07 TG 70)  
Drs. 19/1019
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Digitale Teilhabe für Seniorinnen und Senioren  
(Kap. 10 07 TG 70)  
Drs. 19/1020
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Gegen Einsamkeit im Alter!  
(Kap. 10 07 TG 70)  
Drs. 19/1021
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Mehr Unterstützung für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche – Ausbau ganzheitlicher Konzepte in Brennpunktvierteln!  
(Kap. 10 07 TG 73)  
Drs. 19/1022
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Stärkung der Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen sowie der Familienbildung in Bayern  
(Kap. 10 07 TG 74)  
Drs. 19/1023
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Jugendherbergen unterstützen – Investitionsstau auflösen  
(Kap. 10 07 TG 78)  
Drs. 19/1024
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Anna Rasehorn u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Für eine bedarfsgerechte Ausstattung der Jugendarbeit in Bayern  
(Kap. 10 07 TG 78)  
Drs. 19/1025

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Förderungen von barrierefreien Maßnahmen und Ausbau der Täterarbeit zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder  
(Kap. 10 07 TG 82)  
Drs. 19/1026
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Einführung eines Gehörlosengeldes  
(Kap. 10 03 Tit. 681 01)  
Drs. 19/1027
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Wohnungsbau- und Obdachlosenhilfe stärken!  
(Kap. 10 03 Tit. 684 72)  
Drs. 19/1028
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Sabine Weigand u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Kommunale Versorgung stärken: Bau einer barrierefreien öffentlichen Toilette im Stadtpark Schwabach  
(Kap. 10 03 Tit. 883 61)  
Drs. 19/1029
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Kosten der/des Beauftragten für Aussiedler und Vertriebene  
(Kap. 10 06 Tit. 536 01)  
Drs. 19/1030
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Kosten der/des Beauftragten für das Ehrenamt  
(Kap. 10 07 Tit. 536 02)  
Drs. 19/1031
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Schwangerenberatung stärken  
(Kap. 10 07 Tit. 633 77)  
Drs. 19/1032
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: staatliche Kita-Finanzierung erhöhen, mehr Qualität und bezahlbare Kosten erreichen  
(Kap. 10 07 Tit. 633 89)  
Drs. 19/1033

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Fortführung und Sicherung des Standortes Erlangen im Modellprojekt  
Kombieinrichtung / Kooperativer Ganztag  
(Kap. 10 07 Tit. 633 94)  
Drs. 19/1034
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Gewaltschutz stärken  
(Kap. 10 07 Tit. 684 82)  
Drs. 19/1035
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Anpassung der Zuschüsse für Maßnahmen im Bereich LSBTIQ  
(Kap. 10 07 TG 75)  
Drs. 19/1036
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Bezüge der Mitglieder der Staatsregierung  
(Kap. 10 01 Tit. 421 01)  
Drs. 19/1037
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Beauftragte der Staatsregierung I – Entgelte der beauftragten Person  
der Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung  
(Kap. 10 01 Tit. 428 15)  
Drs. 19/1038
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Haltung von Dienstfahrzeugen  
(Kap. 10 01 Tit. 514 01)  
Drs. 19/1039
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft  
(Kap. 10 01 Tit. 517 05)  
Drs. 19/1040
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Reisekostenvergütungen für Dienstreisen  
(Kap. 10 01 Tit. 527 01)  
Drs. 19/1041

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Ausgaben für die Vorbereitung und Durchführung der Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK)  
(Kap. 10 01 Tit. 529 02)  
Drs. 19/1042
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Treibhausgasausgleich  
(Kap. 10 02 Tit. 533 49)  
Drs. 19/1043
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Kosten für Beratungs-, Betreuungs- und Pflegeangebote für Beschäftigte des Geschäftsbereichs des Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales  
(Kap. 10 02 Tit. 547 01)  
Drs. 19/1044
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sächliche Verwaltungsausgaben für Aufträge an anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen oder Inklusionsbetriebe  
(Kap. 10 02 Tit. 547 26)  
Drs. 19/1045
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Photovoltaik auf staatlichen Dächern  
(Kap. 10 02 Tit. 701 11)  
Drs. 19/1046
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Kosten der Sozialberichterstattung (Erstellung, Gestaltung, Veröffentlichung)  
(Kap. 10 03 Tit. 526 23)  
Drs. 19/1047
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Kosten für Öffentlichkeitsarbeit  
(Kap. 10 03 Tit. 531 21)  
Drs. 19/1048
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Leistungen nach dem Bayerischen Blindengeldgesetz  
(Kap. 10 03 Tit. 681 01)  
Drs. 19/1049

44. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Leistungen an Berechtigte im Zusammenhang mit Schutzimpfung/  
Maßnahmen der spezifischen Prophylaxe (SGB XIV)  
(Kap. 10 03 Tit. 681 03)  
Drs. 19/1050
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuschüsse zur begleitenden Hilfe im Arbeits- und Berufsleben  
an einzelne schwerbehinderte Menschen  
(Kap. 10 03 Tit. 681 87)  
Drs. 19/1051
46. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuschüsse an Arbeitgeber und Sonstige für die Bereitstellung von  
Arbeits- und Ausbildungsplätzen und die berufliche Eingliederung  
behinderter Menschen im Rahmen von Sonderprogrammen  
(Kap. 10 03 Tit. 683 87)  
Drs. 19/1052
47. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen  
(Kap. 10 03 Tit. 684 90)  
Drs. 19/1053
48. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Stiftung „Obdachlosenhilfe Bayern“  
(Kap. 10 03 Tit. 698 72)  
Drs. 19/1054
49. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Leistungen an gehörlose Menschen mit dem Merkzeichen „Gl“  
(Kap. 10 03 neuer Tit.)  
Drs. 19/1055
50. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Erstattung an die Verkehrsbetriebe für die unentgeltliche Beförderung  
von Begleitern schwerbehinderter Menschen  
(Kap. 10 03 neuer Tit.)  
Drs. 19/1056

51. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Vorbereitung auf die Ausbildung, Sonderprogramm für Jugendliche zur Förderung der Ausbildungsreife  
(Kap. 10 03 TG 60-61 neuer Tit.)  
Drs. 19/1057
52. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Veranstaltungskosten  
(Kap. 10 05 Tit. 540 74)  
Drs. 19/1058
53. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Bonus für die berufliche Weiterbildung zum Meister und gleichgestellte Abschlüsse  
(Kap. 10 05 Tit. 681 01)  
Drs. 19/1059
54. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Beauftragte der Staatsregierung II – Kosten der/des Beauftragten für Aussiedler und Vertriebene  
(Kap. 10 06 Tit. 536 01)  
Drs. 19/1060
55. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Kosten von Untersuchungen und dgl.  
(Kap. 10 07 Tit. 526 82)  
Drs. 19/1061
56. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Kosten für die Weiterentwicklung des Familienpakts Bayern einschließlich der Kosten für die Fortsetzung des gemeinsamen Betriebs der Servicestelle  
(Kap. 10 07 Tit. 532 81)  
Drs. 19/1062
57. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Beauftragte der Staatsregierung III – Kosten der/des Beauftragten für das Ehrenamt  
(Kap. 10 07 Tit. 536 02)  
Drs. 19/1063

58. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Kosten des Bayerischen Landesfrauenrates  
(Kap. 10 07 Tit. 537 83)  
Drs. 19/1064
59. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Maßnahmen zur Stärkung der Anerkennungskultur  
(Kap. 10 07 Tit. 541 85)  
Drs. 19/1065
60. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds I – Erstattung an Kommunen für Personal und Vormundschaftskosten im Bereich der Verteilung der unbegleiteten Minderjährigen  
(Kap. 10 07 Tit. 633 03)  
Drs. 19/1066
61. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds II – Erstattung an die Bezirke für Kosten der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer unbegleiteter Minderjähriger  
(Kap. 10 07 Tit. 633 04)  
Drs. 19/1067
62. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds III – Erstattung an die Bezirke für Kosten der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer unbegleiteter Volljähriger  
(Kap. 10 07 Tit. 633 06)  
Drs. 19/1068
63. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für generationenübergreifende Maßnahmen und Projekte  
(Kap. 10 07 Tit. 633 67)  
Drs. 19/1069
64. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds IV – Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (BayKiBiG)  
(Kap. 10 07 Tit. 633 89)  
Drs. 19/1070

65. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds V – Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände – Beitragszuschuss für Eltern von Kindern in Kindertageseinrichtungen  
(Kap. 10 07 Tit. 633 91)  
Drs. 19/1071
66. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuschüsse zur Förderung betreuter Frühstücksangebote an Grund- und Förderschulen  
(Kap. 10 07 Tit. 684 05)  
Drs. 19/1072
67. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen für generationenübergreifende Maßnahmen und Projekte  
(Kap. 10 07 Tit. 684 67)  
Drs. 19/1073
68. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen  
(Kap. 10 07 Tit. 684 73)  
Drs. 19/1074
69. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen  
(Kap. 10 07 Tit. 684 77)  
Drs. 19/1075
70. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen  
(Kap. 10 07 Tit. 684 78)  
Drs. 19/1076
71. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuschuss an den Bayerischen Jugendring für dessen Landesgeschäftsstelle und das Institut für Jugendarbeit  
(Kap. 10 07 Tit. 685 78)  
Drs. 19/1077

72. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen  
(Kap. 10 07 Tit. 685 84)  
Drs. 19/1078
73. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Maßnahmen zur Radikalisierungsprävention  
(Kap. 10 07 TG 60)  
Drs. 19/1079
74. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Maßnahmen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und gegen Diskriminierung  
(Kap. 10 07 TG 61)  
Drs. 19/1080
75. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Maßnahmen im Bereich LSBTIQ  
(Kap. 10 07 TG 75)  
Drs. 19/1081
76. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern, Chancengerechtigkeit  
(Kap. 10 07 TG 86)  
Drs. 19/1082
77. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft  
(Kap. 10 10 Tit. 517 05)  
Drs. 19/1083
78. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Kosten der Durchführung von Maßnahmen zur Digitalisierung  
(Kap. 10 10 Tit. 547 96)  
Drs. 19/1084
79. Änderungsantrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft  
(Kap. 10 12 Tit. 517 05)  
Drs. 19/1085

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Daniel Artmann

Abg. Stefan Löw

Abg. Christian Lindinger

Abg. Florian Siekmann

Abg. Holger Dremel

Abg. Christiane Feichtmeier

Abg. Gülseren Demirel

Abg. Bernhard Heinisch

Staatsminister Joachim Herrmann

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 10** auf:

## **Haushaltsplan 2024/2025**

### **Einzelplan 03**

**für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration**

hierzu:

**Änderungsanträge** der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 19/1597 mit 19/1612)

**Änderungsanträge** der SPD-Fraktion (Drsn. 19/1613 mit 19/1619)

**Interfraktioneller Änderungsantrag** der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 19/1620)

**Änderungsanträge** der AfD-Fraktion (Drsn. 19/1621 mit 19/1651)

**Interfraktionelle Änderungsanträge** von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 19/1652 mit 19/1668)

**Interfraktionelle Änderungsanträge** der Fraktion FREIE WÄHLER und von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 19/1669 mit 19/1673)

Auch für diesen Einzelplan beträgt die Gesamtredezeit nach der Festlegung im Ältestenrat 45 Minuten. Die Redezeiten dürften Ihnen mittlerweile bekannt sein.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die AfD-Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 19/1625 und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu ihren Änderungsanträgen auf den Drucksachen 19/1609 und 19/1610 namentliche Abstimmung beantragt haben. Zudem hat die AfD-Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 19/1649 Einzelabstimmung in einfacher Form beantragt.

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist der Kollege Daniel Artmann für die CSU-Fraktion.

**Daniel Artmann (CSU):** Verehrter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 03 bildet die Säule für einen sicheren und starken Staat. Das ist gerade in diesen Zeiten besonders wichtig. Der Innenhaushalt erhöht sich mit jeweils rund 8,4 Milliarden Euro für 2024 und 2025 um 14 % gegenüber 2023. Dieser Haushalt ist auch ein personalintensiver Haushalt. Insgesamt werden im Doppelhaushalt 2024/2025 868 neue Stellen auf den Weg gebracht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese wuchtige Schwerpunktsetzung entspricht in dreierlei Hinsicht unserem bayerischen Staatsverständnis:

Erstens. Wir stehen für einen starken und wehrhaften Staat. Die Sicherheit der bayerischen Bürgerinnen und Bürger hat für uns höchste Priorität. Wir schaffen daher mit diesem Doppelhaushalt noch mal 770 neue Stellen für unsere Polizei. Auch das Polizeibudget erreicht mit insgesamt über 1,1 Milliarden Euro über beide Haushaltsjahre ein neues Rekordniveau. Damit können unter anderem die Erneuerung der Hub-schrauberflotte und die digitale Ausstattung unserer Beamtinnen und Beamten vorangetrieben werden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist das sicherste Bundesland. Damit dies so bleibt, ist dieser Aufwuchs notwendig. Auch wenn im Freistaat die Kriminalitätsbelastung mehr als ein Drittel unter dem bundesweiten Durchschnitt liegt und die Aufklärungsquote bundesweit am höchsten ist, kann sich auch Bayern im Grundsatz dem bundesweiten Anstieg an Straftaten nicht entziehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind alle schockiert von dem feigen islamistischen Mord in Mannheim; meine Gedanken sind bei der Familie des jungen Polizisten. Unsere Polizistinnen und Polizisten verdienen unseren größten Respekt und Rückhalt für ihre tägliche Arbeit,

(Allgemeiner Beifall)

und zwar nicht nur in diesen Tagen, sondern immer. Die schreckliche Tat macht aber auch deutlich, dass wir endlich eine Kampfansage unserer Demokratie an den radikalen Islam brauchen. Es darf aber nicht wieder nur bei Lippenbekenntnissen bleiben.

Als Bayernkoalition haben wir eine klare Haltung: Wir ducken uns nicht weg, wir beschönigen oder relativieren die Entwicklung nicht, sondern wir handeln. Deshalb werden neben 142 weiteren Stellen zur allgemeinen Verstärkung der Landratsämter auch 8 zusätzliche Stellen für das Bayerische Landesamt für Asyl und Rückführungen geschaffen. Es ist nämlich nicht zu leugnen, dass ausländische Straftäter in der Kriminalstatistik weit überdurchschnittlich vertreten sind. Konsequentes Vorgehen gegen ausländische Straftäter ist das eine, genauso konsequent ist der Freistaat aber auch bei der Hilfe für diejenigen, die sie benötigen und unsere Werte achten.

Wir müssen heuer mit einem ähnlich hohen Flüchtlingszustrom wie 2023 rechnen, daher sieht der Doppelhaushalt insgesamt rund 6,8 Milliarden Euro für die Integration von Zuwanderern und die Unterbringung von Asylbewerbern vor. Darüber hinaus geht der bayerische Anteil aus der Flüchtlingsmilliarde des Bundes in Höhe von rund 159 Millionen Euro zu drei Vierteln direkt an unsere Kommunen. Man darf aber nicht verschweigen, dass damit der größte Teil der Sachausgaben des Einzelplans 03 die Haushaltsmittel für Asyl und Migration ausmachen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Bund muss sich endlich viel mehr an den von ihm mit verursachten Lasten steigender Migration in den Kommunen beteiligen. Die Bundesregierung stellt für das Jahr 2023 nur insgesamt 3,75 Milliarden Euro zur Verfügung. Diese Summe gleicht aber nicht einmal ansatzweise die Kosten für Unterbringung und Versorgung aus, und die vielfältigen sonstigen Leistungen von Ländern und Kommunen, etwa in den Bereichen Schule, Kita, Wohnen, kommen noch hinzu.

Um es noch einmal deutlich zu machen: Die Migrationskosten der Länder und Kommunen beliefen sich allein im Jahr 2023 auf über 23 Milliarden Euro. Das ist mehr als das Sechsfache der Mittel, welche der Bund zur Verfügung stellt. Nicht nur die Kosten sind immens, sondern auch unsere Kommunen sind schon lange bei ihrer Belastungsgrenze bei der Unterbringung und Betreuung angekommen. Den hohen Anteil an ausländischen Straftätern hatte ich bereits angesprochen. Die Bundesregierung muss jetzt schnellstmöglich einen grundlegenden Kurswechsel in der Asylpolitik herbeifüh-

ren. Der Freistaat nutzt die eigenen Handlungsmöglichkeiten konsequent: Die Einführung der Bezahlkarte und nationale Grenzkontrollen seit Ende 2023 sind wichtige Instrumente. Dies zeigt sich im Rückgang der Zugänge; diese konnten wir im Herbst vergangenen Jahres halbieren. Bayern war mit seiner Grenzpolizei wieder einmal Vorreiter.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eines ist auch klar: Während wir die irreguläre Migration stoppen müssen, brauchen wir dringend qualifizierte Zuwanderung. Es kann doch nicht sein, dass man leichter ohne Pass und ohne berechtigten Grund nach Deutschland kommt und auf der anderen Seite dringend benötigte ausländische Fachkräfte an unserer Bürokratie scheitern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Daher schaffen wir mit dem Doppelhaushalt 10 zusätzliche Stellen zur Verstärkung der Zentralen Stelle für die Einwanderung von Fachkräften und der Koordinierungs- und Beratungsstelle Berufsanerkennung sowie 10 zusätzliche Stellen für die Bereiche Approbationsanerkennung und Berufszulassung. Zusammengefasst zeigt dies, dass wir viel in einen starken und wehrhaften Staat und seine Verwaltung investieren.

Zweitens. Der vorliegende Einzelplan bringt auch zum Ausdruck, dass wir uns bewusst sind, dass der Staat alleine bei Weitem nicht in der Lage ist, alle Aufgaben zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger zu übernehmen. Das wurde besonders in den vergangenen Tagen deutlich. Ohne die Einsatzkräfte und ehrenamtlichen Helfer, die seit Tagen Häuser evakuieren, Autos befreien, Sandsäcke befüllen und Menschen retten, könnten solche Krisensituationen nicht bewältigt werden. Vielen Dank an dieser Stelle an alle Helfer für diesen großartigen Einsatz! Bayern hält zusammen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Gerade deshalb setzen wir als Regierungskoalition auf die Eigenverantwortung aktiver Bürger im Ehrenamt, speziell bei den Blaulichtorganisationen und in unseren Vereinen. Mit diesem Haushaltsentwurf werden wir dieses Engagement auch weiter bestmöglich unterstützen. Es entstehen 22 zusätzliche Stellen im Bereich der Staatlichen Feuerwehrschoolen. Schon im vergangenen Jahr hat der Freistaat die Förderfestbeträge für den Feuerwehrhausbau verdoppelt und die Festbeträge für die Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen und -geräten um 30 % erhöht. Die Aufwendungen für den Katastrophenschutz werden in den beiden Haushaltsjahren 2024 und 2025 um insgesamt gut 24 Millionen Euro auf annähernd 81 Millionen Euro erhöht. Für die Errichtung eines Bayerischen Zentrums für Alpine Sicherheit der Bergwacht Bayern stellen wir im Doppelhaushalt insgesamt 15 Millionen Euro bereit.

Drittens. Mit dem Einzelplan wird unser klares Bekenntnis zum Sport deutlich. Sport hat in seiner Vielfalt eine große soziale und integrative Wirkung. Aus diesem Grund räumt der Freistaat Bayern sowohl dem Leistungssport mit seiner repräsentativen Wirkung als auch dem Breitensport mit seiner Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt hohe Priorität ein. Wir fördern den Sport im Freistaat im Doppelhaushalt mit insgesamt 217 Millionen Euro. Diese fließen vor allem in den Breiten- und Nachwuchsleistungssport. Darin sind jährlich zusätzliche Mittel von 10 Millionen Euro für eine Ersterhöhung der Vereinspauschale sowie jährlich zusätzliche Mittel von 10 Millionen Euro für die Verbandsförderung enthalten. Um den Anteil von Nichtschwimmern bereits beim Schuleintritt nachhaltig und signifikant zu verringern, wird zudem das Schwimmförderprogramm "Mach mit – Tauch auf!" verstetigt.

Insgesamt gilt: Der Einzelplan 03 ist ein Musterbeispiel für die Haushaltsführung eines Staatswesens, das sich seiner Verantwortung für die Gesellschaft bewusst ist. Mein Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums, speziell im Haushaltsreferat. Ich danke unserem Staatsminister Joachim Herrmann und unserem Staatssekretär Sandro Kirchner für die starke Führung des Hauses und die klare Umsetzung des bürgerlich-liberalen Verständnisses von einem Staatswesen, das die Si-

cherheit der Menschen und ein gutes Zusammenleben in unserem Land gewährleistet.

Zum Ende gilt mein ganz besonderer Dank und Respekt allen haupt- und ehrenamtlichen Kräften in der Blaulichtfamilie und in unseren Vereinen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Danke schön. – Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Löw das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Stefan Löw (AfD):** Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Wir führen zwar heute eigentlich die Haushaltsdebatte, aber aufgrund der zeitlichen Nähe komme ich um dieses Thema nicht herum: Mannheim. "Mannheim" ist schon wieder passiert. Die ersten Opfer waren der Islamkritiker Michael Stürzenberger und der Polizist Rouven L., die von einem Islamisten abgestochen wurden. Während der Beamte noch um sein Überleben kämpfte, hatten die Linksextremisten der Antifa nichts Besseres zu tun, als während einer Gedenkveranstaltung seine Kollegen anzugreifen und zu verletzen. Das finde ich widerlich.

(Beifall bei der AfD)

Jeden hier im Parlament, der diese Organisation unterstützt, der den Linksextremismus ständig ausklammert und mit den Linksextremisten Seite an Seite marschiert, finde ich ebenfalls widerlich.

(Beifall bei der AfD)

Bei dieser Gedenkveranstaltung wurde auch unser Kollege Daniel Halemba angegriffen und ausgeraubt, wieder von Linksextremisten. Gab es hierzu einen Aufschrei oder überhaupt eine Berichterstattung? – Nichts. Dann erlag der Polizist seinen von dem ei-

gentlich ausreisepflichtigen Afghanen zugefügten Verletzungen und wird dafür auch noch von der Antifa verhöhnt.

Gestern Nacht der nächste Angriff: Einer unserer AfD-Gemeinderatskandidaten wurde mit einem Messer angegriffen und verletzt, wieder von einem Linksextremisten. Sie werden sagen: Das ist ja nicht Bayern. – Aber genauso einen Fall hatten wir letztes Jahr in Weiden. Eines unserer Mitglieder ertappte einen Plakatdieb auf frischer Tat und wurde dann von diesem Dieb mit einem Messer bedroht. Obwohl das Plakat eindeutig Schnittspuren aufwies und auch noch ein unabhängiger Zeuge den Vorfall bezeugen konnte, hat die Staatsanwaltschaft das Verfahren eingestellt; denn für sie war nicht bewiesen, dass ein Messer im Spiel war. Das nenne ich Justizversagen. Oder war es gewollt? – Tja, Söders Traum, die AfD bis aufs Messer zu bekämpfen, scheint wahr geworden zu sein.

(Beifall bei der AfD)

Zudem bezeichnet er auch noch linksextreme Demonstranten gegen Rechts als Vorzeigedemokraten. Nicht umsonst werden die Politiker der AfD am häufigsten Opfer von Gewalttaten. Ist da wenigstens unser Innenminister besser? – Kommunen wie München können auch weiterhin linksextreme Rückzugsräume finanzieren, das "Kaffe Marat" zum Beispiel. Die Mittel des Verfassungsschutzes werden verschwendet, um die einzig echte Oppositionspartei zu bekämpfen, anstatt sich auf die echten Extremisten zu konzentrieren.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU) – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Weil es ein Verdachtsfall ist!)

Lassen Sie mich den Innenminister zitieren: "Die Kriminalitätsstatistik macht deutlich, dass sich die unkontrollierte Zuwanderung negativ auf die Sicherheitslage auswirkt." – Und was ist seitdem, seit Merkels illegaler Grenzöffnung, passiert? – So gut wie nichts. Stärken wir also gemeinsam die innere Sicherheit in unserem Land.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Es ist schlimmer geworden!)

Wir haben zum Einzelplan 03 über 30 Änderungsanträge eingereicht. Im Jahr 2024 wollen wir bei den Illegalen 2 Milliarden Euro und im Jahr 2025 1,8 Milliarden Euro sparen. Wir wollen das Problem an der Wurzel packen und die Abschiebungen endlich effektiv durchsetzen. Damit würde nicht nur die Sicherheit erhöht, sondern es würden auch 3,8 Milliarden Euro eingespart. Als einzige Fraktion setzen wir uns für mehr Sicherheit ein.

(Michael Hofmann (CSU): So ein Schmarrn!)

Wir schaffen mehr Stellen in den Bereichen des LKA und der Landespolizei. Ein Änderungsantrag betrifft die Polizeiinspektion Aschaffenburg; denn immer mehr Polizeiinspektionen haben bauliche Probleme. Wir wollen modernisieren und erhalten.

Wir geben 15 Millionen Euro mehr für unsere Verwaltungsgerichte aus. Immer mehr Illegale kommen nach Bayern. Von Januar bis Oktober 2023 wurden in Bayern 42.996 Asylanträge gestellt, davon 40.145 Erstanträge. Diese Zahlen überfordern die Verwaltungsgerichte aufgrund der vielen Klagen. Es wird Zeit, dass wir hier zusätzliches Personal einsetzen, um auch diese Abschiebehindernisse aus dem Weg zu räumen.

Wir denken auch an unsere Einsatzveteranen und wollen deswegen einen Verein mit 100.000 Euro fördern, der sich um Polizisten, Soldaten, kurzum alle Einsatzkräfte kümmert, die an Posttraumatischer Belastungsstörung infolge von Einsätzen leiden.

Das sind reale Probleme, die die Polizei angehen muss. Die AfD steht zu den Polizisten in unserem Land.

(Beifall bei der AfD)

Den Etat des Integrationsbeauftragten werden wir dagegen auf null setzen; denn Anpassung und Integration sind eine Bringschuld der Menschen, die zu uns kommen.

Ein Integrationsbeauftragter kostet nur zusätzliches Geld und trägt nichts zu einer besseren Anpassung bei. Ich darf an dieser Stelle die FREIEN WÄHLER daran erinnern, dass Sie doch dieses Amt ebenfalls abschaffen wollten, bevor Sie 2018 in die Regierung gekommen sind.

Kommen wir zurück zum Anfang meiner Rede. Unsere Polizisten sind nicht ausreichend auf die immer häufigeren Messerattacken islamistischer und linksextremer Täter vorbereitet. Wir müssen dringend in die Ausbildung unserer Polizisten investieren, damit diese besser auf solche leider mittlerweile alltäglichen Situationen vorbereitet werden; sonst sind sie der aktuellen Gefährdungslage in Bayern nicht mehr gewachsen.

Wir brauchen das schnelle Ende der Willkommenskultur und müssen über die Remigration nicht integrierbarer Menschen in unserem Land reden. Fangen wir zunächst mit dem effektiven Schutz unserer Grenzen an. Niemand, der aus einem sicheren Drittstaat nach Deutschland einreist, hat hier einen Anspruch auf Asyl. Jeder ohne Bleiberecht muss abgeschoben werden, vor allem wenn er der islamistischen Szene zuzurechnen ist oder Straftaten begangen hat oder diese plant.

(Beifall bei der AfD)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Nächster Redner ist der Kollege Lindinger.

**Christian Lindinger (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt des Innenministeriums ist besonders wichtig und von vielen Länderkompetenzen geprägt. Der Freistaat ist das Sicherheitsland Nummer eins in Deutschland. Das bildet auch dieser Doppelhaushalt ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Mein Dank gilt dem Minister, seinem Haus und den Regierungsfractionen insgesamt. Nur Hand in Hand kann ein solcher Doppelhaushalt gelingen. Wir haben hier eine deutliche Erhöhung um über 1 Milliarde Euro, was einem Anstieg um 14 % auf insge-

samt 8,36 Milliarden Euro bedeutet. Auch für das Folgejahr ist eine weitere Steigerung um 49 Millionen Euro vorgesehen.

Wo zeigt sich diese Steigerung besonders? – Das sind Tarifsteigerungen beim Personal, die Schaffung neuer Stellen, die Erhöhung der Ausgaben für Asylunterbringung und Integrationsförderung, Rettungsdienst, Katastrophenschutz, Feuerwehr und Brandschutz sowie das Polizeibudget, der BOS-Digitalfunk und die Sportförderung.

Zu den Zahlen und Schwerpunkten im Einzelnen: Personalkosten machen rund 58 % der Gesamtausgaben des Einzelplans 03 aus. Im Rahmen des Stellenplans sind für den Doppelhaushalt 2024/2025 mehr als 850 neue Stellen vorgesehen. Die Polizei erhält mit 640 neuen Stellen den größten Anteil.

Für das Polizeibudget werden im Jahr 2024 zusätzliche Sach- und Investitionsmittel in Höhe von 75,8 Millionen Euro bereitgestellt. Darin sind 53,6 Millionen Euro für den Kauf der neuen, größeren und leistungstärkeren Polizeihubschrauber der 4-Tonnen-Klasse eingeplant. Mittel für allgemeine Verbesserungen sind in Höhe von 22,2 Millionen Euro vorgesehen. Die Projekte "Mobile Police" und Einsatzausstattung der Polizei werden weitergeführt.

Im Jahr 2024 erreicht das Polizeibudget damit ein Rekordvolumen von 592 Millionen Euro. Es erfährt damit einen Zuwachs von 14,7 % gegenüber 2023. Die Mittel für den Digitalfunk BOS werden ebenfalls aufgestockt, um den gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Integration und Unterbringung von Zuwandern und Asylbewerbern. Hierfür sind beträchtliche Mittel vorgesehen, im Jahr 2024 in Höhe von 2,16 Milliarden Euro und im Jahr 2025 von rund 2 Milliarden Euro.

Besonders am Herzen liegt mir der Bereich Rettungsdienst, Feuerwehr und Katastrophenschutz, da ich selbst mehr als 45 Jahre aktiven Feuerwehrdienst leiste. Mein besonderer Dank gilt an dieser Stelle allen Hilfs- und Rettungskräften, die mit übermen-

schlichem Einsatz gerade in den letzten Tagen die Flutkatastrophe bekämpften und auch immer noch bekämpfen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Es schmerzt und macht tief betroffen, wenn Menschen, und insbesondere Einsatzkräfte, im Einsatz ihr Leben verlieren. Unser besonderes Mitgefühl gilt den Angehörigen.

Wir haben für Flutopfer schnell und unbürokratisch Hilfe auf den Weg gebracht. Schnellstens müssen aber auch beschädigte Dammanlagen repariert und wiederhergestellt werden, da die Bevölkerung dahinter sonst bei weiteren Flutereignissen den Wassermassen schutzlos ausgeliefert wäre.

Weiterhin ist es wichtig und richtig, die Ausgaben im Bereich Rettungsdienst, Feuerwehr und Katastrophenschutz zu erhöhen. Mit dem Ansatz von knapp 280 Millionen Euro erhöht sich der Betrag um rund 41 % gegenüber dem Jahr 2023. Für das Jahr 2025 ist ein ähnlicher Betrag vorgesehen.

Ich überlasse es unserem Sprecher für Sport, zu diesem Bereich auszuführen. Für mich spiegelt der Einzelplan 03 die Prioritäten und die besonderen Herausforderungen wider, denen sich das Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration in den Jahren 2024 und 2025 stellt.

Die Fraktion der FREIEN WÄHLER begrüßt den Einzelplan 03 und wird ihm in der vorliegenden Fassung zustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Der nächste Redner ist der Kollege Florian Siekmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Florian Siekmann (GRÜNE):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration ist der Einzelplan unserer Einsatzkräfte in Bayern, der Kamerad-

innen und Kameraden von Polizei, Feuerwehr, Rotem Kreuz, Johannitern, Maltesern, Wasserwacht, Bergwacht, DLRG und THW. Sie haben ihre bedingungslose Bereitschaft zu helfen gerade jetzt wieder unter Beweis gestellt und stellen sie auch weiterhin unter Beweis. Dafür gebührt ihnen unser Dank und unsere Anerkennung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

"Anerkennung" und "Wertschätzung" sind Worte, die wir in den Debatten jetzt schon vielfach gehört haben. Sicherlich wird es Empfänge und Auszeichnungen geben. Aber wahre Wertschätzung für Einsatzkräfte lässt sich viel besser als mit Worten mit Geld für funktionsfähige Warnsysteme, psychosoziale Notfallversorgung, die bestmögliche Ausrüstung und bestmögliche Fahrzeuge ausdrücken. Die Wertschätzung bemisst sich auch nach den Werten im Doppelhaushalt. Diese sind gerade im Bereich des Katastrophenschutzes ausbaufähig.

(Zurufe der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU) und Holger Dremel (CSU))

Wir haben in Bayern 7.500 Freiwillige Feuerwehren, über 300.000 Ehrenamtliche engagieren sich in ihnen. Die Feuerwehren sind als Erste im Einsatz. Sie sind als Erste vor Ort – auch jetzt beim Hochwasser. Das Feuerwehrhaus ist sozusagen der Grundstein der Gefahrenabwehr einer jeden Gemeinde. Trotzdem wissen wir in allen Stimmkreisen von Fällen, wo Feuerwehrhäuser dringend sanierungsbedürftig sind oder neue Feuerwehrfahrzeuge nicht angeschafft werden können, weil sie schlicht und ergreifend nicht in das alte Feuerwehrhaus hineinpassen. Einen solchen Fall gibt es zum Beispiel im Landkreis Freising in der Gemeinde Figlsdorf-Aiglsdorf. Das dortige Feuerwehrfahrzeug ist 36 Jahre alt. Der Kommandant beklagt, das Fahrzeug verfüge über keine Gurte, keine Kopfstützen und habe auch keine Servolenkung. Dieser Zustand sei nicht so, weil man kein neues Feuerwehrfahrzeug wolle, sondern weil in das Feuerwehrhaus schlicht und ergreifend kein neues Feuerwehrfahrzeug hineinpasste.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe Ihnen hier im Bayerischen Landtag entgegen: Lassen Sie uns endlich mehr in die Sanierung von Feuerwehrhäusern investieren. Lassen Sie uns den Weg freimachen, damit die Mittel aus der Feuerschutzsteuer in größerem Umfang an Städte und Gemeinden fließen; denn dort wird der Grundstein für die Gefahrenabwehr und den Katastrophenschutz gelegt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Artmann hat es schon gesagt: Die Mittel wurden angehoben, auch deswegen, weil wir Druck gemacht haben.

(Widerspruch bei der CSU)

Die Ausgabereise der Feuerschutzsteuer steigen jedes Jahr weiter, von 53 Millionen Euro im Jahr 2019 auf 108 Millionen Euro im Jahr 2023. Davon muss den Städten und Gemeinden ein größerer Teil zukommen.

Ich freue mich, dass im Haushalt für den Bevölkerungsschutz mehr Mittel sowie auch mehr Stellen vorgesehen sind.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ihr streicht die Mittel jetzt wild zusammen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es sind aber Taschenspielertricks, wenn für neue Stellen im Bevölkerungsschutz am Ende über die Nachschublisten bei den Investitionszuschüssen für Feuerwehrfahrzeuge gekürzt wird.

(Zuruf des Abgeordneten Patrick Grossmann (CSU))

Über solche Taschenspielertricks werden wir nicht mehr Bevölkerungsschutz finanzieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stattdessen braucht es eine kluge Nachsteuerung. Das heißt, bei der durchaus guten Förderung von Fahrzeugen für den Katastrophenschutz müssen wir die Wartung stär-

ker fördern und mehr Mittel bereitstellen. Wir müssen Führerscheine finanzieren; denn niemandem nützt ein neues Fahrzeug, wenn es in den Hilfsorganisationen an Menschen mit den passenden Führerscheinen mangelt.

Die Möglichkeiten, die Bevölkerung zu warnen, müssen wir ausbauen. Uns fehlen – das sagt die Staatsregierung selber – ungefähr 10.000 Sirenen, mit denen die Bevölkerung flächendeckend gewarnt werden kann. Dafür brauchen wir ein eigenes bayerisches Förderprogramm, damit wir alle Menschen vor und während Katastrophen und Notlagen erreichen können, wenn zum Beispiel der Strom ausfällt.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Bayern sollte nicht kompensieren, was der Bund nicht macht!)

Das ist ein Szenario, das leider auch bei diesem Hochwasser wieder eingetreten ist.

(Zuruf des Abgeordneten Patrick Grossmann (CSU))

Lassen Sie uns die Feuerwehren und den Katastrophenschutz ausbauen. – Und nun freue ich mich auf Ihre Zwischenbemerkungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Holger Dremel vor.

**Holger Dremel (CSU):** Herr Siekmann, ich frage mich schon, ob Ihnen bekannt ist, dass der Bund für den Katastrophen- und Bevölkerungsschutz zuständig ist. Was macht er? – Er kürzt die Mittel. Wir gleichen in Bayern aus, was der Bund versemmt. Wir erhöhen die Mittel im Einzelplan 03 um 14 %. Den Polizeihauhalt erhöhen wir ebenfalls um 14 %. Überall gibt es mehr Geld. Wir haben die Feuerwehrfahrzeugförderung verdoppelt. Auch die Mittel für die Feuerwehrhäuser haben wir deutlich erhöht. Schauen Sie sich bitte in anderen Bundesländern um, dort, wo Sie regieren, und sagen Sie mir, wo Sie derart erhöht haben. Nein, Sie haben überall gekürzt.

Der Gipfel ist wirklich: Der Bund, namentlich Olaf Scholz, spricht von einer "Zeitenwende". Nach der Flutkatastrophe im Ahrtal kommt er in unsere Region. Welche "Zeitenwende" soll das sein? Der Bund hat keine Zeitenwende erkannt, sondern er hat die Mittel gekürzt.

Das THW haben Sie erwähnt. Fragen Sie mal beim THW vor Ort nach, was die für einen Hals auf den Bund haben. Was der Bund derzeit kürzt, ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Florian Siekmann (GRÜNE)**: Herr Kollege Dremel, ich habe Ihre Zwischenbemerkung bei Ihren Zwischenrufen schon kommen sehen. Schauen wir uns mal ganz kurz die Geschichte der THW-Finanzierung an.

Im Jahr 2020 war die Union im Bund noch in der Regierungsverantwortung. Sie hatten im Haushaltsplan des Bundes damals 340 Millionen Euro für das THW eingeplant. Die Bundesregierung hat das in der laufenden Legislaturperiode 2022 in der Spitze auf 540 Millionen Euro angehoben. Wir konnten den Haushalt für das THW trotzdem und trotz der konjunkturellen Schwierigkeiten auf über 400 Millionen Euro im Jahr 2024 stabilisieren. Dem THW stehen im Jahr 2024 – das scheint Ihnen nicht bekannt zu sein – zusätzlich 200 Millionen Euro Ausgabereste aus den letzten beiden Jahren zur Verfügung, die aus den Anhebungen nicht verausgabt werden konnten.

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Das heißt, es sind in Summe 600 Millionen Euro. Dazu kommen 178 Millionen Euro an Verpflichtungsermächtigungen, aus denen insbesondere – –

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das sind Taschenspielertricks! – Holger Dremel (CSU): Genau!)

– Was reden Sie von Taschenspielertricks?

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie reden wohl nicht mit dem THW!)

Ohne Verpflichtungsermächtigungen keine Baumaßnahmen, um die Ortsverbände zu unterstützen. Ich versichere Ihnen, wir werden in den nächsten Einzelplänen im Bund auch daran arbeiten, die jährlichen Zuweisungen wieder anzuheben.

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Herr Kollege, achten Sie auf die Redezeit.

**Florian Siekmann (GRÜNE):** Aber im Vergleich zu dem, was vorher war, hat das THW heute deutlich mehr Mittel als zu Ihren Regierungszeiten zur Verfügung. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei den GRÜNEN – Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Fake News!)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Nächste Rednerin ist die Kollegin Feichtmeier. Bitte schön.

**Christiane Feichtmeier (SPD):** Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrter Staatsminister Herrmann, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist ein schönes Land. Bayern ist nicht nur ein schönes, sondern auch ein sicheres Land. Bayern hat immer noch die niedrigste Kriminalitätsbelastung und die höchste Aufklärungsquote.

(Beifall bei der SPD, der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Holger Dremel (CSU): Bravo!)

– Es ist so. Ich sage das immer wieder gerne, weil ich nämlich Polizistin bin. Ich habe auch mit dafür gesorgt, nicht nur immer die CSU.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Die Blockparteien halten zusammen!)

Die Menschen leben gerne hier und können sich auf ihre Polizei, ihre Rettungsdienste, ihre Feuerwehren und ihren Katastrophenschutz verlassen. Dafür gebührt meinen Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei, den hauptamtlichen Helferinnen und Helfern bei den Rettungsdiensten, den Feuerwehren und beim Katastrophenschutz unser aller Dank.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CSU)

Wir als SPD stehen auch künftig an deren Seite. Wir wollen alles tun, damit Bayern und Deutschland weiterhin sicher bleiben.

Der Einzelplan 03 ist in meinen Augen insgesamt durchaus solide. Wir haben uns in diesem wichtigen Bereich der inneren Sicherheit aber mehr erhofft. Gerade mit Blick auf die derzeit herrschende Flutkatastrophe wären aus unserer Sicht bei der Feuerwehr und beim Katastrophenschutz dringend größere Anstrengungen notwendig. Bereits in den letzten Haushaltsreden meiner Vorgänger Klaus Adelt und Stefan Schuster wurde immer wieder der enorme Sanierungsstau bei den Feuerwehren moniert. Dazu kommt, dass wir nicht nur Geld für Sanierungen von 8.076 Feuerwehrräusern, sondern auch für Neubauten und Neufahrzeuge benötigen. Mein Vorredner hat es ausführlich besprochen.

Wir haben gestern der Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmänner gedacht. Sie sind seit Tagen rund um die Uhr im Einsatz, weg von ihren Arbeitsplätzen und von ihren Familien. Wer unter Einsatz seines Lebens andere Menschenleben rettet, dem gebühren in meinen Augen nicht nur Standing Ovationen, sondern auch ein finanzieller Ausgleich, der nicht benachteiligt. Mit den zusätzlich beantragten Mitteln zur Nachwuchsgewinnung wollen wir auch das Ziel verfolgen, Konzepte und Empfehlungen zu erarbeiten, wie es gelingen könnte, zukünftig zusätzliche Zielgruppen für eine Tätigkeit in der Feuerwehr zu gewinnen.

Zur Polizei: Zur Bewältigung neuer Herausforderungen benötigen wir eine personell starke und gut ausgestattete Polizei. Dazu gehört ein kontinuierlicher Zuwachs an Polizistinnen und Polizisten, aber auch ein Personalzuwachs an Tarifbeschäftigten und Verwaltungsbeamtinnen und Verwaltungsbeamten. Nach wie vor schieben meine Kolleginnen und Kollegen einen riesigen Berg von Überstunden vor sich her. Da hilft es auch nichts, wenn man plötzlich die Stundenschreibung ändert. Blickt man auf die bevorstehenden Großveranstaltungen in diesem Jahr, zeichnet sich ab, dass der Über-

stundenberg sicherlich nicht weniger werden wird. Wer an 365 Tagen rund um die Uhr arbeitet, braucht auch freie Zeit für die Familie und freie Zeit für ein Ehrenamt.

Kommen wir noch zum Thema Verwaltungsgerichte: Nichts ist für unsere Bürgerinnen und Bürger ärgerlicher als langjährige Streitsachen bei Verwaltungsgerichten. Sie kosten Geld, sie kosten Nerven und viel Zeit. Deshalb ist es in unseren Augen zwingend erforderlich, dass das neue Verwaltungsgericht in Niederbayern mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet wird.

(Beifall bei der SPD)

Aber auch eine weitere Behörde, die offensichtlich gerne aus dem Blick gerät, braucht dringend Personalnachwuchs; das Landesamt für Datenschutzaufsicht hat in seinem letzten Tätigkeitsbericht für das Jahr 2023 unmissverständlich und klar ausgesprochen, dass es massive Personalnot hat. Wörtlich heißt es:

"Datenschutzaufsicht 2023 – immer noch weit unter Sollstärke. [...] Auch wenn der Bayerische Staatsminister des Innern [...] zwei zusätzliche Planstellen [...] zur Verfügung gestellt hat, verbleibt doch weiterhin ein mittlerweile überdeutlicher Aufbau-Rückstand. Dieser zwingt das BayLDA in allen Bereichen und tagtäglich zur Zurückstellung von Vollzugsaufgaben."

Wer hier spart, spart an der falschen Stelle. Daran ändern auch die geplanten zusätzlichen Stellen im Entwurf des Haushaltsplans nichts. Nach wie vor benötigt ein funktionierender Rechtsstaat mit aktivem und ernstzunehmendem Datenschutz für die Bürgerinnen und Bürger, der seinen Namen verdient, finanzielle und personelle Ausstattung.

Ich möchte zum Abschluss noch sagen: Wir brauchen im öffentlichen Dienst dringend die Aufhebung der Wiederbesetzungssperre.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Als frühere Personalrätin habe ich jahrelang mit meinen Kolleginnen und Kollegen darum gerungen. Leider ist sie diesmal wieder nicht drin.

Was ich auch noch festgestellt habe und wofür wir uns als Personalräte auch schon immer eingesetzt haben, ist, dass der Artikel 6i zur Feststellung des Haushaltsplans im Gesetz nicht besetzt ist. Das heißt ganz klar, dass keine Stellenhebungen möglich sind. Im Jahr 2023 wurden da noch 6,9 Millionen Euro eingestellt; diesmal leider gar nichts.

(Beifall bei der SPD)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Holger Dremel. Bitte schön.

**Holger Dremel (CSU):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, lieber Staatsminister Herrmann, lieber Joachim, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Welch überragende Bedeutung Sicherheit für uns Menschen hier in Bayern hat, erleben wir und vor allem die Menschen in den vom Hochwasser stark betroffenen Gebieten leider wieder einmal sehr schmerzlich. Ohne die Tausenden von Ehrenamtlichen bei der Feuerwehr und in unseren Rettungsorganisationen wäre die Situation in den Hochwassergebieten noch viel schlimmer, als sie ohnehin schon ist.

Ich möchte deshalb im Namen der CSU-Landtagsfraktion zusammen mit unserem Koalitionspartner den Feuerwehren, allen Hilfskräften, die jetzt im Gebiet arbeiten und sich um das Hab und Gut und um die Sicherheit der Menschen sorgen, herzlich danken. Danke für eure wertvolle Arbeit!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ihr leistet wirklich Großartiges, um den Mitmenschen in der Not zu helfen. Ihr seid unsere wahren Helden!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Hochwasser ist ein weiterer Beleg dafür, dass es absolut richtig und absolut notwendig ist, dass wir in Bayern seit Langem ein besonderes Augenmerk auf die Stärkung unserer Feuerwehren, unseres Rettungsdienstes und unseres Katastrophenschutzes, aber auch unseres Bevölkerungsschutzes legen.

Der Bund hat hier – ich habe es bereits erwähnt – großen Nachholbedarf. Ich hoffe, dass seine Besuche in den Hochwassergebieten den Bundeskanzler bewegen werden, einen Kurswechsel hin zu deutlich mehr Katastrophenschutz zu vollziehen.

Meine Damen und Herren, Mittel kann man kürzen, wenn aber irgendeine Katastrophe eingetreten ist, dann noch Mittel rauszuziehen? Ich hatte gerade fernmündlichen Kontakt mit dem THW. Lieber Kollege Siekmann, die Mittel sind gekürzt worden; es ist falsch, was Sie hier am Podium gesagt haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Herr Bundeskanzler sollte sich unseren Doppelhaushalt 2024/2025 zum Vorbild nehmen, in dem wir die Mittel für die Feuerwehren – hören Sie zu, dann lernen Sie etwas dazu –,

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Das sollten mal lieber Sie machen!)

den Rettungsdienst und auch den Katastrophenschutz von rund 55 Millionen Euro im Jahr 2023 auf über 101 Millionen Euro in diesem Jahr und auf über 90 Millionen Euro im Jahr 2025 kräftig erhöhen, zusammengerechnet also mehr als 191 Millionen Euro zusätzlich. Das ist ein starker Aufschlag, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Für das Sonderinvestitionsprogramm Katastrophenschutz Bayern haben wir von 2019 bis 2023 bereits 88 Millionen Euro bereitgestellt. Jetzt stellen wir im Doppelhaushalt weitere 80 Millionen Euro zur Verfügung.

Ich möchte die rund 23 Millionen Euro für den Bau und den laufenden Betrieb des Bayerischen Zentrums für besondere Einsatzlagen sowie die 15 Millionen Euro – Kollege Artmann hat es bereits erwähnt – zur Errichtung des Bayerischen Zentrums für Alpine Sicherheit hervorheben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich unterstützen wir auch unsere Feuerwehren wieder massiv, die in jeder Kommune im Fall der Fälle immer da sind. Für diejenigen, die Aufklärungsbedarf haben: Die Feuerwehr ist grundsätzlich erst einmal eine kommunale Aufgabe. Ich war selbst Zweiter Bürgermeister und Stadtrat. Ich weiß, dass ich erst einmal selbst für meine Feuerwehren zu sorgen habe, und auch dafür, dass sie eine Garage haben. Erst dann kann ich mich darauf berufen, dass mir der Freistaat hilft. Und wir helfen auch. Ich habe es in meiner Zwischenbemerkung erwähnt. Wir haben die Förderung der Feuerwehrbeschaffungen als auch des Baus von Feuerwehrhäusern kräftig erhöht. Ich glaube, da müssen wir uns keinesfalls verstecken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Mittel werden von knapp 96 Millionen Euro im Jahr 2023 auf über 111 Millionen Euro im Jahr 2024 und auf 114 Millionen Euro im Jahr 2025 erhöht. Zusammen sind das 225 Millionen Euro. Das ist wirklich klasse.

Wir tun das alles, weil unsere Ehrenamtlichen bei den Feuerwehren, beim Roten Kreuz und bei allen Rettungsdiensten das Herz und die Seele unserer Gesellschaft sind. Sehr oft sind sie auch die Notaufnahme für die Menschen, die ihre Häuser wegen des Hochwassers verlassen mussten. Unsere ehrenamtlich Engagierten werden deshalb auch im Zeitalter der Globalisierung und der Digitalisierung eines der wichtigsten Fundamente unserer Gesellschaft bleiben. Was sie leisten, kann nicht

durch noch so große Fortschritte erreicht werden. Herzlichen Dank an unsere Ehrenamtlichen für diese Leistungen!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Im Einzelplan 03 – ich habe es vorhin erwähnt – haben wir eine Steigerung um insgesamt 14 % auf 8,3 Milliarden Euro. Auch im nächsten Jahr wird sich der Gesamthaushalt für das Innenministerium steigern. Der Polizeihushalt erhöht sich auch. Wir haben 640 neue Stellen ausgewiesen. Bayern ist sicher. Warum? – Weil wir Sicherheit produzieren, weil wir hinter unseren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten stehen. Sie können sich auf uns verlassen. Sie leisten hervorragende Arbeit.

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Holger Dremel (CSU):** Wir haben die niedrigste Kriminalität und die höchste Aufklärungsquote. – Herzlichen Dank fürs Zuhören und an unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Nächste Rednerin ist die Kollegin Gülseren Demirel. Bitte schön.

**Gülseren Demirel (GRÜNE):** Verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen, Herr Minister! Da im Haushalt des Innenministeriums auch die Integration ein Thema ist, ist es für mich wichtig, auch dazu ein paar Worte zu sprechen. Wir reden und diskutieren hier oft über Integration. Manchmal ist es wichtig, diesen Begriff zu definieren. Für meine Fraktion bedeutet Integration, dass sie auf der Grundlage unserer Verfassungsgrundsätze stattzufinden hat, die die Regeln unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens sind. Integration bedeutet für uns, dass das Ganze keine Einbahnstraße ist. Beide Seiten stehen in der Verantwortung, sich mit ihren Bemühungen einzubringen.

Beide Seiten heißt: Es sind die Betroffenen, die in unser Land kommen, aber auch die Politik, die die Regeln, die Strukturen und die Angebote vorzugeben hat. Unter der Prämisse der Zahlen im Haushalt, die heute in der Debatte im Raum standen, der Milliarden, die wir ausgeben, denken die Bürgerinnen und Bürger, die dort oben sitzen und unsere Debatte verfolgen, dass diese Milliarden in Integrationsmaßnahmen fließen. Das ist leider nicht so.

Das sind Mittel, die zum großen Teil vom Bund für die Unterbringung Geflüchteter gewährt werden. Das sind also Mittel, die für ein Bett und ein Dach über dem Kopf gewährt werden, aber keine Landesmittel, die für die Integration zu Verfügung stehen. Man muss bayernweit unterwegs sein und sich in den Unterkünften anschauen, was in der Praxis als Integration verstanden wird. Es ist richtig, Integration einzufordern. Es ist sogar unsere Pflicht, Integration von den Betroffenen einzufordern. Es ist aber auch unsere Pflicht, den Betroffenen aufzuzeigen, wie sie das Erfordernis der Integration erfüllen können.

Wenn ich in Bayern unterwegs bin, sehe ich, dass kein einziger Deutschkurs von der Staatsregierung finanziert wird. Ehrenamtliche bieten diese Sprachkurse an. Wissen Sie, wie die Realität aussieht? – Ehrenamtliche müssen sogar das Flipchart-Papier, das sie für den Unterricht brauchen – ich rede gar nicht von Lehrmaterialien – aus der eigenen Tasche finanzieren. Dafür ist kein Budget vorhanden. Deshalb frage ich Sie: Erfüllen wir, die Politik, unsere Pflicht, wenn wir über Integration reden und sie zu Recht einfordern? Sprache ist doch eigentlich das Instrument und die einzige Möglichkeit, die Spielregeln dieser Gesellschaft verständlich zu vermitteln. Daher verwundert es, dass im Haushalt dazu kein Titel zu sehen ist. Wenn man die Milliarden für die Unterbringung herausrechnet, bleiben für die Integration 8 Millionen Euro im Haushalt eines Ministeriums übrig, das die Integration in seinem Namen trägt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein Armutszeugnis. Das müssen wir ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Weil wir das ändern wollen, haben wir dazu auch einen Antrag gestellt.

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Liebe Kollegin, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Gülseren Demirel (GRÜNE):** Wir haben einen Antrag gestellt, dass die Deutschkurse auch finanziert werden.

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Kollegin, Ihre Redezeit ist beendet.

**Gülseren Demirel (GRÜNE):** Schleswig-Holstein hat gerade 4 Millionen Euro beschlossen. Machen wir es doch denen nach und zeigen wir, dass wir Integration wirklich ernst nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Nächster Redner ist Bernhard Heinisch von den FREIEN WÄHLERN. Bitte schön.

**Bernhard Heinisch (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Als sportpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER ist es mir heute eine besondere Ehre, hier vor Ihnen im Bayerischen Landtag die Beschlussvorlage über die finanziellen Mittel, die für den Sport im bayerischen Haushalt bereitgestellt werden sollen, präsentieren zu dürfen.

Vorab, ich bin bei diesem Thema voreingenommen. Ich bin ein Mann des Sports. Der Sport ist eine der tragenden Säulen für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wer in den Sport investiert, investiert in die Gesundheit. Durch aktiven Sport kann zahlreichen Krankheiten von Herz-Kreislauf-Erkrankungen über Bluthochdruck, Diabetes Typ 2, Krebs, aber auch psychischen Erkrankungen wie beispielsweise Depressionen oder Burn-out vorgebeugt werden. Wer sich körperlich betätigt, entwickelt oft ein

gesteigertes Bewusstsein für eine ausgewogene Ernährung. Sport fördert nicht nur kognitive Fähigkeiten, insbesondere im Mannschaftssport, die damit verbundenen ehrenamtlichen Aktivitäten fördern auch die sozialen Kompetenzen aller Beteiligten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sport fördert auch die Inklusion. Das habe ich selbst bei diversen Inklusionsspielaktionen in meiner Heimat, in der Oberpfalz, die ich ins Leben gerufen habe, immer wieder erleben und spüren dürfen. Durch Sport sind wir ausgeglichener und leistungsfähiger. Überhaupt wird durch Sport der Leistungsgedanke, der in unserer Gesellschaft unabdingbar ist, gefördert. Wer in Sport investiert, spart Ressourcen in der öffentlichen Gesundheitsvorsorge und schafft zugleich die Basis für eine stabile und wettbewerbsfähige Wirtschaft in unserem schönen Freistaat.

Der gesellschaftliche Stellenwert des Sports lässt sich nur sehr schwer in Zahlen ausdrücken. Auch sportliche Großereignisse wie die Fußball-Europameisterschaft 2024 schicken ihre Glanzlichter voraus. Seien Sie sich gewiss: Eine Investition in Sport in Bayern ist eine absolut nachhaltige Investition in eine erfolgreiche und lebenswerte Zukunft unseres schönen Freistaats. Da ist es aus meiner Sicht absolut gerechtfertigt, die Mittel für die Sportförderung von ehemals 82,1 Millionen Euro im Jahr 2023 im aktuellen Doppelhaushalt deutlich zu erhöhen: Für das Jahr 2024 sollen 110 Millionen Euro bereitgestellt werden. Für das Jahr 2025 sind hier 106 Millionen Euro vorgesehen.

Die Sportförderung ist deshalb so wichtig, weil hiermit ein wichtiger Beitrag geleistet wird, welcher der Arbeit der Sportvereine und des Ehrenamts Rechnung trägt. Genau jene sind es, die jeden Tag aufs Neue einen unschätzbaren Dienst für den Breiten-sport in unserem Land leisten. Aus diesen Mitteln werden unter anderem die Vereinspauschale und Zuschüsse für die Investitionen der Vereine für laufende Zwecke der Verbände finanziert sowie Zuschüsse für verschiedene einzelne Investitionsmaßnahmen im Sportbereich geleistet. Die zusätzlich bereitgestellten Mittel sind insbesondere

für eine erhöhte Verbandsförderung im Breiten- und Nachwuchsleistungssport, für die Vereinspauschale sowie für die Fortführung des Schwimmförderprogramms vorgesehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte um Ihre Unterstützung und kann im Sinne meiner Eingangsworte nur an jeden Einzelnen von Ihnen appellieren: Betreiben Sie aktiv Sport, bleiben Sie fit und gesund!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Für die Staatsregierung hat Staatsminister Joachim Herrmann um das Wort gebeten. Bitte schön.

**Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich nachdrücklich dafür, dass dem Hohen Haus heute zur abschließenden Beratung und, wie ich hoffe, Zustimmung in der Tat ein Rekordhaushalt für das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration vorliegt, ein Rekordhaushalt mit den höchsten Ausgaben für die Polizei, die es jemals gegeben hat, mit der höchsten Stellenzahl, die es jemals für die Polizei gegeben hat, ein Rekordhaushalt für den Katastrophenschutz, ein Rekordhaushalt für den Sport usw. Ich brauche Ihnen nicht alle Zahlen noch mal einzeln vorzutragen. Aber ich will mich dafür bedanken, dass der Haushaltsausschuss das so erfolgreich beraten und Ihnen zur Beschlussfassung vorgelegt hat, weil es ein klares Zeichen ist in einer insgesamt nicht ganz einfachen Situation, in der sich unser Land befindet.

Ich sage zu allererst ein herzliches Dankeschön an all die Einsatzkräfte, die helfen, die seit nunmehr fünf Tagen bestehende außergewöhnliche Belastung für viele unserer Landesteile zu bewältigen angesichts einer Hochwasserkatastrophe, deren Ausmaß sich in den Dimensionen der Hochwasserkatastrophe von 2013 bewegt. Es sind teilweise die gleichen, teilweise andere Landesteile betroffen. Manche Landkreise, die 2013 betroffen waren, sind diesmal nicht betroffen.

Ich habe mir die Situation zusammen mit dem Ministerpräsidenten und dem Umweltminister an vielen Orten direkt angeschaut. Es ist unglaubliches Leid für viele Menschen zu beobachten. Es gibt unglaubliche Schäden, die wir sicherlich erst in einigen Wochen wirklich abschätzen können.

In dieser katastrophalen Situation kann es nicht hoch genug geschätzt werden, dass wir allein in diesen fünf Tagen schon weit über 60.000 Männer und Frauen als Einsatzkräfte, die meisten von ihnen ehrenamtlich, um Unterstützung bitten konnten, dass sie gemeinsam unterwegs waren, zum Teil Risiken für die eigene Gesundheit nicht gescheut haben und sich großartig eingesetzt haben. Das sind Männer und Frauen, auf die wir uns auch sonst das ganze Jahr über verlassen können und die jetzt wieder großartig helfen. All denen ein ganz herzliches Dankeschön!

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Da ist es in der Tat wichtig, den Feuerwehren, dem Roten Kreuz, den Maltesern, den Johannitern, dem Arbeiter-Samariter-Bund, der DLRG und auch den Kameradinnen und Kameraden des Technischen Hilfswerks, einer Bundesanstalt, Dank zu sagen. Das gilt auch für die Kolleginnen und Kollegen der Polizei, auch der Bundespolizei, und die Kameraden der Bundeswehr, die mit im Einsatz sind. Alle wirken ganz hervorragend zusammen. Da zeigt sich, dass es wichtig war und ist, immer wieder gemeinsam zu üben, für den Alltag genauso wie für extreme Sondersituationen, wie wir sie im Moment erleben. Es kommt dann nämlich darauf an, dass nicht nur jeder und jede Einzelne einen großartigen Beitrag leistet, sondern wir vor allen Dingen auch ein überaus erfolgreiches und gutes Zusammenwirken all dieser Einsatzkräfte haben. Das bestätigten mir viele der Einsatzkräfte gerade in den letzten Tagen, wenn ich vor Ort unterwegs bin: Es ist noch besser, als es vor zehn oder zwanzig Jahren war, weil wir es noch weiterentwickelt haben, es immer wieder trainieren und üben und weil überall von den Führungen der Organisationen eine klare Botschaft da ist. In solchen Situationen kann es immer nur darum gehen, das Bestmögliche für die Rettung von Men-

schenleben und, soweit es dann noch möglich ist, für die Bewahrung von Hab und Gut zu leisten.

Auch diese Zusammenarbeit ist nicht selbstverständlich. Auch da bedanke ich mich dafür, dass wir in den letzten zwei Jahren, übrigens in vielen internen Besprechungen – wir haben das nie nach außen getragen –, analysiert haben, was wir zum Beispiel aus der Katastrophe im Ahrtal lernen können. Mir ist in den letzten Tagen immer wieder gesagt worden: Das hat sich gelohnt, darüber nachzudenken. Manche Dinge in den Führungsstrukturen sind noch besser geworden. Die Ausstattungen seien noch besser geworden. Wir haben unsere Schlüsse daraus gezogen. Wir haben da zu keinem Zeitpunkt besonders geschickt dahergeredet über andere, sondern haben nur überlegt: Was müssen wir in Zukunft bei uns noch besser machen, um solchen Situationen gerecht zu werden? – Ich will nicht behaupten, dass heute alles schon perfekt ist. Wir arbeiten weiter daran. Aber es lohnt sich, daran zu arbeiten.

Ich bedanke mich herzlich dafür, dass alle Tag und Nacht mitwirken und wir dadurch eine noch bessere Dienstleistung für die Bürgerinnen und Bürger gewährleisten können. Vielen Dank dafür.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich bedanke mich auch ausdrücklich für die Unterstützung der Kameradinnen und Kameraden des THW, der Bundeswehr und der Bundespolizei als Bundesorganisationen.

Im Moment ist angesichts der schwierigen Einsatzsituationen nicht der Zeitpunkt, darüber politische Gefechte zu führen, aber, Herr Kollege Siekmann, ich will Ihnen schon sagen: So ganz scheinen Sie das mit der richtigen Einordnung der Entwicklung beim Technischen Hilfswerk noch nicht nachvollzogen zu haben. 2020 hat das THW im Bundeshaushalt 343 Millionen Euro bekommen, 2021 458 Millionen Euro. Ich denke, wir sind uns einig: Der Haushalt 2021 ist noch Ende 2020 unter der früheren Bundesregierung mit der entsprechenden Mehrheit im Bundestag beschlossen worden. Der

Entwurf für den Haushalt 2022 – jeder weiß, wie das technisch in der Verwaltung läuft – noch überwiegend von der alten Verwaltung erarbeitet worden.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Hört, hört!)

Den hat dann der neue Bundestag beschlossen. Das war der erste Haushalt, den der neue Bundestag 2022 beschlossen hat. 544 Millionen Euro für das THW waren stattlich und wunderbar. Auf der Grundlage waren wir dann alle optimistisch, dass das so weitergeht. Aber schon der zweite Haushalt, den die neue Regierung in Berlin, die sogenannte Ampel, beschlossen hat, bedeutete dann eine Reduzierung auf 428 Millionen Euro. In diesem Jahr ist der Ansatz auf 401 Millionen Euro reduziert worden. Das hat die Ampelkoalition in Berlin so beschlossen, und das, wohlgemerkt, nachdem die Bundesinnenministerin nach der Katastrophe im Ahrtal vollmundig erklärt hat, es bräuchte jetzt eine Trendwende im Katastrophenschutz, einen Neustart im Bevölkerungsschutz und es würde jetzt ein neues Kapitel aufgeschlagen werden.

(Michael Hofmann (CSU): Hört, hört!)

Da hat sie den Mund angesichts der Leistungen ihrer Vorgänger, egal welcher Partei, etwas voll genommen. Aber das hat große Erwartungen geweckt. Dieses neue Kapitel, das da aufgeschlagen worden ist, sieht aber so aus, dass seitdem sowohl beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz als auch beim THW ständig weiter gekürzt wird. Da darf man sich nicht wundern, wenn es beim THW auch bei uns in Bayern manche Kameradinnen und Kameraden gibt – ich denke, die allermeisten Kolleginnen und Kollegen hier im Saal kennen Kameraden des THW –, die das anders verstanden hatten mit dem neuen Kapitel, das im Katastrophenschutz aufgeschlagen wird. Die haben alle gedacht: Wunder, was da jetzt kommt. Gekommen sind Kürzungen und Kürzungen. Herr Kollege Siekmann, Sie argumentieren jetzt mit Haushaltsresten. Ich kann nur sagen: Bei – in Anführungszeichen – "meinem" THW in Erlangen, in dem ich seit vielen Jahren Fördermitglied bin, weiß ich das unmittelbar. Die THWler aus anderen Ortsverbänden haben mir geschrieben und offenbar auch einer ganzen Reihe von Land-

tagskolleginnen und -kollegen, die sich deswegen zum Teil an mich gewandt haben. Warum hat denn die Bundesorganisation des THW eine ganze Reihe von Baumaßnahmen, eine ganze Reihe von Investitionsmaßnahmen, zum Beispiel in Erlangen, aber auch in vielen anderen Städten in Bayern, gestoppt? Weil die so dumm sind? – Nein, weil sie eine klare Anweisung hatten: Das Geld für die eigentlich geplanten Maßnahmen ist nicht mehr da. Das ist doch die Realität! Da können Sie die Zahlen jetzt hin- und herschieben. Es gibt eine ganze Reihe von THW-Maßnahmen,

(Zuruf)

die im Gange waren, die auf Anweisung von Berlin jetzt gestoppt worden sind. Das ist die Realität des THW draußen. Nicht nur in Bayern, sondern in ganz Deutschland ist das so.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich will an dieser Stelle noch einmal sagen: Wir können in Bayern auch nicht jeden Wunsch sofort erfüllen. Aber angesichts dieser großartigen ehrenamtlichen Leistung – auch beim THW sind 96 bis 98 % aller Leute, die da aktiv sind, ehrenamtlich unterwegs – ist es das Mindeste, dass wir ehrlich mit ihnen umgehen. Wir können nicht jeden Wunsch sofort erfüllen. Das können wir auch in Bayern nicht; aber wir müssen redlich daran arbeiten und die Lage Schritt für Schritt verbessern, wie wir das in Bayern mit der Feuerwehr, mit dem Katastrophenschutz usw. tun. Daran sollten wir, denke ich, jetzt auch parteiübergreifend weiterarbeiten. Wir haben einen gemeinsamen Beschluss der Innenminister aller Länder, die klar sagen im Hinblick auf die Lage im Katastrophenschutz, dass wir uns in puncto Zivilschutz wieder anders aufstellen müssen. Jetzt reden wir von dem Hochwasser. Ich bitte aber schon, im Hinterkopf zu behalten: Wir haben auch eine klare Anforderung des Bundesverteidigungsministeriums. Leider ist es nicht mehr völlig undenkbar – wir haben das eine Zeit lang gemeint –, dass wir auch im Zivilschutz gefordert sein könnten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das ist Kernaufgabe des Bundes. Deshalb haben alle Innenminister und Innensenatoren und -senatorinnen in Deutschland einstimmig gefordert: Wenn es ein 100-Milliarden-Euro-Programm für die Bundeswehr gibt, dann brauchen wir wenigstens ein 10-Milliarden-Euro-Programm für den Zivil- und Katastrophenschutz – Stärkungspaket Bevölkerungsschutz – vom Bund. Das sind über zehn Jahre eine Milliarde Euro pro Jahr. Das ist meines Erachtens wirklich angemessen. Für ganz Deutschland ist das wahrlich nicht übertrieben. Lassen Sie uns gemeinsam – darum bitte ich Sie herzlich – parteiübergreifend daran arbeiten; da geht es nämlich nicht um irgendwelche Spezialwünsche aus Bayern, sondern um die Sicherheit der Menschen in ganz Deutschland in den nächsten Jahren. Dafür müssen wir gemeinsam arbeiten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Mindestens genauso wichtig ist aber natürlich, alles dafür zu tun, dass Bayern auch in puncto Kriminalität das sicherste aller Bundesländer bleibt. Uns geht es nicht um den Wettbewerb mit anderen Ländern, sondern um die Sicherheit der Menschen in unserem Land. Daran müssen wir auch weiter arbeiten, mit Herz und Verstand. Wir statten unsere Polizei hervorragend aus. Auf dieser Grundlage haben wir eine hoch motivierte bayerische Polizei, die überaus erfolgreich für die Sicherheit der Menschen in unserem Land arbeitet. Da ist es natürlich ganz besonders schlimm, wenn es, wie in Mannheim, zu Angriffen auf Polizeibeamte durch unterschiedlichste Extremisten in unserem Land kommt. Unsere Gedanken sind bei den Angehörigen dieses ermordeten Polizeibeamten. Wir wollen gemeinsam weiterhin alles dafür tun, dass alle unsere Polizistinnen und Polizisten, alle Einsatzkräfte in unserem Land ihren Dienst möglichst unbeschadet verrichten können. Deshalb brauchen sie unsere Rückendeckung. Deshalb brauchen sie unsere uneingeschränkte Solidarität. Deshalb müssen solche Straftäter hart bestraft werden. Wenn sie eigentlich in einem anderen Kontinent zu Hause sind, dann müssen sie möglichst schnell unser Land verlassen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich will auch da nur sagen: Ich freue mich, dass es da jetzt zur neuen Einsicht gekommen ist. Seit zwei Jahren fordere ich wie andere Kollegen in Innenministerien, dass es gerade bei extremen Straftätern auch möglich sein muss, Leute nach Syrien und Afghanistan abzuschicken. Zwei Jahre lang hat die Bundesregierung das immer abgelehnt und erklärt, das gehe nicht.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Das stimmt nicht! Das wissen Sie am besten!)

Ich freue mich darüber, dass seit drei Tagen auf einmal auch Minister von der SPD und vor allen Dingen auch die Bundesinnenministerin von der SPD sagt: Ja, das muss jetzt sein. – Höchste Zeit wird es!

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Gülseren Demirel (GRÜNE): Das ist nicht möglich, und das wissen Sie als Innenminister!)

Schließlich ist es richtig, dass wir uns mit verfassungsfeindlichen Tendenzen in unserem Land konsequent auseinandersetzen. Ich sage ganz klar: Unerträglich ist, dass in Hamburg Leute die Einführung eines Kalifats in Deutschland fordern. Wir sind stolz auf unsere Demokratie, auf 75 Jahre Grundgesetz. Das ist die beste Demokratie, die es jemals auf unserem Boden gegeben hat. Dafür stehen wir,

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Wer ist denn dagegen?)

und für ein Kalifat ist bei uns kein Platz.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber ich sage auch: Wir beobachten mit gutem Grund sehr wohl auch die Feinde unserer Demokratie auf anderen Seiten. Deshalb ist es wichtig, dass auch die Beobachtung einiger Funktionäre der AfD konsequent vorangetrieben wird. Da sind nämlich auch Feinde der Demokratie unterwegs.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Deshalb freue ich mich, dass wir einen Haushalt zur Abstimmung haben, der in der Tat in puncto Sicherheit der Menschen in unserem Land weiterhin einen starken Staat ermöglicht, einen Staat, der unbürokratischer werden muss, der aber die Sicherheit der Menschen in unserem Land bestmöglich garantiert. Dafür steht diese Koalition. Dafür steht diese Staatsregierung. Ich bitte Sie alle dafür um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Prof. Hahn von der AfD-Fraktion.

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Geschätzter Herr Minister Herrmann – hier sind wir, schauen Sie ruhig her – ich habe eine Frage an Sie. Sie haben hier ganz stolz die Rekordausgaben in diesem Haushalt erwähnt. Sie haben sich während der ganzen Rede fast nur bei den Leuten bedankt, die gerade die Missstände wieder ausbaden. Die Mehrausgaben sind da. Sie haben sich beim Haushaltsausschuss bedankt, aber noch nicht mal beim Bürger, der diese Steuern eigentlich aufbringt;

(Unruhe)

aber merkwürdig ist, dass nicht nur die Einnahmen für Sie größer werden, sondern auch die Missstände. Ich spreche die Messerdelikte an. Die haben hier unter den Gewaltdelikten, bei schwerer Körperverletzung, bei Gewalt, prozentual bis zu 20 % zugenommen. Sie haben in einem einzigen Satz die Worte "Mannheim" und "unterschiedlichste Extremisten" genannt. Ich finde es beschämend, dass Sie noch nicht mal in diesem klaren Fall ganz klar benennen, wer dieser Extremist gewesen ist. Und dann, zwei Worte später, kommen Sie noch auf die AfD zu sprechen. Das heißt, ich frage Sie hier ganz deutlich: Wie erklären Sie sich die zunehmenden Einnahmen für Ihr ver-

antwortliches Ressort und die fehlende Sicherheit und Kriminalität, die hier beständig weiter zunimmt?

(Beifall bei der AfD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Prof. Hahn. – Herr Staatsminister, bitte.

**Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration):** Sie hätten zum Beispiel beobachten und lesen können, was ich bei der Vorstellung der Kriminalitätsstatistik für das vergangene Jahr ganz offen und sehr deutlich angesprochen habe, nämlich die Zunahme von Kriminalität der Menschen mit Migrationshintergrund. Das ist ein zunehmendes Problem. Das konnten Sie auch in jeder Menge Medien entsprechend nachlesen. Es ist wirklich nicht so, dass wir daraus ein Hehl machen würden. Das wurde auch im Innenausschuss, falls Sie da ab und zu zuhören, ausdrücklich diskutiert; der Bericht zur Kriminalitätsentwicklung ist im Innenausschuss behandelt worden. Sie können wahrlich nicht behaupten, dass dieses Thema von irgendwem unter den Tisch gekehrt worden wäre, ganz im Gegenteil.

Auch wenn diese Entwicklung nicht gut ist, nehme ich für uns in Anspruch, dass wir nach wie vor das sicherste Bundesland sind. Bei uns in Bayern halten sich diese Entwicklungen in weit engeren Grenzen als in anderen Teilen Deutschlands. Wir fordern ganz klar eine grundlegende Wende in der Zuwanderungspolitik. Wir hatten in den letzten Jahren in der Gesamtsumme zu viele Flüchtlinge. Dadurch wurden viele unserer Kommunen in ihrer Integrationsarbeit ganz offensichtlich überfordert. Das sagen fast alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Landrätinnen und Landräte in unserem Land. Deshalb müssen wir eine klare Wende der Politik in Berlin herbeiführen, aber nicht mit Ihren Methoden und Ihren Rezepten, Herr Kollege.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Staatsminister Herrmann. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025, Einzelplan 03, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/1597 mit 19/1673 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 19/2054 zugrunde.

Zunächst kommen wir zu den drei vorab angekündigten namentlichen Abstimmungen. Diese werden elektronisch durchgeführt.

Ich beginne mit der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Bündnis für Toleranz" auf Drucksache 19/1625. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist jetzt freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 15:11 bis 15:14 Uhr)

Haben alle Abgeordneten ihre Stimme abgegeben? – Das ist offensichtlich der Fall. Ich schließe die Abstimmung.

Es folgt nun die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Sanierung von Feuerwehrhäusern fördern" auf Drucksache 19/1609. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen ebenfalls zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt zwei Minuten. Die Abstimmung ist jetzt freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 15:15 bis 15:17 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Laufende Kosten für Katastrophenschutzfahrzeuge und Führerscheine tragen" auf Drucksache 19/1610. Auch dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt ebenfalls zwei Minuten. Die Abstimmung ist jetzt freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 15:17 bis 15:19 Uhr)

Ich schließe auch diese Abstimmung.

Während die Abstimmungsergebnisse ermittelt werden, fahren wir mit der einfachen Abstimmung über den eingangs erwähnten Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Neubau eines Dienstgebäudes für die Polizeiinspektion Aschaffenburg" auf Drucksache 19/1649 fort. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Antrag zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen? – Das sind die anderen Fraktionen. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Die Sitzung wird bis zum Vorliegen der Abstimmungsergebnisse der vorherigen namentlichen Abstimmungen für einen kurzen Moment unterbrochen.

(Unterbrechung von 15:20 bis 15:31 Uhr)

So, wir nehmen die Sitzung wieder auf. Vielen Dank für Ihre Geduld. Die technische Ermittlung der Abstimmungsergebnisse hat etwas länger gedauert als sonst. Schön, dass die Stimmung so entspannt ist. Umso disziplinierter werden wir die Beratungen fortsetzen.

Ich gebe nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmungen bekannt:

Beim Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Bündnis für Toleranz" auf Drucksache 19/1625 haben 25 Abgeordnete mit Ja gestimmt, mit Nein 143 Abgeordnete. Stimmenthaltungen: keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 15)

Beim Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Sanierung von Feuerwehrhäusern fördern" auf Drucksache 19/1609 haben 43 Abgeordnete mit Ja gestimmt, mit Nein 120 Abgeordnete. Stimmenthaltungen: keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 16)

Beim Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Laufende Kosten für Katastrophenschutzfahrzeuge und Führerscheine tragen" auf Drucksache 19/1610 haben 43 Abgeordnete mit Ja gestimmt, mit Nein 122 Abgeordnete. Stimmenthaltungen: keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 17)

Damit kommen wir nun zur Abstimmung über den Einzelplan 03. Der Einzelplan 03 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Empfehlung mit Bericht auf Drucksache 19/2054 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 03 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die FREIEN WÄHLER sowie die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und AfD-Fraktion. Enthaltungen? – Augenscheinlich keine. Damit ist der Einzelplan 03 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 18)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

"Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2024/2025 vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU-Fraktion, FREIE WÄHLER, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD, also alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Damit ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 19/2054, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/1652 mit 19/1673 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 03 ist damit abgeschlossen.

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 05.06.2024 zu Tagesordnungspunkt 10: Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion AfD; Haushaltsplan 2024/2025; hier: Bündnis für Toleranz (Kap. 03 03 Tit. 547 07) (Drucksache 19/1625)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Adjei Benjamin</b>		X		<b>Eberwein Jürgen</b>		X	
<b>Aigner Ilse</b>		X		<b>Dr. Ebner Stefan</b>			
<b>Aiwanger Hubert</b>				<b>Ebner-Steiner Katrin</b>	X		
<b>Arnold Dieter</b>				<b>Dr. Eiling-Hütig Ute</b>		X	
<b>Arnold Horst</b>		X		<b>Eisenreich Georg</b>			
<b>Artmann Daniel</b>		X		<b>Enders Susann</b>		X	
<b>Atzinger Oskar</b>	X						
				<b>Fackler Wolfgang</b>		X	
<b>Bäumler Nicole</b>		X		<b>Fehlner Martina</b>		X	
<b>Bauer Volker</b>		X		<b>Feichtmeier Christiane</b>		X	
<b>Baumann Jörg</b>	X			<b>Flierl Alexander</b>		X	
<b>Baumgärtner Jürgen</b>		X		<b>Freller Karl</b>		X	
<b>Baur Konrad</b>		X		<b>Freudenberger Thorsten</b>		X	
<b>Prof. Dr. Bausback Winfried</b>		X		<b>Friedl Patrick</b>		X	
<b>Becher Johannes</b>		X		<b>Friesinger Sebastian</b>		X	
<b>Beck Tobias</b>		X		<b>Frühbeißer Stefan</b>		X	
<b>Becker Barbara</b>		X		<b>Fuchs Barbara</b>		X	
<b>Dr. Behr Andrea</b>		X		<b>Füracker Albert</b>			
<b>Behringer Martin</b>		X					
<b>Beißwenger Eric</b>				<b>Gerlach Judith</b>			
<b>Bergmüller Franz</b>	X			<b>Gießübel Martina</b>		X	
<b>Bernreiter Christian</b>				<b>Glauber Thorsten</b>			
<b>Birzele Andreas</b>		X		<b>Goller Mia</b>		X	
<b>Blume Markus</b>				<b>Gotthardt Tobias</b>			
<b>Böhm Martin</b>		X		<b>Graupner Richard</b>	X		
<b>Börtl Maximilian</b>		X		<b>Grießhammer Holger</b>		X	
<b>Bozoglu Cemal</b>		X		<b>Grob Alfred</b>		X	
<b>Brannekämper Robert</b>		X		<b>Groß Johann</b>		X	
<b>von Brunn Florian</b>		X		<b>Gross Sabine</b>	X	X	
<b>Dr. Brunnhuber Martin</b>		X		<b>Grossmann Patrick</b>		X	
<b>Dr. Büchler Markus</b>				<b>Guttenberger Petra</b>		X	
<b>Celina Kerstin</b>		X		<b>Prof. Dr. Hahn Ingo</b>	X		
				<b>Halbleib Volkmar</b>		X	
<b>Deisenhofer Maximilian</b>		X		<b>Halemba Daniel</b>			
<b>Demirel Gülseren</b>		X		<b>Hartmann Ludwig</b>		X	
<b>Dierkes Rene</b>	X			<b>Hauber Wolfgang</b>		X	
<b>Dierl Franc</b>		X		<b>Heinisch Bernhard</b>		X	
<b>Dr. Dietrich Alexander</b>		X		<b>Heisl Josef</b>			
<b>Dietz Leo</b>		X		<b>Dr. Herrmann Florian</b>		X	
<b>Dorow Alex</b>		X		<b>Herrmann Joachim</b>		X	
<b>Dremel Holger</b>		X		<b>Hierneis Christian</b>		X	
<b>Dünkel Norbert</b>		X		<b>Högl Petra</b>		X	
				<b>Hofmann Michael</b>		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Hold</b> Alexander			
<b>Holetschek</b> Klaus		X	
<b>Holz</b> Thomas			
<b>Dr. Hopp</b> Gerhard		X	
<b>Huber</b> Martin			
<b>Huber</b> Martin Andreas		X	
<b>Huber</b> Thomas		X	
<b>Huml</b> Melanie		X	
<b>Jäckel</b> Andreas		X	
<b>Jakob</b> Marina		X	
<b>Jungbauer</b> Björn		X	
<b>Jurca</b> Andreas	X		
<b>Kaniber</b> Michaela			
<b>Kaufmann</b> Andreas		X	
<b>Kirchner</b> Sandro			
<b>Knoblach</b> Paul		X	
<b>Knoll</b> Manuel		X	
<b>Köhler</b> Claudia		X	
<b>Köhler</b> Florian	X		
<b>Kohler</b> Jochen		X	
<b>Koller</b> Michael		X	
<b>Konrad</b> Joachim		X	
<b>Krahl</b> Andreas			
<b>Kraus</b> Nikolaus		X	
<b>Kühn</b> Harald		X	
<b>Kurz</b> Sanne		X	
<b>Lausch</b> Josef		X	
<b>Lettenbauer</b> Eva		X	
<b>Lindinger</b> Christian		X	
<b>Lipp</b> Oskar	X		
<b>Locke</b> Felix		X	
<b>Löw</b> Stefan	X		
<b>Dr. Loibl</b> Petra		X	
<b>Ludwig</b> Rainer		X	
<b>Magerl</b> Roland	X		
<b>Maier</b> Christoph			
<b>Mang</b> Ferdinand	X		
<b>Mannes</b> Gerd	X		
<b>Dr. Mehring</b> Fabian			
<b>Meier</b> Johannes	X		
<b>Meußgeier</b> Harald			
<b>Meyer</b> Stefan			
<b>Miskowitsch</b> Benjamin		X	
<b>Mistol</b> Jürgen		X	
<b>Mittag</b> Martin		X	
<b>Müller</b> Johann	X		
<b>Müller</b> Ruth			
<b>Müller</b> Ulrike		X	
<b>Nolte</b> Benjamin	X		
<b>Nussel</b> Walter		X	
<b>Dr. Oetzing</b> Stephan		X	
<b>Osgyan</b> Verena		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Pargent</b> Tim			
<b>Prof. Dr. Piazzolo</b> Michael		X	
<b>Pirner</b> Thomas		X	
<b>Pohl</b> Bernhard		X	
<b>Post</b> Julia		X	
<b>Preidl</b> Julian		X	
<b>Rasehorn</b> Anna		X	
<b>Rauscher</b> Doris		X	
<b>Reiß</b> Tobias		X	
<b>Rinderspacher</b> Markus		X	
<b>Rittel</b> Anton			
<b>Roon</b> Elena	X		
<b>Saller</b> Markus		X	
<b>Schack</b> Jenny		X	
<b>Schalk</b> Andreas		X	
<b>Scharf</b> Martin			
<b>Scharf</b> Ulrike			
<b>Scheuenstuhl</b> Harry		X	
<b>Schießl</b> Werner		X	
<b>Schmid</b> Franz			
<b>Schmid</b> Josef		X	
<b>Schmidt</b> Gabi			
<b>Schnotz</b> Helmut		X	
<b>Schnürer</b> Sascha		X	
<b>Schöffel</b> Martin		X	
<b>Schorer-Dremel</b> Tanja		X	
<b>Schreyer</b> Kerstin		X	
<b>Schuberl</b> Toni		X	
<b>Schuhknecht</b> Stephanie		X	
<b>Schulze</b> Katharina		X	
<b>Schwab</b> Thorsten		X	
<b>Dr. Schwartz</b> Harald		X	
<b>Seidenath</b> Bernhard		X	
<b>Siekmann</b> Florian		X	
<b>Singer</b> Ulrich	X		
<b>Dr. Söder</b> Markus			
<b>Sowa</b> Ursula			
<b>Stadler</b> Ralf	X		
<b>Stieglitz</b> Werner		X	
<b>Stock</b> Martin		X	
<b>Stolz</b> Anna		X	
<b>Storm</b> Ramona	X		
<b>Straub</b> Karl		X	
<b>Streibl</b> Florian		X	
<b>Striedl</b> Markus	X		
<b>Dr. Strohmayer</b> Simone		X	
<b>Stümpfig</b> Martin		X	
<b>Tasdelen</b> Arif		X	
<b>Tomaschko</b> Peter		X	
<b>Toso</b> Roswitha		X	
<b>Trautner</b> Carolina		X	
<b>Triebel</b> Gabriele		X	
<b>Vogel</b> Steffen	X	X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Vogler</b> Matthias	X		
<b>Wachler</b> Peter		X	
<b>Wagle</b> Martin		X	
<b>Walbrunn</b> Markus	X		
Freiherr von <b>Waldenfels</b> Kristan		X	
<b>Waldmann</b> Ruth		X	
<b>Weber</b> Laura		X	
Dr. <b>Weigand</b> Sabine			
<b>Weigert</b> Roland			
<b>Weitzel</b> Katja		X	
<b>Widmann</b> Jutta		X	
<b>Winhart</b> Andreas	X		
<b>Zellmeier</b> Josef		X	
<b>Zierer</b> Benno		X	
Freiherr von <b>Zobel</b> Felix		X	
<b>Zöller</b> Thomas		X	
<b>Zwanziger</b> Christian		X	
<b>Gesamtsumme</b>	25	143	0

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 05.06.2024 zu Tagesordnungspunkt 10: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2024/2025; hier: Sanierung von Feuerwehrhäusern fördern (Kap. 03 23 neuer Tit.) (Drucksache 19/1609)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Adjei Benjamin</b>	X			<b>Eberwein Jürgen</b>		X	
<b>Aigner Ilse</b>		X		<b>Dr. Ebner Stefan</b>		X	
<b>Aiwanger Hubert</b>				<b>Ebner-Steiner Katrin</b>		X	
<b>Arnold Dieter</b>				<b>Dr. Eiling-Hütig Ute</b>		X	
<b>Arnold Horst</b>	X			<b>Eisenreich Georg</b>			
<b>Artmann Daniel</b>		X		<b>Enders Susann</b>			
<b>Atzinger Oskar</b>		X					
				<b>Fackler Wolfgang</b>		X	
<b>Bäumler Nicole</b>	X			<b>Fehlner Martina</b>	X		
<b>Bauer Volker</b>		X		<b>Feichtmeier Christiane</b>	X		
<b>Baumann Jörg</b>		X		<b>Flierl Alexander</b>		X	
<b>Baumgärtner Jürgen</b>				<b>Freller Karl</b>		X	
<b>Baur Konrad</b>		X		<b>Freudenberger Thorsten</b>			
<b>Prof. Dr. Bausback Winfried</b>		X		<b>Friedl Patrick</b>	X		
<b>Becher Johannes</b>	X			<b>Friesinger Sebastian</b>		X	
<b>Beck Tobias</b>		X		<b>Frühbeißer Stefan</b>		X	
<b>Becker Barbara</b>		X		<b>Fuchs Barbara</b>	X		
<b>Dr. Behr Andrea</b>		X		<b>Füracker Albert</b>			
<b>Behringer Martin</b>		X					
<b>Beißwenger Eric</b>				<b>Gerlach Judith</b>			
<b>Bergmüller Franz</b>		X		<b>Gießübel Martina</b>		X	
<b>Bernreiter Christian</b>				<b>Glauber Thorsten</b>			
<b>Birzele Andreas</b>	X			<b>Goller Mia</b>	X		
<b>Blume Markus</b>				<b>Gotthardt Tobias</b>			
<b>Böhm Martin</b>		X		<b>Graupner Richard</b>		X	
<b>Bötl Maximilian</b>		X		<b>Grießhammer Holger</b>			
<b>Bozoglu Cemal</b>	X			<b>Grob Alfred</b>		X	
<b>Brannekämper Robert</b>		X		<b>Groß Johann</b>		X	
<b>von Brunn Florian</b>	X			<b>Gross Sabine</b>	X		
<b>Dr. Brunnhuber Martin</b>		X		<b>Grossmann Patrick</b>		X	
<b>Dr. Büchler Markus</b>				<b>Guttenberger Petra</b>		X	
<b>Celina Kerstin</b>	X			<b>Prof. Dr. Hahn Ingo</b>		X	
				<b>Halbleib Volkmar</b>	X		
<b>Deisenhofer Maximilian</b>	X			<b>Halemba Daniel</b>			
<b>Demirel Gülseren</b>	X			<b>Hartmann Ludwig</b>	X		
<b>Dierkes Rene</b>		X		<b>Hauber Wolfgang</b>		X	
<b>Dierl Franc</b>		X		<b>Heinisch Bernhard</b>		X	
<b>Dr. Dietrich Alexander</b>		X		<b>Heisl Josef</b>			
<b>Dietz Leo</b>		X		<b>Dr. Herrmann Florian</b>		X	
<b>Dorow Alex</b>		X		<b>Herrmann Joachim</b>		X	
<b>Dremel Holger</b>		X		<b>Hierneis Christian</b>	X		
<b>Dünkel Norbert</b>		X		<b>Högl Petra</b>		X	
				<b>Hofmann Michael</b>		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Hold</b> Alexander			
<b>Holetschek</b> Klaus		X	
<b>Holz</b> Thomas			
<b>Dr. Hopp</b> Gerhard		X	
<b>Huber</b> Martin			
<b>Huber</b> Martin Andreas		X	
<b>Huber</b> Thomas		X	
<b>Huml</b> Melanie		X	
<b>Jäckel</b> Andreas		X	
<b>Jakob</b> Marina		X	
<b>Jungbauer</b> Björn		X	
<b>Jurca</b> Andreas		X	
<b>Kaniber</b> Michaela			
<b>Kaufmann</b> Andreas		X	
<b>Kirchner</b> Sandro			
<b>Knoblach</b> Paul	X		
<b>Knoll</b> Manuel		X	
<b>Köhler</b> Claudia	X		
<b>Köhler</b> Florian		X	
<b>Kohler</b> Jochen		X	
<b>Koller</b> Michael		X	
<b>Konrad</b> Joachim		X	
<b>Krahl</b> Andreas			
<b>Kraus</b> Nikolaus		X	
<b>Kühn</b> Harald		X	
<b>Kurz</b> Sanne	X		
<b>Lausch</b> Josef		X	
<b>Lettenbauer</b> Eva	X		
<b>Lindinger</b> Christian		X	
<b>Lipp</b> Oskar		X	
<b>Locke</b> Felix		X	
<b>Löw</b> Stefan		X	
<b>Dr. Loibl</b> Petra		X	
<b>Ludwig</b> Rainer		X	
<b>Magerl</b> Roland		X	
<b>Maier</b> Christoph			
<b>Mang</b> Ferdinand		X	
<b>Mannes</b> Gerd		X	
<b>Dr. Mehring</b> Fabian			
<b>Meier</b> Johannes		X	
<b>Meußgeier</b> Harald			
<b>Meyer</b> Stefan			
<b>Miskowitsch</b> Benjamin		X	
<b>Mistol</b> Jürgen	X		
<b>Mittag</b> Martin		X	
<b>Müller</b> Johann		X	
<b>Müller</b> Ruth	X		
<b>Müller</b> Ulrike		X	
<b>Nolte</b> Benjamin		X	
<b>Nussel</b> Walter		X	
<b>Dr. Oetzing</b> Stephan		X	
<b>Osgyan</b> Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Pargent</b> Tim			
<b>Prof. Dr. Piazzolo</b> Michael		X	
<b>Pirner</b> Thomas		X	
<b>Pohl</b> Bernhard		X	
<b>Post</b> Julia	X		
<b>Preidl</b> Julian		X	
<b>Rasehorn</b> Anna	X		
<b>Rauscher</b> Doris	X		
<b>Reiß</b> Tobias		X	
<b>Rinderspacher</b> Markus	X		
<b>Rittel</b> Anton			
<b>Roon</b> Elena		X	
<b>Saller</b> Markus		X	
<b>Schack</b> Jenny		X	
<b>Schalk</b> Andreas		X	
<b>Scharf</b> Martin			
<b>Scharf</b> Ulrike			
<b>Scheuenstuhl</b> Harry	X		
<b>Schießl</b> Werner		X	
<b>Schmid</b> Franz			
<b>Schmid</b> Josef			
<b>Schmidt</b> Gabi			
<b>Schnotz</b> Helmut		X	
<b>Schnürer</b> Sascha		X	
<b>Schöffel</b> Martin		X	
<b>Schorer-Dremel</b> Tanja		X	
<b>Schreyer</b> Kerstin		X	
<b>Schuberl</b> Toni	X		
<b>Schuhknecht</b> Stephanie	X		
<b>Schulze</b> Katharina	X		
<b>Schwab</b> Thorsten		X	
<b>Dr. Schwartz</b> Harald		X	
<b>Seidenath</b> Bernhard		X	
<b>Siekmann</b> Florian	X		
<b>Singer</b> Ulrich		X	
<b>Dr. Söder</b> Markus			
<b>Sowa</b> Ursula			
<b>Stadler</b> Ralf		X	
<b>Stieglitz</b> Werner		X	
<b>Stock</b> Martin		X	
<b>Stolz</b> Anna		X	
<b>Storm</b> Ramona		X	
<b>Straub</b> Karl		X	
<b>Streibl</b> Florian		X	
<b>Striedl</b> Markus		X	
<b>Dr. Strohmayer</b> Simone	X		
<b>Stümpfig</b> Martin	X		
<b>Tasdelen</b> Arif	X		
<b>Tomaschko</b> Peter		X	
<b>Toso</b> Roswitha		X	
<b>Trautner</b> Carolina		X	
<b>Triebel</b> Gabriele	X		
<b>Vogel</b> Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Vogler</b> Matthias		X	
<b>Wachler</b> Peter		X	
<b>Wagle</b> Martin		X	
<b>Walbrunn</b> Markus		X	
Freiherr von <b>Waldenfels</b> Kristan		X	
<b>Waldmann</b> Ruth	X		
<b>Weber</b> Laura	X		
Dr. <b>Weigand</b> Sabine			
<b>Weigert</b> Roland			
<b>Weitzel</b> Katja	X		
<b>Widmann</b> Jutta		X	
<b>Winhart</b> Andreas		X	
<b>Zellmeier</b> Josef			
<b>Zierer</b> Benno			
Freiherr von <b>Zobel</b> Felix		X	
<b>Zöller</b> Thomas		X	
<b>Zwanziger</b> Christian	X		
<b>Gesamtsumme</b>	43	120	0

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 05.06.2024 zu Tagesordnungspunkt 10: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2024/2025; hier: Laufende Kosten für Katastrophenschutzfahrzeuge und Führerscheine tragen (Kap. 03 24 Tit. 547 04) (Drucksache 19/1610)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Adjei Benjamin</b>	X			<b>Eberwein Jürgen</b>		X	
<b>Aigner Ilse</b>		X		<b>Dr. Ebner Stefan</b>		X	
<b>Aiwanger Hubert</b>				<b>Ebner-Steiner Katrin</b>		X	
<b>Arnold Dieter</b>				<b>Dr. Eiling-Hütig Ute</b>		X	
<b>Arnold Horst</b>	X			<b>Eisenreich Georg</b>			
<b>Artmann Daniel</b>		X		<b>Enders Susann</b>			
<b>Atzinger Oskar</b>		X					
				<b>Fackler Wolfgang</b>		X	
<b>Bäumler Nicole</b>	X			<b>Fehlner Martina</b>	X		
<b>Bauer Volker</b>		X		<b>Feichtmeier Christiane</b>	X		
<b>Baumann Jörg</b>		X		<b>Flierl Alexander</b>		X	
<b>Baumgärtner Jürgen</b>		X		<b>Freller Karl</b>		X	
<b>Baur Konrad</b>		X		<b>Freudenberger Thorsten</b>		X	
<b>Prof. Dr. Bausback Winfried</b>		X		<b>Friedl Patrick</b>	X		
<b>Becher Johannes</b>				<b>Friesinger Sebastian</b>		X	
<b>Beck Tobias</b>		X		<b>Frühbeißer Stefan</b>		X	
<b>Becker Barbara</b>		X		<b>Fuchs Barbara</b>	X		
<b>Dr. Behr Andrea</b>		X		<b>Füracker Albert</b>			
<b>Behringer Martin</b>		X					
<b>Beißwenger Eric</b>				<b>Gerlach Judith</b>			
<b>Bergmüller Franz</b>		X		<b>Gießübel Martina</b>		X	
<b>Bernreiter Christian</b>				<b>Glauber Thorsten</b>			
<b>Birzele Andreas</b>	X			<b>Goller Mia</b>	X		
<b>Blume Markus</b>				<b>Gotthardt Tobias</b>			
<b>Böhm Martin</b>		X		<b>Graupner Richard</b>		X	
<b>Bötl Maximilian</b>		X		<b>Grießhammer Holger</b>	X		
<b>Bozoglu Cemal</b>	X			<b>Grob Alfred</b>		X	
<b>Brannekämper Robert</b>		X		<b>Groß Johann</b>		X	
<b>von Brunn Florian</b>	X			<b>Gross Sabine</b>	X		
<b>Dr. Brunnhuber Martin</b>		X		<b>Grossmann Patrick</b>		X	
<b>Dr. Büchler Markus</b>				<b>Guttenberger Petra</b>		X	
<b>Celina Kerstin</b>	X			<b>Prof. Dr. Hahn Ingo</b>		X	
				<b>Halbleib Volkmar</b>	X		
<b>Deisenhofer Maximilian</b>	X			<b>Halemba Daniel</b>			
<b>Demirel Gülseren</b>	X			<b>Hartmann Ludwig</b>	X		
<b>Dierkes Rene</b>		X		<b>Hauber Wolfgang</b>		X	
<b>Dierl Franc</b>		X		<b>Heinisch Bernhard</b>		X	
<b>Dr. Dietrich Alexander</b>		X		<b>Heisl Josef</b>			
<b>Dietz Leo</b>		X		<b>Dr. Herrmann Florian</b>		X	
<b>Dorow Alex</b>		X		<b>Herrmann Joachim</b>			
<b>Dremel Holger</b>		X		<b>Hierneis Christian</b>	X		
<b>Dünkel Norbert</b>		X		<b>Högl Petra</b>		X	
				<b>Hofmann Michael</b>		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Hold</b> Alexander			
<b>Holetschek</b> Klaus		X	
<b>Holz</b> Thomas			
<b>Dr. Hopp</b> Gerhard		X	
<b>Huber</b> Martin			
<b>Huber</b> Martin Andreas		X	
<b>Huber</b> Thomas		X	
<b>Huml</b> Melanie		X	
<b>Jäckel</b> Andreas			
<b>Jakob</b> Marina		X	
<b>Jungbauer</b> Björn		X	
<b>Jurca</b> Andreas		X	
<b>Kaniber</b> Michaela			
<b>Kaufmann</b> Andreas		X	
<b>Kirchner</b> Sandro			
<b>Knoblach</b> Paul	X		
<b>Knoll</b> Manuel		X	
<b>Köhler</b> Claudia	X		
<b>Köhler</b> Florian		X	
<b>Kohler</b> Jochen		X	
<b>Koller</b> Michael		X	
<b>Konrad</b> Joachim		X	
<b>Krahl</b> Andreas			
<b>Kraus</b> Nikolaus		X	
<b>Kühn</b> Harald		X	
<b>Kurz</b> Sanne	X		
<b>Lausch</b> Josef		X	
<b>Lettenbauer</b> Eva	X		
<b>Lindinger</b> Christian		X	
<b>Lipp</b> Oskar		X	
<b>Locke</b> Felix		X	
<b>Löw</b> Stefan		X	
<b>Dr. Loibl</b> Petra		X	
<b>Ludwig</b> Rainer		X	
<b>Magerl</b> Roland		X	
<b>Maier</b> Christoph			
<b>Mang</b> Ferdinand		X	
<b>Mannes</b> Gerd		X	
<b>Dr. Mehring</b> Fabian			
<b>Meier</b> Johannes		X	
<b>Meußgeier</b> Harald			
<b>Meyer</b> Stefan			
<b>Miskowitsch</b> Benjamin		X	
<b>Mistol</b> Jürgen	X		
<b>Mittag</b> Martin		X	
<b>Müller</b> Johann		X	
<b>Müller</b> Ruth	X		
<b>Müller</b> Ulrike		X	
<b>Nolte</b> Benjamin		X	
<b>Nussel</b> Walter		X	
<b>Dr. Oetzing</b> Stephan		X	
<b>Osgyan</b> Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Pargent</b> Tim			
<b>Prof. Dr. Piazzolo</b> Michael		X	
<b>Pirner</b> Thomas		X	
<b>Pohl</b> Bernhard		X	
<b>Post</b> Julia	X		
<b>Preidl</b> Julian		X	
<b>Rasehorn</b> Anna	X		
<b>Rauscher</b> Doris	X		
<b>Reiß</b> Tobias		X	
<b>Rinderspacher</b> Markus	X		
<b>Rittel</b> Anton			
<b>Roon</b> Elena		X	
<b>Saller</b> Markus		X	
<b>Schack</b> Jenny		X	
<b>Schalk</b> Andreas		X	
<b>Scharf</b> Martin			
<b>Scharf</b> Ulrike			
<b>Scheuenstuhl</b> Harry	X		
<b>Schießl</b> Werner		X	
<b>Schmid</b> Franz			
<b>Schmid</b> Josef		X	
<b>Schmidt</b> Gabi			
<b>Schnotz</b> Helmut		X	
<b>Schnürer</b> Sascha		X	
<b>Schöffel</b> Martin		X	
<b>Schorer-Dremel</b> Tanja		X	
<b>Schreyer</b> Kerstin		X	
<b>Schuberl</b> Toni	X		
<b>Schuhknecht</b> Stephanie	X		
<b>Schulze</b> Katharina	X		
<b>Schwab</b> Thorsten		X	
<b>Dr. Schwartz</b> Harald		X	
<b>Seidenath</b> Bernhard		X	
<b>Siekmann</b> Florian	X		
<b>Singer</b> Ulrich		X	
<b>Dr. Söder</b> Markus			
<b>Sowa</b> Ursula			
<b>Stadler</b> Ralf		X	
<b>Stieglitz</b> Werner		X	
<b>Stock</b> Martin		X	
<b>Stolz</b> Anna		X	
<b>Storm</b> Ramona		X	
<b>Straub</b> Karl		X	
<b>Streibl</b> Florian		X	
<b>Striedl</b> Markus		X	
<b>Dr. Strohmayer</b> Simone	X		
<b>Stümpfig</b> Martin	X		
<b>Tasdelen</b> Arif	X		
<b>Tomaschko</b> Peter		X	
<b>Toso</b> Roswitha		X	
<b>Trautner</b> Carolina		X	
<b>Triebel</b> Gabriele	X		
<b>Vogel</b> Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Vogler</b> Matthias		X	
<b>Wachler</b> Peter		X	
<b>Wagle</b> Martin		X	
<b>Walbrunn</b> Markus			
Freiherr von <b>Waldenfels</b> Kristan		X	
<b>Waldmann</b> Ruth	X		
<b>Weber</b> Laura	X		
Dr. <b>Weigand</b> Sabine			
<b>Weigert</b> Roland			
<b>Weitzel</b> Katja	X		
<b>Widmann</b> Jutta		X	
<b>Winhart</b> Andreas		X	
<b>Zellmeier</b> Josef		X	
<b>Zierer</b> Benno		X	
Freiherr von <b>Zobel</b> Felix		X	
<b>Zöller</b> Thomas		X	
<b>Zwanziger</b> Christian	X		
<b>Gesamtsumme</b>	43	122	0

## Mitteilung

### des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt 10

#### **Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 03**

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Kosten des Integrationsbeauftragten  
(Kap. 03 03 Tit. 536 02)  
Drs. 19/1597
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sanierung des Hallenbads im Krumbacher Schul- und Sportzentrum  
(Kap. 03 03 neuer Tit. 883 05)  
Drs. 19/1598
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sanierung der Skisprungschanze Warmensteinach  
(Kap. 03 03 neuer Tit.)  
Drs. 19/1599
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Skisprungschanze des WSV Rastbüchl  
(Kap. 03 03 neuer Tit.)  
Drs. 19/1600
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Kulturdolmetscher im Landkreis München  
(Kap. 03 03 neuer Tit.)  
Drs. 19/1601

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Personalverstärkung am Landesamt für Datenschutzaufsicht  
(Kap. 03 10 Tit. 422 01)  
Drs. 19/1602
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Anpassung der Zuschüsse für Flüchtlings- und Integrationsberatung  
(Kap. 03 12 Tit. 684 54)  
Drs. 19/1603
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sprachkurse für geflüchtete Frauen flächendeckend ermöglichen  
(Kap. 03 12 Tit. 684 58)  
Drs. 19/1604
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Psychosoziale Zentren nachhaltig finanziell sichern  
(Kap. 03 12 Tit. 685 54)  
Drs. 19/1605
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Machbarkeitsstudie Aufnahmeeinrichtung für Geflüchtete in Oberfranken  
(Kap. 03 13 Tit. 526 11)  
Drs. 19/1606
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Verlegung der Kfz-Verwahrstelle München  
(Kap. 03 18 Tit. 710 00)  
Drs. 19/1607
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Keine weitere Finanzierung von Sicherheitswachten  
(Kap. 03 18 TG 76)  
Drs. 19/1608
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sanierung von Feuerwehrhäusern fördern  
(Kap. 03 23 neuer Tit.)  
Drs. 19/1609

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Laufende Kosten für Katastrophenschutzfahrzeuge und Führerscheine tragen  
(Kap. 03 24 Tit. 547 04)  
Drs. 19/1610
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sirensystem in Bayern weiter ausbauen  
(Kap. 03 24 Tit. 883 04)  
Drs. 19/1611
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: PSNV-E – Psychosoziale Notfallversorgung für Einsatzkräfte im Katastrophenschutz  
(Kap. 03 24 neuer Tit.)  
Drs. 19/1612
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Christiane Feichtmeier u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Mittel für ein Verwaltungsgericht in Niederbayern  
(Anlage S Kap. 03 06 Tit. 720 01)  
Drs. 19/1613
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Christiane Feichtmeier u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Mittel für die Finanzierung von 37 neuen Stellen für das Landesamt für Datenschutzaufsicht  
(Kap. 03 10 Tit. 422 01)  
Drs. 19/1614
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Arif Taşdelen, Horst Arnold u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Anpassung der Zuschüsse für Flüchtlings- und Integrationsberatung  
(Kap. 03 12 Tit. 684 54)  
Drs. 19/1615
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zukunft der Feuerwehr sichern  
(Kap. 03 23 Tit. 547 02)  
Drs. 19/1616
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sanierungsstau bei Feuerwehrhäusern beenden  
(Kap. 03 23 Tit. 883 02)  
Drs. 19/1617

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Kommunen für den Katastrophenfall rüsten  
(Kap. 03 24 Tit. 883 05)  
Drs. 19/1618
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zentrum für Alpine Sicherheit stärken  
(Kap. 03 24 Tit. 894 02)  
Drs. 19/1619
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Arif Taşdelen, Horst Arnold u.a. SPD, Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Institutionelle Förderung einer Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY)  
(Kap. 03 12 neue TG)  
Drs. 19/1620
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter  
(Kap. 03 01 Tit. 422 01)  
Drs. 19/1621
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Treibhausgasausgleich  
(Kap. 03 02 Tit. 533 49)  
Drs. 19/1622
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Photovoltaik auf staatlichen Dächern  
(Kap. 03 02 Tit. 701 11)  
Drs. 19/1623
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung – Kosten des Integrationsbeauftragten  
(Kap. 03 03 Tit. 536 02)  
Drs. 19/1624

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Bündnis für Toleranz  
(Kap. 03 03 Tit. 547 07)  
Drs. 19/1625
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Maßnahmen zur Unterstützung des Engagements für Einsatzveteranen  
(Kap. 03 03 neuer Tit.)  
Drs. 19/1626
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Stellen an den Verwaltungsgerichten I – Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter  
(Kap. 03 06 Tit. 422 01)  
Drs. 19/1627
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Stellen an den Verwaltungsgerichten II – Entgelte der Arbeitnehmer  
(Kap. 03 06 Tit. 428 01)  
Drs. 19/1628
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Abschiebekosten  
(Kap. 03 11 Tit. 533 01)  
Drs. 19/1629
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds I – Beratung und Betreuung von Asylbewerbern, sonstigen Ausländern und bleibeberechtigten Zuwanderern  
(Kap. 03 12 TG 54-56)  
Drs. 19/1630
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds II – Maßnahmen zur Erstorientierung, Wertevermittlung und Sprachförderung für Asylbewerber und sonstige Ausländer, bleibeberechtigte Zuwanderer sowie weitere Integrationsbedürftige  
(Kap. 03 12 TG 58)  
Drs. 19/1631

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds III – Maßnahmen zur Förderung von  
Ausbildung und Arbeit im Bereich der Integration  
(Kap. 03 12 Tit. 686 61)  
Drs. 19/1632
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds IV – Gewährung einer einmaligen  
Pauschale  
(Kap. 03 12 Tit. 633 04)  
Drs. 19/1633
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds V – Gemeinschaftsverpflegung  
(Kap. 03 13 Tit. 514 21)  
Drs. 19/1634
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds VI – Bewirtschaftung der Grundstücke,  
Gebäude, Räume  
(Kap. 03 13 Tit. 517 01)  
Drs. 19/1635
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds VII – Bewirtschaftung durch Heizung,  
Beleuchtung und elektrische Kraft  
(Kap. 03 13 Tit. 517 05)  
Drs. 19/1636
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds VIII – Ausgaben für Sicherheit  
(Kap. 03 13 Tit. 517 11)  
Drs. 19/1637
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds IX – Mieten und Pachten für  
Grundstücke, Gebäude und Räume  
(Kap. 03 13 Tit. 518 01)  
Drs. 19/1638

43. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds X – Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen  
(Kap. 03 13 Tit. 519 01)  
Drs. 19/1639
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds XI – Forschungsaufträge und Informationsmaterial  
(Kap. 03 13 Tit. 526 21 und Kap. 03 13 Tit. 531 21)  
Drs. 19/1640
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds XII – Ausweichunterbringung  
(Kap. 03 13 Tit. 533 02)  
Drs. 19/1641
46. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds XIII – Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände  
(Kap. 03 13 Tit. 633 01)  
Drs. 19/1642
47. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds XIV – Mehraufwandspauschale der Kassenärztlichen Vereinigung  
(Kap. 03 13 Tit. 633 09)  
Drs. 19/1643
48. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds XV – Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Hausverwalterpauschale  
(Kap. 03 13 Tit. 633 10)  
Drs. 19/1644
49. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds XVI – Transportkosten für die Weiterleitung der Bewohner der Unterkünfte  
(Kap. 03 13 Tit. 671 01)  
Drs. 19/1645

50. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter beim Landeskriminalamt  
(Kap. 03 17 Tit. 422 01)  
Drs. 19/1646
51. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Stellen bei der Landespolizei I – Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter  
(Kap. 03 18 Tit. 422 01)  
Drs. 19/1647
52. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Stellen bei der Landespolizei II – Entgelte der Arbeitnehmer  
(Kap. 03 18 Tit. 428 01)  
Drs. 19/1648
53. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Neubau eines Dienstgebäudes für die Polizeiinspektion Aschaffenburg  
(Kap. 03 18 neuer Tit.)  
Drs. 19/1649
54. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sicherheitswachen  
(Kap. 03 18 TG 76)  
Drs. 19/1650
55. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Stellen bei der Bereitschaftspolizei – Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter  
(Kap. 03 20 Tit. 422 01)  
Drs. 19/1651

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Werner Stieglitz

Abg. Oskar Atzinger

Abg. Stefan Frühbeißer

Abg. Gabriele Triebel

Abg. Dr. Simone Strohmayer

Abg. Tanja Schorer-Dremel

Abg. Dr. Ute Eiling-Hütig

Abg. Dr. Martin Brunnhuber

Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback

Staatsministerin Anna Stolz

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 11** auf:

## **Haushaltsplan 2024/2025**

### **Einzelplan 05**

#### **für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus**

hierzu:

**Änderungsanträge** der SPD-Fraktion (Drsn. 19/942 mit 19/951)

**Änderungsanträge** der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 19/952 mit 19/962)

**Änderungsanträge** der AfD-Fraktion (Drsn. 19/963 mit 19/985)

**Interfraktionelle Änderungsanträge** von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 19/986 mit 19/997 und 19/1127)

**Interfraktionelle Änderungsanträge** der Fraktion FREIE WÄHLER und von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 19/998 mit 19/1006)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 45 Minuten. Die Redezeiten sind Ihnen bekannt.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die AfD-Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 19/981, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 19/962 und die SPD-Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 19/951 namentliche Abstimmung beantragt haben.

Ich eröffne nun die Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Werner Stieglitz für die CSU-Fraktion.

**Werner Stieglitz (CSU):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Frau Staatsministerin, liebe Anna Stolz, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Wir beraten

nun den Einzelplan 05 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus. 15,8 Milliarden Euro für 2024 und knapp 16,9 Milliarden Euro für 2025 – ein Aufwuchs von über 2 Milliarden Euro im Vergleich zu 2023! Das ist ein starkes Zeichen und ein klares Signal dafür, wie wichtig uns Bildung und Kultur sind, dass der Freistaat handelt und in diesem Bereich vorangeht. Bildung ebnet den Weg in die Zukunft und ist somit unser wichtigster Rohstoff für die Zukunft, nicht nur für die Persönlichkeitsentwicklung, sondern auch für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes.

Zunächst möchte ich allen Lehrerinnen und Lehrern, den pädagogischen Fachkräften, dem gesamten Bildungspersonal in Bayern, aber auch allen, die im Hintergrund tätig sind, seien es die Assistenzkräfte, Hausmeister und viele mehr, meinen aufrichtigen Dank aussprechen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie sind das Rückgrat unseres Bildungssystems; ihre tägliche Arbeit, ihr Engagement und ihre Hingabe machen den Unterschied. Sie fördern und fordern unsere Kinder und Jugendlichen, bereiten sie auf das Leben vor und legen die Grundlagen für ihren beruflichen und persönlichen Erfolg. Ihre Arbeit verdient unsere höchste Anerkennung und Wertschätzung.

Zusammen mit meiner Kollegin Dr. Ute Eiling-Hütig möchte ich deutlich machen: Wir sind als Freistaat Bayern erfolgreich unterwegs.

Über ein Drittel des Etats des Freistaats geht in die Zukunft unseres Landes. In diesem Haushalt werden 2.900 neue Stellen für Lehrkräfte und 1.200 zusätzliche Stellen für multiprofessionelle Teams geschaffen. Wir kommen unserem Ziel, in dieser Legislatur 6.000 neue Lehrerstellen und 3.000 neue Stellen für Unterstützungskräfte zu schaffen, einen deutlichen Schritt näher.

Außerdem wird die Eingangsbesoldung A 13 für alle Lehrkräfte an Grund- und Mittelschulen als entscheidendes Signal der Wertschätzung und der Gerechtigkeit sukzessive eingeführt. Damit bauen wir den Spitzenplatz bei der Besoldung im Ländervergleich weiter aus.

Bayern ist Bildungsland, und Bildung ist ein wesentlicher Schlüssel zum Erfolg. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte an dieser Stelle meinen Kollegen Michael Hofmann zitieren. 2023 hat er gesagt – lieber Michael – ich zitiere –:

"Wir hatten noch nie so viele Lehrerstellen im Freistaat Bayern wie heute. Wir hatten noch nie so viele Köpfe im Lehrberuf [...] wie heute. Wir schaffen ständig [...] Qualität."

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das gilt auch für diesen Doppelhaushalt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Patrick Grossmann (CSU):  
Jawohl!)

Bayern ist erfolgreich, und bayerische Schülerinnen und Schüler belegen regelmäßig Spitzenplätze in nationalen Rankings. Damit das so bleibt, bieten wir eine breite und fundierte Ausbildung und eröffnen vielfältige Bildungs- und Berufswege.

Der Doppelhaushalt 2024/2025 setzt hier weitere wichtige und richtige Akzente, zum Beispiel bei der Digitalisierung. Mit Blick auf den digitalen Wandel werden inzwischen auch die Fachräume digital ausgestattet. Dieses hohe Niveau an unseren Schulen wird nun mit modernster Hard- und Software weiter ausgebaut. Ab 2025 sieht der Haushalt einen jährlichen Zuschuss an die Schulaufwandsträger für Beratung und Pflege der IT in Höhe von 70 Millionen Euro vor. Bei der Eins-zu-eins-Ausstattung der Schülerinnen und Schüler mit Endgeräten ab der fünften Jahrgangsstufe schreiten wir

ebenfalls voran und bauen das digitale Schulhaus Bayern weiter aus. Dafür werden mehr als 80 Millionen Euro veranschlagt. Das neue KI- und Medienbudget ermöglicht es den Schulen, benötigte Programme und Tools passgenau und bedarfsgerecht an die Schulen zu holen.

Auch die kontinuierliche Fortbildung unserer Lehrkräfte ist von zentraler Bedeutung, um die Qualität des Unterrichts zu sichern und den aktuellen pädagogischen und fachlichen Anforderungen gerecht zu werden. Wir müssen unseren Lehrerinnen und Lehrern die besten Möglichkeiten bieten, sich weiterzubilden, um ihre Kompetenzen zu erweitern. Dies kommt unseren Schülerinnen und Schülern zugute. Der Doppelhaushalt sieht hierfür jährlich 9 Millionen Euro vor.

Ein weiterer wichtiger Aspekt des Haushaltsplans ist die Förderung der Erinnerungskultur. Wir arbeiten aktiv gegen das Vergessen. Die Auseinandersetzung mit unserer Geschichte, insbesondere mit den dunkelsten Kapiteln wie dem Nationalsozialismus, ist unerlässlich, um die Werte unserer Demokratie zu stärken und zu verteidigen. Projekte und Initiativen, die sich der historischen Aufklärung und dem Gedenken widmen, sind daher unverzichtbar und verdienen unsere volle Unterstützung. Über 12 Millionen Euro jährlich werden im Haushalt den Gedenkstätten zur Verfügung gestellt. Sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Demokratiebildung und sorgen für eine lebendige Erinnerungskultur.

Zum lebenslangen Lernen zählen aber auch Alltagskompetenzen. Sie leisten einen entscheidenden Beitrag zu einer umfassenden schulischen Persönlichkeitsentwicklung und sollen deshalb auch entsprechend vermittelt werden. Für die Vermittlung an den Schulen sind 5,4 Millionen Euro vorgesehen. Für die Erwachsenenbildung, bei der es um Chancengerechtigkeit geht, sind ebenfalls Mittel eingeplant, und zwar rund 45 Millionen Euro.

Abschließend möchte ich der Staatsministerin, liebe Anna Stolz, und ihrem gesamten Ministerium für die geleistete Arbeit danken. Die Vorbereitung dieses Doppelhaushalts

war eine große Herausforderung. Sie ist mit großem Einsatz und auch mit Fachkenntnis gemeistert worden. Der vorliegende Haushalt stellt die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft unserer Bildungseinrichtungen und schafft die Voraussetzungen, um Bayern weiterhin als Bildungsstandort zu stärken. Bildung ist der Schlüssel zu einer erfolgreichen und friedlichen Zukunft. Der Doppelhaushalt setzt an dieser Stelle die richtigen Akzente und stellt sicher, dass unser Bildungssystem den Herausforderungen der Zukunft gewachsen ist. Deswegen bitte ich um Unterstützung und Zustimmung zu diesem Einzelplan.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Stieglitz. – Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Atzinger für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Oskar Atzinger (AfD):** Geehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! "Caelum, non animum mutant, qui trans mare currunt." – Den Himmel, nicht die Gesinnung ändern die, die über das Meer eilen. Wir, die AfD, stehen für einen positiv besetzten Leistungsbegriff. Bei der Pisa-Studie von 2023 ist Deutschland nur noch tristes Mittelmaß im internationalen Vergleich. Die Heterogenität der Schülerschaft ist der Hauptgrund der Misere. Ja, die Migration ist die Mutter aller Probleme – wie es sogar ein ehemaliger bayerischer Ministerpräsident richtigerweise sagte.

Der Bevölkerungsaustausch ist in vollem Gange. Im letzten Schuljahr hatten in Bayern mehr als 32 % aller Grundschüler und mehr als 47 % aller Mittelschüler einen Migrationshintergrund, jeweils fast doppelt so hoch als vor zehn Jahren. Die damit einhergehende extreme Heterogenität in Sachen Lernvoraussetzungen ist pädagogisch kaum mehr in den Griff zu bekommen. Lange wurde versucht, dieses Problem unter den Teppich zu kehren. Kinder, die nicht oder nur schlecht Deutsch sprechen, behindern den Lernerfolg der einheimischen Schüler. Auch die Bayerische Staatsregierung hat dies erkannt. Die im letzten Jahr von mir geforderten und damals abgelehnten ver-

pflichtenden Sprachtests im Vorschulalter werden nun leicht modifiziert eingeführt. Doch schnelles Handeln ist nicht Markenzeichen der Bayerischen Staatsregierung. Die ersten Sprachtests sind erst für Frühjahr nächsten Jahres geplant. Solange eine reguläre Beschulung nicht möglich ist, müssen die Defizite in Sprachklassen aufgeholt werden.

Traditionelle deutsche Werte wie Fleiß, Disziplin und Leistungsbereitschaft sollten wieder das Fundament schulischer Erziehung bilden und konsequent sowohl von den Schülern als auch von den Lehrern eingefordert werden.

(Beifall bei der AfD)

Doch ist dies überhaupt noch möglich, wenn 38 % der Schüler angeben, sie würden der Lehrkraft nicht zuhören? Ob mehr Pädagogen da wirklich Abhilfe schaffen? – In diesem und im nächsten Jahr sollen in diesem Einzelplan insgesamt nochmals 5.000 neue Stellen hinzukommen. Durch diese Stellenmehrung und die Gehaltserhöhungen steigen die Ausgaben jährlich etwa um eine Milliarde Euro, von 14,8 Milliarden Euro im Jahre 2023 über 15,8 Milliarden Euro im Jahre 2024 auf 16,8 Milliarden Euro im Jahre 2025. Bildung ist der primäre Rohstoff unseres Landes. Daher sind solch hohe Ausgaben prinzipiell auch gerechtfertigt.

Digitalisierung allein garantiert noch keinen Bildungserfolg. Digitale Geräte sind wichtige Hilfsmittel, dürfen aber nicht zum Selbstzweck eingesetzt werden.

Wir möchten, dass Schüler nach ihren individuellen Fähigkeiten gefördert werden, setzen uns daher für den Erhalt des dreigliedrigen Schulsystems ein. Für Schüler mit besonderem Unterstützungsbedarf sollen die Förderschulen erhalten bleiben.

(Beifall bei der AfD)

Die Durchlässigkeit zwischen den Schularten ist Grundlage für eine abgestimmte bestmögliche Förderung.

In den letzten Jahren häufen sich die Gewaltdelikte an deutschen Schulen, auch in Bayern. Die AfD setzt sich für eine Stärkung der Sicherheit an Schulen und auf Schulwegen ein, wenn nötig auch mit Wachpersonal an Brennpunkten.

Der Antisemitismusbeauftragte ist, wie im letzten Jahr von mir gefordert, nicht mehr im Einzelplan des Bildungshaushalts zu finden. – AfD wirkt.

(Beifall bei der AfD)

Der erneute Pisa-Schock hatte hektische Betriebsamkeit der neuen Ministerin zur Folge. Doch bei ihren Kürzungsplänen für ein Mehr an Deutsch und Mathe wurde sie vom Ministerpräsidenten zurückgepiffen. Statt der mutmaßlich sakrosankten dritten Stunde Religion in Klasse drei und vier, die so überflüssig wie ein Kropf ist und keineswegs durch das Konkordat vorgeschrieben ist, soll nun bei Kunst, Musik und Werken gekürzt werden – quasi ein Sakrileg an unseren Kindern – oder aber bei Englisch. Hier sind wir der Meinung, dass Englisch als Pflichtfach abgeschafft werden soll.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Dafür Russisch, oder was?)

Kinder mit Muttersprache Deutsch sollen aber ab der Jahrgangsstufe drei die Möglichkeit KOHӨЧHO erhalten, eine Fremdsprache zu erlernen, wenn die Eltern dies wünschen.

(Unruhe)

Ach ja, die Verfassungsviertelstunde – eigentlich ein guter Gedanke. Nach großer Ankündigung fehlt es nun offensichtlich an Ideen bei der Umsetzung. Hoffentlich nicht schon wieder ein Rohrkrepieler.

Unglaublich, aber wahr: Es gibt 200.000 Euro für ein Pilotprojekt ÖPNV-Führerschein, zunächst in drei Teilregionen Bayerns, vorgeschlagen nicht etwa von den GRÜNEN, sondern von den Regierungsparteien. Geplant sind zunächst sechs Monate für die Entwicklung der Inhalte und Materialien sowie die Schulung von ÖPNV-Fahrlehrerinnen.

nen bzw. ÖPNV-Fahrlehrern. Anschließend zwei Jahre Pilotphase an den Schulen. Den Kindern soll die Nutzung des ÖPNV nähergebracht werden. Das Projekt soll die Kompetenz zur eigenverantwortlichen Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel vermitteln. Die Nutzung des ÖPNV soll so zu einem festen Bestandteil der Kultur werden. Der Besuch von Verkehrseinrichtungen und die Planung und Aufforderung zur ÖPNV-Nutzung für Freizeitaktivitäten sind ein wesentlicher Aspekt des Projekts. – Das sind alles Zitate, keine Satire.

(Lachen bei der AfD – Beifall bei der AfD)

Dem Einzelplan 05 des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus können wir nicht zustimmen, da keiner unserer zahlreichen Änderungsanträge gebilligt wurde. Selbst unseren Antrag auf Erhöhung der Zuschüsse zur Förderung des Unterrichts von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf haben die Regierungsparteien abgelehnt, die Notwendigkeit aber erkannt und einen sehr ähnlichen eigenen Änderungsantrag eingebracht. Vermutlich hat man Angst, verdammt zu werden, wenn man einem Antrag der AfD zustimmen würde. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Der nächste Redner ist Herr Kollege Stefan Frühbeißer für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

**Stefan Frühbeißer (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kultusministerin Anna Stolz, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren Zuhörerinnen und Zuhörer! Am Vormittag habe ich einen Vergleich zwischen Hausbau und Haushalt gezogen. Ich habe jedoch festgestellt, dass nicht jeder diesen Vergleich begreifen wollte. Trotzdem fange ich wieder damit an, weil ich Ihnen eine Sache erklären möchte. Ich möchte Ihnen aus dem Bereich eines Sachaufwandsträgers – ich war über zwanzig Jahre in Verantwortung für den Bau von entsprechenden Gebäuden für Kindergärten, für Schulen, für andere Gebäude in der Weiterentwicklung, auch für Be-

hinderteneinrichtungen – eines sagen: Dieser Haushalt und alles, was bisher schon mit den Mitteln möglich gemacht worden ist, ist in die Umsetzung gegangen und hat dazu geführt, dass der Freistaat Bayern führend ist mit dem Angebot, mit den Einrichtungen, die wir haben, um den Menschen zu helfen, die diese Einrichtungen brauchen, und vor allen Dingen auch, um den Bildungsauftrag letztendlich auch gut zu bewerkstelligen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Nichts in dieser Welt – und da bin ich bei der Opposition – ist so gut, dass man es nicht verbessern könnte. Aber ich sage Ihnen auch dazu: Dieser Haushalt, dieser Etat, hat in allen Bereichen, in allen relevanten Unterteilen, einen enormen Aufwuchs an Mittelbereitstellung für das, was erreicht werden soll. Der Kollege Stieglitz hat sehr eindrucksvoll auch die Zahlen dargestellt und was damit bewirkt werden kann.

Jetzt geht es darum, dieses Gebäude, dieses Haus, diesen Haushalt entsprechend mit Leben zu bestücken. Auch da sind wir wiederum bei dem Problem, was wir tun können. Wir können wieder Geld irgendwo hinschütten und dann hoffen, dass das Ganze umgesetzt wird. – Nein, es werden ganz gezielt Maßnahmen ergriffen, um diese Erfolge zu erzielen. Die Stellen, die entsprechend mit vorgesehen sind, sind begleitet, nicht nur davon, dass man stolz die Brust rausdrückt und sagt: Wir haben entsprechende Mittel bereitgestellt. – Nein, es geht in die Umsetzung. Es sind auch entsprechende Programme eingerichtet. Sie sind in kürzester Zeit erarbeitet worden. Ich möchte das der Frau Kultusministerin auch nicht vorwegnehmen, die darauf mit Sicherheit näher eingehen wird.

Ich sehe mich auch mehr – und damit möchte ich das begründen – in der Rolle derjenigen, die sozusagen die Hardware liefern oder bisher geliefert haben, in meiner Verantwortung, in Kooperation mit unseren Kommunen – wie wir das hier im Freistaat Bayern tun – die Rahmenbedingungen zu schaffen, sie mit den Sachaufwandsträgern zu schaffen, die die Gebäude hinstellen, die als Sachaufwandsträger letztendlich auch

die Infrastruktur bereitstellen – von der Schülerbeförderung bis hin zu allen Geräten, die in den Schulen gebraucht werden.

Wenn dann ständig gejammert oder kritisiert wird, dass das nicht ausreichen würde, dann nenne ich Ihnen Beispiele: Eine hochverschuldete Gemeinde hat ein komplettes Schulhaus energetisch saniert, Photovoltaikanlagen aufgestellt sowie alle Schüler mit Endgeräten ausgestattet, und das Ganze so, dass sich die Kommune nicht übermäßig verschuldet hat, sondern im Gegenteil Schulden abgebaut hat.

Was ich damit sagen will: Die Rahmenbedingungen werden nicht nur ab jetzt, sondern wurden über Jahre hinweg so gesetzt, dass wir diese Erfolge erreichen können. Man muss sie nur umsetzen. Manchmal – das sage ich auch dazu – kann es an dem einen oder anderen vor Ort liegen. Wir haben ja auch immer einzelne Negativbeispiele, wo es nicht so gut funktioniert, wo man letztendlich sagen kann: Ja, es geht, aber man muss es natürlich Hand in Hand und mit allen Ebenen gemeinsam erarbeiten.

Der Haushalt 2024/2025 sieht diese Rahmenbedingungen vor. Jeder dritte Euro des Staatshaushaltes mit enormen Aufwüchsen wird in diesen Einzelplan 05 gesteckt. Das führt dazu, dass wir hier die Rahmenbedingungen, sozusagen die Hardware haben, um letztendlich auch das zu tun, was für unsere Menschen, vor allen Dingen für unsere Kinder, wichtig ist, um hier eine Ausgangslage zu schaffen, damit wir auch diese sehr großen Herausforderungen bewältigen, die wir über die letzten Jahre bekommen haben.

Wenn ich dann höre, dass es ein Problem ist, wenn ausländische Mitbürger Kinder in der Schule haben, sage ich: Nein, Probleme gibt es für uns nicht. Die Politik ist verantwortlich dafür, nicht Probleme, sondern Aufgaben zu sehen – wie in der Schule, wo man von jedem Kind erwartet, dass Aufgaben gelöst werden. Und das werden wir auch machen, das werden wir auch tun.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Mit diesem Haushalt sind die Rahmenbedingungen gesetzt. Ich habe zur Hardware gesprochen. Mein Kollege Martin Brunnhuber wird als absoluter Fachmann, als Praktiker, natürlich auch den anderen Bereich beleuchten. Ich möchte ihm hier die Zeit nicht wegnehmen. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Frühbeißer. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Gabriele Triebel für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Gabriele Triebel (GRÜNE):** Sehr geehrtes Präsidium, verehrte Staatsministerin Anna Stolz, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Gegensatz zu meinem Vorredner möchte ich jetzt gerne über Menschen sprechen. Bildung braucht Menschen. Genau das hat der bekannte Bildungswissenschaftler John Hattie in seinen Studienauswertungen eindrucksvoll herausgearbeitet. Persönliche Beziehungen und Interaktionen sind das entscheidende Momentum in der Bildung unserer Kinder und Jugendlichen. Um ihnen eine gute Bildung zu garantieren, benötigt man entsprechendes Personal, gutes Personal.

Im vorgelegten Doppelhaushalt sind dafür 12,4 bzw. 13,1 Milliarden Euro veranschlagt. Sehr erfreulich ist es, dass unsere langjährige grüne Forderung nach A 13 für Grund- und Mittelschullehrkräfte zum ersten Mal haushaltswirksam wird. A 13 für alle Lehrerinnen und Lehrer – endlich! Zeit ist es geworden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was trotzdem bleibt, ist der eklatante Lehrkräftemangel. Es war schon verantwortungslos, wie die Staatsregierung die Schulen sehenden Auges in den Lehrkräftemangel hat laufen lassen. Zwar werden jetzt 2.900 zusätzliche Stellen geschaffen, doch die große Frage ist: Wie werden diese Stellen besetzt? Ich sage Ihnen: Solange die Lehrerausbildung nicht grundsätzlich modernisiert wird, solange nicht mehr Praxisbe-

zug und Flexibilität in die Ausbildung gebracht werden und solange Sie sich nicht an ein grundsätzlich anderes Lehr- und Lernverständnis trauen, solange werden weiter Menschen fehlen, die diesen so wunderbaren Beruf ergreifen wollen. Gehen Sie deshalb endlich die Lehrkräfteausbildung an, und zwar richtig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn derzeit müssen die den Personalmangel ausbaden, die die Schulen trotz aller Widrigkeiten am Laufen halten. Das sind zum Beispiel die Lehrkräfte in Förderschulen, die statt 12 jetzt 16 oder 18 Kinder in der Klasse haben. Das sind die Schulleitungen von Grundschulen, die zig Professionen managen müssen und trotzdem dazu immer noch mehr als zehn Unterrichtsstunden selbst halten müssen. Das sind die Schulsekretärinnen genauso wie die pädagogischen Kräfte des Ganztages.

Apropos Ganzttag: Es ist schon bitter für die Träger des offenen Ganztages, dass diese mit ihren steigenden Kosten wieder einmal mehr im Regen stehen gelassen werden. Wenn nicht endlich mehr Geld für den Ganzttag bereitgestellt wird, um wenigstens den Status quo zu halten – hier spreche ich nicht einmal vom Ausbau –, dann wird es finster: finster für eine qualitativ hochwertige Ganztagesbildung für unsere Kinder, finster für eine höhere Erwerbsquote vor allem bei den Frauen. Einmal mehr kann ich Ihnen nur sagen: Kommen Sie beim Ganzttag endlich in die Gänge.

Bildung braucht Menschen, Menschen, die die Talente und die Persönlichkeit unserer Kinder und Jugendlichen fördern. Das gilt für die Vermittlung von Wissen genauso wie für den sozial-emotionalen Bereich. Durch Corona mussten wir schmerzlich lernen, welche Folgen die Schulschließungen hatten. Nicht ohne guten Grund hat die Bundesregierung ein Förderprogramm aufgelegt, welches in Bayern unter dem Namen "gemeinsam.Brücken.bauen" lief. Schulleitungen konnten mit zusätzlichem Personal zusätzliche Angebote für Schülerinnen und Schüler schaffen, die durch die Schulschließung besonders hart getroffen wurden. Die Staatsregierung lässt dieses Programm nun auslaufen. Mühsam aufgebaute Strukturen werden einfach wieder ein-

gestampft. Es haben doch gerade schwächere Schülerinnen und Schüler davon profitiert. Deshalb ist es für mich mehr als zynisch, dass gerade dieses Programm nicht verstetigt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für die Schwächeren in unserem Bildungssystem zeigt die CSU-FREIE-WÄHLER-Koalition generell weniger Interesse. So ist mein Eindruck. Dass Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten Haushalten in Bayern weit weniger den direkten Weg auf das Gymnasium finden, scheint für Sie voll okay zu sein. So waren Ihre Äußerungen zur Veröffentlichung der Ifo-Studie.

Zu dieser Haltung passt es auch, dass im jetzigen Haushalt für das Startchancen-Programm des Bundes, von dem speziell solche Kinder und Jugendlichen profitieren, kein einziger eigener frischer Cent von der Staatsregierung bereitgestellt wird. Das Geld vom Bund wird eingesackt, aber wie der geforderte Eigenanteil aussehen wird, das lassen Sie, Frau Ministerin, völlig offen. Wenn ich hier eine sarkastische Bemerkung machen wollte, dann würde ich jetzt sagen: Mei, es geht halt wieder nur um die Kinder und Jugendlichen aus benachteiligten Verhältnissen.

Ich komme zu einem wichtigen Highlight im Schulleben aller Schülerinnen und Schüler, den Klassenfahrten. Diese dürfen doch nicht daran scheitern, dass kein Geld für die Reisekosten der Lehrkräfte vorhanden ist. Schulfahrten fördern Teamarbeit, Selbstständigkeit und kulturelles Verständnis. Sie schaffen unvergessliche Erinnerungen, was wir alle hier aus eigener Erfahrung doch kennen. Daran wollen Sie wirklich sparen?

Bildung braucht Menschen, Menschen, die den Schüler:innen nicht nur Wissen vermitteln, sondern Gemeinschaft, respektvollen Umgang und unsere demokratischen Werte. Extremistische und antisemitische Einstellungen machen auch vor der Schule nicht halt. Das wissen wir.

Die Landeszentrale für politische Bildung liefert den Lehrkräften dazu umfassendes, fundiertes Material im analogen wie im digitalen Bereich, deren personelle Ausstattung aber hinkt den wachsenden Aufgaben weit hinterher: alles auf Kante genäht, wieder auf Kosten des Personals gespart.

Zu der Frage, warum geführte KZ-Gedenkstätten-Rundgänge für Schulklassen nicht kostenfrei angeboten werden können, habe ich in den Vorberatungen von Ihnen auch nichts Stichhaltiges gehört.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen der Regierungskoalition, Sparen in der Demokratiebildung geht in diesen bewegten Zeiten für mich gar nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bildung braucht Menschen und muss gerecht sein. Unsere Kinder und Jugendlichen haben ein Recht auf gute Bildung und damit ein Recht auf ausreichendes und gut ausgebildetes und ausgestattetes Lehrpersonal. Außerdem muss jede Schülerin und jeder Schüler eine gerechte Bildungschance haben, egal, aus welcher Familie die Kinder kommen. Chancengerechtigkeit ist Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, und die ist eine der wichtigsten Säulen für eine stabile Demokratie.

In diesem Bildungshaushalt fehlt aber der dringend notwendige Aufbruch zu mehr Chancengerechtigkeit für unsere Kinder und Jugendlichen. Deshalb lehnen wir ihn ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Frau Kollegin Triebel. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Dr. Simone Strohmayer für die SPD-Fraktion.

**Dr. Simone Strohmayer (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Ministerin Stolz! Ich möchte zunächst den Schulen und Schulfamilien Danke sagen. Auch sie hatten zusätzliche Herausforderungen,

zusätzlichen Organisationsaufwand und Unterrichtsausfall durch das Hochwasser zu bewältigen.

Ich komme selbst aus einer Hochwassergegend und weiß, dass an vielen Schulen der Unterricht ausgefallen ist. Ich möchte allen, die an den Schulen in dieser schwierigen Hochwasserzeit geholfen haben, Danke sagen und mich aber auch für ihren Einsatz in den Schulen für gute Bildung hier in Bayern bedanken. Ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, kommen wir zum Etat für Bildung. Bayern ist ein attraktives Bundesland. Unsere Landschaft ist großartig, viele Menschen wollen hier leben. Hier in Bayern wird nach Nordrhein-Westfalen das zweithöchste Bruttoinlandsprodukt in Deutschland erwirtschaftet. Und, Bayern ist seit Jahren auf einem Spitzenplatz bei den Steuereinnahmen pro Kopf.

Aber ganz offensichtlich werden diese Steuer-Euros im bayerischen Bildungsetat nicht wirksam ausgegeben. Wie kann es sonst sein, dass Bayern ausgerechnet bei der Bildungsgerechtigkeit Schlusslicht in Deutschland ist?

(Beifall bei der SPD)

Nirgendwo ist der Zusammenhang zwischen Bildungsstand der Eltern und Bildungserfolg der Kinder so eng wie im Freistaat Bayern. Das ergab eine Studie des Ifo-Instituts München im Mai.

Die Chance, auf das Gymnasium zu kommen, hängt demnach weniger von den Fähigkeiten des Kindes ab

(Zuruf: Gymnasium ist nicht das Maß aller Dinge, sondern das Kind und seine Fertigkeiten!)

als vielmehr von dem sozialen Status der Eltern.

Was tun Sie, Frau Ministerin, ich möchte Sie hier ganz persönlich ansprechen, angesichts dieser Ergebnisse? Sie erklären, dass das Gymnasium nicht so wichtig ist. Das kann doch nicht unsere Antwort sein.

(Beifall bei der SPD)

Sicher will oder muss nicht jedes Kind auf das Gymnasium gehen, aber jedes Kind sollte eine Chance darauf haben, und die Chance sollte nicht von der Herkunft seiner Familie abhängig sein. Das müssen wir doch ändern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann nur sagen: Setzen Sie sich hin, Frau Ministerin, und machen Sie endlich Ihre Hausaufgaben.

Die bayerische Bildungspolitik darf nicht länger nur Feuerwehr, die von einem Brandherd zum nächsten rast, sein. Wichtig wäre es, endlich für einen gescheiterten Brandschutz zu sorgen.

In der aufgeregten Diskussion um die diversen Studien der vergangenen Monate hat die Staatsregierung anscheinend den Überblick über die bildungspolitischen Baustellen verloren. Kein Problem, wir helfen gerne.

Immer noch fehlen Tausende von Lehrerinnen und Lehrern, dazu multiprofessionelle Teams,

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Deswegen schaffen wir ja Stellen!)

bestehend aus Erzieherinnen und Erziehern, Sozialpädagogen und Sozialpädagoginnen, Psychologen und Psychologinnen. Kinder können oft nicht ausreichend Deutsch, wenn sie in die Schule kommen. Warum? – Weil die Vorkurse Deutsch wegen Lehrermangels ausfallen.

Außerdem gibt es viel zu wenig digitale Endgeräte. Buben und Mädchen aus armen Familien sind eindeutig im Nachteil. Noch immer hat nicht jedes Kind auf einer weiterführenden Schule ein digitales Endgerät zur Verfügung.

All diese Dinge können wir ändern, wenn Sie unseren Haushaltsanträgen zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Ich sehe schon, meine Zeit hier am Rednerpult geht zu Ende. Deswegen möchte ich noch kurz einige Dinge ausführen. Zunächst zum Rechtsanspruch, den wir ab 2026 zum Ganzttag haben. Hier lassen Sie die Kommunen total allein. Die Kommunen und die Familien bräuchten so dringend diese Ganztagsplätze. Leider sind alle Ganztagsangebote hier in Bayern nicht auskömmlich vom Freistaat Bayern kofinanziert. So sieht doch nicht Bildungsgerechtigkeit aus, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Aber Gott sei Dank kommt jetzt Hilfe vom Bund. Die Regierungskoalition, die böse Ampel,

(Heiterkeit)

bringt mit dem Startchancen-Programm das größte – hören Sie zu – Hilfsprogramm für Schulen in schwierigen Lagen auf den Weg.

Über zehn Jahre – hören Sie zu – gibt es 10 Milliarden Euro für die Länder. Die Länder könnten noch einmal genauso viel drauflegen. In den Nachschublisten stehen 142 Millionen Euro, liebe Kolleginnen und Kollegen, vom Bund. Nach den Landesmitteln, die dieses Projekt kofinanzieren sollten, sucht man lange. Fehlanzeige.

Ich kann nur sagen, Frau Ministerin: Nehmen Sie Geld in die Hand. Machen Sie dieses Projekt zu einem Erfolgsprojekt für mehr Bildungsgerechtigkeit hier in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Sehr geehrte Frau Ministerin Stolz, stärken Sie alle Kinder, ganz gleich, ob ihre Eltern reich oder arm sind, ob sie in Deutschland geboren sind oder zu uns kommen. Machen Sie endlich eine gerechte Bildungspolitik. Schaffen Sie in Bayern Bildungsgerechtigkeit, denn nur –

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Frau – –

**Dr. Simone Strohmayer (SPD):** – eine gerechte Bildungspolitik ist eine erfolgreiche Bildungspolitik. Eine solche erfolgreiche Bildungspolitik brauchen wir für eine gute Zukunft hier in Bayern.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Strohmayer.

(Beifall bei der SPD)

Frau Dr. Strohmayer, kommen Sie bitte noch einmal nach vorne – herzlichen Dank. – Es gibt eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Tanja Schorer-Dremel, CSU-Fraktion. Bitte sehr.

(Florian von Brunn (SPD): Sie war Schulleiterin!)

**Tanja Schorer-Dremel (CSU):** Werte Frau Kollegin Strohmayer, Sie reden ständig von Bildungsgerechtigkeit und machen es daran fest, ob ein Kind auf das Gymnasium übertreten kann.

Ich finde es absolut bedauerlich, dass Sie die Durchlässigkeit des Schulsystems, was die Chance bietet, der Vielfalt der Kinder zu begegnen und diese optimal zu fördern, nicht erwähnen. In diesem System gibt es Lehrerinnen und Lehrer, die sehr wohl nach dem Interesse und den Fähigkeiten des Kindes entscheiden. Aber für Sie macht sich Bildungsgerechtigkeit nur daran fest, ob jemand auf das Gymnasium geht. Sie verlieren kein Wort über die hervorragende Arbeit der Förderzentren, unserer Berufsfach-

schulen und der Berufsoberschulen. Die Durchlässigkeit unseres Bildungssystems ist einmalig und ist sogar ein Exportschlager.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Dr. Simone Strohmayer (SPD):** Frau Kollegin, ich habe vorhin ausdrücklich gesagt, sicher will und muss nicht jedes Kind aufs Gymnasium gehen. Aber die Chance darauf soll doch nicht vom Status der Eltern abhängig sein, sondern von den Fähigkeiten der Kinder. Darum geht es doch.

(Beifall bei der SPD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das System macht das!)

Darum geht es doch, liebe Frau Kollegin. Ich möchte noch etwas sagen: Ich habe mitnichten nur über das Gymnasium geredet, sondern auch über die vielen Schulen, die in Brennpunkten im Freistaat stehen. Der Bund unterstützt diese Schulen, die in Brennpunkten stehen, mit viel Geld. Ich wünsche mir, dass der Freistaat noch einmal Geld drauflegt,

(Zuruf von der CSU: Das machen wir doch!)

damit wir an diesen Schulen beispielsweise ein kostenfreies Mittagessen anbieten können. Ich habe viele dieser Schulen besucht. Ich sage Ihnen, da kommen Kinder in die Schule, die kein Frühstück hatten und kein Pausenbrot dabeihaben, die haben kein Mittagessen. Diese Kinder müssen teilweise nach Hause geschickt werden, weil sie Hunger haben. Das kann doch nicht die Realität in Bayern sein, Frau Kollegin.

(Beifall bei der SPD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Strohmayer. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Dr. Eiling-Hütig für die CSU-Fraktion.

**Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Nein, ich sage jetzt nichts. Wie Sie wissen, ist Bildung stets einer der Schwerpunkte des bayerischen Staatshaushaltes gewesen, und sie ist es

nach wie vor. Wir zeigen das auch mit dem neuen Haushalt 2024/2025. Deswegen steigen auch die Gesamtausgaben – mein Kollege Werner Stieglitz hat das schon angesprochen – im Einzelplan 05 berechtigterweise in diesem Jahr gegenüber 2023 um rund 961 Millionen Euro auf rund 15,8 Milliarden Euro und 2025 um weitere 1,07 Milliarden Euro auf dann insgesamt 16,8 Milliarden Euro.

Bayern investiert inklusive Wissenschaftshaushalt also erneut über ein Drittel seiner Gesamtausgaben in Bildung. Wir bauen damit Bayerns Position als "das" Bildungsland in Deutschland weiter aus, um den Rohstoff Geist bei allen Schülerinnen und Schülern so gut und – vor allen Dingen – so individuell wie möglich auf allen Schularten zu fördern. Es ist und war unser Anspruch, allen Schülerinnen und Schülern unabhängig von Begabung und Herkunft – auch wenn das die SPD immer bezweifelt – beste Bildungschancen zu geben, und zwar in allen Schularten. Das differenzierte Schulsystem Bayerns beinhaltet nämlich nicht nur das Gymnasium. Es gibt Realschulen, Mittelschulen, Förderschulen, berufliche Schulen und eine ganze Menge mehr. Die Durchlässigkeit ist – das hat meine Kollegin Tanja Schorer-Dremel schon gesagt – enorm. An unseren Schulen gibt es auch deshalb eine sehr hohe Qualität, weil wir über hervorragende Lehrkräfte verfügen, und zwar in allen Schularten – ich werde das heute noch öfter sagen – unseres differenzierten Schulwesens. Es ist nicht dreigliedrig, um das noch einmal klarzustellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie immer ist der Einzelplan 05 deshalb sehr personalintensiv. Die Personalausgabenquote liegt bei über 78 %, und zusammen mit den Personalkostenzuschüssen nach dem Schulfinanzierungsgesetz ergibt sich sogar ein Personalkostenanteil von rund 92 %. Wir schaffen insgesamt 4.100 neue Stellen, davon 2.900 Lehrerstellen und 1.200 Stellen für Unterstützungskräfte an den Schulen. Das sind rund zwei Drittel der zusätzlichen Stellen im gesamten Staatshaushalt. Die 1.200 Stellen für Unterstützungskräfte an Schulen teilen sich unter anderem auf in 600 Stellen für Verwaltungsangestellte – die wir wirklich an den Schulen brauchen –, 420 Stellen für pädagogische Unterstützungskräfte, 100 Stellen für Schulsozialpäda-

gogen – ein ganz wichtiger Bereich – und 13 Millionen Euro für Differenzierungskräfte zur Unterstützung der Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Darüber hinaus stellen wir 2024 und 2025 insgesamt 48 Millionen Euro zusätzlich für die Einstiegsbesoldung A 13 an Grund- und Mittelschulen bereit. Für den flächendeckenden bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagsangeboten und der Mittagsbetreuung – es wurde eben gesagt, dass es da nichts gibt, das sehe ich aber nicht so – gibt es im Jahr 2024 alleine 428 Millionen Euro und 2025 500 Millionen Euro; das ist eine knappe Milliarde in einem Doppelhaushalt. – Ich würde da nicht von nichts reden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit wir in einem zunehmend umkämpften Arbeitsmarkt auch in Zukunft genügend Lehrerinnen und Lehrer haben werden, werben wir mit mehreren Kampagnen für den Lehrerberuf. Ich möchte diese aufzählen, weil diese wirklich wichtig sind: Zum Beispiel läuft die Kampagne "Zukunft prägen. Lehrer/-in werden!", oder die Kampagne "Im Herzen Lehrer/-in" für Quereinsteiger. Es gibt ein neues Beratungsnetzwerk zum Lehrerberuf in Bayern. Ich persönlich finde die Lehr-ambotschafterinnen und -botschafter vor Ort besonders gut, da sie in die Schulen gehen und aufklären, wie toll der Lehrerberuf sein kann.

Dieser Haushalt enthält aber zudem zahlreiche Verbesserungen für unsere Schulen: Anhebung des Betriebszuschusses für Gymnasien und Realschulen um 27,8 Millionen Euro im Jahr 2024 und um 15,8 Millionen Euro im Jahr 2025, Anhebung des Betriebszuschusses für private Wirtschaftsschulen von 2024 mit rund 4,1 Millionen Euro auf rund 4,3 Millionen Euro in 2025. Auch wird der staatliche Schulgeldersatz ab dem 1. Januar 2024 für 12 Monate anstatt bisher 11 Monate gewährt. Der Mehrbedarf per annum beträgt 12,7 Millionen Euro. Es gibt auch die hälftige Kostenbeteiligung des Freistaates an der technischen Wartung und Systempflege der schulischen IT-Infrastruktur ab dem Jahr 2025 in Höhe von 70 Millionen Euro auf Basis einer Pro-Kopf-Pauschale, wie das mein Kollege schon gesagt hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, abschließend möchte ich noch erwähnen, dass wir auch aus den Fraktionsinitiativen weitere Mittel zur Verfügung stellen – sei es für Erinnerungskultur 660.000 Euro, für die Erwachsenenbildung – mein spezielles Steckenpferd und besonders wichtig: lebenslanges Lernen – 500.000 Euro, für Jugendkunstschulen, die eine hervorragende Arbeit leisten, 300.000 Euro und für das Leseförderprogramm für schwache Schüler der Sekundarstufe 1 Million Euro.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Haushalt zeigt doch sehr deutlich, dass wir in Bayern die aktuellen Herausforderungen im Bereich der Bildung entschlossen und mit hohen finanziellen Mitteln angehen. Unser Leitmotiv dabei war und ist: Im Mittelpunkt aller Maßnahmen steht immer eine gute Bildung und Erziehung aller Schülerinnen und Schüler, nicht nur derjenigen, die aufs Gymnasium gehen. Dafür geben wir auch in den kommenden beiden Jahren viel Geld aus. Es versteht sich von selbst, dass auch ein gutes Bildungssystem – wir haben in Bayern ein sehr gutes Bildungssystem, ich darf das sagen, weil ich aus Nordrhein-Westfalen komme – immer wieder an die sich im Laufe der Jahre verändernden Anforderungen angepasst werden muss. Genau das tun wir jetzt und stellen in diesem Haushalt die notwendigen finanziellen Mittel dafür zur Verfügung. Unser Ziel ist klar: Bayern muss auch in Zukunft "das" Bildungsland in Deutschland sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Eiling-Hütig. – Der nächste Redner ist der Kollege Dr. Martin Brunnhuber für die FREIEN WÄHLER.

**Dr. Martin Brunnhuber (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörer auf der Tribüne! Ich möchte mit einem Lob für die Staatsregierung beginnen. Für den Einzelplan 05 möchte ich unserer Kultusministerin Anna Stolz ein Lob aussprechen, aber auch ein Lob an die Haushälter, die diesen Haushalt zustande gebracht haben. Vielen herzlichen Dank!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Als Zweites möchte ich sagen, dass ich kurz darüber nachgedacht habe, ob wir die Hilfe von Frau Dr. Strohmayer in Anspruch nehmen wollen, aber ich glaube, nein, wir werden sie nicht in Anspruch nehmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Dr. Simone Strohmayer (SPD): Selber schuld!)

Die Gesamtinvestitionen in diesem Haushalt sind schon erwähnt worden. Dazu übrigens Manöverkritik: Herr Werner Stieglitz, Sie haben das sehr gut aufbereitet; die Zahlen sind gut. – Vielleicht mache ich gleich mit den anderen weiter. Stefan Frühbeißer hat aus der Praxis berichtet. Den Beitrag von Simone Strohmayer kann ich jetzt leider nicht so gutheißen; die Hilfe werden wir nicht annehmen.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer (SPD))

Aber Frau Ute Eiling-Hütig hat sehr gut argumentiert.

Wir werden die personalintensiven Ausgaben im Haushalt natürlich in erster Linie für die Zuwächse der neuen Stellen verwenden – das ist schon angesprochen worden –: 2.900 Lehrerstellen und 1.200 Stellen für Unterstützungskräfte, und die sind unbedingt notwendig.

Wir haben ein sehr gutes Bildungssystem. Dieses Bildungssystem soll auch weiterhin gut bleiben. Deswegen wird die Hilfe auch nicht angenommen. Das ist jetzt das dritte Mal. Sie brauchen den Vorschlag also nicht noch mal machen.

Ein Schwerpunkt der Personalausgaben wird die schrittweise und konsequente Einführung des Eingangsamtes A 13 sein. Diese ist nur gutzuheißen; denn die Lehrkräfte vor Ort, die Lehrerinnen und Lehrer an den Grund- und Mittelschulen leisten hier hervorragende Arbeit. Diese hervorragende Arbeit bedarf auch großer Wertschätzung.

Diese erfährt sie durch 24 Millionen Euro in diesem Haushalt, 48 Millionen Euro im nächsten Jahr. Vielen Dank dafür.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Es ist bereits angekündigt worden, dass ich jetzt noch etwas aus der Praxis sagen möchte. Ich war ja Berufsschullehrer, ich war Schulleiter an einem großen beruflichen Schulzentrum, und ich kann Ihnen sagen: Der Unterricht hat sich jetzt schon verändert. Es ist durch die Bank guter Unterricht. Dieser gute Unterricht ist flankiert vom sinnvollen Einsatz digitaler Medien. Da sind wir bereits auf einem hohen Niveau. Das ist jetzt auch von Frau Dr. Eiling-Hütig angesprochen worden; es gibt kein System, das nicht noch verbessert werden kann. Mit diesem Haushalt werden wir hier 2024 113 Millionen Euro und 2025 186 Millionen Euro in die Digitalisierung stecken, um das bestehende gute System noch weiterzuentwickeln.

Aber – jetzt kommt dieses Aber – durch das Schlechtrede unseres Bildungssystems gewinnen wir eines, und zwar Unruhe, Unsicherheit und Unzufriedenheit. Wir müssen jetzt aufhören, unser Bildungssystem andauernd schlechztreden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Jetzt, meine Damen und Herren, komme ich zu Gabriele Triebel. Bildung braucht Menschen – ja. Aber wenn wir alles schlechtrede, dann können wir doch nicht davon ausgehen, dass irgendjemand Lehrer werden will. So schaut es aus und nicht anders.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Jetzt ist es an der Zeit. Wir haben große Herausforderungen. Wir haben die Herausforderungen der Nachwuchsgewinnung. Wir haben die Herausforderungen der Digitalisierung – was passiert mit KI in der nächsten Zeit –, der Integration und Inklusion. Bitte lassen Sie uns zusammenhalten. Lassen Sie uns nicht alles schlechtrede, damit Bayern Bildungsland Nummer eins bleibt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Herr Dr. Brunnhuber, es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Prof. Bausback, CSU-Fraktion.

**Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU):** Lieber Kollege Brunnhuber, ich hätte nur eine Frage, weil mich das interessiert. Es wurde ausgeführt, dass wir jetzt guten Unterricht haben. Seit wann ist denn der Unterricht gut?

(Heiterkeit bei den GRÜNEN und der SPD – Zuruf: 2018!)

**Dr. Martin Brunnhuber (FREIE WÄHLER):** Der Unterricht ist ja ein Prozess. Guter Unterricht ist ein Prozess. Wenn man jetzt mal reinschaut, kann ich es nur als Schulleiter sagen. Wenn ich die Unterrichtsbesuche mal Revue passieren lasse, muss ich feststellen, dass es ganz, ganz wenig Ausreißer nach unten gab.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist ganz einfach: Es gab schon immer gute Lehrer!)

Die Lehrkräfte vor Ort – das muss man jetzt eigentlich mal loben – machen extrem guten Unterricht.

(Michael Hofmann (CSU): Seit Jahrzehnten!)

– Seit Jahrzehnten und eigentlich schon immer. Vielen Dank. Schon immer war es guter Unterricht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Brunnhuber. – Für die Staatsregierung hat Frau Staatsministerin Anna Stolz das Wort.

**Staatsministerin Anna Stolz (Unterricht und Kultus):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der neue Doppelhaushalt ist ein absoluter Rekordhaushalt. 33 Milliarden Euro für die nächsten beiden Jahre – das ist eine Steige-

rung um mehr als eine Milliarde in 2024 und eine weitere Milliarde in 2025. Meine Damen und Herren, das ist enorm viel Geld. Aber besser können wir unser Geld nicht investieren; denn wir investieren in das Wichtigste, das wir haben: in die Zukunft unserer Kinder im Freistaat Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Deswegen, meine Damen und Herren, bereits an dieser Stelle ein großes Dankeschön unserem Ministerpräsidenten und auch dem Finanzminister für diese kraftvolle Unterstützung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Mein oberstes Ziel ist es, die Kinder stark zu machen für die Zukunft, und starke Kinder brauchen starke Lehrkräfte. Deswegen lassen wir beim Personal nicht locker. Genau aus diesem Grund ist das Herzstück dieses Haushalts ein großes Stellenpaket mit insgesamt 4.100 neuen Stellen für die nächsten beiden Jahre. Erstmals können auch pädagogische Unterstützungskräfte unbefristet eingestellt werden. Damit schaffen wir echte Planungssicherheit für unsere Schulen, und wir entlasten sie gleichzeitig spürbar von bürokratischem Aufwand.

Konkret bedeutet das, meine Damen und Herren, dass es 2.900 neue Lehrerstellen gibt. 600 Stellen für multiprofessionelle Teams kommen hinzu. Das sind so viele Stellen für multiprofessionelle Teams wie noch nie zuvor, und – diese Botschaft ist mir besonders wichtig – es sind so viele Stellen für so viele unterschiedliche Professionen wie noch nie zuvor. Das ist deshalb so wichtig, weil wir gleichzeitig noch nie so viele unterschiedliche Herausforderungen an unseren Schulen gleichzeitig zu bewältigen hatten wie aktuell. Aber wir lassen unsere Schulen hier nicht alleine. Nein, wir handeln, meine Damen und Herren.

Wir handeln nicht nur bei den Lehrkräften und den multiprofessionellen Teams, wir handeln auch bei unseren Verwaltungsangestellten mit 600 zusätzlichen Stellen für

Verwaltungsangestellte. Das ist gut so; denn unsere Verwaltungsangestellten sind die guten Seelen in unseren Schulen, die eine ganz entscheidende Arbeit leisten, um unsere Lehrkräfte und die Schulleitungen zu entlasten, sodass diese am Ende mehr Zeit für die pädagogische Arbeit haben. Deshalb an dieser Stelle ein großes Dankeschön für unsere großartigen Verwaltungsangestellten im Freistaat Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Alle diese genannten Kräfte brauchen wir dringend, weil – wie ich eben schon gesagt habe – die Aufgaben vielfältiger und anspruchsvoller werden. Eine dieser Aufgaben ist es, unsere Kinder auf die immer digitaler werdende Lebens- und Arbeitswelt vorzubereiten. Deshalb investieren wir mit knapp einer halben Milliarde Euro auch kräftig in den digitalen Wandel an unseren Schulen. Damit starten wir in den Roll-out unserer Eins-zu-eins-Ausstattung der Schülerinnen und Schüler an den weiterführenden Schulen mit eigenen Endgeräten. Das ist eine gewaltige Investition, meine Damen und Herren, mit der wir unsere Schulen fit für die Zukunft machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Bei aller Bedeutung der Digitalisierung möchte ich aber einen Einschub an dieser Stelle machen. Natürlich bleibt es an den bayerischen Schulen bei dem Grundsatz, dass digitale Bildung einen pädagogischen Mehrwert braucht. Dort aber, wo sie diesen pädagogischen Mehrwert entfaltet, werden wir sie auch ganz intensiv nutzen.

Das gilt ganz besonders auch bei der Künstlichen Intelligenz. Bei all den Herausforderungen bietet sie große Chancen, unsere Kinder noch individueller zu fördern und auch unsere Lehrkräfte in der Unterrichtsvor- und -nachbereitung noch besser zu unterstützen. Das schafft auch wieder Zeit für pädagogische Arbeit. Ich konnte mir in den letzten Monaten sehr viele konkrete Anwendungsbeispiele an den Schulen vor Ort ansehen, die einen echten Mehrwert für die Schülerinnen und Schüler und die Lehrkräfte darstellen.

Aus diesem Grund stellen wir erstmalig mit diesem Haushalt jeder Schule ein eigenes KI- und Medienbudget zur Verfügung, mit dem sich jede Schule passgenaue Programme holen kann. Daneben bauen wir unser "digitales Schulhaus" weiter auf und unterstützen unsere Kommunen bei der Systemadministration mit rund 70 Millionen Euro jährlich. Meine Damen und Herren, so wird digitale Bildung in Bayern gemacht: zukunftsstark, innovativ und passgenau.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Bayern liefert hier mit knapp einer halben Milliarde Euro. Ich appelliere an dieser Stelle an den Bund, die Länder beim Digitalpakt 2.0 nicht weiter hängen zu lassen, wie er es seit Monaten tut. Die Bundesbildungsministerin lässt die Länder nicht nur hängen, sondern sie überschreitet ganz klar verfassungsrechtliche Grenzen. Ich möchte betonen: Es wird keinen Kompromiss bei der Kultushoheit der Länder geben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Neben der halben Milliarde Euro für die digitale Bildung investieren wir fast eine Milliarde Euro in die wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe des Ganztags. Wir investieren im Jahr 2024 mit zusätzlichen 90 Millionen Euro und im Jahr 2025 mit weiteren zusätzlichen 72 Millionen Euro nicht nur in den Ausbau des Ganztagsangebotes, sondern wir schaffen auch spürbare Verbesserungen mit der Erhöhung des Ganztagsbudgets um 18 %. Lassen Sie mich deutlich sagen: Das ist unterm Strich ein Plus von rund 50 % gegenüber dem letzten Haushalt und somit ein starkes Signal für eine noch bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei uns im Freistaat Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayerns Schullandschaft ist unglaublich vielfältig. Das macht sie aus. Darauf sind wir stolz. Nicht zuletzt leisten unsere Privatschulen hervorragende Bildungsarbeit. Deshalb wollen wir sie mit diesem Doppelhaushalt so stark unterstützen wie noch nie, und zwar mit über 2 Milliarden Euro.

Aber nicht nur an den Privatschulen, sondern an allen Schulen ist für mich entscheidend, diejenigen Kinder ganz besonders in den Fokus zu rücken, die eine intensivere Unterstützung benötigen. Liebe Kollegin Triebel, ich kann Ihre Behauptung, mir seien diese Kinder nicht wichtig, nicht unwidersprochen stehen lassen; denn genau das Gegenteil ist der Fall. Deshalb werden wir mit diesem Haushalt die Inklusion stärken, und zwar mit weiteren 100 Stellen. Damit werden wir insbesondere unsere inklusiven Regionen stärken und eine weitere aufbauen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, den Geräuschpegel etwas zu reduzieren, damit wir die Ministerin gut verstehen können. – Frau Ministerin, bitte schön.

**Staatsministerin Anna Stolz (Unterricht und Kultus):** Danke schön. – Besondere Unterstützung brauchen unsere jungen Menschen auch beim Übergang von der Schule in einen Beruf. Deshalb war es mir ein wichtiges Anliegen, dass wir die Berufseinstiegsbegleitung in diesem Haushalt fest verankern. Genau das haben wir getan.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

In diesem Zusammenhang möchte ich ein paar Sätze zur genannten Ifo-Studie sagen. Die Ifo-Studie setzt Bildungschance einzig mit dem Besuch eines Gymnasiums gleich. Das ist nicht nur fragwürdig, sondern lässt sich auch auf Bayern nicht anwenden.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ganz genau!)

In Bayern haben wir ein durchlässiges, differenziertes Bildungssystem. In Bayern kommen rund 40 % der Hochschulzugangsberechtigungen nicht über ein Gymnasium, sondern von unseren Realschulen und FOS/BOS. Das verkennt diese Studie. Noch viel schlimmer aber ist für mich, dass gesellschaftspolitisch fatal ist, was diese Studie ausdrückt, weil sie alle anderen Bildungswege herabwürdigt.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Selbstverständlich brauchen wir nicht nur Akademiker, die wir natürlich brauchen, sondern wir brauchen auch Handwerker, Erzieher, Pfleger usw. Es ist mir ganz wichtig, zu betonen: Alle verdienen die gleiche Wertschätzung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine wichtige Aufgabe unserer Schulen ist es sicherlich, auf die Berufswelt vorzubereiten. Aber die Schulen müssen auch für das Leben stark machen. Davon habe ich gesprochen. Sie müssen für den Alltag stark machen. Deswegen investieren wir auch mit diesem Doppelhaushalt wieder in unsere großartigen Projektwochen "Alltagskompetenzen".

Für diesen Bildungsansatz, für das Leben zu lernen, sind auch unsere Volkshochschulen und die anderen Einrichtungen der Erwachsenenbildung natürlich unverzichtbar. Es ist für mich auch eine Frage der Gerechtigkeit, dass sich alle Menschen lebenslange Bildung leisten können. Mit diesem Doppelhaushalt schaffen wir dafür die Voraussetzungen, und zwar mit 45 Millionen Euro jährlich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Meine Damen und Herren, natürlich gehören zur Weiterbildung und zum lebenslangen Lernen auch ganz besonders unsere außerschulischen Lernorte. Die bayerischen Gedenkstätten sind solche Orte. Sie leisten eine unverzichtbare Erinnerungs- und Präventionsarbeit. Gerade in Zeiten, in denen wir mit Erschrecken eine deutliche Zunahme von Extremismus und Antisemitismus erleben, gilt es mehr denn je, dem ganz entschlossen und entschieden entgegenzutreten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Herr Kollege Atzinger, ich habe mir lange überlegt, ob ich zu Ihnen etwas sage. Ich werde das nun tun. Ich sage Ihnen, wie es ist: Es fiel mir schwer, Ihnen zuzuhören.

(Zuruf des Abgeordneten Oskar Atzinger (AfD))

Wenn wir Ihnen zuhören, dann wissen wir, wie wichtig es ist, in Prävention zu investieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist ein starkes Bildungsland. Mit dem Einzelplan 05 haben wir einen zukunftssicheren Haushalt aufgestellt. Bildung ist der Schlüssel zum Erfolg. Bildung ist der Schlüssel zu einem guten Leben. Unsere Lehrkräfte leisten dafür tagtäglich mit unglaublich viel Engagement Großartiges. Dafür möchte ich ihnen von Herzen Danke sagen.

Ich sage es Ihnen aber auch ganz deutlich: Unsere Lehrkräfte verdienen auch gesellschaftlich höchste Wertschätzung und Anerkennung. Ein wichtiges und für mich längst überfälliges Zeichen dieser Wertschätzung und Anerkennung setzen wir mit diesem Haushalt auch durch die schrittweise Einführung von A 13 für unsere Grund- und Mittelschullehrkräfte um. Meine Damen und Herren, der Freistaat Bayern hält, was er verspricht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich möchte abschließend allen danken, die bei der Aufstellung des Haushalts mitgewirkt haben – den Kolleginnen und Kollegen aus dem Kultusministerium und aus dem Finanzministerium, den Kolleginnen und Kollegen aus dem Haushaltsausschuss und aus dem Bildungsausschuss. Mein größter Dank geht aber an die bayerische Schulfamilie, an unsere Schulleiter, unsere Lehrkräfte, die multiprofessionellen Teams, die Verwaltungsangestellten, die Schulaufsicht und die Eltern für ihr wertvolles und unermüdliches Engagement. Bei meinen wöchentlichen Schulbesuchen in ganz Bayern erlebe ich diesen wertvollen und unermüdlichen Einsatz. Vor allem aber erlebe ich großartige Schülerinnen und Schüler. Ich kann es nicht oft genug sagen: Wir können unser

Geld nicht besser investieren als in diese wunderbaren jungen Menschen. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu diesem Haushalt.

(Anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Es liegen drei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor, die erste von Frau Kollegin Dr. Simone Strohmayr, SPD-Fraktion.

**Dr. Simone Strohmayr (SPD):** Sehr geehrte Frau Ministerin, ich habe vorhin ausgeführt, uns Sozialdemokraten geht es vor allen Dingen um Bildungsgerechtigkeit. Ich finde es schade, dass Sie die Studie nur kritisieren, anstatt die richtigen Konsequenzen aus ihr zu ziehen. Nicht nur diese Studie, sondern eine ganze Reihe von Studien haben aufgezeigt, dass wir in Bayern bei der Bildungsgerechtigkeit in Deutschland die rote Laterne tragen.

Konkret die Fragen, erste Frage: Warum nehmen Sie kein zusätzliches Geld für das Startchancen-Programm in die Hand?

Zweite Frage: Ich hatte neulich ein großes Treffen mit vielen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern. Alle haben unisono gesagt, sie fühlen sich beim Ganztag total alleingelassen. Sie haben nur gesagt, wie viel Geld drinsteht. Wir haben beim Ganztag aber halt großen Nachholbedarf. Ich sage Ihnen: Das Geld, das Sie jetzt eingestellt haben, reicht nicht aus. Sie lassen die Kommunen allein.

(Zurufe)

Die Kommunen waren so alleingelassen, dass sie nicht in der Lage waren, das Geld des Bundes abzurufen. Das tut doch wirklich weh, wenn der Bund Geld zur Verfügung stellt und wir hier in Bayern es nicht abrufen können.

(Kerstin Schreyer (CSU): Die Wortmeldung tut eher weh!)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Frau Ministerin, bitte.

**Staatsministerin Anna Stolz (Unterricht und Kultus):** Punkt eins. Es ist schlicht falsch, dass wir bei vielen Studien den letzten Platz einnehmen. Genau das Gegenteil ist der Fall. Beim Bildungsmonitor 2023 haben wir einen Spitzenplatz eingenommen. Wir tun das seit Langem.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Punkt zwei. Selbstverständlich nehmen wir auch für das Startchancen-Programm sehr viel Geld in die Hand. Sie verkennen aber, dass der Freistaat Bayern schon seit vielen Jahren genau das macht: Er nimmt Geld für multiprofessionelle Teams, für individuelle Unterstützung und jetzt auch für das KI- und Medienbudget in die Hand. Insofern handeln wir schon seit vielen, vielen Jahren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf: Bravo! – Zuruf der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer (SPD))

Punkt drei, zum Ganzttag. Ich habe es ausgeführt, ganz besonders noch mal zum Budget: Wir haben in diesem Haushalt noch mal eine Steigerung der Budgets um 18 %. Zusätzlich haben wir Gelder für den Aufbau. Insofern lässt der Freistaat Bayern die Kommunen nicht im Stich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Frau Kollegin Gabriele Triebel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Gabriele Triebel (GRÜNE):** Verehrte Frau Ministerin, auch meine zwei Nachfragen beziehen sich auf die Ifo-Studie bzw. auf das Startchancen-Programm.

Sie wissen, auch Pisa hatte für Deutschland das Ergebnis, dass der Schulerfolg wie fast nirgendwo anders vom Elternhaus abhängt. Mich macht es wirklich einigermaßen fassungslos, dass Sie jetzt wieder die gleiche Argumentation wiederholt haben: Die Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten Verhältnissen könnten doch den Umweg

gehen. Sie könnten den Umweg gehen, brauchten nicht gleich direkt aufs Gymnasium gehen, sondern könnten diesen Umweg ruhig gehen; dies – so ungefähr – stehe ihnen zu. Das macht mich, wie gesagt, fassungslos, dass Sie und auch die Regierungskoalition diese Haltung haben.

Zum Startchancen-Programm: 140 Millionen Euro pro Jahr, 10 Jahre. Sie haben jetzt gesagt, dass das KI- und Medienbudget und die multiprofessionellen Teams eingerechnet werden. Das heißt im Umkehrschluss, Bayern wird 10 Jahre lang kein eigenes frisches Geld – vom Bund wäre das eigentlich angedacht – in dieses Programm geben. Also, kein Geld.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Frau Kollegin Triebel. – Frau Staatsministerin, bitte.

**Staatsministerin Anna Stolz (Unterricht und Kultus):** Noch mal zum Thema Bildungsgerechtigkeit: Für mich ist Bildungsgerechtigkeit, dass es gelingt, jedes Kind nach seinen individuellen Fähigkeiten auch individuell zu fördern und zu unterstützen. Genau das machen wir im Freistaat Bayern mit unserem differenzierten Schulsystem.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich bleibe auch dabei: Für mich ist das Wichtigste, dass wir endlich anerkennen, dass jedes Kind anders ist. Jedes Kind ist besonders, hat unterschiedliche Talente. Jedes Talent wird in unserer Gesellschaft gebraucht. Es muss gleich wertgeschätzt werden, und wir fördern es mit den unterschiedlichen Schularten optimal, passgenau und bedarfsgerecht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf der Abgeordneten Gülersen Demirel (GRÜNE))

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Es folgt die Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Atzinger, AfD-Fraktion.

**Oskar Atzinger (AfD):** Frau Ministerin, ich finde es von Ihnen nicht nett, dass Sie mich so pauschal verurteilen,

(Zurufe von der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD: Oje!)

wo ich Sie doch gerade gegenüber dem Ministerpräsidenten in Schutz genommen habe. Können Sie mir also bitte mal sagen: Welche meiner Äußerungen haben Ihnen denn nicht gefallen?

(Klaus Holetschek (CSU): Alle! – Heiterkeit bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD – Michael Hofmann (CSU): Sie kann schlecht die ganze Rede wiederholen!)

**Staatsministerin Anna Stolz (Unterricht und Kultus):** Ich werde mich immer aktiv gegen jede Form von Hass und Hetze zur Wehr setzen. So wahr ich hier stehe. Mehr sage ich dazu nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU und den GRÜNEN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025, Einzelplan 05, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/942 mit 19/1006 und 19/1127 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 19/2056.

Ich lasse zuerst über die drei Änderungsanträge, zu denen namentliche Abstimmung beantragt wurde, abstimmen. Die Abstimmungen werden elektronisch durchgeführt.

Zunächst ist über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Zuschuss an die Hanns-Seidel-Stiftung e. V., die Georg-von-Vollmar-Akademie e. V., die Franken-Akademie Schloss Schney e. V., die Gesellschaft für Politische Bildung e. V. – Akademie Frankenwarte Würzburg, das Bayerische Seminar für Politik e. V., die Thomas-Dehler-Stiftung, an die Petra-Kelly-Stiftung – Bayerisches Bildungswerk für Demokratie und Ökologie in der Heinrich-Böll-Stiftung e. V. und an das Bildungswerk für Kommunalpolitik Bayern e. V."

(Heiterkeit bei der AfD)

auf Drucksache 19/981 in namentlicher Form abzustimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt diesen Antrag zur Ablehnung. Abstimmungszeit drei Minuten. Die Abstimmung ist freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 16:47 bis 16:50 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung. Es folgt nun die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Schule nach PISA: Jetzt Chancengerechtigkeit in den Blick nehmen II – Schulfahrten weiterhin für alle ermöglichen!" auf Drucksache 19/962. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen ebenfalls zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt zwei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 16:50 bis 16:52 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung. Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Schülerinnen und Schüler stärken und Lehrerinnen und Lehrer entlasten – Multiprofessionelle Teams und Schulsozialarbeit auf- und ausbauen (250 Stellen EGr. E 10)" auf Drucksache 19/951. Auch dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt hier ebenfalls zwei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 16:53 bis 16:55 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung. Die Sitzung wird bis zum Vorliegen der Abstimmungsergebnisse der vorherigen namentlichen Abstimmungen für einen kurzen Moment unterbrochen.

(Unterbrechung von 16:55 bis 16:56 Uhr)

Die Sitzung wird wieder aufgenommen. Ich gebe nun das Ergebnis der vorhin durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt. Beim Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend Zuschüsse an verschiedene politische Stiftungen auf Drucksache 19/981 haben 27 Abgeordnete mit Ja gestimmt, mit Nein 138. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 19)

Jetzt gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Schule nach PISA: Jetzt Chancengerechtigkeit in den Blick nehmen II – Schulfahrten weiterhin für alle ermöglichen!" auf Drucksache 19/962 bekannt: Mit Ja haben 43 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 122. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 20)

Jetzt noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Schülerinnen und Schüler stärken und Lehrerinnen und Lehrer entlasten – Multiprofessionelle Teams und Schulsozialarbeit auf- und ausbauen (250 Stellen EGr. E 10)" auf Drucksache 19/951: Mit Ja haben 43 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 121. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 21)

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Einzelplan 05 selbst. Der Einzelplan 05 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 19/2056 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 05 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die CSU-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD-Fraktion und die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 05 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 22)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

"Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2024/2025 vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Ich überprüfe es noch einmal: Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Auch keine Enthaltungen. Damit ist es so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 19/2056, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/986 mit 19/1006 und 19/1127 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 05 ist damit abgeschlossen.

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 05.06.2024 zu Tagesordnungspunkt 11: Änderungsantrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Markus Walbrunn, Ramona Storm und Fraktion AfD; Haushaltsplan 2024/2025; hier: Zuschuss an die Hanns-Seidel-Stiftung e.V., die Georg-von-Vollmar-Akademie e.V., die Franken-Akademie Schloss Schney e.V., die Gesellschaft für Politische Bildung e.V. - Akademie Frankenwarte Würzburg, das Bayerische Seminar für Politik e.V., die Thomas-Dehler-Stiftung, an die Petra-Kelly-Stiftung - Bayerisches Bildungswerk für Demokratie und Ökologie in der Heinrich-Böll-Stiftung e.V. und an das Bildungswerk für Kommunalpolitik Bayern e.V. (Kap. 05 05 Tit. 684 06) (Drucksache 19/981)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Adjei Benjamin</b>				<b>Eberwein Jürgen</b>		X	
<b>Aigner Ilse</b>				<b>Dr. Ebner Stefan</b>		X	
<b>Aiwanger Hubert</b>				<b>Ebner-Steiner Katrin</b>	X		
<b>Arnold Dieter</b>	X			<b>Dr. Eiling-Hütig Ute</b>		X	
<b>Arnold Horst</b>		X		<b>Eisenreich Georg</b>			
<b>Artmann Daniel</b>		X		<b>Enders Susann</b>		X	
<b>Atzinger Oskar</b>	X						
				<b>Fackler Wolfgang</b>			
<b>Bäumler Nicole</b>		X		<b>Fehlner Martina</b>		X	
<b>Bauer Volker</b>		X		<b>Feichtmeier Christiane</b>		X	
<b>Baumann Jörg</b>	X			<b>Flierl Alexander</b>		X	
<b>Baumgärtner Jürgen</b>		X		<b>Freller Karl</b>		X	
<b>Baur Konrad</b>		X		<b>Freudenberger Thorsten</b>		X	
<b>Prof. Dr. Bausback Winfried</b>		X		<b>Friedl Patrick</b>		X	
<b>Becher Johannes</b>		X		<b>Friesinger Sebastian</b>		X	
<b>Beck Tobias</b>		X		<b>Frühbeißer Stefan</b>		X	
<b>Becker Barbara</b>		X		<b>Fuchs Barbara</b>		X	
<b>Dr. Behr Andrea</b>		X		<b>Füracker Albert</b>			
<b>Behringer Martin</b>		X					
<b>Beißwenger Eric</b>				<b>Gerlach Judith</b>			
<b>Bergmüller Franz</b>	X			<b>Gießübel Martina</b>		X	
<b>Bernreiter Christian</b>				<b>Glauber Thorsten</b>			
<b>Birzele Andreas</b>		X		<b>Goller Mia</b>		X	
<b>Blume Markus</b>				<b>Gotthardt Tobias</b>			
<b>Böhm Martin</b>	X			<b>Graupner Richard</b>	X		
<b>Bötl Maximilian</b>		X		<b>Grießhammer Holger</b>		X	
<b>Bozoglu Cemal</b>		X		<b>Grob Alfred</b>		X	
<b>Brannekämper Robert</b>		X		<b>Groß Johann</b>		X	
<b>von Brunn Florian</b>				<b>Gross Sabine</b>		X	
<b>Dr. Brunnhuber Martin</b>		X		<b>Grossmann Patrick</b>		X	
<b>Dr. Büchler Markus</b>				<b>Guttenberger Petra</b>		X	
<b>Celina Kerstin</b>		X		<b>Prof. Dr. Hahn Ingo</b>	X		
				<b>Halbleib Volkmar</b>		X	
<b>Deisenhofer Maximilian</b>		X		<b>Halemba Daniel</b>			
<b>Demirel Gülseren</b>		X		<b>Hartmann Ludwig</b>		X	
<b>Dierkes Rene</b>	X			<b>Hauber Wolfgang</b>		X	
<b>Dierl Franc</b>				<b>Heinisch Bernhard</b>		X	
<b>Dr. Dietrich Alexander</b>		X		<b>Heisl Josef</b>			
<b>Dietz Leo</b>		X		<b>Dr. Herrmann Florian</b>		X	
<b>Dorow Alex</b>		X		<b>Herrmann Joachim</b>			
<b>Dremel Holger</b>		X		<b>Hierneis Christian</b>		X	
<b>Dünkel Norbert</b>		X		<b>Högl Petra</b>		X	
				<b>Hofmann Michael</b>		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Hold</b> Alexander			
<b>Holetschek</b> Klaus		X	
<b>Holz</b> Thomas			
<b>Dr. Hopp</b> Gerhard		X	
<b>Huber</b> Martin			
<b>Huber</b> Martin Andreas			
<b>Huber</b> Thomas		X	
<b>Huml</b> Melanie		X	
<b>Jäckel</b> Andreas		X	
<b>Jakob</b> Marina		X	
<b>Jungbauer</b> Björn		X	
<b>Jurca</b> Andreas	X		
<b>Kaniber</b> Michaela			
<b>Kaufmann</b> Andreas		X	
<b>Kirchner</b> Sandro			
<b>Knoblach</b> Paul		X	
<b>Knoll</b> Manuel		X	
<b>Köhler</b> Claudia		X	
<b>Köhler</b> Florian	X		
<b>Kohler</b> Jochen		X	
<b>Koller</b> Michael		X	
<b>Konrad</b> Joachim		X	
<b>Krahl</b> Andreas			
<b>Kraus</b> Nikolaus		X	
<b>Kühn</b> Harald		X	
<b>Kurz</b> Sanne		X	
<b>Lausch</b> Josef		X	
<b>Lettenbauer</b> Eva		X	
<b>Lindinger</b> Christian		X	
<b>Lipp</b> Oskar	X		
<b>Locke</b> Felix		X	
<b>Löw</b> Stefan	X		
<b>Dr. Loibl</b> Petra		X	
<b>Ludwig</b> Rainer		X	
<b>Magerl</b> Roland	X		
<b>Maier</b> Christoph			
<b>Mang</b> Ferdinand	X		
<b>Mannes</b> Gerd	X		
<b>Dr. Mehring</b> Fabian		X	
<b>Meier</b> Johannes	X		
<b>Meußgeier</b> Harald			
<b>Meyer</b> Stefan			
<b>Miskowitsch</b> Benjamin		X	
<b>Mistol</b> Jürgen		X	
<b>Mittag</b> Martin		X	
<b>Müller</b> Johann	X		
<b>Müller</b> Ruth		X	
<b>Müller</b> Ulrike			
<b>Nolte</b> Benjamin	X		
<b>Nussel</b> Walter		X	
<b>Dr. Oetzing</b> Stephan		X	
<b>Osgyan</b> Verena		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Pargent</b> Tim		X	
<b>Prof. Dr. Piazzolo</b> Michael		X	
<b>Pirner</b> Thomas		X	
<b>Pohl</b> Bernhard		X	
<b>Post</b> Julia		X	
<b>Preidl</b> Julian			
<b>Rasehorn</b> Anna		X	
<b>Rauscher</b> Doris		X	
<b>Reiß</b> Tobias		X	
<b>Rinderspacher</b> Markus		X	
<b>Rittel</b> Anton		X	
<b>Roon</b> Elena	X		
<b>Saller</b> Markus		X	
<b>Schack</b> Jenny		X	
<b>Schalk</b> Andreas		X	
<b>Scharf</b> Martin		X	
<b>Scharf</b> Ulrike			
<b>Scheuenstuhl</b> Harry		X	
<b>Schießl</b> Werner		X	
<b>Schmid</b> Franz			
<b>Schmid</b> Josef		X	
<b>Schmidt</b> Gabi			
<b>Schnotz</b> Helmut		X	
<b>Schnürer</b> Sascha		X	
<b>Schöffel</b> Martin		X	
<b>Schorer-Dremel</b> Tanja		X	
<b>Schreyer</b> Kerstin		X	
<b>Schuberl</b> Toni		X	
<b>Schuhknecht</b> Stephanie		X	
<b>Schulze</b> Katharina			
<b>Schwab</b> Thorsten		X	
<b>Dr. Schwartz</b> Harald		X	
<b>Seidenath</b> Bernhard		X	
<b>Siekmann</b> Florian		X	
<b>Singer</b> Ulrich	X		
<b>Dr. Söder</b> Markus			
<b>Sowa</b> Ursula			
<b>Stadler</b> Ralf	X		
<b>Stieglitz</b> Werner		X	
<b>Stock</b> Martin		X	
<b>Stolz</b> Anna		X	
<b>Storm</b> Ramona	X		
<b>Straub</b> Karl		X	
<b>Streibl</b> Florian			
<b>Striedl</b> Markus	X		
<b>Dr. Strohmayer</b> Simone		X	
<b>Stümpfig</b> Martin		X	
<b>Tasdelen</b> Arif		X	
<b>Tomaschko</b> Peter		X	
<b>Toso</b> Roswitha		X	
<b>Trautner</b> Carolina		X	
<b>Triebel</b> Gabriele		X	
<b>Vogel</b> Steffen	X	X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Vogler</b> Matthias	X		
<b>Wachler</b> Peter		X	
<b>Wagle</b> Martin		X	
<b>Walbrunn</b> Markus	X		
Freiherr von <b>Waldenfels</b> Kristan		X	
<b>Waldmann</b> Ruth		X	
<b>Weber</b> Laura		X	
Dr. <b>Weigand</b> Sabine		X	
<b>Weigert</b> Roland			
<b>Weitzel</b> Katja		X	
<b>Widmann</b> Jutta		X	
<b>Winhart</b> Andreas	X		
<b>Zellmeier</b> Josef		X	
<b>Zierer</b> Benno		X	
Freiherr von <b>Zobel</b> Felix		X	
<b>Zöller</b> Thomas		X	
<b>Zwanziger</b> Christian		X	
<b>Gesamtsumme</b>	27	138	0

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 05.06.2024 zu Tagesordnungspunkt 11: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2024/2025; hier: Schule nach PISA: Jetzt Chancengerechtigkeit in den Blick nehmen II - Schulfahrten weiterhin für alle ermöglichen! (Kap. 05 12 Tit. 527 31, Kap. 05 13 Tit. 527 31, Kap. 05 15 Tit. 527 31, Kap. 05 17 Tit. 527 31, Kap. 05 18 Tit. 527 31, Kap. 05 19 Tit. 527 31) (Drucksache 19/962)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Adjei Benjamin</b>				<b>Eberwein Jürgen</b>		X	
<b>Aigner Ilse</b>				<b>Dr. Ebner Stefan</b>		X	
<b>Aiwanger Hubert</b>				<b>Ebner-Steiner Katrin</b>		X	
<b>Arnold Dieter</b>		X		<b>Dr. Eiling-Hütig Ute</b>		X	
<b>Arnold Horst</b>	X			<b>Eisenreich Georg</b>			
<b>Artmann Daniel</b>		X		<b>Enders Susann</b>		X	
<b>Atzinger Oskar</b>		X					
				<b>Fackler Wolfgang</b>			X
<b>Bäumler Nicole</b>	X			<b>Fehlner Martina</b>	X		
<b>Bauer Volker</b>		X		<b>Feichtmeier Christiane</b>	X		
<b>Baumann Jörg</b>		X		<b>Flierl Alexander</b>		X	
<b>Baumgärtner Jürgen</b>		X		<b>Freller Karl</b>		X	
<b>Baur Konrad</b>		X		<b>Freudenberger Thorsten</b>		X	
<b>Prof. Dr. Bausback Winfried</b>		X		<b>Friedl Patrick</b>	X		
<b>Becher Johannes</b>	X			<b>Friesinger Sebastian</b>		X	
<b>Beck Tobias</b>		X		<b>Frühbeißer Stefan</b>		X	
<b>Becker Barbara</b>		X		<b>Fuchs Barbara</b>	X		
<b>Dr. Behr Andrea</b>		X		<b>Füracker Albert</b>			
<b>Behringer Martin</b>		X					
<b>Beißwenger Eric</b>				<b>Gerlach Judith</b>			
<b>Bergmüller Franz</b>		X		<b>Gießübel Martina</b>		X	
<b>Bernreiter Christian</b>				<b>Glauber Thorsten</b>			
<b>Birzele Andreas</b>	X			<b>Goller Mia</b>	X		
<b>Blume Markus</b>				<b>Gotthardt Tobias</b>			
<b>Böhm Martin</b>		X		<b>Graupner Richard</b>		X	
<b>Bötl Maximilian</b>		X		<b>Grießhammer Holger</b>	X		
<b>Bozoglu Cemal</b>	X			<b>Grob Alfred</b>		X	
<b>Brannekämper Robert</b>		X		<b>Groß Johann</b>		X	
<b>von Brunn Florian</b>				<b>Gross Sabine</b>	X		
<b>Dr. Brunnhuber Martin</b>		X		<b>Grossmann Patrick</b>		X	
<b>Dr. Büchler Markus</b>				<b>Guttenberger Petra</b>		X	
<b>Celina Kerstin</b>	X			<b>Prof. Dr. Hahn Ingo</b>		X	
				<b>Halbleib Volkmar</b>	X		
<b>Deisenhofer Maximilian</b>	X			<b>Halemba Daniel</b>			
<b>Demirel Gülseren</b>	X			<b>Hartmann Ludwig</b>	X		
<b>Dierkes Rene</b>		X		<b>Hauber Wolfgang</b>		X	
<b>Dierl Franc</b>		X		<b>Heinisch Bernhard</b>		X	
<b>Dr. Dietrich Alexander</b>		X		<b>Heisl Josef</b>			
<b>Dietz Leo</b>		X		<b>Dr. Herrmann Florian</b>			
<b>Dorow Alex</b>		X		<b>Herrmann Joachim</b>			
<b>Dremel Holger</b>		X		<b>Hierneis Christian</b>	X		
<b>Dünkel Norbert</b>		X		<b>Högl Petra</b>		X	
				<b>Hofmann Michael</b>		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Hold</b> Alexander			
<b>Holetschek</b> Klaus		X	
<b>Holz</b> Thomas			
<b>Dr. Hopp</b> Gerhard		X	
<b>Huber</b> Martin			
<b>Huber</b> Martin Andreas			
<b>Huber</b> Thomas		X	
<b>Huml</b> Melanie		X	
<b>Jäckel</b> Andreas		X	
<b>Jakob</b> Marina		X	
<b>Jungbauer</b> Björn		X	
<b>Jurca</b> Andreas		X	
<b>Kaniber</b> Michaela			
<b>Kaufmann</b> Andreas		X	
<b>Kirchner</b> Sandro			
<b>Knoblach</b> Paul	X		
<b>Knoll</b> Manuel		X	
<b>Köhler</b> Claudia	X		
<b>Köhler</b> Florian		X	
<b>Kohler</b> Jochen		X	
<b>Koller</b> Michael		X	
<b>Konrad</b> Joachim		X	
<b>Krahl</b> Andreas			
<b>Kraus</b> Nikolaus		X	
<b>Kühn</b> Harald		X	
<b>Kurz</b> Sanne	X		
<b>Lausch</b> Josef		X	
<b>Lettenbauer</b> Eva	X		
<b>Lindinger</b> Christian		X	
<b>Lipp</b> Oskar		X	
<b>Locke</b> Felix		X	
<b>Löw</b> Stefan		X	
<b>Dr. Loibl</b> Petra		X	
<b>Ludwig</b> Rainer			
<b>Magerl</b> Roland		X	
<b>Maier</b> Christoph			
<b>Mang</b> Ferdinand		X	
<b>Mannes</b> Gerd		X	
<b>Dr. Mehring</b> Fabian		X	
<b>Meier</b> Johannes		X	
<b>Meußgeier</b> Harald			
<b>Meyer</b> Stefan			
<b>Miskowitsch</b> Benjamin		X	
<b>Mistol</b> Jürgen	X		
<b>Mittag</b> Martin		X	
<b>Müller</b> Johann		X	
<b>Müller</b> Ruth	X		
<b>Müller</b> Ulrike			
<b>Nolte</b> Benjamin		X	
<b>Nussel</b> Walter		X	
<b>Dr. Oetzing</b> Stephan		X	
<b>Osgyan</b> Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Pargent</b> Tim	X		
<b>Prof. Dr. Piazzolo</b> Michael		X	
<b>Pirner</b> Thomas		X	
<b>Pohl</b> Bernhard		X	
<b>Post</b> Julia	X		
<b>Preidl</b> Julian			
<b>Rasehorn</b> Anna	X		
<b>Rauscher</b> Doris	X		
<b>Reiß</b> Tobias		X	
<b>Rinderspacher</b> Markus	X		
<b>Rittel</b> Anton		X	
<b>Roon</b> Elena		X	
<b>Saller</b> Markus		X	
<b>Schack</b> Jenny		X	
<b>Schalk</b> Andreas		X	
<b>Scharf</b> Martin		X	
<b>Scharf</b> Ulrike			
<b>Scheuenstuhl</b> Harry	X		
<b>Schießl</b> Werner		X	
<b>Schmid</b> Franz			
<b>Schmid</b> Josef		X	
<b>Schmidt</b> Gabi			
<b>Schnotz</b> Helmut		X	
<b>Schnürer</b> Sascha		X	
<b>Schöffel</b> Martin		X	
<b>Schorer-Dremel</b> Tanja		X	
<b>Schreyer</b> Kerstin		X	
<b>Schuberl</b> Toni	X		
<b>Schuhknecht</b> Stephanie	X		
<b>Schulze</b> Katharina			
<b>Schwab</b> Thorsten		X	
<b>Dr. Schwartz</b> Harald		X	
<b>Seidenath</b> Bernhard		X	
<b>Siekmann</b> Florian	X		
<b>Singer</b> Ulrich		X	
<b>Dr. Söder</b> Markus			
<b>Sowa</b> Ursula			
<b>Stadler</b> Ralf		X	
<b>Stieglitz</b> Werner		X	
<b>Stock</b> Martin		X	
<b>Stolz</b> Anna		X	
<b>Storm</b> Ramona		X	
<b>Straub</b> Karl		X	
<b>Streibl</b> Florian			
<b>Striedl</b> Markus		X	
<b>Dr. Strohmayr</b> Simone	X		
<b>Stümpfig</b> Martin	X		
<b>Tasdelen</b> Arif	X		
<b>Tomaschko</b> Peter		X	
<b>Toso</b> Roswitha		X	
<b>Trautner</b> Carolina		X	
<b>Triebel</b> Gabriele	X		
<b>Vogel</b> Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Vogler</b> Matthias		X	
<b>Wachler</b> Peter		X	
<b>Wagle</b> Martin		X	
<b>Walbrunn</b> Markus		X	
Freiherr von <b>Waldenfels</b> Kristan		X	
<b>Waldmann</b> Ruth	X		
<b>Weber</b> Laura	X		
Dr. <b>Weigand</b> Sabine	X		
<b>Weigert</b> Roland			
<b>Weitzel</b> Katja	X		
<b>Widmann</b> Jutta		X	
<b>Winhart</b> Andreas		X	
<b>Zellmeier</b> Josef		X	
<b>Zierer</b> Benno		X	
Freiherr von <b>Zobel</b> Felix		X	
<b>Zöller</b> Thomas		X	
<b>Zwanziger</b> Christian	X		
<b>Gesamtsumme</b>	43	122	0

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 05.06.2024 zu Tagesordnungspunkt 11: Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäuml u. a. und Fraktion SPD; Haushaltsplan 2024/2025; hier: Schülerinnen und Schüler stärken und Lehrerinnen und Lehrer entlasten - Multiprofessionelle Teams und Schulsozialarbeit auf- und ausbauen (250 Stellen EGr. E 10) (Kap. 05 21 Tit. 428 01) (Drucksache 19/951)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Adjei Benjamin</b>				<b>Eberwein Jürgen</b>		X	
<b>Aigner Ilse</b>				<b>Dr. Ebner Stefan</b>		X	
<b>Aiwanger Hubert</b>				<b>Ebner-Steiner Katrin</b>		X	
<b>Arnold Dieter</b>		X		<b>Dr. Eiling-Hütig Ute</b>		X	
<b>Arnold Horst</b>	X			<b>Eisenreich Georg</b>			
<b>Artmann Daniel</b>		X		<b>Enders Susann</b>		X	
<b>Atzinger Oskar</b>		X					
				<b>Fackler Wolfgang</b>			X
<b>Bäumler Nicole</b>	X			<b>Fehlner Martina</b>	X		
<b>Bauer Volker</b>		X		<b>Feichtmeier Christiane</b>	X		
<b>Baumann Jörg</b>		X		<b>Flierl Alexander</b>		X	
<b>Baumgärtner Jürgen</b>		X		<b>Freller Karl</b>		X	
<b>Baur Konrad</b>				<b>Freudenberger Thorsten</b>		X	
<b>Prof. Dr. Bausback Winfried</b>		X		<b>Friedl Patrick</b>	X		
<b>Becher Johannes</b>	X			<b>Friesinger Sebastian</b>		X	
<b>Beck Tobias</b>		X		<b>Frühbeißer Stefan</b>		X	
<b>Becker Barbara</b>		X		<b>Fuchs Barbara</b>	X		
<b>Dr. Behr Andrea</b>		X		<b>Füracker Albert</b>			
<b>Behringer Martin</b>		X					
<b>Beißwenger Eric</b>				<b>Gerlach Judith</b>			
<b>Bergmüller Franz</b>		X		<b>Gießübel Martina</b>		X	
<b>Bernreiter Christian</b>				<b>Glauber Thorsten</b>			
<b>Birzele Andreas</b>	X			<b>Goller Mia</b>	X		
<b>Blume Markus</b>				<b>Gotthardt Tobias</b>			
<b>Böhm Martin</b>		X		<b>Graupner Richard</b>		X	
<b>Bötl Maximilian</b>		X		<b>Grießhammer Holger</b>	X		
<b>Bozoglu Cemal</b>	X			<b>Grob Alfred</b>		X	
<b>Brannekämper Robert</b>		X		<b>Groß Johann</b>		X	
<b>von Brunn Florian</b>				<b>Gross Sabine</b>	X		
<b>Dr. Brunnhuber Martin</b>		X		<b>Grossmann Patrick</b>		X	
<b>Dr. Büchler Markus</b>				<b>Guttenberger Petra</b>		X	
<b>Celina Kerstin</b>	X			<b>Prof. Dr. Hahn Ingo</b>		X	
				<b>Halbleib Volkmar</b>	X		
<b>Deisenhofer Maximilian</b>	X			<b>Halemba Daniel</b>			
<b>Demirel Gülseren</b>	X			<b>Hartmann Ludwig</b>	X		
<b>Dierkes Rene</b>		X		<b>Hauber Wolfgang</b>		X	
<b>Dierl Franc</b>		X		<b>Heinisch Bernhard</b>		X	
<b>Dr. Dietrich Alexander</b>		X		<b>Heisl Josef</b>			
<b>Dietz Leo</b>		X		<b>Dr. Herrmann Florian</b>			
<b>Dorow Alex</b>		X		<b>Herrmann Joachim</b>			
<b>Dremel Holger</b>		X		<b>Hierneis Christian</b>	X		
<b>Dünkel Norbert</b>		X		<b>Högl Petra</b>		X	
				<b>Hofmann Michael</b>		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Hold</b> Alexander			
<b>Holetschek</b> Klaus		X	
<b>Holz</b> Thomas			
<b>Dr. Hopp</b> Gerhard		X	
<b>Huber</b> Martin			
<b>Huber</b> Martin Andreas			
<b>Huber</b> Thomas		X	
<b>Huml</b> Melanie			
<b>Jäckel</b> Andreas		X	
<b>Jakob</b> Marina		X	
<b>Jungbauer</b> Björn			
<b>Jurca</b> Andreas		X	
<b>Kaniber</b> Michaela			
<b>Kaufmann</b> Andreas		X	
<b>Kirchner</b> Sandro			
<b>Knoblach</b> Paul	X		
<b>Knoll</b> Manuel		X	
<b>Köhler</b> Claudia	X		
<b>Köhler</b> Florian		X	
<b>Kohler</b> Jochen		X	
<b>Koller</b> Michael		X	
<b>Konrad</b> Joachim		X	
<b>Krahl</b> Andreas			
<b>Kraus</b> Nikolaus		X	
<b>Kühn</b> Harald		X	
<b>Kurz</b> Sanne	X		
<b>Lausch</b> Josef		X	
<b>Lettenbauer</b> Eva	X		
<b>Lindinger</b> Christian		X	
<b>Lipp</b> Oskar		X	
<b>Locke</b> Felix		X	
<b>Löw</b> Stefan		X	
<b>Dr. Loibl</b> Petra		X	
<b>Ludwig</b> Rainer		X	
<b>Magerl</b> Roland		X	
<b>Maier</b> Christoph			
<b>Mang</b> Ferdinand		X	
<b>Mannes</b> Gerd		X	
<b>Dr. Mehring</b> Fabian		X	
<b>Meier</b> Johannes		X	
<b>Meußgeier</b> Harald			
<b>Meyer</b> Stefan			
<b>Miskowitsch</b> Benjamin		X	
<b>Mistol</b> Jürgen	X		
<b>Mittag</b> Martin		X	
<b>Müller</b> Johann		X	
<b>Müller</b> Ruth	X		
<b>Müller</b> Ulrike			
<b>Nolte</b> Benjamin		X	
<b>Nussel</b> Walter		X	
<b>Dr. Oetzing</b> Stephan		X	
<b>Osgyan</b> Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Pargent</b> Tim	X		
<b>Prof. Dr. Piazzolo</b> Michael		X	
<b>Pirner</b> Thomas		X	
<b>Pohl</b> Bernhard		X	
<b>Post</b> Julia	X		
<b>Preidl</b> Julian			
<b>Rasehorn</b> Anna	X		
<b>Rauscher</b> Doris	X		
<b>Reiß</b> Tobias		X	
<b>Rinderspacher</b> Markus	X		
<b>Rittel</b> Anton		X	
<b>Roon</b> Elena		X	
<b>Saller</b> Markus		X	
<b>Schack</b> Jenny		X	
<b>Schalk</b> Andreas		X	
<b>Scharf</b> Martin		X	
<b>Scharf</b> Ulrike			
<b>Scheuenstuhl</b> Harry	X		
<b>Schießl</b> Werner		X	
<b>Schmid</b> Franz		X	
<b>Schmid</b> Josef		X	
<b>Schmidt</b> Gabi			
<b>Schnotz</b> Helmut		X	
<b>Schnürer</b> Sascha		X	
<b>Schöffel</b> Martin		X	
<b>Schorer-Dremel</b> Tanja		X	
<b>Schreyer</b> Kerstin		X	
<b>Schuberl</b> Toni	X		
<b>Schuhknecht</b> Stephanie	X		
<b>Schulze</b> Katharina			
<b>Schwab</b> Thorsten		X	
<b>Dr. Schwartz</b> Harald		X	
<b>Seidenath</b> Bernhard		X	
<b>Siekmann</b> Florian	X		
<b>Singer</b> Ulrich		X	
<b>Dr. Söder</b> Markus			
<b>Sowa</b> Ursula			
<b>Stadler</b> Ralf		X	
<b>Stieglitz</b> Werner		X	
<b>Stock</b> Martin		X	
<b>Stolz</b> Anna		X	
<b>Storm</b> Ramona		X	
<b>Straub</b> Karl		X	
<b>Streibl</b> Florian			
<b>Striedl</b> Markus		X	
<b>Dr. Strohmayer</b> Simone	X		
<b>Stümpfig</b> Martin	X		
<b>Tasdelen</b> Arif	X		
<b>Tomaschko</b> Peter		X	
<b>Toso</b> Roswitha		X	
<b>Trautner</b> Carolina		X	
<b>Triebel</b> Gabriele	X		
<b>Vogel</b> Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Vogler</b> Matthias		X	
<b>Wachler</b> Peter		X	
<b>Wagle</b> Martin		X	
<b>Walbrunn</b> Markus		X	
Freiherr von <b>Waldenfels</b> Kristan		X	
<b>Waldmann</b> Ruth	X		
<b>Weber</b> Laura	X		
Dr. <b>Weigand</b> Sabine	X		
<b>Weigert</b> Roland			
<b>Weitzel</b> Katja	X		
<b>Widmann</b> Jutta		X	
<b>Winhart</b> Andreas		X	
<b>Zellmeier</b> Josef		X	
<b>Zierer</b> Benno		X	
Freiherr von <b>Zobel</b> Felix		X	
<b>Zöller</b> Thomas		X	
<b>Zwanziger</b> Christian	X		
<b>Gesamtsumme</b>	43	121	0

## Mitteilung

### des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt 11

#### **Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 05**

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Gegen den Fachkräftemangel in unseren Kitas –  
praxisintegrierte Ausbildung stärken!  
(Kap. 05 03 Tit. 684 79)  
Drs. 19/942
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumlner u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Programme und digitale Hilfsmittel in die Lernmittelfreiheit aufnehmen  
(Kap 05 03 TG 88)  
Drs. 19/943
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumlner u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Bayerisches Programm für die schnellere Ausstattung von Schülerinnen und Schülern mit digitalen Endgeräten  
(Kap. 05 03 TG 88)  
Drs. 19/944
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumlner u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Arbeitshefte in die Lernmittelfreiheit aufnehmen  
(Kap. 05 03 TG 88)  
Drs. 19/945
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumlner u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Kostenübernahme für pädagogische Programme in Schullandheimen durch den Freistaat  
(Kap. 05 04 neuer Tit.)  
Drs. 19/946

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumlner u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Modellprojekt kostenloses Mittagessen im Rahmen  
des Startchancenprogramms  
(Kap. 05 04 neuer Tit.)  
Drs. 19/947
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Katja Weitzel, Dr. Simone Strohmayr u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Kulturelle Bildung im schulischen Bereich  
(Kap. 05 05 TG 68)  
Drs. 19/948
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumlner u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Stärkung des mobilen Sonderpädagogischen Dienstes (MSD)  
(200 Stellen BesGr. A 13)  
(Kap. 05 13 Tit. 422 01)  
Drs. 19/949
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumlner u.a. und Fraktion (SPD)  
hier: Unterrichtsversorgung an beruflichen Schulen sicherstellen  
(150 Stellen BesGr. A 13)  
(Kap. 05 21 Tit. 422 01)  
Drs. 19/950
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumlner u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Schülerinnen und Schüler stärken und Lehrerinnen und Lehrer entlasten –  
Multiprofessionelle Teams und Schulsozialarbeit auf- und ausbauen  
(250 Stellen EGr. E 10)  
(Kap. 05 21 Tit. 428 01)  
Drs. 19/951
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Schulen fit für die Zukunft machen I – Lehrkräftefortbildungen im Bereich  
Digitale Bildung stärken!  
(Kap. 05 04 Tit. 525 77)  
Drs. 19/952
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Schulen fit für die Zukunft machen II – Digitalbudgets bereitstellen!  
(Kap. 05 04 neuer Tit.)  
Drs. 19/953

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Erhöhung der Förderung der offenen Ganztagsangebote an Schulen  
(Kap. 05 04 Tit. 633 69)  
Drs. 19/954
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Förderung des Bildungsbereichs des FabLab München e.V.  
(Kap. 05 04 Tit. 684 65)  
Drs. 19/955
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Barbara Fuchs u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Fürther Schule der Phantasie bedarfsgerecht finanzieren  
(Kap. 05 05 neuer Tit.)  
Drs. 19/956
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Demokratiebildung stärken I – Bayerische Landeszentrale für politische  
Bildungsarbeit personell besser aufstellen!  
(Kap. 05 06 Tit. 422 01)  
Drs. 19/957
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Demokratiebildung stärken II – qualitativ hochwertige Gedenkstättenbesuche  
für alle Schülerinnen und Schüler sicherstellen!  
(Kap. 05 06 TG 71 neuer Tit.)  
Drs. 19/958
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Demokratiebildung stärken III – Antisemitische Straftaten durch Aufklärung  
an Schulen entschieden bekämpfen!  
(Kap. 05 04 neuer Tit.)  
Drs. 19/959
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Landesjugendkunstschulen endlich auch in Bayern bedarfsgerecht  
unterstützen!  
(Kap. 05 05 Tit. 684 68)  
Drs. 19/960

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Schule nach PISA: Jetzt Chancengerechtigkeit in den Blick nehmen I – Mit dem Landesprogramm gemeinsam.Brücken.bauen 2.0 allen Schülerinnen und Schülern gerecht werden und Eigenverantwortung der Schulen stärken!  
(Kap. 05 04 neuer Tit.)  
Drs. 19/961
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Schule nach PISA: Jetzt Chancengerechtigkeit in den Blick nehmen II – Schulfahrten weiterhin für alle ermöglichen!  
(Kap. 05 12 Tit. 527 31, Kap. 05 13 Tit. 527 31, Kap. 05 15 Tit. 527 31, Kap. 05 17 Tit. 527 31, Kap. 05 18 Tit. 527 31, Kap. 05 19 Tit. 527 31)  
Drs. 19/962
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Markus Walbrunn, Ramona Storm und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Treibhausgasausgleich  
(Kap. 05 02 Tit. 533 49)  
Drs. 19/963
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Markus Walbrunn, Ramona Storm und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Photovoltaik auf staatlichen Dächern  
(Kap. 05 02 Tit. 701 11)  
Drs. 19/964
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Markus Walbrunn, Ramona Storm und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Ausgaben für die Nutzung von Räumen und Plätzen der Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen für staatliche Zwecke und die Nutzung durch Dritte bei dringendem Staatsinteresse  
(Kap. 05 02 Tit. 981 16)  
Drs. 19/965
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Markus Walbrunn, Ramona Storm und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds I – Gastschulbeiträge für die Beschulung von abgelehnten Asylbewerberkindern  
(Kap. 05 03 Tit. 633 05)  
Drs. 19/966
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Markus Walbrunn, Ramona Storm und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds II – Gastschulbeiträge für die Beschulung von Asylbewerberkindern  
(Kap. 05 03 Tit. 633 06)  
Drs. 19/967

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Markus Walbrunn, Ramona Storm und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds III – Entgelte zur Beschulung und Sprachförderung von Flüchtlingen und Migranten sowie zur Unterstützung der Elternarbeit durch Fremdsprachenbegleiterinnen und Fremdsprachenbegleiter  
(Kap. 05 04 Tit. 428 15)  
Drs. 19/968
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Markus Walbrunn, Ramona Storm und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds IV – Entgelte der Aushilfslehrkräfte zur Sprachförderung an weiterführenden Schulen  
(Kap. 05 04 Tit. 428 16)  
Drs. 19/969
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Markus Walbrunn, Ramona Storm und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds V – Honorare für externe Fachkräfte  
(Kap. 05 12 Tit. 427 60)  
Drs. 19/970
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Markus Walbrunn, Ramona Storm und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds VI – Ausbau des Islamischen Unterrichts  
(Kap. 05 12 Tit. 428 02)  
Drs. 19/971
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Markus Walbrunn, Ramona Storm und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds VII – Nichtaufteilbare Personalausgaben zur Umsetzung des Konzepts der Deutschklassen  
(Kap. 05 12 Tit. 429 01)  
Drs. 19/972
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Markus Walbrunn, Ramona Storm und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds VIII – Erstattungen an Sonstige zur Umsetzung des Konzepts der Deutschklassen  
(Kap. 05 12 Tit. 671 01)  
Drs. 19/973
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Markus Walbrunn, Ramona Storm und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds IX – Erstattungen an Sonstige zur Umsetzung des Konzepts kooperativer Klassen zur Berufsvorbereitung  
(Kap. 05 15 Tit. 671 03)  
Drs. 19/974

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Markus Walbrunn, Ramona Storm und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Softwareentwicklung und Betrieb von BayernCloud Schule inkl. mebis – Landesmedienzentrum Bayern  
(Kap. 05 04 Tit. 534 76)  
Drs. 19/975
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Markus Walbrunn, Ramona Storm und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Ausgaben für das Kriseninterventions- und Bewältigungsteam bayerischer Schulpsychologen (KIBBS)  
(Kap. 05 04 Tit. 547 01)  
Drs. 19/976
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Markus Walbrunn, Ramona Storm und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Klimaschutzpreis für Klimaschulen in Bayern  
(Kap. 05 04 Tit. 547 03)  
Drs. 19/977
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Markus Walbrunn, Ramona Storm und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Förderung außerunterrichtlicher Leistungen von Schülerinnen und Schülern aller Schularten und von besonders kreativen und innovativen Projekten mit Schulen  
(Kap. 05 04 Tit. 681 07)  
Drs. 19/978
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Markus Walbrunn, Ramona Storm und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuschüsse zur Förderung des Unterrichts von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf  
(Kap. 05 04 Tit. 684 05)  
Drs. 19/979
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Markus Walbrunn, Ramona Storm und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Mobile Endgeräte  
(Kap. 05 04 Tit. 893 77)  
Drs. 19/980
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Markus Walbrunn, Ramona Storm und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuschuss an die Hanns-Seidel-Stiftung e.V., die Georg-von-Vollmar-Akademie e.V., die Franken-Akademie Schloss Schney e.V., die Gesellschaft für Politische Bildung e.V. – Akademie Frankenwarte Würzburg, das Bayerische Seminar für Politik e.V., die Thomas-Dehler-Stiftung, an die Petra-Kelly-Stiftung -Bayerisches Bildungswerk für Demokratie und Ökologie in der Heinrich-Böll-Stiftung e.V. und an das Bildungswerk für Kommunalpolitik Bayern e.V.  
(Kap. 05 05 Tit. 684 06)  
Drs. 19/981

41. Änderungsantrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Markus Walbrunn, Ramona Storm und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuschuss an die Europäische Akademie in Bayern e.V. in München  
(Kap. 05 05 Tit. 684 07)  
Drs. 19/982
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Markus Walbrunn, Ramona Storm und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuschuss an die Akademie der Deutschen Medien in München  
(Kap. 05 05 Tit. 684 08)  
Drs. 19/983
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Markus Walbrunn, Ramona Storm und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Multimedia für Förderschulen und für Schulen für Kranke im Sinne von multimedialer Kommunikation und Kooperation: „Sonderpädagogische Hilfsmittel und Techniken“  
(Kap. 05 13 Tit. 547 02)  
Drs. 19/984
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Markus Walbrunn, Ramona Storm und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Förderung hochbegabter und besonders leistungsfähiger Schülerinnen und Schüler am Gymnasium  
(Kap. 05 19 Tit. 547 13)  
Drs. 19/985

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Barbara Becker

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Sanne Kurz

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Ulrich Singer

Abg. Andreas Schalk

Abg. Stefan Frühbeißer

Abg. Verena Osgyan

Abg. Katja Weitzel

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Staatsminister Markus Blume

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 12** auf:

## **Haushaltsplan 2024/2025**

### **Einzelplan 15**

#### **für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst**

hierzu:

**Änderungsanträge** der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 19/1158 mit 19/1168)

**Änderungsanträge** der SPD-Fraktion (Drsn. 19/1169 mit 19/1181)

**Änderungsanträge** der AfD-Fraktion (Drsn. 19/1182 mit 19/1219)

**Interfraktionelle Änderungsanträge** der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion (Drsn. 19/1220 mit 19/1240)

**Interfraktionelle Änderungsanträge** von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 19/1454 mit 19/1505)

Auch für diesen Einzelplan beträgt die Gesamtredezeit 45 Minuten.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die AfD-Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 19/1186 und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 19/1162 namentliche Abstimmung beantragt haben. Zudem hat die AfD-Fraktion zu ihren Änderungsanträgen auf den Drucksachen 19/1185 und 19/1196 Einzelabstimmung in einfacher Form beantragt.

Ich eröffne die Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Barbara Becker für die CSU-Fraktion.

**Barbara Becker (CSU):** Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn jemand in Bayern an Knochenmarkkrebs erkrankt, bekommt er an der

Uniklinik Würzburg die allerbeste Versorgung, weil Prof. Einsele und sein Team die besten Spezialisten der Welt für diese Erkrankung sind. Das ist kein Zufall. Gute Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen können wir nur nach Bayern holen und bei uns halten, wenn wir die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass sie an unseren Kliniken und Hochschulen bestens forschen und arbeiten können. Deshalb gibt es neben anderen Aufgaben und Ausgaben seit einem Jahr zusätzlich die Highmed Agenda, damit schwere Krankheiten heilbar und Patienten medizinisch bestens versorgt werden.

Unser Doppelhaushalt für dieses Ministerium ist wirklich ein starkes Bekenntnis zu Wissenschaft, Kunst und Kultur im Freistaat. Insgesamt werden unglaubliche 390 Stellen geschaffen. Zusammen mit einer Steigerung um über 290 Millionen Euro in beiden Jahren belegt dies den Stellenwert von Wissenschaft und Kunst in Bayern.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wenn jetzt die ersten Batteriezellen ohne Lithium hergestellt werden, löst das eine Menge Umweltprobleme. Diese Entwicklung kommt aus Alzenau bei Aschaffenburg. Das ist auch kein Zufall. Das ist das Ergebnis und die Frucht harter Arbeit nicht nur draußen, sondern auch hier im Parlament, die Frucht unserer verlässlich geförderten außeruniversitären Forschung, die wir in Bayern groß gemacht haben. Wir fördern sie auch dieses Jahr und nächstes Jahr mit weit über 500 Millionen Euro jährlich.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Am 15. April haben wir im Haushaltsausschuss gemeinsam den Einzelplan 15 beraten, liebe Kolleginnen und Kollegen, und schon jetzt gilt den Kollegen aus dem Haushaltsausschuss ein herzlicher Dank für die wunderbare Zusammenarbeit und unserem Vorsitzenden Josef Zellmeier für die elegante und straffe Führung. Insgesamt haben wir 9 Milliarden Euro für dieses Jahr und über 9 Milliarden Euro für 2025 beraten und beschlossen.

Was ist seither geschehen? – Die Rahmenbedingungen sind nochmals schwieriger geworden. Wir müssen nicht nur mit internationalen Krisen umgehen und mit einem auch menschengemachten Klimawandel klarkommen, sondern auch alles tun, um uns gegen den menschengemachten Wohlstandsverlust zu wappnen.

(Zuruf von der AfD: Hört, hört!)

Die Steuerschätzer haben im Mai deutlich zurückgehende Einnahmen prognostiziert, leider auch für Bayern. Das ist leider auch kein Zufall. Es gibt mehrere Wege, eine Volkswirtschaft zu ruinieren. Scholz, Habeck und Co. kennen sie alle.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Menschengemachter Wohlstandsverlust wird jetzt in allen Regionen Deutschlands sichtbar, verursacht leider durch die aktuelle Bundesregierung.

(Zuruf der Abgeordneten Verena Osgyan (GRÜNE))

Was ist jetzt in dieser Lage zu tun?

(Toni Schuberl (GRÜNE): Nichtstun beim Klimawandel!)

Wir in Bayern setzen auf die Zukunft. "Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist, sie zu gestalten." – Das hat kein CSUler gesagt, obwohl es ihm gut zu Gesicht gestanden hätte. Es war Willy Brandt. Ich wünschte mir, unser aktueller Bundeskanzler würde dieses Mindset ein bisschen übernehmen. Aber stattdessen – – Aber dazu wurde heute schon viel gesagt.

Wir in Bayern gestalten eine gute Zukunft trotz aller Widrigkeiten um uns herum. Genau das tun wir mit diesem Zukunftshaushalt. Wir fördern Forschung, Wissenschaft, Innovation und auch Kunst mit Rekordsummen, weil Resilienz, also gewappnet zu sein gegen Krisen, nicht durch ständiges Neinsagen, Verzicht und Überregulierung entsteht, sondern durch gute Ideen und Innovation. Wir fördern Menschen mit guten Ideen, keine ideologiegetriebenen Luftschlösser.

Jetzt aber nur ganz grob aufgeschlüsselt: Pro Haushaltsjahr 9 Milliarden Euro, davon über 3,5 Milliarden Euro für unsere Universitäten, über 800 Millionen Euro für die Hochschulen für angewandte Wissenschaften und die Technischen Hochschulen, über 920 Millionen Euro für die Hochschulkliniken, für Ausbildungsförderung und Forschung außerhalb der Hochschule jeweils deutlich mehr als 500 Millionen Euro. Das ist ein fantastischer Aufschlag. Seit der Regierungserklärung unseres Ministerpräsidenten und dem Start der Hightech Agenda vor mehr als fünf Jahren fördern wir gezielt neue Forschungsfelder in Milliardenhöhe, ob sie nun Luft- und Raumfahrt, KI oder Quantenforschung heißen. In beiden Jahren, die jetzt kommen, stellen wir wieder fast 1 Milliarde Euro bereit.

Bevor jetzt, weil ich "Luft- und Raumfahrt" gesagt habe, wieder Gags kommen, Söder will zum Mond, vielleicht folgende Erklärung: Luft- und Raumfahrt und KI werden sehr konkret, wenn wir mit einem Netz von bayerischen Kleinstsatelliten präzise den Wasserbedarf von Wäldern feststellen können und gezielt bewässern können oder wenn wir, wie wir jetzt am Wochenende gesehen hatten, präzise Starkregen vorhersagen und Menschen noch besser schützen können. Das ist besonders wichtig. Das und noch viel mehr steckt in unserer wunderbaren Hightech Agenda.

Mitte des Jahres werden wir weitere Gründerzentren an unseren Hochschulen eröffnen. Dabei schauen wir nicht nur auf unsere Ballungszentren: Wir Christsoziale stehen zum ländlichen Raum. Damit Unternehmen in allen Landesteilen von den Forschungen unserer Hochschulen profitieren können, rollen wir unsere TTZs – Technologietransferzentren – mit der Hightech-Transfer-Agenda weiter aus, weil jede Idee nur so gut ist wie die Umsetzung, die danach stattfindet. Denn in unseren TTZs findet die Zusammenarbeit zwischen Forschung und Praxis statt, zwischen den mittelständischen Unternehmen. Die bekommen dort Forschungsergebnisse, die sie selber nicht herstellen können. Hier wird Bayerns Wettbewerbsfähigkeit auch für die Zukunft gestärkt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Unsere neue Highmed Agenda nimmt Fahrt auf mit rund 70 Millionen Euro für beste künftige Medizin. Damit werden wir zum Beispiel das Vakzinzentrum, das Krebsforschungszentrum oder das Netzwerk Kinderonkologie stärken. Wir bauen das Bayerische Zentrum Pflege Digital auf. Unsere Pflegekräfte sollen weniger Zeit mit Dokumentation und mehr Zeit am Menschen verbringen.

(Beifall bei der CSU)

Der Aufbau von sagenhaften 2.700 zusätzlichen Medizinstudienplätzen in Bayern wird fortgeführt. Damit steht Bayern bundesweit an der Spitze. Damit die Studierenden auch in den Ballungsräumen eine attraktive Bleibe finden, können sich unsere Studierendenwerke auf den Freistaat verlassen: 34 % mehr plus ein Sonderinvestitionsprogramm in Höhe von 50 Millionen Euro für studentisches Wohnen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Im Haushaltsausschuss haben wir 136 Änderungsanträge beraten. Einen Teil haben wir angenommen, einen Teil abgelehnt. Beispielsweise – das kam ständig – wollte die AfD alle Mittel für Öffentlichkeitsarbeit und den Klimaschutz kürzen. Die AfD hat nun mal sehr viel Meinung für ziemlich wenig Ahnung und glaubt wohl immer noch, dass man nur die Regenschirme abschaffen muss, damit auch der Regen ausbleibt. – Falsch gedacht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zum Bereich Kunst: Wenn jemand demnächst am 12. Juli am Odeonsplatz in München ist, dann hört er eines der besten Orchester der Welt mit einem der besten Dirigenten der Welt. Und das ist kein Zufall; denn wir investieren in Kunst und Kultur und den künstlerischen Nachwuchs.

In der Kunst und Kultur ist es in diesem Jahr gelungen, noch rund 26,6 Millionen Euro mehr zu investieren. Für beide Jahre sind es knapp 1,7 Milliarden Euro für Kunst und Kultur. Auch das ist eine Rekordsumme, in Anbetracht der schwierigen Rahmenbedin-

gungen fast schon ein Wunder. Ich sage es wieder ganz kurz für beide Jahre: Für die Kunsthochschulen sind es weit über 90 Millionen Euro in jedem Jahr, für die Museen und für die Sammlungen jeweils um die 130 Millionen Euro. An die staatlichen Bibliotheken und Archive, unser kollektives gesellschaftliches Gedächtnis, gehen in diesem Jahr 120 Millionen Euro, im nächsten Jahr 140 Millionen Euro.

Wenn Ihnen demnächst die Leiterin oder der Leiter Ihrer örtlichen Musikschule begeistert von einem neuen Projekt erzählt, dann ist das kein Zufall. Uns ist es gelungen, die Mittel für unsere 219 Sing- und Musikschulen in Bayern aufzustocken. Das ist ein Plus von 3 Millionen Euro für die Musikschulen, noch mal aufgestockt um 1,3 Millionen Euro aus der Fraktionsinitiative von FREIEN WÄHLERN und CSU. Das war ein langer Weg. Ich danke dem zuständigen Ausschuss für Wissenschaft und Kunst, der das verhandelt hat. Damit sichern wir, dass Kinder, die in Bayern leben, an Kunst und Kultur herangeführt werden, ein Instrument erlernen, eine Jugendkunstschule besuchen, dass Knabenchöre in Bayern ihre Nachwuchskräfte akquirieren können und vieles mehr.

Lieber Robert Brannekämper, unser neuer Vorsitzender des Landesdenkmalrats, auf dein Betreiben hin haben wir die Stärkung der Denkmalpflegemittel um mehrere Millionen Euro erwirkt. Die personelle Aufstockung des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege um 27,5 Stellen erstmals seit Jahrzehnten ist schon eine Wucht. Ich hoffe, dass wir dadurch schwer beschädigte Gebäude, auch mithilfe unserer Taskforce Denkmalpflege, schnell und unbürokratisch vor dem Verfall retten können.

Die Zahlen des vorliegenden Doppelhaushaltes belegen auch: Wir im Freistaat sind uns auch unserer vielfältigen historischen und kulturpolitischen Verantwortung bewusst. Wenn wir es dank der Großinvestition in das ehemalige Reichsparteitagsgelände in Nürnberg jetzt schaffen, aus diesem monströsen Überbleibsel aus der Nazizeit bald etwas Sinnvolles zu machen, dann verdanken wir das dem unermüdlichen Einsatz der Zweiten Bürgermeisterin und Kulturdezernentin der Stadt Nürnberg, Frau Prof. Julia Lehner; ich danke aber auch einigen besonderen Playern: Danke an unse-

ren Arbeitskreis Wissenschaft und Kunst unter dem Vorsitzenden Robert Brannekämper, unserem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Winfried Bausback, an Dr. Stephan Oetzingen für eure stets wache Begleitung der Wissenschafts- und Kunstpolitik in Bayern. Danke auch an unseren wunderbaren Minister Markus Blume. Lieber Markus, danke für deinen herausragenden Einsatz für Wissenschaft und Kunst. Du bist ständig unterwegs in Bayern, aber auch auf Auslandsreisen in aller Welt, um für unseren Standort zu werben. Dafür danke ich dir.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Der Rekordhaushalt ist ein klares Bekenntnis zur Zukunftsfähigkeit Bayerns. Last, but not least: Ein Finanzminister ist eine seltsame Mischung von Cashcow, Hamster und Kettenhund der Steuerzahler und -zahlerinnen. Für Wissenschaft und Kunst ist Albert Füracker ein in die Zukunft vorausschauender Investor. Lieber Albert Füracker, danke für die Unterstützung in diesem zentralen Zukunftsbereich.

Ich sage noch einen Gedanken, und der richtet sich an die Opposition: Sorgen Sie bitte da, wo Sie Einfluss haben, in jedem Bundesland, in dem Sie Einfluss haben, dafür, dass die anderen Bundesländer ebenfalls beherzt und mehr in Wissenschaft und Kulturwirtschaft investieren; denn natürlich ist es klasse, wenn wir immer wieder vergleichen und sagen, Bayern ist spitze im Bund, aber es reicht nicht, wenn in einer Schulklasse nur ein Schulkind alle Hausaufgaben machen muss. Da müssen schon alle mithelfen, damit die gesamte Klasse besser wird.

(Beifall bei der CSU)

Wir in Bayern verbinden Heimat und Hightech. Wir gestalten Bayern zukunftsfähig, generationengerecht und resilient gegenüber Krisen, wer auch immer in Berlin regiert. Ich bitte Sie daher heute um Zustimmung zu diesem wunderbaren Einzelplan 15.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank, Frau Kollegin. – Es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor; zunächst eine Zwischenbemerkung der Kollegin Kurz.

**Sanne Kurz (GRÜNE):** Frau Becker, ich wollte gerne mal nachhören, ob Sie in der CSU-Fraktion Ihre Hausaufgaben gemacht haben. Sie sprachen vom 12. Juli, an dem auf dem Odeonsplatz, wie Sie sagten, eines der weltbesten Orchester mit einem der weltbesten Dirigenten spielt. Das ist das Symphonieorchester des Bayerischen Rundfunks, das BRSO. Ist Ihnen bekannt, dass Ihr Ministerpräsident Dr. Markus Söder unter anderem die Abschaffung der Klangkörper der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten fordert und dass dieses Orchester nicht aus dem Staatshaushalt finanziert ist?

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): So ein Schmarrn! Das stimmt doch gar nicht!)

Und wie stehen Sie dazu, dass man so einen Klangkörper erhalten muss?

**Barbara Becker (CSU):** Ich bin mir sicher, dass unser Ministerpräsident nicht die Hand an die bayerischen Spitzenorchester legt; denn wir haben hier wirklich ein ganz einzigartiges Biotop. Wir haben nicht nur die drei Spitzenorchester BRSO, Bayerisches Staatsorchester, Münchner Philharmoniker. Man kann jetzt schon schauen, wer der Träger ist; aber es ist kein Zufall, dass die hier in München sind. Dass andere Klangkörper wie das BR-Rundfunkorchester, der BR-Chor, das Münchener Kammerorchester, das Jewish Chamber Orchestra Munich hier sind, das hat mit den guten Rahmenbedingungen in Bayern zu tun.

(Michael Hofmann (CSU): Die Bamberger!)

– Und die Bamberger. Außerdem gibt es ganz viele andere wunderbare Ensembles. Das liegt an der guten Politik hier in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Herr Prof. Dr. Ingo Hahn.

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Geschätzte Frau Becker von der CSU, man muss erst mal etwas konstatieren. Sie sprechen hier für die Wissenschaft und haben das Thema Klimawandel auch selber angesprochen. Da ist bei Ihnen eine Lernkurve drin, übrigens auch in Ihrer Rede. Am Anfang wollten Sie noch die Wälder bewässern. Momentan, bei all den Überschwemmungen, ist das nicht mehr so der Fall. Deshalb wollten Sie hinterher dann mit Regenschirmen entwässern. Das ist also eine deutliche Lernkurve.

Ich glaube, wir sind uns auch darüber einig, wenn wir uns mal die Klimaentwicklung der letzten Jahre anschauen, dass wir eben gar nicht mehr von Hitze und Dürre sprechen müssen. Die Temperaturen sind ganz normal. Eine Dürre haben wir auch nicht gehabt. Im letzten Jahr waren die Niederschläge 50 % über dem Mittel. Im Übrigen sind die extremen Überschwemmungsereignisse völlig im Mittel. Sogar im Gegenteil: Wesentlich weniger Menschen werden Opfer von Überschwemmungen, als das noch am Anfang des vorletzten Jahrhunderts der Fall war.

(Lachen des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Das heißt: Auch da ist es wesentlich weniger. Bei Ihnen, auch bei der CSU, ist eine deutliche Lernkurve vorhanden. Dafür mache ich Ihnen ein großes Kompliment.

**Barbara Becker (CSU):** Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin aus dem Umweltausschuss raus und habe mich so gefreut, dass ich mir solche komischen Belehrungen von Ihnen nicht mehr anhören muss. Jetzt hat es mich doch noch mal erwischt. Kriegen Sie da immer noch Belehrungen von Prof. Hahn? – Aber gut, mein Mitleid.

Um Ihnen ein bisschen was zum Thema Klimawandel zu erklären und dazu, wie sehr uns der befasst: Wäre es mir nicht so zuwider, würde ich Sie gerne mal nach Weinfranken einladen und Ihnen ein paar Ecken zeigen, in denen wir Bewässerung dringend brauchen; aber so bleibe ich dabei: Sie haben eine Meinung. Sie dürfen Sie gern behalten.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Danke schön. – Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Ulrich Singer das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Ulrich Singer (AfD):** Sehr geehrtes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, auch geschätzte Kollegin Becker von der CSU! Dieser Haushaltsplan, der im Geschäftsbereich Wissenschaft und Kunst jetzt vorgelegt wird, ist kein wunderbarer. Trotzdem richte ich vorab mein großes Lob auch an die Koalition, weil Sie es geschafft haben, immerhin einige Punkte, die der AfD wichtig sind, so nach und nach in kleinen Stücken umzusetzen. Zum Beispiel fordern wir auch mehr Studienplätze in der Medizin. Dann haben Sie es auch geschafft, endlich das Verbot der Gendersprache an den Hochschulen einzuführen. Insofern schon mal vielen Dank dafür.

(Beifall bei der AfD)

Natürlich sind diese Bereiche auch wichtig; aber was die Wissenschaft wirklich auszeichnet, ist natürlich die Innovations- und die Fortschrittskraft, die von der Wissenschaft ausgeht. Das ist auch das Rückgrat für die Zukunft unseres schönen Freistaats.

In diesem Haushaltsplan bleibt leider der große Wurf aus. Es fehlt nicht am Geld. Jeweils 9 Milliarden Euro für die Haushaltsjahre 2024 und 2025, das ist eine stattliche Summe. Wissen Sie, woran es fehlt? – Es fehlt am Mut und am Willen, sich von der katastrophalen und utopischen Politik der kaputten Ampelkoalition in Berlin ganz klar und deutlich abzugrenzen. Wo bleibt denn das klare Bekenntnis hier in Bayern, dass wir keine links-grünen Luftschlösser bauen wollen und dass wir nicht bei dem buntgeschmückten Narrenschiff Utopia mitfahren wollen, das von einer kaputten Ampel gesteuert wird und vor dem uns Franz Josef Strauß eindringlich und deutlich gewarnt hat?

Statt auf ideologischem Treibsand zu bauen, müssen wir die Realität anerkennen und auf solide, nüchterne und wissenschaftliche Erkenntnisse setzen. Wo bleibt denn bei uns im Land der Automobilindustrie das klare und eindeutige Bekenntnis zu unserem Verbrennungsmotor? Wo bleibt das Bekenntnis dazu, dass wir hier weiterentwickeln, weiterforschen und dranbleiben? – Nein, die Fraktionen der CSU und der FREI-EN WÄHLER beugen sich hier dem links-grünen Zeitgeist, anstatt einfach zu sagen: Der moderne bayerische Diesel ist super, und daran halten wir auch fest.

(Beifall bei der AfD)

Weitere Beispiele sind dieser unsägliche Treibhausgasausgleich und die Ausgaben für eine klimaneutrale Staatsverwaltung, die in diesem Einzelplan enthalten sind. Diese Themen stehen ganz klar für die Misere unserer Zeit. Sie sind mitschuldig an der katastrophalen Wirtschaftslage in Deutschland. Es handelt sich dabei um Ausgaben, die wieder dem links-grünen ideologischen Zeitgeist geschuldet sind. Sie haben null Komma null messbaren Nutzen für das globale Klima, aber sie haben ganz klare Auswirkungen auf den Staatshaushalt, in den sie Löcher reißen, und damit vor allem auch auf den Geldbeutel unserer bayerischen Steuerzahler.

(Beifall bei der AfD)

Wir wissen, dass die Staatsverwaltung und auch Frau Kollegin Becker mit ihrer Rede viel heiße Luft produzieren. Das sind Unmengen. Bis heute wissen wir aber noch nicht genau, wie viel CO<sub>2</sub> die Staatsverwaltung überhaupt verursacht. Trotzdem geben wir enorme Gelder für dieses nebulöse Ziel aus, CO<sub>2</sub>- und klimaneutral werden zu wollen. Ein tolles Ziel, das sich schön anhört, aber ich sage Ihnen: Die Chinesen machen es genau andersherum. Sie schrauben ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß nach oben, um ihr Wirtschaftswachstum anzukurbeln.

Weitere 7 Millionen Euro fließen in das Programm zur Realisierung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre. Wieviel Geld soll denn noch sinnlos zum Fenster hinausgeworfen werden? – Chancengleichheit für Frauen ist etwas sehr

Wichtiges, das ist ganz klar. Da sind wir auch dabei, aber das ist längst in der Praxis umgesetzt. Im Übrigen sollte Leistung der Maßstab sein und keine Quote.

(Beifall bei der AfD)

Wir von der AfD begrüßen den berechtigten und wunderbaren Kinderwunsch vieler Akademikerinnen. Genau dieser hindert sie oft daran, in der Lehre als Professorin eine Laufbahn in Vollzeit anzutreten. Ihre Politik, und das muss man ganz klar sagen, ist familienfeindlich, frauenfeindlich, und sie ist auch teuer. Sorgen sie doch zum Beispiel durch die einfache Einführung von mehr Teilzeitprofessuren für Frauen mit Kindern dafür, dass die Frauenquote in Bayern steigt. Das wäre ganz einfach zum Nulltarif zu haben.

Ein weiterer Kritikpunkt sind die Ausgaben für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Es scheint mir, dass hier Steuergelder verschwendet werden, um das Vertrauen, das Sie durch eine schlechte Politik in der Öffentlichkeit verloren haben, wiederherzustellen. Warum setzen Sie das Geld nicht einfach ein, wo es tatsächlich gebraucht wird? – Geschätzte Kollegen, verbessern Sie einfach wieder die Lebensverhältnisse in Bayern. Schaffen Sie durch gute Sacharbeit wieder Vertrauen. Das würde effektiv bei den Menschen ankommen und wäre besser, als Werbung zu machen.

Geschätzte Kollegen, bei diesem Haushaltsplan fehlt uns der große Wurf. Packen Sie die wirklichen Probleme an. Die hohen Energiepreise sind das Problem. Sie lähmen unsere Wirtschaft, sie lassen unseren Wohlstand dahinschmelzen und führen dazu, dass unsere Unternehmen ins Ausland abwandern wollen. Deswegen fordern wir erneut die Förderung innovativer, moderner Energiegewinnungsprojekte. Als Beispiel sei die Erforschung des Dual-Fluid-Reaktors und der Methanol-Brennstoffzelle erwähnt.

Geschätzte Kollegen, während deutsche Physiker in Ruanda an einem ersten Dual-Fluid-Demonstrationsreaktor bauen, treten hier Söder und Co. in die Pedale der Lastenfahräder und glauben, dass damit ein Forschungs- und Wirtschaftsstandort wie Bayern vorangebracht werden kann.

(Beifall bei der AfD)

Wir brauchen echte Innovation. Deswegen begrüßen wir auch die Schaffung des neuen Titels betreffend Entrepreneurship und Gründungsförderung. Hier sollen aber anscheinend nur neue Stellen geschaffen werden. Das ist uns nicht genug. Wir wollen eine Aufstockung der Mittel in diesem Bereich. Wir brauchen echte Förderung anstatt bloßer Worthülsen.

Ein weiteres und durchaus aktuelles Thema betrifft die multiresistenten Erreger. Die Forschung zu Bakteriophagen und zur Phagentherapie ist sehr vielversprechend. Schauen Sie doch zum Klinikum rechts der Isar, unweit von hier. Dort wurden erste Erfolge erzielt. Wo bleibt das Geld für dieses innovative Forschungsfeld? Diese Forschung kann vielleicht viele Leben retten und darf nicht vernachlässigt werden.

(Beifall bei der AfD)

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, der deutsche Erfindergeist ist es noch immer, der die Welt maßgeblich antreibt, angefangen beim sauberen Verbrennungsmotor bis hin zu sicheren Kernreaktoren der nächsten Generation. In diesen Kategorien müssen Sie denken. Geschätzte Kollegin Becker, denken Sie nicht an den MP3-Player. Der ist irgendwann in den 1980er-Jahren erfunden und in den 1990er-Jahren eingeführt worden. Die Patente sind ausgelaufen und bringen kein Geld ein. Wir müssen für die nächsten Jahrzehnte fit werden, da hilft uns MP3 nicht mehr weiter.

(Heiterkeit bei der AfD)

Ich möchte abschließend noch auf die Sing- und Musikschulen, den Denkmalschutz und auf die nichtstaatlichen Museen eingehen. Außerdem möchte ich auf das Netzwerk für ein Studium mit Behinderung hinweisen. In diesen Bereichen bräuchten wir mehr Geld, das wäre sinnvoller, als irgendwelche Frauenakademien zu fördern oder für eine Sicherheitskonferenz Geld zu verschwenden, die dann gewählte Parteien wie die unsere nicht einlädt. Der Denkmalschutz und die Taskforce dafür müssen aus-

kömmlich ausgestattet werden. Der Denkmalschutz darf nicht hinter dem Klimaschutz zurücktreten, wie es momentan geplant ist. Wir wollen auch keine PV-Dächer auf unseren historischen Altstadtgebäuden haben. Da müssen Sie sich eine bessere Lösung einfallen lassen.

Geschätzte Kollegen, ich komme zum Schluss. Dieser Plan ist kein Plan für die Zukunft Bayerns. Er ist ein Rückschritt. Wir brauchen ganz klar mutige Entscheidungen und echte Innovationen. Ich sage Ihnen ganz klar: Sapere audete – wagen Sie es, weise zu sein. Lehnen Sie den Einzelplan ab. Stimmen Sie unseren Anträgen zu, und gestalten Sie eine gute Zukunft für Bayern.

(Beifall bei der AfD)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Es gibt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Andreas Schalk.

**Andreas Schalk (CSU):** Herr Kollege Singer, ich könnte jetzt vieles zu Ihren Ausführungen sagen. Vielleicht nur eines zu der Tatsache, dass Sie Franz Josef Strauß immer wieder als Kronzeugen für Ihre Ansätze missbrauchen. Franz Josef Strauß hat Extremismus jeder Art abgelehnt. Er war ein glühender Europäer und überzeugter Transatlantiker. All das unterscheidet ihn doch erheblich von den Ansätzen, die Ihre Partei vertritt. Auch Ihre Argumentation in Bezug auf die industriepolitischen Ansätze der Zukunft wäre ihm zu unterkomplex. Vielleicht sollten Sie sich das noch mal überlegen. Franz Josef Strauß wäre nicht Ihr Unterstützer.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Ulrich Singer (AfD):** Geschätzter Herr Kollege Schalk, mit Franz Josef Strauß hätte die CSU nicht diesen massiven Linksruck unternommen, der hier stattgefunden hat. Oder er wäre ausgetreten und dann Gründungsmitglied bei uns geworden.

(Beifall bei der AfD – Widerspruch bei der CSU)

Geschätzte Kollegen, auch wir sind ganz klar gegen jede Form von Extremismus, sei es Kommunismus, sei es Faschismus, sei es Sozialismus oder vor allem Islamismus.

(Beifall bei der AfD – Lachen bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir sind glühende Europäer im Herzen, aber wir sind für ein Europa der Vaterländer, und das ist genau das Europa, hinter dem ein Franz Josef Strauß damals gestanden ist.

(Beifall bei der AfD – Widerspruch bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Trennt euch von eurem Extremismus! Das wäre doch mal eine Sache!)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Der nächste Redner ist Herr Kollege Stefan Frühbeißer.

**Stefan Frühbeißer (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, lieber Herr Staatsminister, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Diesel ist super, und deshalb bleiben wir dabei. – Das werden wir beim Tanken nicht ausprobieren. Aber ich glaube, das drückt sehr deutlich aus, dass man immer dort stehen bleiben will, wo man ist, dass man nicht mit der Zeit gehen will, dass man nicht mit der Wissenschaft weitergehen will und vor allem, dass man extrem konservativ denkt und tickt. Dies ist beispielhaft dafür, was wir den ganzen Tag gehört haben. Ich muss auch keine alten Politiker zitieren oder mutmaßen, in welche Gruppierungen sie eingetreten wären. Da sind wir im Reich der Utopie oder im Nirwana. Ich glaube, wir müssen unheimlich aufpassen, dass wir nicht vom Land der Dichter und Denker ins Land der Träumer und Spinner kommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dafür, verehrte Damen und Herren, sind wir in der Politik in Verantwortung. Es gibt natürlich immer extreme Meinungen und Vorstellungen, die weit auseinandergehen. Das ist auch richtig und gut so, aber die Wahrheit liegt bekanntermaßen in der Mitte, und die Mitte hat einen Haushaltsplanentwurf vorbereitet und letztendlich auch im Haus-

haltsausschuss vorberaten, der genau dem Rechnung trägt, welche Herausforderungen wir haben, einen Wirtschaftsstandort, aber vor allem einen Wissenschaftsstandort Bayern weiterzuentwickeln, so wie es bisher der Fall war, wie es auch weitergehen muss, für den wir weltweit beachtet und um den wir beneidet werden.

Wir haben ein sehr enges Netzwerk in Bayern, was die Wissenschaftsstandorte betrifft – damit meine ich jetzt nicht nur industrielle Standorte, sondern auch die Medizin –, aber, wie wir zuletzt festgestellt haben, gerade auch viel Kooperation. Zum Beispiel ist das Fraunhofer-Institut genannt worden. Es gibt noch weit mehr Kooperationen, die unheimlich viel Entwicklung bringen. Nur ein Beispiel, wenn man von der Raumfahrt spricht: Ein Unternehmen, das für die Marssonde Keramikteile entwickelt, baut und einsetzt, sitzt in Bayern, expandiert und ist in der Forschung sehr weit in Sachen Elektrobrenner und bei anderen Entwicklungen voran.

Ich glaube, wir müssen sehr deutlich machen, dass auch der Wirtschaftsstandort Bayern nicht davon abhängt, welche extremen Meinungen wir hier hören, sondern vielmehr davon, dass verlässliche und planbare Politik betrieben wird, die Rahmenbedingungen gesetzt und Mittel dort eingesetzt werden, wo es wirklich eine vielversprechende Entwicklung gibt. Dann kommen wir auch weg von der Frage, ob man ewig Diesel oder Benziner fahren muss, und hin zur Nutzung von Wasserstoff und anderen Technologien. Sie haben ja auch Bereiche genannt, in denen es richtig ist, hier zu forschen. Überlassen wir die Forschung aber denen, die sich damit auskennen, den Wissenschaftsstandorten. Dort gibt es sehr interessante Perspektiven und Ansätze sowie sehr viele Menschen, die Ahnung davon haben und dies weiterentwickeln. Ich glaube, auch in der Entwicklung sieht man sehr schnell, was vielversprechend für die Zukunft ist und wert ist, weiterverfolgt und mit Investitionen versehen zu werden. Sie können sicher sein, dass das Ministerium und wir darauf achten, dass hier genau die richtigen Projekte entsprechend unterstützt und gefördert werden und dass das Know-how, das hier ist, auch hierbleibt.

Wir haben auch – dies ist ein sehr wichtiger Aspekt – eine sehr gute Start-up-Förderung durch diese enge Kooperation. Wir brauchen nicht, wie es geschildert worden ist, mehr Personal, das um seiner selbst willen vielleicht einen StartUp Point schafft oder auch Innovationszentren und was hier alles durch die Welt geistert. Nein, wir haben die Kooperation bereits. Die jungen Menschen wissen sehr genau, wohin sie gehen müssen. Die Unternehmen wissen sehr genau, wo die hellen Köpfe sitzen, wo sie sich dann auch entsprechendes Wissen in die Häuser holen können und woran sie dann gemeinsam arbeiten. Unsere Maßnahmen sind vielmehr, die Rahmenbedingungen zu setzen – das habe ich bereits erwähnt –, um diesen Wissenschaftsstandort weiterzuentwickeln.

Ich möchte aber auch, wenn ich jetzt über die Wissenschaft spreche, noch speziell auf Folgendes eingehen: Ich habe vom Land der Dichter und Denker gesprochen. Die Denker habe ich jetzt einmal abgehakt. Es gibt nicht nur Dichter, es gibt auch Maler und andere Kunst. Entscheidend ist, dass wir unsere Wissenschaft und unsere Künstler frei arbeiten lassen, dass wir keine Vorgaben und ideologischen Grenzen setzen, sondern dass sie mit ihren Köpfen das entwickeln können, ob in der Wissenschaft oder in der Kunst, was uns weiterbringt. Musik ist genannt worden, aber wir haben noch viel, viel mehr Potenzial. Die Entwicklung durch KI, auch das Visuelle, ob es Social Media ist oder was hier noch viel mehr medial passiert, ist enorm. Reden wir dies nicht kaputt, sondern unterstützen wir es! Überlassen wir aber auch die Entscheidung, was hier passiert, den Menschen, die sich damit auskennen.

Deshalb bitte ich darum, diesen Haushalt mitzutragen, damit wir weiterarbeiten können und die Menschen auf uns vertrauen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Verena Osgyan.

**Verena Osgyan (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Staatsminister! Wir haben heute, wie zu erwarten war, wieder viele Superlative gehört. Wir haben auch, wie zu erwarten war, großes Bedauern darüber gehört, dass die hiesigen Regierungsfractionen leider nicht im Bund mitregieren. So ist das Leben, und so ist die Demokratie! Aber ja, wir brauchen mehr denn je Investitionen in Wissenschaft und Forschung; denn wir leben in Zeiten multipler Krisen: Krieg vor unserer Haustür, Demokratie in Gefahr, Klimakrise. Wie machtvoll die Klimakrise an unsere Haustür klopft, sehen wir an den aktuellen Hochwasserereignissen. Ich glaube, Leugnen ist an der Stelle einfach zwecklos.

Damit wir uns nicht falsch verstehen: Wissenschaft in Bayern hat tatsächlich Spitzenniveau, aber das ist vor allem ein Verdienst der Forschenden und Lehrenden hier und weniger der Staatsregierung. Von den negativen Superlativen, die wir in Bayern haben, haben wir nämlich heute nichts gehört. Ich kann hier ein bisschen Aufklärung schaffen. Wir haben einen milliardenschweren Sanierungsstau an den Hochschulen: Bibliotheken, in die es hineinregnet, Büros, in denen den Beschäftigten die Decke auf den Kopf fällt, und zugige Hörsäle. Auch das ist Spitzenniveau à la Bayern! Hinzu kommt das Ausbleiben jeglichen Fortschritts bei der Klimaneutralität. Auf 15 Milliarden Euro hat die Universität Bayern das beziffert, was sie brauchen würden, um Klimaneutralität bis 2030 zu erreichen. Dazu muss ich noch sagen, dass die Hochschulen das Gros des bayerischen Gebäudebestands ausmachen. Dass hier im Haushalt buchstäblich nichts passiert, ist ein Armutszeugnis; denn dies müsste eine der ersten Baustellen sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch was die Bildungsungerechtigkeit betrifft, ist Bayern spitze. Wir haben hierzu schon heute beim vorherigen Haushaltsplan einiges gehört. Bei den Hochschulen haben wir auch das Phänomen, dass beispielsweise Akademikerkinder eine zehnfach höhere Chance auf ein absolviertes Masterstudium als Arbeiterkinder haben. Die soziale Flankierung des Studiums wurde über Jahre hinweg eklatant vernachlässigt. Es

fehlt an Karriereperspektiven für den akademischen Mittelbau. Ja, auch hier müssen Sie nicht nach dem Bund rufen; denn die Schaffung der Stellen ist Länderkompetenz. Stattdessen haben wir, was mich sehr traurig macht, in den letzten Monaten sehr viel Politiksimulation zu sehen bekommen.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Es gibt viele Herausforderungen. Dennoch hat die Bayerische Staatsregierung über Wochen so getan, als ob Gendern das größte Problem der bayerischen Hochschulen wäre.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann wurde hier ein Bundeswehrgesetz eingebracht, obwohl die Gesetzgebungskompetenz dafür eigentlich beim Bund liegt. Es ist bestenfalls unnötig und schlimmstenfalls verfassungswidrig. Sie können es sich aussuchen.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Na, damit kennen Sie sich ja aus!)

– Ja! Auch bei Ihrem Lieblingsthema, der Kernfusion, muss ich sagen, aus Sicht der Grundlagenforschung ist es sehr interessant, für die Anwendung derzeit aber leider völlig bedeutungslos.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich finde auch, dass, wenn man an einem Abend nichts Besseres vorhat, Star Trek eine solide Serienauswahl ist, aber jetzt wie in billiger Science-Fiction zu behaupten, dass die Kernfusion tatsächlich ein ernsthafter Beitrag für die Energiewende wäre, ist sehr weit von ernsthafter Wissenschaftspolitik entfernt. Anstatt sich in der Simulation von Politik zu üben, sollten Sie uns lieber erklären, warum Sie nach dem Lob der Hightech Agenda jetzt wieder 380 Millionen Euro aus dem Haushalt eingezogen haben,

(Robert Brannekämper (CSU): Das ist nicht wahr!)

obwohl es sich um Mittel handelt, die die Hochschulen dringend brauchen und die sie längstens eingeplant haben, zum Beispiel für Berufungszusagen oder die Anschaffung großer Laborgerätschaften. Ich habe den Eindruck, Sie wissen nicht, wie Haushalt an Hochschulen funktioniert.

(Widerspruch bei der CSU)

Hier kann ich nur sagen, das ist ein Armutszeugnis für die bayerische Wissenschaftspolitik. Herr Staatsminister, hier erwarte ich mir a) Aufklärung und b) eine Lösung. – Vielen Dank!

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Katja Weitzel.

**Katja Weitzel (SPD):** Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleg:innen, sehr geehrte Besucher:innen auf der Tribüne! Die Hightech Agenda ist der Schwerpunkt des Haushaltes für Wissenschaft und Kunst, riesige Finanzmittel in Milliardenhöhe. Große Ankündigungen sind gefolgt, vom bayerischen Silicon Valley bis zu München als Leuchtturm der Hochschulmedizin, um der Charité in Berlin den Rang abzulaufen. Vergleiche mit Harvard und Cambridge folgen aufeinander und überschlagen sich. Darunter machen wir es nicht. Ja, es ist richtig, sich Ziele zu setzen und diese auch zu erreichen, aber an vollmundigen Ankündigungen muss sich die Staatsregierung dann auch messen lassen.

Blicken wir einmal hinter die Fassade. Der Presse durften wir im April entnehmen – die Kollegin hat es schon ausgeführt –, dass die Staatsregierung nicht verbrauchte Gelder wieder von den Hochschulen zurückfordert.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Die Hochschulen haben sich massiv darüber beschwert, weil es die Umsetzung der Hightech Agenda massiv gefährdet; denn diese Gelder dienen dazu, neue Professuren zu schaffen und auszustatten. Die Hochschulen müssen sich langfristig auf diese Gelder verlassen können. Damit offenbart sich das eigentliche Problem: Es fehlt eine ausreichende Grundfinanzierung der Universitäten und Hochschulen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn den Hochschulen die Gelder gekürzt werden und die Hochschulen diese Gelder auch noch zurückzahlen müssen, haben sie keinerlei Handlungsspielraum. Verlässliche Rahmenbedingungen, um im internationalen Wettbewerb, im Kampf um die besten Köpfe für die neuen Professuren gewinnen zu können, sehen anders aus. Schaut man hinter die Fassade, muss man leider sagen: vorne hui, hinten pfui.

Im Haushaltsplan fehlen Finanzmittel für die eigentlichen Großbaustellen, die hinter der Fassade anzugehen sind. Der milliardenschwere Sanierungsstau bei der energetischen Sanierung der zahlreichen Gebäude, die wir haben, wurde schon erwähnt. Es fehlen aber auch Finanzmittel für die personelle Ausstattung, beispielsweise in der Pflichtlehre. Nach gesetzlichen Vorgaben sind diese Lehraufträge nur ausnahmsweise an Lehrbeauftragte zu vergeben. Die SPD hat in ihrem Änderungsantrag 60 Teilzeitstellen gefordert, damit die Pflichtlehre nicht länger durch schlecht bezahlte Lehrbeauftragte in prekären Beschäftigungsverhältnissen vermittelt wird, was noch dazu gesetzeswidrig ist.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Hochschulen leisten Großartiges zur Bekämpfung des Fachkräftemangels. Die guten Fachkräfte von morgen werden ebenso an unseren Hochschulen ausgebildet. Die Hochschulen in Bayern haben es entgegen dem Bundestrend geschafft, dass die Studierendenzahlen wachsen, auch die Zahl der Studierenden aus dem Ausland, die hier nach Bayern kommen, um an unseren Universitäten zu studieren.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Das Problem daran ist allerdings, dass die zusätzlichen finanziellen Aufwendungen, die sie dadurch haben, von den Hochschulen selbst getragen werden müssen. Auch hier spiegelt sich im aktuellen Haushalt keine Kompensation wider.

Hinzu kommt noch folgendes Problem: Mit den steigenden Studierendenzahlen muss die Infrastruktur mitwachsen. An allen Hochschulstandorten Bayerns fehlt bezahlbarer Wohnraum. Die vollmundigen Ankündigungen der Staatsregierung zum Ausbau der Hightech Agenda steht für mich in krassem Gegensatz zu fast 2.000 leer stehenden Wohnheimplätzen in München-Freimann. Warum? – Weil das Studierendenwerk zu wenige finanzielle Mittel hat. Positiv anzumerken ist, dass in diesem Haushalt die finanziellen Mittel für die Studierendenwerke aufgestockt werden. Das alles reicht aber nicht aus, um die Wohnheimgebäude, die häufig aus den 1960er/70er-Jahren sind, zu sanieren und zu ertüchtigen. Wir müssen noch nicht einmal davon reden, dass die Studierendenwerke in der Lage wären, neue Wohnheimplätze mit den ihnen zur Verfügung stehenden Geldern zu schaffen.

Wir haben gehört und zur Kenntnis genommen, dass jetzt mithilfe der BayernHeim ein Booster für die Sanierung in Freimann angeleiert werden soll; im Juni sollen die Bagger anfahren. Jetzt haben wir Anfang Juni. Ich habe noch keine gesehen. Bis 2028 soll die Sanierung abgeschlossen sein. Aufgrund des schwierigen Baubestandes würde ich das in Zweifel ziehen. Wir werden das begleiten.

Die geplante Nachverdichtung in Freimann verdient leider nicht diesen Namen. Viel mehr wäre möglich gewesen – eine vergebene Chance!

Wie schaut es im Kulturbereich aus? – Kultur bedeutet für mich Kreativität und Leidenschaft. Beides sehe ich in diesem Haushalt nicht. Blickt man auch hier hinter die Fassade – angekündigt ist eine Kulturkaskade –, sieht man an vielen Stellen, dass die Finanzmittel nicht ausreichen, um den Kultureinrichtungen im Freistaat Raum für eine

zukunftsorientierte Entwicklung zu geben. Kreative Ideen für eine bayerische Kulturpolitik fehlen, von Leidenschaft will ich gar nicht reden.

Welche Großbaustellen sind das? – Das ist auch schon angesprochen worden: die Zukunft des Konzerthauses in München. Wir werden sehen, was uns auf einen SPD-Antrag hin von der Staatsregierung vorgestellt wird. An den Gebäuden der Theater, der Museen und der Archive bröckelt der Putz; hier müsste eigentlich pro Jahr eine Milliarde Euro investiert werden. Auch hier sehen wir keinen Aufwuchs im Haushaltsplan.

(Beifall bei der SPD)

Ausdruck mangelnder Leidenschaft ist für mich auch der Umgang der Bayerischen Staatsregierung mit der Freien Kulturszene im Haushalt. Dabei trägt die Freie Kulturszene zu einem erheblichen Teil zur bayerischen Wirtschaft bei. Sie liegt mit dem Umsatz, den sie generiert, noch vor dem Maschinenbau. Trotzdem ist sie im Haushalt nur eine Randnotiz. Bei den vielen Gesprächen, die ich führe, muss ich feststellen, dass die freie Kreativwirtschaft aus Bayern, aus München abwandert, weil München zu teuer ist, aber auch aus den ländlichen Gebieten, weil die Rahmenbedingungen nicht stimmen, zum Beispiel schnelles Internet fehlt. So viel zur Hightech Agenda!

(Beifall bei der SPD)

Es fehlt an auskömmlichen Finanzmitteln. Insofern können wir dem Haushalt nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Nächster Redner ist der Kollege Prof. Piazolo.

**Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die höchsten Studierendenzahlen, das höchste Niveau, welches die Orchester leisten, Tausende von Studierenden und von Künstlern strömen nach

Bayern. Warum denn? Wenn man hier die Redner der Opposition hört, entsteht der Eindruck, dass Bayern ein schreckliches Land sei.

(Volkmar Halbleib (SPD): Als Oppositionsabgeordneter hast du noch anders geredet!)

– Nein! Wissenschaft und Kunst stehen in Bayern sehr, sehr gut da, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die Zahlen beweisen es.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Natürlich wird versucht, die Hightech Agenda schlechtzureden. Dabei ist sie ein toller Aufschlag. Hören Sie sich einmal an den Hochschulen um, was dort gesagt wird.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wir haben genau hingehört!)

Dort bedankt man sich dafür. Das ist ein Zeichen nicht nur in der Bundesrepublik, sondern weltweit: Hier wird moderne Hochschulpolitik gemacht, hier wird Geld für viele, viele Stellen gegeben. Vergleichen Sie das einmal mit dem, was die zuständige Ministerin im Bund macht.

(Robert Brannekämper (CSU): Kürzen!)

Dort wird gestrichen und gekürzt. Dort setzt man kein Zeichen an die Welt. Bayern konkurriert hier nicht mit anderen Bundesländern, sondern Bayern konkurriert mit den Staaten, die hier an der Spitze der Welt stehen. Das ist gut so, weil wir eben in einer globalisierten Welt leben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das Gleiche wollen und tun wir auch im Kulturbereich. Schauen Sie sich doch um! Ich kann den Abgeordneten nur empfehlen, zu Hause, aber auch hier in München einmal zu den Kulturveranstaltungen zu gehen und sich anzuschauen, was hier geleistet wird und auf welchem Niveau, wie viele Menschen zu den Kulturzentren strömen. Das ist

nicht nur Metallica oder Taylor Swift oder Adele, nein, sondern auch das, was hier staatlich gefördert wird. Das zeigt sich hier. Staatliche Kulturpolitik ist gut.

(Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

Diese Künstler kommen auch, und sie kommen nach München, weil hier ein guter Ruf vorhanden ist, und sie kommen nach Bayern, weil wir kulturell gut dastehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, CSU und FREIE WÄHLER wollen natürlich gemeinsam ein neues Konzerthaus in München bauen. Wir haben das bewusst in unseren Koalitionsvertrag geschrieben. Wir haben bewusst gesagt: Keine Denkpausen mehr, jetzt wird angeschoben, jetzt wird etwas getan im Werksviertel. Die Verträge stehen. Jetzt gibt es neue Vorstellungen des Ministers und des Ministeriums; wir werden sie nächste Woche diskutieren. Dann wird Dampf gemacht, damit die Kultur in Bayern weiterhin so gut dasteht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich hier noch einen letzten Gedanken anbringen. Wofür tun wir das denn, wofür die Hochschulpolitik? – Es ist schon angesprochen worden: für die Studierenden. Sie kommen in großer Zahl nach Bayern. Sie kommen – das sage ich ganz bewusst – nicht nur aus Bayern, sondern sehr viele von außerhalb Bayerns, auch international, kommen nach Bayern. Ich sage ganz deutlich: Das ist gut so. Wir brauchen hier aus allen Bundesländern Studierende. Wir haben sie. Wir brauchen aber auch Studierende aus anderen Staaten. Wir sind ein Land, das sich mit den großen Staaten dieser Welt vergleicht. Bayern steht gerade jetzt, kurz vor der Europawahl, sehr gut da. Bayern ist ein starker Staat mit starken Hochschulen und starker Kulturszene.

Das ist ein guter Haushalt. Weiter so!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Kurz.

**Sanne Kurz (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Gut, dass es in der Staatsregierung, verehrter Herr Vorsitzender Piazzolo, noch Leute wie Sie gibt, die die Kultur hochhalten und dazu auffordern, die Kulturveranstaltungen zu besuchen, und betonen, wie wichtig das ist.

Auch der Denkmalschutz ist wichtig, nicht nur wegen der großen Denkmäler in staatlicher Hand, sondern auch wegen der vielen nichtstaatlichen kleinen überall im Land. Zusätzliche Stellen wurden zwar geschaffen; das hilft aber natürlich nichts, wenn das Personal mit leeren Händen dasteht. Seit Jahren fordern wir GRÜNE eine Aufstockung der nötigen Fördermittel für die kleine Denkmalpflege und für den Entschädigungsfonds. Man kann zig Leute einstellen. Wenn diese jedoch zur Rettung unserer Denkmäler kein Geld in der Hand haben, hilft das alles nichts. Die Bierzeltreden über die Schönheit unserer Heimat bleiben Fake-Bekennnisse, wenn die kleinen Eigentümerinnen und Eigentümer, die die Sanierung nicht aus eigener Kraft schaffen, finanziell im Stich gelassen werden. Auch dieser Haushalt ist für den Denkmalschutz leider wieder eine verpasste Chance.

Kulturpolitisch – das finden wir auch – wurde auch einiges verpasst. Die Kulturmilliarde, die der Minister wie eine Monstranz seit Monaten vor sich herträgt, existiert im Haushalt nicht. Die Kulturagenda hat keinen Kulturförderbericht hervorgebracht. Wir warten auch vergeblich auf die Kulturkaskade. Warum? – Bauen geht mit Haushaltsmitteln. Für das Proben- und Werkstattzentrum des Residenztheaters sind Mittel eingestellt, 30 Millionen Euro für das Jahr 2024, 20 Millionen Euro für das nächste Jahr. So geht bauen. Bei allen anderen Kulturbaustellen: Nada, niente, gar nichts. Für die Musikhochschule gibt es nichts im Jahr 2024, und im Jahr 2025 500.000 Euro. Für das Residenztheater gibt es null Euro. Für das Haus der Kunst gibt es 1 Million Euro im Jahr 2024, 2 Millionen Euro im Jahr 2025. Für das Naturkundemuseum Bayern sind 1,5 Millionen Euro respektive 2 Millionen Euro vorgesehen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Kaskade!)

– Genau. Immerhin deuten diese Zahlen an, dass die Neue Pinakothek irgendwann einmal fertig werden könnte. Da ist etwas eingestellt. Auch die Tatsache, dass die eingestellten Mittel für das bayerische Konzerthaus nicht auf ein Einstampfen hindeuten, macht mir natürlich schon Hoffnung. Lieber Herr Vorsitzender, "Dampf machen" sieht aus meiner Sicht ein bisschen anders aus.

Herr Staatsminister, Sie werden gleich reden. Ich appelliere an Sie: Lassen Sie den Worten Taten folgen. Wir brauchen Taten – im Haushalt. Wir brauchen Mittel, die dort eingestellt werden. Das gilt insbesondere für die Zivilgesellschaft. Für verschleppte Projekte wie Biotopia und Konzerthaus wurden schon Millionen eingesammelt. Zeigen Sie jetzt, dass man Ihnen vertrauen kann. Bauen wird nicht billiger. Mit der Tiefe, mit der in die Rücklagen gegriffen wird, werden die Staatskassen auch nicht voller.

Kulturpolitik hat etwas mit Prioritätensetzen zu tun. Für die Demokratie ist es gefährlich, wenn diese Prioritäten von den falschen Leuten gesetzt werden. Deshalb will ich die letzte Minute nutzen, um kurz etwas zu den Änderungsanträgen der AfD zu sagen, die der Kulturdebatte ohnehin nur mit wenigen Verbliebenen beiwohnt. Mit den Änderungsanträgen sollen alle Ausgaben für die Kultur- und Kreativwirtschaft, für Digitales, für das Kulturportal Bayern, für die Filmförderung und die Freie Szene komplett auf null Euro gekürzt werden.

(Zurufe von der AfD: Richtig!)

Wirklich erschreckend sind die Begründungen, die man da liest. Ich zitiere: "Kulturprojekte, die möglicherweise männer-, inländer- und heimatfeindlich sind", "evolutionelle, kulturelle Entwicklungen, die man nicht behindern" dürfe, "ideologische Kontaminierung von Kultur im Allgemeinen und Filmkunst im Besonderen", "parteipolitische Bekenntniskunst" – das ist die Fratze der Kulturpolitik der AfD, die da enthüllt wird. Das Gegenteil von Vielfalt ist Einfalt. Das Gegenteil von Kunstfreiheit und Freiheit ist Diktatur. Ich kann nur sagen: Ich bin sehr dankbar, dass diese Partei fernab jeder Verant-

wortung steht. Wir müssen alle gemeinsam dafür kämpfen, eine solche Kulturpolitik in diesem Land zu verhindern.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Blume um das Wort gebeten.

**Staatsminister Markus Blume (Wissenschaft und Kunst):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich sollten Haushaltsberatungen immer der Höhepunkt im Parlamentsjahr sein. Wenn ich dem einen oder anderen Wortbeitrag der Opposition lausche, habe ich immer wieder und Jahr für Jahr den Eindruck, dass diese Kolleginnen und Kollegen in einem anderen Land leben müssen. Das kann nicht der Freistaat Bayern sein, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen Osgyan, Weitzel und Kurz, Sie sollten nicht die Redebausteine verwenden, die Sie mit Ihren Landesverbänden in Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen oder sonst wo austauschen. Sie sollten wirklich unverstellt den Blick auf den Freistaat Bayern richten.

(Zuruf der Abgeordneten Sanne Kurz (GRÜNE))

Frau Kollegin Becker hat es zu Beginn der Debatte deutlich gemacht, und Herr Kollege Piazzolo hat es noch einmal schön herausgearbeitet: Dieser Haushalt ist ein absoluter Rekordhaushalt, auch und gerade im Bereich Wissenschaft und Forschung. Wissenschaft, Forschung und Kunst sind wiederum die Lebensadern dieses Freistaats Bayern. Ich kann nur sagen: Es ist die richtige Schwerpunktsetzung dieser Staatsregierung, einen Rekordhaushalt für Wissenschaft und Kunst für dieses Kraftland aufzustellen. Meine Damen und Herren, das ist genau das, was es in diesen Zeiten braucht – nicht das Gejammer und Genöhle der Opposition.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute gibt es ein aktuelles Ranking. Welche sind die beiden besten Universitäten der Republik? – Die TU und die LMU in München. Das ist nicht ein einmaliges und zufälliges Ranking. Das ist eine Entwicklung der letzten Jahre. Die TU München hat sich auch international noch einmal in die absolute Top-Liga der Welt vorgeschoben. Sie tun die ganze Zeit so, als ob die Abrissbirne im Wissenschaftsland Bayern unterwegs wäre. Das ist einfach falsch. Meine Damen und Herren, der Freistaat Bayern ist ein Land, in dem Studenteninitiativen blühen, in dem Nobelpreisträger gebacken werden, in dem sich Kunst und Kultur beim Freistaat für die Verlässlichkeit in der Förderung bedanken. Das ist nicht die Situation, die von Ihnen beschrieben wird.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dieser Haushalt – das will ich ganz deutlich sagen – ist auch ein Bekenntnis zu den langen Linien der Politik. Das ist keine schnelle Angelegenheit, sondern ein Marathon. Anders als die Opposition es behauptet, ist Bayern schon immer seinem Verständnis gefolgt, ein Kulturstaat und ein Fortschrittsland zu sein. Seit dem Jahr 2018, dem Beginn der letzten Legislaturperiode, haben wir im Hinblick auf den Einzelplan 15 einen Aufwuchs um über 30 %, genauer gesagt 32 %, gehabt. Meine Damen und Herren, ich kann nur sagen: Dieser Haushalt ist ein Bekenntnis zu dem, was den Freistaat Bayern ausmacht.

Erstens. Es ist ein Haushalt der Freiheit. Liebe Frau Kollegin Kurz, ich will dezidiert mit Kunst und Kultur anfangen, um vorzubeugen, dass dieses Thema hinten runterfallen könnte. Wir stärken ganz bewusst Kunst und Kultur im Freistaat. Wir stärken die, die uns stark machen. Gerade in Zeiten, in denen es nicht gut läuft und Zusammenhalt wichtig ist, ist das Bekenntnis zu Kunst und Kultur unerlässlich. Ich kann nur sagen: Setzen Sie bitte nicht falsche Dinge in die Welt, insbesondere dann nicht, wenn Sie es besser wissen sollten.

Wir sparen nicht bei Kunst und Kultur. Das war unser Versprechen in diesen schwierigen Zeiten. In Bayern wird im Bereich der freiwilligen Leistungen nicht gespart. Wenn ich sage, wir sparen nicht, heißt das, dass wir unser Finanzierungsniveau halten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Ergebnis fahren wir die Kulturausgaben im Freistaat Bayern auf ein Niveau hoch, das in keinem anderen Land der Bundesrepublik Deutschland erreicht wird. Im Jahr 2023 waren es 775 Millionen Euro. Wir erreichen 853 Millionen Euro im Jahr 2025. Das ist eine Steigerung von über 10 %. Ich glaube, diese 10 % sind gut und richtig angelegt, weil davon Personalsteigerungen aufgefangen werden, die Freie Szene unterstützt wird und wir damit den kulturellen Nährboden des Freistaats verlässlich halten und fördern. Das ist das, was Bayern ausmacht, nicht die Randbemerkungen zu Kunst und Kultur in Bayern, die von Ihnen immer wieder vorgebracht werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir investieren in unser kulturelles Erbe und ins kulturelle Gedächtnis. Ehrlich gesagt weiß ich nicht, welche Haushaltszahlen Sie zusammengetragen haben. Lieber Kollege Brannekämper, ich weiß nur, dass wir im Bereich der Denkmalpflege die Förderung auf ein absolutes Rekordniveau gesteigert haben. Das sind für das Jahr 2024 53 Millionen Euro. Überall im ganzen Land werden diese Mittel eingesetzt werden.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Wir starten eine Museumsoffensive mit den Mitteln und Stellen, die wir zusätzlich haben, um diese Schätze auch in angemessener Weise präsentieren zu können. Wir sichern die Staatstheaterlandschaft. Wir rollen sie in neue Landesteile weiter aus. In diesem Haushalt ist auch das Versprechen abgebildet, dass beispielsweise Regensburg Staatstheater wird. Wir halten außerdem das Versprechen, dass die Mittel für die Sing- und Musikschulen auf das auskömmliche und miteinander vereinbarte Niveau erhöht werden. An dieser Stelle haben wir eine Steigerung von 12 %. Ich danke insbesondere auch noch einmal für die zusätzliche Fraktionsinitiative. Das ist die bayerische

Version von "versprochen und gehalten". Liebe Kolleginnen und Kollegen, so machen wir auch weiter.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dieser Haushalt ist nicht nur ein Haushalt der Freiheit. Es ist auch ein Haushalt des Fortschritts. Diese 19. Legislaturperiode wird eine wichtige Zeit und Aufbruchzeit für Innovation und neuen Wohlstand sein. Das gilt insbesondere deswegen, weil an anderer Stelle der Republik die Zeichen eben nicht auf Fortschritt stehen. Nachher werde ich noch ein paar Sätze dazu sagen. Natürlich versuchen wir uns mit diesem Haushalt auch ein gutes Stück abzusetzen und zu immunisieren gegenüber dem, was in Berlin, im Bund, eben gerade nicht passiert. Unser absoluter Turbo, unser absoluter Booster – Michael Piazzolo hat es gerade gesagt – ist natürlich die Hightech Agenda des Bayerischen Ministerpräsidenten.

Meine Damen und Herren, während wir hier drin reden, bekomme ich SMS von bayerischen Professorinnen und Professoren, die mir schreiben: Kann doch nicht sein, von was die hier berichten. Diese Hightech Agenda Bayern ist der Grund, warum ich in Bayern bin.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

1.000 neue Professuren, 2.500 neue Stellen – wie gehen Sie mit diesen Menschen um, liebe Kolleginnen und Kollegen?

Wir haben angefangen mit einem Bekenntnis des Ministerpräsidenten, unter der Überschrift "Hightech Agenda" 3,5 Milliarden Euro für die Bereiche Wissenschaft und Wirtschaft aufzuwenden. Wir sind heute soweit, dass wir sagen können: Mit diesem Doppelhaushalt haben wir diese Hightech Agenda anders als bestimmte Offensiven der Vergangenheit nicht als Einmalaktivität angelegt, sondern verstetigt. Sie wird Jahr für Jahr fortgeschrieben; in diesem Doppelhaushalt mit 450 Millionen Euro jährlich alleine für den Wissenschaftsbereich.

Meine Damen und Herren, ich kann nur sagen: Das ist der bayerische Weg, und er ist richtig, weil er das schafft, was in Berlin gerade nicht stattfindet. Hier werden Zukunftschancen für unser Land definiert. Wir haben es vorhin gehört: Ob das die Krebsforschung ist, ob das neue Therapien für Patienten sind, ob das die Lösung der Energiefrage der Zukunft ist – Stichwort Kernfusion. Frau Osgyan, ich kann gut damit umgehen, dass Sie als Vertreterin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach wie vor nicht daran glauben, und wenn ich ehrlich bin, bleiben Sie sich und Ihrer Partei damit natürlich auch treu. Die GRÜNEN haben schon 2010 im Deutschen Bundestag dafür gestimmt, dass alle Forschungen in diesem Bereich eingestellt werden sollen. Geschenk! Ich kann nur sagen: Wenn die GRÜNEN gegen neue Technologien sind, ist das der beste Kontraindikator. Dann muss man das machen, dann muss man auf diese Technologien setzen, weil sie wesentliche Lösungen von Zukunftsfragen enthalten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich kann nur sagen, gerade auch beim Thema Medizin – die Highmed Agenda ist von der Kollegin Becker genannt worden –, dass wir Bayern weiter stark machen, weil wir Medizinstandort Nummer eins bleiben wollen; und zwar sowohl bei der Mediziner Ausbildung wie bei der Spitzenforschung und wie auch bei der Spitzenversorgung. Es gibt 2.700 neue Studienplätze, dazu neue Zentren, neue Forschungsansätze und vieles andere mehr.

Ich kann nur sagen: Ich würde mir wünschen, dass der Bund wenigstens einmal nicht nur gute Bekenntnisse über Pressemitteilungen abgibt, sondern dann auch den Worten mal Taten folgen lässt. Wie oft habe ich in den letzten Wochen Pressemeldungen von Karl Lauterbach in den Händen gehalten, dass 5.000 neue Studienplätze entstehen sollen. Plötzlich ist davon nicht mehr die Rede. Jetzt sollen es die Länder wieder alleine machen.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Ich kann nur sagen: Das, liebe Kolleginnen und Kollegen der Ampel-Parteien hier, ist unlautere Politik. Das Einzige, was in dieser Bundesregierung passiert und funktioniert, sind die Presseabteilungen der verschiedenen Ministerien.

(Volkmar Halbleib (SPD): Da seid ihr aber auch nicht schlecht! Das haben sie von Bayern gelernt!)

Die PS auf der Straße funktionieren definitiv nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es ist ein Haushalt der Freiheit, ein Haushalt des Fortschritts und ein Haushalt der Fairness – das will ich auch dazu sagen. Denn wir stehen mit diesem Haushalt auch an der Seite derjenigen, die in besonderer Weise unsere Unterstützung brauchen. Mir war wichtig, dass wir an der Seite der Studierenden stehen, und ich habe zu Beginn meiner Amtszeit auch gesagt, dass ich das möchte. Es war zunächst nur ein Versprechen, aber es ist jetzt mit diesem Doppelhaushalt eingelöst worden. Wir unterstützen die Studierenden und die Studierendenwerke in einer Weise, wie das noch nie zuvor in der Geschichte des Freistaats der Fall war: Im letzten Haushalt waren es plus 34 % bei den Zuweisungen an die Studierendenwerke. In diesem Haushalt sind es plus 32 %. Ich kann nur sagen: Zusammen mit den 50 Millionen Euro extra, nämlich für die Bauoffensive – danke an die Fraktionen für diese Initiative –, und zusammen mit weiteren Aktivitäten des Bauministeriums, mit der regelmäßigen Wohnraumförderung wird für die Studierendenwerke und für studentisches Wohnen im Freistaat Bayern so viel getan wie noch nie zuvor und auch in keinem anderen Land, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist die Wahrheit, und nicht die Geschichte, die von Ihrer Seite erzählt wird.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn wir Fehlentwicklungen erkennen, dann nehmen wir die an und adressieren sie auch. Frau Kollegin Weitzel, Sie haben natürlich einen Punkt mit dem Thema der

Lehraufträge. Das hat uns, lieber Kollege Brannekämper, schon in der letzten Legislatur intensiv beschäftigt. Mit diesem Haushalt gehen wir genau an dieser Stelle ran und sagen: Die Lehraufträge haben eine Funktion, aber sie können reguläre Lehre nie ersetzen, und dafür sind sie auch nicht gedacht. Deswegen führen wir mit zusätzlichen Stellen – nämlich 10 in 2024 und 10 in 2025 – in den musikpraktischen und -pädagogischen Fächern diese Lehraufträge gezielt zurück, und zwar in enger Abstimmung mit den Verbänden. Wir lösen das ein, was wir gemeinsam miteinander entwickelt haben. Auch das ist eine Version von "versprochen und gehalten", liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Da es immer wieder gesagt wird: Grundfinanzierung! Bitte vergesst die Grundfinanzierung nicht. Es möge so sein, dass die Hightech Agenda super sei, aber bei der Grundfinanzierung würden die Hochschulen dürsten. – Ich habe mir noch mal die aktuellen Zahlen geben lassen: Die Haushaltsmittel im Hochschulbereich sind seit dem Jahr 2018 von 5,24 Milliarden Euro auf 7,2 Milliarden Euro im Jahr 2025 gestiegen. Das ist ein Plus von 37,4 %. Es ist einfach falsch zu sagen, dass die Grundfinanzierung zurückbleiben würde. Ganz im Gegenteil: Die Grundfinanzierung wird mit unseren allgemeinen Zuweisungen eins zu eins erhöht. Das ist ein Bekenntnis zu Verlässlichkeit und Planungssicherheit in der Wissenschaftslandschaft dieses Freistaats Bayern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Natürlich ist dieser Haushaltsentwurf damit schon auch ein Gegenentwurf zu dem, was in Berlin passiert. Ich bin ja geradezu beglückt, heute zu lesen, dass jetzt beim Thema BAföG plötzlich doch Bewegung ist. Bayern hat den Antrag im Bundesrat gestellt und gebeten – wir hatten dank des Antrags der Regierungsfaktionen ja auch eine Debatte hier im Hohen Haus –, die Bedarfssätze für das BAföG zu erhöhen. Jetzt plötzlich, in der Runde des Nachsitzens sozusagen, kommt die Bundesregierung auf

die Idee, vielleicht doch was für die Studierenden zu tun. Jawohl, das ist richtig, und wir haben das mitangeschoben, weil wir gesagt haben, das ist eine falsche Prioritäten-  
setzung.

Es ist auch falsch, an vielen anderen Stellen zu kürzen: beim Deutschen Akademischen Austauschdienst, bei den Humboldt-Professuren, bei den KI-Programmen, beim Existenzgründungsprogramm EXIST. Liebe Kolleginnen und Kollegen, überall da, wo die Bundesregierung streicht, darf man nicht streichen, weil eigentlich Zukunft drin ist.

Ich kann nicht versprechen, dass wir mit diesem Haushalt jeden dieser Punkte beheben können. Das können wir ehrlicherweise als Freistaat Bayern auch nicht. Aber wir können versuchen, so viel wie möglich richtig zu machen. Dazu ist dieser Haushalt ein Versprechen, ein Bekenntnis.

Ich bin ganz sicher: Die Studierenden der Republik, die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und die Kulturschaffenden werden auch weiterhin mit den Füßen abstimmen, wenn sie sich fragen, wo sie in dieser Republik die besten Zukunftschancen haben. Meine Damen und Herren, es ist kein Zufall, dass diese Menschen nach Bayern kommen. Sie kommen gerne nach Bayern, sie bleiben auch hier, und das wird auch mit diesem Haushalt so bleiben.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Staatsminister Blume. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025, Einzelplan 15, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/1158 mit 19/1240 und 19/1454 mit 19/1505 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 19/2071.

Zunächst kommen wir zu den beiden vorab angekündigten namentlichen Abstimmungen. Diese werden elektronisch durchgeführt.

Ich beginne mit der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Photovoltaik auf staatlichen Dächern" auf Drucksache 19/1186. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 18:09 bis 18:12 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung.

Es folgt nun die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Sanierung und Klimaneutralität der Hochschulen" auf Drucksache 19/1162. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Änderungsantrag ebenfalls zur Ablehnung. Die Abstimmungszeit beträgt zwei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 18:12 bis 18:14 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung.

Während die Abstimmungsergebnisse ermittelt werden, fahren wir mit den einfachen Abstimmungen über die beiden eingangs erwähnten Änderungsanträge der AfD-Fraktion fort. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt beide Anträge zur Ablehnung.

Wir beginnen mit der Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Ausgaben für Modellprojekte „Klimaneutrale unmittelbare Staatsverwaltung“" auf Drucksache 19/1185.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstim-

men! – Das sind alle anderen Fraktionen. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Forschung zu Bakteriophagen und Phagentherapie" auf Drucksache 19/1196 abstimmen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind alle anderen Fraktionen. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich gebe nun das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt.

Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Photovoltaik auf staatlichen Dächern" auf Drucksache 19/1186: Mit Ja haben 26 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 136 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 23)

Nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Sanierung und Klimaneutralität der Hochschulen" auf Drucksache 19/1162: Mit Ja haben 42 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 118. Stimmenthaltungen: keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 24)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 15 selbst. Der Einzelplan 15 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 19/2071 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 15 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen von CSU und FREI-EN WÄHLERN. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist der Einzelplan 15 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 25)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

"Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2024/2025 vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Dementsprechend keine. Enthaltungen? – Ebenfalls keine. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 19/2071, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/1220 mit 19/1240 und 19/1454 mit 19/1505 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 15 ist abgeschlossen.

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 05.06.2024 zu Tagesordnungspunkt 12: Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion AfD; Haushaltsplan 2024/2025; hier: Photovoltaik auf staatlichen Dächern (Kap. 15 02 Tit. 701 11) (Drucksache 19/1186)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Adjei</b> Benjamin				<b>Eberwein</b> Jürgen		X	
<b>Aigner</b> Ilse				Dr. <b>Ebner</b> Stefan		X	
<b>Aiwanger</b> Hubert				<b>Ebner-Steiner</b> Katrin	X		
<b>Arnold</b> Dieter	X			Dr. <b>Eiling-Hütig</b> Ute		X	
<b>Arnold</b> Horst		X		<b>Eisenreich</b> Georg			
<b>Artmann</b> Daniel		X		<b>Enders</b> Susann		X	
<b>Atzinger</b> Oskar	X						
				<b>Fackler</b> Wolfgang		X	
<b>Bäumler</b> Nicole		X		<b>Fehlner</b> Martina		X	
<b>Bauer</b> Volker		X		<b>Feichtmeier</b> Christiane		X	
<b>Baumann</b> Jörg	X			<b>Flierl</b> Alexander		X	
<b>Baumgärtner</b> Jürgen		X		<b>Freller</b> Karl		X	
<b>Baur</b> Konrad		X		<b>Freudenberger</b> Thorsten		X	
Prof. Dr. <b>Bausback</b> Winfried		X		<b>Friedl</b> Patrick		X	
<b>Becher</b> Johannes		X		<b>Friesinger</b> Sebastian		X	
<b>Beck</b> Tobias		X		<b>Frühbeißer</b> Stefan		X	
<b>Becker</b> Barbara		X		<b>Fuchs</b> Barbara		X	
Dr. <b>Behr</b> Andrea		X		<b>Füracker</b> Albert		X	
<b>Behringer</b> Martin		X					
<b>Beißwenger</b> Eric				<b>Gerlach</b> Judith			
<b>Bergmüller</b> Franz	X			<b>Gießübel</b> Martina		X	
<b>Bernreiter</b> Christian		X		<b>Glauber</b> Thorsten			
<b>Birzele</b> Andreas		X		<b>Goller</b> Mia		X	
<b>Blume</b> Markus				<b>Gotthardt</b> Tobias			
<b>Böhm</b> Martin	X			<b>Graupner</b> Richard	X		
<b>Bötl</b> Maximilian		X		<b>Grießhammer</b> Holger		X	
<b>Bozoglu</b> Cemal		X		<b>Grob</b> Alfred		X	
<b>Brannekämper</b> Robert		X		<b>Groß</b> Johann		X	
von <b>Brunn</b> Florian				<b>Gross</b> Sabine		X	
Dr. <b>Brunnhuber</b> Martin		X		<b>Grossmann</b> Patrick		X	
Dr. <b>Büchler</b> Markus				<b>Guttenberger</b> Petra		X	
<b>Celina</b> Kerstin		X		Prof. Dr. <b>Hahn</b> Ingo	X		
				<b>Halbleib</b> Volkmar		X	
<b>Deisenhofer</b> Maximilian		X		<b>Halemba</b> Daniel			
<b>Demirel</b> Gülseren		X		<b>Hartmann</b> Ludwig		X	
<b>Dierkes</b> Rene	X			<b>Hauber</b> Wolfgang		X	
<b>Dierl</b> Franc		X		<b>Heinisch</b> Bernhard		X	
Dr. <b>Dietrich</b> Alexander		X		<b>Heisl</b> Josef			
<b>Dietz</b> Leo		X		Dr. <b>Herrmann</b> Florian		X	
<b>Dorow</b> Alex		X		<b>Herrmann</b> Joachim			
<b>Dremel</b> Holger		X		<b>Hierneis</b> Christian		X	
<b>Dünkel</b> Norbert		X		<b>Högl</b> Petra		X	
				<b>Hofmann</b> Michael		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Hold</b> Alexander			
<b>Holetschek</b> Klaus			
<b>Holz</b> Thomas			
<b>Dr. Hopp</b> Gerhard		X	
<b>Huber</b> Martin			
<b>Huber</b> Martin Andreas			
<b>Huber</b> Thomas		X	
<b>Huml</b> Melanie		X	
<b>Jäckel</b> Andreas		X	
<b>Jakob</b> Marina		X	
<b>Jungbauer</b> Björn		X	
<b>Jurca</b> Andreas	X		
<b>Kaniber</b> Michaela			
<b>Kaufmann</b> Andreas			
<b>Kirchner</b> Sandro			
<b>Knoblach</b> Paul		X	
<b>Knoll</b> Manuel		X	
<b>Köhler</b> Claudia		X	
<b>Köhler</b> Florian	X		
<b>Kohler</b> Jochen		X	
<b>Koller</b> Michael		X	
<b>Konrad</b> Joachim		X	
<b>Krahl</b> Andreas			
<b>Kraus</b> Nikolaus			
<b>Kühn</b> Harald		X	
<b>Kurz</b> Sanne		X	
<b>Lausch</b> Josef		X	
<b>Lettenbauer</b> Eva		X	
<b>Lindinger</b> Christian		X	
<b>Lipp</b> Oskar	X		
<b>Locke</b> Felix		X	
<b>Löw</b> Stefan	X		
<b>Dr. Loibl</b> Petra		X	
<b>Ludwig</b> Rainer		X	
<b>Magerl</b> Roland	X		
<b>Maier</b> Christoph			
<b>Mang</b> Ferdinand	X		
<b>Mannes</b> Gerd	X		
<b>Dr. Mehring</b> Fabian			
<b>Meier</b> Johannes	X		
<b>Meußgeier</b> Harald			
<b>Meyer</b> Stefan			
<b>Miskowitsch</b> Benjamin		X	
<b>Mistol</b> Jürgen		X	
<b>Mittag</b> Martin		X	
<b>Müller</b> Johann	X		
<b>Müller</b> Ruth		X	
<b>Müller</b> Ulrike			
<b>Nolte</b> Benjamin	X		
<b>Nussel</b> Walter		X	
<b>Dr. Oetzing</b> Stephan		X	
<b>Osgyan</b> Verena		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Pargent</b> Tim		X	
<b>Prof. Dr. Piazzolo</b> Michael		X	
<b>Pirner</b> Thomas		X	
<b>Pohl</b> Bernhard			
<b>Post</b> Julia		X	
<b>Preidl</b> Julian		X	
<b>Rasehorn</b> Anna		X	
<b>Rauscher</b> Doris		X	
<b>Reiß</b> Tobias			
<b>Rinderspacher</b> Markus		X	
<b>Rittel</b> Anton		X	
<b>Roon</b> Elena	X		
<b>Saller</b> Markus		X	
<b>Schack</b> Jenny		X	
<b>Schalk</b> Andreas		X	
<b>Scharf</b> Martin		X	
<b>Scharf</b> Ulrike			
<b>Scheuenstuhl</b> Harry		X	
<b>Schießl</b> Werner		X	
<b>Schmid</b> Franz			
<b>Schmid</b> Josef		X	
<b>Schmidt</b> Gabi			
<b>Schnotz</b> Helmut		X	
<b>Schnürer</b> Sascha		X	
<b>Schöffel</b> Martin		X	
<b>Schorer-Dremel</b> Tanja		X	
<b>Schreyer</b> Kerstin		X	
<b>Schuberl</b> Toni		X	
<b>Schuhknecht</b> Stephanie		X	
<b>Schulze</b> Katharina			
<b>Schwab</b> Thorsten		X	
<b>Dr. Schwartz</b> Harald		X	
<b>Seidenath</b> Bernhard		X	
<b>Siekmann</b> Florian		X	
<b>Singer</b> Ulrich	X		
<b>Dr. Söder</b> Markus			
<b>Sowa</b> Ursula			
<b>Stadler</b> Ralf			
<b>Stieglitz</b> Werner		X	
<b>Stock</b> Martin		X	
<b>Stolz</b> Anna			
<b>Storm</b> Ramona	X		
<b>Straub</b> Karl		X	
<b>Streibl</b> Florian			
<b>Striedl</b> Markus	X		
<b>Dr. Strohmayer</b> Simone		X	
<b>Stümpfig</b> Martin		X	
<b>Tasdelen</b> Arif		X	
<b>Tomaschko</b> Peter		X	
<b>Toso</b> Roswitha		X	
<b>Trautner</b> Carolina		X	
<b>Triebel</b> Gabriele		X	
<b>Vogel</b> Steffen	X	X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Vogler</b> Matthias	X		
<b>Wachler</b> Peter		X	
<b>Wagle</b> Martin		X	
<b>Walbrunn</b> Markus	X		
Freiherr von <b>Waldenfels</b> Kristan		X	
<b>Waldmann</b> Ruth		X	
<b>Weber</b> Laura		X	
Dr. <b>Weigand</b> Sabine		X	
<b>Weigert</b> Roland			
<b>Weitzel</b> Katja		X	
<b>Widmann</b> Jutta		X	
<b>Winhart</b> Andreas	X		
<b>Zellmeier</b> Josef		X	
<b>Zierer</b> Benno		X	
Freiherr von <b>Zobel</b> Felix		X	
<b>Zöller</b> Thomas		X	
<b>Zwanziger</b> Christian		X	
<b>Gesamtsumme</b>	26	136	0

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 05.06.2024 zu Tagesordnungspunkt 12: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2024/2025; hier: Sanierung und Klimaneutralität der Hochschulen (Kap. 15 06 Tit. 710 00 und neue TG) (Drucksache 19/1162)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Adjei Benjamin</b>				<b>Eberwein Jürgen</b>		X	
<b>Aigner Ilse</b>				<b>Dr. Ebner Stefan</b>		X	
<b>Aiwanger Hubert</b>				<b>Ebner-Steiner Katrin</b>		X	
<b>Arnold Dieter</b>		X		<b>Dr. Eiling-Hütig Ute</b>		X	
<b>Arnold Horst</b>	X			<b>Eisenreich Georg</b>			
<b>Artmann Daniel</b>		X		<b>Enders Susann</b>		X	
<b>Atzinger Oskar</b>		X					
				<b>Fackler Wolfgang</b>		X	
<b>Bäumler Nicole</b>	X			<b>Fehlner Martina</b>	X		
<b>Bauer Volker</b>		X		<b>Feichtmeier Christiane</b>	X		
<b>Baumann Jörg</b>		X		<b>Flierl Alexander</b>		X	
<b>Baumgärtner Jürgen</b>		X		<b>Freller Karl</b>		X	
<b>Baur Konrad</b>		X		<b>Freudenberger Thorsten</b>		X	
<b>Prof. Dr. Bausback Winfried</b>		X		<b>Friedl Patrick</b>	X		
<b>Becher Johannes</b>	X			<b>Friesinger Sebastian</b>		X	
<b>Beck Tobias</b>		X		<b>Frühbeißer Stefan</b>		X	
<b>Becker Barbara</b>		X		<b>Fuchs Barbara</b>	X		
<b>Dr. Behr Andrea</b>		X		<b>Füracker Albert</b>			
<b>Behringer Martin</b>		X					
<b>Beißwenger Eric</b>				<b>Gerlach Judith</b>			
<b>Bergmüller Franz</b>		X		<b>Gießübel Martina</b>			
<b>Bernreiter Christian</b>		X		<b>Glauber Thorsten</b>			
<b>Birzele Andreas</b>	X			<b>Goller Mia</b>	X		
<b>Blume Markus</b>		X		<b>Gotthardt Tobias</b>			
<b>Böhm Martin</b>				<b>Graupner Richard</b>		X	
<b>Bötl Maximilian</b>		X		<b>Grießhammer Holger</b>	X		
<b>Bozoglu Cemal</b>	X			<b>Grob Alfred</b>		X	
<b>Brannekämper Robert</b>		X		<b>Groß Johann</b>		X	
<b>von Brunn Florian</b>				<b>Gross Sabine</b>	X		
<b>Dr. Brunnhuber Martin</b>		X		<b>Grossmann Patrick</b>		X	
<b>Dr. Büchler Markus</b>				<b>Guttenberger Petra</b>		X	
<b>Celina Kerstin</b>	X			<b>Prof. Dr. Hahn Ingo</b>		X	
				<b>Halbleib Volkmar</b>	X		
<b>Deisenhofer Maximilian</b>	X			<b>Halemba Daniel</b>			
<b>Demirel Gülseren</b>	X			<b>Hartmann Ludwig</b>	X		
<b>Dierkes Rene</b>		X		<b>Hauber Wolfgang</b>		X	
<b>Dierl Franc</b>		X		<b>Heinisch Bernhard</b>		X	
<b>Dr. Dietrich Alexander</b>		X		<b>Heisl Josef</b>			
<b>Dietz Leo</b>		X		<b>Dr. Herrmann Florian</b>		X	
<b>Dorow Alex</b>		X		<b>Herrmann Joachim</b>			
<b>Dremel Holger</b>		X		<b>Hierneis Christian</b>	X		
<b>Dünkel Norbert</b>		X		<b>Högl Petra</b>		X	
				<b>Hofmann Michael</b>		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Hold</b> Alexander			
<b>Holetschek</b> Klaus			
<b>Holz</b> Thomas			
<b>Dr. Hopp</b> Gerhard		X	
<b>Huber</b> Martin			
<b>Huber</b> Martin Andreas			
<b>Huber</b> Thomas		X	
<b>Huml</b> Melanie		X	
<b>Jäckel</b> Andreas		X	
<b>Jakob</b> Marina		X	
<b>Jungbauer</b> Björn		X	
<b>Jurca</b> Andreas		X	
<b>Kaniber</b> Michaela			
<b>Kaufmann</b> Andreas			
<b>Kirchner</b> Sandro			
<b>Knoblach</b> Paul	X		
<b>Knoll</b> Manuel		X	
<b>Köhler</b> Claudia	X		
<b>Köhler</b> Florian		X	
<b>Kohler</b> Jochen		X	
<b>Koller</b> Michael		X	
<b>Konrad</b> Joachim		X	
<b>Krahl</b> Andreas			
<b>Kraus</b> Nikolaus			
<b>Kühn</b> Harald		X	
<b>Kurz</b> Sanne	X		
<b>Lausch</b> Josef		X	
<b>Lettenbauer</b> Eva	X		
<b>Lindinger</b> Christian		X	
<b>Lipp</b> Oskar		X	
<b>Locke</b> Felix		X	
<b>Löw</b> Stefan		X	
<b>Dr. Loibl</b> Petra		X	
<b>Ludwig</b> Rainer		X	
<b>Magerl</b> Roland		X	
<b>Maier</b> Christoph			
<b>Mang</b> Ferdinand		X	
<b>Mannes</b> Gerd		X	
<b>Dr. Mehring</b> Fabian			
<b>Meier</b> Johannes		X	
<b>Meußgeier</b> Harald			
<b>Meyer</b> Stefan			
<b>Miskowitsch</b> Benjamin		X	
<b>Mistol</b> Jürgen	X		
<b>Mittag</b> Martin		X	
<b>Müller</b> Johann		X	
<b>Müller</b> Ruth	X		
<b>Müller</b> Ulrike			
<b>Nolte</b> Benjamin		X	
<b>Nussel</b> Walter		X	
<b>Dr. Oetzing</b> Stephan		X	
<b>Osgyan</b> Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Pargent</b> Tim	X		
<b>Prof. Dr. Piazzolo</b> Michael		X	
<b>Pirner</b> Thomas		X	
<b>Pohl</b> Bernhard			
<b>Post</b> Julia	X		
<b>Preidl</b> Julian		X	
<b>Rasehorn</b> Anna	X		
<b>Rauscher</b> Doris	X		
<b>Reiß</b> Tobias		X	
<b>Rinderspacher</b> Markus	X		
<b>Rittel</b> Anton		X	
<b>Roon</b> Elena		X	
<b>Saller</b> Markus		X	
<b>Schack</b> Jenny		X	
<b>Schalk</b> Andreas		X	
<b>Scharf</b> Martin		X	
<b>Scharf</b> Ulrike			
<b>Scheuenstuhl</b> Harry	X		
<b>Schießl</b> Werner		X	
<b>Schmid</b> Franz			
<b>Schmid</b> Josef		X	
<b>Schmidt</b> Gabi			
<b>Schnotz</b> Helmut		X	
<b>Schnürer</b> Sascha		X	
<b>Schöffel</b> Martin		X	
<b>Schorer-Dremel</b> Tanja		X	
<b>Schreyer</b> Kerstin		X	
<b>Schuberl</b> Toni	X		
<b>Schuhknecht</b> Stephanie	X		
<b>Schulze</b> Katharina			
<b>Schwab</b> Thorsten		X	
<b>Dr. Schwartz</b> Harald		X	
<b>Seidenath</b> Bernhard		X	
<b>Siekmann</b> Florian			
<b>Singer</b> Ulrich		X	
<b>Dr. Söder</b> Markus			
<b>Sowa</b> Ursula			
<b>Stadler</b> Ralf			
<b>Stieglitz</b> Werner		X	
<b>Stock</b> Martin		X	
<b>Stolz</b> Anna			
<b>Storm</b> Ramona		X	
<b>Straub</b> Karl		X	
<b>Streibl</b> Florian			
<b>Striedl</b> Markus		X	
<b>Dr. Strohmayer</b> Simone	X		
<b>Stümpfig</b> Martin	X		
<b>Tasdelen</b> Arif	X		
<b>Tomaschko</b> Peter		X	
<b>Toso</b> Roswitha		X	
<b>Trautner</b> Carolina		X	
<b>Triebel</b> Gabriele	X		
<b>Vogel</b> Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Vogler</b> Matthias		X	
<b>Wachler</b> Peter		X	
<b>Wagle</b> Martin		X	
<b>Walbrunn</b> Markus		X	
Freiherr von <b>Waldenfels</b> Kristan		X	
<b>Waldmann</b> Ruth	X		
<b>Weber</b> Laura	X		
Dr. <b>Weigand</b> Sabine	X		
<b>Weigert</b> Roland			
<b>Weitzel</b> Katja	X		
<b>Widmann</b> Jutta		X	
<b>Winhart</b> Andreas		X	
<b>Zellmeier</b> Josef		X	
<b>Zierer</b> Benno		X	
Freiherr von <b>Zobel</b> Felix		X	
<b>Zöller</b> Thomas		X	
<b>Zwanziger</b> Christian	X		
<b>Gesamtsumme</b>	42	118	0

## Mitteilung

### des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt 12

#### **Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 15**

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Rettung der Kulturwerkstatt Kalmreuth  
(Kap. 15 05 Tit. 684 71)  
Drs. 19/1158
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Förderung der freien Kunst und Kultur in Bayern an die Bedarfe anpassen  
(Kap. 15 05 Tit. 686 83)  
Drs. 19/1159
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sanierungszuschuss für das Theater an der Rott  
(Kap. 15 05 neuer Tit.)  
Drs. 19/1160
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Transformationsfonds Nachhaltigkeit für die Kultur  
(Kap. 15 05 neue TG)  
Drs. 19/1161
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sanierung und Klimaneutralität der Hochschulen  
(Kap. 15 06 Tit. 710 00 und neue TG)  
Drs. 19/1162

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Gründung eines Zentrums für Angewandte Klimaforschung  
(Kap. 15 06 neue TG)  
Drs. 19/1163
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuwendungen an die Ukrainische Freie Universität  
(Kap. 15 06 neuer Tit.)  
Drs. 19/1164
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Therapeutische Ausbildungen sicherstellen  
(Kap. 15 28 neue TG)  
Drs. 19/1165
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Stephanie Schuhknecht u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Landesausstellung Römer 2028 in Augsburg  
(Kap. 15 70 Tit. 532 74)  
Drs. 19/1166
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Sabine Weigand u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Stärkung des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege in Bayern  
(Kap. 15 74 Tit. 893 75, 428 01 und 884 01)  
Drs. 19/1167
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Wiederinstandsetzung beschädigter Archivalien, Bestandserhaltung  
(Kap. 15 93 Tit. 547 02)  
Drs. 19/1168
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Katja Weitzel, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Förderung der Ukrainischen Freien Universität (UFU) München  
(Kap. 15 03 Tit. 686 73)  
Drs. 19/1169
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Katja Weitzel, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Förderung der Sing- und Musikschulen  
(Kap. 15 05 Tit. 633 80)  
Drs. 19/1170

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Katja Weitzel, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: STADTKULTUR Netzwerk Bayerischer Städte e.V. endlich fördern  
(Kap. 15 05 neuer Tit.)  
Drs. 19/1171
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Katja Weitzel, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Kulturfonds – Förderung von Maßnahmen der Kunst- und Kulturpflege  
aus dem Bereich Wissenschaft und Kunst  
(Kap. 15 05 TG 70)  
Drs. 19/1172
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Katja Weitzel, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Förderung nichtstaatlicher Theater und von Einrichtungen auf dem Gebiet  
der darstellenden Kunst  
(Kap. 15 05 TG 72 - 73)  
Drs. 19/1173
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Katja Weitzel, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Ausgaben für künstlerische Musikpflege, Begabten- und Nachwuchsförderung im Bereich Musik und Tanz sowie Förderung von bedeutenden Orchestern  
(Kap. 15 05 TG 75)  
Drs. 19/1174
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Katja Weitzel, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Strukturförderprogramm für die Freie Kulturszene  
(Kap. 15 05 neue TG)  
Drs. 19/1175
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Katja Weitzel, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Förderung der „Initiative ArbeiterKind.de“  
(Kap. 15 06 neuer Tit.)  
Drs. 19/1176
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Katja Weitzel, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Verstärkungsmittel zur Förderung der wissenschaftlichen Lehre und Forschung an Universitäten  
(Kap. 15 28 TG 73)  
Drs. 19/1177

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Katja Weitzel, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Verstärkungsmittel zur Förderung der Lehre und der anwendungsbezogenen  
Forschung an Hochschulen für angewandte Wissenschaften  
(Kap. 15 49 TG 73)  
Drs. 19/1178
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Katja Weitzel, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Umgang mit kolonialem Sammelgut in staatlichen und nichtstaatlichen  
Sammlungen  
(Kap. 15 70 neuer Tit.)  
Drs. 19/1179
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Katja Weitzel, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuweisungen für Investitionen an den Entschädigungsfonds  
nach dem Denkmalschutzgesetz  
(Kap. 15 74 Tit. 884 01)  
Drs. 19/1180
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Katja Weitzel, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Kunst- und Geschichtsdenkmäler  
(Kap. 15 74 Tit. 893 75)  
Drs. 19/1181
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
(Kap. 15 01 Tit. 531 21)  
Drs. 19/1182
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Fachveröffentlichungen  
(Kap. 15 02 Tit. 531 11)  
Drs. 19/1183
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Treibhausgasausgleich  
(Kap. 15 02 Tit. 533 49)  
Drs. 19/1184

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Prof. Dr. Ingo Hahn, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Ausgaben für Modellprojekte „Klimaneutrale unmittelbare Staatsverwaltung“  
(Kap. 15 02 Tit. 547 02)  
Drs. 19/1185
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Photovoltaik auf staatlichen Dächern  
(Kap. 15 02 Tit. 701 11)  
Drs. 19/1186
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Wissenschaftskommunikation und Forschungsmarketing  
(Kap. 15 02 TG 90)  
Drs. 19/1187
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Internationale Forschungsmarketing-Initiative „Study in Bavaria“  
und „Research in Bavaria“  
(Kap. 15 02 TG 97)  
Drs. 19/1188
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Förderung eines Dual-Fluid-Reaktors  
(Kap. 15 02 neuer Tit.)  
Drs. 19/1189
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Gegen geplante Obsoleszenz I  
(Kap. 15 02 neue TG)  
Drs. 19/1190
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Gegen geplante Obsoleszenz II  
(Kap. 15 02 neue TG neuer Tit.)  
Drs. 19/1191
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Bayerische Zukunftscluster-Initiative „Ewige Jugend“  
(Kap. 15 02 neue TG)  
Drs. 19/1192

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Bayerische Grundlagenforschung „Ewige Jugend“  
(Kap. 15 02 neue TG)  
Drs. 19/1193
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an die Stiftung  
Bayerisches Amerikahaus gGmbH  
(Kap. 15 03 Tit. 685 78)  
Drs. 19/1194
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuschuss an die Frauenakademie München e. V. (FAM)  
(Kap. 15 03 Tit. 686 20)  
Drs. 19/1195
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Forschung zu Bakteriophagen und Phagentherapie  
(Kap. 15 03 neuer Tit.)  
Drs. 19/1196
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Methanol-Brennstoffzelle  
(Kap. 15 03 neuer Tit.)  
Drs. 19/1197
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Ausgaben für das Programm zur Realisierung der Chancengleichheit  
für Frauen in Forschung und Lehre  
(Kap. 15 03 TG 90)  
Drs. 19/1198
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Förderung der Sing- und Musikschulen  
(Kap. 15 05 Tit. 633 80)  
Drs. 19/1199
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuschuss an die Regensburger Domspatzen, den Tölzer Knabenchor,  
den Windsbacher Knabenchor und die Augsburgsburger Domsingknaben  
(Kap. 15 05 Tit. 686 09)  
Drs. 19/1200

44. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuschüsse an Sonstige  
(Kap. 15 05 Tit. 686 80)  
Drs. 19/1201
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Spartenübergreifende Kulturprojekte und Zusammenarbeit mit der Freien Kunst-Szene  
(Kap. 15 05 TG 83)  
Drs. 19/1202
46. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuschüsse an die Bayerischen Studierendenwerke  
(Kap. 15 06 Tit. 686 05)  
Drs. 19/1203
47. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Entrepreneurship- und Gründungsförderung  
(Kap. 15 06 Tit. 686 95)  
Drs. 19/1204
48. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Netzwerk Studium und Behinderung  
(Kap. 15 06 TG 92)  
Drs. 19/1205
49. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuschuss für laufende Zwecke in Lehre und Forschung sowie sonstiger Trägeraufgaben  
(Kap. 15 08 Tit. 682 01)  
Drs. 19/1206
50. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuschuss für laufende Zwecke in Lehre und Forschung sowie sonstiger Trägeraufgaben  
(Kap. 15 20 Tit. 682 01)  
Drs. 19/1207
51. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume  
(Kap. 15 55 Tit. 518 01)  
Drs. 19/1208

52. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Räume und Einrichtungen für die Münchner Sicherheitskonferenz I  
(Kap. 15 03 TG 78)  
Drs. 19/1209
53. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Räume und Einrichtungen für die Münchner Sicherheitskonferenz II  
(Kap. 15 62 Tit. 111 42)  
Drs. 19/1210
54. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuschuss an den Verein zur Erhaltung des bayerischen Kulturerbes  
(Kulturerbe Bayern) e.V. bzw. Stiftung Kulturerbe Bayern  
(Kap. 15 74 Tit. 686 01)  
Drs. 19/1211
55. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuschuss an die Gesellschaft für Archäologie in Bayern e.V.  
(Kap. 15 74 Tit. 686 03)  
Drs. 19/1212
56. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuschuss an die „Deutsche Stiftung Denkmalschutz“ zum Betrieb  
einer Jugendbauhütte  
(Kap. 15 74 Tit. 686 75)  
Drs. 19/1213
57. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände  
(Kap. 15 74 Tit. 883 75)  
Drs. 19/1214
58. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände  
(Kap. 15 74 Tit. 883 77)  
Drs. 19/1215
59. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuweisungen für Investitionen an den Entschädigungsfonds  
nach dem Denkmalschutzgesetz  
(Kap. 15 74 Tit. 884 01)  
Drs. 19/1216

60. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Errichtung eines neuen Konzerthauses in München  
(Kap. 15 85 Tit. 531 21)  
Drs. 19/1217
61. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Errichtung eines neuen Konzerthauses in München  
(Kap. 15 85 Tit. 710 00)  
Drs. 19/1218
62. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Einführung eines neuen Tit. „Sonderprogramm zum Erhalt kommunaler Archive“  
(Kap. 15 93 TG 74 neuer Tit.)  
Drs. 19/1219

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Michael Hofmann

Abg. Benjamin Nolte

Abg. Martin Behringer

Abg. Jürgen Mistol

Abg. Markus Striedl

Abg. Sabine Gross

Abg. Jürgen Baumgärtner

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Staatsminister Christian Bernreiter

Abg. Florian von Brunn

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 13** auf:

## **Haushaltsplan 2024/2025**

### **Einzelplan 09**

#### **für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr**

hierzu:

**Änderungsanträge** der SPD-Fraktion (Drsn. 19/884 mit 19/900)

**Änderungsanträge** der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 19/901 mit 19/908)

**Änderungsanträge** der AfD-Fraktion (Drsn. 19/909 mit 19/925)

**Interfraktionelle Änderungsanträge** von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 19/926 mit 19/929, 19/1128, 19/1150, 19/1151 und 19/1511)

**Interfraktionelle Änderungsanträge** der Fraktion FREIE WÄHLER und von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 19/930 mit 19/934)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 45 Minuten.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 19/904 namentliche Abstimmung beantragt hat.

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Michael Hofmann für die CSU-Fraktion.

**Michael Hofmann (CSU):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten den Haushalt für Wohnen, Bau und Verkehr, im Gesamtkonstrukt des bayerischen Haushalts wirklich ein echter Brummer unter den Einzelplänen.

Wir haben im Doppelhaushalt 2024/2025 hierfür 13 Milliarden Euro zur Verfügung. Daran sollten wir ihn aber allein nicht messen,

(Widerspruch bei der AfD)

sondern wir sollten zusätzlich den Blick darauf richten, dass auch Verpflichtungsermächtigungen letzten Endes in Höhe von 14,5 Milliarden Euro mit ausgebracht werden. Ich kann den Herrn Staatsminister, lieber Christian Bernreiter, zu solchen Zahlen und einem solchen Ergebnis nur beglückwünschen. Der Etat wird auf hohem Niveau fortgesetzt, und die Erhöhungen der letzten Jahre werden fortgeführt.

Beim Etat für Wohnen, Bau und Verkehr geht es freilich um Wohnraum, die Förderung von Studentenwohnraum und den Ausbau der Staatsstraßen. Zu diesen Themen wird der Kollege Baumgärtner weitere Ausführungen machen. Mein Redebeitrag bezieht sich eher auf den Schienenverkehr und auf die ÖPNV-Mittel. Man kann feststellen, dass wir auf einem hohen Niveau weitermachen. Im Jahr 2024 geben wir eine Summe von etwa 1,5 Milliarden Euro für Schienenbestellungen aus, im Jahr 2025 1,8 Milliarden: hinzu kommen über 400 Millionen Euro für die Schieneninfrastruktur. Es ist etwas ärgerlich, da der Freistaat in die Infrastruktur freiwillige Leistungen stecken muss, obwohl das Aufgabe des Bundes wäre. Wenn wir aber wollen, dass es vorwärtsgeht, dann müssen wir in bestimmten Bereichen mit freiwilligen Mitteln unterstützen. Aber diese Wunschliste ist nicht endlos. Wir erwarten natürlich, dass der Bund auch weiterhin liefert. An dieser Stelle geht es auch um die Frage, lieber Herr Staatsminister, wo bleiben denn dann die Regionalisierungsmittel, die wir dringend in einer gewissen Höhe brauchen. Was macht der Bund? Es ist immer schön, wenn sich Parteien hinstellen und erklären, dass sie für Ökologie und Klimaschutz stehen, aber am Ende des Tages nicht die Voraussetzungen schaffen, damit wir im Schienenverkehr vorwärtskommen. Das ist besonders ärgerlich.

Insgesamt ist der Freistaat aber bei der Schieneninfrastruktur gut unterwegs mit 2,1 Milliarden Euro im Jahr 2024 und im Jahr 2025 mit 2,3 Milliarden Euro. Auch das lässt sich hervorragend sehen.

Ich komme zum ÖPNV und zum Bus: Die sind in Kombination mit dem Deutschlandticket zu sehen. Da gibt es tatsächlich ein kleines Ärgernis. Der Freistaat hat 317,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, um die 317,5 Millionen des Bundes mitzunehmen, um das 49-Euro-Ticket im Freistaat anbieten zu können. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern muss man aber festhalten, dass Bayern als Flächenland deutlich schlechter abschneidet. Das ist höchstgradig ärgerlich. Nichtsdestoweniger leistet der Freistaat beispielsweise im Länderfinanzausgleich über 9 Milliarden Euro. Wir könnten es unserer Bevölkerung nicht erklären, wenn der Bund 317,5 Millionen Euro zur Verfügung stellt und wir sie nicht abrufen würden zur Unterstützung der Menschen, um das 49-Euro-Ticket anbieten zu können. Nichtsdestoweniger bleibt die Fundamentalkritik an dieser Stelle klar vorhanden. Es wäre sinnvoller gewesen, die Mittel zuerst einmal in eine anständige Angebotsstruktur zu stecken und nicht in solche Tickets. Ich freue mich für die Stadtbewohner, aber wir sind ein Flächenland, und am Ende des Tages ist es für die Menschen im ländlichen Raum sehr schwierig, das 49-Euro-Ticket in aller Gänze zu nutzen und auszunutzen. Deswegen muss man sich das auf Bundesebene schon gut überlegen. Wir wären schon froh, wenn Sie uns sagen könnten, dass diese Mittel auch zukünftig vorhanden sein werden. Aber da ist es ähnlich wie bei den Regionalisierungsmitteln: Man kann froh sein, wenn der Bund im nächsten Jahr einen verfassungsgemäßen Haushalt aufstellen kann; wir lassen uns überraschen.

Wir machen heute mit diesem Doppelhaushalt schon den ersten Schritt. Wir stellen den Haushalt nicht nur für 2024 auf, sondern auch für 2025. Damit haben alle Akteure in diesem Bereich Planungssicherheit, wie sie das vom Freistaat Bayern gewohnt sind. Deswegen bitte ich um Zustimmung. Meine Redezeit ist jetzt abgelaufen, und der Kollege Baumgärtner wird den Rest des Etats vorstellen. Ich wünsche mir aber schon jetzt, dass Sie dem Etat nach den Beratungen zustimmen. Der Freistaat Bayern

hat es verdient, die Menschen in unserem Land haben es verdient, und der Herr Staatsminister Bernreiter hat sich hervorragend eingesetzt, einen solchen Etat aufzustellen. Deswegen hat auch er die Zustimmung verdient. – Ich danke ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Hofmann. – Jetzt hat der Abgeordnete Nolte für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Benjamin Nolte (AfD):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kollegen! Im Haushaltsentwurf der Staatsregierung finden sich schon ein paar ganz besondere Schmankekl. So will man zum Beispiel die Busflotten bis spätestens 2040 auf Elektroantrieb umrüsten. 400 Elektrobusse sollen pro Jahr gefördert werden. Also, falls es bei Ihnen noch nicht angekommen ist: Elektrobusse sind technologisch nicht ausgereift und auch wirtschaftlich nicht sinnvoll. Sie bringen weder einen ökologischen noch einen wirtschaftlichen Nutzen. Es handelt sich um ein reines Ideologiprojekt und um die reine Subvention unwirtschaftlicher Technologien. Diese Busse werden auch nicht dadurch wirtschaftlicher oder ökologischer, dass man sie als Klimabusse bezeichnet. Wie darf ich mir das dann vorstellen? – Steht dann die linke Schickeria auf ihren Cocktailpartys rum mit einem Sektglas in der Hand und prostet sich zu und sagt stolz, ich bin mit dem Klimabus hergekommen, und kommt sich dann besonders toll vor?

(Widerspruch der Abgeordneten Sanne Kurz (GRÜNE))

Der ehrliche Arbeiter wird zwar nicht zur Party eingeladen, aber er darf den links-grünen Irrsinn mit dem Geld bezahlen, das er sich hart erarbeitet hat.

(Beifall bei der AfD)

Stecken wir das Geld doch lieber in die Infrastruktur – Umbau, Ausbau sowie Bestandserhalt der Staatsstraßen, die haben es bitter nötig. Am Ende haben alle etwas davon. Das erscheint mir auch deutlich sinnvoller als Dachbegrünungen oder Photovoltaikanlagen auf staatlichen Gebäuden, vielleicht auch beides gleichzeitig, keine Ahnung, ob das funktioniert.

Weil wir offensichtlich noch nicht genug Beamte in Bayern haben, die noch nicht genug Geld kosten, der Wasserkopf also noch nicht groß genug ist, soll auch hier kräftig nachgelegt werden. Entbürokratisierung funktioniert sicherlich nicht, indem man zusätzliche Stellen für Beamte schafft.

Die Klimaideologie darf natürlich im links-grünen Haushaltsentwurf der links-grünen Staatsregierung nicht fehlen.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Links-grüne Staatsregierung? Sie haben wohl die falsche Rede? Das ist die Rede für die Bundesregierung! Aufpassen!)

Die Ausgaben können wir uns allerdings gerne sparen.

(Beifall und Heiterkeit bei der AfD)

Im besten Falle ist es rausgeworfenes Geld, im schlimmsten Falle sind die Maßnahmen für unsere Wirtschaft in Bayern maximal schädlich. Selbst wenn man diese ganzen Schauernmärchen vom menschengemachten Klimawandel glaubt, muss es doch mittlerweile selbst dem Dümmden klar sein, dass wir mit unserem – im weltweiten Vergleich doch recht überschaubaren – CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Bayern das Wetter in hundert Jahren nicht verändern werden, zumindest nicht solange China, Indien oder die USA fröhlich weitermachen wie bisher.

Wissen Sie was, ich habe übrigens eine Vermutung, warum das Thema Klimaschutz in China keine so große Rolle spielt wie in Deutschland. In China haben sie bereits eine kommunistische Diktatur mit Überwachungsstaat; die brauchen dort keine Schauernmärchen mehr, um eine solche einzuführen.

(Beifall und Heiterkeit bei der AfD)

Nebenbei funktioniert in China auch die Wirtschaft, das sieht bei uns zunehmend anders aus.

Schauen wir gerne weiter: Es ist ja schön und gut, dass das großstädtische Milieu durch das Deutschlandticket das reichhaltige Angebot des ÖPNV in den Ballungsräumen noch günstiger nutzen kann. Wenn man jedoch die Menschen dazu bringen möchte, auf Bus und Bahn umzusteigen, wäre es vielleicht eine gute Idee, in das ÖPNV-Angebot im ländlichen Raum zu investieren. Wenn in einem Dorf nur zweimal am Tag der Bus fährt, dann haben die Leute nicht viel davon, dass sie mit dem Ticket theoretisch bis nach Hamburg fahren können.

Jetzt kommt aber das Thema, auf das Sie alle gewartet haben: die illegale Masseneinwanderung. Ja, irgendwo müssen die Leute ja wohnen.

(Heiterkeit bei der AfD)

Die Kosten sollen doch bitte die tragen, die die Grenzen geöffnet haben. Die Einladung an die ganze Welt, es sich im deutschen Sozialsystem gemütlich einzurichten, ging nicht von der Bayerischen Staatsregierung, sondern von der Bundesregierung aus. Es war zwar auch die CSU ganz vorne mit dabei, die Kosten möge doch bitte nach dem Verursacherprinzip der Bund tragen.

(Beifall bei der AfD)

Ich möchte Ihnen eine Schlagzeile vom Montag zitieren, die zeigt, wie es mittlerweile in Bayern auf dem Immobilienmarkt zugeht:

"Für Einheimische zu teuer: Ziehen jetzt Asylbewerber in Luxusimmobilie? – Inning am Holz ist eine kleine Gemeinde mit rund 1.500 Einwohnern in Oberbayern. Es rumort im Ort – ein Investor hat in der Ortsmitte ein Grundstück gekauft. Auf der Fläche entstehen nun mehrere Mehrfamilienhäuser im Luxussegment. Die

Wohnungen sind mit einem Verkaufspreis von rund 8.000 Euro pro Quadratmeter angesetzt, was deutlich über den üblichen Preisen im Landkreis liegt. Um einem etwaigen Leerstand zu entgehen, erwägt der Bauträger, die Wohnungen an Flüchtlinge zu vermieten."

Das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen. Die Einheimischen können sich die Immobilien nicht leisten; deswegen wird an Flüchtlinge vermietet. Für die ist das Geld ja da. Bezahlt wird es dann von denjenigen Einheimischen, die sich selbst diese Wohnungen nicht leisten können. Armes Deutschland, armes Bayern!

(Beifall bei der AfD)

Dabei wäre die Lösung hier recht einfach: Abschieben schafft Wohnraum, Remigration entlastet den Staatshaushalt. Dann wären die Mittel zur Abwechslung auch mal für die eigenen Leute da. Die gibt es nämlich auch noch. Das scheint der eine oder andere hier ja gerne zu vergessen. Kein Problem, ich erinnere gerne daran. Dann haben die eigenen Leute nämlich auch mal etwas von dem Geld, das sie hart erarbeiten und das der zunehmend räuberische Staat ihnen abpresst.

Unsere Vorschläge hierfür liegen auf dem Tisch. Wir hätten da zum Beispiel ein Modellprojekt für 3D-Gebäudedruck für den sozialen Wohnungsbau im Angebot. Ein hoch spannendes Thema, so viel kann ich Ihnen sagen. Man muss es nur wollen.

Oder wie wäre es zum Beispiel mit einem Zuschuss an die Bayerische Landesbodenkreditanstalt zur Gewährung zinsgünstiger Darlehen für die Gründung und Bezuschussung von Wohnungsbaugenossenschaften? Klingt gut, nicht wahr? Jedenfalls besser als so manches, das Sie uns hier und dem bayerischen Steuerzahler vorgesetzt haben.

Noch mal zur Erinnerung, liebe Kollegen Abgeordnete des Bayerischen Landtages: Das Geld, über das wir hier sprechen, ist nicht unser Geld. Das ist das Geld der bayerischen Bürger, der bayerischen Steuerzahler. Darum Schluss mit Geldverschwendung

für Projekte für die links-grüne Blase, und das Geld denen, die es erarbeiten! Gebt den Bürgern ihr Geld zurück!

Liebe Kollegen, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche weiterhin einen fröhlichen Stolzmonat.

(Lebhafter Beifall bei der AfD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Nächster Redner ist Herr Kollege Martin Behringer für die FREIEN WÄHLER.

**Martin Behringer (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Nolte, ich muss Ihnen mal ganz klar sagen: Wenn wir bei jedem Spruch, den Sie und Ihre Fraktion hier vorne ablassen, hier drinnen einen heben würden, dann, glaube ich, wäre der Rest des Parlaments nach einer halben Stunde schon besoffen. Es ist einfach nur noch unerträglich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe von der AfD)

Es ist einfach nur unerträglich, und mehr kann man dazu nicht sagen. Statt sich auf die Kernpunkte zu konzentrieren, haben Sie nichts anderes zu tun, als nur zu hetzen; sonst nichts.

Aber jetzt zu meiner Rede zum Doppelhaushalt 09 für die Jahre 2024 und 2025. Natürlich möchte ich besonders auf die Themen Bau und Verkehr eingehen, die nach meiner Ansicht sehr wichtig für die Entwicklung unseres Freistaates sind und von zentraler Bedeutung in Bayern. Dies spiegelt sich im Doppelhaushalt auch wider. Die Haushaltsansätze für 2024 sind um 5,1 % auf rund 6,3 Milliarden Euro gestiegen, und 2025 werden noch mal 5,9 % draufgepackt. Somit steigt der Haushalt in diesem Bereich auf 6,7 Milliarden Euro.

Jetzt zur Wohnraumförderung: Wir stehen aktuell vor der Aufgabe, die Wohnraumförderung in Bayern nachhaltig aufzustellen und den Bedürfnissen unserer wachsenden Bevölkerung gerecht zu werden. Ich möchte an dieser Stelle der Staatsregierung für die Verstetigung der Wohnbaumilliarde im Doppelhaushalt danken. Die deutliche Aufstockung der Förderung war ein wichtiger Schritt, um den Wohnungsbau zu unterstützen. Dass wir in Zeiten geringer Steuereinnahmen und knapper Kassen an der Wohnbaumilliarde festhalten, ist ein absolut starkes Signal.

Bereits heute fehlen 200.000 Sozialwohnungen in Bayern. Gleichzeitig wird unsere Bevölkerung – wenn die Statistik so stimmt – bis 2042 um weitere 600.000 Menschen anwachsen. Innerhalb von zwei Jahren haben sich die Genehmigungszahlen beim Wohnungsbau jedoch nahezu halbiert. Am Bau herrscht Flaute. Erst vorgestern hat das Baugewerbe einen "beispiellosen Nachfragerückgang beim Wohnungsbau" festgestellt. Mit den im Doppelhaushalt verankerten Fördermitteln kämpfen wir gegen die Flaute am Bau. Wir werden genau hinschauen, ob die Mittel dementsprechend auch ausreichend sind.

Was ist zu tun? – Auf Landesebene muss der Ersterwerb von Immobilien erleichtert werden. Wir können uns vorstellen, bei den Kaufnebenkosten anzusetzen. Des Weiteren bedarf es einer stärkeren Förderung des sozialen Wohnungsbaus.

Ein wesentlicher Punkt ist auch die Entrümpelung des Baurechts. Wir wollen und müssen die Bayerische Bauordnung praxistauglicher gestalten. In Zeiten knapper Kassen ist das eine zentrale Maßnahme, weil sie den Steuerzahler nichts kostet und für eine massive Entlastung sorgen kann.

Ich möchte auch auf die Holzbauförderung eingehen. Die Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 35 Millionen Euro pro Jahr sind ein deutliches Zeichen für einen nachhaltigen Bau. Im Koalitionsvertrag haben wir die Weiterentwicklung des Förderprogramms und die Ausweitung auf weitere klimafreundliche Baustoffe vereinbart, hin

zu einer echten Baustoffneutralität. Mein Dank gilt den Zuständigen im Ministerium, die bereits an der Umsetzung dieser Maßnahme arbeiten.

Auf Bundesebene muss die EU-Sanierungsrichtlinie schonend umgesetzt werden, damit sie die Bürgerinnen und Bürger nicht überfordert. Zudem ist eine zuverlässige und langfristige Finanzierung der KfW-Förderprogramme nötig. Die Abschaffung der Erbschaft- und Schenkungsteuer und die Einführung eines Freibetrags bei der Grunderwerbsteuer sind weitere Maßnahmen, die jetzt zu ergreifen sind, um den Bausektor zu stabilisieren. Aber leider versteckt sich der Bund weiterhin hinter der Schuldenbremse, statt endlich in die Zukunft zu investieren.

Zusammengefasst: Wir stehen vor großen Herausforderungen, aber auch vor großen Chancen. Mit der richtigen Förderung und den notwendigen politischen Maßnahmen können wir den Wohnungsbau in Bayern nachhaltig stärken und gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Kommen wir nun zum Verkehr. Wir haben für die Planung und den Bau der zweiten Stammstrecke München im Doppelhaushalt insgesamt 250 Millionen Euro veranschlagt. Für die Stadt und das Umland von München ist der Bau eine wichtige Entlastungsmaßnahme. Jedoch darf darunter der Ausbau der Mobilität im ländlichen Raum nicht leiden. Im Unterausschuss "Zukunft Stammstrecke" werden wir dies aufmerksam beobachten.

Kürzlich haben wir beschlossen, den Dauerbetrieb auf der Waldbahn-Strecke Gotteszell – Viechtach einzuführen. Mein Dank gilt dem Verkehrsminister, dass dieser Beschluss des Landtages so schnell umgesetzt wurde. Dennoch gibt es weiterhin Handlungsbedarf bei der Reaktivierung von Bahnstrecken. Die Opposition hat Mittel für Investitionszuschüsse für die Schieneninfrastruktur auf Reaktivierungsstrecken beantragt. Wir sehen jedoch den Bund in der Pflicht, in dessen Verantwortungsbereich die Schieneninfrastruktur liegt. Wir haben die Staatsregierung gebeten, im Verkehrsaus-

schluss über die Streckenreaktivierung zu berichten und dabei das Tausenderkriterium kritisch zu beleuchten.

Im Doppelhaushalt sind 635 Millionen Euro pro Jahr für das Deutschlandticket veranschlagt. Obwohl die preiswerte Beförderung durch das Deutschlandticket vom Bahnkunden geschätzt wird, ist klar, dass das Geld, das in die Subventionierung des Deutschlandtickets fließt, an anderer Stelle beim Ausbau und beim Erhalt der Eisenbahninfrastruktur fehlt. Investitionen des Bundes sind dringend nötig, um wieder ein zuverlässiges Verkehrsangebot zu gewährleisten. Ich möchte auch anmerken, dass das 49-Euro-Ticket bisher kaum spürbare Veränderungen im ländlichen Raum gebracht hat. Weder bei der Nutzung des Autos noch bei der Nutzung des ÖPNV gibt es hier wesentliche Veränderungen.

Es ist wichtig zu beachten, dass in vielen Regionen Busse vor allem während des Schülerverkehrs stark frequentiert sind. Diese Zielgruppe fährt sowieso mit dem Bus. Darüber hinaus ist die massive Kürzung des Bundeszuschusses für die Benutzung der Bahngleise – ich spreche von den Trassenpreisen – nicht gerade förderlich für den Gedanken der Verlagerung von Gütern von der Straße auf die Schiene. Das wiederum führt zu einer massiven Belastung unserer Straßen, Brücken und auch der Autobahnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Als regelmäßiger Bahnfahrer kann ich aus persönlicher Erfahrung sagen: Die im Doppelhaushalt für das 49-Euro-Ticket eingestellten 635 Millionen Euro wären auch als Investitionsmittel für die Schiene gut brauchbar.

Ich komme nun zum letzten Punkt. Im bayerischen Koalitionsvertrag haben wir das ehrgeizige Ziel von jährlich 400 neuen Klimabussen festgeschrieben. Im Doppelhaushalt sind die entsprechenden Mittel bereitgestellt. Während wir in die Zukunft investieren, kürzt der Bund massiv an klimafreundlichen Bussen und Lkws mit Wasserstoff- und Elektroantrieb. Bis zum Jahr 2028 fehlen uns 210 Millionen Euro. Berlin muss

endlich wieder in die Förderung einsteigen, damit unsere Investitionen nicht ins Leere laufen.

Meine Damen und Herren, es liegt an uns, die Zukunft des Verkehrs in Bayern und darüber hinaus zu gestalten. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass unsere Entscheidungen nicht nur die aktuellen Bedürfnisse befriedigen, sondern auch die kommenden Generationen berücksichtigen. Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung zum Einzelplan 09.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Behringer. – Der nächste Redner ist der Kollege Jürgen Mistol für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Jürgen Mistol (GRÜNE):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Wartelisten für geförderte Wohnungen in Bayerns Städten sind lang. In München sind rund 30.000 Haushalte gemeldet. In Nürnberg sind es rund 7.500. In Augsburg sind es 2.100. Neu ist aber, dass auch in vielen kleinen und mittleren Städten bezahlbare Wohnungen fehlen. Laut Pestel-Institut fehlen in ganz Bayern fast 200.000 Sozialwohnungen. Die Ausgaben für das Wohnen überlasten mittlerweile schon jeden dritten Mieterhaushalt. Viele junge Leute, Seniorinnen und Senioren, Alleinerziehende und Familien sind davon betroffen.

Der im Frühjahr 2023 eingesetzte Wohnbau-Booster ist leider nur ein bescheidenes Tischfeuerwerk. Es ist erfreulich, dass mit ihm die Förderkonditionen deutlich verbessert wurden. Ohne eine deutliche Erhöhung der Landesmittel bleibt er jedoch nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Martin Wagle (CSU))

Statt dass mehr Wohnungen öffentlich gefördert wurden, sind im Jahr 2023 wieder weniger Wohnungen bewilligt worden als im Vorjahr. Bei einer Vielzahl von Wohnungen

läuft in den nächsten Jahren die Sozialbindung aus. Einer Prognose der Staatsregierung zufolge ist bis zum Jahr 2030 ein Minus von knapp 22 % zu erwarten. Über 29.000 weitere Wohnungen sollen bis dahin aus der Bindung herausfallen. Seit 2015 sind in Bayern rund 42.000 Wohnungen aus der Bindung herausgefallen. Im gleichen Zeitraum sind nur rund 28.000 geförderte Mietwohnungen hinzugekommen. Auch beim staatlichen Wohnbau geht es nur im Schneckentempo voran. Die BayernHeim hat im Jahr 2023 gerade einmal 33 Wohnungen hinzugewonnen. Die ohnehin magere Marke von 89 Wohnungen hat sie damit krachend verfehlt. Ich erinnere nur mal daran: 10.000 neue Wohnungen sollte die BayernHeim bis zum Jahr 2025 bauen. Das hatte Markus Söder angekündigt. Bis dato hat sie nur 267 Wohnungen selbst gebaut. Dieses Ziel bis zum Jahr 2025 – es sind nur noch sieben Monate Zeit – zu erreichen, wird sportlich, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Angesichts des dramatischen Mangels an bezahlbarem Wohnraum steigen die Mieten allerorts nahezu ungebremst weiter. Ohne ein soziales Gegengewicht auf dem Wohnungsmarkt werden sich Armut und soziale Ungleichheit im Freistaat verschärfen. Für dieses soziale Gegengewicht trägt die Regierung Söder die Verantwortung. Sie müsste den öffentlich geförderten Wohnungsbau spürbar stärken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Bund stellt angesichts der Krise im Bausektor und der steigenden Nachfrage nach Mietwohnraum die Weichen richtig und wird den Ländern bis 2027 über 18 Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellen. Ein solches Signal vermisse ich in Ihrem Haushalt. Die Landesmittel werden gerade einmal um 30 Millionen Euro pro Haushaltsjahr erhöht, während der Bund rund 156 Millionen Euro für die nächsten beiden Jahre nur für Bayern bereitstellt, und zwar obwohl der soziale Wohnungsbau seit dem Jahr 2006 eigentlich ausschließlich Ländersache ist. Zwar schimpfen Sie bei jeder Gelegenheit auf die Bundesregierung; zur Wahrheit gehört aber auch, dass diese Rekordsumme in der bayerischen Wohnbauförderung in erster Linie den wachsenden Bundesmitteln zu verdanken ist. Der

Freistaat muss nachlegen. Vor diesem Hintergrund fordern wir GRÜNE für den öffentlich geförderten Mietwohnungsbau für die nächsten fünf Jahre ein bayerisches Sonderinvestitionsprogramm in Höhe von einer Milliarde Euro. Die Nachfrage ist groß; schließlich waren die Mittel aus dem Wohnungsbauprogramm im letzten Jahr bereits frühzeitig abgerufen. Obendrein bedient sich auch die BayernHeim weiterhin aus dem bestehenden Fördertopf.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Wagle (CSU))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns hier und heute an einem Strang ziehen, um in den nächsten Jahren eine gesicherte Mittelausstattung bei der Wohnraumförderung gewährleisten zu können; denn Wohnen muss bezahlbar sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch ein paar Sätze zur Verkehrspolitik sagen. Der Verkehr ist das große Sorgenkind beim Klimaschutz. Nirgendwo kommen wir beim Erreichen der Klimaziele so wenig voran wie beim Verkehr. Die letzten Tage führten uns in schrecklicher Weise vor Augen, was die in Zukunft häufiger auftretenden Unwetter anrichten können. Die "Tagesschau" hat online getitelt: "Mehr Wärme, mehr Wolken, mehr Regen". Der Zusammenhang mit der Erdüberhitzung ist offenkundig. Was macht die Bayerische Staatsregierung? – Sie setzt auf den Straßenbau.

(Martin Wagle (CSU): Das nennt man "Ausbau der Infrastruktur"!)

Ich kommentiere das analog: mehr Straßen, mehr Autos, mehr Schaden.

(Martin Wagle (CSU): "Mobilität" nennt man das – auch im ländlichen Raum!)

Die Staatsregierung lässt im Bereich Mobilität nicht den kleinsten Schritt erkennen, der die Emissionen wenigstens in einem gewissen Umfang reduzieren würde. Auch die soziale Dimension, ein Mobilitätsangebot für alle Menschen in ganz Bayern zu schaffen und nicht nur für Autofahrer und Menschen in den Großstädten, hat die Staatsre-

gierung ebenfalls nicht auf dem Schirm. Bayern ist beim Thema flächendeckender ÖPNV Spitzenreiter, aber leider von der negativen Seite; denn Bayern ist beim flächendeckenden ÖPNV im bundesweiten Vergleich das Schlusslicht.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Ich muss sagen: Einem guten ÖPNV kommen wir mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf keinen Schritt näher. Mit unseren Änderungsanträgen zeigen wir GRÜNE jedoch konkrete Verbesserungen auf.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Zustand unserer Straßen ist an vielen Stellen schlecht. Viele Straßen sind löchrig. Wir GRÜNE wollen kaputte Straßen schneller sanieren, statt Straßen neu zu bauen. Das beim Straßenneubau gesparte Geld investieren wir lieber in die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken im ländlichen Raum; denn dann rentiert sich das 49-Euro-Ticket vielleicht auch im Landkreis Freyung-Grafenau.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Kollege, wir wollen das Geld in bessere Bahnangebote investieren. Wir unterstützen die Kommunen bei der Stärkung des Bus-, des Rad-, des Fuß- und des Tram-bahnverkehrs. Fazit: Die Verkehrswende wird mit Ihrem Haushaltsentwurf für zwei weitere Jahre verschlafen, und es wird noch mehr Fläche für Straßen zubetoniert. Das wollen wir GRÜNE ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Abschluss bitte ich Sie, unseren Änderungsanträgen zuzustimmen. Stärken Sie die Klimaziele. Sorgen Sie für soziale Mobilität und bezahlbaren Wohnraum. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Die erste kommt von Herrn Abgeordneten Markus Striedl von der AfD-Fraktion.

**Markus Striedl (AfD):** Sehr geehrter Kollege Mistol, Sie haben gesagt, Sie möchten Bahnstrecken auf dem Land reaktivieren. Ihnen ist sicherlich bewusst: Ein Zug hält weder beim Bäcker noch am Friedhof. Wie ist denn Ihre konkrete Vorstellung? Möchten Sie den Busverkehr dann reduzieren oder abschaffen? Oder möchten Sie eine teure und ineffiziente Doppelstruktur schaffen, indem ein Bus fährt, der am Bahnhof, beim Bäcker und am Friedhof hält? Oder wie sind Ihre Vorstellungen?

**Jürgen Mistol (GRÜNE):** Herr Striedl, der Bahnverkehr ist das Grundgerüst eines guten ÖPNV. Es gibt Untersuchungen, dass Bahnstrecken in Bayern auch reaktivierungswürdig sind. Deswegen wollen wir diejenigen Strecken, die die Staatsregierung selbst reaktivieren möchte, schnell reaktivieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Die zweite Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Martin Behringer von den FREIEN WÄHLERN.

**Martin Behringer (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Mistol, da Sie mich persönlich angesprochen und den Landkreis Freyung-Grafenau konkret genannt haben, habe ich mich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Sie haben gerade gesagt, Sie wollen keine neuen Straßen mehr bauen, sondern nur noch bestehende Straßen reparieren bzw. diese überasphaltieren. Ich glaube aber, auch der ländliche Raum hat es verdient, eine gute Straßenanbindung zu haben. Er hat es genauso verdient, Straßenanbindungen zu haben, die befahrbar sind, und zwar sowohl für Lkws als auch für Autos. Und wenn ich Sie richtig verstanden habe, heißt das, wir würden nur noch Eisenbahnlinien oder Schienen reaktivieren; aber es führt leider nicht überall eine Schiene hin. Dementsprechend brauchen wir auch neue Straßen im ländlichen Raum. Oder sehen Sie das anders?

**Jürgen Mistol (GRÜNE):** Wir wollen das bestehende Straßennetz erhalten. Ich glaube, dieses ist ganz gut. Ich komme aus der Oberpfalz. Dort ist das Straßennetz ähnlich aufgebaut wie im Bayerischen Wald. Da gibt's relativ viele gute Straßen. Ich bin auch schon im Landkreis Freyung-Grafenau unterwegs gewesen und habe nicht den Eindruck gehabt, dass man da nicht ganz gut von A nach B kommt. Ich glaube, wenn wir dieses Straßensystem gut erhalten, dann ist es viel besser, als wenn wir immer wieder neue Straßen bauen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Mistol. – Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Sabine Gross das Wort.

**Sabine Gross (SPD):** Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrter Herr Staatsminister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Besucher! Eine angemessene, bezahlbare Wohnung zu haben, ist ein Menschenrecht. In der Bayerischen Verfassung wird der Bau billiger Volkswohnungen ausdrücklich auch als Staatsaufgabe definiert.

Aber 2024 ist der Wohnungsmangel in Bayern so groß wie seit 15 Jahren nicht mehr. Wir haben es schon gehört: In Bayern fehlen fast 200.000 Sozialwohnungen. Bis 2030 werden weitere 29.070 Wohnungen aus der Belegungsbindung fallen. Der Wohnungsneubau insgesamt stagniert.

(Martin Wagle (CSU): Bundesweit!)

2023 wurden in Bayern 24,7 % weniger Baugenehmigungen für Wohnungen als im Vorjahr erteilt. Im ersten Quartal 2024 sanken die Genehmigungen um weitere 18,5 %.

Hinzu kommt der Bauüberhang – also das Abstoppen bzw. Verschieben bereits zum Bau freigegebener Projekte –, der zum 31.12.2023 bei 47,9 % lag.

(Martin Wagle (CSU): Weil durch das Bundeschaos die Planungssicherheit fehlt!)

Wenn das so weitergeht, wird sich der Mangel an Wohnungen – insbesondere an bezahlbaren Wohnungen – unaufhaltsam verschärfen.

Hinzu kommt, dass der Bedarf an Wohnraum stetig steigt.

(Ferdinand Mang (AfD): Woran das wohl liegt?)

Das Landesamt für Statistik prognostiziert für Bayern bis 2042 einen Bevölkerungszuwachs von 600.000 Menschen. Die Lage auf dem Wohnungsmarkt in Bayern kann ohne Übertreibung als dramatisch bezeichnet werden.

(Beifall bei der SPD)

Im Januar 2023 waren 32.380 Menschen in Bayern wohnungslos – ein deutlicher Anstieg gegenüber dem Vorjahr; da waren es noch 17.910. Die steigende Zahl an wohnungslosen Menschen ist ein Indikator dafür, dass sich der Wohnungsmangel in Bayern, zumindest in den Ballungsgebieten, schon zu einer echten Wohnungsnot entwickelt.

Seit 2006 – wir haben es schon gehört – ist die Wohnraumförderung Ländersache. Offizielles Ziel der Staatsregierung ist es, 70.000 Wohnungen pro Jahr zu schaffen. Dieses Ziel wurde seit Jahren nicht mehr erreicht. 2024 wird es wohl erneut verfehlt werden.

Wir haben es auch schon öfter gehört: 2018 versprach Ministerpräsident Dr. Markus Söder, bis 2025 10.000 neue bezahlbare Wohnungen zu bauen. Auch dieses Ziel wird wohl nicht erreicht werden.

Die BayernHeim GmbH baut zwar, aber nach ihren eigenen Planzahlen sollen bis Ende 2025 lediglich 1.561 Wohnungen fertiggestellt werden. Selbst bis 2030 wird nach der vorliegenden Planung lediglich ein Drittel der versprochenen 10.000 Wohnungen fertiggestellt werden.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das hört sich aber ganz anders an, wenn man mit denen spricht!)

Das Problem des Wohnraummangels muss endlich entschlossener angegangen werden.

Während der Bund seine Mittel für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus 2024 trotz Haushaltskonsolidierung um 20,63 % erhöht hat, tut Bayern das nicht. Wenn Staatsminister Bernreiter gegenüber der Presse ausführt, dass man im vergangenen Jahr 864 Millionen Euro in die Wohnungsbauförderung investiert hat und dieses Jahr eine ganze Milliarde ausgeben will, dann lässt er unerwähnt, dass auch entsprechend mehr Bundesmittel zur Verfügung stehen.

Der Freistaat ist hier aber selbst gefordert. Die Länder sind beim sozialen Wohnungsbau zur Kofinanzierung verpflichtet. Deshalb hat die SPD auch gefordert, im Kapitel 09 04 die Verpflichtungsermächtigung im Titel "Darlehen des Landes für die Wohnraumförderung" für 2024 um 465 Millionen Euro und für das Jahr 2025 um 517 Millionen Euro zu erhöhen. Damit – und zusammen mit den anderen Eigenmitteln – würde tatsächlich eine eigene bayerische Wohnungsmilliarde zur Verfügung gestellt werden. Zusätzlich würden noch die Bundesmittel in Höhe von 490 Millionen Euro für 2024 und von rund 544 Millionen Euro für 2025 für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stehen.

Machen wir uns nichts vor: Die Situation auf dem bayerischen Wohnungsmarkt ist derzeit verheerend. Sie wird immer schlimmer. Durch die Wohnungsknappheit werden die Mieten weiter und weiter steigen. Schon heute ist Mietezahlen zum Armutsrisiko geworden. Man kann das im aktuellen Armutsbericht der Bundesregierung nachlesen. Es muss jetzt gehandelt werden.

(Beifall bei der SPD)

Dass mehr als ein Drittel des Familieneinkommens für Wohnkosten ausgegeben werden muss, ist nicht allein bei einkommensschwachen Familien der Fall. Auch Familien aus der Mittelschicht sind davon betroffen, vor allem in den Ballungsgebieten.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Frau Kollegin Gross. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor.

(Beifall bei der SPD)

**Sabine Gross (SPD):** Ich denke, dass wir die am Ende zulassen.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Es ist am Ende; Sie sind schon 10 Sekunden drüber.

(Allgemeine Heiterkeit)

**Sabine Gross (SPD):** Okay.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Die Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Striedl, bitte.

**Markus Striedl (AfD):** Frau Kollegin, Sie haben gerade gesagt, dass Sie hier in Bayern laut Statistischem Bundesamt einen Anstieg der Bevölkerung erwarten. Wir haben in Deutschland aber eine Geburtenrate von gerade einmal 1,6 pro Frau. Wie erklären Sie sich denn diesen Anstieg der Bevölkerung? Wäre es vielleicht durchaus sinnvoll, diesen Anstieg zu begrenzen und damit für die Bürger in Bayern günstigen Wohnraum zu schaffen?

(Ruth Müller (SPD): Wieder ein Rechter!)

**Sabine Gross (SPD):** Es ist nun mal so, dass viele Menschen aus anderen Bundesländern nach Bayern ziehen wollen.

(Michael Hofmann (CSU): Richtig, die wissen, wo es gut ist!)

Die 600.000 sind auch nicht meine Erfindung, sondern das ist die Hochrechnung vom Landesamt für Statistik. Sollen wir denen also verwehren, dass sie hierherkommen?

(Michael Hofmann (CSU): Können wir gar nicht! – Martin Wagle (CSU): Warum kommen sie?)

Wir können nicht sagen, dass die 600.000, wie Sie es jetzt unterstellen wollen, arme Flüchtlinge sind. Es sind Leute aus dem europäischen Ausland. Es sind natürlich auch Migranten dabei, aber bei Weitem nicht in der Überzahl.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der AfD: Ja, ja)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Frau Kollegin Gross. – Nächster Redner ist der Kollege Jürgen Baumgärtner für die CSU-Fraktion.

**Jürgen Baumgärtner (CSU):** Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein lieber Bauminister, herzlichen Glückwunsch: ein Haushalt der gehaltenen Versprechen, ein Haushalt der Verlässlichkeit, das völlige Gegenmodell zu dieser katastrophalen Regierung in Berlin, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich danke herzlich für die gute fraktionsübergreifende Zusammenarbeit im Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr. Lieber Kollege Mistol, das, was ich heute hier hören musste, ist bei Weitem nicht das, was wir im Ausschuss diskutieren. Ich habe eher den Eindruck, dass Ihnen die Fraktionsreferenten die Reden aufgeschrieben haben – was man halt gerade so aus dem bayerischen Boulevard zusammenstiehlt.

Eine Milliarde für Wohnraumförderung in Bayern – das ist ein gehaltenes Versprechen. Es ist verlässliche Politik, und es schafft im Jahr 9.000 Wohnungen in Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE))

Was mich so erschreckt: dass die Fachpolitiker im Wesentlichen die finanzielle Ausstattung kritisieren, obwohl alle wissen, dass der Wohnungsbau im Kern mitnichten das Problem der finanziellen Ausstattung hat. Wir haben die Herausforderung einer hohen Inflationsrate. Verantwortlich dafür ist Ihre katastrophale Wirtschaftspolitik in Deutschland, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Florian von Brunn (SPD): Ich glaube, dass Herr Putin dafür verantwortlich ist!)

Die Herausforderung für den Wohnungsbau in Deutschland sind die fehlenden Fachkräfte. Wer ist für die Fachkräfte zuständig? – Die Bundesregierung mit einer sinnvollen Einwanderungspolitik und Fachkräftegewinnung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Florian von Brunn (SPD): Wir packen es im Gegensatz zu Ihnen an!)

Wir haben in Deutschland ein hohes Zinsniveau. Wer ist für dieses hohe Zinsniveau verantwortlich? – Die katastrophale Regierung in Berlin.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Stundenlang könnte ich aufzählen, warum es mit dem Wohnungsbau in Deutschland und in Bayern nicht klappt. Ich will es Ihnen mit einem Wort sagen: weil Sie dieses Land in den Abgrund regieren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Florian von Brunn (SPD): Einmal vor der eigenen Tür kehren! – Dr. Simone Strohmayr (SPD): Nehmen Sie doch mal Ihre eigene Verantwortung wahr! – Volkmar Halbleib (SPD): Politischer Aschermittwoch!)

– Sie können sich nachher zu Wort melden und mir ein paar Fragen stellen. Dann würde ich die beantworten, und dann habe ich Sie aus- und weitergebildet, mein lieber SPD-Chef.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Florian von Brunn (SPD):  
Sehr billig!)

Wir haben in diesem Ausschuss gemeinsam vereinbart, dass wir das studentische Wohnen in Bayern nach vorne bringen wollen. Das werden wir mit diesem Haushalt auch tun.

Wir streben perspektivisch eine Quote von 15 % an, und wir werden in dieser Legislaturperiode die 11 % erreichen. 300 Millionen Euro für den studentischen Wohnungsbau neben der High-Tech-Offensive der Staatsregierung sind in Deutschland vorbildlich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Florian von Brunn (SPD):  
Und noch mehr heiße Luft!)

SPD und GRÜNE haben den Haushalt in der Frage der Staatsstraßen im Ausschuss noch gelobt. Wir investieren 500 Millionen Euro und sind damit am Ziel. In einer Generation werden wir jeden Kilometer in Bayern sanieren. Wir haben klar und deutlich formuliert, dass wir von den 500 Millionen Euro an Investitionsmitteln 300 Millionen Euro in den Bestand investieren und 200 Millionen Euro für den notwendigen Neubau ausgeben wollen. Die, die hier sagen, wir wollen in Bayern keinen Neubau mehr, sind die Großstadtbonden, die alles haben. Ich rede hier von notwendigen Ortsumfahrungen und von notwendigen Staatsstraßen, um auch Restbayern wirtschaftlich auf das Niveau der Ballungszentren zu bringen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Im Übrigen haben wir in diesem Topf 50 Millionen Euro organisiert, um innovativ zu sein. Auch die CSU ist davon überzeugt, dass wir nicht mehr jede Ortsumgehung brauchen. Manchmal ist es wichtig, dass wir das eine oder andere Haus zum Abriss kaufen. Die Organisation von Schallschutzmaßnahmen und dergleichen mehr wird

wichtig sein. Das, was wir im bayerischen Staatsstraßenbau machen, ist nicht nur vorbildlich, es ist in höchstem Maße auch innovativ, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich will mich hier nicht in Rage reden,

(Heiterkeit)

aber, Kollege Mistol, wenn ich höre, dass Sie Bahnen reaktivieren wollen, kann ich Ihnen nur sagen: Dort, wo Bahnreaktivierungen sinnvoll sind, machen wir es.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Dann macht es halt!)

Glauben Sie mir aber, jeder Elektrobus und im Übrigen auch jeder Dieselbus im ländlichen Raum ist ökologisch und ökonomisch sinnvoller als die eine oder andere Reaktivierung von Bahnstrecken, auf denen in einem Großzug gerade einmal zwei Menschen von A nach B transportiert werden, sofern es dort überhaupt Schienen gibt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, herzlichen Glückwunsch an die Staatsregierung für diesen brillanten Haushalt. Bayern geht vorwärts. In einiger Zeit organisieren wir das auch auf Bundesebene, dann klappt es auch wieder mit dem Wohnungsbau. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Abgeordnete Anna Rasehorn überreicht dem Redner ein Hustenbonbon)

– Das ist aber nett. Ich bin halt ein Typ der Frauen. Ich sage es einfach so.

(Beifall und Heiterkeit)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Bernreiter um das Wort gebeten. Bitte schön.

**Staatsminister Christian Bernreiter (Wohnen, Bau und Verkehr):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn meiner Rede möchte ich mich auch bei den Einsatzkräften ganz herzlich bedanken. Sie sind aktuell draußen noch schwer im Einsatz. Die Scheitelwelle läuft gerade mitten durch Niederbayern, durch meine Heimat. Für mein Haus kann ich versprechen, dass wir die Infrastruktur, die Staatsstraßen, dort, wo etwas kaputtgegangen ist, schnellstmöglich wiederherstellen. Der Kollege Füracker hat mit seinem Haushalt dafür gesorgt. Mit unserem gestrigen Beschluss im Kabinett haben wir auch dafür gesorgt, dass wir die Wiederherstellung der Kommunalstraßen unterstützen und dafür geradestehen können.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich möchte mich ganz herzlich bei den Einsatzkräften draußen vor Ort bedanken, aber auch bei der Bevölkerung dafür, dass sie sehr besonnen handelt. Wir haben leider schwierige Tage und Stunden hinter uns.

Meine Damen und Herren, wir sind für viele Investitionen in unserem Haushalt zuständig. Gerade ist zum Ausdruck gekommen, dass wir sehr gut vorankommen, während in Deutschland der Wohnungsbau und die Bauwirtschaft insgesamt in einer tiefen Krise stecken. Das, was ich mir von Frau Kollegin Gross gerade angehört habe, wären insbesondere Hinweise an die Frau Bundesbauministerin und an die Bundesregierung. Dort könnte man viel tun. Wir hätten 70.000 Wohnungen in Bayern versprochen, die der Freistaat Bayern baut. Man muss aber auch die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass insgesamt 70.000 Wohnungen gebaut werden können. Die Bundesregierung und der Bundeskanzler haben 400.000 Wohnungen versprochen. Das Ziel wurde weit verfehlt – ich komme nachher noch darauf –, aber wir handeln hier entschlossen.

Ich bin auch stolz darauf, dass wir im letzten Jahr – –

(Florian von Brunn (SPD): Auf was?)

– Ich komme gleich darauf. Hören Sie zu, dann lernen Sie etwas. Der Kollege Baumgärtner hat es Ihnen gerade gesagt.

Mit dem Wohnbau-Booster Bayern und dem bayerischen Baukonjunkturprogramm haben wir am 16. Januar 2023 rechtzeitig für Stabilität im Wohnungsbau gesorgt. Der frei finanzierte Wohnungsbau ist tot. Ausschlaggebend dafür und schuld daran ist Ihre Politik, die in Berlin gemacht wird. Viele Projekte wären ohne unsere Programme gar nicht gestartet worden. In unserem Doppelhaushalt 2024/2025 setzen wir diesen Kurs konsequent fort. Wir sind und bleiben die Gestalter Bayerns. Wir steigern unsere Investitionen für Wohnen, Bau und Verkehr und stehen als Freistaat für Sicherheit und Verlässlichkeit.

Meine Damen und Herren, wir dürfen aber auch nicht verkennen, dass wir uns jetzt im vierten Jahr in Folge mit besonderen Herausforderungen abzumühen haben. Erst hatten wir Corona, dann seit zwei Jahren den Krieg in der Ukraine. Hinzu kommen ein immer stärkerer Populismus und radikale Kräfte, die Frieden und Stabilität in Deutschland und Europa bedrohen. In diesen unruhigen Zeiten müssen wir geschlossen und entschlossen handeln und tun das auch. Die Politik bekommt dann das Vertrauen der Menschen, wenn sie Probleme pragmatisch löst.

In den letzten Jahren haben die Preissteigerungen unsere Bürgerinnen und Bürger und auch die Wirtschaft und die öffentliche Hand massiv belastet. Ich nenne die deutlich gestiegenen Finanzierungskosten, die Lieferengpässe und den Fachkräftemangel, die viele Projekte erschweren. Der Bund entzieht sich seiner Verantwortung, verunsichert die Menschen mit seiner kurzsichtigen Planung und mit den plötzlichen Förderstopps. Die Politik der Ampel-Regierung ist getrieben von Ideologie.

(Florian von Brunn (SPD): Und Bayern macht alles richtig, oder?)

Wir sind ein verlässlicher Partner der Wirtschaft, das kann ich Ihnen nur bestätigen. Ihre Politik geht meilenweit an den Bedürfnissen der Menschen vorbei und schadet

der Wirtschaft. Nach einem goldenen Jahrzehnt ist Deutschland wieder das ökonomische Schlusslicht in Europa. Das ist sehr, sehr traurig.

Die Länder, auch Bayern, können nicht alle Versäumnisse der Bundesregierung auffangen. Wir tun das, was wir können, und stellen uns konsequent den Herausforderungen. Wir steigern das Investitionsbudget für Wohnen, Bau und Mobilität. Wir setzen auch die richtigen Schwerpunkte und unterstützen unsere Bürgerinnen und Bürger.

Ich möchte mich ganz herzlich bei unserem Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder und beim Finanzminister Albert Füracker bedanken. Sie haben uns das Go dafür gegeben, dass wir auch in schwierigen Zeiten große Zukunftsaufgaben anpacken können. Ich bedanke mich ausdrücklich, lieber Albert Füracker, bei deinen Partnern und Freunden, den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, dafür, dass das auch möglich ist.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine Damen und Herren, schauen wir uns den Haushalt an. Wir haben viel vor. Ich möchte ausdrücklich betonen, dass viele über unsere Situation froh wären. Wir werden diese Woche einen Doppelhaushalt verabschieden und damit bis Ende nächsten Jahres Planungssicherheit haben. Das Gesamtvolumen ist bereits angesprochen worden. Es steigt heuer auf rund 6,3 Milliarden Euro und im nächsten Jahr sogar auf 6,7 Milliarden Euro. Das sind heuer rund 309 Millionen und im nächsten Jahr 367 Millionen Euro mehr, und das, obwohl wir im letzten Jahr 1,3 Milliarden Euro mehr gebraucht und auch erhalten haben. Auch dafür noch ein ganz herzliches Dankeschön.

Mit unserem Wohnbau-Booster Bayern investieren wir in den beiden Haushaltsjahren jeweils über 1,1 Milliarden Euro in die Wohnraumförderung. Ich weiß nicht, wo Sie gelesen haben, dass ich die Bundesförderung, obwohl ich als Vorsitzender der Baumministerkonferenz selbst darüber verhandelt habe, verschwiegen hätte. Aber von den 1,1 Milliarden Euro sind 618 Millionen Euro Landesmittel. Damit sind wir neben Hamburg das einzige Land an der Spitze, das eine solche Quote überhaupt erfüllen kann. Das möchte ich klar herausstellen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Alle anderen Länder können teilweise nicht einmal die Quote von 30 % leisten, die für die Kofinanzierung gefordert ist, um das Geld überhaupt abrufen zu können. Dazu haben wir für das laufende Jahr on top noch über 87 Millionen Euro für das beliebte und sehr gut in Anspruch genommene Bayern-Darlehen zur Verfügung. Wir stemmen uns also gegen den Einbruch am Wohnungsmarkt, wo es geht, und bleiben verlässlicher Partner für die Menschen und auch für die Baubranche.

Ich möchte die Städtebauförderung erwähnen. Wir haben heuer rund 320 Millionen Euro zur Verfügung, im nächsten Jahr 316 Millionen Euro. Davon sind 217 Millionen Euro bzw. 215 Millionen Euro Landesmittel. Wir stehen uns da also nicht aus der Verantwortung.

Die Zahlen für die Mobilität sind genannt worden. Die Zahlen sind auch im Vergleich gigantisch. Ich höre jetzt wieder "die Staatsstraßen" oder "Schichtet um von der Staatsstraße zur Mobilität". Für Mobilität geben wir heuer 3,3 Milliarden Euro und nächstes Jahr 3,5 Milliarden Euro aus. 2,3 Milliarden Euro bzw. 2,4 Milliarden Euro fallen da für den Schienenpersonennahverkehr an, 635 Millionen Euro einschließlich des Bundesanteils für das Deutschlandticket und 27 Millionen Euro für Tarifstrukturmaßnahmen für einen nachhaltigen ÖPNV.

Ich kann nur sagen: Unser Doppelhaushalt setzt die richtigen Prioritäten. Wir fördern unsere Städte und Ballungsräume, stärken aber gleichzeitig – das ist mir besonders wichtig – den ländlichen Raum. Beide zusammen machen Bayern attraktiv und erfolgreich.

Der Bund vernachlässigt die Infrastruktur. Leider hat die Ampel-Regierung kein Gespür für die Regionen und verschließt die Augen vor den Herausforderungen. Deutschland – leider muss ich das sagen, es tut mir in der Seele weh – steht vor einem Verkehrskollaps auf der Schiene, auf der Straße und beim ÖPNV. Ich kann Ihnen das sagen. Als Sprecher der unionsgeführten Länder in der Verkehrsminister-

konferenz erlebe ich gerade, wie der Bund seine Pflichten beim Thema Verkehr total auf die Länder abwälzen möchte.

(Zuruf von der SPD: Scheuer lässt grüßen!)

– Bundesfinanzminister Scholz war da hauptsächlich verantwortlich, möchte ich nur sagen.

(Beifall bei der CSU)

Statt mehr Geld für die Infrastruktur gibt es ein Milliardenloch bei der Autobahn GmbH und auch bei uns beim Bundesstraßenetat. Ich muss das klar sagen. Wir haben fertig geplante Bundesstraßen, bekommen aber keine Planungsfreigabe. Ich könnte das jetzt weit ausführen, die Zeit habe ich aber leider nicht. Statt notwendiger Investitionen in die Schiene können wir überall Chaos beim Deutschlandtakt und bei den Streckensanierungen finden. Statt der Unterstützung für die Verkehrswende gibt es überall Förderstopps.

Ich kann nur sagen, dass der Bund ausgerechnet bei der Schieneninfrastruktur mauert. Das zeigt sich auch bei der Novelle des Bundesschienenwegeausbaugesetzes. Von dem Gesetz träume ich schon. Ich war jetzt der Co-Vorsitzende der informellen Arbeitsgruppe zum BSWAG-Vermittlungsausschuss und bin es noch. Wir haben uns in zig Sitzungen ausgetauscht. Bayern muss für die Aufgaben des Bundes und aller anderen Länder bluten. Das muss ich ganz klar sagen. Ich bin gespannt, wie das ausgehen wird. Ich kann Ihnen nur sagen: Das wird herausfordernd.

Herr Kollege Mistol, Sie haben da einiges gesagt, was wir alles machen sollen. Organisieren Sie sich mal eine Nachhilfe – nicht bei mir. Ich empfehle Ihnen meinen Kollegen, Ihren Parteifreund Winne Hermann aus Baden-Württemberg. Der kann Ihnen bis ins Detail erklären, was alles auf uns zukommen wird.

Wir stehen da Seit an Seit. Die Länderfront steht hier geschlossen, kann ich nur sagen.

(Zurufe von der CSU: Aha! – Zuruf des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE))

– Ich komme dann noch mal drauf. – Gehen wir zu den Straßen. Die Mobilität ist in einem Flächenland wie Bayern entscheidend für den wirtschaftlichen Erfolg und für die soziale Teilhabe. Darum stellen wir heuer erstmals 500 Millionen Euro an Investitionsmitteln für unsere Staatsstraßen zur Verfügung. Kollege Baumgärtner hat das Notwendige dazu gesagt. Mit mir wird es keinen Kulturkampf gegen das Auto und gegen Straßen geben. Das machen wir nicht mit.

Ich kann Ihnen nur sagen: Die Prognose des Bundes ist nicht unsere. Zuerst ist die Prognose zum Güterverkehr veröffentlicht worden. Ich bin doch länger im Geschäft: Ich habe bisher immer erlebt, dass eine jede Prognose von der Wirklichkeit übertroffen wurde. Das ist immer angezweifelt worden. Immer war das Gegenteil der Fall. Der Bund prognostiziert, dass der Güterverkehr in den nächsten Jahren um 54 % steigen wird.

(Martin Wagle (CSU): Hört, hört!)

Der Parlamentarische Staatssekretär, der Beauftragte der Bundesregierung für den Bahnausbau, der Staatssekretär Theurer, kann sehr gut rechnen. Darum geht er jetzt zur Bundesbank. Er hat festgestellt, dass wir erst Mitte der 2050er-Jahre namhaft Verkehr auf die Schiene verlagern werden können. Das lässt alle Alarmglocken schrillen.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Zwölf Jahre CSU-Verkehrsminister auf Bundesebene! – Zurufe von der CSU)

– Steinbrück, Schäuble und Scholz waren in der Zeit die Finanzminister. Das möchte ich mal ganz klar sagen.

(Beifall bei der CSU)

Um diesen Verkehr überhaupt bewältigen zu können, brauchen wir eine verlässliche Straßeninfrastruktur. Wir werden in Bayern, wo wir Verantwortung tragen, dafür sorgen.

Jetzt zum Schienenpersonennahverkehr. Ich habe die Zahlen genannt. Schauen wir uns das mal an: 2,3 Milliarden Euro bzw. 2,4 Milliarden Euro geben wir in Bayern für den Schienenpersonennahverkehr aus. Hierfür setzen wir 1,7 Milliarden Euro bzw. 1,8 Milliarden Euro an Regionalisierungsmitteln ein. Eigentlich wurden die Regionalisierungsmittel dafür geschaffen, Schienenpersonennahverkehr zu bestellen. Wir brauchen aber zusätzlich 153 Millionen Euro bzw. 150 Millionen Euro für Infrastrukturmaßnahmen aus bayerischen Mitteln. Wir finanzieren sogar Bundesaufgaben wie Barrierefreiheit von Bahnhöfen freiwillig mit – Aufgabe des Bundes. Hier stellen wir heuer 53 Millionen Euro und nächstes Jahr sogar 61 Millionen Euro zur Verfügung.

Wir haben eine Bayerische Elektromobilitätsstrategie. Wir treiben die Elektrifizierung voran. Auch da investieren wir in Bundesinfrastruktur. Wir intensivieren unsere MACH2-Initiative für mehr Zweigleisigkeit und damit für mehr Kapazität im bayerischen Bahnnetz.

Wir investieren auch in das Deutschlandticket. Ich bin entsetzt – das ist heute noch gar nicht angesprochen worden –: Im letzten Jahr, am 9. November, hat es eine Ministerpräsidentenkonferenz gegeben. Der Bundeskanzler hat versprochen – dazu gibt es einen Beschluss, den jeder nachlesen kann –, dass die Mittel für das Deutschlandticket, die 2023 nicht verbraucht werden, auf 2024 und folgende Jahre übertragen werden. Dazu gibt es bis heute keinen Beschluss. Die Länderkollegen sind alle nervös. Ich bin relativ relaxed, weil ich das Geld Gott sei Dank in der Kasse habe. Ich gebe es auch nicht raus. Bis heute gibt es keinen Beschluss des Bundeskabinetts. Ich bin gespannt. Es ist zugesagt, dass der Beschluss bis Juli kommen soll. Wenn das Geld nicht kommt, steigt der Preis für das Deutschlandticket heuer. Die anderen sind ziemlich nervös und auch sauer. Ich sage: In welchem Land leben wir eigentlich, wenn eine Zusage eines Bundeskanzlers nichts mehr wert ist?

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Jetzt für alle, die hier von Ausweitung des Angebots, Reaktivierung und sonst was träumen: In der letzten Verkehrsministerkonferenz wurde uns ein Gutachten des BMDV, des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr, vorgelegt. Bis zum Jahr 2031 – das ist ein Gutachten des Bundes – fehlen 40 Milliarden Euro an Regionalisierungsmitteln. Wissen Sie, was das bedeutet? – Wir bestellen Verkehre ab. Schleswig-Holstein ist dabei. Die haben eine riesige Diskussion.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD) – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Kriminell handeln und dann uns beschuldigen, wenn man es euch nachweist!)

– Das ist "super"! – Die Regionalisierungsmittel waren nicht enthalten. Schleswig-Holstein diskutiert Abbestellungen im großen Stil. Alle anderen Länder müssen folgen, wenn der Bund hier nicht liefert. Ich muss das ganz klar sagen. Ich kann Ihnen noch sagen: Für das Bundesschienenwegeausbaugesetz, falls es im Vermittlungsausschuss beschlossen wird und dann vom Bundesrat beschlossen wird, werden wir tief in die Tasche greifen müssen. Wir werden dann Infrastruktur auf den Hochleistungskorridoren haben und vielleicht Digitalisierung, aber wir haben dann keine Züge mehr, die wir fahren lassen können. Das ist die Wahrheit. Ich könnte jetzt noch auf viele andere Themen eingehen.

Ich möchte aber zum Wohnungsbau kommen. Ich habe meine Zeit zwar schon überstrapaziert, aber hierzu muss ich auch noch ein paar Takte sagen. Wir haben die Fördermittel verstetigt. Die werden mir aus der Hand gerissen. Wir werden von allen Verbänden gelobt. Natürlich wäre mehr Geld immer schön. Welcher Verkehrs- und Bauminister würde nicht mehr Geld nehmen? Das muss ich ganz klar sagen. Aber wir stemmen hier diese Aufgaben mit einem Löwenanteil an bayerischen Mitteln.

Auch die Wohnraumförderung in Höhe von 116 Millionen Euro für Studentenwohnheime und Ausbildungsheime wurde mir letztes Jahr und wird mir auch heuer aus der

Hand gerissen. Das ist sehr gut investiert. Zu der Frau Kollegin von der SPD, die vorher gesagt hat, eigentlich müssten bei der Studentenstadt schon die Bagger rollen: Ich weiß nicht, wo Sie das gelesen haben. Die Ausschreibung ist heuer im Hause vergeben worden. Wir sind vor dem Zeitplan. Auch da investieren wir und werden das bis 2028 schaffen. Kollege Baumgärtner und ich haben uns gestern unterhalten: Wir werden viele Studentenwohnheimplätze schaffen können mit unserer Förderung. Das Zinsverbilligungsprogramm wird angenommen.

(Beifall bei der CSU)

Zum Abschluss möchte ich noch etwas zu Ihren Attacken auf die BayernHeim sagen: Frau Schulze ist nicht da. Ich weiß nicht, wo die rumfährt. Ich lade sie gern mal ein, dass wir Baustellen besichtigen. Sie sagt nämlich, die Wohnungen existierten nur auf dem Papier. Die BayernHeim stabilisiert die Bauwirtschaft. Ich erhalte da auch großen Dank. Mit unseren drei staatlichen Wohnungsbaugesellschaften bauen wir derzeit 4.000 Wohnungen. Allein bei der BayernHeim sind es 2.500. Ich habe immer gesagt, bis 2025 – und das Jahr 2025 geht bei mir bis zum 31. Dezember – werden wir die Verträge für 10.000 Wohnungen unter Dach und Fach haben. Wir werden sie nicht fertig haben. Das habe ich immer eingeräumt; aber wir sind auf einem sehr guten Weg.

Ich kann nur sagen: Auch das stützt die Bauwirtschaft, und ich erhalte aus diesem Bereich auch viel Dank. Wir haben auch Erlaubnisse für einen vorzeitigen Maßnahmenbeginn erteilt; denn mir blutet das Herz, wenn die Bauwirtschaft darniederliegt, wenn sogar die Fachkräfte aus der Branche abwandern. Wir haben dafür gesorgt und wir werden in der Woche, wenn der Haushalt beschlossen ist, die Mittel ausreichen und auch die Erlaubnisse für einen vorzeitigen Maßnahmenbeginn nach dem Haushaltsrecht an die Haushaltsansätze anpassen. Wir sorgen dafür, dass es vorangeht. Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sind in Anbetracht der äußeren Umstände sehr gut unterwegs. Dieser Doppelhaushalt ist ein Stabilitätsanker in unruhiger Zeit. Sie geben mir damit die Grundlage für unsere vielfältigen Projekte.

Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten hervorragende Arbeit. Ich möchte mich für diesen großartigen Einsatz ganz herzlich bedanken. Lassen Sie uns Bayern weiterbauen und weiterbewegen. Ich möchte mich beim Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr und auch beim Haushaltsausschuss für die sehr konstruktive Zusammenarbeit bedanken. Ich stehe da immer gerne für Fragen zur Verfügung. Ich bitte Sie, dem Haushaltsplan in meinem Geschäftsbereich zuzustimmen und uns die Grundlage dafür zu geben, dass wir Bayern weiter voranbringen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Mir liegt noch eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herrn Florian von Brunn, vor.

**Florian von Brunn (SPD):** Lieber Herr Minister Bernreiter, erstens zum Thema Verkehr: Ich finde es, wenn man Verkehrsminister wie Alexander Dobrindt und vor allem Andreas Scheuer gestellt hat und wenn man die Stammstrecke komplett an die Wand gefahren hat,

(Robert Brannekämper (CSU): An die Wand gefahren? – Nichts an die Wand gefahren! So ein Unsinn!)

wenig passend, dass Sie jetzt andere dafür kritisieren. Räumen Sie erst mal auf, was Sie selbst angerichtet haben, zum Beispiel bei der Stammstrecke.

Das Zweite ist: Wir hören jetzt seit Jahren immer die gleichen Versprechungen bezüglich des Wohnungsbaus. Sie sind jetzt ungefähr zwei Jahre im Amt. Am 4. Juni 2022 haben Sie Ihr Amt angetreten.

**Staatsminister Christian Bernreiter (Wohnen, Bau und Verkehr):** Am 22. Februar.

**Florian von Brunn (SPD):** Am 22. Februar sogar schon? – Okay, dann ist es sogar noch länger. Ich kann eigentlich nicht erkennen, was Sie in Ihrer Leistungsbilanz stehen haben;

(Martin Wagle (CSU): Das ist eine Unverschämtheit!)

aber was Sie gelernt haben – ich habe Sie mal als zupackenden Landrat in Niederbayern kennengelernt – hier in dieser CSU-Landtagsfraktion, ist, mit dem Finger nach Berlin zu zeigen und selbst keine Verantwortung zu übernehmen.

(Zuruf des Abgeordneten Robert Brannekämper (CSU))

Wissen Sie, ich glaube Ihnen erst bezüglich all dieser Wohnungen, von denen es heißt, Sie hätten sie auf den Weg gebracht, wenn sie bezugsfertig dastehen.

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

(Martin Wagle (CSU): Gott sei Dank!)

**Staatsminister Christian Bernreiter (Wohnen, Bau und Verkehr):** Ich bin in einem Alter, in dem ich mich nicht jeden Tag irgendwo hinstellen muss und Lob von Ihnen einfahren möchte. Das wäre, glaube ich, sowieso falsch. Wir haben die Stammstrecke gerichtet, sodass es passt. Die ist auf einem sehr guten Weg. Die braucht nicht nur das Münchner Umland, sondern die ist für ganz Bayern notwendig. Ich glaube, da haben wir für Klarheit gesorgt. Der Vertrag ist unterschrieben. Da kommen wir sehr gut voran.

Bei den Wohnungen sind wir auch sehr gut vorangekommen. Ich zeige nicht nach Berlin, wenn es nicht notwendig ist; aber die entscheidenden Weichenstellungen beim Wohnungsbau erfolgen in Berlin. Da wurden katastrophale Fehler gemacht. Darum liegt die Bauwirtschaft darnieder, so wie es leider der Fall ist. Wir haben Tausende von Vorschlägen gemacht, hätte ich bald gesagt.

(Florian von Brunn (SPD): Sie haben in Bayern zu wenige Wohnungen gebaut!)

Ich bin da auch in engem Austausch mit der Frau Bundesbauministerin. Die würde gerne viel aufnehmen, darf sie aber nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Wagle (CSU))

Wie gesagt: Ich hoffe, dass wir das nächstes Jahr wieder so hinbringen, dass wir für einen Schub im Wohnungsbau sorgen können.

(Beifall bei der CSU)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025, Einzelplan 09, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/884 mit 19/934, 19/1128, 19/1150, 19/1151 und 19/1511 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 19/2063.

Zunächst kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den eingangs erwähnten Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Sonderinvestitionsprogramm öffentlich geförderter Mietwohnungsbau – Wohnen muss bezahlbar sein" auf Drucksache 19/904. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung dieses Antrages. Die Abstimmung wird elektronisch durchgeführt. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 19:25 bis 19:28 Uhr)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, die drei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Wir warten ganz kurz, bis das Ergebnis vorliegt.

(Unterbrechung von 19:28 bis 19:29 Uhr)

Ich darf um Ruhe bitten. – Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Sonderinvestitionsprogramm öffentlich geförderter Mietwohnungsbau – Wohnen muss be-

zahlbar sein" auf Drucksache 19/904 bekannt. Mit Ja haben 34 Abgeordnete gestimmt, Nein-Stimmen gab es 119, Enthaltungen keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 26)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 09 selbst. Der Einzelplan 09 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht, Drucksache 19/2063, genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 09 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREI-EN WÄHLER. Die Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der AfD, der GRÜNEN und der SPD. Enthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Einzelplan 09 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt.

(Siehe Anlage 27)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

"Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2024/2025 vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 19/2063, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/926 mit 19/934, 19/1128, 19/1150, 19/1151 und 19/1511 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 09 ist abgeschlossen.

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 05.06.2024 zu Tagesordnungspunkt 13: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Jürgen Mistol u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2024/2025; hier: Sonderinvestitionsprogramm öffentlich geförderter Mietwohnungsbau - Wohnen muss bezahlbar sein (Kap. 09 04 neuer Tit.) (Drucksache 19/904)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Adjei Benjamin</b>				<b>Eberwein Jürgen</b>		X	
<b>Aigner Ilse</b>				<b>Dr. Ebner Stefan</b>		X	
<b>Aiwanger Hubert</b>				<b>Ebner-Steiner Katrin</b>		X	
<b>Arnold Dieter</b>		X		<b>Dr. Eiling-Hütig Ute</b>		X	
<b>Arnold Horst</b>	X			<b>Eisenreich Georg</b>			
<b>Artmann Daniel</b>		X		<b>Enders Susann</b>		X	
<b>Atzinger Oskar</b>		X					
				<b>Fackler Wolfgang</b>		X	
<b>Bäumler Nicole</b>	X			<b>Fehlner Martina</b>	X		
<b>Bauer Volker</b>		X		<b>Feichtmeier Christiane</b>	X		
<b>Baumann Jörg</b>		X		<b>Flierl Alexander</b>		X	
<b>Baumgärtner Jürgen</b>		X		<b>Freller Karl</b>		X	
<b>Baur Konrad</b>		X		<b>Freudenberger Thorsten</b>		X	
<b>Prof. Dr. Bausback Winfried</b>				<b>Friedl Patrick</b>	X		
<b>Becher Johannes</b>				<b>Friesinger Sebastian</b>		X	
<b>Beck Tobias</b>		X		<b>Frühbeißer Stefan</b>		X	
<b>Becker Barbara</b>		X		<b>Fuchs Barbara</b>			
<b>Dr. Behr Andrea</b>		X		<b>Füracker Albert</b>		X	
<b>Behringer Martin</b>		X					
<b>Beißwenger Eric</b>				<b>Gerlach Judith</b>			
<b>Bergmüller Franz</b>		X		<b>Gießübel Martina</b>		X	
<b>Bernreiter Christian</b>		X		<b>Glauber Thorsten</b>			
<b>Birzele Andreas</b>	X			<b>Goller Mia</b>	X		
<b>Blume Markus</b>				<b>Gotthardt Tobias</b>			
<b>Böhm Martin</b>		X		<b>Graupner Richard</b>		X	
<b>Bötl Maximilian</b>		X		<b>Grießhammer Holger</b>	X		
<b>Bozoglu Cemal</b>	X			<b>Grob Alfred</b>		X	
<b>Brannekämper Robert</b>		X		<b>Groß Johann</b>		X	
<b>von Brunn Florian</b>	X			<b>Gross Sabine</b>	X		
<b>Dr. Brunnhuber Martin</b>		X		<b>Grossmann Patrick</b>		X	
<b>Dr. Büchler Markus</b>				<b>Guttenberger Petra</b>		X	
<b>Celina Kerstin</b>	X			<b>Prof. Dr. Hahn Ingo</b>		X	
				<b>Halbleib Volkmar</b>	X		
<b>Deisenhofer Maximilian</b>	X			<b>Halemba Daniel</b>			
<b>Demirel Gülseren</b>				<b>Hartmann Ludwig</b>	X		
<b>Dierkes Rene</b>		X		<b>Hauber Wolfgang</b>		X	
<b>Dierl Franc</b>		X		<b>Heinisch Bernhard</b>		X	
<b>Dr. Dietrich Alexander</b>		X		<b>Heisl Josef</b>			
<b>Dietz Leo</b>		X		<b>Dr. Herrmann Florian</b>		X	
<b>Dorow Alex</b>		X		<b>Herrmann Joachim</b>			
<b>Dremel Holger</b>		X		<b>Hierneis Christian</b>	X		
<b>Dünkel Norbert</b>		X		<b>Högl Petra</b>			
				<b>Hofmann Michael</b>		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Hold</b> Alexander			
<b>Holetschek</b> Klaus		X	
<b>Holz</b> Thomas			
<b>Dr. Hopp</b> Gerhard		X	
<b>Huber</b> Martin			
<b>Huber</b> Martin Andreas			
<b>Huber</b> Thomas		X	
<b>Huml</b> Melanie		X	
<b>Jäckel</b> Andreas		X	
<b>Jakob</b> Marina		X	
<b>Jungbauer</b> Björn		X	
<b>Jurca</b> Andreas		X	
<b>Kaniber</b> Michaela		X	
<b>Kaufmann</b> Andreas			
<b>Kirchner</b> Sandro			
<b>Knoblach</b> Paul			
<b>Knoll</b> Manuel			
<b>Köhler</b> Claudia	X		
<b>Köhler</b> Florian		X	
<b>Kohler</b> Jochen		X	
<b>Koller</b> Michael		X	
<b>Konrad</b> Joachim		X	
<b>Krahl</b> Andreas			
<b>Kraus</b> Nikolaus			
<b>Kühn</b> Harald		X	
<b>Kurz</b> Sanne			
<b>Lausch</b> Josef		X	
<b>Lettenbauer</b> Eva	X		
<b>Lindinger</b> Christian		X	
<b>Lipp</b> Oskar		X	
<b>Locke</b> Felix		X	
<b>Löw</b> Stefan		X	
<b>Dr. Loibl</b> Petra		X	
<b>Ludwig</b> Rainer		X	
<b>Magerl</b> Roland		X	
<b>Maier</b> Christoph			
<b>Mang</b> Ferdinand		X	
<b>Mannes</b> Gerd		X	
<b>Dr. Mehring</b> Fabian		X	
<b>Meier</b> Johannes		X	
<b>Meußgeier</b> Harald			
<b>Meyer</b> Stefan			
<b>Miskowitsch</b> Benjamin		X	
<b>Mistol</b> Jürgen	X		
<b>Mittag</b> Martin		X	
<b>Müller</b> Johann		X	
<b>Müller</b> Ruth	X		
<b>Müller</b> Ulrike			
<b>Nolte</b> Benjamin		X	
<b>Nussel</b> Walter		X	
<b>Dr. Oetzing</b> Stephan		X	
<b>Osgyan</b> Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Pargent</b> Tim			
<b>Prof. Dr. Piazzolo</b> Michael		X	
<b>Pirner</b> Thomas		X	
<b>Pohl</b> Bernhard			
<b>Post</b> Julia			
<b>Preidl</b> Julian		X	
<b>Rasehorn</b> Anna	X		
<b>Rauscher</b> Doris	X		
<b>Reiß</b> Tobias			
<b>Rinderspacher</b> Markus	X		
<b>Rittel</b> Anton		X	
<b>Roon</b> Elena		X	
<b>Saller</b> Markus		X	
<b>Schack</b> Jenny		X	
<b>Schalk</b> Andreas			
<b>Scharf</b> Martin		X	
<b>Scharf</b> Ulrike			
<b>Scheuenstuhl</b> Harry	X		
<b>Schießl</b> Werner		X	
<b>Schmid</b> Franz			
<b>Schmid</b> Josef		X	
<b>Schmidt</b> Gabi			
<b>Schnotz</b> Helmut		X	
<b>Schnürer</b> Sascha		X	
<b>Schöffel</b> Martin		X	
<b>Schorer-Dremel</b> Tanja		X	
<b>Schreyer</b> Kerstin		X	
<b>Schuberl</b> Toni			
<b>Schuhknecht</b> Stephanie			
<b>Schulze</b> Katharina			
<b>Schwab</b> Thorsten		X	
<b>Dr. Schwartz</b> Harald		X	
<b>Seidenath</b> Bernhard		X	
<b>Siekmann</b> Florian	X		
<b>Singer</b> Ulrich		X	
<b>Dr. Söder</b> Markus			
<b>Sowa</b> Ursula			
<b>Stadler</b> Ralf			
<b>Stieglitz</b> Werner		X	
<b>Stock</b> Martin		X	
<b>Stolz</b> Anna			
<b>Storm</b> Ramona		X	
<b>Straub</b> Karl		X	
<b>Streibl</b> Florian		X	
<b>Striedl</b> Markus		X	
<b>Dr. Strohmayer</b> Simone	X		
<b>Stümpfig</b> Martin	X		
<b>Tasdelen</b> Arif	X		
<b>Tomaschko</b> Peter		X	
<b>Toso</b> Roswitha		X	
<b>Trautner</b> Carolina		X	
<b>Triebel</b> Gabriele	X		
<b>Vogel</b> Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Vogler</b> Matthias		X	
<b>Wachler</b> Peter		X	
<b>Wagle</b> Martin		X	
<b>Walbrunn</b> Markus		X	
Freiherr von <b>Waldenfels</b> Kristan		X	
<b>Waldmann</b> Ruth	X		
<b>Weber</b> Laura	X		
Dr. <b>Weigand</b> Sabine			
<b>Weigert</b> Roland			
<b>Weitzel</b> Katja	X		
<b>Widmann</b> Jutta		X	
<b>Winhart</b> Andreas		X	
<b>Zellmeier</b> Josef		X	
<b>Zierer</b> Benno		X	
Freiherr von <b>Zobel</b> Felix		X	
<b>Zöller</b> Thomas		X	
<b>Zwanziger</b> Christian	X		
<b>Gesamtsumme</b>	34	119	0

## Mitteilung

### des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt 13

#### **Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 09**

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Energetische Sanierung staatlicher Gebäude beschleunigen  
(Kap. 09 03 Tit. 701 60)  
Drs. 19/884
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Schwimmbadsterben beenden – unsere Kinder müssen schwimmen lernen  
(Kap. 09 03 Tit. 883 05)  
Drs. 19/885
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Bayerische Wohnungsmilliarde  
(Kap. 09 04 Tit. 863 69)  
Drs. 19/886
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Wohnraumförderung – Energetische Modernisierung und barrierefreien Umbau unterstützen sowie Sozialbindung verlängern  
(Kap. 09 04 Tit. 893 03)  
Drs. 19/887
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Mehr bezahlbaren Wohnraum für Studierende und Auszubildende schaffen  
(Kap. 09 04 Tit. 893 68)  
Drs. 19/888

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Bayerische Städtebauförderung ausbauen  
(Kap. 09 05 Tit. 883 88)  
Drs. 19/889
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Mobilitätswende in Bayern voranbringen – Radverkehr stärken  
(Kap. 09 06 Tit. 883 81)  
Drs. 19/890
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Barrierefreien Ausbau von bayerischen Bahnhöfen beschleunigen  
(Kap. 09 06 Tit. 891 52)  
Drs. 19/891
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Kostenloses Schülerinnen-, Schüler-, Azubi- und Studierendenticket für den ÖPNV  
(Kap. 09 06 neue TG)  
Drs. 19/892
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Öffentlicher Personennahverkehr – Ausbau flächendeckender Verkehrsverbünde voranbringen  
(Kap. 09 06 Tit. 894 70)  
Drs. 19/893
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Mobilitätswende voranbringen – Fußgängerverkehr fördern  
(Kap. 09 06 neue TG)  
Drs. 19/894
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Öffentlicher Personennahverkehr – Kostenloses Seniorinnen- und Seniorenticket  
(Kap. 09 06 neue TG)  
Drs. 19/895
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Öffentlicher Personennahverkehr – Bayerisches Sozialticket für Bedürftige  
(Kap. 09 06 neue TG)  
Drs. 19/896

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Öffentlicher Personennahverkehr – Einführung eines Bayerischen 29-Euro-Tickets  
(Kap. 09 06 neue TG)  
Drs. 19/897
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Mehr Züge für einen attraktiveren SPNV  
(Kap. 09 07 Tit. 683 51)  
Drs. 19/898
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Elektrifizierung des bayerischen Schienennetzes beschleunigen  
(Kap. 09 07 Tit. 891 75)  
Drs. 19/899
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Arbeit der Staatlichen Bauämter mit Personal unterstützen  
(Kap. 09 40 Tit. 422 01 und Tit. 428 01)  
Drs. 19/900
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Verstärkung der Mittel für Maßnahmen für energetische Sanierungen von staatlichen Gebäuden aller Einzelpläne  
(Kap. 09 03 Tit. 701 60)  
Drs. 19/901
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Versprechen einhalten – Förderung für Bädersanierung deutlich aufstocken  
(Kap. 09 03 Tit. 883 05)  
Drs. 19/902
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Studentenstadt München erweitern – Machbarkeitsstudie erstellen und Wohnraum für Studierende schaffen  
(Kap. 09 04 Tit. 537 01 u. 893 68)  
Drs. 19/903

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sonderinvestitionsprogramm öffentlich geförderter Mietwohnungsbau –  
Wohnen muss bezahlbar sein  
(Kap. 09 04 neuer Tit.)  
Drs. 19/904
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Fuß- und Fahrradfreundliche Kommunen noch besser unterstützen  
(Kap. 09 06 Tit. 686 80)  
Drs. 19/905
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Streckenreaktivierungen fördern  
(Kap. 09 06 Tit. 892 54)  
Drs. 19/906
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Vorplanungen für den Ausbau der S 1 zwischen München und Freising  
(Kap. 09 07 neuer Tit.)  
Drs. 19/907
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sanierung vor Aus- und Neubau der Staatsstraßen  
(Kap. 09 40 Tit. 750 00)  
Drs. 19/908
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Markus Striedl, Martin Huber und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter  
(Kap. 09 02 Tit. 422 01)  
Drs. 19/909
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Markus Striedl, Martin Huber und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Treibhausgasausgleich  
(Kap. 09 02 Tit. 533 49)  
Drs. 19/910
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Markus Striedl, Martin Huber und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Photovoltaik auf staatlichen Dächern  
(Kap. 09 02 Tit. 701 11)  
Drs. 19/911

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Markus Striedl, Martin Huber und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Bayerische Klimaschutzoffensive I – Zur Verstärkung der Mittel für Maßnahmen für energetische Sanierungen von staatlichen Gebäuden aller Einzelpläne  
(Kap. 09 03 Tit. 701 60)  
Drs. 19/912
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Markus Striedl, Ferdinand Mang und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Bayerische Klimaschutzoffensive II – Zur Verstärkung der Mittel für Photovoltaikanlagen auf allen staatlichen Gebäuden  
(Kap. 09 03 Tit. 701 61)  
Drs. 19/913
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Markus Striedl, Martin Huber und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Bayerische Klimaschutzoffensive III – Zur Verstärkung der Mittel für die Dach- und Fassadenbegrünung des staatlichen Gebäudebestands  
(Kap. 09 03 Tit. 701 62)  
Drs. 19/914
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Markus Striedl, Martin Huber und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Bayerische Klimaschutzoffensive IV – Zur Verstärkung der Mittel für den Bau von Ladesäulen an staatlichen Dienststellen  
(Kap. 09 03 Tit. 701 63)  
Drs. 19/915
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Markus Striedl, Martin Huber und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds I  
(Kap. 09 04 Tit. 883 01)  
Drs. 19/916
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Markus Striedl, Martin Huber und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds II  
(Kap. 09 04 Tit. 883 11)  
Drs. 19/917
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Markus Striedl, Martin Huber und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Modellprojekt 3D-Gebäudedruck im sozialen Wohnungsbau  
(Kap. 09 04 neuer Tit.)  
Drs. 19/918

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Markus Striedl, Martin Huber und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuschüsse an die Bayerische Landesbodenkreditanstalt zur Gewährung zinsgünstiger Darlehen für die Gründung und Bezuschussung von Wohnungsbaugenossenschaften  
(Kap. 09 04 neuer Tit.)  
Drs. 19/919
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Markus Striedl, Martin Huber und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zukunftsfragen des Wohnens und der Mobilität sowie des demografischen Wandels  
(Kap. 09 05 Tit. 547 01)  
Drs. 19/920
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Markus Striedl, Martin Huber und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Leistungen an Gemeinden und Gemeindeverbände sowie an Sonstige für ergänzende Maßnahmen des allgemeinen ÖPNV  
(Kap. 09 06 Tit. 633 60)  
Drs. 19/921
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Markus Striedl, Martin Huber und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Radoffensive: Bau von Radverkehrsanlagen  
(Kap. 09 06 Tit. 770 80)  
Drs. 19/922
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Markus Striedl, Martin Huber und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Klimabusse  
(Kap. 09 06 Tit. 893 60)  
Drs. 19/923
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Markus Striedl, Martin Huber und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Deutschlandticket  
(Kap. 09 06 TG 64)  
Drs. 19/924
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Markus Striedl, Martin Huber und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen  
(Kap. 09 40 Tit. 750 00)  
Drs. 19/925

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Barbara Becker

Abg. Dieter Arnold

Abg. Björn Jungbauer

Abg. Martin Behringer

Abg. Marina Jakob

Abg. Florian von Brunn

Abg. Patrick Friedl

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Christian Hierneis

Abg. Anna Rasehorn

Abg. Benjamin Nolte

Abg. Alexander Flierl

Staatsminister Thorsten Glauber

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 14** auf:

## **Haushaltsplan 2024/2025**

### **Einzelplan 12**

#### **für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz**

hierzu:

**Änderungsanträge** der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 19/1241 mit 19/1249)

**Änderungsanträge** der SPD-Fraktion (Drsn. 19/1250 mit 19/1258)

**Änderungsanträge** der AfD-Fraktion (Drsn. 19/1259 mit 19/1275)

**Interfraktionelle Änderungsanträge** von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 19/1276, 19/1278 mit 19/1287)

**Interfraktionelle Änderungsanträge** der Fraktion FREIE WÄHLER und von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 19/1288 mit 19/1301)

und

#### **Änderungsantrag der Abgeordneten**

**Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel u. a. und Fraktion (CSU),**

**Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Haushaltsplan 2024/2025; hier: Kampf gegen Algenplage am Altmühlsee (Kap. 12 77 Tit. 783 33) (Drs. 19/2266)**

In die Beratung wird der zum Plenum eingereichte Änderungsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 19/2266, der Ihnen vorab elektronisch übermittelt wurde, einbezogen. Die Gesamtredezeit der Fraktionen für diesen Einzelplan beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat 45 Minuten.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu ihren drei Änderungsanträgen auf den Drucksachen 19/1243, 19/1246 und 19/1249 namentliche Abstimmung beantragt hat. Über den zum Plenum eingereichten Änderungsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 19/2266 erfolgt eine Abstimmung in einfacher Form.

Ich eröffne nun die Aussprache. Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Barbara Becker von der CSU-Fraktion.

**Barbara Becker (CSU):** Herr Präsident, Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle Ihnen nun kurz den neuen Haushalt für Umwelt und Verbraucherschutz vor. Dabei spielen folgende Gegenstände eine Rolle: ein Kuchen, eine Zahnbürste, ein Hafen, ein Schatz und über 2,4 Milliarden Euro.

Umweltpolitik sichert unsere Lebensgrundlagen Klima, Luft und Wasser. Die CSU nimmt diese wesentlichen Themen in ihrer politischen Verantwortung sehr, sehr ernst. Beim Umwelt- und Verbraucherschutz sprechen wir über einen Gesamtetat von 2,4 Milliarden Euro für diese zwei Jahre. Die CSU legt gemeinsam mit den FREIEN WÄHLERN besonderen Wert auf Naturschutz und Landschaftspflege, Klima- und Hochwasserschutz, Artenschutz, Biodiversität und Tierschutz.

Stellen wir uns diesen Etat als Kuchen vor, dann ist das größte Stück, mehr als 36 %, für Umweltmaßnahmen und Umweltbildung vorgesehen. Lieber Herr Staatsminister, nein, Sie müssen jetzt keinen Kuchen ans Rednerpult bringen; das haben Sie schon im Haushaltsausschuss getan, wahrscheinlich deshalb, weil Ihnen das Bild sehr gut gefallen hat. Ein konkretes Beispiel für Umweltbildung ist der alte Hafen in Marktsteft, ein Bildungszentrum für nachhaltige Entwicklung, mit dem wir es schaffen, Soziales, Wirtschaft und Umwelt gemeinsam zu vermitteln. Ein wunderbares Konzept – nicht nur da, sondern in allen Landkreisen Bayerns.

Insgesamt 480 Millionen Euro werden in Naturschutz und Landschaftspflege investiert. Allein bei der Umwelt stehen insgesamt 215 Millionen Euro für Klimaschutzmaßnahmen und für die Anpassung an den Klimawandel zur Verfügung.

Ein Zehntel dieses Kuchens steht für das wunderbare Konstrukt des LGL, das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, zur Verfügung, in dem crossover geforscht wird. Gesundheits- und Umweltspezialisten gewinnen und veröffentlichen dort wichtige Erkenntnisse. Ein schon älteres Beispiel dafür ist die Erforschung der Frage: Ist eine Bambuszahnbürste wirklich umweltschonender als eine Zahnbürste aus Plastik? – Die Antwort auf diese Frage steht im Bericht des LGL.

Tierschutz, Tiergesundheit, aber auch die Bekämpfung von Tierseuchen und das Veterinärwesen machen knappe 10 % dieses Kuchens aus.

In diesem Doppelhaushalt nimmt das Thema Wasserwirtschaft einen großen Raum ein, nämlich ein Drittel unseres Kuchens im Umfang von 2,4 Milliarden Euro; denn Wasser ist ein Schatz, der Schutz braucht. Wasser ist aber in besonderen Situationen auch eine Gefahr, und diese Gefahr braucht Vorsorge.

Zählen wir alle Investitionen zusammen, hat der Freistaat seit dem Jahr 2001 über 4 Milliarden Euro in den Hochwasserschutz investiert. Das waren gute Investitionen. Wir sehen das an der aktuellen Hochwasserkatastrophe. Die Soforthilfen für die Geschädigten der letzten Tage in Höhe von 100 Millionen Euro werden hoffentlich einen Teil der Not lindern. Auch wenn es gestern schon gesagt worden ist: Wir können uns nicht genug bei den Helferinnen und Helfern bedanken, die ihre Freizeit und ihre Kraft zur Verfügung gestellt haben, um die vom Hochwasser Betroffenen zu unterstützen. Natürlich müssen wir gemeinsam die Themen Wassermanagement und Hochwasserschutz voranbringen. Leider hat das nicht nur mit Geld zu tun, sondern auch mit personellen Ressourcen und der Akzeptanz der Lösungen.

Das Bayerische Gewässer-Aktionsprogramm umfasst neben Investitionen in den Hochwasserschutz auch damit kombinierte Maßnahmen zur Verbesserung der Ge-

wässerökologie. Insgesamt werden hier Investitionen in Höhe von 200 Millionen Euro pro Jahr ermöglicht. Wasserleitungen sind wie Arterien unserer Gesellschaft. Für den Bau und die Sanierung von Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen – die RZWas werden allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern etwas sagen – sind in beiden Haushaltsjahren die Rekordsummen von je 180 Millionen Euro veranschlagt. Trotzdem könnte es natürlich immer noch mehr sein.

In die Wasserwirtschaft investieren wir zusätzlich 15,4 Millionen Euro, um unser Grundwassermessstellennetz auszubauen. Wir messen quasi dem Grundwasser den Blutdruck. Ich weiß, dass bei diesem Thema vielen Landwirten der Blutdruck steigt. Bei einigen Messstellen werden sich die Spezialisten noch einmal ansehen müssen, ob sie wirklich geeignet sind.

(Beifall bei der CSU)

Die CSU und die FREIEN WÄHLER wollen dafür sorgen, dass Bayern resilient bleibt und für die Herausforderungen der Zukunft gewappnet ist. Das geht nur gemeinsam. Vielen Dank für die Zusammenarbeit. Ich danke auch unserem Umweltminister Thorsten Glauber, der wahrlich keinen leichten Job hat. Ich danke auch dem Vorsitzenden Alexander Flierl und den Kolleginnen und Kollegen aus dem Umweltausschuss für ihren Einsatz und ihre Gestaltungskraft. Ich danke schließlich meinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Haushaltsausschuss für die wirklich gute und entspannte Zusammenarbeit. Mein besonderer Dank richtet sich an alle, die sich in Bayern für Umwelt- und Verbraucherschutz einsetzen; denn ohne sie wären das alles nur Zahlen. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Der nächste Redner ist Herr Kollege Dieter Arnold von der AfD-Fraktion.

**Dieter Arnold (AfD):** Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürger und Besucher! Ich komme direkt zur Sache: Der neue Haushaltsentwurf enthüllt die Realitätsferne der Staatsregierung auf eindrucksvolle Weise. Während unsere Bürger jeden Euro zweimal umdrehen müssen, verschleudert diese Regierung Steuergeld, als gäbe es kein Morgen. Die Besessenheit, Hunderte Millionen Euro in dubiose Klimaexperimente zu pumpen, ignoriert nicht nur die eigentlichen Bedürfnisse der Menschen in Bayern, sondern zeigt auch die erschreckende Ignoranz gegenüber denen, die das Geld erwirtschaften, und widerspricht jeglicher wirtschaftlichen Vernunft. Nicht genug, dass die Maßnahmen ineffizient sind, sie lassen sich in ihrem Erfolg nicht einmal messen. Unsere wiederholten Anfragen haben gezeigt, dass die Staatsregierung selbst nicht darlegen kann, was ihre Klimaaktionen konkret bewirken. Weder die globale CO<sub>2</sub>-Konzentration noch die angeblich verhinderte Erderwärmung lassen sich beziffern. Fakt ist: Nichts ist belegbar.

Trotz dieser kläglichen Bilanz der Klimapolitik drängt die Regierung weiterhin auf neue Abgaben wie zum Beispiel den Wassercent. Dies ist ein weiterer unverschämter Versuch, den Bürgern noch mehr Geld aus der Tasche zu ziehen, ohne jegliche Rücksicht auf Vernunft und Verhältnismäßigkeit.

(Beifall bei der AfD)

Egal, was passiert, der menschengemachte Klimawandel ist schuld und muss bekämpft werden. Das Ganze erinnert an ein Kasperltheater.

(Beifall bei der AfD)

Im Sinne des vermeintlichen Umweltschutzes hat es die Ampel-Regierung tatsächlich geschafft, unsere einzige sichere und zuverlässige Energiequelle abzuschaffen. Keines unserer sicheren Atomkraftwerke läuft mehr. Was ist die Folge davon? – Die Energiepreise sind in den letzten Jahren durch die Decke gegangen. Es gibt Menschen, die sich den Klimawandel finanziell nicht mehr leisten können und die schon lange an

ihren Belastungsgrenzen angekommen sind, aber das verstehen manche Politiker hier anscheinend nicht, da sie eindeutig zu viel Geld verdienen.

Die Reduktion von Treibhausgasen in Bayern bewirkt ausschließlich eines: das nachhaltige Abwandern unserer Industrie und unserer Arbeitsplätze.

(Beifall bei der AfD)

Lassen Sie es mich klarstellen: Dieser politische Klimawahn ist keine Lösung, sondern treibt die Industrie in die Flucht. Die Kosten dafür zahlen nicht Sie, sondern die hart arbeitenden Mitbürger in unserem Land, deren Kinder, Zukunft, Wohlstand und Sicherheit Sie immer weiter gefährden. Leider muss man den Wirtschaftslaien hier offenbar auch ab und zu erklären, was eine Insolvenz ist. Man hört nicht nur auf zu produzieren. Insolvenz kommt aus dem Lateinischen und bezeichnet die Situation, dass jemand seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen kann. Ich habe lange im Insolvenzgeschäft gearbeitet. Mir muss keiner mehr erzählen, wie es ist, wenn Menschen mit Tränen in den Augen dastehen und sehen, dass ihr Lebenswerk kaputtgegangen ist.

(Beifall bei der AfD)

Traumtänzereien sind bei solch exorbitanten Themen, bei denen Arbeitsplätze und Existenzen auf dem Spiel stehen, nicht angesagt!

(Zuruf)

– Ist egal, Sie kapieren es dann schon irgendwann einmal, wenn es hier kein Pulver mehr gibt.

Warum kommt es überhaupt zu solch katastrophalen Überschwemmungen wie gerade jetzt in Bayern? Der Grund liegt darin, dass die Staatsregierung auf schier unbezahlbare Flutpolder setzt, anstatt sich vermehrt für den Bau von Hochwasserdeichen starkzumachen.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander Flierl (CSU))

In Baden-Württemberg hat man auf Flutpolder verzichtet und die Deiche einfach leicht erhöht.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Die sind, glaube ich, auch untergegangen!)

Flutpolder brauchen riesige Flächen, um die Pegel um nur wenige Zentimeter zu senken, und das in einem beschränkten Umkreis, meine Damen und Herren. Ein Flutpolder in Regensburg hat also keinerlei Auswirkungen auf die Pegelstände in Passau oder umgekehrt! Es ist endlich schnelles Handeln durch eine konsequente Unterstützung unserer Kommunen gefragt; denn vor Ort weiß man am besten, wie Hochwasserschutz gelingt und am kostengünstigsten umgesetzt werden kann.

Weiter im Klimawahn: Die Vertreter der anderen Parteien sprechen vom Erholungsgebiet Wald, und was passiert? Überall werden gesunde Bäume, die tatsächlich in der Lage sind, CO<sub>2</sub> in Sauerstoff umzuwandeln, gerodet und dann Windräder aufgestellt.

(Beifall bei der AfD)

Diese Windräder können aber nur Strom produzieren, wenn der Wind weht. Ich erinnere an den Windkalender, den jeder lesen kann. Dieser ist auch einsehbar.

(Martin Wagle (CSU): Kalender?)

– Ja, den gibt es. Sehen Sie, jetzt haben Sie schon wieder etwas dazugelernt. Hören Sie einfach zu. Das wird schon noch.

(Tim Pargent (GRÜNE): Windatlas! Windkalender kenne ich nicht!)

– Das ist egal. Es gibt auch einen Windkalender. Der Wind darf natürlich nicht zu stark und nicht zu schwach wehen, weil es nur ein gewisses Fenster gibt, in dem Strom produziert wird, was dann den Betrieb eigentlich erst sinnvoll macht. Dafür, dass nur geringe Mengen CO<sub>2</sub> eingespart werden, sind viele gesunde Bäume geopfert worden

und eine nicht unerhebliche Fläche durch Anfahrten bzw. Fundamente versiegelt worden. Ihre Windräder brauchen bei 250 Metern Höhe 1.800 Tonnen Beton!

(Martin Wagle (CSU): Jetzt müssen wir in den Kalender schauen!)

Wo dieser herkommt und dass Zement relativ energieintensiv in der Herstellung ist, interessiert dabei gar nicht. Das passt schon. Dies ist genau die Ignoranz, die ich hören wollte.

(Zurufe)

Warum lehnen Sie unsere Änderungsanträge zur Streichung des Treibhausgasausgleichs ab und zahlen für CO<sub>2</sub>-Zertifikate? Wo sollen die Zahlungen hinführen? Was sollen sie bewirken? Wird dadurch weniger CO<sub>2</sub> ausgestoßen? Dies ist nur eine Art sozialistischer Umverteilung von Geldern. Wir zahlen uns hier mit solchen CO<sub>2</sub>-Abgaben dumm und dämlich, während in China und Indien ein Drittel des weltweiten CO<sub>2</sub> produziert wird und ständig neue Kohlekraftwerke gebaut werden. Es ist klar, dass man mit unseren Ressourcen anders und sparsam umgehen muss, aber Ihre Art von Umweltschutz ist zum Großteil nichts anderes als Verschwendung von Steuergeld.

Insgesamt halten wir den Haushalt im Bereich Umwelt- und Verbraucherschutz für völlig überzogen. Viele der dortigen Ausgaben sind nur noch durch eine ideologische Verblendung erklärbar, aber nicht durch zwingende Notwendigkeit. Die wirklich notwendigen Ausgaben und Maßnahmen können Sie unseren Änderungsanträgen entnehmen. Lesen macht glücklich!

(Beifall und Heiterkeit bei der AfD)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Mir liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Die erste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Kollegen Jungbauer von der CSU-Fraktion.

**Björn Jungbauer (CSU):** Werter Herr Kollege Arnold, Sie haben gerade davon gesprochen, dass es manche Politiker hier im Raum gäbe, die das nicht verstünden, weil sie zu viel Geld verdienen. Haben Sie damit Ihren Kollegen Halemba gemeint, der nicht mehr anwesend ist und Geld erhält?

**Dieter Arnold (AfD):** Jetzt machen Sie sich bitte nicht lächerlich. Das Thema ist viel zu wichtig, als dass wir uns hier darüber lustig machen sollten.

(Zurufe: Oh! – Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU) – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sie sind der Kasperl im Kasperltheater!)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Die zweite Zwischenbemerkung kommt von Herrn Kollegen Martin Behringer von den FREIEN WÄHLERN.

**Martin Behringer (FREIE WÄHLER):** Ja, Herr Arnold, ich hätte mir eine Antwort von Ihnen erwartet, aber anscheinend sind Sie dazu nicht fähig. Zudem sprechen Sie davon, wie viel Grund die Windräder verbrauchen, aber Sie haben noch nie gesagt, wie viel ein Atommüllendlager entsprechend an Grund verbraucht. Erklären Sie uns dies bitte einmal! Sie sprechen immer von Atomkraftwerken, die Sie wollen. Dann sagen Sie uns bitte einmal, was verbraucht bzw. gebraucht wird, um diesen absolut giftigen und gefährlichen Müll endzulagern. Wo machen Sie das dann bzw. wie viel Grund wird dafür verbraucht?

**Dieter Arnold (AfD):** Darf ich?

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Ja, bitte.

**Dieter Arnold (AfD):** Es ist schon witzig. Dies ist genau die gleiche Debatte wie bei Alkohol und Cannabis. Wenn man ein Problem hat, schafft man ein zweites dazu.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Hä?)

Das Entscheidende für mich ist: Die Endlager sind vorhanden. Durch neue Techniken können wir, sage ich jetzt einmal – –

(Zurufe: Wo?)

Bei uns in Deutschland gibt es definitiv End- oder Zwischenlager.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Warum soll man das Problem mit der Kernkraft oder den Brennstäben nicht mit neuen Technologien lösen?

(Unruhe)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Bitte etwas Ruhe und dem Redner zuhören!

**Dieter Arnold (AfD):** Mittlerweile ist alles technologisch lösbar, aber wie gesagt: Der neue Weg der Windräder ist der falsche Weg. Sie wollen das nur nicht eingestehen und es nicht wahrhaben.

(Beifall bei der AfD)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Marina Jakob von den FREIEN WÄHLERN.

**Marina Jakob (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Arnold, Sie haben gesagt, Lesen macht glücklich. Ich würde Ihnen empfehlen, sich mit echter Wissenschaft zu beschäftigen, weil Sie dann richtige, fachkundige Worte von sich geben würden. Sie haben jetzt neun Minuten lang uns und die Bevölkerung mit Unwahrheiten und mit Lügen versorgt. Ich weiß gar nicht, warum wir uns das jede Woche hier wieder antun müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Jetzt kommen wir zu den wirklich wichtigen Dingen unserer Zeit, und zwar zum Haushalt des Umwelt- und Verbraucherschutzministeriums. Wir haben die Aufgaben unserer Zeit erkannt und wissen, was wirklich wichtig ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Im Haushalt für die nächsten zwei Jahre sind pro Jahr über 1,2 Milliarden Euro veranschlagt. Das macht ein Plus allein für das nächste Jahr von 4,1 %. Wir wissen, was wichtig: Das ist Klima- und Umweltschutz in den nächsten Jahren.

Aber nicht nur Klima- und Umweltschutz sind wichtig, sondern auch der Hochwasserschutz, was uns allen das vergangene Wochenende wieder gezeigt hat. Wir haben seit 2001 über 4 Milliarden Euro in den Hochwasserschutz investiert, und bis 2030 werden weitere 2 Milliarden Euro folgen. Aktuell kursieren im Internet Fake News, die vor allem von der SPD-Fraktion kommen, die Bayerische Staatsregierung würde Mittel für den Hochwasserschutz streichen.

(Florian von Brunn (SPD): Stimmt überhaupt nicht!)

– Dann lesen Sie mal! Sie behaupten kontinuierlich, wir wollten statt zehn nur noch neun Polder bauen. Wir haben aus zehn neun Polder gemacht, haben dafür aber einen vergrößert.

(Florian von Brunn (SPD): Das sind zwei verschiedene Paar Stiefel!)

– Nein, das muss ich nicht trennen. Das ist genau der Fall. Wir haben nie Mittel für den Hochwasserschutz gekürzt. Wir werden die Polder bauen und tun das bereits.

Was wichtig ist: Wir müssen weiterhin ganz intensiv am Ausbau des dezentralen Hochwasserschutzes arbeiten. Kein einziger dieser Polder entlang der Donau hätte uns bei diesem Hochwasser, das vor allem an den kleinen Flüssen –

(Florian von Brunn (SPD): Stimmt doch überhaupt nicht!)

– Natürlich stimmt das. – zweiter und dritter Ordnung aufgetreten ist, geholfen. Günzburg, meine Heimat Achsheim wäre mit einem Polder in Ingolstadt trotzdem überschwemmt worden.

(Florian von Brunn (SPD): In Leipheim!)

Wir brauchen dezentralen Hochwasserschutz zusammen mit den Poldern; dann wird daraus ein Gesamtkonzept, mit dem wir für die Zukunft gut aufgestellt sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

An dieser Stelle möchte ich mich bei unserem Umweltminister Thorsten Glauber bedanken. Er war in den letzten Tagen in den Gebieten unterwegs und hat sich angeschaut, was im Hochwasserschutz funktioniert und wo wir eventuell noch nachsteuern müssen. Das ist wahrlich keine einfache Aufgabe, um den Hochwasserschutz in den nächsten Jahren auf einen guten Weg zu bringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dieser Haushalt umfasst aber noch mehr wichtige Punkte; auf einige davon möchte ich jetzt eingehen, vor allem auf die roten Gebiete nach der Düngeverordnung. Die Düngeverordnung, die uns der Bund auferlegt hat, ist eine massive Belastung für unsere Landwirte. Das Umweltministerium fungiert hier nur als vollziehende Behörde. Wir schaffen es aber, die Anzahl der Messstellen, die wir zugesagt haben – 1.500 an der Zahl –, fristgerecht fertigzustellen, um das Messstellennetz zu erweitern und den Landwirten zur Verfügung zu stellen. Dafür sind 17,5 Millionen Euro für dieses Jahr veranschlagt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Fraktion der FREIEN WÄHLER liegt das Handwerk ganz besonders am Herzen. Es freut uns, dass wir Mitte des letzten Jahres endlich die Genehmigung von der EU erhalten haben, auch unsere kleinen Metzgereien zu stärken, indem die Fleischhygienegebühren für kleine Schlachtstätten vereinheitlicht werden: 7 Euro für ein Schwein und 14 Euro für ein Rind sind kalkulierbare Gebühren für die kleinen Schlachtstätten. Unsere bayerischen handwerklichen Kleinmetzgereien werden dadurch massiv entlastet. Dafür werden im Haushalt knapp 10 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir unterstützen unsere Landwirte und Jäger bei der Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest, die uns nach wie vor stark beschäftigt. Dafür sind 9,3 Millionen Euro für dieses Jahr im Haushalt angesetzt. Die ASP ist eine massive Belastung für unsere Landwirte. Wir danken den Jägern für ihren Einsatz.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Auch der Verbraucherschutz kommt nicht zu kurz. Heuer knacken wir zum ersten Mal die 10-Millionen-Euro-Marke. Reparatur-Cafés werden besonders gestärkt und unterstützt. Das ist eine ganz tolle Einrichtung, ein nachhaltiges und soziales Erfolgskonzept. Menschen werden dadurch zusammengeführt, die dort kaputte Gegenstände in Kleingruppen reparieren und gemeinsam an einem Projekt arbeiten. Das ist sozial und nachhaltig und jeden Cent wert, den wir hierfür ausgeben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Für den Umweltbereich sind über 160 Millionen Euro im Haushalt veranschlagt. Beispielhaft möchte ich das Vertragsnaturschutzprogramm nennen. 160.000 Hektar, 28.000 Betriebe profitieren davon. Es ist eine Erfolgsgeschichte, die wir mit 60,5 Millionen Euro in Bayern fortführen. In Bayern ist einzigartig, dass wir die Flächen zusammen mit unseren Landwirten schützen.

Das Streuobstpaket wird ebenfalls weiter ausgebaut und gestärkt. Das fördert unsere Artenvielfalt. Wir wollen bis 2035 1 Million Streuobstbäume zusätzlich in unserem schönen Bayern anpflanzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Für die Klimapolitik werden fast 100 Millionen Euro pro Jahr aufgewendet, um unser Land auf den Klimawandel vorzubereiten. Wir fördern zum Beispiel Photovoltaikanlagen auf den Dächern staatlicher Gebäude. Wir fördern den kommunalen Klimaschutz.

Wir fördern die Umweltinitiative "Stadt.Land.Klima!". Mir persönlich ist ganz wichtig: Wir renaturieren die Moore, und zwar mit unseren Landwirten. Wir wollen, dass die Landwirte ihre Flächen für die Renaturierung der Moore bereitstellen. Wir wollen auch, dass die Paludikulturen auf dem Markt ein wirtschaftliches Ergebnis erzielen. Wir wollen nicht, dass sie dauerhaft von unseren staatlichen Förderungen abhängig sind, sondern wir wollen, dass auch mit dem Anbau von Paludikulturen ein Einkommen in der Landwirtschaft erzielt werden kann; denn nur dann haben wir die Landwirte dauerhaft an unserer Seite, wenn es darum geht, Moorschutz und Klimaschutz zugleich zu leben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zum Schluss möchte ich noch auf die Umwelttechnologien zu sprechen kommen, für die 1 Million Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt werden. Über 300.000 Euro davon gehen zusätzlich an das bifa Umweltinstitut in meiner Heimat Augsburg. Dort wird genau das gemacht, was wir in unserer Zeit brauchen: angewandte Umweltforschung für die Praxis, die sofort anwendbar ist.

Sie sehen also: Der Haushalt des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz führt alles auf: Klimaschutz, Naturschutz, Umweltschutz. Wir haben das große Ganze im Blick, die Herausforderungen unserer Zeit. Ich glaube, mit diesem Haushalt sind wir für die nächsten zwei Jahre gut aufgestellt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Mir liegen drei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor, die erste vom Fraktionsvorsitzenden der SPD, Florian von Brunn. Bitte.

**Florian von Brunn (SPD):** Verehrte Kollegin Jakob, ich will noch mal auf Günzburg zu sprechen kommen. Das wurde auch gestern schon gesagt. Ich glaube, Sie sind da einfach falsch informiert. Wir hatten das Donauhochwasser. Sie wissen vielleicht auch,

dass eigentlich ein Flutpolder Leipheim vorgesehen ist; der hätte natürlich sehr wohl eine entlastende Wirkung auf Günzburg. Die Situation an der Günz war so – ich habe heute mit dem Oberbürgermeister telefoniert –, dass durch das Donauhochwasser das Wasser in die Günz zurückgestaut wurde. Ich bin der festen Überzeugung, dass ein Flutpolder Leipheim hier für Entlastung gesorgt hätte. Das unterstreicht für mich die Notwendigkeit, diese Flutpolder jetzt schnell, und zwar schneller, als bisher geplant, auszubauen. Die verstrichene Zeit ist viel zu lang.

Die Äußerung von Hubert Aiwanger, Flutpolder hätten in dieser Situation nichts gebracht, sollte man besser nicht wiederholen. Das halte ich für Fake News.

**Marina Jakob (FREIE WÄHLER):** Herr Kollege, Sie wissen, dass Flutpolder dafür gebaut werden, um die Spitze der Welle zu kappen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Richtig!)

Das heißt, es geht um 3 bis 8 Zentimeter, die man mit dem Öffnen eines Flutpolders kappen kann.

(Florian von Brunn (SPD): 10 %!)

Das hätte Günzburg minimal geholfen, aber nicht die Katastrophe in der Unterstadt verhindert.

Natürlich müssen wir die geplanten Polder nacheinander bauen. Daran halten wir auch fest. Das ist gar keine Frage. Polder wären aber nicht die Problemlösung für alles hier gewesen, wie es von den Medien und auch von Ihnen hier kommuniziert worden ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Die nächste Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Patrick Friedl, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte.

**Patrick Friedl (GRÜNE):** Liebe Frau Kollegin Jakob, Sie haben angesprochen, dass dem dezentralen Hochwasserschutz zunehmend Beachtung zu schenken ist. Am besten wäre es natürlich, wir hätten nicht die zunehmenden Starkregensituationen. Das ist aber so, und solche Ereignisse werden massiver werden. Das haben Sie auch beschrieben. Deswegen meine Frage: Welche zusätzlichen Mittel stehen denn in diesem Umwelthaushalt für den dezentralen – wir nennen es auch ökologischen – Hochwasserschutz zur Verfügung? Was kam wirklich zusätzlich dazu? Was haben Sie angesichts der aktuellen Hochwasserlage dabei erreicht, dass zusätzliche Mittel in den Haushalt aufgenommen wurden? – Wir befinden uns mitten in den Haushaltsberatungen. Es gab Nachtragsanträge. Was ist gekommen? – Ich habe nichts gesehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Marina Jakob (FREIE WÄHLER):** Für den Hochwasserschutz der nächsten Jahre werden es 3 und 4 Millionen Euro mehr sein. Natürlich müssen wir das weiter ausbauen und beschleunigen. Die Gelder werden abgerufen. Wir sind dabei. Wir gehen damit einen guten Weg.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

– Wir haben auch noch wichtige andere staatliche Aufgaben, die wir zu erfüllen haben.

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Die letzte Zwischenbemerkung, zu der mir eine Meldung vorliegt, kommt von Prof. Dr. Ingo Hahn von der AfD-Fraktion.

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Geschätzte Frau Jakob von den FREIEN WÄHLERN, Sie haben geflissentlich nicht erwähnt – wir befinden uns im Bereich Umwelt –, dass die Windkraftanlagen in die letzten Naturschutzgebiete und in die staatlichen Forsten gebaut werden. Das geschieht übrigens auf Initiative von Herrn Aiwanger, der jetzt leider bei dieser Diskussion nicht da ist. Vielleicht interessiert es ihn auch nicht. Herr Minister Glauber ist aber dafür verantwortlich. Die Windräder werden in die letzten intakten

Wälder gebaut, wo der Wind eingreifen kann. Herr Kollege Arnold hat es eben schon gesagt, was wir alles an Beton und Stahl dort hineinvestieren müssen. Das sind auch natürliche Ressourcen. Dazu haben Sie kein Wort gesagt. Zwar haben Sie das Wort "Artenvielfalt" erwähnt, aber Sie haben nicht erwähnt, was das für die Artenvielfalt im Negativen bedeutet. Dazu zählt der Verlust von Vögeln. In Deutschland sind es jedes Jahr 200.000 Individuen – zum Beispiel Fledermäuse. Sie alle stehen auf der Roten Liste. Ich nenne das Stichwort "Bienensterben".

(Unruhe)

Die Artenvielfalt bei den Insekten nimmt gerade durch Ihre Windräder gravierend ab.

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Sie stellen sich hierhin und sagen kein Wort dazu.

**Marina Jakob (FREIE WÄHLER):** Herr Kollege, jedes Mal, wenn ich am Pult stehe, führen wir die gleiche Diskussion. Ich lasse mich wieder als Katzenmörderin hinstellen. Ich werde wieder sagen, dass die Katze der größte Feind des Vogels ist und nicht das Windrad.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich lade Sie gerne ein. Wir können uns gemeinsam eine Windkraftanlage anschauen. Schauen Sie sich an, was sich unter der Windkraftanlage für ein Kleinbiotop entwickelt. Zwar werden ein paar Bäume gefällt, aber diese werden in der ganz normalen Waldbewirtschaftung auch gefällt. Oft bleiben Nassflächen zurück. Das ist eine hervorragende Fläche im Wald für neue Arten, die sich dort ansiedeln können. Lesen Sie sich einmal Studien durch. Es gibt ganz viele Vögel, die sich dort wieder ansiedeln, weil dort eine Windkraftanlage steht. Der Rote Milan kommt beispielsweise, nachdem dort eine Windkraftanlage steht. Das sind keine Fake News. Schauen Sie sich das an.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU und den GRÜNEN – Florian Streibl  
(FREIE WÄHLER): Bravo!)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Der nächste Redner ist Herr Kollege Christian Hierneis von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Christian Hierneis (GRÜNE):** Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich spreche vor allem zu dem Antrag auf der Drucksache 19/1249. Für Regenereignisse wie das vom vergangenen Wochenende werden wir vermutlich niemals so ausreichende Maßnahmen treffen können, dass gar keine Schäden mehr entstehen. Aber wir können die Folgen deutlich abmildern. Alle Prognosen sagen solche Wetterextreme seit Langem voraus. Seit Langem wissen wir also, dass so etwas immer und überall auftreten kann. Deshalb müssen wir handeln. Mit unserem Antrag wollen wir, dass flächendeckend eine wassersensible Landschafts- und Stadtentwicklung umgesetzt wird. Dazu gehört der ökologische Hochwasserschutz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das bedeutet, dass wir Wasserrückhalteflächen in unserer Landschaft brauchen, die bei Stark- und Dauerregenereignissen das Wasser zurückhalten. Wir brauchen die Renaturierung von Flüssen und die Renaturierung von Auen und Mooren, die aus unserer Sicht lange nicht so gut und weit vorangeschritten sind, wie Sie es gerade gesagt haben, Frau Jakob. Wir brauchen mehr Landschaftsstrukturen. Dazu zählen Hecken in der Landschaft oder anderes, was Wasser aufhalten kann. Wir brauchen deutlich weniger Versiegelung und weitere Maßnahmen, die für Wasserrückhalt sorgen, vor Hochwasser schützen und für Trockenzeiten vorsorgen. Wir brauchen somit Schwammlandschaften. Wir brauchen davon deutlich mehr, als es bisher gibt. Für unsere Dörfer und Städte brauchen wir das Schwammstadt-Prinzip. Viel von dem hat die Staatsregierung und insbesondere das Umweltministerium in Papiere geschrieben. Das hat sie bei allen möglichen Regierungserklärungen und Reden auch immer wieder herausposaunt. Bei der Umsetzung spielen Sie dann doch eher die Triangel.

Ja, wir brauchen beides, ökologischen und auch technischen Hochwasserschutz. Die Gelder, die Sie im Haushalt für Hochwasserschutz eingestellt haben, fließen zum überwiegenden Teil in den technischen Hochwasserschutz. Damit schützen Sie einzelne Orte, wenn es denn klappt, aber nicht die gesamte Fläche. Meistens regnet es nicht dort, wo der technische Hochwasserschutz installiert ist. Stattdessen regnet es 50, 100 oder 200 Kilometer entfernt. Wir müssen dort, wo der Regen draußen in der Landschaft vom Himmel fällt, so viel Wasser wie möglich in der Landschaft halten, bevor es erst in die Bäche, dann in die Dörfer und schließlich quer durch Bayern fließt und überall Schäden anrichtet. Wenn das Wasser dann doch in den Bächen und Flüssen landet, brauchen wir Überschwemmungsflächen im nicht bebauten Bereich. Dafür müssen wir unsere Bäche und Flüsse renaturieren und aufweiten, wo immer es möglich ist – Breitwasser statt Hochwasser.

Selbstverständlich brauchen wir auch technischen Hochwasserschutz, aber nicht nur im Großen, sondern vor allem auch im Kleinen, in den Kommunen. So schaut die Strategie aus. In Mering, in Kissing, an der Zusam, an der Wertach helfen die Maßnahmen an der Donau nicht. Dort brauchen wir dezentralen Hochwasserschutz. Für all das brauchen wir im Übrigen auch deutlich mehr Personal an den Wasserwirtschaftsämtern und keinen weiteren Stellenabbau, wie Sie ihn seit Jahren betreiben. Wir haben 1.000 Stellen weniger als vor 30 Jahren an den Wasserwirtschaftsämtern.

Stimmen Sie somit unserem Änderungsantrag zu. Er hilft bei Hochwasser und bei Wassermangel. Beides werden wir vermehrt erleben. Wir können etwas dagegen tun, 60 Millionen Euro in diesem Jahr und 120 Millionen Euro im nächsten Jahr. Das wäre doch ein Anfang.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Anna Rasehorn von der SPD-Fraktion.

**Anna Rasehorn (SPD):** Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrter Minister, liebe Kolleg:innen der demokratischen Fraktionen! Vor 25 Jahren hat das Pfingsthochwasser meinen ganzen Stadtteil überschwemmt. Damals war ich gerade sieben Jahre alt. In meinem Elternhaus ist der ganze Keller vollgelaufen. Damals war das eine Katastrophe. Diese schlimmen Erfahrungen machen gerade leider auch viele Bayer:innen. Die zahlreichen und verheerenden Überflutungen der letzten Tage haben uns drastisch vor Augen geführt – auch wenn Sie das dort drüben nicht verstehen –, dass Maßnahmen zum Umweltschutz keine politische Beliebigkeit sind, sondern eine dringende Notwendigkeit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das Verharren in veralteten Denkmustern verzögert die Umsetzung. Dabei brauchen wir dringend präventiven Umweltschutz und effektive Maßnahmen, wenn wir die Auswirkungen des Klimawandels jetzt bekämpfen und weiteren Katastrophen vorbeugen wollen. Umweltschutz ist nämlich nicht verhandelbar. An dieser Stelle müssen wir schneller werden. Vor 25 Jahren haben wir angefangen, die Wertach zu renaturieren. Jetzt bin ich erwachsen und habe ein eigenes Kind, und die Baumaßnahmen sind leider immer noch nicht fertig. Ich glaube, wir müssen wirklich schneller werden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ein zentrales Anliegen unserer Fraktion ist die Einführung des Wassercent, für den wir einen eigenen Einnahmetitel schaffen konnten. Die steigenden Dürre- und Trockenperioden machen einen nachhaltigen Umgang mit unserer wertvollsten Ressource, dem Wasser, umso wichtiger. Wir sind davon überzeugt, dass diese Maßnahme ein wichtiger Schritt im Kampf gegen die Verschmutzung und den übermäßigen Verbrauch von Wasser ist. Das haben uns die Experten bei der Trinkwasser-Anhörung im Umweltausschuss – vielen Dank an den Umweltausschuss – bestätigt.

Der Wassercent – das ist vor allem für uns als SPD wichtig – ist auch eine Verteilungsfrage. Damit wird auch die privatwirtschaftliche Entnahme geregelt. Wir alle kennen

die Schreckensbilder von Nestlé, die in Spanien und Afrika Grundwasser abpumpen. Aldi Nord hat jetzt Grundwasserbrunnen im Altmühltal gebaut. An dieser Stelle müssen wir uns schon fragen: Wollen wir das? Liebe CSU, liebe FREIE WÄHLER, ihr habt den Wassercent im letzten Koalitionsvertrag und auch in diesem Koalitionsvertrag verankert. Wir haben jetzt die Haushaltsstelle geschaffen. Deshalb freuen wir uns darauf, im kommenden Jahr über den Wassercent zu reden und diesen einzuführen.

(Beifall bei der SPD)

Neben dem bewussten Umgang mit Wasser ist es wichtig, dass wir das Wasser in der Erde binden und dem Boden ermöglichen, dieses Wasser aufzunehmen. Wir haben gerade erlebt, dass das Menschenleben retten kann. Hier müssen wir an einem Strang ziehen: Landwirtschaft, Umweltschutzverbände, Forstwirtschaft, Ernährung, Wirtschaft, die Bürger:innen und die Politik gemeinsam. Deshalb verwundert es uns sehr, dass beispielsweise die Umsetzung des Moorschutzes und die Wiedervernäsung landwirtschaftlicher Flächen mit so wenig Nachdruck betrieben werden. Ich erinnere mich an unsere Anträge, mit denen wir mehr Mittel für den Moorschutz im Staatswald gefordert haben. Für die Agroforst- und Agri-PV-Systeme und die Paludikulturen müssen wir definitiv ein besseres Bewusstsein schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Auch in unseren Kommunen müssen wir Flächen entsiegeln, die richtigen Bäume pflanzen, und die Kommunen müssen neue Wege als Schwammkommunen gehen; denn jeder Euro, der präventiv eingesetzt wird, den sparen wir bei den Ausgaben. Wir müssen nur sehen, wie viele Unterstützungsleistungen wir jetzt brauchen und welche Gesundheitskosten durch negative Umwelteinflüsse auf uns zukommen. Dann sparen wir jeden Cent, den wir jetzt investieren, an anderer Stelle. Handeln wir deswegen endlich!

(Beifall bei der SPD)

Ebenso wichtig sind der Schutz und die Versorgung unserer Tiere. Wir sind zutiefst besorgt über die unzureichende Finanzierung der Tierheime, die stets überfüllt sind und viele unserer Aufgaben als Freistaat übernehmen. Deswegen ist es inakzeptabel, dass wir die Tierheime an ihre Kapazitätsgrenzen bringen und dann auch noch ihre Gelder kürzen. Das ist wirklich unerhört.

(Beifall bei der SPD)

Es ist an der Zeit, dass wir den Tierschutz ernst nehmen und die notwendigen Mittel bereitstellen, um die Tierheime angemessen auszustatten und die Versorgung der Tiere sicherzustellen. Tiere sind schutzbedürftige Lebewesen, die ein Recht auf ein würdevolles Leben haben und nicht vernachlässigt werden dürfen.

(Zuruf von der AfD: Auch die Rotmilane!)

Die letzten Tage haben gezeigt: Es ist nicht mehr fünf Minuten vor zwölf – bei denen da drüben schon –, sondern nur noch ein paar Sekunden vor zwölf. Aber davon sieht man in diesem Haushalt nicht viel, und deswegen können Sie sich überraschen lassen, wie wir abstimmen werden. – Vielen lieben Dank für eure Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Entschuldigung, es liegt noch eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Kollegen Nolte von der AfD vor. Sie ist gerade reingekommen, war aber noch pünktlich.

**Benjamin Nolte (AfD):** Vielen Dank für Ihre Ausführungen. Sie hatten das Thema Tierschutz angesprochen. Wie stehen Sie denn da zum betäubungslosen Schächten? Das würde mich mal interessieren.

(Unruhe und Widerspruch bei der SPD – Florian von Brunn (SPD): Lieber Gott, schmeiß Hirn vom Himmel!)

**Anna Rasehorn (SPD):** Ich bin erstaunt, dass Sie immer wieder dieses Thema angreifen. Ich glaube, wir haben das juristisch und rechtlich hier genau geklärt. Wie gesagt, das können Sie gerne nachschauen. Ich glaube, dafür müssen wir die Zeit jetzt nicht schon wieder verschwenden.

(Beifall bei der SPD – Unruhe und Widerspruch bei der AfD)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Nächster Redner ist Alexander Flierl für die CSU-Fraktion. Bitte.

**Alexander Flierl (CSU):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute nicht nur den Haushalt für die kommenden zwei Jahre, sondern wir ringen auch um die entscheidenden Zukunftsthemen in den nächsten zwei Jahren, die durch Zahlen und auch die entsprechenden finanziellen Mittel in diesem Doppelhaushalt untermauert werden. Ich möchte zwei zentrale Blöcke herausgreifen, die für unsere Heimat und für ihre Menschen von existenzieller Bedeutung sind.

Das ist zum einen der Natur-, Klima- und Umweltschutz und natürlich zum anderen das Megathema Wasser. Für uns als die die Regierung stützenden Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER ist das eigentlich eine Selbstverständlichkeit, weil wir das immer mit zum Hauptthema unserer Umweltpolitik machen. Aber ich glaube, gerade in den letzten Tagen ist uns wieder eindringlich vor Augen geführt worden, wie wichtig dieses Thema ist und wie gut es auch war, dass wir seit jeher hier entsprechend investiert haben.

Zum ersten großen Block des Natur-, Klima- und Umweltschutzes, des Erhalts unserer Schöpfung: Die Schönheit unserer Landschaft, der Reiz unserer Natur ist ein hohes Gut. Für dieses Geschenk, das uns gegeben worden ist, tragen wir eine gesteigerte Verantwortung. Dieser Verantwortung werden wir auch mit diesem Doppelhaushalt ganz sicher gerecht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die gesetzlichen, die politischen Weichenstellungen sind auch in der letzten Legislatur erfolgt, durch die Umsetzung des Volksbegehrens, durch unser Versöhnungsgesetz, durch die Änderung des Bayerischen Naturschutzgesetzes. Wir unterstreichen dies mit einem kraftvollen Plus an Förderung.

Von 140 Maßnahmen, die wir festgelegt haben, sind 80 % bereits umgesetzt, und die restlichen 20 % werden wir auch mit der Unterstützung der finanziellen Mittel aus diesem Doppelhaushalt entsprechend umsetzen.

Wir investieren mit 220 Millionen Euro im Jahr ganz massiv in den Naturschutz und in die Landschaftspflege. Ich möchte da nur – wie es schon geschehen ist – den Vertragsnaturschutz herausgreifen, im Offenland, aber eben auch im Wald. Bei der Landschaftspflege sind es fast 35 Millionen Euro, und die gleiche Summe, noch mal 35 Millionen Euro, ist es im Moorschutz.

Dabei setzen wir auch ein ganz klares Signal für die Erlebbarkeit, dass man also die Naturschönheiten auch genießen kann, indem wir bei dem Aufbau der Einrichtungen der Naturparkzentren ein deutliches Plus hinzulegen und auch die Mittel für die Gebietsbetreuungen verstetigen, insbesondere in den Naturparks, aber auch entsprechend bei den so wichtigen Bereichen wie den bestehenden Biosphärenreservaten. Aber wir setzen auch bei unseren Landschaftspflegeverbänden einen deutlichen Akzent.

Wir wissen, dass die Natur Zeit braucht für die Entfaltung und dass der Erhalt und die Stärkung der Biodiversität ein langfristiger Prozess sind. Da werden wir in unseren Anstrengungen ganz sicher nicht nachlassen. Wir schützen und erhalten Bayerns einzigartige Natur und seine Artenvielfalt. Das ist unser Bekenntnis. Das ist unsere DNA und unser urkonservatives Anliegen. Das schlägt sich auch in diesem Doppelhaushalt nieder, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dies unterscheidet uns auch von der Bundesregierung. Wir stehen für eine Verständigung im Naturschutz, für einen kooperativen Ansatz im Naturschutz. Wir wissen, dass wir unsere Ziele im Natur- und Umweltschutz eben nur mit unseren Partnern, gemeinsam mit den Landwirtinnen und Landwirten, umsetzen können. Da brauchen wir einen Schulterschluss. Etwas für die Natur zu erreichen, funktioniert eben nur im Zusammenspiel aller Beteiligten und nicht im Gegeneinander, wie auch die grüne, ideologisierte Umweltpolitik der Bundesregierung zeigt, bei der immer nur ein Feindbild aufgebaut wird, anstatt auf Kooperation zu setzen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

In diesem Zusammenhang wissen wir insbesondere auch, dass es erforderlich ist, manchmal bei Konflikten im Hinblick auf gewisse geschützte Tierarten einzugreifen. Das gilt für den Wolf, das gilt für den Fischotter, aber das gilt zum Beispiel auch für die Saatkrähen, bei denen wir uns auch dazu entschieden haben, die Mittel für das Management der Saatkrähen entsprechend auszubauen und zu stärken; denn wir wissen eben, dass wir zum Schutz unserer Landwirte, die natürlich besonders unter den Saatkrähen leiden, aber gerade auch in den urbanen Gebieten Lösungen anbieten müssen. Auch in diese Richtung geht ein kräftiges Signal von diesem Doppelhaushalt aus.

Im Bereich des Naturschutzes sind sicherlich auch die Maßnahmen für den Klimaschutz und die Klimaanpassung nicht wegzudenken. Für uns ist das auch der Dreiklang einer verlässlichen Politik, dass wir Klimaschutz, Wirtschaftlichkeit und soziale Verträglichkeit miteinander immer wieder betonen.

Bei der AfD ist das natürlich wie immer vorhersehbar. Es ist wie immer ignorant und immer wieder die gleiche Leier. Es ist letztendlich immer das Thema, dass der Klimawandel geleugnet wird. Ich sage ganz ehrlich eines: Wer nach dem vergangenen Wochenende immer noch die Klimaänderungen leugnet, der muss entweder blind sein oder der muss Tinte gesoffen haben. Anders kann man sich das nicht erklären.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich glaube, wir setzen hier mit fast 98 Millionen Euro und im nächsten Jahr mit 99 Millionen Euro ein starkes Signal. Wir unterstützen dadurch Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, stärken den kommunalen Klimaschutz, auch die Investitionen in die Initiative "Stadt.Klima.Natur". Auch die wasserwirtschaftlichen Vorhaben für Hoch- und Niedrigwasser, Dürre und Trockenheit finden hier ihren entsprechenden Niederschlag.

Der zweite große Bereich ist natürlich das Thema Wasser. Dass wir die langfristige Sicherstellung des Wasserschutzes und der Wasserversorgung für ganz Bayern erreichen wollen und dass das für uns höchste Priorität hat, ist eine klare Selbstverständlichkeit; nicht erst seit Fronleichnam und nicht erst seit dem vergangenen Wochenende. Dieser Haushalt unterstreicht wiederum, dass wir in den Bemühungen nicht nachlassen, dass wir hier weiter ansetzen, bei der Trinkwasserversorgung, beim Schutz des Wassers, auch als Lebensraum für Fische und andere Lebewesen, dass wir eine hervorragende Trinkwasserqualität weiterhin sicherstellen wollen, dass wir die Kommunen in Härtefällen mit unseren RZWas unterstützen, eben bei der Wasserversorgung und bei der Abwasserentsorgung. Wir packen da auch noch mal 15 Millionen Euro im kommunalen Finanzausgleich drauf und stocken auf 165 Millionen Euro auf.

Ich glaube, der gesamte Wasserbereich zeigt eben auch, wie hoch die Investitionsquote nicht nur im bayerischen Haushalt insgesamt ist, sondern gerade auch im Einzelplan 12. Wenn man da die Investitionsquote und die wasserwirtschaftlichen Vorhaben, die im Einzelplan 13 verortet sind, mit hinzunimmt, dann landen wir bei rund 37 % Investitionsquote. Das ist meines Erachtens etwas, was sich sehen lassen kann. Das unterstreicht die Bemühungen dieser Staatsregierung, die uns ganz klar vor Augen führt, was wichtig ist und was wir erreichen wollen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das unterscheidet uns

(Florian von Brunn (SPD): Umgekehrt wird ein Schuh draus!)

eben auch vom Bund, der immer nur Strategien aufstellt, aber dann eben bei der Umsetzung ins Stocken gerät, und zwar in der gesetzlichen Umsetzung und insbesondere bei der finanziellen Ausstattung. Hier setzen wir bereits mit unserer Strategie "Wasserzukunft Bayern 2050", wo wir ganz gezielt Maßnahmen benennen und auch entsprechend finanziell unterlegen, einen ganz klaren Kontrapunkt.

Wir werden auch weiterhin kraftvoll investieren, insbesondere auch in den Hochwasserschutz. Wir haben es in den vergangenen 20 Jahren getan und werden es auch in den kommenden 20 Jahren ganz klar so fortsetzen. Wir werden auch beim Hochwasserschutz zusammen mit den Kommunen an einem Strang ziehen.

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Herr Kollege, denken Sie an Ihre Redezeit, bitte.

**Alexander Flierl (CSU):** Das gilt für den technischen Hochwasserschutz, aber auch für die Sicherung von Retentionsräumen und beim Ausbau des Risikomanagements. Ich glaube, dieser Doppelhaushalt – –

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Alexander Flierl (CSU):** Ich habe ja noch eine Zwischenbemerkung.

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Richtig, die rufe ich auch gleich auf, dann gibt es wieder eine Minute.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Kollegen Patrick Friedl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor. – Bitte.

**Patrick Friedl (GRÜNE):** Lieber Herr Kollege Flierl, meine Frage geht in die Richtung, was Sie schon angesprochen haben, und zwar geht es um die Zuwendung für wasserwirtschaftliche Vorhaben und deren Bedeutung sowie um die 15 Millionen Euro, die da bereits hineingeflossen sind. Was haben Sie angesichts der jetzigen Lage und der

dramatischen Unterfinanzierung gerade für den Bereich Sturzflutrisikomanagement und die Gewässer dritter Ordnung unternommen, damit diese Mittel jetzt noch einmal deutlich erhöht werden? Denn wenn wir beschleunigt weiterkommen wollen, dann müssen hier zusätzliche Mittel eingeplant werden. Ich kann nicht erkennen, dass das geschehen ist.

**Alexander Flierl (CSU):** Da kann ich Ihnen gerne Nachhilfe geben. Wir haben seit jeher ein entsprechendes Sturzflutrisikomanagement implementiert, wo wir ganz massiv auch die Kommunen unterstützen. Auch das Aufsetzen von Maßnahmen und Konzepten ist Teil der sogenannten RZWas. Das wird oft ein bisschen unterschlagen, weil man zumeist nur über Wasserleitungen oder Abwasserkanäle spricht. Wir unterstützen unsere Kommunen bei den RZWas, zum Beispiel auch bei der ökologischen Ausrichtung der Gewässer dritter Ordnung nach der Wasserrahmenrichtlinie. Da packen wir auch kraftvoll mit an. Ich kündige jetzt schon an: Wir werden dieses Förderprogramm weiter fortsetzen. Wir sind gewillt, das über dieses Jahr weiter fortzuführen, um auch da kraftvolle Signale zu setzen.

Ich bin überzeugt, dass dieser Doppelhaushalt zeigt, dass wir Politik für Natur, Umwelt und insbesondere für die natürlichen Lebensgrundlagen machen. Wir tun dies bei den wasserwirtschaftlichen Vorhaben, wir tun es bei Natur und Umwelt –

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Herr Kollege, Ihre Minute ist jetzt auch um.

(Heiterkeit)

**Alexander Flierl (CSU):** – und werden unsere kraftvollen Anstrengungen weiter fortsetzen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Danke schön. – Als nächsten Redner rufe ich auf: Patrick Friedl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

(Patrick Friedl (GRÜNE) schenkt sich ein Glas Wasser ein – Florian von Brunn (SPD): Wassercent!)

**Patrick Friedl (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich stehe unter dem Eindruck der Ereignisse der letzten Tage und erwähne es auch jetzt noch einmal. Unser herzlicher Dank gilt den Helferinnen und Helfern vor Ort, die seit Tagen bis zur Erschöpfung ihre Mitmenschen in Notlagen unterstützen. Unsere Gedanken sind bei den Betroffenen und den Opfern der Flutkatastrophen, und wir hoffen, dass weitere Vermisste gerettet werden können.

Wieder müssen Menschen in Bayern erleben, wie bedrohlich Hochwasser sein kann. Es kann das Lebenswerk ganzer Generationen zerstören, und es gefährdet Leben. Menschen kommen in den Wassermassen um.

Durch die Klimaüberhitzung werden Starkregenereignisse mit Überschwemmungen leider immer häufiger. Deshalb muss Vorsorge oberstes Ziel von Politik sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Hochwasserschutz der Staatsregierung fokussiert sich auf Großprojekte wie Polder, die teuer und sehr langwierig in der Umsetzung sind, wie wir erleben. Viel stärker müsste der Fokus auf ökologischen Hochwasserschutz und die Sturzflutvorsorge in der Fläche sein. Jeder Liter Wasser, der zurückgehalten wird, vermindert Hochwasserrisiken.

Konkrete Gefährdungssituationen müssen vor Ort identifiziert werden, wir brauchen Starkregengefahrenkarten und Sturzflutmanagementkonzepte für alle potenziell gefährdeten Orte. Hier muss der Freistaat endlich aktiv werden. Es hat zweieinhalb Jahre gedauert, bis die Sturzflut-Hinweiskarten endlich veröffentlicht wurden. Wir haben sehr viel Druck dahinter gelegt. Warum wurde die Zeit nicht wenigstens dafür genutzt, um diese Karten für alle gefährdeten Kommunen aufzubereiten und sie jetzt zum Handeln aufzufordern? Sturzflutvorsorge darf kein Zufallsprodukt bleiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In dem vom Pfingsthochwasser betroffenen Saarland haben bereits vier Fünftel der Kommunen im Land Hochwasser- und Sturzflutvorsorgekonzepte auf den Weg gebracht. Davon ist Bayern meilenweit entfernt. Auch eine konsequente Förderung der Umsetzung der wenigen bestehenden Sturzflutkonzepte gibt es in Bayern nicht. Hier werden die Kommunen im Regen stehen gelassen.

Die Klimaanpassungen und auch der Klimaschutz sollten längst Pflichtaufgabe für Kommunen in Bayern sein, aber entsprechende Anträge von uns haben Sie von den Regierungsfractionen stets abgelehnt, was in Ihre Logik auch passt; denn ansonsten müssten Sie die Kommunen finanziell erheblich besser ausstatten und den Umwelthaushalt deutlich erhöhen, und das wollen Sie nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch Hitzewellen nehmen in Bayern zu. In extrem heißen Sommern sterben laut Ärztekammer in Deutschland mehr Menschen als im Straßenverkehr. Mit nicht einmal 300.000 Euro wurden bisher kommunale Hitzeaktionspläne gefördert, und auch hier gibt es keinen echten Aufwuchs.

Der gesamte Klimaschutz- und Klimaanpassungsetat des Umweltministeriums liegt bei weniger als 100 Millionen Euro. Das ist viel zu niedrig. Zum Vergleich: Der Etat für Staatsstraßen liegt im Jahr 2024 immer noch bei 500 Millionen Euro. Auch beim Moorschutz geht in Bayern kaum etwas voran. Noch immer warten über 200.000 Hektar entwässerte Moore dringend auf die Wiedervernässung. Bis zu 6 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> werden so jährlich zusätzlich freigesetzt. Dabei wären die Moore unsere natürlichen Klimaschutzschatzkammern. Wo bleibt der koordinierte Moorschutz? Warum richtet Bayern nicht endlich mit Unterstützung des Bundes eine Moorschutzagentur ein wie Mecklenburg-Vorpommern, die uns das vorgemacht haben?

(Zuruf)

Stattdessen verzettelt sich Bayern mit einzelnen befristeten Stellen in den Regionen, bei denen Ihnen die Leute oft bald wieder abspringen. Moorschutz ist Daueraufgabe. Entfristen Sie die Stellen, begründen Sie eine Moorschutzagentur, und entfesseln Sie den Moorschutz in Bayern endlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lieber Herr Minister Glauber, erneut schrumpft inflationsbereinigt Ihr Umwelthaushalt, und das Ergebnis preisen Sie alle hier, und das, obwohl die Aufgaben bei Klimaanpassung, Klimaschutz, Moorschutz, Wasserschutz, beim Arten- und Lebensraumschutz stetig wachsen. Sie haben es längst selbst erkannt: Im letzten Herbst haben Sie für den Wasserschutz 540 Millionen Euro jährlich mehr gefordert. Davon findet sich in diesem Haushalt so gut wie nichts. Gerade jetzt hätten Sie endlich mindestens für den beschleunigten Hochwasserschutz mehr durchsetzen müssen.

Was muss eigentlich noch passieren, damit Sie die Kommunen wirksam unterstützen, die die Hauptlast der Klimaschäden tragen? Jetzt wird der Haushalt schon so spät im Jahr eingebracht. Warum handeln Sie nicht in dieser Woche?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diesen unverantwortlichen Haushalt lehnen wir ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Für die Staatsregierung hat der Staatsminister Thorsten Glauber um das Wort gebeten. Bitte schön.

**Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz):** Sehr geehrter Herr Präsident, verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor wenigen Tagen hätte ich meine heutige Rede mit dem Hinweis auf die Verbraucherschutzministerkonferenz in Regensburg, die nächste Woche stattfindet, begonnen und den Begriff

"An der schönen blauen Donau" verwenden dürfen. "An der schönen blauen Donau" ist jetzt natürlich Geschichte.

Die Einsatzkräfte – damit möchte ich ebenfalls beginnen – haben in den letzten Tagen Übermenschliches geleistet. Die Blaulichtfamilie und vor allem die Bürgerinnen und Bürger in Bayern haben Unglaubliches geleistet.

Schaut man sich einmal die Nacht von Mittwoch auf Donnerstag an: Donnerstag war in Bayern Fronleichnam, ein Feiertag. Diese kluge Entscheidung, Mittwochnacht die Landkreise in Schwaben, im Allgäu zu informieren, damit sie sich auf dieses Starkregenereignis vorbereiten, war bei all den Schäden, die entstanden sind, gewinnbringend. Es war wichtig, dass die Feuerwehren und Krisenstäbe bereits an Fronleichnam, an diesem Feiertag, getagt haben, sodass man im Prinzip die Zeit genutzt hat, um sich auf das vorzubereiten, was dann passiert ist. Am Ende sind in gewissen Teilen des Allgäus und in gewissen Ortschaften binnen 24 Stunden 200 Liter und mehr an Niederschlag runtergekommen. Man hat also eine Badewanne auf einen Quadratmeter ausgekippt, und das im Allgäu. Das Allgäu ist eigentlich ein Stück weit bei Hochwasser stabil, das Allgäu ist eigentlich der Schwamm, das Allgäu ist eigentlich aufnahmefähig. Aber der Mai hat enorm viel Regen gebracht, und dieser starke Regen im Mai hat die Böden gesättigt. Damit war pro Quadratmeter eine Badewanne ausgekippt, und das über das ganze Allgäu verteilt. Auch in Baden-Württemberg hat das zu einer enormen Herausforderung geführt. Diese enorme Herausforderung haben auch die Gewässer dritter und zweiter Ordnung am Ende nicht mehr stemmen können.

Es hat gezeigt, dass Hochwasserschutzmaßnahmen mit einem Klimazuschlag, HQ100 plus Klimazuschlag, ein 200-jährliches Hochwasser abkönnen müssen. Diese Maßnahmen haben funktioniert. Diese Maßnahmen haben gehalten, und diese Maßnahmen haben am Ende Schutz gebracht. Aber wenn solche Wassergewalten über Süddeutschland kommen, dann sind die Herausforderungen enorm und wir werden am Ende alle damit leben müssen. Diese Starkregenereignisse werden in den nächsten Jahren weiter zunehmen und stärker werden.

Deshalb gilt noch einmal mein großer Dank den Einsatzkräften und allen, die mitgeholfen haben. Wir haben eine große Solidarität der Nachbarschaft gesehen. Auch gilt der Dank unserer Bundeswehr, die ebenfalls vor Ort war. Ich sage auch einen herzlichen Dank an alle, die in der Politik Verantwortung getragen haben. Ich habe in den letzten Tagen viele Landrätinnen und Landräte, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Kreisbrandrätinnen und Kreisbrandräte getroffen, die nur wenige Stunden geschlafen haben; sie haben sich oftmals nur zwei Stunden hingelegt. Das ist eine enorme Leistung. Ich muss sagen, da hat Bayern wieder einmal gezeigt, was Bayern kann. Es hat sich gezeigt, dass diese Blaulichtfamilie zusammenhält, dass die Rettungskräfte ein Team bilden. Dafür haben sie noch einmal einen riesigen Applaus verdient.

(Allgemeiner Beifall)

Unsere Gedanken sind natürlich auch bei den Hinterbliebenen und Familien der Verstorbenen und Vermissten. Wer im Dienst, im Einsatz für die Nächsten sein eigenes Leben riskiert, der ist eben bei der Freiwilligen Feuerwehr. Das bedeutet, abends um zwei Uhr in ein Boot zu steigen. Das bedeutet, bei Dunkelheit nicht zu wissen, welche Gefahr als Nächstes lauert. Das muss einem auch klar sein. Oft gehen die Piepser nachts um zwei oder drei Uhr. Am Ende sitzt man in einem Auto oder in diesem Fall in einem Boot, und die Herausforderung wächst und wächst. Dafür sind unsere Gedanken bei den Familien. Noch einmal ein großer Dank für dieses unglaubliche Engagement!

Unser Haushalt, der Haushalt des Umwelt- und Verbraucherschutzministeriums, hat ein Volumen von 1,23 Milliarden Euro und hat gegenüber 2019 eine Steigerung von 30 % zu verzeichnen. Er hat eine enorm hohe Investitionsquote, die höchste Investitionsquote innerhalb der Staatsregierung mit knapp 40 %. Das zeigt, dass wir die Themen sehr ernst nehmen. Die Themen Wassersicherheit und Wasserzukunft Bayern sind zentral bei uns in der Wasserwirtschaft; es wurde bereits angesprochen. Von 1,2 Milliarden fließen 400 Millionen, also ein Drittel des Haushaltes des Umweltminis-

teriums, in die Wasserwirtschaft. Wir haben seit 2000 im Freistaat Bayern 4 Milliarden, das sind 4.000 Millionen, in den Hochwasserschutz investiert. Es gibt kein anderes Bundesland in der Bundesrepublik Deutschland, das nur annähernd mit einer solchen Summe aufwarten kann, um am Ende die Kommunen, aber auch die Bürgerschaft vor Hochwassergefahren zu schützen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Mit unserem Aktionsprogramm "PRO Gewässer 2030" werden wir in den nächsten Jahren bis 2030 2 Milliarden Euro investieren. Allein nur der staatliche Wasserhaushalt ist von 2018 – auch das ist abgefragt worden – bis 2023 um 60 Millionen gestiegen und hat damit mehr an Hochwasserschutz gebracht. Aktuell haben wir 150 Maßnahmen in der Planung oder Umsetzung, die bei über 1 Million an Investitionen liegen. Der HQ100-Schutz plus Klimazuschlag ist unsere Basis.

Es wird immer die Frage gestellt, was wir alles machen. Wir investieren am Gewässer dritter Ordnung. Wer in der kommunalen Familie zu Hause ist, der weiß, dass das Gewässer dritter Ordnung eigentlich das klassische kommunale Gewässer ist. Das ist die Aufgabe der Gemeinde. Herr Kollege Friedl, Sie sprechen immer davon, in der Fläche Hochwasserschutz zu betreiben. Ja, das wäre eigentlich eine originäre Aufgabe der Kommunen am Gewässer dritter Ordnung. Nein, der Freistaat Bayern findet sich als Partner. Wir haben ein eigenes Programm, das zwischen 70 und 90 % an Förderung bringt, damit am Gewässer dritter Ordnung in Partnerschaft mit der Kommune nicht nur Landschaftswasserhaushalt gebildet, sondern auch Hochwasserschutz betrieben werden kann. Wir machen das am Gewässer dritter Ordnung und am Gewässer zweiter Ordnung. Wir machen es am Ende auch an den Gewässern erster Ordnung, wie Inn, Donau, Lech.

Aber wir machen auch Flutpolder. Wir gehen nicht nur auf die Renaturierung. Wir machen auch die Maßnahmen für HQextrem. Ich bin froh, dass wir am Ende eine klare Linie innerhalb der Staatsregierung haben. Wir haben uns zu diesem Flutpolderpro-

gramm bekannt. Wir haben im Prinzip einen Flutpolder in Riedensheim fertig. Bei der Öberauer Schleife kann im Prinzip bald der Spatenstich erfolgen. Der Planfeststellungsbeschluss steht kurz bevor. Bei den anderen Flutpoldern an der Donau sind wir im Verfahren. An der Iller beispielsweise hat der Flutpolder Weidachwiesen seinen Dienst getan. Deshalb sei allen, die behaupten, der Freistaat Bayern stehe nicht zu seinen Flutpoldern, gesagt, diese Staatsregierung tut das.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir haben in den letzten Jahren den Schutzgrad HQ100 plus Klimazuschlag für 565.000 Menschen an Gewässern in Bayern geschaffen. Wir haben 1.300 Kilometer und 2.700 Hektar renaturiert. Wir haben 73 Kilometer Deiche rückverlegt. Wir haben 40 Kilometer Flutmulden geschaffen. Wir haben 300 Rückhaltebecken geschaffen. Wir haben einen Retentionsraum in der Größenordnung von 26 Millionen Kubikmetern geschaffen. Wir haben all das getan, um am Ende des Tages den neuen Gefahren und Herausforderungen durch Starkregen und Hochwasser zu trotzen. Dennoch wird es nie eine hundertprozentige Sicherheit geben. Die gibt es bei vielen Dingen im Leben nicht und auch nicht bei Starkregenereignissen.

Wir rüsten uns. An der Donau hat man sich nach den Hochwasserereignissen der Jahre 2013 und 2016 klar dazu bekannt, die Donau stark zu machen, die damals vielleicht einen HQ5- oder HQ10-Schutz hatte. Man hat sich entschieden, diesen Schutz zu erhöhen. Diese Investition beläuft sich aktuell auf 600 Millionen Euro. Der Schutzausbau ist zwischen Straubing und Deggendorf bereits erfolgt. Jetzt geht es darum, dass uns das Bundesverkehrsministerium mit dem Bundesverkehrsminister die Möglichkeit gibt, dass wir an der Donau weiterbauen können. Wir wollen den nächsten Abschnitt realisieren. Wir wollen von Deggendorf bis Vilshofen weiterkommen, um diese Maßnahme abzuschließen. Die Notwendigkeit können alle bestätigen, die aus Niederbayern kommen und die Ereignisse von damals noch vor Augen haben. Wir müssen tatsächlich bei diesem Schutz, den wir versprochen haben, vorankommen.

Die Bundesumweltministerin möchte jetzt ein neues Nationales Hochwasserschutzprogramm und ein Gesetz auflegen. Ich muss ehrlich sagen, dass ich aktuell eigentlich kein neues Hochwasserschutzgesetz bräuchte. Was mir helfen würde, ist keine Reduzierung der nationalen Hochwasserschutzmittel. Im Jahr 2024 funktioniert das noch. Für das Jahr 2025 hat der Bund im Nationalen Hochwasserschutzprogramm die Mittel drastisch gekürzt, und zwar um 50 %. Diese Kürzung um 50 % tut uns richtig weh. Ich brauche kein neues Gesetz, ich brauche einfach eine Verlässlichkeit in der Finanzierung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir haben uns klar dazu bekannt – ich freue mich, dass auch das Kabinett darüber beraten hat und aus den Regierungsfractionen die Unterstützung gekommen ist –, dass wir versuchen, eine Elementarpflichtversicherung zu schaffen, um am Ende Menschen dort, wo sie vielleicht gar nicht versichert werden können, ein Stück weit Schutz und Rückhalt zu geben.

Wir sind beim Thema Wasserversorgung, für Wasser und Abwasser verlässlicher Partner der kommunalen Familie. Sie haben heute schon gehört, dass wir beim Thema RZWas auch in Zukunft als Koalitionäre weitergehen werden. Die Kommunen können sich auf uns verlassen. Aktuell investieren wir 183 Millionen Euro für Frischwasserversorgung und Abwasserentsorgung und sind damit immer noch auf einem sehr hohen Niveau. Wir versuchen, dass diese gute Wasserversorgung weiterhin besteht und dass dieser Solidargedanke, dass Wasser zu einem fairen Preis aus jedem Wasserhahn in Bayern kommt, weiterhin getragen wird. Dafür und für die große Unterstützung bei den RZWas herzlichen Dank an die beiden Regierungsfractionen. Das hilft den Kommunen enorm.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir schaffen öffentliche Trinkbrunnen. Wir werden 5 Millionen Euro in die überregionalen Fernwasserversorgungen investieren für Konzeptionen, um am Ende dieses – ich sage mal – redundante System auch aus den Mitteln der RZWas zu unterstützen.

Auch das Thema Messstellen wurde angesprochen. Ich habe im Prinzip bei dem Thema Messstellen ein nicht leichtes Erbe antreten dürfen. Man hat sehr wenige Messstellen in Bayern gehabt. Die Zusage ist, dass wir 1.500 Messstellen in Bayern bauen werden. Kolleginnen und Kollegen, auf diese 1.500 Messstellen können sich die Landwirte verlassen. Diese 1.500 Messstellen wird es am Ende dieses Jahres geben. Dazu stehe ich, dazu stehen wir als Umweltministerium, als Wasserwirtschaft.

Ich glaube, dass diese Investition, die wir noch einmal mit 15 Millionen Euro verstärken, richtig ist. Der Ausbau der Messstellen ist richtig. Wir haben die Überprüfung vor Gericht in vier Verfahren klar gewonnen, sprich diese Messstellen und die Ausweisung sind in Ordnung. Diese Gerichtsverfahren muss man erst einmal gewinnen. Das zeigt die hervorragende Arbeit, die da geleistet wurde.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Klar ist auch, dass wir im Flächenland Bayern am Ende des Tages, auch wenn wir 1.500 Messstellen haben, nie im Leben das einzelne Feld freimessen können. Wer dem nachgeht, wird am Ende jedem Landwirt Unrecht tun. Wir brauchen endlich Stickstoffsalden. Seitdem ich Umweltminister bin, werbe ich für Stickstoffsalden, die Hoftorbilanz, die betriebliche Betrachtung. Das macht das Wirtschaften auf dem Feld für alle einfacher, als immer wieder zu messen, messen, messen. Wir brauchen das, und dieser Forderung muss jetzt auch der Bundeslandwirtschaftsminister Rechnung tragen. Wir brauchen im Prinzip diese Anstrengungen. Dann wird es am Ende innerhalb der Landwirtschaft deutlich gerechter, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir investieren in das Thema "Klimawandel meistern und Klimaschutz". Wir investieren in den Artenschutz. Wir arbeiten aktuell an der Umsetzung des Wassercents. Wir stärken den Landschaftswasserhaushalt. Wir investieren tatsächlich in die Wiedervernässung von Mooren.

Kollege Friedl, natürlich kann man am Ende des Tages immer sagen, dass die Vernässung zu langsam vor sich geht. Der Freistaat Bayern, das Umweltministerium, hat im aktuellen Haushalt über 20 Millionen Euro eingestellt. Wir haben draußen die Programme gestartet; wir haben die Beratungen. Aber auch Sie wissen, dass man am Ende dafür alle Flächeneigentümer gewinnen muss. Man kann erst dann vernässen, wenn alle dabei sind. Diese Anstrengungen laufen, und es sind tatsächlich in diesem Jahr schon die ersten Moore wiedervernässt worden. Diese Anstrengungen zahlen sich aus. Auch da herzlichen Dank für die Arbeit und für den gelebten Klimaschutz, der damit einhergeht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir stehen zum Begleitgesetz des Volksbegehrens. Das Umwelt- und das Landwirtschaftsministerium – beide – geben 70 Millionen Euro für den Natur- und Umweltschutz aus. Wir haben jetzt inzwischen die Rekordzahl von 165.000 Hektar im Vertragsnaturschutzprogramm, und die Kollegin Kaniber hat dies begleitend im Kulturlandschaftsprogramm.

Wir sind in Bayern mit inzwischen 71 Landschaftspflegeverbänden top aufgestellt. Von diesen 71 Landschaftspflegeverbänden habe ich selber in meiner Amtszeit 12 neue gegründet. Das ist die Partnerschaft aus kommunaler Familie, Landwirtschaft und Naturschutz. Dort, wo Landschaftspflegeverbände gemeinschaftlich auf den Flächen Bayerns arbeiten, ist es segensreich. Danke für diese Arbeit. Danke schön auch für die Unterstützung unserer Landschaftspflegeverbände hier in Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zum Ländervergleich: Wir haben zwei Nationalparke; davon ist einer – der Bayerische Wald – über 50 Jahre alt. Wir haben ein nationales Naturmonument, zwei Biosphärenreservate und 19 Naturparke. Ich war erst auf der Jahrestagung der Naturparke. Es gibt kein anderes Bundesland, das Naturparkzentren finanziert, das eine Pauschale für die Naturparke für Investition und Unterhalt finanziert und das die Rangerinnen und Ranger bezahlt. Da sind wir einmalig. Das zeigt natürlich auch, dass wir nicht nur an die ganz großen Schutzeinrichtungen oder an die Nationalparke denken, sondern auch an die Naturparke, die Sie direkt vor Ort erleben. Jeder von uns als Abgeordneter hat seinen eigenen Naturpark zu Hause. Das ist letztendlich der Erholungsbereich für unsere Bürgerinnen und Bürger. Da ist der touristische Aspekt. Da ist der Aspekt der Naherholung. Da ist aber auch der kulturelle und kulinarische Aspekt. Man muss sagen, dass wir als Freistaat Bayern dafür in den letzten Jahren investiert haben. Damit können wir uns gut sehen lassen. Danke schön für diese Unterstützung.

Wir haben 65 Umweltbildungsstationen. Aktuell investieren wir in die Umweltbildung und ins Kloster Benediktbeuern. Durch den Hagelschaden letztes Jahr ist dieses Kloster in Mitleidenschaft gezogen worden. Ich sage herzlichen Dank für die Unterstützung. Wir werden auch dort vorankommen.

Wir digitalisieren die Veterinärverwaltung. Das ist seit vielen Jahren ein großer Wunsch. Wir haben letztendlich die Fleischhygienegebühren abgesenkt. Wir sind das einzige Bundesland von 16 Bundesländern, das durch Absenkung der Fleischhygienegebühren die ortsnahen Metzgerinnen und Metzger unterstützt, damit am Ende des Tages regionale Schlachtungen stattfinden. Das haben viele andere Länder probiert. Bayern hat es hinbekommen. Auch dafür danke schön an die Kolleginnen und Kollegen des Ministeriums, dass sie dies in einer hervorragenden Art und Weise gemacht haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir haben mit eCERT Bayern im Prinzip die Zettelwirtschaft in der Exportwirtschaft, was den Lebensmittelhandel angeht, digitalisiert.

(Unruhe)

Die Abschussprämie in Zusammenhang mit der ASP ist angesprochen worden. Seit 2018 schaffen wir es dank der tollen Leistung unserer Jägerinnen und Jäger und der Abschussprämie tatsächlich, Bayern bisher frei von ASP zu halten. Auch da muss ich sagen: Danke schön an die, die draußen immer wieder als Jägerinnen und Jäger –

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Liebe Kollegen, bitte etwas mehr Ruhe. Danke.

**Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz):** – auf die Schwarzwildjagd gehen, um Bayern zu schützen.

Die Tierheime wurden angesprochen. Die Tierheime sind eine kommunale Aufgabe, aber der Freistaat Bayern unterstützt sie. Wir haben gerade die Förderkriterien, die die Baumaßnahmen innerhalb der Tierheimförderung betreffen, noch mal neu aufgestellt, damit die Tierheime deutlich besser zugreifen können.

Wir investieren in die Personalgewinnung.

(Anhaltende Unruhe)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Herr Minister, ich muss Sie ganz kurz unterbrechen. – Bitte etwas mehr Ruhe. Das ist jetzt heute die letzte Rede. Das werden wir noch hinbekommen. Danke.

(Zuruf: Fünf Minuten überzogen!)

**Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz):** Danke schön, Herr Präsident. – Wir investieren in die Personalgewinnung des Umweltministeriums.

In der Gewerbeaufsicht investieren wir 1 Million Euro und schaffen 8 neue Stellen. Damit schützen wir natürlich auch die Qualität heimischer Produkte.

Die Reparatur-Cafés wurden angesprochen. Das ist eine kleine Maßnahme; aber sehr viele Tüftler und begeisterte Menschen schaffen es damit, Produkte, die man lieb gewonnen hat, wieder alltagstauglich zu machen.

Sie sehen, mit dem Haushalt des Umwelt- und Verbraucherschutzministeriums ist es wieder gelungen, die ganze Bandbreite der Gesellschaft abzubilden. Wir stehen für ein gutes Bayern. Ein ehrlicher Haushalt wurde vorgeschlagen. Ich sage herzlichen Dank an die Verhandlerinnen und Verhandler. Ich sage herzlichen Dank an die Kolleginnen und Kollegen aus dem Umwelt- und dem Haushaltsausschuss. Ich sage herzlichen Dank an die Kolleginnen und Kollegen aus dem Finanzministerium und an die Kolleginnen und Kollegen aus dem Umwelt- und Verbraucherschutzministerium, an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dafür zeichnen. Ich bitte um Zustimmung zum Einzelplan 12. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Die erste kommt vom Kollegen Prof. Dr. Ingo Hahn von der AfD-Fraktion. Bitte schön.

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Geschätzter Herr Minister Glauber von den FREIEN WÄHLERN, Sie sind für mich der grünste Minister, den Bayern jemals hatte. Sie springen über jedes Stöckchen von den GRÜNEN. Das zeigen Sie, wenn es um den Klimawandel oder auch das Thema Wassercent geht. Sie haben hier eindrucksvoll dargelegt, wie viel Steuergeld für Wasser ausgegeben wurde. 400 Millionen Euro sind im jetzt vorliegenden Doppelhaushalt vorgesehen. 4 Milliarden Euro sind für den Hochwasserschutz vorgesehen. Jetzt kommen Sie daher und sprechen vom "Wassercent". Das ist kein "Wassercent", sondern das sind 50 bis 150 Euro pro Haushalt, die auf jeden Bürger zukommen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): So ein Quatsch!)

Übrigens sind Sie von den FREIEN WÄHLERN sich hier mit allen anderen Parteien außer der AfD einig: Sie wollen dieses Geld haben.

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Meiner Meinung nach ist dieser Wassercent nicht notwendig. Wir haben doch bisher gutes Wasser, oder etwa nicht? Meine Frage lautet: Wann hören Sie auf, immer neue Steuern zu erheben?

(Klaus Holetschek (CSU): Wie lang darf der denn reden? Mikrofon abschalten!)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Herr Kollege, die Redezeit ist zu Ende.

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Wann macht man darauf aufmerksam, dass wir schon genug Umweltschutz haben und keine zusätzlichen Steuern mehr brauchen?

**Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz):** Lieber Kollege Hahn, ich glaube, Mathematik war nicht Ihr stärkstes Fach.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Mathematik war nicht Ihr stärkstes Fach, oder Sie kennen den Verbrauch in Bayern nicht. Wenn Sie den Verbrauch eines Bürgers in Bayern kennen würden und auf 150 Euro für den Verbrauch je Bürger kommen, was Sie gerade behauptet haben, dann müssen Sie mir mal erklären – –

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): "Haushalt" habe ich gesagt!)

– Pro Haushalt? – Auch dann ist es schwierig mit dem Rechnen. Was ist denn Ihr Haushalt?

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Wann kommt denn Ihr Wassercent?)

Lieber Kollege Hahn, Sie rechnen mit einem Cent-Betrag, der dann im Euro-Bereich liegt. Wenn Sie mit einem Cent-Betrag im Euro-Bereich rechnen, dann muss ich Ihnen vorhalten: Entweder können Sie nicht rechnen, oder Sie kennen die Verbräuche der Haushalte nicht. Stellen Sie bitte nur Fragen, wenn Sie sich auskennen. Dann können Sie Fragen stellen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Die nächste Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Christian Hierneis von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Christian Hierneis (GRÜNE):** Sehr geschätzter Herr Staatsminister, ich habe drei kurze Fragen, die ganz kurz zu beantworten sind. Wie viel der von Ihnen genannten Gelder für die Wasserwirtschaft fließt denn tatsächlich nur in den ökologischen und nicht in den technischen Hochwasserschutz? Wie viele Stellen für die Wasserwirtschaftsämter schaffen Sie im Doppelhaushalt? Sind alle befristeten Stellen in den Wasserwirtschaftsämtern inzwischen entfristet bzw. wie viele davon?

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz):** Wir haben aktuell in der Wasserwirtschaft kw-Vermerke, also befristete Stellen, für 75 Kolleginnen und Kollegen. Der Betrag für die Förderung der kommunalen Familie für Gewässer dritter Ordnung liegt bei knapp 20 Millionen Euro. Die dritte Frage lautete wie?

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Neue Stellen? – Wir haben gar keine neuen Stellen in der Wasserwirtschaft geschaffen. Ich versichere Ihnen: Es ist aktuell so, dass Sie nicht einmal jede Stelle einfach besetzen können. Wenn Sie in einem technischen Beruf eine Stelle besetzen wollen, kann es sein, dass sie die Stelle sogar viermal ausschreiben müssen und dann immer noch nicht besetzen können, weil kein geeignetes Personal zu finden ist. Manches technische Personal steht einfach nicht zur Verfügung.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Wir alle in diesem Haus müssen dafür werben, dass wieder mehr Menschen technische Berufe ergreifen, damit diese Stellen in Zukunft nicht vakant bleiben und wir diese Stellen besetzen können, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025, Einzelplan 12, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/1241 mit 19/1276 und 19/1278 mit 19/1301, die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 19/2068 sowie der zum Plenum eingereichte Änderungsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 19/2266.

Ich lasse zunächst über die drei Änderungsanträge, zu denen namentliche Abstimmung beantragt wurde, abstimmen. Die Abstimmungen werden elektronisch durchgeführt.

Zunächst ist über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung" auf Drucksache 19/1243 in namentlicher Form abzustimmen. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 20:55 bis 20:58 Uhr)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, die drei Minuten sind um. Die Abstimmung ist geschlossen.

Es folgt nun die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Einführung eines Bayerischen Wasserentnahmeentgelts" auf Drucksache 19/1246. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen ebenfalls zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt diesmal zwei Minuten. Die Abstimmung ist freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 20:59 bis 21:01 Uhr)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die zwei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Maßnahmen für den übergreifenden Wasserschutz, wassersensiblen Landschaftsschutz und wassersensible Dorf- und Stadtentwicklung" auf Drucksache 19/1249. Auch dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt hier ebenfalls zwei Minuten. Die Abstimmung ist freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 21:01 bis 21:03 Uhr)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die zwei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung.

Während die Abstimmungsergebnisse ermittelt werden, fahren wir fort mit der einfachen Abstimmung über den zum Plenum eingereichten Änderungsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER betreffend "Kampf gegen Algenplage am Altmühlsee" auf Drucksache 19/2266.

Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD. Gegenstimmen? – Gibt es nicht. Enthaltungen? – Keine. Somit ist der Änderungsantrag einstimmig angenommen.

Ich warte jetzt ganz kurz, bis die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen vorliegen und wir weitermachen können.

(Unterbrechung von 21:04 bis 21:05 Uhr)

Ich gebe jetzt die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekannt.

Beim Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung" auf Drucksache 19/1243, haben 39 Abgeordnete mit Ja gestimmt, mit Nein haben 118 Abgeordnete gestimmt, 0 Enthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 28)

Beim Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Einführung eines Bayerischen Wasserentnahmeentgelts" auf Drucksache 19/1246 gab es 39 Ja-Stimmen, 119 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen. Auch dieser Änderungsantrag ist abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 29)

Beim Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Maßnahmen für den übergreifenden Wasserschutz, wassersensiblen Landschaftsschutz und wassersensible Dorf- und Stadtentwicklung" auf Drucksache 19/1249 gab es 38 Ja-Stimmen, 119 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen. Auch dieser Änderungsantrag ist abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 30)

Es folgt nun die Abstimmung zum Einzelplan 12 selbst. Der Einzelplan 12 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf der Drucksache 19/2068 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 12 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen sowie den Änderungen aufgrund des soeben beschlossenen zum Plenum eingereichten Änderungsantrags auf Drucksache 19/2266 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die CSU-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte auf die gleiche Weise anzeigen! – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD- und AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 12 mit den soeben beschlossenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 31)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgenden Beschluss vor:

"Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2024/2025 vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Gibt es nicht. Enthaltungen? – Ebenso nicht. So beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 19/2068, weise ich darauf

hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/1276 und 19/1278 mit 19/1301 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 12 ist damit abgeschlossen.

Mir liegen keine weiteren Tagesordnungspunkte vor. Die Sitzung ist beendet. Ihnen allen einen schönen Abend. Bis morgen um 9 Uhr.

(Schluss: 21:07 Uhr)

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 05.06.2024 zu Tagesordnungspunkt 14: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2024/2025; hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung (Kap. 12 04 Tit. 883 75) (Drucksache 19/1243)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Adjei Benjamin</b>				<b>Eberwein Jürgen</b>		X	
<b>Aigner Ilse</b>				<b>Dr. Ebner Stefan</b>		X	
<b>Aiwanger Hubert</b>				<b>Ebner-Steiner Katrin</b>		X	
<b>Arnold Dieter</b>		X		<b>Dr. Eiling-Hütig Ute</b>		X	
<b>Arnold Horst</b>	X			<b>Eisenreich Georg</b>			
<b>Artmann Daniel</b>		X		<b>Enders Susann</b>		X	
<b>Atzinger Oskar</b>		X					
				<b>Fackler Wolfgang</b>		X	
<b>Bäumler Nicole</b>	X			<b>Fehlner Martina</b>	X		
<b>Bauer Volker</b>		X		<b>Feichtmeier Christiane</b>	X		
<b>Baumann Jörg</b>		X		<b>Flierl Alexander</b>		X	
<b>Baumgärtner Jürgen</b>		X		<b>Freller Karl</b>			
<b>Baur Konrad</b>		X		<b>Freudenberger Thorsten</b>		X	
Prof. Dr. <b>Bausback Winfried</b>				<b>Friedl Patrick</b>	X		
<b>Becher Johannes</b>				<b>Friesinger Sebastian</b>		X	
<b>Beck Tobias</b>		X		<b>Frühbeißer Stefan</b>		X	
<b>Becker Barbara</b>		X		<b>Fuchs Barbara</b>			
Dr. <b>Behr Andrea</b>		X		<b>Füracker Albert</b>		X	
<b>Behringer Martin</b>		X					
<b>Beißwenger Eric</b>				<b>Gerlach Judith</b>			
<b>Bergmüller Franz</b>		X		<b>Gießübel Martina</b>		X	
<b>Bernreiter Christian</b>				<b>Glauber Thorsten</b>			
<b>Birzele Andreas</b>	X			<b>Goller Mia</b>	X		
<b>Blume Markus</b>				<b>Gotthardt Tobias</b>			
<b>Böhm Martin</b>		X		<b>Graupner Richard</b>		X	
<b>Bötl Maximilian</b>		X		<b>Grießhammer Holger</b>	X		
<b>Bozoglu Cemal</b>	X			<b>Grob Alfred</b>		X	
<b>Brannekämper Robert</b>		X		<b>Groß Johann</b>		X	
von <b>Brunn Florian</b>	X			<b>Gross Sabine</b>	X		
Dr. <b>Brunnhuber Martin</b>		X		<b>Grossmann Patrick</b>		X	
Dr. <b>Büchler Markus</b>				<b>Guttenberger Petra</b>		X	
<b>Celina Kerstin</b>	X			Prof. Dr. <b>Hahn Ingo</b>		X	
				<b>Halbleib Volkmar</b>	X		
<b>Deisenhofer Maximilian</b>	X			<b>Halemba Daniel</b>			
<b>Demirel Gülseren</b>	X			<b>Hartmann Ludwig</b>	X		
<b>Dierkes Rene</b>		X		<b>Hauber Wolfgang</b>		X	
<b>Dierl Franc</b>		X		<b>Heinisch Bernhard</b>		X	
Dr. <b>Dietrich Alexander</b>		X		<b>Heisl Josef</b>			
<b>Dietz Leo</b>		X		Dr. <b>Herrmann Florian</b>		X	
<b>Dorow Alex</b>		X		<b>Herrmann Joachim</b>			
<b>Dremel Holger</b>		X		<b>Hierneis Christian</b>	X		
<b>Dünkel Norbert</b>		X		<b>Högl Petra</b>			
				<b>Hofmann Michael</b>		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Hold</b> Alexander			
<b>Holetschek</b> Klaus		X	
<b>Holz</b> Thomas		X	
<b>Dr. Hopp</b> Gerhard		X	
<b>Huber</b> Martin			
<b>Huber</b> Martin Andreas			
<b>Huber</b> Thomas		X	
<b>Huml</b> Melanie		X	
<b>Jäckel</b> Andreas		X	
<b>Jakob</b> Marina		X	
<b>Jungbauer</b> Björn		X	
<b>Jurca</b> Andreas		X	
<b>Kaniber</b> Michaela		X	
<b>Kaufmann</b> Andreas			
<b>Kirchner</b> Sandro			
<b>Knoblach</b> Paul			
<b>Knoll</b> Manuel		X	
<b>Köhler</b> Claudia	X		
<b>Köhler</b> Florian		X	
<b>Kohler</b> Jochen		X	
<b>Koller</b> Michael		X	
<b>Konrad</b> Joachim		X	
<b>Krahl</b> Andreas			
<b>Kraus</b> Nikolaus			
<b>Kühn</b> Harald		X	
<b>Kurz</b> Sanne	X		
<b>Lausch</b> Josef		X	
<b>Lettenbauer</b> Eva	X		
<b>Lindinger</b> Christian		X	
<b>Lipp</b> Oskar		X	
<b>Locke</b> Felix		X	
<b>Löw</b> Stefan		X	
<b>Dr. Loibl</b> Petra		X	
<b>Ludwig</b> Rainer		X	
<b>Magerl</b> Roland		X	
<b>Maier</b> Christoph			
<b>Mang</b> Ferdinand		X	
<b>Mannes</b> Gerd		X	
<b>Dr. Mehring</b> Fabian		X	
<b>Meier</b> Johannes		X	
<b>Meußgeier</b> Harald			
<b>Meyer</b> Stefan			
<b>Miskowitsch</b> Benjamin		X	
<b>Mistol</b> Jürgen	X		
<b>Mittag</b> Martin		X	
<b>Müller</b> Johann		X	
<b>Müller</b> Ruth	X		
<b>Müller</b> Ulrike			
<b>Nolte</b> Benjamin		X	
<b>Nussel</b> Walter		X	
<b>Dr. Oetzing</b> Stephan		X	
<b>Osgyan</b> Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Pargent</b> Tim	X		
<b>Prof. Dr. Piazzolo</b> Michael		X	
<b>Pirner</b> Thomas		X	
<b>Pohl</b> Bernhard			
<b>Post</b> Julia	X		
<b>Preidl</b> Julian		X	
<b>Rasehorn</b> Anna	X		
<b>Rauscher</b> Doris	X		
<b>Reiß</b> Tobias		X	
<b>Rinderspacher</b> Markus	X		
<b>Rittel</b> Anton		X	
<b>Roon</b> Elena		X	
<b>Saller</b> Markus		X	
<b>Schack</b> Jenny		X	
<b>Schalk</b> Andreas			
<b>Scharf</b> Martin		X	
<b>Scharf</b> Ulrike			
<b>Scheuenstuhl</b> Harry	X		
<b>Schießl</b> Werner		X	
<b>Schmid</b> Franz			
<b>Schmid</b> Josef		X	
<b>Schmidt</b> Gabi			
<b>Schnotz</b> Helmut		X	
<b>Schnürer</b> Sascha		X	
<b>Schöffel</b> Martin		X	
<b>Schorer-Dremel</b> Tanja		X	
<b>Schreyer</b> Kerstin		X	
<b>Schuberl</b> Toni	X		
<b>Schuhknecht</b> Stephanie			
<b>Schulze</b> Katharina			
<b>Schwab</b> Thorsten		X	
<b>Dr. Schwartz</b> Harald		X	
<b>Seidenath</b> Bernhard		X	
<b>Siekmann</b> Florian	X		
<b>Singer</b> Ulrich		X	
<b>Dr. Söder</b> Markus			
<b>Sowa</b> Ursula			
<b>Stadler</b> Ralf			
<b>Stieglitz</b> Werner		X	
<b>Stock</b> Martin		X	
<b>Stolz</b> Anna			
<b>Storm</b> Ramona		X	
<b>Straub</b> Karl		X	
<b>Streibl</b> Florian		X	
<b>Striedl</b> Markus		X	
<b>Dr. Strohmayer</b> Simone	X		
<b>Stümpfig</b> Martin	X		
<b>Tasdelen</b> Arif	X		
<b>Tomaschko</b> Peter		X	
<b>Toso</b> Roswitha		X	
<b>Trautner</b> Carolina		X	
<b>Triebel</b> Gabriele	X		
<b>Vogel</b> Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Vogler</b> Matthias		X	
<b>Wachler</b> Peter		X	
<b>Wagle</b> Martin		X	
<b>Walbrunn</b> Markus		X	
Freiherr von <b>Waldenfels</b> Kristan		X	
<b>Waldmann</b> Ruth	X		
<b>Weber</b> Laura	X		
Dr. <b>Weigand</b> Sabine			
<b>Weigert</b> Roland			
<b>Weitzel</b> Katja	X		
<b>Widmann</b> Jutta			
<b>Winhart</b> Andreas		X	
<b>Zellmeier</b> Josef			
<b>Zierer</b> Benno		X	
Freiherr von <b>Zobel</b> Felix		X	
<b>Zöller</b> Thomas		X	
<b>Zwanziger</b> Christian	X		
<b>Gesamtsumme</b>	39	118	0

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 05.06.2024 zu Tagesordnungspunkt 14: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2024/2025; hier: Einführung eines Bayerischen Wasserentnahmeentgelts (Kap. 12 09 neuer Tit.) (Drucksache 19/1246)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Adjei Benjamin</b>				<b>Eberwein Jürgen</b>		X	
<b>Aigner Ilse</b>				<b>Dr. Ebner Stefan</b>		X	
<b>Aiwanger Hubert</b>				<b>Ebner-Steiner Katrin</b>		X	
<b>Arnold Dieter</b>		X		<b>Dr. Eiling-Hütig Ute</b>		X	
<b>Arnold Horst</b>	X			<b>Eisenreich Georg</b>			
<b>Artmann Daniel</b>		X		<b>Enders Susann</b>		X	
<b>Atzinger Oskar</b>		X					
				<b>Fackler Wolfgang</b>		X	
<b>Bäumler Nicole</b>	X			<b>Fehlner Martina</b>	X		
<b>Bauer Volker</b>		X		<b>Feichtmeier Christiane</b>	X		
<b>Baumann Jörg</b>		X		<b>Flierl Alexander</b>		X	
<b>Baumgärtner Jürgen</b>		X		<b>Freller Karl</b>			
<b>Baur Konrad</b>		X		<b>Freudenberger Thorsten</b>		X	
Prof. Dr. <b>Bausback Winfried</b>				<b>Friedl Patrick</b>	X		
<b>Becher Johannes</b>				<b>Friesinger Sebastian</b>		X	
<b>Beck Tobias</b>		X		<b>Frühbeißer Stefan</b>		X	
<b>Becker Barbara</b>		X		<b>Fuchs Barbara</b>			
Dr. <b>Behr Andrea</b>		X		<b>Füracker Albert</b>		X	
<b>Behringer Martin</b>		X					
<b>Beißwenger Eric</b>				<b>Gerlach Judith</b>			
<b>Bergmüller Franz</b>		X		<b>Gießübel Martina</b>		X	
<b>Bernreiter Christian</b>				<b>Glauber Thorsten</b>			
<b>Birzele Andreas</b>	X			<b>Goller Mia</b>	X		
<b>Blume Markus</b>				<b>Gotthardt Tobias</b>			
<b>Böhm Martin</b>		X		<b>Graupner Richard</b>		X	
<b>Bötl Maximilian</b>		X		<b>Grießhammer Holger</b>	X		
<b>Bozoglu Cemal</b>	X			<b>Grob Alfred</b>		X	
<b>Brannekämper Robert</b>		X		<b>Groß Johann</b>		X	
von <b>Brunn Florian</b>	X			<b>Gross Sabine</b>	X		
Dr. <b>Brunnhuber Martin</b>		X		<b>Grossmann Patrick</b>		X	
Dr. <b>Büchler Markus</b>				<b>Guttenberger Petra</b>		X	
<b>Celina Kerstin</b>	X			Prof. Dr. <b>Hahn Ingo</b>		X	
				<b>Halbleib Volkmar</b>	X		
<b>Deisenhofer Maximilian</b>	X			<b>Halemba Daniel</b>			
<b>Demirel Gülseren</b>	X			<b>Hartmann Ludwig</b>	X		
<b>Dierkes Rene</b>		X		<b>Hauber Wolfgang</b>		X	
<b>Dierl Franc</b>		X		<b>Heinisch Bernhard</b>		X	
Dr. <b>Dietrich Alexander</b>		X		<b>Heisl Josef</b>			
<b>Dietz Leo</b>		X		Dr. <b>Herrmann Florian</b>		X	
<b>Dorow Alex</b>		X		<b>Herrmann Joachim</b>			
<b>Dremel Holger</b>		X		<b>Hierneis Christian</b>	X		
<b>Dünkel Norbert</b>		X		<b>Högl Petra</b>			
				<b>Hofmann Michael</b>		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Hold</b> Alexander			
<b>Holetschek</b> Klaus		X	
<b>Holz</b> Thomas		X	
<b>Dr. Hopp</b> Gerhard		X	
<b>Huber</b> Martin			
<b>Huber</b> Martin Andreas			
<b>Huber</b> Thomas		X	
<b>Huml</b> Melanie		X	
<b>Jäckel</b> Andreas		X	
<b>Jakob</b> Marina		X	
<b>Jungbauer</b> Björn		X	
<b>Jurca</b> Andreas		X	
<b>Kaniber</b> Michaela		X	
<b>Kaufmann</b> Andreas			
<b>Kirchner</b> Sandro			
<b>Knoblach</b> Paul			
<b>Knoll</b> Manuel		X	
<b>Köhler</b> Claudia	X		
<b>Köhler</b> Florian		X	
<b>Kohler</b> Jochen		X	
<b>Koller</b> Michael		X	
<b>Konrad</b> Joachim		X	
<b>Krahl</b> Andreas			
<b>Kraus</b> Nikolaus			
<b>Kühn</b> Harald		X	
<b>Kurz</b> Sanne	X		
<b>Lausch</b> Josef		X	
<b>Lettenbauer</b> Eva	X		
<b>Lindinger</b> Christian		X	
<b>Lipp</b> Oskar		X	
<b>Locke</b> Felix		X	
<b>Löw</b> Stefan		X	
<b>Dr. Loibl</b> Petra		X	
<b>Ludwig</b> Rainer		X	
<b>Magerl</b> Roland		X	
<b>Maier</b> Christoph			
<b>Mang</b> Ferdinand		X	
<b>Mannes</b> Gerd		X	
<b>Dr. Mehring</b> Fabian		X	
<b>Meier</b> Johannes		X	
<b>Meußgeier</b> Harald			
<b>Meyer</b> Stefan			
<b>Miskowitsch</b> Benjamin		X	
<b>Mistol</b> Jürgen	X		
<b>Mittag</b> Martin		X	
<b>Müller</b> Johann		X	
<b>Müller</b> Ruth	X		
<b>Müller</b> Ulrike			
<b>Nolte</b> Benjamin		X	
<b>Nussel</b> Walter		X	
<b>Dr. Oetzing</b> Stephan		X	
<b>Osgyan</b> Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Pargent</b> Tim	X		
<b>Prof. Dr. Piazzolo</b> Michael		X	
<b>Pirner</b> Thomas		X	
<b>Pohl</b> Bernhard			
<b>Post</b> Julia	X		
<b>Preidl</b> Julian		X	
<b>Rasehorn</b> Anna	X		
<b>Rauscher</b> Doris	X		
<b>Reiß</b> Tobias		X	
<b>Rinderspacher</b> Markus	X		
<b>Rittel</b> Anton		X	
<b>Roon</b> Elena		X	
<b>Saller</b> Markus		X	
<b>Schack</b> Jenny		X	
<b>Schalk</b> Andreas			
<b>Scharf</b> Martin		X	
<b>Scharf</b> Ulrike			
<b>Scheuenstuhl</b> Harry	X		
<b>Schießl</b> Werner		X	
<b>Schmid</b> Franz			
<b>Schmid</b> Josef		X	
<b>Schmidt</b> Gabi			
<b>Schnotz</b> Helmut		X	
<b>Schnürer</b> Sascha		X	
<b>Schöffel</b> Martin		X	
<b>Schorer-Dremel</b> Tanja		X	
<b>Schreyer</b> Kerstin		X	
<b>Schuberl</b> Toni	X		
<b>Schuhknecht</b> Stephanie			
<b>Schulze</b> Katharina			
<b>Schwab</b> Thorsten		X	
<b>Dr. Schwartz</b> Harald		X	
<b>Seidenath</b> Bernhard		X	
<b>Siekmann</b> Florian	X		
<b>Singer</b> Ulrich		X	
<b>Dr. Söder</b> Markus			
<b>Sowa</b> Ursula			
<b>Stadler</b> Ralf			
<b>Stieglitz</b> Werner		X	
<b>Stock</b> Martin		X	
<b>Stolz</b> Anna			
<b>Storm</b> Ramona		X	
<b>Straub</b> Karl		X	
<b>Streibl</b> Florian		X	
<b>Striedl</b> Markus		X	
<b>Dr. Strohmayer</b> Simone	X		
<b>Stümpfig</b> Martin	X		
<b>Tasdelen</b> Arif	X		
<b>Tomaschko</b> Peter		X	
<b>Toso</b> Roswitha		X	
<b>Trautner</b> Carolina		X	
<b>Triebel</b> Gabriele	X		
<b>Vogel</b> Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Vogler</b> Matthias		X	
<b>Wachler</b> Peter		X	
<b>Wagle</b> Martin		X	
<b>Walbrunn</b> Markus		X	
Freiherr von <b>Waldenfels</b> Kristan		X	
<b>Waldmann</b> Ruth	X		
<b>Weber</b> Laura	X		
Dr. <b>Weigand</b> Sabine			
<b>Weigert</b> Roland			
<b>Weitzel</b> Katja	X		
<b>Widmann</b> Jutta			
<b>Winhart</b> Andreas		X	
<b>Zellmeier</b> Josef		X	
<b>Zierer</b> Benno		X	
Freiherr von <b>Zobel</b> Felix		X	
<b>Zöller</b> Thomas		X	
<b>Zwanziger</b> Christian	X		
<b>Gesamtsumme</b>	39	119	0

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 05.06.2024 zu Tagesordnungspunkt 14: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2024/2025; hier: Maßnahmen für den übergreifenden Wasserschutz, wassersensiblen Landschaftsschutz und wassersensible Dorf- und Stadtentwicklung (Kap. 12 77 neue TG) (Drucksache 19/1249)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Adjei Benjamin</b>				<b>Eberwein Jürgen</b>		X	
<b>Aigner Ilse</b>				<b>Dr. Ebner Stefan</b>		X	
<b>Aiwanger Hubert</b>				<b>Ebner-Steiner Katrin</b>		X	
<b>Arnold Dieter</b>		X		<b>Dr. Eiling-Hütig Ute</b>		X	
<b>Arnold Horst</b>	X			<b>Eisenreich Georg</b>			
<b>Artmann Daniel</b>		X		<b>Enders Susann</b>		X	
<b>Atzinger Oskar</b>		X					
				<b>Fackler Wolfgang</b>		X	
<b>Bäumler Nicole</b>	X			<b>Fehlner Martina</b>	X		
<b>Bauer Volker</b>		X		<b>Feichtmeier Christiane</b>	X		
<b>Baumann Jörg</b>		X		<b>Flierl Alexander</b>		X	
<b>Baumgärtner Jürgen</b>		X		<b>Freller Karl</b>			
<b>Baur Konrad</b>		X		<b>Freudenberger Thorsten</b>		X	
Prof. Dr. <b>Bausback Winfried</b>				<b>Friedl Patrick</b>	X		
<b>Becher Johannes</b>				<b>Friesinger Sebastian</b>		X	
<b>Beck Tobias</b>		X		<b>Frühbeißer Stefan</b>		X	
<b>Becker Barbara</b>		X		<b>Fuchs Barbara</b>			
Dr. <b>Behr Andrea</b>		X		<b>Füracker Albert</b>		X	
<b>Behringer Martin</b>		X					
<b>Beißwenger Eric</b>				<b>Gerlach Judith</b>			
<b>Bergmüller Franz</b>		X		<b>Gießübel Martina</b>		X	
<b>Bernreiter Christian</b>				<b>Glauber Thorsten</b>			
<b>Birzele Andreas</b>	X			<b>Goller Mia</b>	X		
<b>Blume Markus</b>				<b>Gotthardt Tobias</b>			
<b>Böhm Martin</b>		X		<b>Graupner Richard</b>		X	
<b>Börtl Maximilian</b>		X		<b>Grießhammer Holger</b>	X		
<b>Bozoglu Cemal</b>	X			<b>Grob Alfred</b>		X	
<b>Brannekämper Robert</b>		X		<b>Groß Johann</b>		X	
von <b>Brunn Florian</b>	X			<b>Gross Sabine</b>	X		
Dr. <b>Brunnhuber Martin</b>		X		<b>Grossmann Patrick</b>		X	
Dr. <b>Büchler Markus</b>				<b>Guttenberger Petra</b>		X	
<b>Celina Kerstin</b>	X			Prof. Dr. <b>Hahn Ingo</b>		X	
				<b>Halbleib Volkmar</b>	X		
<b>Deisenhofer Maximilian</b>	X			<b>Halemba Daniel</b>			
<b>Demirel Gülseren</b>	X			<b>Hartmann Ludwig</b>	X		
<b>Dierkes Rene</b>		X		<b>Hauber Wolfgang</b>		X	
<b>Dierl Franc</b>		X		<b>Heinisch Bernhard</b>		X	
Dr. <b>Dietrich Alexander</b>		X		<b>Heisl Josef</b>			
<b>Dietz Leo</b>		X		Dr. <b>Herrmann Florian</b>		X	
<b>Dorow Alex</b>		X		<b>Herrmann Joachim</b>			
<b>Dremel Holger</b>		X		<b>Hierneis Christian</b>	X		
<b>Dünkel Norbert</b>		X		<b>Högl Petra</b>			
				<b>Hofmann Michael</b>		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Hold</b> Alexander			
<b>Holetschek</b> Klaus		X	
<b>Holz</b> Thomas		X	
<b>Dr. Hopp</b> Gerhard		X	
<b>Huber</b> Martin			
<b>Huber</b> Martin Andreas			
<b>Huber</b> Thomas		X	
<b>Huml</b> Melanie		X	
<b>Jäckel</b> Andreas		X	
<b>Jakob</b> Marina		X	
<b>Jungbauer</b> Björn		X	
<b>Jurca</b> Andreas		X	
<b>Kaniber</b> Michaela		X	
<b>Kaufmann</b> Andreas			
<b>Kirchner</b> Sandro			
<b>Knoblach</b> Paul			
<b>Knoll</b> Manuel		X	
<b>Köhler</b> Claudia	X		
<b>Köhler</b> Florian		X	
<b>Kohler</b> Jochen		X	
<b>Koller</b> Michael		X	
<b>Konrad</b> Joachim		X	
<b>Krahl</b> Andreas			
<b>Kraus</b> Nikolaus			
<b>Kühn</b> Harald		X	
<b>Kurz</b> Sanne	X		
<b>Lausch</b> Josef		X	
<b>Lettenbauer</b> Eva	X		
<b>Lindinger</b> Christian		X	
<b>Lipp</b> Oskar		X	
<b>Locke</b> Felix		X	
<b>Löw</b> Stefan		X	
<b>Dr. Loibl</b> Petra		X	
<b>Ludwig</b> Rainer		X	
<b>Magerl</b> Roland		X	
<b>Maier</b> Christoph			
<b>Mang</b> Ferdinand		X	
<b>Mannes</b> Gerd		X	
<b>Dr. Mehring</b> Fabian		X	
<b>Meier</b> Johannes		X	
<b>Meußgeier</b> Harald			
<b>Meyer</b> Stefan			
<b>Miskowitsch</b> Benjamin		X	
<b>Mistol</b> Jürgen	X		
<b>Mittag</b> Martin		X	
<b>Müller</b> Johann		X	
<b>Müller</b> Ruth	X		
<b>Müller</b> Ulrike			
<b>Nolte</b> Benjamin		X	
<b>Nussel</b> Walter		X	
<b>Dr. Oetzing</b> Stephan		X	
<b>Osgyan</b> Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Pargent</b> Tim	X		
<b>Prof. Dr. Piazzolo</b> Michael		X	
<b>Pirner</b> Thomas		X	
<b>Pohl</b> Bernhard			
<b>Post</b> Julia	X		
<b>Preidl</b> Julian		X	
<b>Rasehorn</b> Anna	X		
<b>Rauscher</b> Doris	X		
<b>Reiß</b> Tobias		X	
<b>Rinderspacher</b> Markus	X		
<b>Rittel</b> Anton		X	
<b>Roon</b> Elena		X	
<b>Saller</b> Markus		X	
<b>Schack</b> Jenny		X	
<b>Schalk</b> Andreas			
<b>Scharf</b> Martin		X	
<b>Scharf</b> Ulrike			
<b>Scheuenstuhl</b> Harry	X		
<b>Schießl</b> Werner		X	
<b>Schmid</b> Franz			
<b>Schmid</b> Josef		X	
<b>Schmidt</b> Gabi			
<b>Schnotz</b> Helmut		X	
<b>Schnürer</b> Sascha		X	
<b>Schöffel</b> Martin		X	
<b>Schorer-Dremel</b> Tanja		X	
<b>Schreyer</b> Kerstin		X	
<b>Schuberl</b> Toni	X		
<b>Schuhknecht</b> Stephanie			
<b>Schulze</b> Katharina			
<b>Schwab</b> Thorsten		X	
<b>Dr. Schwartz</b> Harald		X	
<b>Seidenath</b> Bernhard		X	
<b>Siekmann</b> Florian	X		
<b>Singer</b> Ulrich		X	
<b>Dr. Söder</b> Markus			
<b>Sowa</b> Ursula			
<b>Stadler</b> Ralf			
<b>Stieglitz</b> Werner		X	
<b>Stock</b> Martin		X	
<b>Stolz</b> Anna			
<b>Storm</b> Ramona		X	
<b>Straub</b> Karl		X	
<b>Streibl</b> Florian		X	
<b>Striedl</b> Markus		X	
<b>Dr. Strohmayer</b> Simone	X		
<b>Stümpfig</b> Martin	X		
<b>Tasdelen</b> Arif	X		
<b>Tomaschko</b> Peter		X	
<b>Toso</b> Roswitha		X	
<b>Trautner</b> Carolina		X	
<b>Triebel</b> Gabriele			
<b>Vogel</b> Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Vogler</b> Matthias		X	
<b>Wachler</b> Peter		X	
<b>Wagle</b> Martin		X	
<b>Walbrunn</b> Markus		X	
Freiherr von <b>Waldenfels</b> Kristan		X	
<b>Waldmann</b> Ruth	X		
<b>Weber</b> Laura	X		
Dr. <b>Weigand</b> Sabine			
<b>Weigert</b> Roland			
<b>Weitzel</b> Katja	X		
<b>Widmann</b> Jutta			
<b>Winhart</b> Andreas		X	
<b>Zellmeier</b> Josef		X	
<b>Zierer</b> Benno		X	
Freiherr von <b>Zobel</b> Felix		X	
<b>Zöller</b> Thomas		X	
<b>Zwanziger</b> Christian	X		
<b>Gesamtsumme</b>	38	119	0

## Mitteilung

### des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt 14

#### **Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 12**

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Reparaturbonus für Verbraucher  
(Kap. 12 03 neuer Tit.)  
Drs. 19/1241
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse, Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes, der Landschaftspflege und des Arten- und Biotopschutzes und der Umsetzung der Biodiversitätsstrategie  
(Kap. 12 04 Tit. 685 72)  
Drs. 19/1242
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung  
(Kap. 12 04 Tit. 883 75)  
Drs. 19/1243
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Angemessene Ausstattung der Tierheime  
(Kap. 12 08 Tit. 686 01)  
Drs. 19/1244
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Ultrafeinstaubmessungen für den Standort Flughafen München  
(Kap. 12 09 Tit. 812 04)  
Drs. 19/1245

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Einführung eines Bayerischen Wasserentnahmeentgelts  
(Kap. 12 09 neuer Tit.)  
Drs. 19/1246
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Notwendiger Hochwasserschutz in der südlichen Oberpfalz  
(Kap. 12 77 Tit. 780 00)  
Drs. 19/1247
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Birzele u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025  
hier: RZWas-Härtefallförderung für die Sanierung der öffentlichen  
Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in den Kommunen aufstocken  
und dem Bedarf anpassen  
(Kap. 12 77 Tit. 883 97)  
Drs. 19/1248
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Maßnahmen für den übergreifenden Wasserschutz, wassersensiblen  
Landschaftsschutz und wassersensible Dorf- und Stadtentwicklung  
(Kap. 12 77 neue TG)  
Drs. 19/1249
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Mehr Souveränität für Verbraucher in Bayern –  
Verbraucherschutzorganisation personell und vor Gericht stärken  
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)  
Drs. 19/1250
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Bürgerwillen respektieren – Bayerns Artenvielfalt wieder aufblühen lassen  
(Kap. 12 04 Tit. 685 72)  
Drs. 19/1251
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Den Tierschutz in Bayern endlich ernst nehmen –  
Handlungsfähige Tierheime garantieren  
(Kap. 12 08 Tit. 686 01)  
Drs. 19/1252

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Den Tierschutz in Bayern endlich ernst nehmen – Ausbau und Modernisierung von Tierheimen voranbringen  
(Kap. 12 08 Tit. 893 02)  
Drs. 19/1253
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern erhalten – Umweltforschung stärken  
(Kap. 12 09 Tit. 547 08)  
Drs. 19/1254
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Den Tierschutz in Bayern endlich ernst nehmen – Kontrollbehörden stärken  
(Kap. 12 24 Tit. 422 01)  
Drs. 19/1255
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Bayerns Wasserzukunft personell absichern – Wasserwirtschaftsämter stärken  
(Kap. 12 77 Tit. 422 01)  
Drs. 19/1256
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Mehr Klarheit für Bayerns Landwirte – Ausbau der Grundwassermessstellen absichern  
(Kap. 12 77 Tit. 784 78)  
Drs. 19/1257
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Bayerns Wasserzukunft ökonomisch absichern – Wassercent einführen  
(Kap. 12 77 neuer Tit.)  
Drs. 19/1258
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Treibhausgasausgleich  
(Kap. 12 02 Tit. 533 49)  
Drs. 19/1259

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Photovoltaik auf staatlichen Dächern  
(Kap. 12 02 Tit. 701 11)  
Drs. 19/1260
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Direkte und indirekte Auswirkungen von Windenergieanlagen auf heimische Ökosysteme näher erforschen  
(Kap. 12 02 neuer Tit.)  
Drs. 19/1261
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Reale Umweltbilanz von Windkraftanlagen offenlegen  
(Kap. 12 02 neuer Tit.)  
Drs. 19/1262
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuschüsse für Bildungsvorhaben BNE und UB der staatlich anerkannten Umweltstationen  
(Kap. 12 02 TG 74)  
Drs. 19/1263
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Schaffung eines Labels zur Kennzeichnung von Lebensmitteln mit Insektenbestandteilen  
(Kap. 12 03 neuer Tit.)  
Drs. 19/1264
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Mittel für Maßnahmen auf dem Gebiet des Naturschutzes und der Landschaftspflege  
(Kap. 12 04 Tit. 547 72)  
Drs. 19/1265
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn, Johann Müller und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Maßnahmen auf dem Gebiet des Klimaschutzes und der Klimaanpassung, insbesondere Klimapolitik, -dialog und allgemeine Klimaforschung  
(Kap. 12 04 Tit. 547 75)  
Drs. 19/1266

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Umweltauswirkungen eines Embargos von russischem Gas ermitteln  
(Kap. 12 04 neuer Tit.)  
Drs. 19/1267
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Umweltwirkungen von Freiflächenphotovoltaik untersuchen  
(Kap. 12 04 neuer Tit.)  
Drs. 19/1268
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Studie zu Nitrateinträgen aus nichtlandwirtschaftlichen Quellen  
(Kap. 12 04 neuer Tit.)  
Drs. 19/1269
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: NOx-Emittenten und Grenzwerte neu bewerten  
(Kap. 12 04 neuer Tit.)  
Drs. 19/1270
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Landfill mining  
(Kap. 12 04 TG 78 - 79 neuer Tit.)  
Drs. 19/1271
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Staatliche Förderung von Sanierungs- und Baumaßnahmen von Tierheimen  
(Kap. 12 08 Tit. 893 02)  
Drs. 19/1272
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Schaffung einer Bayerischen Taskforce Tierseuchenbekämpfung  
(Kap. 12 08 neuer Tit.)  
Drs. 19/1273
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Landesamt für Energie und Klimaschutz  
(Kap. 12 09 TG 85)  
Drs. 19/1274

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn,  
Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Fischaufstiegsanlagen an Wasserkraftanlagen  
(Kap. 12 77 neuer Tit.)  
Drs. 19/1275



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

#### **Haushaltsplan 2024/2025; Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat**

Dem Einzelplan 06 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (19/2057) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2024/2025 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

**Tobias Reiß**

I. Vizepräsident



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

#### **Haushaltsplan 2024/2025; Einzelplan 16 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Digitales**

Dem Einzelplan 16 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 19/2072) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2024/2025 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

**Tobias Reiß**

I. Vizepräsident



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

#### **Haushaltsplan 2024/2025; Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung**

Dem Einzelplan 13 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 19/2069) genannten Änderungen sowie der Änderungen des zum Plenum eingereichten Änderungsantrags (Drs. 19/2333) zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt,

- die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen und
- den Ansatz bei Kap. 13 02 Tit. 546 49 (Vermischte Verwaltungsausgaben und zum Ausgleich der Schlusssumme des Haushaltsplans und beim Haushaltsabschluss) entsprechend anzupassen.

Die Präsidentin

I.V.

**Tobias Reiß**

I. Vizepräsident



## **Beschluss**

### **des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

#### **Gesetzentwurf der Staatsregierung**

Drs. 19/412, 19/2166

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 (Haushaltsgesetz 2024/2025 – HG 2024/2025)**

[Beschluss zum Haushaltsgesetz 2024/2025](#)

Die Präsidentin

I.V.

**Tobias Reiß**

I. Vizepräsident

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Patrick Grossmann

Abg. Johann Müller

Abg. Stefan Frühbeißer

Abg. Tim Pargent

Abg. Martin Böhm

Abg. Michael Hofmann

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Alfred Grob

Abg. Bernhard Pohl

Staatsminister Albert Füracker

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 15** auf:

## **Haushaltsplan 2024/2025**

### **Einzelplan 06**

**für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat**

hierzu:

**Änderungsanträge** der SPD-Fraktion (Drsn. 19/816 und 19/817)

**Änderungsanträge** der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 19/818 und 19/819)

**Änderungsanträge** der AfD-Fraktion (Drsn. 19/820 mit 19/825)

**Interfraktionelle Änderungsanträge** von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 19/826, 19/827, 19/1125 und 19/1149)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat 45 Minuten. Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die AfD-Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 19/824 Einzelabstimmung in einfacher Form beantragt hat.

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Patrick Grossmann für die CSU-Fraktion.

(Zurufe von der CSU: Es ist zu leise!)

– Ihr habt mich nicht gehört? Muss ich es noch einmal sagen?

(Zurufe von der CSU: Nein!)

– Gut.

**Patrick Grossmann (CSU):** Einen wunderschönen guten Morgen, liebe Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die ersten Gäste kommen auch – herzlich willkommen! Wir kommen am dritten Tag zusammen, um den Doppelhaus-

halt 2024/2025 zu beraten. Die Zigtausend Helferinnen und Helfer der Flutkatastrophe sind jedoch bereits seit sechs Tagen im Einsatz. Deshalb gilt mein Dank zuerst den zahlreichen Helferinnen und Helfern der Flutkatastrophe in Bayern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Allgemeiner Beifall)

In diesen Tagen richtet sich unser Blick auf den Doppelhaushalt, damit unter anderem die Soforthilfen von 100 Millionen Euro, die wir heute voraussichtlich im Landtag beschließen werden, unbürokratisch ausbezahlt und wichtige Investitionen in den Hochwasserschutz fortgeführt werden können. Unser Dank gilt heute auch den über 30.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Heimat- und Finanzministeriums mit Finanzminister Albert Füracker an der Spitze und den nachgelagerten Ämtern, die sich um die gerechte Verwaltung unserer Steuereinnahmen kümmern.

Allerdings müssen wir auch feststellen, dass es nicht mehr so viele Steuereinnahmen zu verwalten gibt, wie ursprünglich geplant. Durch die desaströse Politik der Ampel-Regierung im Bund wird nur noch ein reales Wirtschaftswachstum von 0,2 % prognostiziert. Damit liegen wir im Vergleich der 20 führenden Industrie- und Schwellenländer nur noch an vorletzter Stelle. Sogar Russland, das mit zahlreichen Sanktionen belegt ist, liegt noch vor uns.

(Florian von Brunn (SPD): Glauben Sie die Zahlen aus Russland?)

Deshalb müssen wir dringend durch eine Reform der Steuer- und Sozialgesetzgebung vor allem auf Bundesebene dafür sorgen, dass sich Leistung wieder besser lohnt und Anreize zur Mehrarbeit geschaffen werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dazu haben wir zahlreiche Forderungen an den Bund gestellt, beispielsweise Überstunden steuerfrei zu stellen und Sozialausgaben zu begrenzen. Wir benötigen vor allem wieder ein unternehmerfreundliches Klima in Deutschland. Dazu benötigen wir

niedrigere Unternehmensteuern und auch niedrigere Stromsteuern. Mit solchen Anreizen würden wir dafür sorgen, dass wieder mehr in Deutschland produziert wird und am Ende auch mehr Steuern bezahlt werden können.

Trotzdem schafft es die Bayernkoalition aus CSU und FREIEN WÄHLERN, im Freistaat einen soliden Haushalt ohne neue Schulden aufzustellen. Somit steht dem Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Heimat und Finanzen im Vergleich zum Vorjahr ein um circa 7 % höherer Etat in Höhe von 3,3 Milliarden Euro alleine für das Jahr 2024 zur Verfügung. Der Aufwuchs wird vor allem in die Breitbanderschließung, in die IT-Ausstattung und in unser Personal investiert. Bayern hat in den letzten zehn Jahren bereits 3,7 Milliarden Euro in die Breitbanderschließung investiert. Obwohl wir das größte Flächenland sind, haben wir bereits mehr als 90 % der Anschlüsse mit mehr als 100 Mbit/s versorgt. Davon sind zwei Drittel gigabitfähig. Aber wir gehen noch weiter voran. Allein im Doppelhaushalt 2024/2025 stehen weitere 480 Millionen Euro für die Breitbanderschließung zur Verfügung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Außerdem ist das Finanzministerium Vorreiter bei der Digitalisierung, lieber Albert Füracker. Online-Dienste und -Plattformen, beispielsweise zur Mitarbeitergewinnung, werden weiter ausgebaut. Die Anwendung ELSTER nutzen bereits über 80 % unserer Steuerzahler, und sie soll stetig weiterentwickelt werden. Insgesamt stehen für die IT-Ausstattung im Jahr 2024 über 400 Millionen Euro zur Verfügung.

Mit insgesamt 300 zusätzlichen Stellen für die Finanz- und Steuerverwaltung verzeichnen wir einen gemäßigten Aufwuchs in der Personalverwaltung. Wir erteilen überzogenen Forderungen von der SPD-Fraktion auf 1.000 zusätzliche Stellen in der Steuer- und Finanzverwaltung eine klare Absage, liebe Kolleginnen und Kollegen; denn langfristig muss die Reise beim Personal in eine andere Richtung gehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Für die CSU ist und bleibt die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen, lieber Herr Kollege Bernhard Pohl, ein zentrales Ziel. Dafür setzen wir beispielsweise Schwerpunkte in der Heimatstrategie. Gerade mit der Behördenverlagerung gehen wir als Freistaat Bayern wirklich vorbildlich voran. Im Rahmen des Einzelplans 06 werden wir die Dienststelle des Landesamtes für Finanzen mit 300 Beschäftigten nach Weiden verlegen. Wir sprechen nicht nur darüber, sondern wir handeln, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn es um die Stärkung des ländlichen Raums geht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zum Schluss möchte ich noch mal den fleißigen Steuerzahlern in Bayern danken. Aber ich bleibe dabei: Unternehmertum und Leistung müssen sich wieder mehr lohnen. Ich bitte um Zustimmung zum Einzelplan 06.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich auf der Ehrentribüne die Vertreter der Kurdischen Gemeinde in Deutschland herzlich begrüßen. Sie sind der Einladung der Vorsitzenden des Ausschusses für Eingaben und Beschwerden, Frau Gülseren Demirel, gefolgt. – Herzlich willkommen im Bayerischen Landtag und vielen Dank für den Einsatz Ihres Vereins für Demokratie und Integration.

(Allgemeiner Beifall)

Nun hat Herr Kollege Johann Müller für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Johann Müller (AfD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich Ihnen einen wunderschönen guten Morgen wünschen – auch Ihnen auf der Tribüne.

Wir kommen heute nach einem langen Beratungsprozess im Ausschuss und im Plenum auf die Zielgerade zur Verabschiedung des Haushaltsgesetzes. Bevor wir uns aber dem Einzelplan des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat zuwenden, möchte ich mich zunächst bei den Mitarbeitern des Landtags für den reibungslosen Ablauf der Haushaltsberatungen im Ausschuss und im Plenum bedanken.

(Beifall bei der AfD)

Natürlich möchte ich mich auch im Namen der AfD-Fraktion bei all den bayerischen Steuerzahlern bedanken, die dafür sorgen, dass in Bayern ein gutes Leben möglich ist.

(Beifall bei der AfD)

Hinter jedem einzelnen Euro, der in den Staatshaushalt fließt, stecken letztendlich die harte Arbeit und die Lebenszeit eines Bayern. Gerade deshalb müssen wir mit den Steuergeldern in Bayern besonders sorgsam umgehen.

Damit kommen wir auch schon zum Haushalt des Finanzministeriums. Das Volumen ist mit 3,3 bzw. 3,4 Milliarden Euro für die beiden Jahre vergleichsweise gering, aber die Aufgaben des Ministeriums sind enorm; denn es verantwortet den Staatshaushalt, die Finanzplanung und die Steuer- und Finanzverwaltung.

Voraussetzung für einen soliden Haushalt ist eine solide Wirtschaft. Aber gerade die Wirtschaft kommt in Bayern und in Deutschland immer mehr ins Wanken. Wir als AfD-Fraktion weisen regelmäßig darauf hin, dass sich die wirtschaftliche Lage im Freistaat immer weiter verschlechtert.

Bei der letzten Haushaltsdebatte haben wir klar vor der Gefahr einer dauerhaft geschwächten Wirtschaft gewarnt, falls sich die unterdurchschnittliche Entwicklung der Industrie in Bayern fortsetzt. Man hat uns belächelt und gesagt, dass sich die Industrie sicher erholen würde, sobald die Energiekrise vorüber ist. Jetzt sehen wir, dass nach

einer kurzen Erholung der Konjunktur viele Branchen in Bayern stark unter Druck geraten. Gerade die Metall- und die Elektroindustrie, ein Herzstück unserer Wirtschaft und für Jahrzehnte Garanten für steigende Steuereinnahmen, kämpfen mit schwacher Auftragslage und mit Produktionsrückgängen. Gleichzeitig steigt die Zahl der Beschäftigten in diesem Zweig nicht mehr.

Was bleibt, ist eine schlechte wirtschaftliche Stimmung und die drohende Abwanderung bayerischer Unternehmen.

Wie schon im Vorjahr gilt: Heimische Spitzenunternehmen verlagern ihre Produktion ins Ausland, manche fliehen sogar ganz. Dass die Bayerischen Motorenwerke im letzten Jahr ihre Produktion von Verbrennungsmotoren in Deutschland eingestellt haben, wird schulterzuckend akzeptiert. Bayerische Hochtechnologie wird künftig im Ausland und für das Ausland produziert.

Auch kleinere Unternehmen bauen Arbeitsplätze ab und verlagern die Produktion. Das Motto aufgrund dieser Politik heißt: Raus aus Bayern, raus aus Deutschland. Das sieht man auch deutlich in internationalen Studien, die Deutschland als weit abgeschlagenes wirtschaftliches Schlusslicht der entwickelten Industrienationen sehen.

Wir alle wissen: Das ist das traurige Ergebnis der grünen Energiepolitik, die seit Jahrzehnten von allen Altparteien betrieben wird.

(Beifall bei der AfD)

Natürlich schlagen all diese Entwicklungen bereits mit voller Wucht auf Bayern durch.

Die aktuellen Steuerschätzungen aus dem Mai zeigen uns, dass die Steuereinnahmen wegbrechen. Dadurch hat das Finanzministerium plötzlich ein Steuerloch von über 1,1 Milliarden Euro zu stopfen, wobei elementare Aufgaben wie zum Beispiel der Abbau der milliardenschweren Corona-Kredite bereits auf ein Minimum reduziert sind. Unser Schuldenberg ist bereits auf 37 Milliarden Euro angewachsen, aber getilgt werden 50 Millionen Euro pro Jahr. Da kann sich jeder ausrechnen, wie lange wir brau-

chen, um diesen Schuldenberg abzutragen. Wir als AfD-Fraktion haben Änderungsanträge zum zügigen Schuldenabbau gestellt. Mit unserer Politik würde Bayern hier deutlich besser fahren.

Der bayerische Steuerzahler, das Finanzministerium und der Freistaat befinden sich also in schwierigen Zeiten. Deswegen kann ich nur mit dem Kopf schütteln, wenn ich Änderungsanträge sehe, die eine Erhöhung des Personals im Steuervollzug fordern und andeuten, dass die Steuergerechtigkeit in Bayern nicht gegeben sei. Die bayerischen Steuerzahler werden dadurch unter Generalverdacht gestellt, und das ist geradezu unanständig.

Die Steuerlast ist enorm. Es gibt große Bevölkerungsgruppen, die nicht arbeiten, obwohl sie es könnten. Der Steuerzahler und die Unternehmen ächzen unter den Abgaben, und manche Parteien fordern höhere Steuern, neue Steuern, eine Abschaffung der Schuldenbremse und höhere Staatsausgaben. Das macht fassungslos.

Ebenso wundert es mich, dass das Finanzministerium immer noch den Zusatz "und für Heimat" trägt. Die Heimat trägt das Ministerium nur im Namen. Die Ausgaben für den Bereich Heimat, regionale Identität und Heimatpflege sind schon lange rückläufig, in den Jahren 2024 und 2025 werden sie noch einmal um über eine Million Euro pro Jahr gegenüber 2023 reduziert. Wir als AfD-Fraktion kritisieren seit Jahren den Rückgang der Mittel, und so stellen wir seit Jahren Änderungsanträge, um die Kommunen im Bereich Heimatpflege und im Bereich der traditionellen Vereine zu stärken. Wenigstens uns liegt die bayerische Heimat noch am Herzen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächster spricht der Kollege Stefan Frühbeißer für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

**Stefan Frühbeißer (FREIE WÄHLER):** Verehrte Frau Präsidentin, verehrter Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren auf den Zuhörerrängen! Ein dunkles Bild wird gezeichnet, das ist bei jedem Einzelplan so. Das, was man in der Vorrede hört, wie schlecht doch alles sei, wie schlecht alles laufe und auf welchem Weg wir doch in der Abwärtsspirale seien – das wiederholt sich natürlich in allen Reden –, steht im Gegensatz zur Realität derjenigen, die realistisch mit den Themen umgehen und einen fundierten Blick hinter die Kulissen haben, die genau wissen, dass es nicht so ist. Das ist gerade beim Einzelplan 06 so. Das Finanzministerium hat mit dieser Konstellation Heimat und Finanzen eine besondere Aufstellung. Daran zeigt sich aber ganz deutlich, die Identifizierung mit der Heimat, IT und natürlich die Finanzen sind in einem Haus, und der Bürger fühlt sich wohl, dass es so ist.

Mit der IT haben wir im Einzelplan 06 einen Bereich, der besonders durch die Breitbandförderung in die Diskussion kam. Dafür haben wir enorme Mittel eingeplant; 230 Millionen Euro werden eingesetzt, um die Breitbandversorgung mit Glasfaser in die Fläche zu bringen. Vielen geht das zu langsam, aber ich sage Ihnen eines: Die Möglichkeiten sind da.

Ich hatte vor einigen Jahren selbst das Vergnügen, auf die Unterstützung des Herrn Staatsministers setzen zu dürfen, um eine Breitbandversorgung in die Fläche zu bekommen. Eine Gemeinde, eine Stadt mit 35 Ortsteilen, hat den Breitbandausbau verwirklicht, und zwar in einer Situation, in der der Bund noch nicht so richtig wusste, wie vorgegangen werden soll. Dann wurde eine Kofinanzierung erreicht. Viele haben nicht auf dem Schirm, dass nach Artikel 87f des Grundgesetzes der Bund für die Telekommunikation und für die Versorgung der Bevölkerung mit den entsprechenden Einrichtungen verantwortlich ist.

Ich darf mich bei dieser Gelegenheit dafür bedanken, dass diese Möglichkeiten geschaffen wurden, dass wir Glasfaser – ich erläutere es noch einmal – in jedes Haus bringen konnten. Oft hören wir, dass es nicht funktioniert. Viele sagen, es muss noch mehr Geld gegeben werden, es muss noch mehr hineingesteckt werden. Aber der Be-

weis ist erbracht, dass es dann auch funktioniert, wenn man sich vor Ort darum kümmert. In unserem Fall war es so: Ein Glasfaseranschluss ist für jedes Haus verfügbar, und der Bürger hat keinen Cent zuzahlen müssen. Der Betrieb läuft. Das Netz ist aufgrund einer Sondersituation bei uns an die Telekom vermietet. Es gilt einfach: machen, anpacken und tun.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Voraussetzungen dafür wurden geschaffen, weil mit dem damaligen Etat Weichen gestellt wurden.

Dies gilt auch für den Staatshaushalt 2024/2025 und den Einzelplan 06. Das erwähnte dunkle Bild kommt nicht zum Tragen. Ganz im Gegenteil. Es ist vielmehr sichergestellt, dass diese Entwicklungen möglich sind. Viele weitere Kommunen können mit der Unterstützung des Freistaates, der immer wieder für den Bund in die Bresche springt, solche Maßnahmen durchführen.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, hier ein ausdrückliches Dankeschön an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Steuerverwaltung auszusprechen. Es ist nicht unbedingt beliebt, in der Steuerverwaltung zu arbeiten. Das zeigt Identifizierung mit der Heimat Bayern. Die Bürgerinnen und Bürger akzeptieren und sehen sehr wohl, dass die Funktion des Staates nur gegeben ist und Ausgaben nur dann getätigt werden können, wenn auch Einnahmen erzielt werden.

Die anderen Aufgabenbereiche dienen natürlich auch dazu, zum Wohle des Freistaates Bayern Einnahmen sicherzustellen. Ich denke hier an die Bayerische Schlösser- und Seenverwaltung, an die Bayerische Seenschifffahrt. Die Raumfahrt folgt vielleicht noch. Herzlichen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter!

Ich bedanke mich natürlich auch bei den Ausschussmitgliedern. Wir haben sehr intensiv und vor allem konstruktiv diskutiert und können einen Etat vorlegen, den ich Ihnen selbstverständlich zur Zustimmung vorschlagen möchte. Ich stehe voll dahinter.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächstem erteile ich Herrn Kollegen Tim Pargent für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Tim Pargent (GRÜNE):** Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrter Herr Staatsminister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin, ehrlich gesagt, etwas ernüchtert. Ich darf nun zum wiederholten Mal zum Einzelplan des Finanzministeriums sprechen und bin ernüchtert, ähnlich wie viele Beschäftigte in unseren Finanzämtern, die trotz der widrigen Personalsituation jeden Tag so einen großartigen Job leisten. Damit bin ich schon beim Kern des Problems, der widrigen Personalsituation in den Finanzämtern. Dazu verweise ich auf die Zahlen: Die steuerlichen Fallzahlen sind in den vergangenen Jahren erfreulicherweise in die Höhe geschneilt. Seit dem Jahr 2010 haben sich die Fälle um 40 % erhöht, eine sehr erfreuliche Steigerung. An dieser Stelle ein ganz großer Dank an alle Steuerpflichtigen, die dazu beigetragen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Personal in der Steuerverwaltung, das sich um diese Fälle kümmert, ist in den 15 Jahren, beginnend mit dem Haushaltsjahr 2010 und fortgeschrieben im Haushalt 2024/2025, nur um 5 % gestiegen. Das bedeutet: Bei 40 % Steigerung der Fälle nur 5 % Personalzuwachs. Zeigen Sie mir einmal eine Schule, in der 40 % mehr Schülerinnen und Schüler kommen, aber nur 5 % mehr Lehrkräfte eingestellt werden.

(Michael Hofmann (CSU): Ich empfehle Ihnen eine Diskussion mit Ihren Bildungspolitikern! – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Sie vergleichen Äpfel mit Birnen!)

Wenn aus 1.000 Kindern 1.400 Kinder werden, und Sie stellen zu den 100 Lehrkräften nur 5 neue ein, wäre das verrückt, damit würden Sie baden gehen. Da würde keiner mitmachen. Aber das ist der Zustand an den Finanzämtern, und das ist nicht mehr hinnehmbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Kollege Grossmann von der CSU, Sie haben in Ihrer Rede nur einen Satz zur Personalausstattung fallen lassen. Sie sagen: Langfristig müssten wir sogar mit noch weniger Personal zurechtkommen. Das ist ein starkes Stück, und das finde ich in diesem Zusammenhang schwach.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin gespannt, was Ihr Kollege zu der Personalsituation sagen wird, ob er den Beschäftigten Mut machen kann. Die Bearbeitungsdauer der Steuererklärung hat sich in Bayern, verglichen mit anderen Bundesländern, deutlich erhöht. Das ist am bundesweiten Ranking für die Bearbeitung einer Steuererklärung ersichtlich. Dabei handelt es sich um ein weiteres Warnsignal. Deswegen ist es auch nicht verwunderlich, dass so viele Menschen die Steuerverwaltung verlassen und in die freie Wirtschaft oder zu den Kommunen wechseln. Die Arbeitsbedingungen sind widrig. Dazu kommen noch die immensen Arbeitsbelastungen durch die Grundsteuer, und zwar deswegen, weil die Beschäftigten unnötig lange auf das Gesetz der Staatsregierung warten mussten. Im Übrigen hat die Komplexität des Steuerrechts auch nicht nachgelassen.

(Michael Hofmann (CSU): Das Bundesgesetz hat Ihnen weniger Arbeit gemacht!  
Da lache ich ja! Das ist ein Witz!)

Sehr geehrte Damen und Herren, die Finanzämter in unserer gesamten Steuerverwaltung brauchen mehr Unterstützung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere Steuerverwaltung ist aber nicht nur wichtig für die Einnahmenerzielung, sondern auch für die Gerechtigkeit im Land. Ich denke, wir sind uns alle einig: Niemand darf sich in unserem Land auf Kosten der Mehrheit einen unlauteren Vorteil verschaffen, indem er bei der Steuer trickst und die vielen Ehrlichen deswegen wieder die Deppen sind. Unsere Finanzverwaltung ist eben kein reiner Verwaltungsapparat, in dem

vorne der Antrag reingeht und hinten eine Erklärung und ein Bescheid rausgehen. Sie ist auch ein Eckpfeiler der Gerechtigkeit. Es ist gut, dass unsere Steuerverwaltung in unserem Lande für Gerechtigkeit einsteht.

(Michael Hofmann (CSU): Oder Sie sorgen in Berlin einmal für Gerechtigkeit!)

In Anbetracht des eklatanten Personalbedarfs und der großen Sonderaufgaben, die durch die Grundsteuer nun einmal gegeben sind, haben wir eine Gerechtigkeitslücke zu befürchten. Nicht weil unsere Beamtinnen und Beamten das wollen, sondern weil sie nicht anders können. Die Prüfungsintervalle werden eher länger, und das ist nicht hinnehmbar. Der Vorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft sagte dieser Tage zu Recht: Es war noch nie so einfach, Steuern zu hinterziehen, wie heute. Und damit hat er recht.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wo kommt der her?)

– Er kommt aus Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Anstatt sich an dieser Stelle um diese Gerechtigkeitslücke zu kümmern, redet der Finanzminister in Pressemitteilungen gegen die Bargeldobergrenze. Das ist der gleiche Minister, dessen Job es wäre, dafür zu sorgen, dass weniger betrogen und hinterzogen wird. Meine Damen und Herren, Law and Order muss endlich auch bei Steuerhinterziehung und Finanzkriminalität gelten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was braucht es nun, um diese Missstände in der Personalsituation abzustellen? – Wir brauchen endlich mehr Attraktivität. Erstens muss man in Zeiten des demografischen Wandels um junge Menschen werben. Deshalb bedarf es endlich einer Recruiting-Kampagne für die Steuer- und Finanzverwaltung. Ob die Schließung des Ausbildungsstandortes in Herrsching eine gute Werbung ist, bezweifle ich allerdings.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweitens. Für engagierte Beschäftigung braucht es Beförderungen und Stellenhebungen. In kaum einem anderen Bereich werden so viele Aufgaben des gehobenen Dienstes, der dritten QE, von Beschäftigten des mittleren Dienstes in der zweiten QE erledigt. Das ist ein Armutszeugnis, dass in diesem Haushalt nahezu keine Stellenhebung vorgesehen ist. Um unser Personal wenigstens in der Finanzverwaltung zu halten, brauchen wir diese Stellenhebungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Drittens. Die Wiederbesetzungssperre im ganzen Haushalt muss abgeschafft werden. Entweder brauchen wir die Stellen, dann muss man sie nachbesetzen, und zwar direkt, oder wir brauchen sie nicht, dann sollte man sie streichen. Mit der bisherigen Regelung, dass Stellen ein halbes Jahr unbesetzt bleiben, schaffen wir einen Knowhow-Verlust. Das muss ein Ende haben.

Ich höre jetzt schon die Unkenrufe, die Personalquote im Freistaat sei so hoch. In der Steuerverwaltung ist doch das Gegenteil der Fall. Die Stellen kosten zwar Geld – das ist klar –, aber gerade in der Steuerverwaltung können sie sich auch rechnen. Wird das Geld nämlich erst einmal eingenommen, kann es in anderen Bereichen wieder investiert werden, zum Beispiel bei Naturkatastrophen, bei denen wir jetzt kraftvoll helfen können. Hier haben wir in den letzten Tagen viel diskutiert. Ein herzlicher Dank an alle engagierten Finanzbeamtinnen und -beamten in Bayern, die auch dafür sorgen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Abschluss möchte ich noch ein Thema ansprechen, das in diesem Haushalt häufig mitschwimmt: die Bayerische Schlösserverwaltung. Im Gegensatz zu den Vorjahren muss ich darauf eingehen; denn gerade unsere Gärten und Parks sind ebenfalls von der Klimakrise betroffen. Leider geht sie an unseren schönen und historisch wertvollen Parks nicht spurlos vorbei. Gerade die Pflanzen und Bäume leiden vor allem unter

starker Hitze und Trockenheit im Sommer. Immer mehr Bäume nehmen Schaden und müssen dann aufgrund der Verkehrssicherungspflicht gefällt werden. Deshalb brauchen wir auch hier mehr Stellen, die den klimagerechten Umbau begleiten. Meine Fraktion hat einen entsprechenden Änderungsantrag gestellt und wirbt dafür um Zustimmung. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Es liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. Die CSU muss sich noch einig werden, wer spricht. Martin Böhm hat als Erster für die AfD das Wort.

**Martin Böhm (AfD):** Sehr geehrter Herr Kollege Pargent, ich bin fern davon – jeder weiß das –, der Staatsregierung Gutes beizumessen. Aber jetzt muss ich schon mal Klartext reden: Sie sprechen von Personalzugang in der Finanzverwaltung. Die Digitalisierung, die wir in den Finanzbehörden haben, ist an Ihnen wahrscheinlich total vorbeigelaufen. Mittlerweile wird ein guter Teil der Steuererklärungen ohne menschlichen Einsatz nur noch digital bearbeitet und digital verbeschieden.

Ich glaube nicht, dass wir in der von Ihnen genannten Höhe einen Personalzugang in der Finanzverwaltung brauchen. Wenn wir irgendwo Personalzugang brauchen, dann brauchen wir ihn bei Polizei und Justiz, um in unserem Land das in Ordnung zu bringen, was aufgrund der verqueren Politik der Ampel-Abriss-Truppe in Berlin aus dem Ruder läuft.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Bitte schön, Herr Pargent.

**Tim Pargent (GRÜNE):** Scheinbar ist bei Ihnen das Digitalisierungsparadoxon noch nicht angekommen. Es klingt zwar immer gut: Auf die Schnelle können wir damit Personal einsparen. – Das Gegenteil ist der Fall: Im ersten Moment brauchen Sie erst einmal zusätzliches Personal, das das alles aufbaut.

(Robert Brannekämper (CSU): Das läuft schon alles, Herr Kollege! Was erzählen Sie hier?)

In einer bürgernahen Finanzverwaltung – und das ist der zweite Punkt – brauchen Sie auch Personal, das sich dann erstens die schweren Fälle, die komplexen Fälle, trotzdem ansieht und zweitens – für die Bürgernähe – auch für die Menschen, die Rückfragen haben, die Themen haben und am laufenden Band in unseren Ämtern anrufen, ein offenes Ohr hat und die Zeit hat, um dort Antworten zu geben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Robert Brannekämper (CSU): Ihr habt doch keine Ahnung von Steuerverwaltung!)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Und nun spricht der Kollege Michael Hofmann.

**Michael Hofmann (CSU):** Herr Kollege Pargent, unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Finanzverwaltung machen seit Jahren einen hervorragenden Job;

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

auch deswegen, weil die Spitze des Hauses in verschiedenen Anweisungen dafür sorgt, dass man sich nicht mit sinnlosen Aufgaben beschäftigt. Ich höre beispielsweise immer wieder die Diskussionen und Forderungen, wir müssten viel mehr Fälle kontrollieren usw. Es geht darum, die zu kontrollieren, bei denen tatsächlich etwas zu holen ist, effizient und notwendig. Das machen unsere Leute hervorragend.

Was mich allerdings umtreibt, ist, dass Sie die Fallzahlen heranziehen, um zu erklären, dass wir mehr Personal brauchen. Wie wäre es denn eigentlich, Herr Kollege Pargent, wenn man sich in Berlin mal Gedanken darüber machen würde, ob man das ganze Steuersystem ein bisschen vereinfacht? Wenn wir eine Vereinfachung vornehmen würden, hätten unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weitaus weniger zu tun.

(Widerspruch des Abgeordneten Paul Knoblach (GRÜNE))

Ich will das an einem Beispiel, das wirklich verrückt ist, auch noch mal darlegen. Im Jahressteuergesetz – –

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege, das können Sie jetzt nicht mehr, weil die Zeit vorbei ist.

**Michael Hofmann (CSU):** Das ist schade. – Der Grundfreibetrag ist nicht im Jahressteuergesetz geregelt. Das müssen Sie in Berlin noch nachträglich machen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Tim Pargent (GRÜNE):** Erstens Zustimmung: Die Beamtinnen und Beamten machen einen tollen Job. Aber zweitens ist es dann schon immer ein bisschen putzig, dass man so lange in der Bundesregierung war und die Belastungen und die Komplexität im Steuerrecht keineswegs abgenommen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): An uns liegt es nicht! Ihr seid doch diejenigen, die das komplizierter machen! An uns liegt es nicht!)

Es tut mir leid, Ihnen das sagen zu müssen. Aber es wäre schön, wenn Sie das auch da umgesetzt hätten und nicht nur schöne Pressemitteilungen geschrieben hätten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Jetzt spricht der Kollege Volkmar Halbleib für die SPD-Fraktion.

**Volkmar Halbleib (SPD):** Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich beginne mit einem Dank an das Landtagsamt und die Fraktionsmitarbeiter, aber auch an die Kollegen im Haushaltsausschuss für die umfassenden Beratungen und auch für die Unterstützung bei unserer Arbeit – das gilt insbesondere für das Landtagsamt. Das ist der eine Dank. Bei dem weiteren Dank will ich mich anschließen. Er ist schon vom Kollegen Grossmann zum Ausdruck gebracht worden, und ich darf ihn ausdrücklich unterstreichen: Der Dank an die Steuerzahler, die nach Recht und Gesetz in Bayern

Steuern zahlen, ist zu Recht ausgesprochen worden, und dem schließe ich mich uneingeschränkt an.

Nur, wer diesen Satz ernst meint und wer die ganz überwiegende Mehrheit der redlichen Steuerzahler im Blick hat, der muss gleichzeitig auch sagen, dass wir einen besseren und konsequenteren Steuervollzug und mehr Steuergerechtigkeit in Bayern brauchen. Das ist die Konsequenz dieses Satzes, und an dieser Konsequenz fehlt es der Regierungskoalition.

(Beifall bei der SPD)

Denn sonst – und das ist doch klar, das ergibt sich durch das Steuersystem – sind die ehrlichen Steuerzahler die Dummen. Das dürfen sie nicht sein, und das gilt insbesondere für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, bei denen die Steuer direkt vom Lohn abgezogen wird. Bei den anderen geht es eben um die Steuerprüfung. Die muss auch stattfinden, damit nach Recht und Gesetz gezahlt wird. Leider tun die Staatsregierung und die Regierungsfaktionen seit langen, langen Jahren viel zu wenig dafür, dass Steuergerechtigkeit herrscht und der ehrliche Steuerzahler eben nicht der Dumme ist.

(Beifall bei der SPD)

Sie brauchen ja nicht der SPD Folge zu leisten, aber Sie sollten sich vielleicht schon mal überlegen, warum der Oberste Rechnungshof zum 27. Mal in Folge kritisiert, dass wir einen unzureichenden Steuervollzug in Bayern haben. Zum 27. Mal wird im Jahresbericht ein unzureichender Steuervollzug in Bayern kritisiert.

Man sieht das ja auch an den Stellen. Selbst die viel zu wenigen Stellen in der Steuerverwaltung sind auch noch blockiert für Steuerprüfungen und Steuerfahndung. Sie können nicht mit Steuerprüfern besetzt werden, sondern werden anderweitig verwendet. Das sind von 17.000 Stellen insgesamt 1.600. Das ist seit Jahren das gleiche

Bild: Die eh schon knapp bemessene Stellenzahl an den Finanzämtern ist zu einem beachtlichen Teil nicht mit Steuerprüfern besetzt.

Das führt zu Konsequenzen, und da reagiere ich jetzt auf den Einwand der AfD, die gesagt hat, dass die Forderung nach mehr Steuerprüfern unanständig ist. Das Gegenteil ist der Fall: Steuerungerechtigkeit ist unanständig. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Sie brauchen nicht uns zu glauben, lieber Kollege Hofmann, aber Sie müssen vielleicht auch einem oder dem Vertreter der Finanzbeamtinnen und Finanzbeamten Folge leisten, der erst am Wochenende in einem Interview die viel zu niedrige Zahl der Steuerprüfungen massiv kritisiert hat. Ich darf nur zwei Sätze zitieren:

"Zudem haben wir viel zu wenig Steuerfahnder."

Dann kommt der entscheidende Satz von Gerhard Wipijewski, wörtlich:

"Wir sind weit davon entfernt, faire und für alle gleiche Bedingungen zu schaffen. Damit aber haben die Betrüger bei uns bessere Bedingungen als die, die sich an Recht und Gesetz halten."

Das darf im Freistaat Bayern nicht sein.

(Beifall bei der SPD – Michael Hofmann (CSU): Machen Sie es in Berlin einfacher!)

– Ja, ich kenne die Strategie schon: Ein Finger zeigt nach Berlin, drei Finger zeigen auf Sie zurück.

(Widerspruch bei der CSU – Michael Hofmann (CSU): Sie müssen es einfacher machen!)

Nicht die Regierungskoalition ist kritisiert worden, sondern diese Bayerische Staatsregierung zum 27. Mal in Folge durch den Bayerischen Obersten Rechnungshof. Das müssen Sie sich mal ins Stammbuch schreiben.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in diesem Haushaltsjahr, wie in allen anderen, gekämpft. Im Ergebnis verweigern Sie sich als Regierungsfractionen und natürlich auch die Staatsregierung seit Jahren, dieser notwendigen Steuergerechtigkeit Rechnung zu tragen; zuletzt leider wieder durch die Ablehnung unseres Haushaltsantrages.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU))

Deswegen gilt umso mehr der Dank denen, die trotz der schlechten Personalausstattung, trotz der fehlenden Steuergerechtigkeit nach wie vor in der Steuerverwaltung hohe bis höchste Leistungen erbringen.

Der Dank gilt natürlich gleichermaßen den Beschäftigten im Ressortbereich des Finanzministeriums, beispielsweise – ich könnte jetzt viele nennen – beim Landesamt für Finanzen oder in der Schlösser- und Seenverwaltung. Aber auch da müssen wir zu Verbesserungen kommen. Es ist doch logisch, dass der Stellenaufwuchs in unterschiedlichsten Ressorts auch durch das Landesamt für Finanzen bewältigt werden muss. Deswegen ist es schwer nachvollziehbar, dass unser Antrag auf eine behutsame Stellenmehrung einfach vom Tisch gewischt wurde.

Vielleicht noch ein Blick auf die Personalpolitik des Finanzministeriums: Das Gleiche gilt für die Streichung von Artikel 6i im Haushaltsgesetz, sozusagen aller Stellenhebungen oder der Stellenhebungen. Das ist ein falsches Signal für die Beschäftigten, und es wird bei den Beschäftigten auch so gesehen. Eine Nullnummer wird dem Anspruch der Personalentwicklung in diesem Freistaat definitiv nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD)

Abschließend: Auch die Wiederbesetzungssperre ist in kleinen Personalkörpern absolut kontraproduktiv, weil die notwendigen Einarbeitungen und der notwendige Know-how-Transfer nicht erfolgen können. Das ist Personalbewirtschaftung aus der Steinzeit, die mehr wirtschaftliche Schäden verursacht, als sie Einsparungen bringt.

In diesem Sinne haben wir, glaube ich, genug Material dafür geliefert, dass wir beim nächsten Haushalt, beim Nachtragshaushalt 2025, endlich mehr Steuergerechtigkeit bekommen. Das ist Ihre Verantwortung, das ist auch ein verfassungspolitischer Auftrag. Werden Sie diesem Auftrag endlich gerecht.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege, es liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. Die erste Zwischenbemerkung kommt von dem Kollegen Patrick Grossmann.

**Patrick Grossmann (CSU):** Lieber Kollege Halbleib, ich schätze Sie sehr, aber ich finde es unerträglich, dass Sie eine Vielzahl von Steuerzahlern und Unternehmern unter Generalverdacht stellen. Das kann nicht sein.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Das ist doch Unsinn! Das ist kompletter Unsinn! Das ist eine billige Unterstellung!)

Wenn Sie fordern, dass 1.000 neue Stellen geschaffen werden, dann frage ich mich, was der ehemalige Finanzminister Olaf Scholz gemacht hat, um unser Steuerrecht zu vereinfachen.

(Florian von Brunn (SPD): Sie haben Steuer-CDs gekauft!)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Bitte schön, Herr Kollege Halbleib.

**Volkmar Halbleib (SPD):** Das mit dem Generalverdacht ist natürlich ein blühender Blödsinn. Das wissen Sie selbst.

(Beifall bei der SPD)

Das ist genauso, als würden Sie das dem Bayerischen Obersten Rechnungshof unterstellen. Das muss man einfach zurückweisen. Das wissen Sie; es ist Ihr schlechtes Gewissen,

(Lachen bei der CSU)

dass Sie nichts für die Steuergerechtigkeit tun. Das haben Sie im Freistaat aber alleine in der Hand.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Behauptung allein, wir würden einen Generalverdacht gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern erheben, ist – –

(Zuruf von der CSU: Genau so ist es!)

– Unterstellen Sie das auch Herrn Wipijewski von der Bayerischen Finanzgewerkschaft, dem Obersten Rechnungshof, den vielen anderen, die das monieren, und übrigens auch den Beschäftigten in der Steuerverwaltung selbst?

(Zuruf von der CSU: Sie machen das doch!)

Das sind doch die Kronzeugen für uns, dass wir richtig- und Sie falschliegen!

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU: Nee, nee!)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege Böhm, bitte.

**Martin Böhm (AfD):** Sehr geehrter Herr Kollege Halbleib, was Sie hier loslassen, lässt mich schon ein wenig an mangelnde Sachkenntnis glauben.

(Unruhe – Florian von Brunn (SPD): Schauen Sie gerade in den Spiegel, Herr Böhm?)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ganz ruhig, jetzt hat erst einmal Herr Böhm das Wort.

**Martin Böhm (AfD):** Ich sage jetzt nichts zu dem Kollegen von Brunn.

(Florian von Brunn (SPD): Ich bin nicht Ihr Kollege!)

Vieles von dem, was Sie ansprechen, betrifft große Beträge bei Steuervergehen. Das mag sein. Die Vielzahl der Delikte wird aber nicht durch eine Steuerprüfung, sondern durch eine Sozialversicherungsprüfung festgestellt. Da müssen Sie einmal Vorschläge bringen.

Ich weiß nicht, ob Ihnen der Unterschied zwischen Steuerprüfung und Betriebsprüfung, also Sozialversicherungsprüfung, bewusst ist. Kennen Sie diesen Unterschied? Wenn Sie oder Ihr Referent die Rede ausarbeiten: Ist Ihnen dieser Unterschied überhaupt bewusst?

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

**Präsidentin Ilse Aigner:** Bitte schön, Herr Kollege Halbleib.

**Volkmar Halbleib (SPD):** Dass Sie beim Thema Sachkenntnis eine dicke Lippe riskieren, ist sehr mutig.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der AfD)

Wir sind hier beim Einzelplan 06 für das Finanzministerium im Freistaat Bayern, und wenn ich zur Sozialversicherung spreche, werde ich auch da die richtigen Punkte ansprechen.

Sie sollten einmal zur Kenntnis nehmen, was alle Fachleute inklusive des Bayerischen Obersten Rechnungshofs, aber auch viele andere zur Frage der Steuergerechtigkeit in Bayern sagen. Denn anders als bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern kann das bei bestimmten steuerpflichtigen Bereichen nur durch eine Prüfung festgestellt werden. Wenn Sie aber keinen Prüfungsturnus haben oder ihn so lang gestreckt

haben, dass er an letzter oder vorletzter Stelle in der ganzen Bundesrepublik steht, dann haben Sie eine fehlende Steuergerechtigkeit. Das sollte vielleicht auch für die AfD ein Thema sein.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächster spricht für die CSU-Fraktion der Kollege Alfred Grob.

**Alfred Grob (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucher! Ich möchte den Haushalt aus der Warte des öffentlichen Dienstes betrachten. Als langjähriger Polizeibeamter kenne ich den öffentlichen Dienst aus der Innenperspektive und weiß, was unsere 350.000 Bediensteten des öffentlichen Dienstes Tag für Tag rund um die Uhr und, wenn es sein muss, an sieben Tagen in der Woche leisten. Wir haben das auch bei den Krisen der letzten Jahre und jetzt bei der Hochwasserbewältigung gesehen. Deshalb spreche ich den Beamtinnen und Beamten und den Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes meine Anerkennung und meinen Respekt aus.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Darüber hinaus gilt mein Dank dem Finanzminister Albert Füracker und seinem ganzen Haus dafür, dass wir heute einen exzellenten, ausgeglichenen Haushalt, auf den wir alle stolz sein können, beraten und letztendlich auch beschließen werden.

Das Ziel des Doppelhaushaltes muss sein, dass der öffentliche Dienst kontinuierlich gestärkt und weiterentwickelt wird. Otto von Bismarck hat es einmal so formuliert:

"Mit schlechten Gesetzen und guten Beamten lässt sich immer noch regieren. Bei schlechten Beamten aber helfen uns die besten Gesetze nichts."

Es ist zukunftsweisend und entscheidend, dass der Freistaat Bayern ein attraktiver und guter Arbeitgeber bleibt und, wie wir es immer formuliert haben, die besten Köpfe

zu uns kommen. Wir müssen die entsprechenden Angebote machen, um diese Köpfe dafür begeistern zu können, den Weg in die öffentliche Verwaltung zu finden. Dafür tun wir alles, und dafür müssen wir auch alles tun. Auch Sie, liebe Fraktionen der Opposition, werden hierbei unterstützen müssen; denn der Freistaat Bayern geht uns alle an.

Ich nenne Ihnen ein Beispiel. Das Gesetz zur Anpassung der Bezüge ist momentan im Entstehen, und wir haben den Tarifabschluss vom 9. Dezember zeit- und systemgerecht, wie es so schön heißt, auf den Beamtenbereich übertragen. Was bedeutet das? Wir greifen tief in die Tasche bzw. in den Geldbeutel und bringen verdienentermaßen, wie ich sage, eine beachtliche Besoldungserhöhung für alle Beamtinnen und Beamten auf den Weg.

Was sind die Kernpunkte dieser Besoldungserhöhung? Es gibt einen Sockelbetrag in Höhe von 200 Euro für alle. Es gibt eine Anhebung der dynamischen Besoldungsbestandteile, die nichts anderes als die Zulagen sind, um 4,76 %. Darum hat die Berufsvertretung sehr stark gekämpft, und wir haben uns darauf geeinigt. Es gibt eine lineare Besoldungserhöhung um 5,5 % ab dem 1. Februar des nächsten Jahres. Wir haben auch die jungen Beamtinnen und Beamten nicht vergessen. Die Anwärtergrundbeträge werden um 100 Euro und dann um 50 Euro angehoben. Außerdem erhalten alle Beamtinnen und Beamten in der Summe 3.000 Euro als Inflationsausgleichsprämie.

Dieser Abschluss wird auf die Versorgungsempfänger, auf die Pensionisten, entsprechend dem Ruhegehaltssatz übertragen. Die ehrenamtlichen Ersten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister haben wir ebenfalls nicht vergessen. Denn auch auf sie wird dieses Ergebnis im Wesentlichen übertragen.

Das heißt, der Freistaat Bayern wendet allein für diese Besoldungserhöhung 4,25 Milliarden Euro auf. Dieses Geld ist gut in die Zukunft unserer Verwaltung, unseres öffentlichen Dienstes investiert.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich möchte Ihnen noch ein paar Beispiele nennen. Wichtig ist mir die Förderung der Staatsbedienstetenwohnungen. Das ist ein Mittel, das vor allem den jungen Beamtinnen und Beamten hilft, die in die Ballungsräume versetzt werden und die Sicherheit brauchen, schnell eine finanzierbare Wohnung zu erhalten. Wir wenden deshalb heuer 50 Millionen Euro und nächstes Jahr 110 Millionen Euro auf, um Staatsbedienstetenwohnungen in den Ballungsräumen zu bauen. Für den Bau dieser Staatsbedienstetenwohnungen sind wir Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 109 Millionen Euro und in Höhe von 47 Millionen Euro eingegangen. Das ist eine wichtige Investition in die Zukunft und für die jungen Dienstanfänger.

Ein weiterer Punkt ist die Fortführung der Heimatstrategie. Für die Behördenverlagerungen gibt es eine Menge Beispiele. Ich unterstütze das sehr stark, weil man dadurch den Verdichtungsraum München entlastet und den ländlichen Raum stärkt. Das ist sehr wichtig; denn die Bediensteten des Freistaates Bayern schauen sehr wohl, wie groß die Entfernung vom Wohnort zum Dienstort ist. Wenn man da in die Fläche gehen kann, ist man weiterhin ein attraktiver Arbeitgeber.

Ein Beispiel für diese Behördenverlagerung ist die Verlagerung der Hochschule für den öffentlichen Dienst – Fachbereich Finanzwesen mit 600 Studierenden und 80 Bediensteten vom Verdichtungsraum Herrsching – Ute Eiling-Hütig wird es mir nachsehen – nach Kronach. Ich denke, das ist der richtige Weg.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Was ist mir noch wichtig? Bei der Förderung der Hochschule für den öffentlichen Dienst haben wir auch tief in die Tasche gegriffen; denn eine interaktive Medienausstattung ist nicht nur Pflicht, sondern ein wichtiges Attraktivitätskriterium. Dafür wenden wir 2,1 Millionen Euro auf, von denen 380.000 Euro aus der Fraktionsreserve stammen.

Das Gleiche gilt für die digitale Ausbildung der Polizei. Der Polizist wird seine Anzeigen künftig nur mehr am Tablet und am PC aufnehmen, und er wird digital fotografie-

ren und Vernehmungen durchführen. Dafür wird er digital ausgebildet. 3,5 Millionen Euro stehen dafür zu Buche, von denen 1,1 Millionen Euro aus der Fraktionsreserve kommen.

Meine Damen, meine Herren, all das und noch viel mehr zeigt: Der öffentliche Dienst ist uns wirklich wichtig und liegt uns am Herzen. Die Gewinnung von neuen Beamtinnen und Beamten ist elementar. Wir werden das auch in Zukunft mit aller Kraft unterstützen, und zwar so, wie wir es hier darstellen. Darauf können Sie sich verlassen.

Meine Damen, meine Herren, zu den Stellen: Wir schaffen in diesem Doppelhaushalt 6.000 zusätzliche Stellen – darunter 2.900 Lehrerstellen, 1.200 Unterstützungskräfte für die Schulen, 1.000 Stellen für Polizei und Justiz und, weil wir über den Finanzbereich reden, 300 Stellen für den Finanzbereich. Dieses Geld ist dringend nötig und sicher investiert in Polizei, in Lehrer und im Kulturbereich, also in die Zukunftsfähigkeit des Freistaats.

Es gibt aber auch die Kehrseite der Medaille. Das möchte ich ungeschminkt ansprechen. Dieses "höher, schneller und weiter" bei der Stellenentwicklung kann auf Dauer nicht funktionieren. Deshalb ist es Pflicht für die bayerischen Bürgerinnen und Bürger und auch die Steuerzahler zu sagen: Es ist Zeit, perspektivisch und langfristig über Einsparungen zu reden. Wir haben eine Personalkostenquote von über 40 %. Das heißt: 40 % des Gesamthaushalts des Freistaates Bayern –

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege, die Redezeit ist um.

**Alfred Grob (CSU):** – gehen in die Personalentwicklung. Wir wissen, dass wir in diesem Doppelhaushalt viel für unsere Beamtinnen und Beamten getan haben. Wir werden das weiter tun.

(Zurufe: Redezeit!)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege, jetzt wäre Ihre Redezeit zu Ende.

**Alfred Grob (CSU):** Danke an die Bediensteten des öffentlichen Dienstes für ihre tolle Arbeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Nun hat der Kollege Bernhard Pohl für die FREIEN WÄHLER das Wort.

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Frau Präsidentin, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beginne mit einem Dank an die Steuerzahler, die Unternehmer und die Arbeitnehmer, an all diejenigen, die unseren Staat am Laufen halten und uns die Möglichkeit geben, mit dem eingenommenen Steuergeld gute Politik zu machen. Da ist es einigermaßen heuchlerisch, wenn vonseiten von Rot-Grün ebenfalls ein Dank an die Steuerzahler kommt – verbunden mit der Aussage, dass wir viel zu viele Steuerhinterzieher in unseren Reihen haben. Das passt nicht zusammen. Das ist übrigens auch eine schallende Ohrfeige für die bayerische Finanzverwaltung. Ich weise das in aller Schärfe zurück

(Volkmar Halbleib (SPD): Verfassungsauftrag!)

und bedanke mich in gleicher Weise bei denen, die in den Finanzämtern Dienst tun. Sie machen einen exzellenten Job.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Verfassungsgerecht machen!)

Wenn wir schon bei Steuerhinterziehung sind, dann fällt jedenfalls mir immer das Stichwort "Cum-Ex" ein.

(Zurufe von der SPD)

Und mit welchem Namen ist Cum-Ex verbunden? – Mit Olaf Scholz.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe von der CSU und der SPD – Florian von Brunn (SPD): Das wird immer bunter! Hören Sie auf mit den Verleumdungen!)

Liebe Kollegen von der Opposition, wenn ihr von Gerechtigkeit redet, dann meint ihr nicht Gerechtigkeit, vor allem nicht Leistungsgerechtigkeit, sondern dann meint ihr Gleichmacherei und dann meint ihr, so wie es in Berlin geschieht, dass diejenigen, die nichts leisten, mehr Geld bekommen sollen – 12 % Erhöhung beim Bürgergeld – und diejenigen, die etwas leisten, nicht entlastet werden, sondern faktisch jedes Jahr mehr Steuern zahlen müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Jetzt komme ich zur Spitze des Hauses. Ich hatte in der ersten Rede hier gesagt, wir haben den besten Finanzminister in Deutschland. Ich werde jetzt einmal den Beweis antreten, dass Albert Füracker das Prädikat auch verdient hat: Ich kenne kein Bundesland, das die Grundsteuerreform derart unbürokratisch umgesetzt hat. Genau das ist der Grund, warum wir mit weniger Personal auskommen als andere. Es kann nicht sein, dass man über die Reduzierung von Stellen spricht, wenn man nicht gleichzeitig auch die Aufgaben reduziert. Das ist dir, lieber Albert Füracker, meisterlich gelungen. Die Opposition hat das noch nicht einmal mit Beifall quittiert, sondern mit Häme und Kritik. Das müsst ihr euch vorhalten lassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Martin Wagle (CSU): Skandalös!)

Wir steuern das Schiff in die richtige Richtung und geben Gas, obwohl von euch in Berlin ständig Gegenwind kommt, ständig gebremst wird. Ich erinnere mich an einen Bundeskanzler Gerhard Schröder zurzeit zwar nicht gern, aber wenn man zumindest an die letzte Zeit seiner Regierung denkt, dann weiß man: Er hat in der Krise Hartz IV eingeführt und gleichzeitig die Steuern gesenkt. Davon seid ihr mit eurer ideologischen Verblendung meilenweit entfernt!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe von der SPD)

Ihr wollt verteilen – und das ist von Brunn –, was nicht da ist.

(Florian von Brunn (SPD): Gerechte Verteilung ist wichtig!)

Wenn es dann nicht reicht, dann trickst ihr die Schuldenbremse aus. Das ist unseriöses Wirtschaften. Das ist Finanz- und Wirtschaftspolitik Marke SPD.

(Florian von Brunn (SPD): Ihr seid die Beschützer der Steuerhinterzieher!)

Wir machen es anders. Deswegen hat Bayern als einziges Land in Deutschland noch positive Wachstumszahlen, wenn auch nur marginal. Wir haben wegen eurer Wirtschaftspolitik Probleme, den Haushalt so aufzustellen, dass wir alle berechtigten Wünsche erfüllen können.

(Florian von Brunn (SPD): Wegen der schlechten Wirtschaftspolitik von Herrn Aiwanger!)

Aber ich habe Hoffnung: Es wird im nächsten Jahr besser werden, wenn die Regierung wechselt.

(Florian von Brunn (SPD): Die wird nicht wechseln!)

Vielen Dank, lieber Albert Füracker, für diesen Haushalt. Wir werden zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege! Halt, Herr Kollege! Es gibt eine Zwischenbemerkung. Sie haben noch mehr Redezeit. Vom Kollegen Halbleib gibt es eine Zwischenbemerkung.

**Volkmar Halbleib (SPD):** Geschätzter Kollege Pohl, mir fällt zu Ihrer Rede nur das Sprichwort ein: Getroffene Hunde bellen.

(Beifall bei der SPD – Martin Wagle (CSU): Zurück ins Tierreich!)

Dann hilft Ihnen nur noch die politische Flucht nach Berlin, anstatt sich mit Ihren eigenen Fehlern und Hausaufgaben in Bayern auseinanderzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Uns können Sie beschimpfen, aber der Chef der Bayerischen Finanzgewerkschaft, der Vertreter der Steuerbeamtinnen und Steuerbeamten, dem Sie regelmäßig danken, schreibt Ihnen Folgendes ins Stammbuch – ich darf es wiederholen –:

"Wir sind weit davon entfernt, faire und für alle gleiche Bedingungen zu schaffen. Damit aber haben die Betrüger bei uns bessere Bedingungen als die, die sich an Recht und Gesetz halten."

Das ist kein Zitat von der SPD oder von den GRÜNEN oder der Ampel, sondern ein Zitat des Chefs der Bayerischen Finanzgewerkschaft. Damit sollten Sie sich mal auseinandersetzen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Bitte, Herr Pohl.

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Herr Kollege Halbleib, wenn Sie hier schon Hundevergleiche anstellen,

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist ein Sprichwort!)

dann will ich Sie daran erinnern, was Franz Josef Strauß einmal gesagt hat: Eher legt sich ein Hund einen Wurstvorrat an, als dass ein Sozialdemokrat vernünftige Finanz- und Haushaltspolitik betreibt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Plattitüden!)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Jetzt spricht der Staatsminister der Finanzen und für Heimat, Herr Albert Füracker.

(Unruhe)

– Jetzt hat der Herr Staatsminister das Wort!

**Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will die Euphorie nicht bremsen.

(Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn man schon mal Begeisterung empfindet für das, was andere sagen, darf man das auch zum Ausdruck bringen. Ich danke auch für das vielfältige Lob. Die Ernennung zu einem der 16 besten deutschen Finanzminister nehme ich an.

(Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das ist in meiner Position nicht verkehrt. Insofern danke auch dafür. Ich danke aber auch den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. Wer mich kennt, weiß, dass ich das bei jeder Veranstaltung mache, manchmal auch in der Weise, dass ich herleite, wer meine wirklichen Freunde sind. Ich verweise dann immer auf die bayerischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, zu denen wir auch gehören, wenn ich das einmal so sagen darf. Auch Abgeordnete zahlen Steuern, jedenfalls meiner Meinung nach.

(Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Natürlich haben wir diesen Staat auf einer starken Basis fleißiger Menschen in Jahrzehnten aufgebaut. Das diskutieren wir bei der Frage: Wie sieht es im Vergleich zu anderen Ländern aus? – Wir müssen achtgeben, dass wir diese starke Basis auch behalten. Deswegen haben erstens alle recht, die sagen: Wir müssen diejenigen stützen, die unseren Staat tragen, auch im Steuerrecht. Meine Damen und Herren, wir dürfen nicht immer so tun, es wäre jeder, der gut verdient, automatisch jemand, der keine Steuern zahlt. Da wird so viel Unsinn erzählt. Ich kann jedenfalls nur sagen, dass die bayerischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler uns bislang in keiner Weise im Stich gelassen haben. Wir müssen eben überlegen und Prioritäten setzen, wie wir mit dem

Geld umgehen. Ich werde es heute Nachmittag dann bei der abschließenden Beratung des Haushaltsgesetzes noch sagen – ich muss auch strategisch auf die Dinge eingehen –: Wir sollten nicht nur auf das reagieren, was auf uns zukommt, sondern auch überlegen, was wir tun müssen, damit diejenigen leistungsfähig bleiben, die diesen Staat tragen.

Zweitens. Natürlich haben wir eine starke Steuerverwaltung. Zu allem, was ich heute zu der Beweisführung dafür gehört habe, dass das bei uns angeblich so furchtbar wäre – bis dorthin, das muss man sich mal vorstellen, dass man die Steuergerechtigkeit im Freistaat Bayern infrage stellt –, muss ich schon mal sagen: Das Phänomen der Personalausstattung von Behörden und anderen Arbeitsplätzen ist kein rein bayerisches Phänomen. Sie tun immer so, als wäre die bayerische Steuerverwaltung in einem Zustand, der anderen Bundesländern weit hinterherhinkt. Das belegen die Zahlen jedenfalls nicht; denn interessanterweise führen alle objektiven Vergleiche – zum Beispiel da, wo auch Sie wieder kritisiert haben, Herr Halbleib, nämlich bei den Prüfungsergebnissen unserer Prüferinnen und Prüfer – vor Augen, dass wir regelmäßig je Prüfer Mehrergebnisse haben, und zwar bei der Betriebsprüfung, bei der Umsatzsteuer Sonderprüfung, auch bei der Lohnsteuer Außenprüfung. Jedenfalls haben die angeblich so schlechten Steuervollzugsmaßnahmen des Freistaates Bayern in den letzten Jahren nicht dazu geführt, dass die anderen Bundesländer uns bei der Steuerentwicklung exorbitant davongelaufen wären; vielmehr stiegen die Ergebnisse bei uns exorbitant an.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Das hat dazu geführt, dass wir beim Länderfinanzausgleich exorbitant viel zahlen mussten. Die anderen Bundesländer haben sich bislang nicht beschwert, dass der Freistaat Bayern einen so schlechten Steuervollzug hat und wir deswegen keine Steuern mehr hätten. Wir zahlen nach wie vor Rekordsummen in den Länderfinanzausgleich, meine Damen und Herren. Ich danke unserer Steuerverwaltung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Da fehlt nicht Steuergerechtigkeit, sondern Vernunft auf dieser Seite.

Natürlich brauchen wir Personal. Allein Stellen zu schaffen, ist mittlerweile ein relativ monosynaptischer Ansatz, wenn ich das mal sagen darf, Herr Halbleib; denn Stellen kann ich schon ausweisen. Die habe ich deswegen aber noch lange nicht besetzt. Auch das ist nicht nur ein Phänomen der Steuerverwaltung, sondern überall das Gleiche. Deswegen müssen wir Werbung machen. Das tun wir auch, auch wenn Herr Pargent unsere Werbung bisher offensichtlich noch negiert hat; aber wir haben auch mit eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus der Steuerverwaltung umfangreiche Werbekonzepte auf den Weg gebracht. Da wirbt nicht der Minister. Die jungen Leute, die wir brauchen, gehen nämlich wahrscheinlich nicht ausschließlich deswegen zur Steuerverwaltung, weil der bayerische Finanzminister, einer der besten 16 Finanzminister in Deutschland, dabei ist, sondern weil vielleicht andere junge Menschen für diesen Beruf werben. Ich treffe jeden Tag junge, engagierte Steuerbeamtinnen und -beamte, die mir sagen: Wir haben einen super Beruf, und wir sind bereit, dafür zu werben, dass weitere junge Menschen Steuerbeamtinnen und -beamte werden wollen, trotz allem, was Herr Halbleib hier sagt. Die Gewerkschaft ist immer noch der Auffassung: Am besten kann man andere für den eigenen Beruf gewinnen, wenn man den eigenen Beruf in der Öffentlichkeit ständig schlechtredet.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Dann bitte ich auch darum, hier etwas mehr Objektivität walten zu lassen. Beim öffentlichen Dienst des Freistaates Bayern arbeiten zu müssen, ist kein Desaster, auch nicht im Finanzministerium.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deswegen helfen wir mit,

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

die Attraktivität des öffentlichen Dienstes nicht ständig schlechtzureden und immer so zu tun, als wäre das berufliche Leben in der Selbstständigkeit oder in der Privatwirtschaft ohne Belastung möglich. Ja, es ist so: In unseren Behörden wird viel geleistet. Wir haben viele Krisenjahre hinter uns. Ja, wir haben auch für die neue Grundsteuer, obwohl wir das einfachste Modell haben, 450 zusätzliche Stellen geschaffen und besetzt. Meine Damen und Herren, das sage ich heute Nachmittag auch noch mal: Immer wird darüber gesprochen, was für eine Erwartungshaltung die Kommunen haben. Wir haben als Freistaat Bayern nichts vom Grundsteuervollzug und von dem, was dort zu leisten ist. Ich habe viel Ärger damit. Okay, das ist in Ordnung. Wir haben viel Arbeit damit; aber Geld haben davon ausschließlich die Kommunen in Bayern. Ich sage das hier auch noch mal: Wir sind hier Dienstleister zugunsten der Kommunen. Deswegen erwarte ich auch, dass bei der Umsetzung dieses Jahrhundertwerks, dieser Grundsteuer, alle zusammenhelfen.

In anderen Bundesländern hat man jetzt noch kurz vor knapp das Gesetz geändert, weil man feststellt, dass es Schwierigkeiten gibt. Mit jedem Gesetz wird es im Vollzug Schwierigkeiten geben. Wir haben das in Bayern bisher kontinuierlich abgearbeitet; aber 6,5 Millionen Fälle bleiben in der Verwaltung natürlich nicht unbemerkt. Das umzusetzen, ist eine große Leistung, und deswegen sollten wir hinter unserer Steuerverwaltung stehen und auch einmal positiv sehen, Herr Pargent, dass 40 % mehr Fälle bewältigt werden konnten. Natürlich hat das auch mit Automation zu tun. Natürlich hat das auch damit zu tun, dass wir in der Steuerverwaltung Künstliche Intelligenz einsetzen. Natürlich ist die Steuerverwaltung die digitalste Verwaltung überhaupt. Über 80 % der Einkommensteuererklärungen kommen per ELSTER auf dem elektronischen Weg. Wir sind auch führend in ganz Deutschland, das umzusetzen.

Natürlich kann man überall noch besser werden. All das weiß ich; aber hier ist es auch so: Hier konzentriert man sich immer darauf, dass man dort mal einen Fall findet und da mal etwas entdeckt, was noch nicht so funktioniert, statt zu sagen, dass das in

99 % der Fälle hervorragend umgesetzt wird, meine Damen und Herren. Das ist doch die Botschaft.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir kümmern uns um das Personal. 4,25 Milliarden Euro mehr – ich glaube, das ist eine Ansage. Da kritisieren Sie noch! Artikel 6i des Haushaltsgesetzes wurde nicht gestrichen. Sie werfen so eine Aussage in den Raum, die sachlich falsch ist. Vielmehr haben wir in der Abwägung dessen, was wir an Personalkostenentwicklung haben, und auch dessen, was wir im vorigen Jahr getan haben, in diesem Jahr entschieden, nicht zusätzliche Gelder für Stellenhebungen bereitzustellen. Das heißt aber nicht, dass es in Bayern keine Stellenhebungen gibt, meine sehr verehrten Damen und Herren. Selbstverständlich gibt es Stellenhebungen, wenn auch keine zusätzlichen. Aber wir finanzieren die weiter, die wir im vorigen Jahr hatten. Wir hatten zum Beispiel zusätzlich für Artikel 6i in den Jahren zuvor mal 10, mal 12 Millionen Euro. Im letzten Jahr waren es 34 Millionen Euro für den Artikel 6i. Außerdem mussten wir das nicht nur im vorigen Jahr zahlen, Herr Halbleib. Sie als alter, erfahrener Haushälter müssen das doch wissen. Die 34 Millionen Euro vom vorigen Jahr fallen natürlich auch in diesem Jahr, im nächsten Jahr, im fortfolgenden und immer an. Insofern haben wir den Artikel 6i dieses Jahres nur vorweggenommen. Wenn wir im vorigen Jahr schon 10 Millionen Euro gemacht hätten und in diesem Jahr 24 Millionen Euro, hätten Sie heute nichts zu jammern; aber im vorigen Jahr hätten Sie geschimpft, dass wir nicht aufgestockt haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das können wir machen, wie wir wollen, das wird nie so sein.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Meine Damen und Herren, wir setzen unsere Heimatpolitik fort.

Die Behördenverlagerung ist angesprochen worden. Auch da danke ich, dass wir das in gutem Einvernehmen hinbekommen. Wir kümmern uns um das ganze Land. Der Ministerpräsident ist gekommen, dem ich ausdrücklich für diese Heimatstrategie danke, die wir zu seiner Zeit als Finanz- und Heimatminister begonnen haben. Sie wirkt segensreich, meine Damen und Herren. Dort, wo die Behörden ankommen, gibt es Euphorie und Freude von Menschen, die dort ihre Arbeit tun und in die Nähe ihrer Heimat zurückkehren können; aber das ist keine Strategie, zu der ich jährlich einen Bericht geben kann: Wie viel Geld ist jetzt da entstanden? Wie viel ist übrig geblieben? – Ich kann nur eines sagen: Wenn wir das nicht gemacht hätten, all unsere Behörden im ganzen Land zu situieren, die Hochschulen zu dezentralisieren, wäre Bayern wesentlich ärmer. Ich weiß jetzt nicht, wie viel das auf Cent und Euro genau kostet; aber ich weiß, dass sich das tausendfach bezahlt machen wird.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Im Heimatbereich machen wir Hard Facts, wie Altmaier sagt: Behördenverlagerung, Glasfaser, all die Dinge. Natürlich kümmern wir uns um unsere Heimatpflege, den Landesverein für Heimatpflege, den Trachtenverband. Das sind alles unsere Partner. Wir haben einen Heimaterlebnistag veranstaltet. Wir haben ein Heimatentwicklungsgutachten mit 8.000 Vorschlägen der Menschen, die sich einbringen können. Meine Damen und Herren, wir pflegen Anerkennungskultur, und da geht es nicht nur immer um das Geld. Da kann man nicht immer nur die Millionen messen. Menschen, die ehrenamtlich in diesem Land tätig sind und auch einmal eine Auszeichnung bekommen für das, was sie oft seit Jahrzehnten tun, freuen sich. Auch das ist Heimatpolitik, meine Damen und Herren! Wir pflegen hier auch die Anerkennungskultur.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Natürlich organisieren wir im Einzelplan 06 unsere gesamte digitale Verwaltung. Die Steuerverwaltung ist die digitalste Verwaltung, die es gibt. Die Vermessungsverwaltung arbeitet am längsten digital. Niemand ist schon so lange digital unterwegs wie un-

sere Vermesser, organisiert durch das Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung. Das IT-Dienstleistungszentrum und große Rechenzentren programmieren für diese Verwaltungen. Das Landesamt für Finanzen ist eine der digitalsten Behörden, die der Freistaat Bayern hat. Zu nennen sind hier auch das Landesamt für Steuern als Mittelbehörde der Steuerverwaltung mit seinem Rechenzentrum Nord und das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik.

Meine Damen und Herren, ein Thema, das ebenfalls täglich neu diskutiert wird, ist die Frage, ob man dafür überhaupt genug tun kann. Ja, man kann das Menschenmögliche dafür tun. Wir kümmern uns darum, dass die Daten sicher sind und bleiben. Wir beraten die Kommunen. Wir haben in ganz Bayern verteilt BayernLabs als digitale Stützpunkte vor Ort, damit jeder hingehen kann und sieht, was die Entwicklung bringt und was mit Künstlicher Intelligenz und Digitalisierung alles möglich ist. Dies ist die Umsetzung dessen, was wir moderne Datenverarbeitung und modernes Leben nennen. All dies organisieren wir im Einzelplan 06.

Ich danke allen Digitalisierungsprofis, die das Ganze umsetzen. Es geht ja nicht nur darum zu beschreiben, was man tun könnte, sondern man muss es jeden Tag machen. Dies funktioniert in der Weise natürlich auch nur, weil wir erstens tolle Menschen haben, die in der Digitalisierung beim Freistaat Bayern arbeiten und programmieren – ihnen danke ich sehr herzlich –, und weil wir zweitens eine Dateninfrastruktur – das sage ich zum Schluss noch – geschaffen haben, um die uns andere mittlerweile beneiden.

2013, Herr Ministerpräsident, haben wir mit unserem Glasfaserförderprogramm begonnen. Damals hatten nur 27 % der Haushalte im ländlichen Raum in Bayern schnelles Internet, was nach der Definition der Europäischen Union einer Geschwindigkeit von mindestens 30 Mbit/s entspricht. Heute haben 92 % der Haushalte über 100 Mbit/s und 69 % aller Haushalte Gigabit in Bayern. Vor 13 Jahren lag die Zahl dieser Haushalte noch im einstelligen Prozentbereich. Im Förderprogramm sind jetzt schon wieder so viele Maßnahmen vergeben, dass nach deren Abschluss praktisch

ganz knapp 80 % aller Haushalte in Bayern mit Gigabit versorgt sein werden. Das heißt nicht, dass alle Glasfaser im Haus haben, aber jeder, der Gigabit buchen kann, fragt mich nicht, ob Daten über Glasfaser oder Koaxialkabel übertragen werden, sondern bedankt sich bei mir, eine Gigabit-Verbindung zu haben!

Ich rufe das auch all jenen zu, die uns hier immer bewerten und beurteilen. Wir hören ja nicht auf: Wir haben mit diesem Doppelhaushalt in Bayern jetzt fast 3 Milliarden Euro an Steuergeldern freiwillig zur Verfügung gestellt, um die Glasfaser-Infrastruktur bei uns voranzubringen.

(Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Wir sind der bestversorgte ländliche Raum in ganz Deutschland. Nirgendwo ist der ländliche Raum so gut mit Übertragungsraten versorgt wie in Bayern. Die Praxis zeigt mir, dass es da und dort Fragen oder Schwierigkeiten gibt oder jemanden, der noch nicht hat, was er will, aber sie zeigt auch, dass bei Weitem nicht einmal die Hälfte derjenigen, die Gigabit buchen könnten, es auch wirklich tun. Bei denjenigen, die Glasfaser haben, ist es das Gleiche. Viele eigenwirtschaftliche Ausbauaktivitäten unserer Telekommunikationsunternehmen scheitern, weil die Leute gefragt werden: Wenn wir hier Glasfaser bauen, würdet ihr das dann auch in Gigabit-Übertragungsgeschwindigkeit buchen? Wenn es nicht genügend viele Zusagen gibt, weil die Menschen kein Gigabit buchen wollen, findet kein Ausbau statt, und dann müssen wir wieder fördern.

(Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Deswegen sage ich Ihnen, meine Damen und Herren, auch wenn das meistdiskreditierte Programm der letzten Jahre unser Glasfaserausbauprogramm ist, ist es in Wirklichkeit das erfolgreichste technische Infrastrukturprojekt der letzten Jahrzehnte in Bayern!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn jetzt auch noch die Bundesregierung das tun würde, was sie tun müsste, nämlich so viel Geld zur Verfügung stellen, dass wir noch rascher vorankämen, dann hätten wir noch weniger Probleme in Bayern und könnten auch entsprechend noch mehr davon umsetzen, was immer von mir verlangt wird und andere nicht tun, die dafür zuständig wären.

In diesem Sinne danke ich, wenn Sie diesem Einzelplan 06, wie er technisch heißt, dem Haushalt des Finanz- und Heimatministeriums Ihre Zustimmung geben könnten. Er ist so gut, dass Sie dies bedenkenlos tun sollten. Ich werbe ausdrücklich dafür. Selbst die Skeptiker sollten dieses Mal ihre Hand heben und voller Freude und Begeisterung sagen: Dies ist ein toller Haushalt, wir stimmen zu.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder und der Staatsminister Dr. Florian Herrmann und Dr. Fabian Mehring)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege Pargent hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

**Tim Pargent (GRÜNE):** Herr Staatsminister, es tut mir leid, dass wir in diesen Jubel – ich hätte fast Standing Ovationen erwartet – nicht einstimmen können,

(Zuruf: Oh!)

zum Beispiel auch aufgrund der Zahlen, die sich bei den Prüfungen ergeben. Sie haben zu Recht auf die Mehrergebnisse der Prüfungen hingewiesen. Deshalb frage ich mich, warum die Bayerische Staatsregierung die Zahl der Betriebsprüfungen in Bayern gesenkt hat. Von 2000 bis 2018 – in der Amtszeit des Ministerpräsidenten – gingen die Betriebsprüfungen um 24 % zurück.

(Zuruf)

Warum werden bei den Einkommensmillionären, bei denen es regelmäßig sehr hohe Mehrerträge zu holen gibt, im Vergleich zu 2010, als noch jeder vierte Fall bzw. 25 % geprüft wurden, heute nur noch 10 % der Fälle geprüft? Warum haben Sie diese Prüfungsanzahl gesenkt?

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Bitte schön, Herr Staatsminister.

**Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat):** Ich weiß nicht, ob wir Statistiken führen, wie viele Einkommensmillionäre wie und wo geprüft werden. Entschuldigung, Herr Halbleib hat gerade darauf hingewiesen: Den Einkommensmillionär gibt es ja möglicherweise nicht nur dort, wo geprüft wird, sondern es kann auch jemand sein, der abhängig beschäftigt ist. Ob deswegen alle erfasst sind, wie Sie gefragt haben, weiß ich nicht. Ich weiß nur, dass niemand, der politisch Verantwortung in diesem Land trägt, vorschreibt, welche Anzahl an Prüfungen stattzufinden hat. Es hängt nicht nur an der Zahl selbst, sondern an der Komplexität der Fälle. Es kann sein, dass eine Prüfung zwei oder vier Mal so lange dauert wie eine andere. Wir haben zum Beispiel in großen Unternehmen des Freistaates Bayern dauernd Steuerprüfer sitzen, die das Ganze prüfen. Natürlich haben wir in den letzten Jahren – und zwar nicht in der Amtszeit des Ministerpräsidenten Dr. Söder, sondern auch schon zu meiner Zeit, Stichwort Grundsteuer – alle miteinander in der Steuerverwaltung zusehen müssen, dass wir der Herausforderung Herr werden. Dies haben wir, glaube ich, gut gemacht.

Ich kann nur noch einmal sagen, dass die Mehregebnisse unserer Prüfer im Vergleich zu anderen Bundesländern deutlich besser sind. Wenn Sie daraus schließen, dass andere Bundesländer scheinbar nicht gut genug prüfen, könnte dies Ihr Schluss ein. Ich werfe das diesen Ländern auch nicht vor; denn hätten sie in anderen Bundesländern genauso viele Mehregebnisse und Prüfer wie in Bayern, hätten sie auch viel bessere Steuereinnahmen. Das ist eigentlich der logische Schluss, den Sie daraus ziehen sollten, Herr Pargent. Deswegen rufe ich alle dazu auf, im Sinne von Herrn Pargent dar-

auf zu achten, dass in ganz Deutschland alle Steuerprüfer genauso viele Steuermehreinnahmen generieren wie in Bayern. Dann haben wir viel, viel mehr Steuereinnahmen in ganz Deutschland!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025, Einzelplan 06, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/816 mit 19/827, 19/1125 und 19/1149 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 19/2057.

Zunächst ist über den eingangs erwähnten Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Förderung einer Studie zum Zusammenhang zwischen Steuerausfällen und Energiepolitik" auf Drucksache 19/824 in einfacher Form abzustimmen. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind CSU, FREIE WÄHLER, GRÜNE und SPD. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 06 selbst. Dieser wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht, Drucksache 19/2057, genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 06 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind CSU und FREIE WÄHLER. Gegenstimmen! – Das sind AfD, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? –

Sehe ich keine. Damit ist der Einzelplan 06 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge finden Sie wie immer auf Plenum Online.

(Siehe Anlage 1)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

"Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2024/2025 vorzunehmen."

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Hohe Haus. Gegenstimmen? – Sehe ich nicht. Enthaltungen? – Sehe ich auch keine. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 19/2057 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/826, 19/827, 19/1125 und 19/1149 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 06 ist abgeschlossen.

## Mitteilung

### des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt 15

#### **Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 06**

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Mehr Personal in der Steuerverwaltung für einen besseren Steuervollzug und mehr Steuergerechtigkeit in Bayern  
(Kap. 06 05 Tit. 422 01)  
Drs. 19/816
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Aufgabenmehrung abfedern: 10 neue Stellen im Landesamt für Finanzen  
(Kap. 06 15 Tit. 422 01)  
Drs. 19/817
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Stellenhebungen im Bereich der Finanzverwaltung  
(Kap. 06 05 Tit. 422 01)  
Drs. 19/818
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Sabine Weigand u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Historische Gärten klimafit aufstellen: Bewahrung des gartenkünstlerischen Erbes in Bayern durch mehr Stellen für die Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen  
(Kap. 06 16 Tit. 428 30)  
Drs. 19/819
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Treibhausgasausgleich  
(Kap. 06 02 Tit. 533 49)  
Drs. 19/820

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Photovoltaik auf staatlichen Dächern  
(Kap. 06 02 Tit. 701 11)  
Drs. 19/821
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Unsere Heimat I – Preise im Bereich Heimatpflege  
(Kap. 06 03 Tit. 681 81)  
Drs. 19/822
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Unsere Heimat II – Förderung traditioneller Vereine  
(Kap. 06 03 TG 81 neuer Tit.)  
Drs. 19/823
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Förderung einer Studie zum Zusammenhang zwischen Steuerausfällen und Energiepolitik  
(Kap. 06 03 neuer Tit.)  
Drs. 19/824
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Johann Müller, Andreas Winhart und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Zuschuss an die Münchner Sicherheitskonferenz gGmbH im Bereich Cyber Security  
(Kap. 06 20 Tit. 682 71)  
Drs. 19/825

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Manuel Knoll

Abg. Florian Köhler

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Felix Locke

Abg. Björn Jungbauer

Abg. Tobias Beck

Abg. Benjamin Adjei

Abg. Harry Scheuenstuhl

Abg. Susann Enders

Abg. Kerstin Schreyer

Staatsminister Dr. Fabian Mehring

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 16** auf:

## **Haushaltsplan 2024/2025**

### **Einzelplan 16**

#### **für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Digitales**

hierzu:

**Änderungsanträge** der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 19/828 mit 19/831)

**Änderungsanträge** der AfD-Fraktion (Drsn. 19/832 mit 19/852)

**Interfraktionelle Änderungsanträge** der Fraktion FREIE WÄHLER und von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 19/853 mit 19/855)

Als Gesamtredezeit wurden 45 Minuten vereinbart. Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die AfD-Fraktion zu ihren Änderungsanträgen auf den Drucksachen 19/843 und 19/852 Einzelabstimmung in einfacher Form beantragt hat.

Ich eröffne die Aussprache. Als Erster hat der Kollege Manuel Knoll für die CSU-Fraktion das Wort.

**Manuel Knoll (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrter Herr Staatsminister, lieber Fabian Mehring, werte Kolleginnen und Kollegen! Klein, aber fein – so lässt sich der Haushalt des Einzelplans 16 zusammenfassen. Der Doppelhaushalt mit einem Volumen von rund 100 Millionen Euro fördert wichtige Maßnahmen zur Digitalisierung und Modernisierung unseres Freistaats Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir wollen die digitale Transformation Bayerns vorantreiben. Wir wollen dazu neue Wertschöpfungspotenziale für unsere Heimat erschließen, um in zentralen Bereichen der Zukunftstechnologien wie Künstlicher Intelligenz, Blockchain oder Quantentechnologie international wettbewerbsfähig zu sein. Wir unterstützen im Einzelplan 16 eine

Vielzahl an Maßnahmen, um Bayern zu einem führenden Standort für Künstliche Intelligenz zu machen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Exemplarisch dafür möchte ich das Projekt "KI-Transfer Plus" nennen, mit dem der Wissenstransfer zu KI-Lösungen gerade in kleinen und mittleren Unternehmen gefördert wird. Als Regierungskoalition gestalten wir den digitalen Wandel aktiv mit. Mit der Hightech Agenda Bayern wurden im Bereich "KI und Supertech" zentrale Weichen gestellt, damit Wissenschaft und Unternehmen in Bayern im globalen Wettbewerb auch künftig eine Spitzenposition in wichtigen Schlüsseltechnologien einnehmen.

Ob autonomes Fahren, effiziente Warenströme, moderne Medizintechnik oder smarte Energieversorgung – die meisten dieser Bereiche werden sich durch den Einsatz von Künstlicher Intelligenz erheblich wandeln. Unser Ziel muss es sein, unsere Unternehmen so zu fördern, dass sie sich auch in Zukunft im internationalen Wettbewerb behaupten können und damit unseren Wohlstand sichern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Als Freistaat Bayern wollen wir dabei mit gutem Beispiel vorgehen und investieren im kommenden Haushalt 12,9 Millionen Euro in die Digitalisierung der Verwaltung. Deshalb werden auch in den kommenden Jahren zahlreiche Projekte zur Digitalisierung der Verwaltung unterstützt und vorangetrieben. Mit zukunftsweisenden Projekten wie "Digitales Amt", "Digitales Rathaus", den Digitallotsen, dem Bereitstellen von Plattformen wie beispielsweise dem "Dashboard Digitale Verwaltung in Bayern" oder dem BayernPortal wird die Digitalisierung unserer Verwaltung maßgeblich forciert.

Als Freistaat Bayern wollen wir weiterhin an der Spitze des Fortschritts stehen. Deshalb unterstützen wir im Einzelplan 16 den Innovationsfonds für digitale Leuchtturmprojekte mit rund 3,2 Millionen Euro.

Mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf wollen wir nicht nur die Digitalisierung, sondern auch das Thema Chancengleichheit vorantreiben. Ich darf hier auf das erfolgreiche Programm BayFiD verweisen, für das momentan auch die Bewerbungsphase läuft. Seit 2019 werden dadurch junge Frauen in Digitalberufen gefördert. Ich danke ausdrücklich unserer früheren Digitalministerin Judith Gerlach für diese wichtige Initiative,

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

die von vielen Frauen – auch in meinem Stimmkreis, darüber freue ich mich – nachgefragt wird. Ich danke auch dem aktuellen Staatsminister für Digitales Fabian Mehring, der dieses Programm fortsetzt und dadurch jungen Frauen eine neue Chance gibt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn wir über Digitalisierung reden, müssen wir natürlich auch über die Risiken sprechen. Deshalb möchte ich ausdrücklich den beiden Ministern Joachim Herrmann und Fabian Mehring danken, dass sie sich auch des Themas Desinformation angenommen haben und Fake News und Desinformation bekämpfen.

Ein wichtiger Bestandteil des Einzelplans 16 ist die bayerische Computerspielförderung. Bayern ist einer der führenden Games-Standorte in Deutschland.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Als Regierungskoalition von CSU und FREIEN WÄHLERN stehen wir zu dieser kreativen und innovativen Branche und unterstützen sie in den kommenden beiden Jahren mit je 6,4 Millionen Euro. Gefördert werden damit die Entwicklung und Produktion hochwertiger, gewaltfreier Computerspiele und zahlreiche visuelle Angebote im Bereich Virtual Reality und Augmented Reality. Bayern ist als hervorragender Forschungs- und Medienstandort sehr gut aufgestellt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zahlreiche Unternehmen und Start-ups im Bereich der Games-Branche sind hier ansässig, und das wollen wir mit dem Haushalt des Einzelplans 16 auch künftig unterstützen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, der Freistaat Bayern investiert mit der Hightech Agenda und der Hightech Agenda Plus rund 5,5 Milliarden Euro in eine bundesweit einzigartige Technologieoffensive. Wir wollen die besten digitalen Talente nach Bayern holen und damit die Wertschöpfung für unsere bayerischen Unternehmen gerade im Mittelstand, aber auch bei unseren bayerischen Global Playern für die Zukunft sichern. Das ist die Handschrift dieser Regierungskoalition, die dieses Land voranbringen wird.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Abschließend möchte ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Staatsministeriums für Digitales für die große Leistung bei der Vorbereitung und Erstellung des Haushalts sowie die gute Zusammenarbeit bedanken. Mein herzlicher Dank gilt auch der Spitze des Hauses, dem Staatsminister Fabian Mehring. Lieber Fabian, danke für deinen ehrgeizigen und ambitionierten Einsatz für die Zukunft Bayerns.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zu guter Letzt möchte ich mich aber auch bei den Unternehmerinnen und Unternehmern sowie den zahlreichen Start-ups bedanken, die ihr Vertrauen in die Zukunft des Freistaates Bayern setzen und hier investieren. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich bitte das Hohe Haus um Zustimmung zum vorliegenden Haushalt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Florian Köhler für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Florian Köhler (AfD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Damen und Herren auf der Besuchertribüne! Das Wichtigste im Einzelplan 16 in aller Kürze: Das Budget des Staatsministeriums für Digitales für die Jahre 2024 und 2025 beträgt 200 Millionen Euro. Davon sind 100 Millionen Euro Verpflichtungsermächtigungen.

Die AfD-Fraktion hat im Rahmen der Haushaltsberatungen gut 60 % aller Änderungsanträge zum Einzelplan 16 eingereicht, obwohl wir bei der letzten Wahl zum Bayerischen Landtag lediglich 14,7 % der Stimmen erringen konnten. Die faulen Fraktionen hier im Hause können sich an uns ein Beispiel nehmen.

(Beifall bei der AfD)

Wenn es nach der AfD-Fraktion ginge, hätte der Haushalt Bruttoeinsparungen in Höhe von 13 Millionen Euro vertragen. Mit den knapp 10 Millionen Euro Verpflichtungsermächtigungen wären es aber immer noch 23 Millionen Euro. Wie schaffen wir das? – Wir würden das Ministerium verschlanken. Ein Viertel oder sogar ein Drittel der Ausgaben für Sachverständige, Ausstattung, IT-Dienstleistungen sowie der komplette Titel Öffentlichkeitsarbeit, die lediglich zur Selbstbeweihräucherung des twitteraffinen Ministers dienen, könnten gestrichen werden.

(Beifall bei der AfD – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Twitter gibt es schon lange nicht mehr!)

– Twitern Sie oder X-en Sie? – Man merkt, in welchem digitalen Zeitalter Sie sind.

Außerdem würden wir die Leerposten "Treibhausgasausgleich" und "Klimaland Bayern" sowie den Haushaltstitel "Digitales Kulturportal Bayern" streichen. Wir finden, dass sich der Staat bzw. die Regierung nicht in Kultur einmischen sollte.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Schauen Sie in die Bayerische Verfassung!  
Bayern ist ein Kulturstaat!)

Ich bin jetzt dreißig Jahre alt und komme viel unter die Leute; aber nie, wirklich noch nie, hat mir jemand gesagt: Schau mal in das Kulturportal Bayern, dort findest du gute kulturelle Angebote.

(Heiterkeit bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Florian Streibl (FREIE WÄHLER))

Ich musste in den Landtag gewählt werden, um von diesem Kulturportal Bayern zum ersten Mal zu hören. Entschuldigen Sie die Bemerkung, aber ich muss einfach sagen: Das ist eine typische Arbeitsbeschaffungsmaßnahme des Staates. Das ist eine reine Verschwendung von Steuergeldern.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Florian Streibl (FREIE WÄHLER))

Für zwei neue wichtige Projekte würden wir 4 Millionen Euro veranschlagen, nämlich zum einen für den Datentreuhänder für bayerische Unternehmen und zum anderen für die Verknüpfung von Public Data Clouds mit Künstlicher Intelligenz. Mit der Verknüpfung von Public Data Clouds mit Künstlicher Intelligenz würden Register digitalisiert und verknüpft werden. Das würde wiederholte manuelle Dateneingaben überflüssig machen. Länder wie Dänemark und Estland treiben diese Verknüpfung voran und machen es uns vor. Damit würden Anträge und Meldungen durch KI-gestützte Verfahren automatisch bearbeitet. Nur bei Unplausibilitäten würde eine Überprüfung durch Verwaltungsfachkräfte erfolgen. Damit könnte man personal- und zeitsparend arbeiten. Das heißt, die Mittel im Sinne unseres Änderungsantrags würden unter anderem für folgende Maßnahmen verwendet werden: Digitalisierung und Verknüpfung aller Datenregister und die Einführung von KI in Verwaltungsdienstleistungen.

Also, selbst mit den fast 10 Millionen Euro Verpflichtungsermächtigungen gäbe es mit der AfD-Fraktion Nettoeinsparungen von knapp 9 Millionen Euro, und wir würden Bayern effizienter regieren.

(Beifall bei der AfD)

Ich komme zur Kritik am Haushalt: Im vorgelegten Haushalt gibt es tatsächlich auch ein paar gute Neuigkeiten. Im Vergleich zu seiner Amtsvorgängerin hatte Fabian Mehring von den FREIEN WÄHLERN zum Zeitpunkt seines Amtsantritts zumindest einen Social Media Account. Meine Damen und Herren, das ist einen Applaus wert.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Die sogenannte Filmförderung ist aus dem Einzelplan verschwunden. Die Mittel für die staatliche Kultureinmischung, die mit 120 Millionen Euro veranschlagt sind, sind allerdings nicht komplett verschwunden. Sie sind lediglich in den Haushaltsplan der Staatskanzlei verschoben worden.

(Zuruf des Staatsministers Dr. Florian Herrmann)

– Keine Sorge, auf Sie werde ich gleich noch zu sprechen kommen.

Ein großes Lob und ein AfD-Erfolg dürfen natürlich auch nicht fehlen: Die Staatsregierung hat nämlich den Ökotoken aufgegeben. Ziel des Projektes war es, klimafreundliches Verhalten zu fördern. Jeder, auch wenn er die Augen geschlossen hat, erkennt die Risiken, die so ein Ökotoken mit sich bringt von der Überwachung bis zur Etablierung eines Social Credit Systems nach chinesischem Vorbild.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): So was gefällt Ihnen doch!)

Lassen Sie Ihrer Fantasie freien Lauf. Die Herz-Jesu-Marxisten sind für die totale Überwachung jederzeit zu haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Wo Licht ist, da ist natürlich auch Schatten. Es gibt auch im Einzelplan 16 einiges zu bemängeln. Das Digitalministerium subventioniert die Entwicklung von Computerspielen in Bayern mit 8,8 Millionen Euro. Ich weiß, der Bund und die Ampel machen einen schlechten Job, weil sie nur noch die großen Projekte und Spiele fördern möchten. Kennt irgendjemand weltbekannte Computerspiele aus Bayern? Ich kenne lediglich "Patrol Officers". Ich habe das kürzlich bei MediaMarkt entdeckt und werde das mal spielen.

(Martin Wagle (CSU): Sie sind nicht der Maßstab!)

– Sie auch nicht, keine Sorge.

Die deutsche und auch die bayerische Förderpraxis hat immer etwas von öffentlich geförderter Marktkonzentration. 2023 haben unter anderem fünf deutsche Entwicklerstudios Zuschüsse in Höhe von insgesamt 15,6 Millionen Euro erhalten. Das sind 23 % der Gesamtfördersumme dieses Jahres. Sie alle gehören zu Publishern, die Teil des schwedischen Medienkonzern Embracer Group sind. Drei ihrer Entwickler gehören zu den 35 größten deutschen Spieleentwicklern. Ich bin der Überzeugung, dass sie sich selber finanzieren können.

Es hilft nichts, an den Bund zu appellieren, seine Förderung wieder aufzunehmen, damit Projekte finanziert und entwickelt werden können. Die deutsche Gaming-Branche leidet unter vielen Problemfaktoren. Zum einen konzentriert sich die Branche auf tendenziell umsatzschwächere Genres, und es herrscht eine mangelnde Anpassung an internationale Nachfragestrukturen. Zudem haben wir hohe Produktionskosten in Deutschland. Da wir im internationalen Wettbewerb stehen, müssen wir die Branche mit Steuererleichterungen entlasten und fiskalpolitische Anreize setzen. Es kann nicht sein, dass die Spieleförderung in Deutschland und Bayern dazu verkommt, mit viel Geld wenige teure Arbeitsplätze zu fördern, die Spiele entwickeln, die am Ende des Tages keiner kauft und die sich am Markt nicht durchsetzen.

(Beifall bei der AfD)

Ich habe mir anlässlich der heutigen Debatte gestern noch einmal die Vergabeentscheidung des FilmFernsehFonds Bayern angeschaut. Zu den Gesellschaftern dieses Unternehmens gehören die Bayerische Landeszentrale für neue Medien und der Freistaat Bayern mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden Florian Herrmann. Was springt mir dabei ins Auge? – Gendersprache.

(Zurufe von der AfD: Oh!)

Dort wird in der Vergabe munter von "Spieler\*innen" gesprochen. Man glaubt es kaum. Unter der "Leiter\*in" der Staatskanzlei darf, meine Damen und Herren, gegendert werden. So "ernst" meint es die Staatsregierung mit ihrem Genderverbot. Selbst gendert man; aber den anderen verbietet man es.

Damit die Staatsregierung und die CSU funktionieren, müssen die Bayern mehr AfD wagen. Wer sich aus Steuergeldern finanziert, hat die Sprache des Volkes und nicht die Sprache aus dem Elfenbeinturm zu sprechen und danach zu schreiben. Dann hat es sich ausgegendert!

(Lebhafter Beifall bei der AfD)

Äußerst kritisch sehen wir, dass Fabian Mehring Hand in Hand mit den großen Konzernen Google und Meta die Meinungsfreiheit bekämpfen will. In einer Pressemitteilung lässt er sich damit zitieren: "Was am Stammtisch kriminell ist, muss auch im Internet illegal sein!" Lieber Herr Mehring, das ist es schon. Dafür braucht es keinen Digital-Prinzen, der per Dekret entscheidet. Dafür hat die Bundesrepublik Deutschland das Strafgesetzbuch und Staatsanwälte.

(Beifall bei der AfD)

Die Twitter-Files offenbarten die umfassenden Einflussnahmen staatlich finanzierter Organisationen auf die Berichterstattung über die COVID-19-Pandemie in allen sozialen Netzwerken. Selbst die korrekte Berichterstattung von Medizinern über Impfnebenwirkungen wurde unterdrückt, wenn Leser kritische Kommentare verfassten oder ein-

fach nur Fragen stellten. Unerwünschte Narrative über Impfpässe, Freiheitsverlust und sonstige Wahrheiten wurden einfach wegzensiert. Herr Mehring, das alles brauchen wir nicht. Sie und andere Großkopferte haben nicht zu entscheiden, was richtig und was falsch ist.

(Martin Wagle (CSU): Sie Gott sei Dank auch nicht! – Zuruf des Abgeordneten Felix Locke (FREIE WÄHLER))

Wir brauchen in der EU keine ausufernde Zensurbürokratie. Wir brauchen auch keine ausufernde Zensurbürokratie im bayerischen Digitalministerium.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wählen die Freiheit. Wir lehnen Ihren Einzelplan 16 ab.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Martin Wagle (CSU))

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Es liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. Zuerst erteile ich dem Kollegen Felix Locke von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

**Felix Locke (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Köhler, vielen lieben Dank für Ihre Rede zum Haushaltsentwurf. Man muss Sie ja fast schon loben, weil Sie im Rahmen dieser Haushaltsdebatten als einziger AfD-Politiker sachlich etwas zum Haushalt gesagt haben.

(Zurufe von der AfD: Hey!)

Sie haben es tatsächlich geschafft, in Ihrer Rede nicht die Migrationspolitik zu erwähnen.

Man muss aber auch bei Ihrer Rede mal die Fakten ganz klar auf den Tisch legen. Ich frage Sie deswegen: Wer ist denn laut Games-Branche aktuell das führende Bundesland in der Games-Industrie? – Bayern! Danke!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Das war es schon, Herr Köhler? Dann kommen wir zur nächsten Zwischenbemerkung.

**Florian Köhler (AfD):** Nein, nein, stopp! Darf ich dazu noch etwas sagen?

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Natürlich.

**Florian Köhler (AfD):** Es mag sein, dass Bayern mit 8,8 Millionen Euro führend im Ländervergleich ist und damit Steuergeld umverteilt wird.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das mag nicht nur so sein, sondern das ist so! –  
Zuruf des Abgeordneten Felix Locke (FREIE WÄHLER))

Das mag alles schön und gut sein; aber wissen Sie – ich habe das gerade eben schon gesagt –: Die Games-Branche hat im Jahr 2023 mit allen Umsätzen zusammen, also inklusive In-Game-Käufen, Abos usw., einen Umsatz von rund 10 Milliarden Euro erzielt. Ich bin der Überzeugung, dass solche starken Branchen es ganz gut schaffen, ohne Steuermittel auszukommen. Wenn man nicht ständig Steuergeld umverteilen würde, dann könnte man auch den fleißigen Arbeiter am Fließband bei Bosch oder bei Audi oder bei BMW oder Handwerker finanziell entlasten.

(Beifall bei der AfD – Zurufe des Abgeordneten Felix Locke (FREIE WÄHLER)  
und des Staatsministers Dr. Fabian Mehring)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Und dann haben wir noch eine Zwischenbemerkung des Kollegen Björn Jungbauer.

**Björn Jungbauer (CSU):** Werter Kollege Köhler, vielen Dank, dass wir uns diesmal mehr mit Datenmigration statt mit Remigration befasst haben.

**Florian Köhler (AfD):** Können wir ändern.

(Heiterkeit bei der AfD)

**Björn Jungbauer (CSU):** Entsprechend meine Frage an Sie: Sie haben hier die Öffentlichkeitsarbeit sehr geschunden; verzichten Sie als AfD-Fraktion aus Gründen der Steuereinsparung zukünftig darauf, die Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit des Bayerischen Landtags zu verwenden?

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Das wäre dann eine entsprechende Einsparung, die Sie gerade gefordert haben.

**Florian Köhler (AfD):** Natürlich muss hier Waffengleichheit herrschen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wir brauchen keine Waffengleichheit im Landtag!)

Wenn Ministerien und andere staatliche Akteure ihre Mittel missbrauchen – –

(Widerspruch)

– Sie missbrauchen! Schauen Sie doch mal in Ihre Kommunen, wie die Landräte das Neutralitätsgebot missachten; genauso haben es hier auch schon Minister gemacht. Hier muss Waffengleichheit herrschen.

(Unruhe bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Ihr in der AfD missbraucht also eure Mittel! Interessant!)

– Da können Sie schreien, wie Sie wollen. Hier muss Waffengleichheit herrschen; deswegen werden wir nicht verzichten.

Ich kann Ihnen aber eines versprechen: Sollte irgendeiner von uns mal in die Situation kommen,

(Martin Wagle (CSU): Um Gottes willen!)

Digitalminister zu werden, dann verzichten wir darauf.

(Beifall bei der AfD)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Nächster Redner ist der Kollege Tobias Beck.

**Tobias Beck (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, lieber Digitalminister, werte Kolleginnen und Kollegen! Gerne nehme ich heute zum Haushalt des Digitalministeriums Stellung.

Eines möchte ich aber vorweg noch zu den Kollegen der AfD sagen: Sie haben zuvor erwähnt, dass Sie viele Anträge – 60 % der Änderungsanträge zum Digitalhaushalt – eingereicht haben. Meiner Ansicht nach steht Quantität nicht für Qualität.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sie beschäftigen sich vielleicht mit der Zukunft, aber wir sind schon in der Zukunft angekommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der AfD: Oje!)

Ich möchte mich zunächst einmal bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Digitalministeriums für die Ausarbeitung des Haushaltsentwurfs bedanken. Auch weiterhin ist das Bayerische Staatsministerium für Digitales das jüngste Ministerium des Freistaats Bayern und befindet sich im Auf- bzw. Ausbau.

Was unser Staatsminister Fabian Mehring seit seinem Amtsantritt geschafft und auf den Weg gebracht hat, ist beachtlich. So konnte Aleph Alpha, ein zukunftsweisendes KI-Unternehmen, dazu bewogen werden, seinen Standort in die Landeshauptstadt zu verlegen. Ich möchte Fabian Mehring und seinem Team noch einmal für das tägliche Engagement danken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Um die Digitalisierung zu den Menschen zu bringen, braucht es gerade in ländlichen Regionen weiter einen konsequenten Auf- und Ausbau der digitalen Infrastruktur. Ich möchte mich hier beim Staatsministerium der Finanzen dafür bedanken, dass die

Breitbandförderung im Rahmen der Gigabit-Richtlinie auf sehr hohem Niveau – 230 Millionen Euro für 2024 und 250 Millionen Euro für 2025 – fortgeführt wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dazu kommen – um nur ein paar zu nennen – viele weitere Zuschüsse für die Digitalisierung im Gesundheitswesen und der Infrastruktur der Schulen, die Förderung der Wissenschaftsstandorte und auch die Hightech Agenda.

Der Einzelplan 16 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Digitales umfasst im Doppelhaushalt 201,37 Millionen Euro. Die Ansätze für die Planstellen belaufen sich auf 165,3 Millionen Euro. Auch wenn das Finanzvolumen und der Stellenplan weiterhin relativ überschaubar wirken, ist es dennoch unser Ziel, in einem innovativen und zukunftsorientierten Staat in Technologie, IT, KI und Digitalisierung zu investieren. Wir investieren im Doppelhaushalt mit einem Volumen von 52,5 Millionen Euro weiter in Maßnahmen und Projekte zur strategischen Zukunftsplanung des Digitalstandorts Bayern sowie in neue digitale Technologien.

Allein für die Bayerische Agentur für Digitales gibt es 20 Millionen Euro Zuschuss. Das ist gut investiertes Geld; denn die Digitalwirtschaft wächst im Gegensatz zum stagnierenden Rest der Wirtschaft in vielen Bereichen weiter an.

Unter Fabian Mehring als IT-Beauftragtem der Staatsregierung findet eine ressortübergreifende strategische Steuerung und Koordinierung der Digitalisierung statt. Ihm kommen zahlreiche wichtige Aufgaben zu. Dazu gehört neben der Vertretung im IT-Planungsrat auch die Koordinierung mit der FITKO. Die Beträge für die FITKO werden deutlich um 9,2 Millionen Euro auf 22,7 Millionen Euro jährlich angehoben. Damit geht Bayern genau die richtigen Schritte in Bezug auf die Vorsorge für Aufwände und die Digitalisierungsziele.

Insgesamt wird das Digitalbudget verstetigt; in wichtigen Bereichen wächst es auch. Die Finanzierung der zur staatlichen Zusammenarbeit in Digitalisierungsfragen geschaffenen BayKommun ist mit 3 Millionen Euro jährlich berücksichtigt.

Die bayerische Computerspielförderung ist uns ein großes Anliegen, nicht weil wir möchten, dass die Menschen mehr Zeit an Konsolen verbringen, sondern weil sich in der Vergangenheit gezeigt hat, dass gerade die Gaming-Szene ein Thinktank innovativer Ideen und Quelle zahlreicher Start-ups sein kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Hier noch mal in Richtung von Herrn Köhler: Es ist wichtig, dass die Gaming-Szene hier Ideen vorantreibt.

(Florian Köhler (AfD): Es wäre auch wichtig, Steuergeld zu sparen! – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Dann tretet alle zurück, dann sparen wir auch was! – Staatsminister Dr. Fabian Mehring: Das ist nicht so in dieser Branche! Die zahlen das Fünffache wieder ein!)

– Steuergeld zu sparen, ist immer wichtig. Aber die Digitalindustrie wächst; deswegen ist es unserer Meinung nach sehr wichtig, dass wir hier weiter Förderungen vorantreiben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Auch wenn das Digitalministerium aktuell noch ein kleines Ministerium ist,

(Zuruf von der AfD: Zum Glück!)

setzen wir in Bayern mit den Investitionen und dem Ausbau auf einen lebenswerten, innovativen und zukunftsorientierten Staat mit Technologie, IT, KI und Digitalisierung. Wenn wir die Zukunft so gestalten, muss man sich einfach darauf freuen. Wir stimmen dem Einzelplan 16 zu. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Kollege Benjamin Adjei.

**Benjamin Adjei (GRÜNE):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie heißt es so schön? – Und täglich grüßt das Murmeltier. Wir haben jetzt seit fünf Jahren hier in Bayern ein Digitalministerium und diskutieren einen eigenen Digitalhaushalt. In dieser Zeit hat sich eigentlich nicht wirklich etwas verändert. Eigentlich könnte ich hier jedes Jahr die gleiche Rede halten.

(Martin Wagle (CSU): Aufwachen!)

Ich hatte – Optimist, der ich bin – wirklich die Hoffnung, dass in der neuen Legislaturperiode mit einem neuen Minister das Thema Digitalisierung und das Digitalministerium auf neue, breitere Beine gesetzt wird. Aber Pustekuchen!

Herr Staatsminister, lieber Fabian, auch wenn du gerne laut und breitbeinig auftrittst und dich als den besten Minister ever bezeichnest, das Ministerium hat mit dem neuen Ressortzuschnitt am Ende sogar noch Federn lassen müssen. Also, nichts mit Fortschritt, ganz im Gegenteil: Bayern stutzt das Digitalministerium sogar noch zurück.

(Staatsminister Dr. Fabian Mehring: Fake News! Mehr Geld und mehr Köpfe! Einfach Fake News!)

Das Digitalministerium hat gerade einmal 100 Millionen Euro als Gesamtbudget zur Verfügung. Gut 20 % davon gehen in Verwaltungskosten.

Um das mal ins Verhältnis zu setzen: Wir diskutieren hier jetzt 60 Minuten lang über einen Haushalt von netto 80 Millionen Euro, 1,3 Millionen Euro pro Minute. Wenn ich das auf alle Einzelpläne hochrechnen würde, dann würden wir jetzt 57.000 Minuten diskutieren. Aber Spaß beiseite! Ich glaube, man merkt ganz klar, dass das Thema Digitalisierung einfach immer noch sehr klein gehalten ist.

Vom Ausbau, der seit fünf Jahren versprochen wird, ist leider auch in der neuen Legislaturperiode nicht wirklich was zu sehen. Das Kompetenzwirrwarr wird sogar noch vergrößert. Künstliche Intelligenz, auch wenn jetzt die ganze Zeit davon geredet wird, liegt eigentlich beim Minister Blume. Bei Cybersecurity hält Innenminister Herrmann seine Hand hoch. Wenn es um das Faxverbot geht, dann kommt gleich der Finanzminister und gibt Kontra.

(Staatsminister Dr. Fabian Mehring: Falsch!)

Um das Chaos perfekt zu machen, hat Markus Söder jetzt auch noch eine Koordinierungsgruppe Digitalisierung gegründet, aber nicht im Digitalministerium, sondern im Finanzministerium. Also kümmert sich jetzt das Finanzministerium um die Koordinierung der Digitalpolitik, und das Digitalministerium schaut dabei zu. Das ist an Absurdität nicht mehr zu überbieten.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch des Staatsministers Dr. Fabian Mehring)

Bei diesem Kompetenzwirrwarr wundert es auch nicht, dass die Staatsregierung keine wirkliche Strategie für die Digitalisierung in Bayern hat. Da hilft es auch nicht, lauter Projektchen aufzuzählen, die man so macht, zum Beispiel "KI-Transfer Plus" – lieber Manuel, das Projekt hast du vorhin erwähnt. Lediglich 50 von 600.000 Unternehmen in Bayern werden beim KI-Transfer unterstützt; so schaffe ich doch keine Rahmenbedingungen, ganz im Gegenteil.

(Widerspruch des Staatsministers Dr. Fabian Mehring)

Wir brauchen stattdessen eine stimmige Gesamtstrategie, die Rahmenbedingungen schafft und Leitplanken setzt. Das könnte beispielsweise über ein Datengesetz geschaffen werden, um die Themen KI und Nutzung von Daten in die Breite der Unternehmen zu bringen.

Wenn man von einer bürgernahen und modernen Verwaltung redet, braucht man ein Transparenzgesetz, wie es viele Länder bereits haben, nur Bayern noch nicht.

Wenn man die ganze Zeit über KI und den Einsatz von KI in der Verwaltung redet, braucht man ein KI-Einsatzgesetz, wie es beispielsweise in Schleswig-Holstein schon existiert. Damit können automatisierte Entscheidungsprozesse in der Verwaltung geregelt und somit das Vertrauen der Bevölkerung in Künstliche Intelligenz und einen modernen Staat gewahrt werden.

(Zuruf des Staatsministers Dr. Fabian Mehring)

Damit die Möglichkeiten der Digitalisierung am Ende auch genutzt werden können, brauchen wir eine leistungsfähige digitale Infrastruktur. Gerade hat der Finanzminister gesagt, dass wir bei diesem Thema ganz vorne dabei sind.

(Zuruf des Staatsministers Albert Füracker)

Wenn ich die BREKO Marktanalyse hinsichtlich der Unternehmen, die Breitband ausbauen, anschau, sehe ich, dass 31 % der Haushalte in Bayern über einen Glasfaseranschluss verfügen; in Schleswig-Holstein sind es 80 %. Das ist dreimal so viel.

(Staatsminister Albert Füracker: Drei mal dreißig ist 90!)

Bayern ist auf Platz 11 von allen Bundesländern. Ich weiß nicht, wo bei Ihnen Platz 11 ist, aber ganz sicher nicht vorne.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch wenn irgendwann die technischen Voraussetzungen vorhanden sind, bedeutet das nicht automatisch, dass die Menschen auch in der Lage sein werden, die Technologien zu nutzen. Wir haben es bei ChatGPT gesehen, wie man Menschen durch disruptive Technologien überfordern kann. Umso wichtiger ist es, die Menschen mitzunehmen, Bildungs- und Schulungsangebote zu machen, um die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger und der Mitarbeiter in der Verwaltung zu erhalten, damit es eben nicht zu Frust und Verweigerung kommt.

Da ich von der Attraktivität der Verwaltung rede: Lieber Fabian, von den Sollstellen im Haushalt 2022 waren bei euch im Ministerium nur 60 % besetzt.

(Widerspruch des Staatsministers Dr. Fabian Mehring)

Hier stelle ich mir schon die Frage, wie es eigentlich um die Attraktivität der Verwaltung bestellt ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben in den letzten Tagen intensiv über die aktuelle Hochwasserkatastrophe gesprochen. Freilich kann die Digitalisierung solche Extremwetterereignisse nicht verhindern, aber sie kann helfen, Auswirkungen zu reduzieren und die Krisenbewältigung zu verbessern. Die schnelle Einführung der Warn-Apps und des Cell Broadcasts im Nachgang zur Flutkatastrophe aus dem Jahr 2021 hat sich bewährt. Dadurch sind sicherlich in den letzten Tagen einige Leben gerettet worden. Aber bei der Digitalisierung von Einsatzstrukturen kann noch einiges vorangetrieben werden. Das vom Innenminister angekündigte digitale Lagebild muss schnellstmöglich eingeführt werden. Bei den Themen Alarmierung, Koordinierung und Einsatzmanagement werden nach wie vor viel zu häufig analoge Verfahren genutzt. Hier muss der Freistaat endlich loslegen, um die Kommunen und auch die Ehrenamtlichen zu entlasten, indem eine durchgehend digitale Infrastruktur eingeführt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleg:innen, auch die Sicherheit im digitalen Raum wird immer stärker bedroht. Die CDU ist erst vor wenigen Tagen Opfer von Hackerangriffen geworden, mutmaßlich gesteuert von den Freunden aus Russland. Staatliche Institutionen, kritische Infrastrukturen oder Wirtschaftsunternehmen werden immer öfter Opfer von Cyberangriffen und Cyberkriminalität.

Ich will nicht alles schlechtreden, sondern auch loben, was gut läuft. Beispielsweise hat sich das LSI, das vom Innenministerium eingeführt worden ist, bewährt. Das ist

eine gute Einrichtung, aber trotzdem hat ein Großteil der Kommunen in Bayern immer noch nicht das Siegel "Kommunale IT-Sicherheit", ein Großteil hat sich noch nicht zertifizieren lassen. Viele Unternehmen haben noch kein ausreichendes Schutzniveau erreicht. Auch hier muss noch einiges passieren, und es besteht Handlungsbedarf, um unsere staatlichen und wirtschaftlichen Akteure resilient aufzustellen und für die Herausforderungen der Zukunft zu wappnen.

Liebe Kolleg:innen, ihr seht, es braucht eine ganzheitliche Digitalstrategie, die nicht nur einzelne Leuchttürme aufbaut, sondern eben das ganze Bild im Blick hat: von der digitalen Infrastruktur über Bildungsangebote bis hin zur KI in der Verwaltung.

Als Optimist, der ich bin, habe ich immer noch die Hoffnung, lieber Fabian, dass das Digitalministerium irgendwann zu einem vollwertigen Ressort aufgewertet wird, mit Koordinierungs- und Federführungskompetenz in allen Teilaspekten der Digitalisierung und freilich mit den notwendigen Finanzmitteln und personellen Mitteln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Herr Kollege, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Felix Locke vor.

**Felix Locke (FREIE WÄHLER):** Ja, lieber Benjamin, vielen lieben Dank. Ich weiß nicht, ob dich der Fabi gestern in "FIFA" besiegt hat, weil in deiner Wortmeldung viel Ärger und viele Fake News sind.

(Heiterkeit des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Ich stelle dir einfach eine Frage, weil du gesagt hast, wir würden im Bereich KI nichts machen: Empfindest du also den von Fabian Mehring eingetüteten Aleph-Alpha-Deal als nichts?

**Benjamin Adjei (GRÜNE):** Na ja, ich habe ja gesagt, dass es nicht um die kleinen, einzelnen Projektchen geht.

(Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN – Staatsminister Dr. Fabian Mehring:  
Eine Milliarde Euro! Ist das nicht gut?)

– Natürlich ist es gut, auch Deals mit größeren Unternehmen hinzubekommen. Am Ende geht es aber darum, dass wir in diesem Land Strukturen verändern und eben nicht nur einzelne Unternehmen gefördert werden, beispielsweise wie 50 Unternehmen an "KI-Transfer Plus" teilnehmen; alle 600.000 Unternehmen im Freistaat sollten von der Digitalisierung profitieren. Dies bedeutet, dass wir stärkere Förderprogramme brauchen. Der Topf Digitalbonus beispielsweise ist jedes Mal komplett ausgesaugt. Wir brauchen mehr Mittel. Wir brauchen Strukturen, die dazu führen, dass am Ende viele Unternehmen in Bayern entstehen, florieren und sich weiterentwickeln können. Diese Rahmenbedingungen setzt ihr bisher leider weder im Digitalministerium noch im Wirtschaftsministerium, bei dem ein Großteil der Wirtschafts- und KI-Förderung liegt.

(Beifall bei den GRÜNEN – Staatsminister Dr. Fabian Mehring: 3,5 Milliarden Apple!)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank. – Der nächste Redner ist der Kollege Harry Scheuenstuhl für die SPD-Fraktion.

**Harry Scheuenstuhl (SPD):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident und alle Minister, die anwesend sind und mir zuhören, verehrtes Hohes Haus!

(Arif Taşdelen (SPD): Sogar der Herr Ministerpräsident hört dir zu!)

Ich bin heute schon etwas enttäuscht über das mangelnde Selbstbewusstsein der CSU und der FREIEN WÄHLER. Früher seid ihr am Rednerpult gestanden und habt gesagt: Wir sind stark! Wir machen das! – Heute gibt es nur noch leere Kraftmeierei ohne jedes Einfühlungsvermögen.

(Widerspruch bei der CSU)

Früher hat man nicht gesagt, wir brauchen den Bund, und ihr seid nicht betteln gegangen, wie ihr das vorhin gesagt habt. Ihr habt es früher selber gemacht und gesagt: Jetzt geht es rund! Wir schaffen das! – Die CSU und die FREIEN WÄHLER sind nur noch saftlos, kraftlos und ideenlos.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das ist meine Erfahrung, die ich in den drei Tagen Haushaltsberatungen gemacht habe.

(Widerspruch bei der CSU)

Schickt doch mal echte Verhandlungspartner nach Berlin! Vielleicht sind eure Verhandlungspartner aber auch noch in Bonn. Macht nicht so eine Kraftmeierei, sondern versucht, auf die Nöte der anderen einzugehen! Einfühlungsvermögen ist gefordert.

(Widerspruch bei der CSU)

140 Milliarden Euro reichen euch nicht für einen anständigen Gestaltungsspielraum in Bayern.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Wir sind im Einzelplan Digitales!)

Alle jammern: Ampel, Ampel, Ampel.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Zu Recht, Herr Kollege!)

Ihr braucht das jetzt nicht mehr zu sagen. Ich habe es nun erwähnt. Alle jammern, nur einer nicht, der Minister Mehring.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Der muss noch etwas lernen!)

Ich möchte heute einige wichtige Punkte ansprechen, die für unsere Zukunft, unsere digitalen Infrastrukturen und die Verwaltung im Freistaat von großer Bedeutung sind.

Zunächst muss man fragen, wie wichtig uns dieses Ministerium eigentlich ist. Der Freistaat hat 350.000 Beschäftigte, 40.000 in der Justiz, 165.000 in der Bildung und 160.000 in der Verwaltung usw. Raten Sie doch einmal, wie viele Beschäftigte in unserem Digitalministerium sind. – 125.

(Staatsminister Dr. Fabian Mehring: Falsch!)

– 165 Planstellen. Dazu bin ich gerne bereit. Ich bitte um Verlängerung meiner Redezeit.

Der Haushalt umfasst 100 Millionen Euro pro Jahr, aber Dampf und Luftschlösser kosten nichts. Deshalb ist es leicht, nur 100 Millionen Euro anzusetzen. Das sind 0,14 % des Haushalts.

(Beifall bei der SPD)

Aus lauter Sorge um das Digitalministerium wirft Herr Kollege Knoll mit 5,5 Milliarden Euro eine Zahl in den Raum, die überhaupt nichts mit dem Ministerium zu tun hat. Das gilt auch für BayernLab. Er zieht einfach etwas heran, um eine Wichtigkeit zu erzeugen, die nicht da ist.

Das Ministerium ist jedoch wichtig. Die Digitalisierung ist in aller Munde. Sie ist nicht nur in der Arbeitswelt, sondern auch im Privaten bereits weit fortgeschritten. Gleichzeitig fühlen sich viele Bürgerinnen und Bürger bei dem Thema abgehängt, sei es wegen fehlender Infrastruktur, fehlenden Wissens oder weil sie keine Hoheit mehr über ihre Daten haben. Dabei ist der sichere Zugang zu digitalen Angeboten auch für unsere Seniorinnen und Senioren – auf diese möchte ich besonders eingehen – mittlerweile äußerst wichtig geworden. Ältere Menschen bleiben oft zurück, wenn es um den Zugang zu digitalen Dienstleistungen geht. Dies führt zu einer digitalen Spaltung, die wir unbedingt vermeiden müssen. Wir als SPD-Landtagsfraktion fordern daher Programme, die speziell auf die Bedürfnisse älterer Menschen zugeschnitten sind. Außerdem

fordern wir Maßnahmen außerhalb von Schule und Ausbildung. Das ist uns auch sehr wichtig.

(Beifall bei der SPD)

Alle Bevölkerungsgruppen müssen unabhängig vom Alter, Einkommen oder Schulabschluss von der Digitalisierung profitieren.

Ein weiterer Punkt sind die Kommunen. Viele bayerische Kommunen, gerade die kleinen Kommunen auf dem Land, sind weit entfernt vom digitalen Amt. Die Probleme sind seit Jahren bekannt: fehlende Einbindung, unterschiedliche IT-Lösungen, keine Schnittstellen, überfordertes Personal, keine Einheitlichkeit. Die Staatsregierung unterstützt nur mangelhaft und nimmt stattdessen einen kommunalen digitalen Flickenteppich in Kauf. Für mich ist die digitale Revolution die größte Gefahr für kleine Städte und Gemeinden.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Das ist die Ampel-Politik!)

Sie schaffen das vielleicht nicht mehr. Liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade dafür haben wir eigentlich das Ministerium gegründet. Staatsminister Mehring sitzt zwischen allen Stühlen. Sitzen Sie am Ministertisch? – Ein Ministerium mit 125 Beschäftigten ist so groß wie eine mittlere Polizeiinspektion.

(Staatsminister Dr. Fabian Mehring: Eher wie die SPD! – Lachen und Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Antworten akzeptiere ich immer. Wenn der Minister nicht eingebunden ist, führt dies zu einer Fragmentierung der Zuständigkeiten. Ich weiß noch, wie der Herr Finanzminister getobt und gesagt hat: Was bildet sich der denn ein? Bisher haben wir im Bereich der Digitalisierung nichts gemacht. – Das zeigt auch, wie schwierig es ist, an dieser Stelle voranzugehen und gut zusammenzuarbeiten. Deshalb wird eine Änderung des Haushaltsrechts benötigt. Im Vorfeld der regulären Haushaltsgespräche zwischen dem Fachministerium und dem Staatsministerium der Finanzen und für Heimat bezüglich

neuer Digitalisierungsmaßnahmen sollte dem Staatsminister für Digitales vorab ein Prüfungs- und Vetorecht zu den Maßnahmen und den dazugehörigen Finanzmitteln eingeräumt werden. Vielleicht klappt es dann besser.

Abschließend komme ich noch zur Filmförderung. Sie haben Herrn Aiwanger zu verdanken, dass Sie kastriert worden sind.

(Allgemeine Heiterkeit)

– Entschuldigung, nicht Sie, sondern das Ministerium. Das nehme ich zurück.

(Michael Hofmann (CSU): So genau haben Sie nicht hingeschaut!)

Man wollte Ihnen die Öffentlichkeitsarbeit nehmen. Das ist gelungen. Das bedauere ich sehr. Das würde Ihnen auch gut stehen.

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Herr Kollege, bitte achten Sie auf Ihre Redezeit.

**Harry Scheuenstuhl (SPD):** Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Ich hoffe, dass wir in Zukunft kein kleines, aber ein feines Ministerium haben werden. Das sollte kein Tropfen auf dem heißen Stein bleiben.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Herr Kollege, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von der Kollegin Susann Enders vor.

**Harry Scheuenstuhl (SPD):** Gerne, darüber freue ich mich immer.

**Susann Enders (FREIE WÄHLER):** Herr Scheuenstuhl, Sie haben Wichtigkeit und Kompetenz von der Größe abhängig gemacht.

(Allgemeine Heiterkeit)

– Bitte lachen Sie jetzt nicht. Das meine ich todernst.

(Unruhe)

**Harry Scheuenstuhl (SPD):** Kann man das ein bisschen lauter machen?

**Susann Enders (FREIE WÄHLER):** Sie haben den Vergleich mit einer mittleren Polizeiinspektion – –

**Harry Scheuenstuhl (SPD):** Es tut mir leid, ich verstehe Sie nicht.

**Susann Enders (FREIE WÄHLER):** Er versteht mich nicht. Ich bitte darum, die Wortmeldung noch einmal komplett ausführen zu dürfen. – Sie haben Wichtigkeit und Kompetenz von der Größe abhängig gemacht. Das meine ich ernst. Sie haben Staatsminister Mehring und das Digitalministerium mit einer mittleren Polizeiinspektion verglichen. Jetzt frage ich Sie: Erfüllt Ihr Hirn im Vergleich die Leistung und Kompetenz einer mittleren Polizeiinspektion? – Im Verhältnis zu Ihrer kompletten Größe ist das Hirn ja doch relativ klein. Das meine ich jetzt wirklich so.

(Widerspruch bei der SPD)

**Harry Scheuenstuhl (SPD):** Ich habe noch nie eine so inkompetente Frage gehört. Ich weiß gar nicht, was ich darauf antworten soll.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wenn Sie sich nicht vorstellen können, dass 125 oder 165 Leute weniger machen als 3.500 in einem Landesamt, müssen Sie einmal darüber nachdenken.

(Beifall bei der SPD)

Für uns ist Personal wichtig. Mehr Personal ist auch für den Minister wichtig. Wer mehr Personal hat, hat auch mehr Bedeutung. Wer das nicht verstanden hat, hat ein Problem.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Kerstin Schreyer.

**Kerstin Schreyer (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Manchmal fällt es einem schon schwer, die Debatte anzuhören. Das gewählte Vokabular zum Haushalt und zu den Staatsämtern ist schon wirklich sportlich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn Herr Scheuenstuhl von einer saft- und kraftlosen Staatsregierung spricht, meint er wahrscheinlich eher die Bundesregierung; denn der Staatsregierung kann man sehr viel vorwerfen, aber saft- und kraftlos ist sie nicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Eines muss ich Ihnen sagen: Ich verstehe Ihr Projekt "Fünf Prozent minus". Beim nächsten Mal wollen Sie die Fünfprozentklausel unterschreiten. Die Art, wie Sie das vorwärtstreiben, ist wirklich sportlich. Sie haben dem Minister gesagt, er sei kastriert worden. Ehrlich gesagt, kann ich das weder bestätigen noch widerlegen. Ich habe nicht nachgeschaut.

(Allgemeine Heiterkeit – Thomas Huber (CSU): Das ist auch besser so!)

Herr Scheuenstuhl, ob Sie das beurteilen können, kann ich jetzt wiederum nicht beurteilen. Man sollte nur das formulieren, was man auch weiß. Das andere sollte man vielleicht weglassen.

Herr Scheuenstuhl, eines möchte ich Ihnen jedoch sagen. Da Sie nicht für den Digitalausschuss zuständig sind, verstehe ich Ihre Ausführungen. Das ist nur schwierig. Herr Staatsminister Mehring war bei uns im Ausschuss und hat sehr viel vorgetragen. Leider waren Sie gar nicht da, um das beurteilen zu können. Das ist an dieser Stelle natürlich schwierig. Sie befinden sich jedoch in einer Schicksalsgemeinschaft mit Herrn Kollegen Adjei, der Mitglied des Ausschusses war. Deswegen kann er die Rede auch

noch gut adaptieren. Herr Kollege Adjei – das möchte ich deutlich sagen –, ich weiß, dass Sie fachlich in diesen Themen drin sind. Leider haben es die GRÜNEN anders gesehen, sonst hätten sie Sie nicht aus dem Ausschuss herausgenommen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das ist bitter für Sie, aber in diesem Fall auch für die Politik.

(Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

– Herr Kollege Adjei, keine Sorge, zu Ihnen komme ich noch.

Die Formulierung, irgendwelche Arbeitsgruppen würden vom Finanzministerium geleitet, ist ebenfalls sportlich. Ich gehe davon aus, dass uns das Thema Digitalisierung in jedem Ministerium interessieren sollte. Ich hoffe, dass ich auch im Sinne des Digitalministers spreche. Wenn er ganz alleine bleibt und sich kein anderer darum kümmert, wird es schwierig. Aus meiner Zeit als Bauministerin kann ich sagen, dass der digitale Bauantrag in Zusammenarbeit mit dem Digitalministerium entstanden ist. Das ist auch gut so. Jedes Ministerium muss sich darum kümmern. Digitalisierung ist kein Nischenthema. Das Digitalministerium kann die Digitalisierung zwar vorantreiben, aber das geht nicht alleine. Es ist nett, wenn Sie sagen, dass irgendeine Arbeitsgruppe von irgendwem geleitet werde. Am Ende des Tages ist das völlig unerheblich.

Der Herr Kollege Köhler hat uns ja mit sehr spannenden Einlassungen beglückt. Das eine ist, Sie haben uns sehr spannend erzählt, dass Sie schon mal beim MediaMarkt waren, das glaube ich Ihnen. Im Digitalministerium waren Sie aber noch nicht;

(Zuruf)

denn ansonsten würden Sie solche Dinge nicht formulieren. Ich sage Ihnen ehrlich: Das Digitalministerium wurde vor fünf Jahren aufgebaut. Man hat Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gesucht, die oft aus der Szene sind, die keinen klassischen Mainstream machen. Das macht es zwar für den Minister anstrengender, ist aber effektiv.

Ich finde es unsäglich, dass Sie einfach pauschal sagen, dass diese Ministeriumsmitarbeiter das alles nicht können, dass man sie abschaffen und Experten holen müsse. Da sitzen Experten, ob Sie es glauben oder nicht, Herr Köhler.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Herrn Minister Mehring als Großkopferten zu bezeichnen, finde ich übrigens auch irre, da merkt man aber auch, dass Ihnen keine inhaltlichen Argumente einfallen, deswegen müssen Sie ihn dann natürlich in die Ecke stellen. Ich denke, dass Herr Mehring bodenständig genug ist, dass er diese Arbeit wirklich ausgezeichnet macht. Ich finde Ihre Einlassung an der Stelle auch etwas sportlich.

Wir kommen jetzt einfach zu den Zahlen. Wir gehen mal von den Rankings aus. Im Bitkom-Länder-Ranking sind wir auf Platz drei nach Hamburg und Berlin. Beim Onlinezugangsgesetz sind wir bei der Umfrage auf Platz zwei. Sie können jetzt diskutieren, warum wir nicht auf Platz eins sind, aber zu sagen, wir wären jetzt irgendwo hinten, ist an der Stelle schon äußerst sportlich, es stimmt einfach nicht.

Wir können gerne vergleichen. Wir leisten uns in Bayern ein eigenes Digitalministerium. Dieses Ministerium soll entsprechend ankurbeln, es soll anschieben und es soll natürlich Ideengeber sein. Ich möchte schon deutlich sagen: Judith Gerlach hat das aus dem Nichts aufgebaut, und Fabian Mehring hat sich in kürzester Zeit eingearbeitet, reingefunden und arbeitet da exzellent, und das muss man auch mal formulieren dürfen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir können aber gerne vergleichen. In Berlin leistet man sich kein Digitalministerium. Da ist man irgendwie Anhängsel im Verkehrsministerium. Das Verkehrsministerium ist ein großes, ein wichtiges Ministerium, und so ein bisschen Digitalisierung macht es auch noch mit.

Es wurden hier im Übrigen auch Ziele vorgegeben. Man hat gesagt, welche Ziele man erreichen möchte. Es waren insgesamt im Haus in Berlin 334 Digitalprojekte, von denen im zweiten Halbjahr 2023 nur 22 abgeschlossen wurden, also 22 von 334. Insgesamt droht der Ampel, jedes zweite ihrer Ziele in der Digitalpolitik zu verfehlen! Dann stellt sich hier der eine oder andere Kollege breitbeinig hin und sagt: Wenn er in Berlin mitregiert, was hier alles nicht entsprechend laufen sollte.

Bürokratieentlastungsgesetz aus Berlin: Null Ergebnis, wirklich eine Chance im Digitalisierungsbereich vertan, gerade um in der Verwaltung etwas voranzubringen.

Wachstumschancengesetz: Ebenso wieder völlig analog, kaum auf Digitales ausgerichtet. Insofern finde ich es mutig, wenn Herr Adjei sagt, Herr Minister stelle sich hier breitbeinig hin und würde verkünden. – Herr Adjei, wenn es nach der Leistung der Ampel in Berlin ginge, könnte sich unser bayerischer Minister hier sehr breitbeinig hinstellen. Ich würde allen Ampel-Parteien empfehlen, dazu am besten gar keine Wortmeldung zu machen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank, Frau Kollegin. – Als Nächster hat der Kollege Felix Locke um das Wort gebeten.

**Felix Locke (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Beginnen möchte ich meine Rede mit einem Dank an Judith Gerlach, die vor fünf Jahren mit der Unterstützung des Kabinetts, aber auch in weiser Voraussicht von unserem Ministerpräsidenten ein Digitalministerium hier in Bayern geschaffen hat, das zu dem Zeitpunkt einzigartig war.

Bedanken möchte ich mich aber auch bei unserem Digitalminister Fabian Mehring, der in kürzester Zeit diesem schon guten Digitalministerium jetzt ein Update 2.0 verpasst hat, das deutschlandweit einzigartig ist und wirklich die Koryphäe in Richtung Digitalisierung hier bei uns und in der gesamten Bundesrepublik ist. Vielen lieben Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Lieber Kollege Scheuenstuhl, Sie tun mir ein bisschen leid. Jetzt haben Sie keinen Digitalexperten und werden hier an das Rednerpult geschickt und müssen vielleicht etwas verteidigen, was Sie gar nicht vertreten können. Denn wenn man sich mal Ihre Arbeit beim Thema Digitalisierung anschaut, frage ich mich schon, wo Ihre Änderungsanträge zu diesem Einzelplan sind. Da gibt es keine. Das heißt doch im Umkehrschluss, dass Sie eigentlich dem Haushalt zustimmen. Dann erwarte ich auch von Ihrer Seite, dass Sie zumindest bei diesem Einzelplan den Vorschlag der Regierung unterstützen und zu hundert Prozent hinter dem Vorschlag stehen, ansonsten hätten Sie ja gegebenenfalls an der einen oder anderen Stelle Ihre fachliche Arbeit mit in die Diskussion gebracht. Da war nämlich nichts.

Alle, die jetzt das etwas kleinere, das "angebliche" Digitalministerium kritisieren, verstehen nicht, wie Digitalisierung funktioniert. Digitalisierung ist immer ein Schnittstellensystem. Digitalisierung kann nie stand-alone irgendetwas voranbringen. Daher ist es so wichtig, dass wir jemanden haben, der ein Netzwerker ist, der in die Schnittstellen hineingeht, der nicht nur die Zahlen verwaltet, sondern der auch wirklich dort anpackt, und das auch mit einer geringeren Finanzausstattung, und dabei erfolgreich ist.

Schauen wir uns einmal die Erfolgsbilanz des Kollegen Mehring an, der innerhalb kürzester Zeit Erhebliches geleistet hat. Die Erfolgsbilanz spricht ja für sich. Schon angesprochen wurden Aleph Alpha oder auch die BayernPackages, die er federführend verhandelt hat, die es wirklich schaffen, dass wir innerhalb unserer Kommunen einheitliche IT-Systeme haben, dass wir keinen digitalen Wildwuchs haben, sondern dass wir einheitliche Schnittstellen,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

einheitliche Systeme haben, um in der Verwaltung zu arbeiten. Auch die Verbindung mit unserem Innenminister, die Bayern-Allianz gegen Desinformation, ist positiv zu erwähnen. Das sind wirklich Leuchtturmprojekte. Das gelingt auch mit geringer finanziel-

ler Ausstattung. Glauben Sie mir, Herr Mehring wird in den nächsten Jahren den Digitalisierungsmotor in Bayern weiterziehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

An alle Skeptiker hier im Hohen Haus, besonders bei der Opposition: Sind Sie nicht der Pizzakäufer, der 2010 mit 100.000 Bitcoins zwei Pizzen gekauft hat, die heutzutage 700 Millionen wert sind? Haben Sie Mut und Vertrauen in diesen Haushalt, der zukünftig auch wachsen wird, und geben Sie unserem Minister Rückenwind, damit wir in Bayern weiterhin Digitalland Nummer eins bleiben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Dr. Mehring um das Wort gebeten.

**Staatsminister Dr. Fabian Mehring (Digitales):** Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich versichere Ihnen angesichts der Ausführungen des Kollegen Scheuenstuhl zunächst einmal meine körperliche Unversehrtheit

(Heiterkeit)

und bedanke mich sehr herzlich für die, wie ich fand, sehr ausdrücklich konstruktiven Beratungen im Haushaltsausschuss und die mit vielleicht zweieinhalb Abstrichen auch einigermaßen konstruktiven Beratungen betreffend mein Haus hier im Parlament.

Was die zweieinhalb Aussparungen betrifft, die man da machen muss, ist das für die AfD selbsterklärend. Beim Kollegen Adjei weiß ich, dass er, wenn keine Kameras laufen, durchaus Wertschätzung für meine Arbeit und die Arbeit meiner Mannschaft empfindet. Er muss das – geschenkt – in der Politik ein bisschen anders machen, wenn es parlamentsöffentlich stattfindet. Etwas differenzierter will ich es beim Kollegen Scheuenstuhl, der sich heute gewissermaßen als Ersatzdigitalpolitiker der SPD versucht hat,

beurteilen. Ich glaube, es gibt eine ganze Reihe von Kompetenzen beim Kollegen Scheuenstuhl, die Digitalisierung ist es nicht so richtig. Das war eine Rede, die mich heute in meiner Einschätzung bestätigt hat. Die SPD macht Politik von gestern, unsere Bayernkoalition, liebe Kolleginnen und Kollegen, macht die Politik für morgen. Genau so ist es richtig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zu den Ausführungen des Kollegen Adjei, der sich Sorgen darüber macht, ob wir genug Euros in ein modernes, in eine innovatives, in ein digitales Bayern investieren. Lieber Benjamin, wenn es so wäre, dass mein Haushalt die Gesamtausgaben des Freistaates Bayern für die digitale Transformation abbilden würde, würde ich dir zustimmen und dann könnte ich auch nicht so richtig gut schlafen.

Um das einordnen zu können, muss man aber einfach verstehen, wie einerseits Digitalisierung funktioniert und wie andererseits die Geschäftsverteilung der Bayerischen Staatsregierung gestaltet ist; denn Digitalisierung ist unweigerlich – übrigens auch auf Ebene des Bundes – ein Querschnittsthema. Die Aufgabe meines Hauses ist es, das Architekturbüro für ein modernes, für ein digitales Bayern zu sein. Wir sind das Architekturbüro, und wir sind nicht die Baufirma. Deshalb ist es absolut in Ordnung, mit unserem Budget die Strategie zu steuern und die Gelder für die Steine, für die Baufirma in den anderen Häusern auszugeben. Das ist unsere Rolle, das ist unsere Aufgabe, und die, und das nehme ich für mich und mein Haus in Anspruch, machen wir verdammt gut, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Entsprechend diesem Aufgabenprofil habe ich das Haus aufgestellt. Ich durfte, das ist schon angeklungen und herzlichen Dank dafür, ein exzellent geführtes Polit-Start-up von meiner Amtsvorgängerin übernehmen. Sie hat Unfassbares geleistet, nachdem Sie im Jahr 2018 18 Kolleginnen und Kollegen ohne Tische und Stühle mit der Aussage "Mach da mal ein Ministerium draus" an die Seite gestellt bekommen hat. Als ich

das Ministerium übernehmen durfte, war es ein exzellent funktionierendes Haus. Genau den Rückenwind aus dem Koalitionsvertrag, den Zuwachs an Kompetenzen und Aufgaben, haben wir jetzt abgebildet und aus diesem Polit-Start-up ein echtes Zukunftsministerium gemacht, das Vorbild für ganz Deutschland ist.

Wird darüber geredet, ob wir dieses Haus brauchen, muss ich mich sehr wundern. Hessen hat nach der letzten Wahl danach gehandelt, was wir in Bayern schon im Jahr 2018 erkannt haben: Die Digitalisierung ist das Masterthema unserer Zeit. Jetzt gibt es auch in Hessen ein Digitalministerium. Auf Bundesebene findet eine Digitalministerkonferenz statt. Dies wurde auf Vorschlag des Freistaates Bayern durchgesetzt. Dieses Selbstbewusstsein würde auch diesem Hohen Haus gut anstehen, nämlich nicht über ein Minihaus, ein mittleres oder größeres Haus zu reden, sondern zur Kenntnis zu nehmen: Wir sind die Benchmark, wir sind die Nummer eins, wir sind die Vorreiter in Deutschland für die digitale Transformation.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, genau das bildet sich auch in der Ausgestaltung des Haushaltes, den wir heute in das Parlament einbringen, so ab. Ich sage herzlichen Dank an den Finanzminister, dass es uns nach intensiven Gesprächen gelungen ist, den prozentual größten Aufwuchs aller Häuser in das jüngste und wachsende Haus zu geben. Es handelt sich um einen Mittelzuwachs von 17 %. Deshalb sind es Fake News, lieber Benjamin, zu sagen, da wären Stellen oder Mittel weggegangen. Es ist der größte Mittelzuwachs aller Ressorts der Bayerischen Staatsregierung. Wir haben drei Stellen verloren und dafür zehn neue Stellen bekommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Bayerische Staatsregierung ist klar: Digitalisierung ist das Masterthema unserer Zeit. Wir reden nicht nur darüber, wie andere das im Bund in Sonntagsreden tun, ohne die Mittel zu hinterlegen, sondern wir liefern auch. Wir machen Bayern zum Digitalland Nummer eins in Deutschland und in Europa.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in Bezug auf einen kompakteren Haushalt ist es mir nicht möglich, im Rahmen der Redezeit sämtliche Projekte meines Hauses gegenüber dem Parlament zu präsentieren. Gestatten Sie mir deshalb, dass ich vielleicht zwei oder drei große Linien darstelle, die mir besonders am Herzen liegen. Damit möchte ich Ihnen ein Gefühl und ein Bild von der Vision geben, die wir für ein modernes Bayern haben. Der erste Teil dieser Vision besteht in der Intention, eine Art modernen Staat zu erschaffen, der idealerweise durch eine moderne Verwaltung bestechen soll.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich halte dies im Hinblick auf die demografische Situation und den Fachkräftemangel für unabdingbar. Um uns dafür zu rüsten und um dem Fachkräftemangel die Stirn zu bieten, investieren wir beispielsweise 4 Millionen in die Fördermanagementplattform und 2,6 Millionen Euro in die Entwicklung der Unternehmensplattform. Wir haben in Bayern die Situation, dass sich die Babyboomer-Generation in den Ruhestand verabschiedet. In dieser Situation könnten wir in Ermangelung von Köpfen Wohlstandsverluste und Staatsversagen erleben. Wir rüsten dieses Land durch Digitalisierung und Automatisierung gegen die Folgen der Demografie und den Fachkräftemangel. Das ist unerlässlich und genau richtig so.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweites Ansinnen im Hinblick auf diese Idee eines modernen Staates mit einer innovativen Verwaltung und Digitalisierung, die ich unter Verweis auf Herrn Kollegen Walter Nussel schon einmal ausbuchstabiert habe: Digitalisierung ist nach meiner festen Überzeugung die Chance des Jahrhunderts auf Entbürokratisierung. Genau jetzt, da jeder Verwaltungsprozess auf den Seziertisch der Digitalisierung muss, ist es die Chance, uns von allem unnötigen Bürokratiewust und von der Überregulierung zu verabschieden. Deshalb haben wir im Kabinett den Digitalcheck miteinander beschlossen. Es gibt eine Zentralstelle in meinem Haus dafür. Wir werden jedes neue Gesetz und jede neue Verordnung dieser Staatsregierung in Zukunft schon im Beratungspro-

zess auf ihre digitale Administrierbarkeit hin überprüfen. Wir haben Aleph Alpha nach Bayern geholt. Das Unternehmen ist jetzt in München ansässig. Es ist der KI-Champion schlechthin auf diesem Kontinent, um auch KI in der Verwaltung einsetzen zu können. Wir geben 8 Millionen Euro in das Digitalbudget.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es wird viel geredet in der Politik über Entbürokratisierung. Jeder weiß, dass es das größte Hemmnis unseres Staates ist. Wir nutzen die Chance, die die Digitalisierung dafür bietet. Wir schieben das Verstaubte weg und bauen einen modernen Staat mit weniger Bürokratie, mehr Bürgerservice und mehr Effizienz durch Digitalisierung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir bauen diesen modernen Staat drittens auch, weil wir es für unsere Aufgabe halten, Staat wieder cool zu machen, um das Image des Staates in den Köpfen der Menschen zu verändern. Wir wollen, dass die Menschen nicht ihre Zeit auf Ämtern absitzen müssen und das Gefühl haben, der Staat sei verstaubt, langweilig und nicht auf der Höhe der Zeit. Wir wollen einen Staat der über Push-Government auf seine Menschen zugeht, um, wenn es nötig ist, Verwaltungsvorgänge auf den Weg zu bringen. Für diesen modernen Innovationsstaat, mit dem sich die Menschen wieder positiv identifizieren können in Zeiten, in denen die Gesellschaft auseinanderzudriften droht, investieren wir 40 Millionen Euro in die FITKO, 20 Millionen und 6 Millionen Euro für die BayernPackages und deren Rollout in einem deutschlandweit einzigartigen Schulterchluss mit der kommunalen Familie in Bayern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit will ich sagen: Bayern ist bei der Digitalisierung in Deutschland top. In dieser Legislaturperiode werden wir von der Bayernkoalition dafür sorgen, dass wir auch das Top-Digitalland in Europa werden. Das ist unser Anspruch für Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Die zweite große Linie dieser Vision, die ich Ihnen im Rahmen dieser Haushaltsdebatte zeichnen möchte, betrifft die Digitalwirtschaft in Bayern. Wir sehen derzeit nicht nur in Deutschland, sondern auch in den allermeisten Nationalstaaten in Europa eine Stagnation der Gesamtwirtschaft. Wir haben Gott sei Dank in Bayern noch ein kleines Wachstum in allen Wirtschaftsbereichen. Zeitgleich sehen wir aber 20 % Wachstum in der Digitalwirtschaft. Wir haben 0 % Wachstum in der Gesamtwirtschaft und 20 % Wachstum in der Digitalwirtschaft. Kolleginnen und Kollegen, damit ist völlig klar, wo der Sound der Zukunft spielt. Es ist völlig klar, welche Märkte über den Wohlstand der Zukunft entscheiden werden. Und es ist völlig klar, wo wir uns bereits heute für die bayerische Wirtschaft Spitzenplätze auf den Märkten von morgen erarbeiten müssen. Wir müssen deshalb raus aus dieser deutschen Schlafwagenposition, bei der wir auf der Rücksitzbank abwarten, wie chinesische und amerikanische Unternehmen den Wohlstand der Zukunft unter sich aufteilen. Bayern will, muss und wird sich auf den Fahrersitz setzen, das Steuer übernehmen und Bayern zum Sieger dieser großen KI-Revolution machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vorher ging es um das Thema Investitionen. Apple investiert 3,5 Milliarden Euro in München. Google investiert 1,5 Milliarden Euro in München. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, diese Investitionen sind doch nicht vom Himmel gefallen. Diese Firmen könnten in London, in Paris oder in Berlin investieren. Sie tun es aber in Bayern und in München. Das ist das Ergebnis der Politik dieser Staatsregierung, die Bayern zu einem Premiumstandort für die Zukunftstechnologien entwickelt hat. Genau diesen Pfad werden wir weiter beschreiten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Hohes Haus, Kolleginnen und Kollegen, wir geben uns auch nicht damit zufrieden, bei den großen Hyperscalern auf Weltniveau spitze zu sein. Wir wollen, dass das, was Bayerns Wirtschaft in der Vergangenheit stark gemacht hat, auch dann eintritt, wenn

diese neuen Märkte schlagend geworden sind. Bayern war immer die Heimat der großen globalen Player. Ich nenne BMW, Audi und Siemens. Bayern war aber auch immer beim Mittelstand stark; denn dort war in den Krisen der letzten Jahre die Resilienz, um einmal dieses Modewort zu verwenden, zuhause. Ich möchte, dass dies auch in Zukunft bei den neuen Märkten der Fall ist. Wir dürfen uns nicht mit den Apples und Googles zufriedengeben. Wir müssen es schaffen, dass auch Bayerns Mittelstand, die familiengeführten Betriebe, an den Chancen der Digitalisierung teilhaben können.

Wir wollen die Chancen dieser digitalen Revolution unserer Zeit in alle Regionen Bayerns und in das Herz des bayerischen Mittelstands tragen. Deshalb der KI-Transfer Plus mit 3,6 Millionen Euro, deshalb ein bayerischer Innovationsbeschleuniger mit 7 Millionen Euro, der einzigartig in Europa ist. Das ist der Standortvorteil für Bayerns Wirtschaft. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sorgen dafür, dass Bayern Heimat für Hightech ist, wir sorgen dafür, dass wir an der Spitze der KI-Revolution dieser Zeit stehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Wir tun das übrigens auch, lieber Kollege Adjei – weil das noch angesprochen worden ist –, im Hinblick auf die schrecklichen Ereignisse der letzten Tage, auch in meiner Heimat, Stichwort Hochwasserschutz. Bei einem Projekt in Ergoldsbach tun wir genau das: Wir verschneiden Satellitendaten, Geodaten, mit Sensordaten und sorgen KI-basiert dafür, dass rechtzeitig alarmiert werden kann, dass Pegel so geleitet werden können, dass Menschen an Leib und Leben geschützt werden und dass der Schaden an Hab und Gut weniger wird. Dieses Projekt, das wir da auf den Weg gebracht haben, hat in den letzten Tagen exzellent funktioniert.

Mir ist es deshalb wichtig, das zu sagen, weil es zeigt, was wir auch in die Köpfe der Menschen bringen müssen, nämlich dass Digitalisierung, dass Künstliche Intelligenz eben nicht ein Science-Fiction-Schreckensgespenst aus der Zukunft ist, das über die

Menschheit herfällt. Nein, KI ist, wenn man sie klug und gut einsetzt, wenn man es so macht, wie wir es in Bayern machen, die Chance, im Hier und Jetzt Leben zu retten, das Leben der Menschen besser zu machen und dafür zu sorgen, dass die Chancen der Wirtschaft in Bayern auf globalen Märkten besser sind. Genau deshalb gehen wir diesen Weg.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sie gestatten mir – diese Minute nehme ich mir noch –, das auch mit einer Bitte in Richtung Opposition zu verbinden. Ich habe mir da jetzt relativ viel geduldig angehört und gebe kein Ampel-Bashing – ich glaube, ich bin keiner von denen, die dafür bekannt wären –, sondern eine Bitte zurück.

Wenn ich sehe, was im Moment auf Ebene der Bundesregierung passiert, dann erlaube ich mir, ausdrücklich zu sagen, dass vieles im Bereich "Mission KI & Co." durchaus richtig ist. Allerdings geht nicht, dass Vergaben solcher Institutionen und Einrichtungen – Regulatory Sandboxes und vieles andere mehr – in Berlin zugunsten des Stimmkreises des Verkehrs- und Digitalministers entschieden werden

(Widerspruch des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

und wir in Bayern, die wir 5,5 Milliarden Euro in die Hightech Agenda investieren, in der Zeitung lesen, was da passiert. Ich habe das in der Digitalministerkonferenz deutlich gesagt. Ich sage das deshalb auch deutlich im Bayerischen Landtag: Unsere Mitbewerber sind nicht in Hessen oder Rheinland-Pfalz. Unsere Mitbewerber bei den Zukunftstechnologien sitzen im Silicon Valley, unsere Mitbewerber sitzen in Asien. Deshalb müssen solche Einrichtungen in Deutschland dort landen, wo die Expertise zu Hause ist, und nicht dort, wo der Bundesminister zu Hause ist.

(Widerspruch des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Wenn Sie also irgendeinen Einfluss in Ihren Parteien haben, dann sagen Sie denen: Bayern bezahlt die Dinge über den Länderfinanzausgleich. Bayern bezahlt die Dinge

über die acatech, Bayern ist das Nummer-eins-Land für diese Technologien. Da muss in Gottes Namen auch das Invest des Bundes in Bayern stattfinden und nicht antibayerisch irgendwo in dieser Republik.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich schließe mit dem Hinweis, dass ich nicht deshalb bestimmte Dinge jetzt nicht einzeln ausbuchstabiere, insbesondere im Bereich der digitalen Teilhabe, weil sie mir nicht besonders wichtig sind – ganz im Gegenteil, aber diese Uhr blinkt irgendwie einigermmaßen unablässig. Vielleicht bekomme ich die Chance, das noch in der Antwort auf eine Zwischenbemerkung einzuflechten.

Eines will ich aber mit Blick auf all die Programme gesagt haben, die wir sozusagen von der Wiege bis zur Bahre auf den Weg gebracht haben: die Goldi-App bereits in der Grundschule, BayCode mit Manuel Neuer als Schirmherr, BayFiD als Frauentalentförderprogramm, NextGen4Bavaria für die Unternehmensnachfolger, die Allianz für Digitale Kompetenzen, "zusammen digital" und "digital verein(t)" für das Ehrenamt, aber auch, wie es Kollege Scheuenstuhl sagte, die Beratungstheken für die Seniorinnen und Senioren in Bayern.

Mir ist wichtig, dass ich nicht nur Digitalminister, Digital Native oder sonst etwas bin. Ich bin auch ein Dorfbub, und mein Ansinnen ist es, dass wir es schaffen, die Chancen der Digitalisierung zu den Menschen im Freistaat zu bringen, und dass wir niemanden zurücklassen auf diesem Weg in Richtung digitale Zukunft.

Das bedeutet, Digitalisierung – das sagt Ihnen heute auch der Digitalminister – ist kein Selbstzweck. Ich brauche nichts digitalisieren, damit es digital ist. Ich will so digitalisieren, dass das Leben der Menschen besser wird, dass die Chancen der Wirtschaft größer werden. Ich bin fest davon überzeugt: Je besser wir die Menschen in Richtung Zukunft mitnehmen, desto erfolgreicher werden wir bei der Digitalisierung sein. Deshalb ist es mir wichtig, das auch noch zu sagen – mit Blick auf Antidesinformationskampagnen & Co. –: Wir lassen in Bayern auf dem Weg in die digitale Zukunft niemanden zu-

rück. Wir nehmen alle mit, weil wir wissen: Wenn wir die Menschen an Bord haben, dann geht es besser. Das ist die Politik dieser Staatsregierung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich bitte Sie also unter Verweis auf die in holzschnittartiger Art und Weise skizzierte Vision, die ich hinterlegt habe, an der Spitze des Staatsministeriums für Digitales, uns dafür Rückenwind zu geben, mitzuhelfen, insbesondere mit Ihrer Zustimmung zu diesem Haushalt, dass wir den Turbo für ein modernes und digitales Bayern zünden können. Das werden die Märkte der Zukunft sein. Es wird über den Zusammenhalt des Staates entscheiden, und wir müssen es gemeinsam schaffen, alle Menschen mit in Richtung Zukunft zu nehmen. Dafür ist dieser Haushalt bestens aufgestellt.

Danke an den Ausschuss, die mitberatenden Kolleginnen und Kollegen und vielen herzlichen Dank an den Herrn Finanzminister für die konstruktiven Beratungen. Ich bitte Sie um Zustimmung zur Vision und insbesondere heute um Zustimmung zum Haushalt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Es liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor, zunächst der Kollege Harry Scheuenstuhl.

**Harry Scheuenstuhl (SPD):** Herr Minister, ich wollte nur anmerken, dass ich Ihren Haushalt im Ausschuss mitberaten habe – von wegen "keine Ahnung". Das muss ich sagen, tut mir leid. Sie haben ja auch um unsere Zustimmung gebeten. Ich glaube, da haben Sie uns noch vertraut, und das sollten Sie auch jetzt tun.

Wir haben unsere Digitalanträge – so nenne ich das mal – in den Einzelplänen 05, 07 und 08 untergebracht und an anderer Stelle auch noch, wo wir das einfach in die einzelnen Haushaltsposten inkludiert haben, gemäß den Vorgaben der Staatsregierung,

wie das System funktioniert. Dass der Finanzminister im Bereich Digitales halt mehr zu sagen hat als Sie, dafür kann ich nichts. Beschweren Sie sich bei ihm, nicht bei mir.

Wenn Sie meinen, dass Sie ganz Europa missionieren können – Ihnen reichen Bayern und Deutschland ja nicht mehr, Sie sind ja mittlerweile ein Missionar für Europa, so wie Sie heute reden –, werden Sie langsam unglaubwürdig. Da muss ich sagen: Fahren Sie ein wenig runter. Sie sind nicht der Missionar für ganz Europa.

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Herr Staatsminister.

**Staatsminister Dr. Fabian Mehring (Digitales):** Kollege Scheuenstuhl, die Wortmeldung passt ganz gut ins Bild, das ich heute von Ihnen mitnehme, nämlich dass das Karo ein bisschen klein ist. Wenn Sie auf Digitalpolitik blicken, dann wissen Sie, dass sie auf globalen Märkten stattfindet und dass im Moment die Champions in Asien und in den USA sitzen. Die beiden großen GenAI-Start-ups in den USA haben sechsmal so viel Venture Capital akquiriert wie alle europäischen Start-ups zusammen.

Das heißt, wir werden nur eine Chance haben, auf diesen Märkten an der Spitze mitzuspielen, wenn wir es gesamteuropäisch angehen. Genau deshalb war ich letzte Woche in Brüssel und in Paris. Das wird übrigens überall genauso gesehen. Es gibt im Moment zwei Standorte in Europa – das ist das Verdienst der Bayerischen Staatsregierung –, die dafür infrage kommen: Das sind Paris und München, nicht London und nicht andere. Deshalb lasse ich mir auch nicht ausreden, in genau dieser Dimension zu denken. Alles andere ist für Digitalpolitik zu kleinkariert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich versichere Ihnen darüber hinaus bestes Einvernehmen mit dem Kollegen Füracker. Wir ziehen da am gleichen Strang in dieselbe Richtung. Ich verstehe, dass Ihre Anträge woanders gelandet sind. Das ist jetzt genau diese Querschnittsaufgabe, und die Wahrheit ist: Ich war gar nicht immer im Pathos unterwegs, Sie so stark zu kritisieren, ich habe einfach nur mitgenommen, dass sich der Kollege von Brunn, der ja

auch immer beim Digitalpolitiker-Frühstück gewesen ist, da sehr konstruktiv und gut eingebracht hat.

(Florian von Brunn (SPD): Wow!)

Heute war er terminlich verhindert, und heute gab es eine andere Linie bei Ihnen. Das habe ich zur Kenntnis genommen.

Mir ist einfach wichtig, für das ganze Haus: Digitalisierung kann man nicht links herum oder rechts herum machen. Man kann nicht rot, grün, schwarz oder orange digitalisieren. Das ist eine Querschnittsaufgabe. Wir müssen das alle zusammen machen. Dazu sind auch Sie, Kollege Scheuenstuhl, herzlich eingeladen. Ich finde, Ihr Fraktionsvorsitzender macht das auf eine hervorragende Art und Weise für meinen Ressortbereich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Heiterkeit beim Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Der Kollege Benjamin Adjei, bitte.

**Benjamin Adjei (GRÜNE):** Lieber Fabian, ich habe zwei Fragen an dich: Zum einen hast du das Digitalministerium in Hessen angesprochen. Vielleicht googelst du das noch mal: Das ist zwei Monate nach dem Digitalministerium hier in Bayern gegründet worden, Ende 2018, Anfang 2019, nur mit einem anderen Konzept. Deswegen hat das auch länger gedauert, weil man sich überlegt hat, wie man das einrichten kann. Man hat insbesondere ein Digitalbudget eingeführt, das nur freigegeben wird, wenn es die Fachressorts mit dem Digitalministerium gemeinsam abrufen. Das heißt: Man hat quasi genau diese Koordinierungsfunktion mit einer Federführung auch des Digitalministeriums verbunden.

Wie steht ihr dazu? Wäre das vielleicht eine Option, hier auch mehr Koordinierungsmöglichkeiten zu geben?

Dann noch der Punkt mit den Ansiedelungen. Die Bundesregierung hat beispielsweise in Magdeburg die Chipfabrik angesiedelt, weil wir auch darauf achten müssen, Wertschöpfung in Bundesländern zu schaffen, in denen es möglicherweise wegen des Strukturwandels in Zukunft schwieriger wird. Es geht auch darum, das Thema Länderfinanzausgleich anzukurbeln und zu sagen: Wir wollen, dass nicht nur in Bayern, sondern in ganz Deutschland Wertschöpfung erfolgt. Daran orientiert sich die Bundesregierung bei den Unternehmensansiedelungen.

**Staatsminister Dr. Fabian Mehring (Digitales):** Vielen Dank, Kollege Adjei, für die Frage. Zunächst zu diesem Missverständnis, seit wann es das Digitalministerium gibt. Wir hatten in Bayern auch schon vor 2018 eines. Kollege Eisenreich war damals Digitalminister, aber nicht in dieser Stand-alone-Struktur, wie wir es jetzt haben. Genauso war es auch bei den Hessen. Was sie neu gemacht haben – ich bin mit der Kollegin Sinemus in einem sehr engen persönlichen Kontakt –, das ist ein Ministerium für Digitalisierung und Innovation, das durchaus auch interessant zusammengesetzt ist. Ich gebe das ganz offen zu. Deshalb der Verweis darauf, dass das jetzt geschieht.

Zum Digitalbudget: Das haben wir in Bayern auch. Es gibt ein Budget bei mir im Haus, 8 Millionen Euro, ich habe vorhin darauf verwiesen. Für das Budget können andere Ressorts Projekte anmelden, die wir dann gemeinsam umsetzen. Das ist also genau diese Querschnittsfunktion.

Eines erlaube ich mir auch zu sagen: Den Digitalcheck, den wir in Bayern eingeführt haben, gibt es so bei den hessischen Vorbildern und bei anderen nicht. Dem Digitalministerium, das angeblich zu wenig Bedeutung hätte, eine Stellung sui generis dahin gehend zu geben, dass jedes neue Gesetz und jede neue Verordnung neben der Staatskanzlei bei uns durchläuft und auch inhaltlich auf Digitaltauglichkeit geprüft wird, ist in Deutschland in dieser Konstellation einzigartig. Das gibt es in Dänemark, und das gibt es in Bayern. Darauf können wir stolz sein.

Zum letzten Teil der Frage, wie es sich mit der Chipansiedlung verhält: Das muss man ein wenig differenzierter betrachten. Wenn es um Strukturkomponenten wie Chips geht, bin ich durchaus dabei, dass man das dort machen muss, wo nicht sowieso 3,5 Milliarden Euro von Apple und 1,5 Milliarden Euro von Google kommen.

Mir geht es um den Bereich der Spitzenforschung. Ein Beispiel dafür ist das vom Bund ausgelobte Testzentrum für KI-Robotik. Dabei geht es um Exzellenz und um Spitzenforschung, und das kann man nicht dort ansiedeln, wo gerade ein Strukturbedarf besteht. Das muss man dort hingeben, wo sich die besten Köpfe befinden, und die besten Köpfe zum Thema Digitalisierung sitzen mit dem UnternehmerTUM-Netzwerk, mit der LMU, mit der TU, mit Fraunhofer und Co. unzweifelhaft nirgendwo anders in Deutschland als bei uns in München.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Bevor wir zur Abstimmung kommen, darf ich auf unserer Ehrentribüne die Präsidentin des Landtags von Schleswig-Holstein, Kristina Herbst, herzlich begrüßen. Willkommen in Bayern!

(Allgemeiner Beifall)

Sie folgen gerade einer der wichtigsten Debatten im Haus, der Haushaltsdebatte. Wir wünschen Ihnen gute Gespräche mit unserer Präsidentin des Landtags, die Sie begleitet.

(Allgemeiner Beifall)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025, Einzelplan 16, die Änderungsanträge auf den Drucksach-

chen 19/828 mit 19/855 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 19/2072.

Ich beginne mit der Abstimmung über die beiden Änderungsanträge der AfD-Fraktion, über die auf Wunsch der Initiatoren einzeln und in einfacher Form abgestimmt werden soll.

Zunächst lasse ich über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Datentreuhänder für bayerische Unternehmen", Drucksache 19/843, abstimmen. Dieser Änderungsantrag wird vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIEN WÄHLERN und CSU. Gibt es Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Als Nächstes kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "BayernPortal und IT-Komponenten des eGovernment – Verknüpfung von Public Data Clouds und Künstlicher Intelligenz", Drucksache 19/852. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen ebenfalls zur Ablehnung empfohlen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist wiederum die AfD-Fraktion. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIEN WÄHLERN und CSU. Gibt es Enthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 16 selbst. Der Einzelplan 16 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschluss-

empfehlung mit Bericht, Drucksache 19/2072, genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 16 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktion der FREIEN WÄHLER und die CSU-Fraktion. Die Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die AfD-Fraktion und die SPD-Fraktion. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 16 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 2)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

"Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und in den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2024/2025 vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 19/2072, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/853 mit 19/855 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 16 ist damit abgeschlossen.

## Mitteilung

### des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt 16

#### **Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 16**

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Forschungsauftrag über Desinformation und extremistische Radikalisierungsprozesse und Netzwerke auf Kommunikations- und Gaming-Plattformen und Subkulturen im Internet  
(Kap 16 03 neuer Tit.)  
Drs. 19/828
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Einrichtung Bayerisches Rechenzentrumsbüro  
(Kap 16 03 neue TG)  
Drs. 19/829
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Förderung für die Entwicklung von Open Source Software  
(Kap 16 04 neuer Tit.)  
Drs. 19/830
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Förderung für Open-Government-Labore  
(Kap 16 04 neuer Tit.)  
Drs. 19/831
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Kosten der Datenverarbeitung – Ausgaben für Sachverständige  
(Kap. 16 01 Tit. 526 99)  
Drs. 19/832

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sächliche Verwaltungsausgaben – Ausgaben für das Gesundheitsmanagement  
(Kap. 16 02 Tit. 525 21)  
Drs. 19/833
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sächliche Verwaltungsausgaben – Ausgaben für Sachverständige  
(Kap. 16 02 Tit. 526 11)  
Drs. 19/834
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sächliche Verwaltungsausgaben – Zur Verfügung des Staatsministeriums für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen  
(Kap. 16 02 Tit. 529 02)  
Drs. 19/835
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Treibhausgasausgleich  
(Kap. 16 02 Tit. 533 49)  
Drs. 19/836
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Öffentlichkeitsarbeit, Presse – Kosten für Veranstaltungen  
(Kap. 16 02 Tit. 540 52)  
Drs. 19/837
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen – Beiträge an inländische Vereine und Gesellschaften sowie an internationale Organisationen  
(Kap. 16 02 Tit. 686 07)  
Drs. 19/838
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Digitalbudget I – Ausgaben für Sachverständige  
(Kap. 16 03 Tit. 526 70)  
Drs. 19/839

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Digitalbudget II – Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung usw.  
(Kap. 16 03 Tit. 534 70)  
Drs. 19/840
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Digitalbudget III – Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software  
(Kap. 16 03 Tit. 812 70)  
Drs. 19/841
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Klimaland Bayern  
(Kap. 16 03 TG 75)  
Drs. 19/842
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Datentreuhänder für bayerische Unternehmen  
(Kap. 16 03 neuer Tit.)  
Drs. 19/843
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sächliche Verwaltungsausgaben – Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände  
(Kap. 16 04 Tit. 511 01)  
Drs. 19/844
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: BayernPortal I – Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände  
(Kap. 16 04 Tit. 511 76)  
Drs. 19/845
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: BayernPortal II – Ausgaben für Sachverständige  
(Kap. 16 04 Tit. 526 76)  
Drs. 19/846

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: BayernPortal III – Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung usw.  
(Kap. 16 04 Tit. 534 76)  
Drs. 19/847
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: BayernPortal IV – Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software  
(Kap. 16 04 Tit. 812 76)  
Drs. 19/848
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sächliche Verwaltungsausgaben – Ausgaben für Sachverständige  
(Kap. 16 04 Tit. 526 11)  
Drs. 19/849
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Sächliche Verwaltungsausgaben – Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung usw.  
(Kap. 16 04 Tit. 534 01)  
Drs. 19/850
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Digitales Kulturportal Bayern  
(Kap. 16 04 TG 73)  
Drs. 19/851
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: BayernPortal und IT-Komponenten des eGovernment – Verknüpfung von Public Data Clouds und Künstlicher Intelligenz  
(Kap. 16 04 TG 76 neuer Tit.)  
Drs. 19/852

Plenarprotokoll Nr. 21 vom 06.06.2024 (EPL 13)

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Gesetz- und Verordnungsblatt vom 28.06.2024

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)